

Roland Wolf

„Eine Zeit zwischen zwei Weltzeiten“

Die Hungerkrise der Nachkriegszeit
in Württemberg-Hohenzollern 1945–1948



THORBECKE

Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche
Landeskunde in Baden-Württemberg

Reihe B

Forschungen

235. Band

VERÖFFENTLICHUNGEN DER
KOMMISSION FÜR GESCHICHTLICHE LANDESKUNDE
IN BADEN-WÜRTTEMBERG

REIHE B

Forschungen

235. Band

Redaktion:
Isabelle Löffler

Roland Wolf

„Eine Zeit zwischen zwei Weltzeiten“

Die Hungerkrise der Nachkriegszeit in Württemberg-
Hohenzollern 1945–1948

2023

Jan Thorbecke Verlag Ostfildern

D 93



Diese Publikation ist auf alterungsbeständigem, säurefreiem Papier gedruckt.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten

© 2023 Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg,
Stuttgart

Kommissionsverlag: Jan Thorbecke Verlag in der Schwabenverlag AG, Ostfildern
www.thorbecke.de

Umschlagabbildung: Warteschlange vor dem Lebensmittelhaus Schöllig,
Wilhelmstraße 88, Reutlingen, 1948, Fotograf: Carl Näher, Stadtarchiv
Reutlingen S 105/4 Nr. 1907/6.

Gesamtherstellung: Gulde Druck GmbH & Co. KG, Tübingen

Hergestellt in Deutschland

ISBN 978-3-7995-9592-6

Vorwort

Die vorliegende Studie wurde im Sommersemester 2022 von der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Stuttgart als Dissertation angenommen. Für den Druck wurde sie geringfügig überarbeitet und durch ein Register ergänzt.

Ich danke sehr herzlich meiner Betreuerin Frau Professorin Dr. Sabine Holtz. In vielen Gesprächen setzte sie Impulse, die meine Arbeit prägten und bereicherten. Sie ermunterte mich dazu, die Untersuchung auf das ganze Land Württemberg-Hohenzollern auszuweiten und durch Vergleiche ein differenziertes Bild zu erarbeiten. In besonderer Weise hat die Studie dadurch gewonnen, dass außer den wirtschaftsgeschichtlichen Ergebnissen die Konzeption der neueren Kulturgeschichte zur Anwendung kam. Viele weitere konstruktive Hinweise in den engagierten Diskussionen während der gesamten Dauer der Erarbeitung führten zu wertvollen Erkenntnissen. Auf diese Weise hat sie die Entstehung und den Abschluss der Arbeit wesentlich gefördert.

Zur Entstehung der Arbeit gehörte die Teilnahme am Oberseminar von Frau Professorin Holtz und die Möglichkeit, jeweils den Stand der Arbeit zu präsentieren und zu diskutieren. Von den Rückmeldungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und dem daraus hervorgehenden inhaltlichen und methodischen Austausch habe ich sehr profitiert, ebenso von der hervorragenden und sehr angenehmen anregenden Atmosphäre. Besonders zu erwähnen ist Lea Schneider, die Teile der Arbeit Korrektur gelesen hat und auch inhaltliche Rückmeldungen gab.

Als Zweitgutachter begann Herr Professor Dr. Gert Kollmer-von Oheimb-Loup von der Universität Hohenheim mit Engagement und konstruktiven Gesprächen. Leider verstarb er am 6. März 2021. Die Arbeit der Zweitgutachterin übernahm Frau Professorin Dr. Sybille Lehmann-Hasemeyer, ebenfalls von der Universität Hohenheim. Dafür danke ich ihr sehr.

Besonders zu danken ist allen Archivmitarbeiterinnen und -mitarbeitern in Sigmaringen, Stuttgart, Ravensburg und Reutlingen, ohne die eine solche Arbeit nicht denkbar wäre. Mit besonderem Engagement hat sich dabei der Stadtarchivar der Stadt Reutlingen, Dr. Roland Deigendesch, eingebracht. Er hat weit über das erwartbare Maß hinaus bei der Recherche und der Beschaffung druckfähiger Abbildungen geholfen. Vielen Dank dafür!

Während der Erarbeitung konnte ich viele Gespräche mit Zeitzeugen führen, die mich an ihren frühen Erfahrungen in der Nachkriegszeit oder ihren Kenntnissen teilhaben ließen. Besonders erwähnen möchte ich Frau Heide Stelzer aus Reutlingen und Professor Dr. Paul Ackermann, der sich in der Nachkriegszeit im Landkreis Tuttlingen aufhielt. Besonderer Dank gilt Frau Gudrun Müller-Fink aus Tübingen, die aus den Beständen ihrer Familie die Erinnerungen der Julie Rau zur Verfügung stellte, deren Auswertung ein Teil der Studie wurde. Meiner Familie danke ich für das Verständnis für meine Arbeit und die Unterstützung, die ich erfahren habe, besonders hervorzuheben ist dabei meine Frau Susi Wolf.

Großer Dank gilt insbesondere auch der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg für die Aufnahme meiner Arbeit in die Forschungsreihe B. Frau Isabelle Löffler gilt mein Dank dafür, dass sie mit großem Engagement die Studie akribisch durchgesehen hat und durch ihre Hinweise und Nachfragen zur Vervollständigung der Studie beigetragen hat.

Reutlingen, August 2023

Roland Wolf

Inhalt

Vorwort	V
Abkürzungen und Siglen	XI
Quellen und Literatur	XIII
1. Ungedruckte Quellen	XIII
2. Zeitungen	XIII
3. Gedruckte Quellen und Literatur	XIV
4. Digitale Datenbanken	XXIII
I. Einleitung	1
1. Thema	1
2. Stand der Forschung	4
2.1 Klärung des Begriffs „Hungerkrise“	4
2.2 Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Ansätze	6
2.3 Vulnerabilität und Resilienz – Erfahrung und Forschungs- perspektive	8
2.4 Kulturgeschichtliche Ansätze zum Verständnis des Hungers	12
2.5 Hunger im Kontext des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit	13
2.6 Beiträge aus der baden-württembergischen Landesgeschichte	17
2.7 „Que faire de l’Allemagne?“ Probleme der Forschung mit der Besatzungspolitik der französischen Militärregierung	18
3. Forschungsziel und -konzept	23
4. Quellenbasis	30
5. Überlegungen zu den Methoden	35
II. Die Hungerkrise: Indikatoren, Sensitivität, Exposition und Ursachen	39
1. Genese und Kontext der Versorgungsstörung	39
1.1 Die globalen und nationalen Voraussetzungen der Ernährungslage 1945	40
1.2 Das französisch besetzte Gebiet von Württemberg und Hohenzollern 1945	47
1.3 Voraussetzungen des Ernährungssystems in Württemberg- Hohenzollern	51

2. Exposition: Das Nahrungsangebot und die Verteilung im zeitlichen Verlauf	60
2.1 Brot und Kalorien: Die öffentliche Versorgung der Bevölkerung im Überblick	61
2.2 Der Verlauf der Hungerkrise vom Ende des Krieges bis zur Ernte 1946	67
2.3 Stadt und Land – kontrovers oder komplementär? Der Kreis Ravensburg und der Kreis Reutlingen im Vergleich	84
2.4 Hungerwinter und Dürresommer: Das Hungerjahr 1947	93
2.5 Sensitivität: Die Folgen für die Betroffenen, für das Ernährungssystem und für die Gesellschaft	111
2.6 Konflikte, Perspektiven und Entspannung im Jahr 1948	117
2.7 Fazit der Untersuchung des Verlaufs	120
 III. Bewältigung – Wahrnehmen, Deuten, Handeln	 123
1. Hunger und Not im Zentrum des Denkens. Das Spektrum von Wahrnehmung und Deutung in der Hungerkrise	123
1.1 Tagebücher und persönliche Aufzeichnungen	124
1.1.1 „Wir sind ärmer als Lazarus“	125
1.1.2 „Ach Gott, sieh darein!“	135
1.1.3 „[...] aber woher nehmen und nicht stehlen?“	139
1.2 Stimmen aus der Bevölkerung. Bilden sich Meinungen im Magen?	141
1.3 Verwaltung und Politik	147
1.4 Französische Stimmen	152
2. „Phase pratique“ – individuelle Erfahrungen und Bewältigung im Alltag	157
2.1 Überleben nach dem Krieg. Plünderung des Heeresproviandamtes Reutlingen durch „zahlreiche deutsche Volksgenossen“	160
2.2 Selbsthilfe der Normalverbraucher	164
2.3 Schwarzmarkt	172
2.4 Die Perspektive der Bauern	180
2.5 Kommunale, kirchliche und internationale Solidarität und Hilfe für die Betroffenen im Alltag	183
2.6 Arbeiter und Wirtschaft	186
2.6.1 Wirtschaftliche Entwicklung und Lebenswirklichkeit der Arbeiter nach dem Kriegsende	189
2.6.2 Das besondere Jahr 1947	194
2.6.3 Arbeiter, Betriebsräte und Gewerkschaften als Akteure	196
2.6.4 Protest und Streiks: „Gebt uns zu essen“	205
2.6.5 Deutung und Bewältigungshandeln aus der Perspektive der Arbeiterbewegung	209

3. „Phase administrative“ – die zentrale Funktion der Verwaltung	215
3.1 Die Institutionen: Sukzessiver Aufbau von unten	215
3.2 Die Verwaltung, Krisenwahrnehmung und Handlungsspielräume	218
3.3 Handeln der Verwaltung: Sicherung des Angebots und Verteilung	224
3.4 Im Fokus der Konflikte	228
3.5 Die Verknüpfung der Institutionen: Landrätetagungen und Politik	232
3.6 Flankierende Maßnahmen – Wirtschaft und Landwirtschaft	240
3.7 Handlungsspielräume und Grenzen der Verwaltung zur Stärkung der Resilienz	241
4. „Phase politique“ – die Verhandlungen des Landtags	243
4.1 Der Landtag und die Landesregierung	243
4.2 Die erste Phase der Verhandlungen des Landtags	250
4.3 Die Lage im Spiegel der Regierungserklärung von Staatspräsident Bock und der Aussprache im Landtag	253
4.4 Normalverbraucher in der Landtagsdiskussion: „Hier ist Not.“	258
4.5 Die Regierungserklärung zur Ernährungsfrage zwischen Unruhe und Beschwichtigung	260
4.6 Konflikte: Die neue Demontageliste und die Rechte des Parlaments	268
4.7 Das Land im Rahmen der internationalen Entwicklung und der Deutschlandpolitik der Alliierten	272
4.8 Die Instrumente des Landtags: Öffentlichkeit, Tagungsstreik und Rücktritt	274
4.9 Die Weichenstellungen zur Entspannung der Versorgung	286
4.10 Die Hungerkrise, der Landtag und der Neuaufbau	287
IV. Ergebnisse	289
1. Die Hungerkrise nach dem Krieg	289
2. Bewältigungshandeln auf allen Ebenen	294
3. Württemberg-Hohenzollern „zwischen zwei Weltzeiten“	301
Orts- und Personenregister	303

Abkürzungen und Siglen

Bearb.	Bearbeiter/Bearbeiterin
Bü	Büschel
HStAS	Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Hauptstaatsarchiv Stuttgart
Hg.	Herausgeber/Herausgeberin
Hgg.	mehrere Herausgeber/Herausgeberinnen
hrsg.	herausgegeben
o.J.	ohne Jahresangabe
StadtA Rv	Stadtarchiv Ravensburg
StadtA Rt	Stadtarchiv Reutlingen
StAS	Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Staatsarchiv Sigmaringen
WLB	Württembergische Landesbibliothek

Quellen und Literatur

1. Ungedruckte Quellen

Ravensburg

Stadtarchiv Ravensburg (StadtA Rv)

D 03 Hauptregistratur, Bü 2433

D 03 Hauptregistratur, Bü 2479

Reutlingen

Stadtarchiv Reutlingen (StadtA Rt)

Städtische Ämter AdN Akten aus der Nachkriegszeit 1945–1958

C 10 GR-Protokolle nach 1945

Fürsorgeamt

Standesamt

Sammlungen

Sterbe-Erstbücher 1945–1947

S 20 Sammlung zur Stadtchronik

S 111 Tonbänder und Tonbandkassetten

S 145 Materialsammlungen aus Forschungsprojekten

S 205 Zeitzeugenberichte

Bibliothek

V 2 Amtsbibliothek, Periodika

Amtsblatt Bürgermeisteramt Reutlingen: Amtliche Bekanntgaben des Bürgermeisteramtes Mai 1945

Ab Juni 1945: Informations de Gouvernement Militaire de Reutlingen

GRAF, Erich: Geschichte der Stadt Reutlingen 1945 bis 1965, Reutlingen 1970. [Maschinengeschriebenes Manuskript]
StadtA Rt Db 1256

Sigmaringen

Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Staatsarchiv Sigmaringen (StAS)

Wü 1 T 1

Landtag für Württemberg-Hohenzollern

Wü 2 T 1 Nr. 560–562

Verhandlungen des Landtags für Württemberg-Hohenzollern

Wü 2 T 1

Monatsberichte der Landratsämter

Wü 140

Wirtschaftsministerium Württemberg-Hohenzollern

Wü 150

Landwirtschaftsministerium Württemberg-Hohenzollern

Wü 151/12

Landwirtschaftsamt Ravensburg

Quellensammlung Französische Besatzungszeit

Privatbesitz Gudrun Müller-Fink, Tübingen

RAU, Julie: Meine Erinnerungen. Ohmenhausen. Manuskript, 19.11.2007.

2. Zeitungen

L'Humanité: Digitalisate abrufbar unter <https://gallica.bnf.fr/html/und/presse-et-revues/presse-et-revues?mode=desktop> (Letzter Abruf: 28.07.2023).

Le Monde: Archives-du-monde ab 1944 unter <https://www.lemonde.fr/archives-du-monde/> (Letzter Abruf: 28.07.2023).
 Schwäbische Zeitung, ab. 4. Dezember 1945, Ravensburg.
 Schwäbisches Tagblatt, ab 21. September 1945, Tübingen.

3. Gedruckte Quellen und Literatur

- ABEL, Wilhelm: Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Deutschland. Göttingen 1972.
- DERS.: Agrarkrisen und Agrarkonjunktur. Eine Geschichte der Land- und Ernährungswirtschaft Mitteleuropas seit dem hohen Mittelalter, Hamburg 1978.
- ABELSHAUSER, Werner: Wirtschafts- und Besatzungspolitik in der Französischen Zone 1945–1949. In: Claus SCHARF/Hans-Jürgen SCHRÖDER (Hgg.): Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte, Mainz, Beiheft 14), Wiesbaden 1983, S. 111–140.
- DERS.: Wirtschafts- und Besatzungspolitik in der französischen Zone 1945–1949. Ein Nachwort von Werner ABELSHAUSER. In: Mathias MANZ: Stagnation und Aufschwung in der französischen Besatzungszone 1945–1948 (Beiträge zur südwestdeutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte 2), Ostfildern 1985, S. 90–117.
- DERS.: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart (Schriftenreihe/Bundeszentrale für Politische Bildung 1204), Bonn 2011.
- BANKOFF, Greg: Time is of the Essence: Disasters, Vulnerability and History. In: International Journal of Mass Emergencies and Disasters 22 (2004), S. 23–42.
- DERS./FRERKS, Georg/HILHORST, Dorothea: Mapping vulnerability. Disasters, development, and people, London 2010.
- BARTH, Christian M./MALTHUS, T. R. (Hgg.): Das Bevölkerungsgesetz, München 1977.
- BATEN, Jörg/HEINZE, Andrea: Autarchy, market disintegration and health: the mortality and nutritional crisis in Nazi Germany, 1933–1937. CESifo Working Papers, 800, Category 7, Trade policy, München 2002.
- BENZ, Wigbert: Kalkül und Ideologie – Das Hungervorhaben im „Unternehmen Barbarossa“ 1941. In: Klaus KREMBs/DERS. (Hgg.): Weltordnungskonzepte. Hoffnungen und Enttäuschungen des 20. Jahrhunderts (Studien zur Weltgeschichte), Schwalbach/Ts. 2010, S. 19–37.
- BENZ, Wolfgang/SCHOLZ, Michael F.: Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949 (Handbuch der deutschen Geschichte), Stuttgart 2009.
- DERS.: Infrastruktur und Gesellschaft im zerstörten Deutschland. In: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 259. Bonn 2005, S. 9–12. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/dossier-nationalsozialismus/39602/infrastruktur-und-gesellschaft> (Letzter Abruf: 06.03.2023).
- DERS./GRAML, Hermann: Das Zwanzigste Jahrhundert II (Fischer-Weltgeschichte), Frankfurt/Main 2003.
- DERS. (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, Berlin 1999.
- DERS.: Byrnes-Rede. In: DERS. (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, Berlin 1999, S. 334 f.
- DERS.: Währungsreform. In: DERS. (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, Berlin 1999, S. 190–194.

- BESCH, Dorothea/RAUCH, Udo: Sieben Jahre Landeshauptstadt. Tübingen und Württemberg-Hohenzollern 1945 bis 1952, [Ausstellung im Kloster Bebenhausen, 15. Juni bis 8. September 2002] (Tübinger Kataloge, Nr. 61), Tübingen 2002.
- Die Bibel oder die ganze Heilige Schrift des Alten und Neuen Testaments nach der deutschen Übersetzung D. Martin Luthers, Stuttgart 1948.
- BOELCKE, Willi A.: Der Schwarzmarkt. 1945–1948: Vom Überleben nach dem Kriege, Braunschweig 1986.
- BOHLE, Hans-Georg/GLADE, Thomas: Naturgefahren und Verwundbarkeiten in der globalen Risikogesellschaft. In: Carsten FELGENTREFF/Thomas GLADE (Hgg.): Naturrisiken und Sozialkatastrophen, Berlin 2008, S. 99–119.
- BORTH, Wilhelm/BREYVOGEL, Bernd/JUNG, Wolfgang: Reutlingen. Vergangenheit trifft Zukunft: von der Reichsstadtherrlichkeit zur selbstbewussten Großstadt, Reutlingen 2013.
- BÖTTCHER, Karin-Anne: Zweiklassengesellschaft im Barackenlager – Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Reutlingen. In: Stadt Reutlingen (Hg.): Reutlingen 1930–1950. Nationalsozialismus und Nachkriegszeit, Reutlingen 1995, S. 252–264.
- BROCHET, Jean: Landwirtschaft – Versorgung. In: Andreas ZEKORN (Bearb.): Blau-weiß-rot: Leben unter der Trikolore. Die Kreise Balingen und Hechingen in der Nachkriegszeit 1945 bis 1949 (Zollernalb-Profile, Bd. 5), Stuttgart 1999, S. 254–270.
- BUCHHEIM, Christoph: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 36 (1988), S. 188–239.
- BÜHRER, Werner: Schwarzer Markt. In: Wolfgang BENZ (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, Berlin 1999, S. 365–367.
- BUMILLER, Casimir (Hg.): Geschichte der Stadt Villingen-Schwenningen, Villingen-Schwenningen 2017.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Deutschland 1945–1949 (Informationen zur politischen Bildung, 259), Bonn 2005.
- BURKE, Peter/BISCHOFF, Michael: Was ist Kulturgeschichte? Frankfurt/Main 2005.
- BURMEISTER, Karl Heinz: Geschichte der Stadt Tettngang (UVK Geschichte), Konstanz 1997.
- CAPITAINE, Daniel: Verwaltung der DPs. In: Andreas ZEKORN (Bearb.): Blau-weiß-rot: Leben unter der Trikolore. Die Kreise Balingen und Hechingen in der Nachkriegszeit 1945 bis 1949 (Zollernalb-Profile: Schriftenreihe des Zollernalbkreises), Stuttgart 1999, S. 301–309.
- CHAMBERS, Robert, Editorial Introduction: Vulnerability, Coping and Policy. In: IDS Bulletin (20) 1989, S. 1–7.
- COLLET, Dominik: „Vulnerabilität“ als Brückenkonzept der Hungerforschung. In: Dominik COLLET/Thore LASSEN/Ansgar SCHANBACHER (Hgg.): Handeln in Hungerkrisen – neue Perspektiven, Göttingen 2012, S. 12–25.
- DERS.: Die doppelte Katastrophe. Klima und Kultur in der europäischen Hungerkrise 1770–1772 (Umwelt und Gesellschaft, Bd. 18), Göttingen 2019.
- DERS./LASSEN, Thore/SCHANBACHER, Ansgar (Hgg.): Handeln in Hungerkrisen – neue Perspektiven auf soziale und klimatische Vulnerabilität, Göttingen 2012.
- COLLINGHAM, Lizzie: The Taste of War: World War II and the Battle for Food, London 2012.
- COURTOIS, Roger: Der Kreis Hechingen (April 1945–Dezember 1949). In: Andreas ZEKORN (Bearb.): Blau-weiß-rot: Leben unter der Trikolore. Die Kreise Balingen und Hechingen in der Nachkriegszeit 1945 bis 1949 (Zollernalb-Profile, Bd. 5), Stuttgart 1999, S. 309–408.

- DANIEL, Ute: Vorwort. In: Margarete DÖRR (Hg.), „Wer die Zeit nicht miterlebt hat...“. Frauenerfahrungen im Zweiten Weltkrieg und in den Jahren danach, 3 Bde., Frankfurt/Main 1998, S. 7–15.
- DIES.: Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter, Frankfurt/Main 2016.
- DAUBERT, Karl: Gedanken und Erläuterungen zu den extremen Witterungsverhältnissen der Jahre 1947 und 1948 an Hand der Registrierungen der Wetterwarte Reutlingen. In: Württembergisches Statistisches Landesamt Tübingen (Hg.): Württemberg-Hohenzollern in Zahlen (Zeitschrift für Statistik und Landeskunde), Tübingen 1949, Nr. 6, S. 25–34.
- DEFRANCE, Corine/PFEIL, Ulrich: Eine Nachkriegsgeschichte in Europa 1945 bis 1963. (Deutsch-Französische Geschichte, Bd. 10), Darmstadt 2011.
- DEVEREUX, Stephen: Sen's Entitlement Approach: Critiques and Counter-critiques. In: Oxford Development Studies 29 (2001) Nr. 3, S. 245–263.
- DÖRR, Margarete (Hg.): „Wer die Zeit nicht miterlebt hat...“. Frauenerfahrungen im Zweiten Weltkrieg und in den Jahren danach, 3 Bde., Frankfurt/Main 1998.
- DÜWEL-HÖSSELBARTH, Waltraud: Ernteglück und Hungersnot. Klimageschichte in Baden-Württemberg, Darmstadt 2015.
- DÜWELL, Kurt (Hg.): Kriegsende und Neubeginn. Westdeutschland und Luxemburg zwischen 1944 und 1947. (Geschichtliche Landeskunde, 46), Stuttgart 1997.
- ELWERT, Oskar: Die Witterung in Württemberg-Hohenzollern in den Jahren 1947 und 1948. In: Württembergisches Statistisches Landesamt Tübingen (Hg.): Württemberg-Hohenzollern in Zahlen (Zeitschrift für Statistik und Landeskunde), Tübingen 1949, Nr. 6, S. 20.
- EMMRICH, Sibylle: Kriegsende und Neubeginn. Das Jahr 1945 in Ravensburg, Weingarten und Umgebung, Ravensburg 1996.
- ENGLER, Steven: Hungersnot – Bekannte Theorien und neue Analysemodelle. In: Dominik COLLET/Thore LASSEN/Ansgar SCHANBACHER (Hgg.): Handeln in Hungerkrisen – neue Perspektiven auf soziale und klimatische Vulnerabilität. Neue Perspektiven auf soziale und klimatische Vulnerabilität, Göttingen 2012, S. 67–83.
- ERKER, Paul: Hunger und sozialer Konflikt in der Nachkriegszeit. In: Manfred GAILUS/Heinrich VOLKMANN (Hgg.): Der Kampf um das tägliche Brot, Opladen, 1994, S. 392–411.
- ESCHENBURG, Theodor (Hg.): Festgabe für Carlo Schmid zum fünfundsechzigsten Geburtstag, Tübingen 1962.
- DERS.: Aus den Anfängen des Landes Württemberg-Hohenzollern. In: DERS. (Hg.): Festgabe für Carlo Schmid zum fünfundsechzigsten Geburtstag, Tübingen 1962, S. 57–80.
- DERS.: Erinnerungen an die Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz 1947. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 4 (1972), S. 411–418.
- ESTRADE, Jean Lucien: „Tuttlingen April 1945 – September 1949“. Die französische Militärregierung in Tuttlingen. Administratives, politisches, gesellschaftliches und wirtschaftliches Geschehen im Kreis Tuttlingen in der Nachkriegszeit im Spiegel des Tätigkeitsberichts des französischen „Gouverneurs“, Tuttlingen 1990.
- FELGENTREFF, Carsten/GLADE, Thomas (Hgg.): Naturrisiken und Sozialkatastrophen, Berlin 2008.
- FRIE, Ewald/MEIER, Mischa (Hgg.): Aufruhr, Katastrophe, Konkurrenz, Zerfall. Bedrohte Ordnungen als Thema der Kulturwissenschaften (Bedrohte Ordnungen, 1), Tübingen 2014.

- DIES.: Bedrohte Ordnungen. Gesellschaften unter Stress im Vergleich. In: DIES. (Hgg.): Aufruhr, Katastrophe, Konkurrenz, Zerfall. Bedrohte Ordnungen als Thema der Kulturwissenschaften (Bedrohte Ordnungen 1), Tübingen 2014, S. 1–30.
- FÜHRER, Karl Christian: Wohnungen. In: Wolfgang BENZ (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, Berlin 1999, S. 206–209.
- GAILUS, Manfred: Hungerkrisen und -revolten. In: Friedrich JAEGER (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 5: Gymnasium – Japanhandel, Stuttgart 2007, S. 711–723.
- GASSERT, Philipp Leonhard: Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945 (Zeitgeschichte aktuell), Stuttgart 2018.
- GERLACH, Christian: Hunger in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (49), Bonn 2015.
- GIMBEL, John: Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland. 1945–1949, Frankfurt/Main 1971.
- GLAUNING, Christine: „Die Umstellung geschieht fast zu geschwind.“ Politischer Neubeginn nach Krieg und Nationalsozialismus. In: Stadt Reutlingen (Hg.): Reutlingen 1930–1950. Nationalsozialismus und Nachkriegszeit, Reutlingen 1995, S. 291–315.
- GÖGLER, Max/RICHTER, Gregor (Hgg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern. 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen, Sigmaringen 1982.
- GÖRTEMAKER, Manfred: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999.
- GOETZ, Hans-Werner: „Vulnerabilität“ in früh- und hochmittelalterlicher Wahrnehmung. In: Cécile LIGNEREUX u. a. (Hgg.): Vulnerabilität / La vulnérabilité. Diskurse und Vorstellungen vom Frühmittelalter bis ins 18. Jahrhundert = Discours et représentations du Moyen-Âge aux siècles classiques (Bedrohte Ordnungen, 13), Tübingen 2020, S. 45–78.
- GONNET, Jean: Geschichte der Kreisdelegation von Balingen. Die Verwaltung. In: Andreas ZEKORN (Bearb.): Blau-weiß-rot: Leben unter der Trikolore. Die Kreise Balingen und Hechingen in der Nachkriegszeit 1945 bis 1949 (Zollernalb-Profil, Bd. 5), Stuttgart 1999, S. 43–89.
- GRAF, Karin: Die Bodenreform in Württemberg-Hohenzollern nach dem Zweiten Weltkrieg, Marburg 2003.
- GREBING, Helga/POZORSKI, Peter/SCHULZE, Rainer: Die Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland, 1945–1949 (Studienreihe Politik, Bd. 7), Stuttgart 1980.
- GRIES, Rainer: Die Rationen-Gesellschaft. Versorgungskampf und Vergleichsmentalität: Leipzig, München, Köln nach dem Kriege, Münster 1991.
- GRÖSCHL, Jutta: Die Deutschlandpolitik der vier Großmächte in der Berichterstattung der deutschen Wochenschauen 1945–1949. Ein Beitrag zur Diskussion um den Film als historische Quelle (Beiträge zur Kommunikationsgeschichte, Bd. 5), Berlin, New York 1997.
- HÄFFNER, Michaela: Nachkriegszeit in Südwürttemberg. Die Stadt Friedrichshafen und der Kreis Tettnang in den vierziger und fünfziger Jahren (Nationalsozialismus und Nachkriegszeit in Südwestdeutschland, 8), Berlin, Boston 1999.
- Haus der Geschichte Baden-Württemberg/Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hgg.): Besatzer – Helfer – Vorbilder. Amerikanische Politik und deutscher Alltag in Württemberg-Baden 1945 bis 1949, Dokumentation des Symposiums vom 11.10.1996 im Stuttgarter Rathaus, Stuttgart 1997.
- HECKER, Wolfgang: Der Gewerkschaftsbund Süd-Württemberg-Hohenzollern. Zur Gewerkschaftsbewegung in der französischen Besatzungszone 1945–1949 (Schrif-

- tenreihe der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, 70), Marburg 1988.
- HEINEN, Armin: Saarland. In: Wolfgang BENZ (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, Berlin 1999, S. 412–415.
- HENKE, Klaus-Dietmar: Politik der Widersprüche. Zur Charakteristik der französischen Militärregierung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Claus SCHARF/Hans-Jürgen SCHRÖDER (Hgg.): Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone, Wiesbaden 1983, S. 49–90.
- HENNING, Friedrich-Wilhelm: Das industrialisierte Deutschland 1914 bis 1978, Paderborn 1979.
- HERBERT, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2017.
- HERKLE, Senta/HOLTZ, Sabine/KOLLMER-VON OHEIMB-LOUP, Gert (Hgg.): 1816 – Das Jahr ohne Sommer. Krisenwahrnehmung und Krisenbewältigung im deutschen Südwesten (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B: Forschungen, Bd. 223), Stuttgart 2019.
- HIPPEL, Wolfgang von: Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1800 bis 1918. In: Hansmartin SCHWARZMAIER (Hg.): Vom Ende des alten Reiches bis zum Ende der Monarchien (Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Bd. 3), Stuttgart 1992, S. 477–767.
- HOFFMANN, Dierk: Nachkriegszeit. Deutschland 1945–1949 (Kontroversen um die Geschichte), Darmstadt 2011.
- HOLZEM, Andreas (Hg.): Wenn Hunger droht: Bewältigung und religiöse Deutung (1400–1980), Tübingen 2017.
- HUDEMANN, Rainer: Sozialpolitik im deutschen Südwesten zwischen Tradition und Neuordnung 1945–1953. Sozialversicherung und Kriegsopferversorgung im Rahmen französischer Besatzungspolitik (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 10), Mainz 1988.
- DERS.: Französische Besatzungszone 1945–1952. In: Claus SCHARF/Hans-Jürgen SCHRÖDER (Hgg.): Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte, Mainz, Beiheft 14), Wiesbaden 1983, S. 206–248.
- Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Verwaltungsstelle Reutlingen (Hg.): Wir lernen im Vorwärtsgehen: Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Reutlingen 1844–1949. Bearb. von Paul LANDMESSER/Peter PÄSSLER. (Aus der Geschichte lernen), Heilbronn 1990.
- JAEGER, Friedrich (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 5: Gymnasium – Japanhandel, Stuttgart 2007.
- JERCHOW, Friedrich: Deutschland in der Weltwirtschaft 1944–1947, Düsseldorf 1978.
- JUNGER, Gerhard: Schicksale 1945. Das Ende des 2. Weltkrieges im Kreis Reutlingen, Reutlingen 1991.
- KLESSMANN, Christoph/WAGNER, Georg (Hgg.): Das gespaltene Land. Leben in Deutschland 1945–1990. Texte und Dokumente zur Sozialgeschichte, München 1993.
- DERS.: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955 (Studien zur Geschichte und Politik, Bd. 298), Bonn 1991. Texte und Dokumente zur Sozialgeschichte, München 1993.
- KNIPPING, Franz/WEISENFELD, Ernst (Hgg.): Eine ungewöhnliche Geschichte. Deutschland – Frankreich seit 1870, Bonn 1988.

- Robert Koch Institut (Hg.): Infektionsepidemiologisches Jahrbuch für 2018. PDF: <https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/Jahrbuch/Jahrbuecher/2018.html> (Letzter Abruf: 28.07.2023).
- KOLLMER-VON OHEIMB-LOUP, Gert/OTT, Hugo: I. Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1918 bis 1992. In: Hansmartin SCHWARZMAIER/Gerhard TADDEY (Hgg.): Wirtschafts- und Sozialgeschichte seit 1918, Übersichten und Materialien (Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte, Bd. 5), Stuttgart 2007, S. 1–322.
- KONSTANZER, Eberhard: Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart 1969.
- KRÄMER, Daniel: Vulnerabilität und die konzeptionellen Strukturen des Hungers. Eine methodische Annäherung. In: Dominik COLLET/Thore LASSEN/Ansgar SCHANBACHER (Hgg.): Handeln in Hungerkrisen – neue Perspektiven auf soziale und klimatische Vulnerabilität, Göttingen 2012, S. 45–65.
- DERS.: „Menschen gasten nun mit dem Vieh“. Die letzte grosse Hungerkrise der Schweiz 1816/17. Mit einer theoretischen und methodischen Einführung in die historische Hungerforschung (Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgeschichte, 4), Basel 2015.
- KREMB, Klaus/BENZ, Wigbert (Hgg.): Weltordnungskonzepte. Hoffnungen und Enttäuschungen des 20. Jahrhunderts (Studien zur Weltgeschichte), Schwalbach/Ts. 2010.
- KRIEGER, Karsten: Parteien. In: Wolfgang BENZ (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, Berlin 1999, S. 150–158.
- LABROUSSE, Ernest: La crise de l'économie française à la fin de l'ancien régime et au début de la Révolution – 1: Aperçus généraux, sources, méthode, objectifs, la crise de la viticulture, Paris 1944.
- Der Landkreis Reutlingen (Kreisbeschreibungen des Landes Baden-Württemberg), Sigmaringen 1997.
- Landtag Württemberg-Hohenzollern, Protokolle, 1947–1948, Bd. 1. Persistente URL: http://digital.wlb-stuttgart.de/purl/ltp382442156_001_001_1947-1948_whp.
- Landtag Württemberg-Hohenzollern, Protokolle, 1948, Bd. 2. Persistente URL: http://digital.wlb-stuttgart.de/purl/ltp382442156_002_002_1948_whp
- LATTARD, Alain: Gewerkschaften und Betriebsräte in Rheinland-Pfalz 1945–1947. Zur französischen Gewerkschaftspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Claus SCHARF/Hans-Jürgen SCHRÖDER (Hgg.): Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone, Wiesbaden 1983, S. 155–184.
- DERS.: Zielkonflikte französischer Besatzungspolitik in Deutschland. Der Streit Lafon-Koenig 1945–1947. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 39 (1991), S. 1–35.
- LIGNEREUX, Cécile u. a. (Hgg.): Vulnerabilität / La vulnérabilité. Diskurse und Vorstellungen vom Frühmittelalter bis ins 18. Jahrhundert = Discours et représentations du Moyen-Âge aux siècles classiques (Bedrohte Ordnungen, 13), Tübingen 2020.
- LOTH, Wilfried: Die Franzosen und die deutsche Frage. In: Claus SCHARF/Hans-Jürgen SCHRÖDER (Hgg.): Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte, Mainz, Beiheft 14), Wiesbaden 1983, S. 27–49.
- MALTHUS, Thomas Robert: Eine Abhandlung über das Bevölkerungsgesetz. 2 Bde. Jena 1924. Übersetzt von Valentine Dorn.
- MANZ, Mathias: Stagnation und Aufschwung in der französischen Besatzungszone 1945–1948. Mit einem Nachwort von Werner ABELSHAUSER (Beiträge zur südwestdeutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 2), Ostfildern 1985.

- MERZ, Dietmar: Das Evangelische Hilfswerk in Württemberg von 1945 bis 1950 (Quellen und Forschungen zur württembergischen Kirchengeschichte, 17), Epfendorf 2002.
- MILLMAN, Sara/KATES, Robert W.: Toward Understanding Hunger. In: Lucile F. NEWMAN (Hg.): Hunger in History. Food Shortage, Poverty, and Deprivation, Cambridge, Mass. 1995, S. 3–24.
- MOUNIER, Emmanuel (Hg.): Anthologie der deutschen Meinung. Deutsche Antworten auf eine französische Umfrage, Konstanz 1948.
- MÜLLER, Gebhard: Württemberg-Hohenzollern 1945 bis 1952. In: Max GÖGLER/Gregor RICHTER (Hgg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern. 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen, Sigmaringen 1982, S. 13–31
- NEWMAN, Lucile F. (Hg.): Hunger in History. Food Shortage, Poverty, and Deprivation, Cambridge, Mass. 1995.
- NÜSKE, Gerd Friedrich: Einmarsch und Besatzungsherrschaft der Alliierten 1945. In: Max GÖGLER/Gregor RICHTER (Hgg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern. 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen, Sigmaringen 1982, S. 31–47.
- DERS.: Gewerkschaften. In: Max GÖGLER/Gregor RICHTER (Hgg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern. 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen, Sigmaringen 1982, S. 189–193.
- DERS.: Neubeginn von oben: Staatssekretariat und Landesregierungen. In: Max GÖGLER/Gregor RICHTER (Hgg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern. 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen, Sigmaringen 1982, S. 81–110.
- DERS.: Verkehrsprobleme. In: Max GÖGLER/Gregor RICHTER (Hgg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern. 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen, Sigmaringen 1982, S. 333–339.
- Ó GRÁDA, Cormac: Famine. A short history, Princeton 2009.
- DERS./ALFANI, Guido (Hgg.): Famine in European history, Cambridge 2017.
- PATZOLD, Steffen/ZIEGLER, Elena: Die Gefahren des Qualitätsmanagements. Überlegungen zur Vulnerabilität der politischen Ordnung des Frankenreichs unter Ludwig dem Frommen. In: Cécile LIGNEREUX u. a. (Hgg.): Vulnerabilität / La vulnérabilité. Diskurse und Vorstellungen vom Frühmittelalter bis ins 18. Jahrhundert = Discours et représentations du Moyen-Âge aux siècles classiques (Bedrohte Ordnungen, 13), Tübingen 2020, S. 113–128.
- PLUMPE, Werner: Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart, München 2017.
- RABERG, Frank (Bearb.): Das Erste und Zweite Staatssekretariat Schmid 1945–1947 (Kabinettsprotokolle von Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. III. Teil: Die Protokolle der Regierung von Württemberg-Hohenzollern, Bd. 1), Stuttgart 2004.
- DERS. (Bearb.): Das Kabinett Bock 1947–1948. (Kabinettsprotokolle von Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. III. Teil: Die Protokolle der Regierung von Württemberg-Hohenzollern, Bd. 2.), Stuttgart 2008.
- DERS. (Bearb.): Die geschäftsführende Regierung Müller 1948–1949. (Kabinettsprotokolle von Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. III. Teil: Die Protokolle der Regierung von Württemberg-Hohenzollern, Bd. 3). Mit einer Einleitung von Klaus-Jürgen MATZ, Stuttgart 2013.
- RIDDER, Klaus/PATZOLD, Steffen: Einleitung. Der Begriff der ‚Vulnerabilität‘ in den Sozialwissenschaften. In: Cécile LIGNEREUX, u. a. (Hgg.): Vulnerabilität / La vulnérabilité. Diskurse und Vorstellungen vom Frühmittelalter bis ins 18. Jahrhundert =

- Discours et représentations du Moyen-Âge aux siècles classiques (Bedrohte Ordnungen, 13), Tübingen 2020, S. 1–26.
- RIEMER, Hendrik: Gewerkschaftlicher Wiederaufbau in Friedrichshafen, 1945–1948. Gewerkschaftliche Entwicklung unter Berücksichtigung kommunaler Aspekte, Friedrichshafen 1985.
- ROTHENBERGER, Karl-Heinz: Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg: Ernährungs- und Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz, 1945–1950 (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, 3), Boppard am Rhein 1980.
- DERS.: Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg am Beispiel von Rheinland-Pfalz. In: Kurt DÜWELL (Hg.): Kriegsende und Neubeginn. Westdeutschland und Luxemburg zwischen 1944 und 1947 (Geschichtliche Landeskunde, Bd. 46), Stuttgart 1997, S. 159–174.
- ROTHLAND, Martin: Selektive Erinnerung? Meinungsumfrage zum Nationalsozialismus der frühen Nachkriegszeit. In: Die Politische Meinung 53 (2008), S. 55–61.
- RUGE-SCHATZ, Angelika: Grundprobleme der Kulturpolitik in der französischen Zone. In: Claus SCHARF/Hans-Jürgen SCHRÖDER (Hgg.): Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte, Mainz, Beiheft 14), Wiesbaden 1983, S. 91–110.
- RÜRUP, Miriam: Frankfurter Dokumente. In: Wolfgang BENZ (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, Berlin 1999, S. 346f.
- RÜSEN, Jörn: Historik. Theorie der Geschichtswissenschaft, Köln 2013.
- SABROW, Martin: Die Zeit der Zeitgeschichte, Göttingen 2012.
- SAUER, Paul: Der Kampf gegen Hunger und Not in Württemberg-Baden 1945 bis 1948. In: Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg (Hg.): Bausteine zur geschichtlichen Landeskunde von Baden-Württemberg, Stuttgart 1979, S. 481–504.
- SCHAAB, Meinrad/SCHWARZMAIER, Hansmartin (Hgg.): Handbuch der baden-württembergischen Geschichte in 5 Bänden. Herausg. im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Stuttgart 2001–2007.
- SCHÄFER, Volker: Schulleben in der Nachkriegszeit. Eine Tuttlinger Oberschulklasse zwischen 1945 und 1954, Stuttgart 2014.
- SCHARF, Claus/SCHRÖDER, Hans-Jürgen (Hgg.): Die Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte, Mainz, Beiheft 14), Wiesbaden 1983.
- SCHFOLD, Willy: Landwirtschaft und Ernährung. In: Max GÖGLER/Gregor RICHTER (Hgg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern. 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen, Sigmaringen 1982, S. 323–333.
- SHELLENBERG, Britta: Londoner Sechsmächte-Konferenz. In: Wolfgang BENZ (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, Berlin 1999, S. 222–224.
- SCHLANGE-SCHÖNINGEN, Hans (Hg.): Im Schatten des Hungers: Dokumentarisches zur Ernährungspolitik und Ernährungswirtschaft in den Jahren 1945–1949. Bearb. von Justus ROHRBACH, Hamburg 1955.
- SCHMID, Carlo (Hg.): Die Forderung des Tages: Reden und Aufsätze/Karl Schmid, Stuttgart 1946.
- DERS.: Weihnachten 1945. In: DERS. (Hg.): Die Forderung des Tages: Reden und Aufsätze / Karl Schmid, Stuttgart 1946, S. 133–138.
- DERS.: Erinnerungen (Gesammelte Werke in Einzelausgaben, Bd. 3), Bern, München, Wien 1979.

- SCHMIDT, Jürgen Michael/RIESE, Christina/STOLLHOF, Johannes: Einleitung: Hungerkrisen – Hungerkatastrophen. Deutung und Bewältigung. In: Dennis SCHMIDT/Johanna SINGER/Roland WOLF (Hgg.): *Bedrohte Ordnungen. Konzepte, Materialien und Arrangements für den Geschichtsunterricht*. Frankfurt/Main 2018, S. 113–124.
- SCHMOLLER, Gustav von: *Württemberg-Hohenzollern unter der Last der französischen Besatzung*. In: Max GÖGLER/Gregor RICHTER (Hgg.): *Das Land Württemberg-Hohenzollern. 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen*, Sigmaringen 1982, S. 217–233.
- SCHNABEL, Thomas: *Allgemeine Entwicklung und individuelle Erfahrung in der Nachkriegszeit*. In: Haus der Geschichte Baden-Württemberg/Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hgg.): *Besatzer – Helfer – Vorbilder. Amerikanische Politik und deutscher Alltag in Württemberg-Baden 1945 bis 1949*, Dokumentation des Symposiums vom 11.10.1996 im Stuttgarter Rathaus, Stuttgart 1996, S. 69–81.
- SCHRÖDER, Hans-Jürgen: *European Recovery Program*. In: Wolfgang BENZ (Hg.): *Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55*, Berlin 1999, S. 260–264.
- SCRIBA, Arnulf: *Der Zweite Weltkrieg. Industrie und Wirtschaft*, Berlin 2015, <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/der-zweite-weltkrieg/industrie-und-wirtschaft.html> (Letzter Abruf: 24.07.2023).
- SEN, Amartya: *Poverty and famines. An Essay on Entitlement and Deprivation*, Oxford 1982.
- DERS.: *Food Entitlement and Economic Chains*. In: Lucile F. NEWMAN (Hg.): *Hunger in History. Food Shortage, Poverty, and Deprivation*, Cambridge, Mass. 1995, S. 374–386.
- SPEIDEL, Hans: *Neubeginn von unten*. In: Max GÖGLER/Gregor RICHTER (Hgg.): *Das Land Württemberg-Hohenzollern. 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen*, Sigmaringen 1982, S. 47–81.
- Stadt Reutlingen (Hg.): *Reutlingen 1930–1950. Nationalsozialismus und Nachkriegszeit. Katalog und Ausstellung zum 50. Jahrestag des Kriegsendes [Ausstellung im Spitalhof Reutlingen, 22. April–30. Juli 1995]*, Reutlingen 1995.
- Dies. (Hg.): *Unser Reutlingen gestern und heute (Verwaltungsbericht der Stadt Reutlingen 1945–1965)*, Reutlingen 1965.
- Stadtarchiv Rottweil (Hg.): *Chronique du cercle de Rottweil depuis le 27 avril 1945 jusqu'au 30 septembre 1949 = Chronik des Kreises Rottweil vom 27. April 1945 bis zum 30. September 1949*. Zweisprachige Edition, bearb. und mit einer Einleitung versehen von Jürgen KLÖCKLER, Rottweil 2000.
- STALIN, Josef/TRUMAN, Harry/ATLEE, Clement: *Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin [„Potsdamer Abkommen“] (02.08.1945), III. Deutschland. B, Wirtschaftliche Grundsätze, 15. b.* Online verfügbar unter [documentArchiv.de: http://www.documentArchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html](http://www.documentArchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html) (Letzter Abruf: 06.03.2023).
- STEINERT, Johannes-Dieter: *Flüchtlinge und Vertriebene*. In: Wolfgang BENZ (Hg.): *Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55*, Berlin 1999, S. 123–128.
- STÜBER, Gabriele: *Der Kampf gegen den Hunger 1945–1950. Die Ernährungslage in der britischen Zone Deutschlands, insbesondere in Schleswig-Holstein und Hamburg (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, 6)*, Neumünster 1984.
- THIES, Jochen/DAAK, Kurt von: *Südwestdeutschland Stunde Null. Die Geschichte der französischen Besatzungszone 1945–1948*, Düsseldorf 1979.

- TI MM, Elisabeth: Von der Produktion für die Besatzungsmacht zum „Wohlstand für Alle“: Die Reutlinger Wirtschaft von 1945 bis 1950. In: Stadt Reutlingen (Hg.): Reutlingen 1930–1950. Nationalsozialismus und Nachkriegszeit. Katalog und Ausstellung zum 50. Jahrestag des Kriegsendes [Ausstellung im Spitalhof Reutlingen, 22. April–30. Juli 1995], Reutlingen 1995, S. 410–453.
- TRITTEL, Günther J.: Hunger und Politik. Die Ernährungskrise in der Bizone (1945–1949) (Historische Studien, 3), Frankfurt/Main 1990.
- DERS.: Ernährung. In: Wolfgang BENZ (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, Berlin 1999, S. 117–123.
- Verhandlungen der Beratenden Landesversammlung für Württemberg-Hohenzollern vom 22. November 1946 bis 9. Mai 1947, Tuttlingen 1946/1947. Als PDF online verfügbar unter https://digital.wlb-stuttgart.de/purl/ltp382442156_001_001_1946-1947_vwhp (Letzter Abruf: 26.07.2023).
- VERNON, James: Hunger. A modern history, London 2007.
- WEBER, Edwin Ernst (Hg.): Gouverneursbesprechungen. Die deutschen Protokolle der Besprechungen zwischen Vertretern der Regierung von Württemberg-Hohenzollern und der französischen Militärregierung in Tübingen 1945–1952. Bearb. von Frank RABERG (Documenta Suevica, Bd. 13), Konstanz, Eggingen 2007.
- WEBER, Petra: Carlo Schmid, 1896–1979. Eine Biographie, München 1996.
- WELTY, Joel Carl: Das Hungerjahr in der Französischen Zone des geteilten Deutschland. 1946–1947. Herausg. von Karl WERNECKE. Koblenz 1995.
- WETZEL, Juliane: Displaced Persons (DPs). In: Wolfgang BENZ (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, Berlin 1999, S. 338–342.
- WHEATCRAFT, Stephen/Ó GRÁDA, Cormac: The European Famines of World Wars I and II. In: Cormac Ó GRÁDA/Guido ALFANI (Hgg.): Famine in European history. Cambridge 2017, S. 240–269.
- WILLIS, Frank Roy: The French in Germany 1945–49, Stanford, Calif. 1962.
- WOLFRUM, Edgar: Französische Besatzungspolitik. In: Wolfgang BENZ (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, Berlin 1999, S. 60–72.
- DERS.: Französische Besatzungspolitik und deutsche Sozialdemokratie. Politische Neuansätze in der „vergessenen Zone“ bis zur Bildung des Südweststaates 1945–1952 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 95), Düsseldorf 1991.
- Württembergisches Statistisches Landesamt Tübingen (Hg.): Württemberg-Hohenzollern in Zahlen (Zeitschrift für Statistik und Landeskunde), 6 Bde, Tübingen 1946–1952.
- ZAUNER, Stefan: Erziehung und Kulturmission. Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945–1949 (Studien zur Zeitgeschichte, 43), München 2009.
- ZEKORN, Andreas (Bearb.): Blau-weiß-rot: Leben unter der Trikolore. Die Kreise Balingen und Hechingen in der Nachkriegszeit 1945 bis 1949. (Zollernalb-Profile, Bd. 5), Stuttgart 1999.

4. Digitale Datenbanken

Universität Tübingen: SFB 923 „Bedrohte Ordnungen“: www.sfb923.uni-tuebingen.de

I. Einleitung

1. Thema

„Nun ist diese Zeit vorüber. Diese Zeit war eine echte Zwischenzeit; eine Zeit zwischen zwei Weltzeiten. Ich glaube man kann es so nennen, wenngleich es gar nicht ganz sichtbar ist, wie und nach welchen Punkten sich diese beiden Weltzeiten voneinander scheiden.“¹ 1955 hielt Carlo Schmid, der in der Nachkriegszeit verschiedene führende Ämter in Württemberg-Hohenzollern bekleidet hatte, noch einmal eine Ansprache in der Runde der Verantwortlichen, mit denen er sich von 1945 bis 1947 um die Bewältigung der Not bemüht hatte. Seine Ausführungen ermöglichen einen besonderen Blick auf die Nachkriegszeit: „Damals war es die Aufgabe, Kartoffeln zu beschaffen, Wohnraum bereit zu stellen, die Strassen zu verbessern, zu überlegen, welche Mühlen stillgelegt werden sollen usw.“² Er stellte bewusst die alltäglichen Anstrengungen auch für die Regierung in den Vordergrund. Die Notwendigkeiten eines funktionalen Ernährungssystems für die Gesellschaft legen diese Priorität nahe. Die Eindrücke aus der Zeit der Hungerjahre zeigen ein noch deutlich drastischeres Bild. Er selbst wird in seiner moderaten Art in den Protokollen der Besprechungen des Jahres 1946 leitmotivisch zitiert: „Staatsrat Schmid ging dann zur uns alle bewegenden Hauptsorge über, die der Ernährung.“³ Sein Kollege Dr. Franz Weiß, zu dieser Zeit Landesdirektor für Landwirtschaft und Ernährung, wurde mitten im „Hungerwinter“⁴ 1946/47 zu einem der wichtigsten Referenten auf Tagungen. Er ging alle Lebensmittel einzeln durch und rechnete den Landräten das dramatische Defizit an Brot, Nahrungsmitteln,⁵ Fleisch, Milch, Hülsenfrüchten, Eiern und Fett vor. Er appellierte an die Militärregierung, die Abgabeforderungen nicht weiter zu erhöhen und forderte aber auch die Bauern auf, ihrer Ablieferungspflicht nachzukommen. Er sah eine „Ernährungskrise“, die „auf uns einstürzt und nachgerade seelisch und physisch nicht mehr lange zu ertragen“ sei, „Hungersnot haben wir, aber wir hoffen, daß wir wenigstens die Hungerkatastrophe vermeiden können“.⁶ Er war es, der Mühlen stillgelegt hatte, um unkontrolliertes Mahlen und den illegalen Abfluss des Mehls zu verhindern. Die Bauern und

¹ Staatssekretariat Württemberg-Hohenzollern: Landrätetagungen. Berichte und Protokolle. Beilage: SCHMID, Carlo: Abschrift, 5 Seiten, 1955, S. 1. StadtA Rt AdN 19.1957.

² SCHMID, Carlo: Landrätetagungen, Abschrift, 5 Seiten, 1955, S. 1. StadtA Rt AdN 19.1957.

³ Protokoll der Tagung der Aussenstellenleiter und Bürgermeister von Stadt- und Landkreis Reutlingen unter dem Vorsitz von Landrat und Oberbürgermeister Kalbfell am Mittwoch, 10.4.1946, im Rathaussaal Reutlingen. StadtA Rt AdN 18.1956.

⁴ Siehe Kapitel II. 2. 4 Hungerwinter und Dürresommer: Das Hungerjahr 1947.

⁵ Unter Nahrungsmitteln versteht man Produkte, die aus Getreide hergestellt werden (außer Mehl). Dazu zählen z. B. Haferflocken, Nudeln, Grieß oder Graupen.

⁶ Staatssekretariat Württemberg-Hohenzollern: Landrätetagungen. Berichte und Protokolle, 01.12.1945–24.05.1947. Hier: Landrätetagung, Sulz am Neckar, 17.02.1947, S. 28–30. StadtA Rt AdN 19.1957.

auch die Verbraucher waren wegen dieser Maßnahme sehr aufgebracht. Gegenstand der Auseinandersetzung war die Lenkung der geringen Erträge in öffentlich kontrollierte oder in private, schwarze Kanäle. Die offizielle Zuteilung der Rationen blieb 1947 unter 1000 Kalorien und erreichte bereits 1945 einen Tiefpunkt von 532 Kalorien.⁷ Auch die Auseinandersetzung um die Deutung prägte den Alltag und die öffentliche Diskussion. Wer war verantwortlich, die Besatzer, die Bauern oder die Verwaltung? Oder war alles noch die Folge des Krieges und ein Ergebnis der Nazi-Politik? Die Antwort auf diese Frage entschied über das Handeln der Bevölkerung und der Verantwortlichen in der Verwaltung und der Politik. Die Gesellschaft war durch die Hungerkrise in eine Notlage geraten, die aus dem Zusammenbruch im Jahr 1945 hervorging. Dies erforderte einen Neuaufbau unter sehr unsicheren Bedingungen mit einem offenen Ausgang, den man nicht selbst bestimmte, der aber eigenes Engagement erforderte. Auch 1955 war sich Carlo Schmid noch nicht ganz sicher über das Signum der neuen Zeit. Im Mittelpunkt stand bis 1948 die Hungerkrise, die offenbar nur mit einem Neufbau auf allen Feldern zu bewältigen war – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Keiner dieser Bereiche konnte unberührt bleiben. Carlo Schmid sah in seiner Zuhörerschaft aus Landräten und Politikern den Kreis, der in der Phase der Transformation zusammenkam, „um nach dem Zusammenbruch die ersten Kraftlinien anzulegen, von denen wir hofften, es könnte um sie herum aus dem Chaos wieder etwas von Gestalt werden“.⁸ Mit dieser Deutung steht die praktische tägliche Krisenbewältigung bewusst im Mittelpunkt des gesellschaftlichen Neuaufbaus. Danach ging es bei den Landrätetagungen „darum[,] ein erstes formendes Prinzip zu schaffen. In dem Sinne [...] ob uns die Demokratie hier einen Ansatzpunkt dafür bieten könnte, dass das Volk wieder zu sich selbst findet. Jede Demokratie fängt damit an, dass das Volk das Bewusstsein seiner selbst erhält. Das kann nun nicht im platonischen Bereich der blossen Spekulation geschehen, die der Mensch als Wesen der Geschichte und in der Geschichte darstellt.“ An dieser Stelle verwies er auf die Akteure, die sich für das Volk verantwortlich fühlten „und sich mit diesen so kleinen Dingen verantwortlich beschäftigten und zu gestalten versuchten – und auch gestaltet haben“ um den Weg aus dem Chaos zu finden. „Wir waren der Meinung, dass es schon viel sei, die Forderungen des Tages zu erfüllen.“

Mit dieser Akzentuierung des Handelns der Betroffenen in der Hungerkrise ergibt sich eine besondere Perspektive auf die Nachkriegszeit. Die Betroffenen werden nicht mehr als Opfer gesehen, sondern als Akteure, die sich um ihren Handlungsspielraum bemühten und ihre Zukunft aus sehr ungünstigen Bedingungen heraus selbst gestalten wollten. Dies geschah aus dem Bewusstsein heraus, dass dies nicht nur durch theoretische Überlegungen möglich war, sondern durch prak-

⁷ Lebensmittelzuteilungen, übersichtsweise für die einzelnen Zuteilungsperioden, 25. Juni 1945–November 1946. StadtA Rt AdN 1679. Vgl. die Erläuterungen in Kapitel II. 2.2 Der Verlauf der Hungerkrise vom Ende des Krieges bis zur Ernte 1946.

⁸ Dieses und die folgenden vier Zitate: SCHMID, Carlo: Landrätetagungen, Abschrift, 1955, S. 1. StadtA Rt AdN 19.1957.

tisches Handeln und mit dem Verständnis, dass es sich um „eine echte Zwischenzeit“ handelte.

Mit dem Begriff der „Weltzeiten“⁹ werden die Ereignisse nicht nur in die nationalen Entwicklungen, sondern insbesondere in den Kontext der internationalen Politik eingeordnet. Die Konstellation der Mächte hatte sich durch den Zweiten Weltkrieg grundlegend gewandelt und die Beseitigung der nationalsozialistischen Herrschaft hatte den Aufbau eines neuen Staates mit einer demokratischen Gesellschaftsordnung ermöglicht. Um diese Übergangszeit als einen Neuaufbau zu gestalten, bedurfte es vieler alltäglicher Handlungen, um die Not zu überbrücken. Die Verwaltung musste unangenehme Entscheidungen treffen und durchsetzen und alle mussten, sowohl ein Ende der Zwischenzeit, als auch eine Neuorientierung finden. Diese machte neben der Bewältigung der alltäglichen Probleme eine umfassende Aufarbeitung der Vergangenheit notwendig. Dies war nicht sofort und nicht von allen zu erwarten, aber die gemeinsame Überwindung der Not schuf die Grundlage für die neue Gesellschaft und damit für das Ende der Zwischenzeit.

Die Eingrenzung der Phase von 1945 bis 1948 geht aus den Quellenbefunden hervor. Die Prozesse des Übergangs und des Neuaufbaus waren in allen Bereichen zu finden: die Regeneration des dysfunktionalen Ernährungssystems, der politische und ökonomische Neuaufbau, der eng mit der Überwindung der Krise verknüpft war. Nicht zuletzt setzte sich damit auch eine neue Wahrnehmung und Deutung der Gegenwart und Vergangenheit durch. Das System der Demokratie und „ein weitgehender Abbau der Zwangswirtschaft“ als Übergang zur Marktwirtschaft bewährten sich und fanden Akzeptanz in der Bevölkerung.¹⁰

Die vorliegende Studie hat das Ziel, einen Beitrag zur Erforschung der Hungerkrise der Nachkriegszeit durch eine exemplarische Untersuchung in dem eingegrenzten Bereich des Landes Württemberg-Hohenzollern zu leisten. Die Klärung der Zusammenhänge zwischen dem gestörten Ernährungssystem einer Gesellschaft und der Neuorientierung in der Zeit der Transformation bedarf sowohl der Untersuchung der materiellen als auch der kulturellen Seite der Krise. Die Erforschung der von vielen Faktoren beeinflussten Entwicklung legt eine Verbindung von sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Methoden mit den Verfahren der Neuen Kulturgeschichte nahe, der Ansatz der Vulnerabilität hat hierbei eine integrierende Brückenfunktion. Die Konzepte und deren Anwendung werden in den Kapitel I. 2. und 3. näher erläutert. Der Zuwachs an Erkenntnissen ist dort zu sehen, wo deutlich wird, unter welchen Bedingungen die Menschen der Nachkriegszeit

⁹ Aus dem Kontext des Begriffes in der Rede geht hervor, dass Carlo Schmid damit auch globale Epochen bezeichnet. In seiner Ansprache schildert er Eindrücke aus seinem Besuch in Moskau als Mitglied einer Delegation unter der Führung von Kanzler Adenauer. Vgl. WEBER, Petra: Carlo Schmid, 1896–1979. Eine Biographie, München 1996, S. 540ff.

¹⁰ Landtag Württemberg-Hohenzollern: Verhandlungen des Landtags für Württemberg-Hohenzollern, Protokolle, 1948, Bd. 2, WILDERMUTH, Eberhard: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 32. Sitzung vom 14.07.1948, S. 466. Persistente URL: http://digital.wlb-stuttgart.de/purl/ltp382442156_002_002_1948_whp (Letzter Abruf: 23.06.2023).

nicht nur die Krise überwinden, sondern die Transformation zu einer neuen Gesellschaft vollzogen, die sie vor einer neuen Katastrophe schützen sollte. Die Relevanz des Themas besteht nicht zuletzt darin, dass diese Gesellschaft nach wie vor die Grundlage unseres gegenwärtigen Zusammenlebens darstellt.

2. Stand der Forschung

Die Komplexität der Hungerkrise erfordert die Erschließung mit mehreren Zugängen und die Überprüfung des Forschungsstandes in den jeweiligen Bereichen. Dazu sind die Arbeiten zur Erforschung von Fallbeispielen und umfassender Projekte zu zählen, sie werden hier als Hungerforschung bezeichnet. Theoretisch-konzeptionelle Überlegungen werden als Grundlagen für die Entwicklung des Untersuchungsmodells einbezogen, dazu gehören primär das Konzept der Vulnerabilität und kulturgeschichtliche Ansätze. Eine Reihe von Forschungen zu verschiedenen Themen des gewählten Zeitraumes von 1945 bis 1948 und darüber hinaus beleuchten Teilaspekte, die Perspektiven eröffnen, oder zu Fragestellungen anregen.

2.1 Klärung des Begriffs „Hungerkrise“

In der geschichtswissenschaftlichen Forschung des 20. Jahrhunderts hat sich für einen Zeitraum der „existenziell bedrohlichen Verknappung und extremen Verteuerung von lebensnotwendigen Grundnahrungsmitteln“¹¹ der Begriff „Hungerkrise“ durchgesetzt. Eine Definition im Sinne der vorliegenden Untersuchung soll weitere Kriterien berücksichtigen. Manfred Gailus weist in seinem Lexikonartikel „Hungerkrisen und -revolten“¹² darauf hin, dass Hunger stets eine schwer messbare Größe bleibt. Die jüngere Forschung hat zur Bestimmung des Begriffs die Konsequenzen des Nahrungsmittelmangels zentral gestellt: „We define hunger as an inadequacy in individual dietary intake relative to the kind and quantity of food required for growth, for activity, and for the maintenance of good health.“¹³ Die ungenügende individuelle Ernährung wird damit im Rahmen des Forschungsprojektes „Hunger in History“ in Beziehung zu Auswirkungen gesetzt, die für die persönliche Lebensweise und -erhaltung relevant sind. Einen vergleichbaren Ansatz wählt Jürgen Michael Schmidt mit der Erweiterung um die soziale Dimension. Er ergänzt den Begriff im Rahmen des Sonderforschungsbereiches „Bedrohte

¹¹ GAILUS, Manfred: Hungerkrisen und -revolten. In: Friedrich JAEGER (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 5, Gymnasium – Japanhandel, 2007, S. 712.

¹² GAILUS, Manfred: Hungerkrisen und -revolten. In: Friedrich Jaeger (Hg.): Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 5, 2007, S. 712.

¹³ MILLMAN, Sara/KATES, Robert W.: Toward Understanding Hunger. Introduction, S. 3. In: Lucile F. NEWMAN (Hg.): Hunger in history. Food Shortage, Poverty, and Deprivation. Cambridge, Mass. 1995, S. 3–25.

Ordnungen“¹⁴ und lenkt den Blick auf die Gesellschaft und betont als Merkmal, „dass eine breite Mehrheit der Bevölkerung ihr bisheriges Alltagsleben nicht mehr fortführen kann und der Nahrungsmittelmangel bislang verschonte Schichten erreicht“.¹⁵

Die Bestimmung des Begriffs, besonders die Auswirkungen auf die betroffenen Individuen und die Gesellschaft, lässt das methodische Problem offen, dass Hunger nicht messbar ist. Um das Phänomen beschreiben zu können, soll die Versorgung der Gesellschaft und des Individuums geklärt werden. Ausgangspunkt der Untersuchung sind die Hungerindikatoren, die von den zeitgenössischen Beobachtern mit dem Mangel an Nahrungsmitteln in Verbindung gebracht wurden. Dazu zählen zum Beispiel ungewöhnlich niedrige Werte der Zuteilung von Nahrungsmitteln, der Konsum von unüblichen Pflanzen, verbreitetes Untergewicht, Krankheiten, Nahrungsmittelkriminalität oder auffallende Migrationsbewegungen.¹⁶ Diese Indikatoren sind nicht als feststehender Katalog zu verstehen, sie müssen für jede Hungerkrise neu erhoben und detailliert analysiert werden. Die ältere Forschung hat dafür z. B. die Beziehung zwischen Getreidepreisen und Löhnen herangezogen oder Scherenbewegungen zwischen demographischen Entwicklungen und Nahrungsmittelproduktion festgestellt und daraus den Lebensmittelmangel der Individuen abgeleitet.¹⁷ Jede Hungerkrise bringt ihre spezifischen Indikatoren hervor. In der Nachkriegszeit ist dagegen die Erfassung von Getreidepreisen angesichts des Währungsverfalls und der Bewirtschaftung und Preisfestsetzung nicht sinnvoll, es eröffnen sich durch die historischen Bedingungen und die Quellenlage andere Möglichkeiten.

Die Versorgung der Betroffenen soll ausgehend von diesen Beobachtungen vertieft und differenziert erhoben werden. Gleichwertig steht neben diesen messbaren Werten die kulturelle Wahrnehmung, die häufig als erster Indikator gelten kann. Die folgende Arbeitsdefinition liegt der vorliegenden Studie zugrunde: Hungerkrise bezeichnet eine zeitlich begrenzte Versorgungsstörung einer Gesellschaft. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung kann durch die existenziell bedrohliche Verknapp-

¹⁴ Universität Tübingen, Sonderforschungsbereich 923 „Bedrohte Ordnungen“. Teilprojekt B02: Hungerkatastrophen als Bedrohung religiöser und sozialer Ordnungen. Bedrohungskommunikation und Bewältigungshandeln in christlichen Gesellschaften (1570–1980). 2011–2022.

¹⁵ SCHMIDT, Jürgen Michael/RIESE, Christina/STOLLHOF, Johannes: Einleitung: Hungerkrisen – Hungerkatastrophen. Deutung und Bewältigung. In: Dennis SCHMIDT/Johanna SINGER/Roland WOLF (Hgg.): *Bedrohte Ordnungen. Konzepte, Materialien und Arrangements für den Geschichtsunterricht*. Frankfurt/Main 2018, S. 113–124, hier S. 113.

¹⁶ Vgl. KRÄMER, Daniel: „Menschen grasten nun mit dem Vieh“. Die letzte grosse Hungerkrise der Schweiz 1816/17; mit einer theoretischen und methodischen Einführung in die historische Hungerforschung, Basel 2015, S. 273 f.

¹⁷ Vgl. ABEL, Wilhelm: *Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Deutschland*, Göttingen 1972; BARTH, Christian M./MALTHUS, T. R. (Hgg.): *Das Bevölkerungsgesetz*, München 1977. Vgl. im Folgenden Kapitel I. 2.2 Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Ansätze.

pung von Nahrungsmitteln das gewohnte Leben nicht fortführen. Ausgelöst wird die Krise durch den Zusammenbruch des Ernährungssystems. Der daraus hervorgehende Hunger steht im Zentrum von sozialen, politischen und ökonomischen Prozessen, die Krisensituation zeigt in besonderer Weise deren Verknüpfung. Am Beginn der Untersuchung steht die kulturelle Wahrnehmung der Hungerkrise und ihrer zeitspezifischen Indikatoren, die einzeln und in ihrem Zusammenhang aufgeklärt werden sollen. Darin werden kurzfristige Auslöser und langfristige Ursachen sichtbar, die gemeinsam die kausale Struktur der Hungerkrise bilden.

2.2 Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Ansätze

Die vorliegende Studie baut u. a. auf der Auswertung der Forschungen der historischen Demographie und des klassischen wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Ansatzes auf. Der britische Ökonom Thomas Malthus¹⁸ formulierte ein Gesetz zum Zusammenhang zwischen steigender Einwohnerzahl und enger werdendem Nahrungsmittelspielraum. In Verbindung mit den Ideen Malthus' steht die Theorie des Food Availability Decline (FAD), die eine Hungersituation mit einem mangelhaften Nahrungsmittelangebot erklärt. Die Bezeichnung geht auf Amartya Sen zurück.¹⁹ Er verschiebt den Schwerpunkt der Betrachtung auf die Zugangsrechte („entitlements“). Aus seiner Sicht kann eine Bevölkerungsgruppe auch bei ausreichenden Vorräten an Lebensmitteln in eine Hungerkrise geraten, wenn sie Anrechte („entitlements“) auf diese Ressourcen verliere. Für diese Erklärung führt er den Begriff „Food Entitlement Decline“ ein. Für Sen besteht der zentrale Zusammenhang zwischen Armut und Hunger. In seinem Modell führt er vier legale Möglichkeiten des Zugangs zu Nahrungsmitteln auf: Lebensmittelanbau, Lebensmitteleinkauf durch Handel, Eigenleistungsanspruch durch Arbeit für Nahrung und Übertragung von Lebensmitteln durch andere. Individuen und Gruppen drohe Hunger, wenn sie solche Anspruchsrechte nicht geltend machen können. Die nachfolgende Forschung erweitert die Perspektive. Stephen Devereux fügt als Resultat seiner Überlegungen politische Ursachen hinzu mit der Begründung, dass Individuen und Haushalte in soziale Kontexte eingebunden seien.²⁰

Eine Verbindung zwischen verschiedenen vorliegenden Ansätzen aus der Forschung stellt der Wirtschaftshistoriker Werner Plumpe her.²¹ Die Beobachtungen von Malthus beziehen sich demnach auf einen spezifischen Punkt in dem Muster

¹⁸ Vgl. MALTHUS, Thomas Robert: Eine Abhandlung über das Bevölkerungsgesetz. 2 Bde. Jena 1924. Übersetzt von Valentine Dorn.

¹⁹ Vgl. SEN, Amartya: Poverty and Famines. An Essay on Entitlement and Deprivation. Oxford 1982, S. 13. Ebenso in: SEN, Amartya: Food Entitlement and Economic Chains. In: Lucile F. NEWMAN (Hg.): Hunger in History. Food Shortage, Poverty, and Deprivation, Cambridge 1995, S. 374–386.

²⁰ Vgl. DEVEREUX, Stephen: Sen's Entitlement Approach: Critiques and Counter-critiques. In: Oxford Development Studies 29 (2001) Nr. 3, S. 259. Online verfügbar unter <https://www.sas.upenn.edu/~dludden/FamineMortality.pdf> (Letzter Abruf: 20.02.2023).

²¹ Vgl. PLUMPE, Werner: Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart. München 2017.

der „Krisen des Type ancien“.²² Herausgearbeitet wurde dieses Modell von Forschern der Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 20. Jahrhundert, Ernest Labrousse und Wilhelm Abel.²³ Sie stellen einen Zusammenhang zwischen landwirtschaftlicher und ökonomischer Produktion fest, die in den Strudel einer Abwärtsspirale von steigenden Getreidepreisen und sinkenden Löhnen gerät.

In einem internationalen und interdisziplinären Projekt sammelten Wissenschaftler Kenntnisse über Hungerkrisen aus allen Epochen der Geschichte der Menschheit. Unter dem Projekttitel „Alan Shawn Feinstein World Hunger Program at Brown University“²⁴ stellen die Forscher von 1985 bis 1987 Forschungsansätze und -ergebnisse zusammen, um dazu beizutragen, den Hunger weltweit zu reduzieren. Sie benennen viele noch offene Fragen und stellen fest: „The history of hunger is for the most part unwritten.“²⁵ Als wesentliches Ergebnis wird ein Panorama aktueller Forschungskonzepte vorgestellt.

Die Herausgeberin der gemeinsamen Veröffentlichung, Lucile Newman, beschreibt den übergreifenden Fragehorizont: „What have been the causes and consequences of hunger events? How have the peoples of the World faced fear of hunger, the prospect of starvation, devastation by famine in their lands? How have they adapted to these conditions? What strategies have they used toward survival? Can the past teach us anything about the present?“²⁶ Hunger zu lindern oder zu verhindern, wird als zentrales Motiv in der Geschichte benannt.

Im grundlegenden Artikel der Projektautoren Sara Millman und Robert W. Kates „Toward Understanding Hunger“ wird ein gemeinsames Modell als Extrakt aus den Forschungen als „A causal structure of hunger“ gebildet. Kennzeichnend für das Modell sind interagierende Akteure auf verschiedenen Ebenen, die regional und sozial bestimmt sind, die Verbraucher der untersten Ebene werden als Haushalte und Individuen beschrieben. Die Ursachen werden nach „underlying processes“ und „immediate causes“ unterschieden. Auf allen definierten Ebenen („levels“) können demnach Aktionen zur Bewältigung ansetzen, die geeignet sind, entweder ein weiteres Auftreten zu verhindern oder die Auswirkungen aktuell zu begrenzen, begrifflich gefasst werden sie als „short-term adjustments“ und „long-term adaptations“.²⁷ Die historischen Hungersituationen werden jeweils mit spezifischen Ausprägungen und Ansätzen für Bewältigungsmaßnahmen verbunden.

Die Folgen werden mit vielen Beispielen belegt. Amartya Sen konzentriert sich in seinem Beitrag auf die fehlenden Zugangsrechte zu Nahrungsmitteln und die

²² ABEL, Wilhelm: Agrarkrisen und Agrarkonjunktur. Eine Geschichte der Land- und Ernährungswirtschaft Mitteleuropas seit dem hohen Mittelalter. Hamburg 1978, S. 54.

²³ Siehe Anmerkung 18 und LABROUSSE, Ernest: La crise de l'économie française à la fin de l'ancien régime et au début de la Révolution – 1: Aperçus généraux, sources, méthode, objectifs, la crise de la viticulture. Paris 1944.

²⁴ Vgl. NEWMAN, Lucile F. (Hg.): Hunger in History, 1995, hier S. vii.

²⁵ MILLMAN, Sara/KATES, Robert W.: Toward Understanding Hunger, 1995, S. 22.

²⁶ NEWMAN, Lucile F.: Preface. In: Lucile F. NEWMAN: Hunger in History. 1995, S. vii.

²⁷ MILLMAN, Sara/KATES, Robert W.: Toward Understanding Hunger, 1995, S. 14.

sich daraus ergebenden Konsequenzen. Für das Individuum bestehen die Auswirkungen der Mangelernährung in Untergewicht, Fehlernährung und Anfälligkeit für Krankheiten oder Mortalität.²⁸

Die Beiträge des Projektbandes und deren Auswertung durch die Herausgeber bietet dafür eine Reihe von Anregungen, die übernommen werden können. In der Studie soll die Genese der Hungerkrise durch Fragen nach den langfristigen Ursachen und den kurzfristigen Auslösern geklärt werden. Ebenso sind die Praktiken und Strategien der Bewältigung im Hinblick auf ihre zeitliche Reichweite zu untersuchen. Hilfen, die die gegenwärtige Not lindern, sollen unterschieden werden von Maßnahmen, die darauf abzielen, Hungerkrisen in der Zukunft unwahrscheinlicher oder unmöglich zu machen. Mit der Graduierung nach Ebenen („levels“) werden vertiefte exemplarische Analysen möglich, andererseits können Interaktionen und Interdependenzen zwischen den Ebenen verdeutlicht werden. Damit können die Zusammenhänge und das wechselseitige Einwirken des Handelns auf den verschiedenen Ebenen gezeigt werden. Konkret rücken damit in der Nachkriegszeit die Alltagspraxis der Betroffenen, das Vorgehen der lokalen Verwaltung, das Verhalten der neu entstehenden politischen Institutionen und die Entscheidungen der Besatzungsbehörden in den Fokus. Da sich die Handlungen der Akteure notgedrungen auf wirtschaftliche, soziale, politische und kulturelle Ziele gleichzeitig richten, ist mit einem komplexen Geschehen zu rechnen.

2.3 Vulnerabilität und Resilienz – Erfahrung und Forschungsperspektive

Die Komplexität der multiplen Prozesse, der Ursachen und parallel und interdependent verlaufenden Handlungen vieler Akteure mit unterschiedlichen Interessen erfordert ein integrierendes Konzept. Es müssen dabei Vorgänge aus den Blickwinkeln verschiedener Forschungsperspektiven betrachtet werden, dazu gehören Wirtschafts-, Sozial-, Politik- und Kulturgeschichte. Die aktuelle Forschung setzt hierbei u. a. auf das Konzept der Vulnerabilität. Die vielfältige Verwendung dieses Begriffes in der Forschung und im Alltag erfordert eine Bestimmung und Begrenzung im Hinblick auf die Anwendung auf Hungerkrisen.

Die etymologische Wurzel liegt im lateinischen Wort „vulnerabilis“. Hans-Werner Goetz weist nach, dass der Begriff in der lateinischen Sprache zwar zu finden ist, die Verwendungsweise sich allerdings von der heutigen unterscheidet und sich mit Phänomenen beschäftigt, die die Fragilität des Menschen direkt betreffen²⁹. Der Kern der heutigen Verwendung wird von Robert Chambers im Hinblick auf

²⁸ Vgl. SEN, Amartya: Food Entitlement and Economic Chains. In: Lucile F. NEWMANN (Hg.): Hunger in History, 1995, S. 376.

²⁹ Vgl. GOETZ, Hans-Werner: „Vulnerabilität“ in früh- und hochmittelalterlicher Wahrnehmung. In: Cécile LIGNEREUX u. a. (Hg.): Vulnerabilität /La vulnérabilité. Diskurse und Vorstellungen vom Frühmittelalter bis ins 18. Jahrhundert. Tübingen 2020, S. 45–78.

Menschen und Gesellschaften beschrieben: „Vulnerability here refers to exposure to contingencies and stress, and difficulty in coping with them.“³⁰

Von dieser Begriffsbestimmung ausgehend wurden über 30 Fachdefinitionen entwickelt.³¹ Aktuelle Studien unter Anwendung dieses Konzeptes beschäftigen sich vorzugsweise mit Extremereignissen und Katastrophen, die durch Prozesse in der Natur verursacht werden mit den Schwerpunkten Intervention und Prävention.

Die theoretische und praktische Arbeit in diesen Bereichen erbringt ein offenes Konzept mit vielen Anschlussmöglichkeiten für verschiedene Zugänge, von besonderem Interesse sind die Berücksichtigung von Kontingenz und die Fokussierung des Handelns von Betroffenen in Krisensituationen mit dynamischen Interdependenzen. In dieser Entwicklung wird aus Vulnerabilität als Beschreibung eines Zustandes von Individuen oder Gesellschaften eine programmatische Forschungsperspektive. Die Erfahrung der Vulnerabilität muss einerseits als Ausgangspunkt der Wahrnehmung und des Handelns der Individuen gesehen werden, andererseits soll das in den bisherigen Forschungen entwickelte Potenzial zur Integration in der Forschungsperspektive zur Strukturierung der Untersuchung genutzt werden. Das Interesse richtet sich auf vorliegende Beispiele aus der Hungerforschung, zu nennen sind hier die Arbeiten von Dominik Collett³² und Daniel Krämer³³.

Der Ursprung des Vulnerabilitätskonzeptes wird auf die ihre Bombardierungen begleitenden Untersuchungen der US-Air Force im Zweiten Weltkrieg zurückgeführt, die überprüfen sollten, inwieweit das Ziel erreicht worden war, größtmögliche biophysische, ökonomische und psychologische Schocks zu bewirken.³⁴ Diese Suche nach verletzlichen Stellen einer Gesellschaft wurde in den 1970er Jahren in gänzlich anderer Weise mit einer zivilgesellschaftlichen Bedeutung in der Erforschung von Naturkatastrophen aufgenommen. Die folgende primär an den geographischen Wissenschaften ausgerichtete Vulnerabilitätsforschung verfolgte das Ziel, „gesellschaftliche Verwundbarkeiten gegenüber Naturrisiken abzubauen und

³⁰ CHAMBERS, Robert: Editorial Introduction: Vulnerability, Coping and Policy. In: IDS Bulletin 20, 1989 (2), S. 1–7, hier S. 1. Erneut veröffentlicht: CHAMBERS, Robert: Vulnerability, Coping and Policy (Editorial Introduction) in IDS Bulletin 37 Number 4, September 2006, Online verfügbar unter <https://opendocs.ids.ac.uk/opendocs/bitstream/handle/20.500.12413/662/Chambers.pdf?sequence=1&isAllowed=y> (Letzter Abruf: 21.02.2023). Der Autor war Direktor des Institute for Development Studies in Sussex, das die britische Regierung beriet.

³¹ Vgl. COLLET, Dominik: „Vulnerabilität“ als Brückenkonzept der Hungerforschung. In: Dominik COLLET/Thore LASSEN/Ansgar SCHANBACHER (Hgg.): Handeln in Hungerkrisen – neue Perspektiven. Göttingen 2012, S. 12–25.

³² COLLET, Dominik/LASSEN, Thore/SCHANBACHER, Ansgar (Hgg.): Handeln in Hungerkrisen, 2012. COLLET, Dominik: Die doppelte Katastrophe. Klima und Kultur in der europäischen Hungerkrise 1770–1772, Göttingen 2019.

³³ KRÄMER, Daniel: „Menschen grasten nun mit dem Vieh“, 2015.

³⁴ BANKOFF, Greg: Time is of the Essence: Disasters, Vulnerability and History, In: International Journal of Mass Emergencies and Disasters 22 (2004), S. 23–42, hier S. 24.

Wege aufzuzeigen³⁵ und Widerstandsfähigkeit gegenüber Gefahren zu entwickeln. Die Autoren stellen eine Verbindung her zu vorliegenden Hungerforschungen unter sozioökonomischen Aspekten, dazu zählen die bereits zitierten Arbeiten Amartya Sens, der mit dem Zusammenhang zwischen Armut und Hunger eine Grundlage zur sozialwissenschaftlichen Vulnerabilitätsforschung legt³⁶.

Ausgehend von der Entwicklungspolitik entstehen allgemein transferierbare Begriffsbestimmungen. Robert Chambers differenziert die bereits aufgeführte kurze Definition. „Vulnerability has thus two sides: an external side of risks, shocks and stress to which an individual or household is subject; and an internal side which is defencelessness, meaning a lack of means to cope without damaging loss.“³⁷ Mit dem Klimawandel wird auf Risiken, die von Naturereignissen ausgehen, hingewiesen. Bewusst wird dabei auch der Anteil menschlichen Handelns an Katastrophen.

Das Modell „causal structure of hunger“ von Millman und Kate weist der Genese und des Verlaufs einer Hungerkrise große Bedeutung zu. Die multifaktorielle historisch-genetische Dimension des Hungers wird hier ebenso als zentrales Element im Konzept der Vulnerabilität formuliert, das bis dahin primär in der Katastrophenforschung angewandt wurde. Für die historische Forschung entsteht aus dieser Verbindung ein besonders ertragreicher Ansatz. In seinen Arbeiten weist der neuseeländische Sozialwissenschaftler und Historiker Greg Bankoff darauf hin, dass in dem Konzept der Vulnerabilität die in einer Krise sichtbar werdenden Risiken und Gefahren bereits vor dem Auftreten eines Ereignisses in einer Gesellschaft latent angelegt sind, daraus ergibt sich eine Historisierung des Ansatzes.³⁸ In seinen Beispielen zeigt Bankoff, wie in langwährenden Prozessen herbeigeführte soziale Strukturen zu Vulnerabilitätsfaktoren werden, die die Differenzierung der Verletzlichkeit der Mitglieder einer Gesellschaft bewirken.

Mit Bezug auf Anthony Oliver-Smith fokussiert Bankoff in besonderer Weise gemäß dem Titel seines Aufsatzes „Time is of the essence“ die Bedeutung der Zeit: „[...] the life-history of a disaster begins prior to the appearance of a specific event-focused agent.“³⁹ Zeit wird damit zur primären Dimension für die Strukturierung einer Katastrophe und der Vulnerabilität.

Ebenso betont er die Notwendigkeit, Kultur, Zeit und Katastrophe in einem engeren Zusammenhang zu sehen. Von Bedeutung ist auch die Rolle, die Bankoff den betroffenen Gemeinschaften und ihren Fähigkeiten zuschreibt. Er wendet sich gegen einen „Neokatastrophismus“ und den daraus resultierenden Pessimismus und hält ihm das Potenzial von Gemeinschaften entgegen, Gefahren zu widerstehen

³⁵ BOHLE, Hans Georg/GLADE, Thomas: Naturgefahren und Verwundbarkeiten in der globalen Risikogesellschaft. In: Carsten FELGENTREFF/Thomas GLADE (Hgg.): Naturrisiken und Sozialkatastrophen. Berlin 2008, S. 100.

³⁶ Vgl. BOHLE, Hans/GLADE, Thomas: Naturgefahren und Verwundbarkeiten. 2008, S. 101–102.

³⁷ CHAMBERS, Robert: Editorial Introduction: Vulnerability, 1989, S. 1–7, hier S. 1.

³⁸ Vgl. BANKOFF, Greg: Time is of the Essence, 2004, S. 23–42.

³⁹ BANKOFF, Greg: Time is of the Essence, 2004, S. 23–42.

und mit veränderten Umständen umzugehen, damit wird Resilienz gleichzeitig zum Bestandteil und zum Komplementärbegriff der Vulnerabilität und die Rolle der Betroffenen als Akteure in der Bewältigung wird hervorgehoben.

Mit dem Desiderat, die kulturelle Dimension der Bewältigung noch stärker in die Untersuchungen einzubeziehen, stärkt Bankoff den Anschluss an die Kulturgeschichte. „And, in the end, what is more important to influencing human behavior in disaster situations: what actually happened or what is remembered to have taken place?“⁴⁰ Die Flexibilität des Konzepts von Bankoff wurde in der Veröffentlichung „Mapping Vulnerability“⁴¹ durch die Verflechtung sozialer und politischer Prozesse und die Interaktion von Mensch und Umwelt demonstriert. Die Offenheit des Konzepts richtet sich gegen einseitig technokratische Sichtweisen.

In der jüngeren Forschung werden in den programmatisch formulierten Titeln bereits die Schwerpunkte erkennbar, „Handeln in Hungerkrisen“⁴² und „Die doppelte Katastrophe. Klima und Kultur in der europäischen Hungerkrise 1770–1772“⁴³. Die Projekte fokussieren im Rahmen einer interdisziplinären Umweltgeschichte die Verflechtung von natürlicher und sozialer Umwelt und den unterschiedlichen Grad der Gefährdung von Individuen, Gruppen und Gesellschaften.

Die umfassende Monografie „Die doppelte Katastrophe“ widmet sich der Hungerkrise von 1770 bis 1772 und interpretiert die vielfältigen Interdependenzen als fatales Zusammenspiel von Klima und Kultur. Ausgehend von der letzten großen Hungerkrise der Schweiz in der Folge des Ausbruchs des Vulkans Tambora im Jahr 1815 arbeitet Daniel Krämer die besondere Verletzlichkeit der Ostschweiz im frühen 19. Jahrhundert heraus.⁴⁴ Als besondere Eigenschaften der Vulnerabilität benennt er „dynamisch, relational, räumlich, historisch, kumulativ, komplex, multikausal“.⁴⁵ Diese Strukturelemente können in die vorliegende Studie übernommen und unter den spezifischen Bedingungen der historischen Situation konkretisiert werden.

Auch die mediävistische Forschung hat sich mit der Anwendbarkeit des Begriffs beschäftigt. Die Veröffentlichung der Ergebnisse der Tagung der Mittelalterforschung in Tübingen 2015 zum Thema Vulnerabilität enthält unter anderem einen Beitrag zu einem frühmittelalterlichen Hungerphänomen von Steffen Patzold und Elena Ziegler gemeinsam mit grundsätzlichen Überlegungen zum Konzept der

⁴⁰ BANKOFF, Greg: *Time is of the Essence*, 2004, S. 35.

⁴¹ Vgl. BANKOFF, Greg/FREERKS, Georg/HILHORST, Dorothea: *Mapping vulnerability. Disasters, development, and people*. London 2010.

⁴² COLLET, Dominik/LASSEN, Thore/SCHANBACHER, Ansgar (Hgg.): *Handeln in Hungerkrisen*, 2012.

⁴³ COLLET, Dominik: *Die doppelte Katastrophe*, Göttingen 2019.

⁴⁴ Vgl. KRÄMER, Daniel: „Menschen grasten nun mit dem Vieh“, 2015, S. 258–417.

⁴⁵ Alle Zitate aus: KRÄMER, Daniel: *Vulnerabilität und die konzeptionellen Strukturen des Hungers. Eine methodische Annäherung*. In: Dominik COLLET/Thore LASSEN/Ansgar SCHANBACHER (Hgg.): *Handeln in Hungerkrisen*, 2012, S. 45–65.

Vulnerabilität.⁴⁶ Das Handeln Ludwigs des Frommen und der fränkischen Führungsschicht wird darin im Gegensatz zu früheren Interpretationen als religiöse Bewältigungsanstrengung angesichts einer anhaltenden Hungersnot auf Grund negativer Verläufe der Witterung gedeutet. Mit dem Konzept der Vulnerabilität kann deutlich gemacht werden, dass die zeitgemäße Verquickung von religiösen Deutungen und politischen Strukturen die Gesellschaft verletzlich machte. Dies trifft in einem doppelten Sinne zu, denn vulnerabel sind die von der Hungerkrise betroffenen Menschen und das auf religiöse Legitimierung aufgebaute politische System gleichermaßen. Das umrissene Begriffskonzept geht über lineare Ursache-Wirkungszusammenhänge hinaus, der eingetretene Schaden wird von der Fähigkeit abhängig, diesen erfolgreich zu verarbeiten und damit Resilienz zu zeigen. Damit wird der Begriff der Resilienz als unverzichtbares Teilelement des Konzeptes der Vulnerabilität gesehen.

Die Sichtung des Forschungsstandes erbringt das besondere Potenzial des Ansatzes auch für die vorliegende Studie. Dazu zählen die Historisierung der Prozesse, die Bedeutung der Faktoren Genese und Zeit, die Möglichkeit multifaktorieller Erklärungen, der Anschluss an kulturgeschichtliche Fragestellungen und die Bedeutung des Handelns der Betroffenen. Das Konzept bietet die Möglichkeit zur Integration vieler Ansätze und führt zu Anschlussstellen und Anregungen für die Untersuchung.

2.4 Kulturgeschichtliche Ansätze zum Verständnis des Hungers

Unter dem Aspekt der kommunikativen Formierung des Hungers arbeitete James Vernon in seiner Arbeit den Wandel von der religiösen zu einer moralischen Betrachtung und die Verlagerung auf politische Schwerpunkte der Deutung.⁴⁷

Im Rahmen des Sonderforschungsbereiches „Bedrohte Ordnungen“ der Universität Tübingen wurden Hungerkrisen untersucht als Situationen, „in denen der alltägliche Lebensvollzug dergestalt durchbrochen ist, dass etablierte Wahrnehmungsformen, Verhaltensmuster und Handlungsoptionen an Verlässlichkeit verlieren“.⁴⁸ Im Teilprojekt „Hungerkatastrophen als Bedrohung religiöser und sozialer Ordnungen. Bedrohungskommunikation und Bewältigungshandeln in christlichen Gesellschaften (1570–1980)“ wird unter dem Titel „Wenn Hunger

⁴⁶ Vgl. PATZOLD, Steffen/ZIEGLER, Elena: Die Gefahren des Qualitätsmanagements. Überlegungen zur Vulnerabilität der politischen Ordnung des Frankenreichs unter Ludwig dem Frommen. In: Cécile LIGNEREUX u. a. (Hgg.): *Vulnerabilität / La vulnérabilité*. Diskurse und Vorstellungen, Tübingen 2020, S. 113–128.

⁴⁷ Vgl. VERNON, James: *Hunger. A modern history*. London. 2007.

⁴⁸ Universität Tübingen SFB 923 „Bedrohte Ordnungen“: <https://uni-tuebingen.de/forschung/forschungsschwerpunkte/sonderforschungsbereiche/sfb-923/forschungsprofil/> (Letzter Abruf: 27.07.2023).

droht“⁴⁹ die religiöse Deutung des Hungers und soziales Handeln als Reaktion auf die Bedrohung in verschiedenen Epochen untersucht.

Dem übergeordneten Thema entsprechend liegt der Fokus auf der religiösen Interpretation in Verbindung mit der sozialen und ökonomischen Bewältigung anhand von Beispielen aus der Frühen Neuzeit. In einem Beitrag zum 20. Jahrhundert stellt Johannes Stollhof mit der „Biafra-Krise“ die Wahrnehmung einer Hungerkatastrophe in der Dritten Welt durch die bundesdeutsche Gesellschaft von 1967 bis 1970 und das daraus resultierende Handeln in den Mittelpunkt.⁵⁰ Bedeutsam ist, dass aus der Wahrnehmung einer Hungerkatastrophe außerhalb der eigenen Gesellschaft sowohl theologische Bearbeitungen als auch Bewältigungsanstrengungen durch soziales und politisches Handeln hervorgingen. Als Grundlage hierfür sah der Autor die Sichtweise der bundesdeutschen Öffentlichkeit auf die Erfahrungen der Not nach dem Zweiten Weltkrieg, ein Beispiel für das lange Nachwirken der in der vorliegenden Studie untersuchten Krise.

Mit dem Bezugspunkt „Bedrohung“ wird die kommunikative Formierung einer „Bedrohungskommunikation“ beschrieben, die zur Grundlage des gemeinsamen Handelns wird. Herausgearbeitet werden z. B. die „Sachdimension“, die Bedeutung der Verknappung von Zeit und die emotionale Dimension.⁵¹ Damit werden Instrumente bereitgestellt, die geeignet sind, Wahrnehmungs- und Deutungsmuster in einer Hungerkrise zu identifizieren.

Ein stärkerer Akzent soll in der Studie auf der Vorgeschichte liegen. Für den untersuchten Zeitraum würde es zu kurz greifen, die Zeit vor 1945 und deren politischen und wirtschaftlichen Bedingungen und Auswirkungen in der Analyse zu vernachlässigen. Die besonderen Verhältnisse der Nachkriegszeit legen die Erweiterung der Untersuchung der Wahrnehmung durch die zeitliche Dimension der Vergangenheit nahe, die auch eine Stärkung der historischen Kontextualisierung in der Untersuchung bedeutet.

2.5 Hunger im Kontext des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit

Eine Reihe von Arbeiten beschäftigt sich mit Hungerkrisen der Nachkriegszeit in anderen Regionen. Von besonderem Interesse für die vorliegende Untersuchung sind globale Untersuchungen, spezielle Analysen von Besatzungszonen, Studien zur allgemeinen Situation in Nachkriegsdeutschland und zur Besatzungspolitik.

⁴⁹ HOLZEM, Andreas (Hg.): Wenn Hunger droht: Bewältigung und religiöse Deutung (1400–1980). Tübingen 2017.

⁵⁰ Vgl. STOLLHOF, Johannes: „Ein Millionen-Volk wird ausgehungert!“ Die Wahrnehmung der Hungerkatastrophe in Biafra zwischen 1967 und 1970 im deutschen Katholizismus. In: Andreas HOLZEM (Hg.): Wenn Hunger droht, 2017, S. 296–315.

⁵¹ FRIE, Ewald/MEIER, Mischa: Bedrohte Ordnungen. Gesellschaften unter Stress im Vergleich. In: Ewald FRIE/Mischa MEIER (Hgg.): Aufruhr, Katastrophe, Konkurrenz, Zerfall. Bedrohte Ordnungen als Thema der Kulturwissenschaften. Tübingen 2014, S. 6 f.

Die englische Wissenschaftlerin Lizzy Collingham fokussiert in ihrer umfassenden Arbeit den Zusammenhang der Ernährungssituation mit dem Zweiten Weltkrieg⁵². Dabei untersucht sie die Kriegsziele der beiden kriegführenden Mächte Deutschland und Japan und sieht sie eng verbunden mit der Absicht, Produktionsgebiete für Nahrungsmittel zu gewinnen. Daraus habe sich ein enger Zusammenhang mit der Kriegsführung ergeben, in der Hunger zum Mittel und zur Folge des Krieges wurde, die Ernährungspolitik in Osteuropa während der deutschen Besetzung sieht sie als Beginn des Holocaust. Der Zusammenhang mit der ausreichenden Versorgung der deutschen Bevölkerung durch die Entnahme der Lebensmittel scheint damit erklärt. Ein zentrales Interesse ihrer Forschung richtet sich auf die Folgen für die globale Ernährung, die konkreten Ergebnisse werden in Kapitel II als Kontext der regionalen Hungerkrise eingeordnet. Der Schwerpunkt der Untersuchung von Lizzy Collingham liegt auf globalen Entwicklungen und der anglo-amerikanischen Welt. Die unmittelbare Nachkriegszeit in deutschen Regionen wird nicht thematisiert. Es wird zu fragen sein, inwiefern auch Württemberg-Hohenzollern mit diesen Ereignissen verknüpft war.

Ein Beispiel in der Art der klassischen Hungerforschung legen der irische Wirtschaftshistoriker Cormac Ó Gráda und Stephen Wheatcraft vor.⁵³ Sie konzentrieren sich auf Hungersnöte seit dem 13. Jahrhundert in Europa mit extremer Massensterblichkeit. Ihr Beitrag zu den Hungersnöten während der Weltkriege fokussiert Osteuropa von 1941 bis 1947. In einer kurzen Notiz am Rande weisen sie darauf hin, dass die Situation aus ihrer Sicht in den westlichen Ländern Europas so bedrohlich war, dass dort ebenfalls eine Hungersnot mit der Gefahr sehr hoher Mortalitätsraten bestand. Die Verhältnisse in den besetzten Zonen Deutschlands untersuchten sie in britischen Archiven im Hinblick auf die Verhandlungen der britischen und amerikanischen Akteure im Frühjahr 1946. Sie kommen zu dem Schluss, dass in Teilen der Besatzungsbehörden in der unmittelbaren Nachkriegszeit Konsens darüber geherrscht hat, dass die Deutschen als diejenigen, die den Krieg begonnen hatten, auf der untersten Stufe der Nahrungsversorgung stehen sollten, geplant war demnach eine Kürzung der Getreideversorgung von vorgesehenen 2,6 Millionen auf 72000 Tonnen. Die Autoren fanden Hinweise, dass den Beteiligten bereits vor Augen stand, dass insbesondere die französische Zone darunter leiden würde. Auch wenn in den beiden Arbeiten die anglo-amerikanische Perspektive dominiert, werden die Ergebnisse dennoch für die vorliegende Untersuchung bedeutsam sein, da diese Mächte Einfluss auf die gesamte Besatzungspolitik nahmen. Die Forschungen zeigen die zentrale Bedeutung des Hungers für den Weltkrieg und für die Zeit danach aus der internationalen Perspektive. Der globale und europaweite Hunger prägte das Leben, und es wird deutlich, in welcher

⁵² Vgl. COLLINGHAM, Lizzy: *The Taste of War: World War II and the Battle for Food*. London 2012.

⁵³ Vgl. WHEATCRAFT, Stephen/Ó GRÁDA, Cormac: *The European Famines of World Wars I and II*. In: Cormac Ó GRÁDA/Guido ALFANI (Hgg.): *Famine in European history*. Cambridge 2017, S. 240–269.

rigem Umfeld in der Nachkriegszeit die Probleme gelöst werden mussten. Es liegt nicht im Erkenntnisinteresse der zitierten Autoren, die Krise der Nachkriegszeit im Detail aufzuklären, aber sie weisen auf die permanente und andauernde Bedrohung durch potenzielle Hungersituationen hin.

Für das nationalsozialistisch beherrschte Deutschland liegt eine Untersuchung vor, die auf Nahrungsmangel bereits seit 1933 hinweist. Im Rahmen der Untersuchung des „biologischen Lebensstandards“ kamen Jörg Baten und Andrea Heinze zu dem Ergebnis, dass ernährungsbezogene Krankheiten von 1933 bis 1937 zunahmen und anthropometrische Daten auf eine problematische Ernährungssituation hinweisen, obwohl in der Erinnerung häufig die erste Phase der nationalsozialistischen Herrschaft mit einer Verbesserung des Lebensstandards assoziiert wird.⁵⁴ Die Autoren machen dafür die verfehlte Preisregulierung und die Autarkiepolitik des Naziregimes verantwortlich.

Für die allgemeine Geschichtswissenschaft über die Nachkriegszeit fasst Ulrich Herbert die wesentlichen Merkmale zusammen: „Hunger, Kälte, Fremdherrschaft“.⁵⁵ Die Ernährungsproblematik gehört danach zu den drei Haupt Sorgen der Deutschen neben der Ungewissheit des Schicksals der Angehörigen und der Unsicherheit der Arbeitsstätten und Wohnungen. Als Beitrag der Sozialgeschichte liegt unter der Herausgeberschaft von Christoph Kleßmann und Georg Wagner ein Band von Texten und Dokumente vor. Das Kapitel „Kampf ums Überleben“ enthält zur Versorgungsproblematik Quellen aus Berlin und Nordrhein-Westfalen, damit wird der Blick auf die amerikanische und britische Zone gelenkt und es wird deutlich, dass es sich um ein allgemeines Problem handelte.⁵⁶ In dieser Veröffentlichung werden bewusst alltags- und sozialgeschichtliche Elemente neben die Politikgeschichte gestellt. In Überblickswerken dominiert häufig der Blick auf die „Handlungsebenen und Schauplätze der Politik in Deutschland“⁵⁷. Wolfgang Benz bezieht als Autor des Handbuchs der deutschen Geschichte und in weiteren Veröffentlichungen „Soziale und ökonomische Determinanten“⁵⁸ ein, unter der Überschrift „Versorgungsengpässe“ thematisiert er auch die Ernährungssituation und lenkt den Blick auf die Ziele der amerikanischen und britischen Besatzungspolitik. Danach sollen aus Rücksicht auf die Steuerzahler ihres Heimatlandes und aus Erwägungen der internationalen Politik die wirtschaftlichen Verhältnisse in

⁵⁴ BATEN, Jörg/HEINZE, Andrea: Autarchy, market disintegration and health: the mortality and nutritional crisis in Nazi Germany, 1933–1937. CESifo Working Papers, 800, Category 7, Trade policy. München 2002, S. 27.

⁵⁵ HERBERT, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. München 2017, S. 550.

⁵⁶ Vgl. KLEßMANN, Christoph/WAGNER, Georg (Hgg.): Das gespaltene Land. Leben in Deutschland 1945–1990. Texte und Dokumente zur Sozialgeschichte. München 1993, S. 70.

⁵⁷ BENZ, Wolfgang/SCHOLZ, Michael F.: Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949 (Handbuch der deutschen Geschichte). Stuttgart ¹⁰2009, S. 35.

⁵⁸ BENZ, Wolfgang/SCHOLZ, Michael F.: Deutschland unter alliierter Besatzung, 2009. S. 89 und S. 141.

ihren Zonen so gefördert werden, dass die Bewohner sich selbstständig ernähren können.⁵⁹

Die amerikanische, britische und sowjetische Zone vergleicht Rainer Gries in der Untersuchung der Versorgungssituation der Großstädte Köln, Leipzig und München. Damit wird die Besatzungspolitik der drei Mächte und deren Ziele sichtbar. Die deutsche Bevölkerung wird unter mentalitätsgeschichtlichen Aspekten erforscht, danach dominiert in der Mangelgesellschaft eine „Vergleichsmentalität“. ⁶⁰ Eine Arbeit über die Bizone trägt den Titel „Im Schatten des Hungers“. ⁶¹ Das Besondere daran ist, dass sie mit dem Autor Hans Schlange-Schöninggen und seinen Mitarbeitern von den Verantwortlichen der Bizonen-Verwaltung auf deutscher Seite selbst verfasst wurde. Von besonderem Interesse sind für die vorliegende Studie die Einblicke in die ungenügende Ernährungslage und die vergeblichen Bemühungen um einen „ernährungswirtschaftlichen Zusammenschluß der Länder der französischen Zone mit dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet“. ⁶² Das statistische Material bietet einen Fundus an Zahlen von allgemeinem Interesse.

Günther J. Trittel legte verschiedene Arbeiten zum Thema vor, darunter eine Arbeit mit dem Schwerpunkt Bizone und einen Handbuchartikel zum Thema Ernährung zur Zeit der alliierten Besatzung. ⁶³ Unter anderem vertritt er die These, dass der Hunger weltweit geherrscht habe, aber in Deutschland eine besondere Dimension erhielt, da das Land zum Schauplatz internationaler Auseinandersetzungen wurde. Seine Erkenntnisse konzentrieren sich auf die britische und amerikanische Zone. Die Lösung der Ernährungskrise erfolgte nach seiner Analyse ausschließlich von außen, weitgehend durch die USA. Seine Frage nach den Auswirkungen der Hungerkrise richtet sich unter anderem auf die individuelle und kollektive Sozialmoral, die aus seiner Sicht wegen des häufig anzutreffenden Egoismus und zunehmender Akzeptanz der Nahrungsmittelkriminalität stark beschädigt wurde.

In seiner Arbeit über die deutsche Protestgeschichte legt Philipp Gassert einen Überblick über Protestformen seit 1945 vor. Außer den überwiegend behandelten Bewegungen der 1950er bis 1990er Jahre werden auch Aktionen in der Zeit der Besatzung thematisiert, die als „Resonanzraum eines breiten Krisengefühls“ gelten. Neben Demonstrationen und Streiks sieht er Hamstern und Stehlen als „stillen

⁵⁹ Vgl. BENZ, Wolfgang: Infrastruktur und Gesellschaft im zerstörten Deutschland. In: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 259. Bonn 2005, S. 9–12.

⁶⁰ GRIES, Rainer: Die Rationen-Gesellschaft. Versorgungskampf und Vergleichsmentalität: Leipzig, München und Köln nach dem Kriege. Münster 1991.

⁶¹ SCHLANGE-SCHÖNINGGEN, Hans (Hg.): Im Schatten des Hungers: Dokumentarisches zur Ernährungspolitik und Ernährungswirtschaft in den Jahren 1945–1949. Bearb. von Justus ROHRBACH. Hamburg 1955.

⁶² SCHLANGE-SCHÖNINGGEN, Hans (Hg.): Im Schatten des Hungers, 1955, S. 266.

⁶³ Vgl. TRITTEL, Günter J.: Hunger und Politik. Die Ernährungskrise in der Bizone (1945–1949). Frankfurt/Main 1990. TRITTEL, Günter J.: Ernährung. In: Wolfgang BENZ (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55. Berlin 1999, S. 117–123.

Protest“.⁶⁴ In den vom Ruhrgebiet ausgehenden Hungerstreiks und -protest beginnt aus seiner Sicht auch der Widerstand in anderen Regionen seit dem Frühjahr 1947. Der Autor stellt die These auf, dass sich am Ende des Jahres 1948 die Aktivitäten nicht mehr gegen die Besatzungsmächte richten. Damit sind mehrere Fragen für die vorliegende Studie gestellt, dazu zählen das Auftreten, der Formen und der Bedeutung von Protest in der untersuchten Region.

Als Forschungsansätze der allgemeinen deutschen Geschichte der Nachkriegszeit nennt Dierk Hofmann in seiner grundlegenden Arbeit Fragestellungen, zu denen aus der Perspektive der vorliegenden Studie ebenfalls Beiträge zu erwarten sind.⁶⁵ Dazu zählt er Kontinuität und Wandel und damit einige Fragen, nach der Bedeutung des Kriegsendes als Zäsur, nach der Vergangenheitsbewältigung, nach Heteronomie und Autonomie, ebenso das offene Problem der Entscheidung über die zukünftige wirtschaftliche Ordnung, also Markt versus Plan.

2.6 Beiträge aus der baden-württembergischen Landesgeschichte

Die baden-württembergische Landesgeschichte beschäftigt sich auch mit den Vorgängerländern Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern. Paul Sauer stellt in seinem Beitrag aus dem Jahr 1979 die Verhältnisse in Württemberg-Baden dar, also in der amerikanischen Zone.⁶⁶ Die Fragestellungen im Bereich der Ernährung richten sich ebenso wie im südlichen Teil auf die Höhe der Zuteilungen und auf die Zuschüsse, die die Besatzungsmacht leisten konnte, hervorgehoben werden die Getreidelieferungen aus den USA. Eine Besonderheit in der amerikanischen Zone ergibt sich aus der Hoover-Speisung für Kinder ab Frühjahr 1947. Der Verlauf z. B. des Krisenjahres 1947 eignet sich für Vergleiche zwischen den Zonen besonders, da die Witterungsverhältnisse als Faktor gleichgesetzt werden können.

Thomas Schnabel zieht 1996 Parallelen zu den Erfahrungen, die 1989 in der Wendezeit gemacht wurden.⁶⁷ Dazu analysiert er den Wandel der Erinnerung an diese Entwicklungen und kommt auf die Erfahrungen mit den verschiedenen Besatzungsmächten zu sprechen, dabei auch auf die französische Besatzung und deren Wahrnehmung durch die Einwohner. Er plädiert für eine differenzierte Sicht-

⁶⁴ GASSERT, Philipp Leonhard: *Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945.* Stuttgart 2018, S. 41.

⁶⁵ Vgl. HOFFMANN, Dierk: *Nachkriegszeit. Deutschland 1945–1949.* Darmstadt 2011.

⁶⁶ Vgl. SAUER, Paul: *Der Kampf gegen Hunger und Not in Württemberg-Baden 1945 bis 1948.* In: *Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg* (Hg.): *Bausteine zur geschichtlichen Landeskunde von Baden-Württemberg.* Stuttgart 1979, S. 481–504.

⁶⁷ Vgl. SCHNABEL, Thomas: *Allgemeine Entwicklung und individuelle Erfahrung in der Nachkriegszeit.* In: *Haus der Geschichte Baden-Württemberg/Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg* (Hgg.): *Besitzer – Helfer – Vorbilder. Amerikanische Politik und deutscher Alltag in Württemberg-Baden 1945 bis 1949,* Stuttgart 1997, S. 69–83.

weise und für eine Schärfung des Urteils durch eine kritische Betrachtung der Überlieferung. Wolfgang von Hippel (1992) und Gert Kollmer von Oheimb-Loup fassen gemeinsam mit Hugo Ott (2007) die grundlegenden Entwicklungen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialgeschichte im Gebiet des heutigen Baden-Württembergs zusammen.⁶⁸ Der letztgenannte Beitrag umfasst die Jahre 1918 bis 1992. Für diesen Zeitraum werden die demographische Entwicklung, die sozialen Verhältnisse, Land- und Forstwirtschaft, Handwerk und Industrie, Dienstleistungen sowie Staat und Wirtschaft dargestellt. Daraus lassen sich unter der Teilüberschrift „Eine Phase der Zäsur 1945–1952“ viele Daten und Hinweise auf die Entwicklung der Nachkriegszeit extrahieren, der gesamte Beitrag ermöglicht darüber hinaus eine Einbettung in den Verlauf seit der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Durch die räumliche Abdeckung beider Zonen wird auch auf die unterschiedlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen und auf die unterschiedlichen Ziele der französischen und amerikanischen Besatzungspolitik hingewiesen. Die Autoren geben Hinweise auf die grundlegend unterschiedlichen wirtschaftlichen Entscheidungen der Besatzungsmächte. Der Schwerpunkt liegt in der folgenden Darstellung auf dem Verlauf der Bemühungen um die wirtschaftliche Rekonstruktion. Die gemeinsame Darstellung des vollständigen Gebietes des späteren Landes Baden-Württemberg eröffnet Vergleichsmöglichkeiten auch zwischen den Besatzungszonen.

2.7 „Que faire de l'Allemagne?“ Probleme der Forschung mit der Besatzungspolitik der französischen Militärregierung

Relevant für die vorliegende Untersuchung sind die Forschungen zur französischen Besatzungspolitik, die sich mit grundlegenden Entscheidungen zum Ernährungssystem und mit der Wirtschaftspolitik beschäftigen. In mancherlei Hinsicht wirken sich hier sowohl die Besatzungs- als auch die Deutschlandpolitik aus. Einig ist sich die Forschung darin, dass dieses Thema lange Zeit, wie die „vergessene Zone“ insgesamt, vernachlässigt wurde.⁶⁹ In der Zwischenzeit liegen Studien zu spezifischen Themen vor, die große Gesamtdarstellung fehlt nach wie vor. Der Unterschied zwischen den einzelnen Arbeiten ergibt sich häufig aus der kontroversen Bewertung der Besatzungspolitik.⁷⁰

⁶⁸ Vgl. HIPPEL, Wolfgang von: Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1800 bis 1918. In: Hansmartin SCHWARZMAIER (Hg.): Vom Ende des alten Reiches bis zum Ende der Monarchien. Stuttgart 1992, S. 477–767. KOLLMER-VON OHEIMB-LOUP, Gert/OTT, Hugo: I. Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1918 bis 1992. In: Hansmartin SCHWARZMAIER/Gerhard TADDEY (Hgg.): Wirtschafts- und Sozialgeschichte seit 1918. (Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte, Bd. 5). Stuttgart 2007, S. 1–322.

⁶⁹ Z. B. WOLFRUM, Edgar: Französische Besatzungspolitik und deutsche Sozialdemokratie. Politische Neuansätze in der „vergessenen Zone“ bis zur Bildung des Südweststaates 1945–1952. Düsseldorf 1991, S. 16.

⁷⁰ Vgl. grundlegend dazu: DEFRANCE, Corine/PFEIL, Ulrich: Eine Nachkriegsgeschichte in Europa. 1945 bis 1963. Darmstadt 2011.

Ein Argument für die verzögerte Bearbeitung bezieht sich auf die Quellenlage. Es wird darauf verwiesen, dass die Einsicht in französische Dokumente seit den 1980er Jahren zu neuen Erkenntnissen geführt habe. Ein erheblicher Teil der hier ausgewerteten Forschungsliteratur wurde in dieser Zeit erarbeitet. Es muss aber auch darauf verwiesen werden, dass bereits in der wirtschaftsgeschichtlichen Dissertation von Mathias Manz aus dem Jahr 1968⁷¹ die Materialien aus den „Archives de l’Occupation“ in Colmar ausgewertet wurden. Seine Hauptergebnisse beziehen sich auf die Wirtschaft in der französischen Zone und stützen sich auf ökonomische Daten, anhand derer er zu der Ansicht kommt, dass der wirtschaftliche Rückstand in der Zone auf die nur eingeschränkte Produktion von Zwischenprodukten zurückzuführen ist, der Faktor Kapitalstock der Industrie wird dagegen als Ursache der Unterentwicklung durch eine intensive Untersuchung ausgeschlossen. Die schwache wirtschaftliche Entwicklung ging demnach auf wirtschaftspolitische Entscheidungen der französischen Militärregierung zurück, die die Produktion ausgewählter Betriebe unmittelbar an die französische Wirtschaft anschloss und dem einheimischen Kreislauf entzog.

Als sachliche Gründe für die lange Zeit geringe Beachtung der französischen Zone in der Forschung nennt Rainer Hudemann die politische und wirtschaftliche Abtrennung der Region insgesamt.⁷² Damit ist aus seiner Sicht auch die schwache Beteiligung an der Gründungsphase der Bundesrepublik und die wirtschaftliche Rückständigkeit zu erklären, die er auf die harten Reparationsmaßnahmen der Alliierten zurückführte. Die Auflösung von Ländern durch einen Zusammenschluss zu Baden-Württemberg bewirkte aus seiner Perspektive zusätzlich das Nachlassen des Interesses der Landesgeschichte an den „untergegangenen Staatswesen“.⁷³

Bis in die 1970er Jahre wurden Erinnerungen und erste Forschungen veröffentlicht, die die Erfahrungen der Verantwortlichen wiedergaben.⁷⁴ Landesgeschichtliche Studien verstanden das Land als Teil der Vorgeschichte des Bundeslandes Baden-Württemberg.⁷⁵

⁷¹ Vgl. MANZ, Mathias: Stagnation und Aufschwung in der französischen Besatzungszone 1945–1948. Ostfildern 1985. Die Dissertation wurde 1968 angenommen und 1985 veröffentlicht in der von Gert KOLLMER und Harald WINKEL herausgegebenen Reihe: „Beiträge zur südwestdeutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte“ als Band 2 der „Veröffentlichungen des Wirtschaftsarchivs Baden-Württemberg“.

⁷² Vgl. HUDEMANN, Rainer: Französische Besatzungszone 1945–1952. In: Claus SCHARF/Hans-Jürgen SCHRÖDER (Hgg.): Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone. Wiesbaden 1983, S. 206–248.

⁷³ HUDEMANN, Rainer: Französische Besatzungszone, 1983, S. 206.

⁷⁴ Exemplarisch sei hier hingewiesen auf GÖGLER, Max/RICHTER, Gregor (Hgg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern. 1945–1952; Darstellungen und Erinnerungen. Sigmaringen 1982. Dazu sind ebenfalls viele der Quellen zu rechnen, die in den nachfolgenden Teilen der Arbeit ausgewertet werden.

⁷⁵ Vgl. KONSTANZER, Eberhard: Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg. Stuttgart 1969.

Wilfried Loth entwickelt in den 1980er Jahren die Ambivalenz der französischen Politik in seinem Beitrag in dem Sammelband „Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone“⁷⁶ und vertritt die Unterscheidung in Dominanz- und Integrationspolitik der französischen Militärregierung. Dieser Sicht widerspricht Edgar Wolfrum 1999 und sieht dieses „idealtypische Interpretationsmodell als etwas abgeschliffen“.⁷⁷ In den Besatzungsbehörden sieht er „vielfältige Unverträglichkeiten und notorische Spannungsverhältnisse“.⁷⁸ Alain Lattard arbeitet heraus, dass die beiden gegensätzlichen Positionen selbst in der französischen Militärregierung durch zwei führende Akteure vertreten wurden, General Pierre Marie Koenig und Administrateur générale Emile Laffon.⁷⁹ Die Gemengelage der beiden unvereinbaren Konzepte führte demnach zu Entwicklungen, die als widersprüchlich wahrgenommen wurden.⁸⁰ Eine Analyse der Entscheidungen der Militärregierung in Württemberg-Hohenzollern muss diese internen Voraussetzungen und den internationalen Kontext berücksichtigen.

Eine Korrektur des negativen Blicks auf die Besatzungspolitik ergibt sich auch aus der Erkenntnis, dass antifaschistischen Gruppen und demokratisch orientierten Teilen der Arbeiterbewegung die Betätigung nach der Besetzung von Beginn an ermöglicht worden ist. Dies widerspricht der Annahme, politische Arbeit sei durchgehend verhindert worden, die in der Forschung mit dem Hinweis auf die Verspätung der Zulassung der politischen Parteien begründet wird. Wolfrum sieht das Verdienst Laffons in der Öffnung grundsätzlicher Räume für sozialpolitische Reformen und Erweiterung der Mitbestimmungsrechte. Der Vergleich zwischen Südbaden und Württemberg-Hohenzollern führt danach zu dem Ergebnis, dass er einige dieser Anregungen in Baden als aufgenommen und die Reformen in Württemberg-Hohenzollern als aufgeschoben ansieht. Aus der Sicht Wolfrums setzt sich mit dem Ausscheiden Emile Laffons die gaullistische Position gegenüber der reformerischen durch.

Besondere Untersuchungen widmen sich der Kulturpolitik, die zunehmend als dritte Säule der Besatzungspolitik neben dem Sicherheitsstreben und der wirtschaftlichen Ausbeutung gesehen wird. Eine frühe Darstellung liegt von Frank Roy Willis vor.⁸¹ Er konzentriert sich auf die kulturellen Verdienste im Vergleich

⁷⁶ Vgl. LOTH, Wilfried: Die Franzosen und die deutsche Frage. In: Claus SCHARF/Hans-Jürgen SCHRÖDER (Hgg.): Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone. Wiesbaden 1983, S. 27–49, hier S. 28

⁷⁷ WOLFRUM, Edgar: Französische Besatzungspolitik. In: Wolfgang BENZ (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, 1999, S. 60–72, hier S. 65.

⁷⁸ WOLFRUM, Edgar: Französische Besatzungspolitik. In: Wolfgang BENZ (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, 1999, S. 68.

⁷⁹ Vgl. LATTARD, Alain: Zielkonflikte französischer Besatzungspolitik in Deutschland. Der Streit Laffon-Koenig 1945–1947. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 39 (1991) Nr. 1, S. 1–35, hier S. 4.

⁸⁰ Vgl. dazu BENZ, Wolfgang/GRAML, Hermann: Das Zwanzigste Jahrhundert II. Frankfurt/Main 2003.

⁸¹ Vgl. WILLIS, Frank Roy: The French in Germany 1945–49. Stanford 1962.

zur amerikanischen Besatzungspolitik, substanziell greifbar etwa durch das allgemeine Angebot an Büchern. Dem wird nach allgemeiner Einschätzung die Vernachlässigung der materiellen Seite durch die Besatzung gegenübergestellt, diese Spannung durchzieht viele der Betrachtungen z. B. in Zeitungsbeiträgen. Einige Fragen bleiben offen. Ist die Kulturpolitik als ästhetischer Selbstzweck oder als Darstellung des französischen Selbst- oder Sendungsbewusstseins zu sehen? Ist die Kultur als das probate Mittel im Prozess der Demokratisierung zu werten oder als Vehikel zur Durchsetzung eines eigenen Bildungssystems? Oder gehört sie zum Versuch der Verschleierung der Realität, um eine „Zeit der schönen Not“⁸² zu inszenieren?

Eine detaillierte Untersuchung der Besatzungspolitik im Bereich der Schulen und Universitäten legt Stefan Zauner vor.⁸³ Die Einführung in die Besatzungspolitik zeigt die Probleme auf und unterscheidet Deutschlandpolitik vor 1948 und danach. Im Mittelpunkt seiner Betrachtung steht die Bildungspolitik, dazu gehört die Schulpolitik und der Neuaufbau der Universitäten, der aber nicht dauerhaft gelungen sei. Insgesamt gilt das Fazit, das der Autor für die Bildungspolitik zieht, auch für andere Bereiche der französischen Bemühungen: „Das Spannungsverhältnis zwischen hartem Besatzungsalltag und generöser Kulturwerbung, zwischen paternalistischem Umerziehungsanspruch und versöhnungsbereiter Annäherung hatte erkennbare Auswirkungen auf den Erfolg oder das Scheitern bildungs- und kulturpolitischer Ambitionen.“⁸⁴ Als Fazit bleibt, dass die Kulturpolitik im Bereich der Eigenwerbung erfolgreich gewesen sei, die Veränderungen in der Schul- und Universitätspolitik dagegen wenig Bestand gehabt haben. Die Bemühungen werden dennoch als Grundlage der auf das Jahr 1948 folgenden Phase der Begegnung, des Austausches und der Verständigung gesehen.

Die Wirtschaftspolitik ist als eine wichtige Säule der Besatzungspolitik anzusehen, analysiert wurde sie z. B. von dem Wirtschaftshistoriker Werner Abelshäuser. Er vertritt die Ansicht, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Frankreich im eigenen Land nach dem Krieg sehr ungünstig schienen und die Militärregierung sich deshalb auf den Nutzen konzentrierte, den man aus der Zone ziehen konnte⁸⁵ und beschreibt, welches Vorgehen sich daraus ergab.⁸⁶ Er stützt sich in

⁸² DEFRANCE, Corine/PFEIL, Ulrich: Eine Nachkriegsgeschichte in Europa, 2011, S. 59.

⁸³ Vgl. ZAUNER, Stefan: Erziehung und Kulturmission. Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945–1949. München 2009.

⁸⁴ ZAUNER, Stefan: Erziehung und Kulturmission, 2009, S. 321.

⁸⁵ Vgl. ABELSHAUSER, Werner: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart. Bonn 2011, S. 110.

⁸⁶ Vgl. ABELSHAUSER, Werner: Wirtschafts- und Besatzungspolitik in der Französischen Zone 1945–1949. In: Claus SCHARE/Hans-Jürgen SCHRÖDER (Hgg.): Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone, Wiesbaden 1983, S. 111–140. Und ABELSHAUSER, Werner: Wirtschafts- und Besatzungspolitik in der französischen Zone 1945–1949. Ein Nachwort von Werner ABELSHAUSER. In: Mathias MANZ: Stagnation und Aufschwung in der französischen Besatzungszone 1945–1948, Ostfildern 1985, S. 90–117.

seiner Analyse unter anderem auf die schon erwähnte Arbeit von Mathias Manz.⁸⁷ Die schwache wirtschaftliche Entwicklung in der Besatzungszone sei demnach auf wirtschaftspolitische Entscheidungen der französischen Militärregierung zurückzuführen, die die Produktion unmittelbar an die französische Wirtschaft anschloss.

Abelshäuser verweist auf Quellen, aus denen hervorgeht, dass als Ziel die wirtschaftliche Ausrichtung auf Frankreich ausgegeben wurde, und betont, dass eine wirtschaftliche Stärkung der Länder der Zone damit nicht möglich war, obwohl dies zu den Leitlinien der Politik der Alliierten gehörte. Der Autor führt viele Beispiele an, die den wirtschaftlichen Vorteil dokumentieren, der aus der Wirtschaftspolitik für die Besatzungsmacht hervorging. Danach erbrachten die Devisengewinne nach Berechnungen der französischen Besatzungsbehörden im Auftrag von General Koenig bis März 1948 ca. 336 Millionen Dollar. Klaus Dietmar Henke stellt ebenfalls die Bemühungen der französischen Stellen in den Mittelpunkt, die Produktion des Landes der französischen Wirtschaft zuzuführen.⁸⁸ Der Autor sieht in dem Bemühen um die Durchführung dieser Ziele einen wesentlichen Grund für die französische Besatzungspolitik, sich lange dem Anschluss an die Bizone zu verweigern.⁸⁹

Die Besatzungspolitik wurde im Laufe der Jahre immer wieder von verschiedenen Seiten neu beleuchtet, bleibt aber umstritten. Alain Lattard zeigt 1983 am Beispiel der Gewerkschaftspolitik, dass viele Probleme im Besatzungsalltag durch den verspäteten Aufbau der französischen Besatzungsbehörden verursacht wurden.⁹⁰

Eine neuere Perspektive der französischen Geschichtswissenschaft bietet der Band von Corine Defrance und Ulrich Pfeil in der Reihe „Deutsch-Französische Geschichte“ aus dem Jahr 2011⁹¹. Die Jahre 1945 bis 1963 lassen sich aus Sicht der Autoren „als Vorgeschichte des ‚franco-allemand‘“⁹² charakterisieren, an deren Ende 1963 die Unterzeichnung des Elysée Vertrages stand, damit wird exemplarisch ein repräsentativer Ansatz der französischen Geschichtswissenschaft und dessen Tendenz beschrieben. Mit der Wahl der Daten ist der übergeordnete Zweck angesprochen, nämlich die Annäherung der beiden Staaten zu beschreiben und dabei auch differenzierte Zwischentöne zu berücksichtigen. Eine der Kernthesen ist,

⁸⁷ Vgl. MANZ, Mathias: Stagnation und Aufschwung in der französischen Besatzungszone 1945–1948, 1985.

⁸⁸ Vgl. HENKE, Klaus-Dietmar: Politik der Widersprüche. Zur Charakteristik der französischen Militärregierung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Claus SCHARF/Hans-Jürgen SCHRÖDER (Hgg.): Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone, 1983, S. 49–90.

⁸⁹ Vgl. HENKE, Klaus Dietmar: Politik der Widersprüche, 1983, S. 70.

⁹⁰ Vgl. LATTARD, Alain: Gewerkschaften und Betriebsräte in Rheinland-Pfalz 1945–1947. Zur französischen Gewerkschaftspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Claus SCHARF/Hans-Jürgen SCHRÖDER (Hgg.): Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone, 1983, S. 155–184.

⁹¹ Vgl. DEFANCE, Corine/PFEIL, Ulrich: Eine Nachkriegsgeschichte in Europa. 1945 bis 1963. Darmstadt 2011.

⁹² DEFANCE, Corine/PFEIL, Ulrich: Eine Nachkriegsgeschichte in Europa, 2011, S. 16.

dass die Verständigungsarbeit nicht erst im Vorfeld des Vertrags, sondern bereits 1943 mit einer innerfranzösischen Diskussion begonnen habe. Die Besatzungspolitik wird damit in die Politik de Gaulles eingeordnet mit den Zielen „Rang, Sicherheit, Reparation“, „sicherheitspolitische Überlegungen“ und Frankreich seinen „Rang und das Prestige“ zu garantieren.⁹³ Der Kern der Wirtschaftspolitik bestand demnach aus der Nutzung der Zone für den Wiederaufbau Frankreichs, umgesetzt durch die Ausrichtung und Anordnung der Produktion und der Exporte im Sinne der französischen Wirtschaft. Das in der Literatur häufig zitierte Narrativ der „düsteren Franzosenzeit“ halten die Autoren für überzogen.⁹⁴ Als verantwortlich für diese Sicht auf die Besatzungszeit werden verkürzte Zeitzeugenberichte und Vermengungen mit Erinnerungen an frühere Nachkriegszeiten, etwa nach dem Ersten Weltkrieg, aufgeführt. Als prominentes Beispiel für die negative Bewertung der Zeit nach 1945 wird hier z. B. auch Theodor Eschenburg mit seinem vereinfachenden Diktum der „Ausbeutungskolonie“ zitiert, mit dem „der Charakter einer Epoche und ihr Stellenwert für langfristige Entwicklungen zu verschwinden beginnt“.⁹⁵

Forschungsgeschichtlich sehen die Autoren eine Abfolge von drei Wellen, die sie als „Ausbeutungstheorie“, „reformerische Demokratisierungspolitik“ und zuletzt „Besatzungsalltag“ auf der Basis von mikrohistorischen Studien charakterisieren.⁹⁶ Damit ist die Frage nach einer neuen, differenzierteren Bewertung gestellt.

3. Forschungsziel und -konzept

Was machte die Menschen der Nachkriegszeit in Württemberg-Hohenzollern verletzlich und wie verarbeiteten sie die destruktiven Wirkungen und Prozesse? Die Erforschung der materiellen und der kulturellen Seite der Hungerkrise bietet besondere Möglichkeiten für Erkenntnisse über das Leben in der Nachkriegszeit und ebenso für die Bedeutung dieser Phase. Die Auswertung der Störungen des Ernährungssystems zeigt dessen zentrale Stellung und die Verknüpfung mit vielen Lebensbereichen der Gesellschaft. Dies legt die Verbindung mehrerer Ansätze der Geschichtswissenschaft nahe. Die Auswertung des Forschungsstandes erbrachte die Eignung des Forschungskonzeptes der Vulnerabilität, die Fragestellungen und Ergebnisse verschiedener fachwissenschaftlicher Zugänge zu einem multipolaren Geschehen zu integrieren. Die Analysen der landwirtschaftlichen Produktion, der Entwicklung der allgemeinen Wirtschaft, der politischen und sozialen Prozesse und der kulturellen Verarbeitung durch die Betroffenen können zusammengeführt werden, die Zusammenhänge und Interdependenzen werden sichtbar und besser verständlich gemacht, als dies durch die Betrachtung eines singulären Bereiches

⁹³ DEFRANCE, Corine/PFEIL, Ulrich: Eine Nachkriegsgeschichte in Europa, 2011, S. 46.

⁹⁴ DEFRANCE, Corine/PFEIL, Ulrich: Eine Nachkriegsgeschichte in Europa, 2011, S. 145.

⁹⁵ DEFRANCE, Corine/PFEIL, Ulrich: Eine Nachkriegsgeschichte in Europa, 2011, S. 147.

⁹⁶ DEFRANCE, Corine/PFEIL, Ulrich: Eine Nachkriegsgeschichte in Europa, 2011, S. 153.

möglich wäre. Unter Berücksichtigung vieler mikrohistorischer Details lässt sich der Zeitraum betrachten, ebenso soll die Einordnung in den übergeordneten Zusammenhang der Besatzungszeit geleistet werden. Die Betrachtung dieser Phase des Übergangs „zwischen zwei Weltzeiten“ führt zu der Frage nach der zeitgeschichtlichen Bedeutung.

Die Ernährungssituation und deren Erfordernisse machten die individuelle und soziale Vulnerabilität sichtbar, die tägliche Erfahrung der improvisierten Selbsthilfe und der permanenten Überbrückung erforderte eine neue Ordnung. Im Mittelpunkt der Studie stehen die von der Hungerkrise Betroffenen und ihr Bewältigungshandeln, das mit der kulturellen Verarbeitung verknüpft war. Damit ist die Notwendigkeit umrissen, mehrere Zugänge zu finden. Der Ertrag dieser Studie ist sowohl als Beitrag zur Erforschung von Hungerkrisen zu sehen als auch zur Geschichte der Gesellschaft der Nachkriegszeit und deren Neuorientierung und Neuaufbau.

In der Hungerforschung besteht Konsens darüber, dass jede Hungerkrise eigenständig und gesondert zu untersuchen ist.⁹⁷ Einige grundsätzliche Fragestellungen sind dennoch aus der Untersuchung der Hungerkrisen anderer Zeiten übertragbar. Auch in dieser Arbeit wird „nach den Krisensymptomen“ gefragt, diese werden hier als Hungerindikatoren aufgeführt und für die aktuelle Forschung geht es dabei vorzugsweise „um Wahrnehmung und Deutung der Krise durch die Zeitgenossen“.⁹⁸ Die vorliegende Studie nimmt diesen Ansatz auf und organisiert die Ergebnisse in einer erweiterten Forschungsperspektive der Vulnerabilität. Das integrierende Konzept dieses Ansatzes bildet die Klammer, die Strukturierung der Untersuchung orientiert sich an den Ergebnissen der Sichtung des Forschungsstandes. Den von Daniel Krämer dargestellten Elementen Exposition, Sensitivität und Bewältigung, wird die Genese vorangestellt, damit wird die Historisierung des Konzeptes deutlich. Beachtung finden auch die in der Forschung herausgearbeiteten Eigenschaften der Vulnerabilität: dynamisch, relational, räumlich, historisch, kumulativ, komplex und multikausal⁹⁹.

Um die Voraussetzungen und die Genese zu klären, beginnt die Untersuchung bereits mit der Zeit des Nationalsozialismus. Zum Kontext der Situation des Landes gehört die Einordnung in die globale und europäische Ernährungssituation. Zentrale Bedeutung hat das Ernährungssystem aus Nahrungsangebot, Distribution und Konsum der Nahrungsmittel. In der Erforschung der Exposition der be-

⁹⁷ Darauf weist zuletzt hin: KRÄMER, Daniel: Vulnerabilität. In: Dominik COLLET/Thore LASSEN/Ansgar SCHANBACHER (Hgg.): Handeln in Hungerkrisen, 2012, S. 55. Vgl. Kapitel I. 2.3 Vulnerabilität und Resilienz – Erfahrung und Forschungsperspektive.

⁹⁸ HERKLE, Senta/HOLTZ, Sabine/KOLLMER-VON OHEIMB-LOUP, Gert (Hgg.): 1816 – Das Jahr ohne Sommer. Krisenwahrnehmung und Krisenbewältigung im deutschen Südwesten. Stuttgart 2019, S. 1.

⁹⁹ Vgl. dazu das Kapitel I. 2.3 Vulnerabilität und Resilienz – Erfahrung und Forschungsperspektive. Siehe auch: KRÄMER, Daniel; „Menschen grasten nun mit dem Vieh“, 2015, darin das Teilkapitel 3.2 Das Konzept der Verletzlichkeit, S. 192–213.

troffenen Menschen gegenüber der Versorgungsstörung und dem daraus resultierenden Hunger werden die Teilbereiche des gestörten Systems und deren Zusammenwirken untersucht. Die Fragen nach den landwirtschaftlichen Daten über den Anbau und die Erzeugung von Grundnahrungsmitteln werden mit wirtschaftsgeschichtlichen Methoden erhoben und dargestellt, damit wird das zur Verfügung stehende Nahrungsangebot verdeutlicht. Es wird die Möglichkeit von potenziellen Zulieferungen durch Importe als Ergänzung des Angebots zu klären sein. Die Verteilung, die aus der Bewirtschaftung hervorgeht, wird aus den Akten der Verwaltung erhoben. Aus den gewonnenen Daten können durch Vergleiche der Verlauf und zeitliche, sowie regionale Differenzierungen ermittelt werden. Die Ursachen der Versorgungsstörung werden mit den Modellen untersucht, die im Kapitel I. 2 „Stand der Forschung“ vorgestellt wurden und geeignet sind, die Störungen unter spezifischen Gesichtspunkten zu analysieren. Food Availability Decline beschäftigt sich mit dem quantitativ unzureichenden Angebot und den Ursachen. Dazu sind die Kapazitäten und die Ressourcen der Produktion, z.B. Anbauflächen, Arbeitskräfte und Düngematerialien zu erheben, ebenso die Vorgeschichte und damit der Zustand des Ernährungssystems am Kriegsende. Mit dem Konzept der Vulnerabilität wird die Frage nach bereits latent existierenden Problemen gestellt, die durch die äußeren Einwirkungen offengelegt werden. Daraus ergibt sich ein breites Spektrum an möglichen Fragestellungen. Bei der Suche nach den Gründen sind kurzfristige Folgen des Krieges und der Politik der Nationalsozialisten zu berücksichtigen. Als langfristige Ursachen müssen die durch die Industrialisierung in die Strukturen und Prozesse des Ernährungssystems eingeschriebenen Risiken der regionalen und globalen Arbeitsteilung in Betracht gezogen werden.

Die Bedeutung von kurzfristigen Ursachen wird in der Analyse des Verlaufs deutlich. Berücksichtigt werden dabei die Einwirkungen der Kriegsereignisse und weitere Einschränkungen der landwirtschaftlichen Produktion. Das Handeln der Beteiligten, die Abhängigkeit von natürlichen Vorgängen und der Faktor Zeit werden als Teil einer dynamischen Entwicklung untersucht. Die Bedeutung der zeitlichen Distanz zur letzten Ernte und dessen Folgen für das Angebot muss als Faktor ebenso einbezogen werden, wie die lange Dauer der Krise. Angesichts der bereits geringen Nahrungsmittelvorräte ist die Auswirkung der Witterung auf die Ernten 1945 und 1946 zu untersuchen, die besonderen Einflüsse der Extreme 1946/47 geben Anlass, die Rolle der Natur in den komplexen Zusammenhängen zu bestimmen. Am Ende wird die Frage stehen, unter welchen Bedingungen die Störungen des Ernährungssystems überwunden werden konnten.

Der Ansatz des Food Entitlement Decline verschiebt den Schwerpunkt auf die Verteilung und untersucht die Anspruchsrechte aller Gruppen in ihrer Entstehung und Auswirkung. Bereits zur Zeit des Nationalsozialismus wurden Zugangsrechte festgelegt. Die Bewirtschaftung, und damit verbunden die offizielle Zuteilung, wurde nach dem Krieg von den Besatzungsbehörden aller Zonen modifiziert fortgeführt. Daraus ergeben sich die Fragen nach den Entscheidungen der Militärregierung und deren Auswirkungen.

Durch die Verdeutlichung der Zusammenhänge von Produktion, Angebot und Verteilung soll die kausale Struktur des Hungers sichtbar gemacht werden.¹⁰⁰ Der Anregung des Projekts „Hunger in History“ folgend, wird aus analytischen Gründen die Versorgung nach verschiedenen „levels“ getrennt betrachtet.¹⁰¹ Relevant sind dafür die Individuen und Haushalte, die Verwaltungsebene der Landkreise, die Institutionen des Landes und die Militärregierung. Ein Ziel wird es sein, die tägliche Zuteilung und die damit verbundenen Lebenschancen durch Rationen zu recherchieren. Die Sensitivität der Individuen und der Gesellschaft gegenüber der Unterernährung wird durch die Analyse von Berichten und Daten der Behörden untersucht. Aufzuklären ist, inwieweit weitere Folgen und Interdependenzen sichtbar gemacht werden können, etwa Auswirkungen auf die Arbeitsfähigkeit oder die Unterstützungsbedürftigkeit. Mentale Folgen der anhaltenden Hungersituation sind ebenfalls als Teil der Sensitivität zu betrachten.

Die Forschung über Hungerphänomene – Hungersnot, Hungerkatastrophe, Teuerung oder Hungerkrise – hat sich lange auf sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Fragestellungen konzentriert, an deren Seite in jüngerer Zeit kulturgeschichtliche Ansätze stehen. Gefragt wird dabei nach der zeitgenössischen Wahrnehmung, Deutung und Bewältigung, das Konzept der Vulnerabilität und Resilienz bietet die Möglichkeit der Integration. Mit der grundlegenden Definition von Robert Chambers¹⁰² können die Fragen operationalisiert und herausgearbeitet werden, dazu gehören externe und interne Risiken, Schocks und Belastungen. Ermöglicht wird mit diesem Ansatz, die Störungsanfälligkeit der Produktionsprozesse, die Verletzlichkeit der Menschen und deren kulturelle Verarbeitung zu einer gemeinsamen Betrachtung zusammenzufügen, und damit auch die Interdependenzen zwischen diesen Bereichen sichtbar zu machen. Verwundbar zeigt sich zuerst das Ernährungssystem und dessen Versorgungsfunktion, der Einzelne erfährt als Konsequenz die persönliche Verletzlichkeit in der Bedrohung seiner physischen Existenz, die kulturelle Verarbeitungen hervorruft. Die Folgen zu verhindern oder die Schäden zu mindern bezeichnet die Fähigkeit zur Resilienz. Die Aufklärung im Einzelnen und der Zusammenhänge sind Gegenstand der vorliegenden Erforschung.

In einem eigenen Arbeitsschritt wird auf der Basis von Quellen nach der kulturellen Verarbeitung durch die Betroffenen gefragt. Eines der Ziele ist es, sie damit nicht nur als passive Opfer, sondern als Akteure mit Handlungsoptionen sichtbar werden zu lassen. Untersucht werden dazu persönliche Aufzeichnungen, amtliche

¹⁰⁰ Vgl. MILLMAN, Sara/KATES, Robert W.: *Toward Understanding Hunger*, 1995, S. 14.

¹⁰¹ Millman und Kates nehmen folgende Einteilung vor: „We find it useful, in considering the causes of hunger, to distinguish three levels at which scarcity of food may manifest itself. These are the bounded region, the household, and the individual.“ Nachfolgend beschreiben sie die Unterschiede als „food shortage“ für die Region, „food poverty“ für den Haushalt und „food deprivation“ für das Individuum. MILLMAN, Sara/KATES, Robert W.: *Toward Understanding Hunger*, 1995, S. 11.

¹⁰² Vgl. Kapitel I. 2.3 Vulnerabilität und Resilienz – Erfahrung und Forschungsperspektive und die dort wiedergegebenen und erläuterten Definitionen.

Dokumente und viele weitere Quellen, die Bezüge zur Ernährungslage aufweisen. Aus der Betrachtung der Schilderung des Hungers und der Not werden das Erleben und die Erfahrungen der Krise erarbeitet. Die Analyse der kulturellen Konstruktion und Verarbeitung als Grundlage der Bewältigung bereitet eine kulturgeschichtliche Betrachtung vor. Dieser Fragenkomplex richtet sich auf die Wahrnehmung durch die Betroffenen und die von ihnen entwickelten Deutungen¹⁰³, die auf der Einbettung der Ereignisse in plausible Narrative beruhen, in dem ausgehend von der Gegenwart und ihrer irritierenden Kontingenzerfahrung eine sinnvolle Verbindung zur Vergangenheit hergestellt wird, mit dem Ziel, daraus Orientierung für die Zukunft zu gewinnen¹⁰⁴. Ein wesentlicher Zugang ist die Analyse kommunikativer Zeugnisse. Unter anderem werden Anregungen aus der im Forschungsbericht vorgestellten Bedrohungskommunikation strukturell aufgenommen, erweitert und modifiziert. Die im Kommunikationsprozess ermittelten Deutungen lassen Rückschlüsse auf die Erfahrungen der Akteure und den Zustand der Gesellschaft zu.

Die Historisierung, die im Rahmen des Konzeptes der Vulnerabilität von Greg Bankoff betont wird und die spezifische historische Situation der Nachkriegszeit legen nahe, die zeitliche Dimension der Vergangenheit explizit auf verschiedenen Ebenen zu integrieren. Die Kommunikationsanalyse soll nach signifikanten Verbindungen von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft fragen. Von Interesse sind dabei die Fragen nach der Bedrohung durch Nahrungsmangel und deren Bewältigung. Kennzeichnend sind die Art der Beschreibung, die Erklärungsmuster, die Identifizierung der Ursachen oder die Bedeutung, die potenziellen Verantwortlichen zugeschrieben wird. Die Deutungsmuster lassen sowohl explizit als auch in der Tiefenstruktur Wertvorstellungen der Gesellschaft erkennen, die z. B. Aufschluss über die Verhaftung in der Vergangenheit und die Bereitschaft zur Neuorientierung und zur Bewältigung geben. Die Besonderheit ergibt sich aus der Vielschichtigkeit der historischen Situation, der Vielzahl der Perspektiven und der interagierenden Akteure.

Wesentliche Fragen richten sich auf das Handeln der Betroffenen. Damit wird ihr Anteil an der Bewältigung der Krise deutlich, sichtbar wird dabei auch ihr Verständnis der Situation. Es soll herausgearbeitet werden, welche kurzfristigen Bewältigungspraktiken zur Überbrückung angewandt wurden und welche Bewältigungsstrategien als Teil von langfristigen Lösungen gewertet werden können.

¹⁰³ Dieser Ansatz wird beschrieben z. B. bei Ute Daniel: „[Kulturgeschichte] befragt vergangene Zeiten daraufhin, wie sich Menschen in ihnen wahrgenommen und gedeutet haben, welche materiellen, mentalen und sozialen Hintergründe jeweils auf ihre Wahrnehmungs- und Sinnstiftungsweisen einwirkten und welche Wirkungen von diesen ausgingen.“, DANIEL, Ute: Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter. Frankfurt/Main 2016, S. 19.

¹⁰⁴ Dieser Zusammenhang wird von Jörn Rüsen als Grundlage des historischen Denkens dargestellt. Bedeutsam ist für diesen Zusammenhang, dass Rüsen darin das wissenschaftliche Denken mit der lebensweltlichen Orientierung verbindet. Vgl. RÜSEN, Jörn: Historik. Theorie der Geschichtswissenschaft. Köln 2013.

Dahinter kann das Potenzial zur Resilienz, das sich auf Angleichung bzw. Anpassung an die negativen Umstände mit pragmatisch alltäglichen Lösungen richtet oder auf grundlegende Veränderungen der Ordnung im Sinne einer Adaption, erkannt werden.¹⁰⁵ Überprüft wird, inwiefern die Fragen nach grundsätzlichen Weichenstellungen damit entschieden werden. Es muss von Interesse sein, ob die Neuorientierung für ein gesellschaftliches System gelingt, in dem die historischen Erfahrungen berücksichtigt sind und das grundsätzlich weniger für Entwicklungen anfällig ist, die zu einer erneuten Hungerkrise oder anderen Katastrophen führen. Von besonderer Bedeutung ist auch hier die Analyse auf verschiedenen Ebenen, die sich nach ihren Erfahrungen, aber auch nach der Reichweite ihrer Möglichkeiten unterscheiden. In der Untersuchung der Wahrnehmung durch die Betroffenen ist auch danach zu fragen, inwieweit der Charakter der Phase als Transformation, das nicht Abgeschlossene und der Prozesscharakter der Geschehnisse im Sinne der Bewertung der Zeit – nach Carlo Schmid „eine Zeit zwischen zwei Weltzeiten“¹⁰⁶ – wahrgenommen wurde.

Zeit wird nach dem Hinweis von Greg Bankoff zu einer Schlüsseldimension einer Hungerkrise mit mehrfacher Bedeutung¹⁰⁷. Zum oben ausgeführten Hinweis auf die langfristige Genese kommt die strukturierende Wirkung dieser Dimension für die Phase der Krise hinzu, ebenso wie die potenziell dynamisierende Eigenschaft, wodurch Zeit zu einem eigenen Faktor gerade angesichts der langen Dauer wird. Dies soll untersucht werden, indem unterschiedliche Phasen nach ihren spezifischen Merkmalen und einer dynamisierenden Funktionen bestimmt werden. Auch die Wahrnehmung durch die Betroffenen unterliegt Veränderungen und wird zeitabhängig zu bestimmen sein.

Der zeitliche Rahmen der Untersuchung wird bestimmt durch erkennbare Eckdaten der Krise, ohne zu verkennen, dass die Ursachen und Folgen den genannten Zeitraum überschreiten. Der Beginn wird mit dem Ende des Krieges unter Einschluss der letzten Monate davor angesetzt, das Ende mit dem Jahr 1948, in dem sich die Möglichkeiten ergaben, die Krise aktiv zu überwinden. Der Untersuchungsraum ist auf das Land Württemberg-Hohenzollern begrenzt. Die politisch angemessene Bezeichnung wäre bis zur offiziellen Konstituierung des Landes „die südwürttembergischen Kreise der französisch besetzten Zone“, der Raum deckt sich, abgesehen vom Fehlen der hohenzollerischen Kreise, mit der späteren Landesbezeichnung, der hier der Vorzug gegeben wird. Die Konzentration auf das Land entspricht der politischen und wirtschaftlichen Abschottung, die aus der Besatzungssituation hervorging. Die anderen Regionen werden nicht ausgeblendet, durch Interaktionen und Interdependenzen geraten sie in das Blickfeld der Analyse, globale Aspekte werden ebenfalls integriert. Zu den Akteuren gehören alle

¹⁰⁵ Im Projekt „Hunger in History“ werden hierzu die Begriffe „Short-Term Adjustments“ und „Long-Term Adaptions“ verwendet, vgl. MILLMAN, Sara/KATES, Robert W.: *Toward Understanding Hunger*, 1995, S. 19–21.

¹⁰⁶ SCHMID, Carlo: *Landrätetagungen*, Abschrift, 1955, S. 1. StadtA Rt AdN 19.1957.

¹⁰⁷ Vgl. BANKOFF, Greg: *Time is of the Essence*, 2004, S. 33–36.

Menschen, die sich zu dieser Zeit im Untersuchungsraum aufhielten. Bezeichnet werden sie, soweit sie nicht als Individuen oder als Teil einer besonderen Gruppe aufgeführt sind, als Bevölkerung. Gesondert betrachtet werden Verantwortliche in Verwaltung und Politik und Vertreter der französischen Besatzungsbehörden. Alle Bereiche des Lebens sind mit der Hungerkrise verknüpft und werden deshalb potenziell Gegenstand der Erforschung, dazu ist das Leben im Alltag ebenso zu zählen wie das Verwaltungshandeln oder die Sphäre der Politik.

Die geschichtswissenschaftlich sinnvolle Verknüpfung von Mikro- und Makrogeschichte ist für eine landesgeschichtliche Arbeit von besonderer Bedeutung und lässt sich im Rahmen dieses Themas aufzeigen. In der Bewältigung der Krise werden die Fäden aus allen Bereichen verknüpft. Integriert werden in die Darstellung der Hungerkrise und der Entwicklung des Landes die relevanten Faktoren der internationalen Politik und die Vorstellungen und Vereinbarungen der Besatzungsmächte. Dies ermöglicht am Ende eine Einordnung in den historischen Verlauf und die Bewertung der Bedeutung vieler Faktoren. Dazu gehört in besonderer Weise der Anteil der Aktivitäten der Betroffenen.

Zusammenfassend sind einige Leitfragen als grundlegend hervorzuheben, die durch die vorliegende Arbeit führen. Die Hungerkrise wird untersucht im Hinblick auf die materiellen Aspekte, die Genese, die Exposition und die Sensitivität, daran schließt die Frage nach kausalen Zusammenhängen an. Die kulturgeschichtliche Aufarbeitung richtet sich auf die Wahrnehmung, Deutung und Bewältigung, im Mittelpunkt stehen die Akteure und deren Handeln in der Krise im Umfeld von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Komplexität der Verhältnisse geht zusätzlich auf die Belastung durch die Folgen der nationalsozialistischen Herrschaft zurück. Von besonderer Bedeutung ist deshalb nach 1945 der Zusammenhang von Gegenwart und Vergangenheit, der sich in Deutungsmustern niederschlägt. Darauf aufbauend soll die Bedeutung der Hungerkrise für die Nachkriegszeit und für die Menschen der sich neu orientierenden Gesellschaft reflektiert werden.

Die Auswertung und Reflexion der Ergebnisse erfolgen unter übergeordneten Fragestellungen. Welche Bedeutung hat das Handeln der Betroffenen für die Überwindung der Hungerkrise? Wie beeinflusst die Erfahrung der Vulnerabilität die Transformation der Gesellschaft zwischen nationalsozialistischer Herrschaft und dem Neuaufbau? In welcher Weise und mit welchem Erfolg wird auf die als vulnabel erkannten Faktoren reagiert? Gelingt es, eine Ordnung zu entwickeln, die effektiv den destruktiven Prozessen entgegenwirken kann? Nehmen die Zeitgenossen die Hungerjahre in Württemberg-Hohenzollern als ein bestimmendes Element des umfassenden Transformationsprozesses der Nachkriegszeit wahr, als „eine Zeit zwischen zwei Weltzeiten“?

4. Quellenbasis

Hunger und Not von ganzen Bevölkerungsgruppen gehören zu den grundlegenden Erfahrungen einer Gesellschaft und schlagen sich im 20. Jahrhundert sowohl in schriftlichen als auch in visuellen Quellen nieder. Um deren Bedeutung für die Untersuchung zu verdeutlichen, sollen die wichtigsten kurz unter dem Aspekt ihrer Entstehung und Funktion charakterisiert und die Kriterien der Auswahl verdeutlicht werden.

Akten der Verwaltung, Protokolle von Besprechungen und Sitzungen sind als Überreste zu werten, sie wurden nicht in der Absicht verfasst, die Deutung der Nachwelt zu beeinflussen. Als Berichte an die Militärregierung liegen sie für jeden Landkreis vor, zusammen mit den Protokollen der Landrätetagungen und der Landtagssitzungen ermöglichen sie einen breiten Einblick in die Geschehnisse der Zeit. Ansprachen und Reden sind an die Zeitgenossen gerichtet, aber durch Drucklegung und Veröffentlichung auch an eine zukünftige Öffentlichkeit gerichtet. Zeitungsartikel entstehen aktuell, werden aber auch für nachfolgende Zeiten archiviert, zu beachten ist, dass sie in der Besatzungszeit unter dem Vorbehalt der Beobachtung und wechselnder Intensität der Zensur durch die Militärregierung stehen. Tagebücher sind primär private Zeugnisse, sehen aber auch die Möglichkeit der nachträglichen Verbreitung und Auswertung vor. Sie sind als subjektive Zeugnisse anzusehen, die für eine kulturgeschichtliche Vertiefung genutzt werden können. Sie stehen im Kontext der Quellen, die einen breiten und repräsentativen Einblick ermöglichen. Bei ihrer Auswahl wurde darauf geachtet, dass sozial unterschiedliche Gruppen und verschiedene Geschlechter vertreten sind. Veröffentlichte Erinnerungen richten sich an ein interessiertes Publikum und sind ihrer Art nach retrospektiv entstanden und zur Überlieferung im Sinne der Tradition zu werten. Einige vorliegende Veröffentlichungen sind als Mischformen anzusehen, z. B. die von französischen Kreisdelegierten publizierte Erinnerungen unter Einbezug von Dokumenten, die in der Zeit ihres Dienstes entstanden waren. Bei der Auswertung der Quellen wird deshalb individuell die Art und der Status geprüft werden. Einige Erkenntnisse basieren auf den Veröffentlichungen des Württembergischen Statistischen Landesamtes in Tübingen.

Den dargestellten Fragestellungen folgend wurde ein Quellenkorpus zusammengestellt, der die Erforschung der materiellen Seite und der kulturellen Verarbeitung der Hungerkrise ermöglicht. Dieselben Quellen können mehrfach für unterschiedliche Fragestellungen ausgewertet werden. Von besonderer Bedeutung sind die Akten der Verwaltung, die mit dem monatlichen „Bericht an die Militärregierung“ aus allen Landkreisen Details über die Ernährungslage der Bevölkerung bereitstellen. Sie bilden die Grundlage der statistischen Aufarbeitung,¹⁰⁸ da in diesen Akten alle Bereiche angesprochen werden, stellen sie ergiebige Quellen für

¹⁰⁸ Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Staatsarchiv Sigmaringen: Monatsberichte der Landratsämter StAS Wü 2 T 1 Nr. 1373 und Nr. 1379.

Informationen und Erkenntnisse über die Verhältnisse dar. Die Stadtarchive bieten ein breites Spektrum an Dokumenten auch von untergeordneten Dienststellen. In den Stadtarchiven Ravensburg und Reutlingen finden sich dazu Schriftstücke der Polizeiamter, der Sozialreferate, Unterlagen für Tätigkeitsberichte und alle Akten der Ernährungs- und Wirtschaftsreferate. Französische Quellen finden sich in großer Zahl in den lokalen Archiven, z. B. in den Befehlen, Anordnungen und Bekanntmachungen der Militärregierung.¹⁰⁹

Die Berichte aus den Landkreisen ermöglichen den Blick auf die Verhältnisse vor Ort mit vielen empirischen Daten und Einschätzungen durch die Referenten und Amtsträger, dazu gehören z. B. die „Tagung(en) der Bürgermeister“.¹¹⁰ Besonders ergiebig zeigen sich die Protokolle der überregionalen „Tagungen der Landräte“, die einige Zeit mangels einer übergeordneten Staatlichkeit die Koordinierung der Verwaltung leisten mussten¹¹¹. Das politische Geschehen in dem neu gegründeten Land Württemberg-Hohenzollern wird durch die Protokolle der politischen Gremien erschlossen. Gedruckte Veröffentlichungen liegen über die Kabinetts- und die Gouverneursbesprechungen vor.¹¹² Von den auf Landesebene agierenden Gremien liegen digitalisierte Protokolle vor. Am Beginn steht die „Beratende Versammlung für Württemberg-Hohenzollern“ vom 22. November 1946 bis zum 9. Mai 1947.¹¹³ Das Gremium hatte den Auftrag, einen Verfassungsentwurf zu erarbeiten, der den Wählern zur Abstimmung vorgelegt werden sollte. Die Lektüre gibt darüber hinaus einen Einblick in die aktuellen Probleme des Landes. Die „Verhandlungen des Landtags von Württemberg-Hohenzollern“ ab 3. Juni 1947

¹⁰⁹ Vgl. dazu z. B. Militärregierung: StadtA Rt AdN 15. 1826–1850.

¹¹⁰ Berichte über die Tagung der Bürgermeister und Aussenstellenleiter. Reutlingen. StadtA Rt AdN 18.1955, 1956.

¹¹¹ Landesdirektion des Inneren: Tagungen der Landräte. Gedrucktes Protokoll. StadtA Rt AdN 19. 1957, 1958.

¹¹² Vgl. RABERG, Frank (Bearb.): Das Erste und Zweite Staatssekretariat Schmid 1945–1947 (Kabinettsprotokolle von Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. III. Teil: Die Protokolle der Regierung von Württemberg-Hohenzollern, Bd. 1), Stuttgart 2004. RABERG, Frank (Bearb.): Das Kabinett Bock 1947–1948. (Kabinettsprotokolle von Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. III. Teil: Die Protokolle der Regierung von Württemberg-Hohenzollern, Bd. 2.), Stuttgart 2008. RABERG, Frank (Bearb.): Die geschäftsführende Regierung Müller 1948–1949. (Kabinettsprotokolle von Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. III. Teil: Die Protokolle der Regierung von Württemberg-Hohenzollern, Bd. 3). Mit einer Einleitung von Klaus-Jürgen MATZ. Stuttgart 2013. Vgl. WEBER, Edwin Ernst (Hg.): Gouverneursbesprechungen. Die deutschen Protokolle der Besprechungen zwischen Vertretern der Regierung von Württemberg-Hohenzollern und der französischen Militärregierung in Tübingen 1945–1952. Bearb. von Frank RABERG. Konstanz, Eggingen 2007.

¹¹³ Verhandlungen der Beratenden Landesversammlung für Württemberg-Hohenzollern vom 22. November 1946 bis 9. Mai 1947. Tuttlingen 1947. Online verfügbar unter https://digital.wlb-stuttgart.de/pdf/urn:nbn:de:bsz:24-ltp382442156_001_001_1946-1947_vw_hp3 (Letzter Abruf: 23.02.2023).

sind online zugänglich auf der Website der Württembergischen Landesbibliothek in Stuttgart.¹¹⁴

Die Zeitungen „Schwäbisches Tagblatt“ und „Schwäbische Zeitung“ können sowohl für sachliche Informationen als auch als Zeugnisse für die kulturelle Verarbeitung ausgewertet werden. Es muss dabei in Betracht gezogen werden, dass sie in den ersten Jahren noch der Vorzensur unterlagen. Vom November 1947, der Zeit der Diskussion über die Demontagen, ist bekannt, dass hier keine Vorzensur mehr stattfand. Allerdings wurde nach einer für die Militärregierung unangenehmen Berichterstattung eine vorgegebene Gegendarstellung ohne Kommentar befohlen. Unter diesen Vorbehalten lassen sich die Zeitungen auswerten. Über die Tätigkeit der Landesinstitutionen wurde die Presse durch eine „Presse- und Informationsstelle des Staatssekretariats“ informiert. Das „Amtsblatt“ jeder Gemeinde diente auch der Militärregierung für Bekanntgaben.

Kulturgeschichtliche Fragestellungen lassen sich in allen Quellen verfolgen, besonders ergiebig sind persönliche Schriften. Die Tagebuchaufzeichnungen des ehemaligen Bezirksnotars Friedrich Haubensak aus Reutlingen liegen vom April 1945 bis zum Ende des Sommers mit dichten Eindrücken und Reflexionen unter der Überschrift „Unsere letzten Tage“ vor. Daraus lassen sich Informationen, Daten, Wahrnehmungen und Deutungen entnehmen.¹¹⁵ Ebenfalls ist dazu das Manuskript von Julie Rau zu rechnen, die 1916 in Ohmenhausen geboren und über 90 Jahre alt wurde, ihre Aufzeichnungen wurden von Verwandten transkribiert und digital zur Verfügung gestellt.¹¹⁶ Der Text zeigt ein Schicksal des 20. Jahrhunderts, darin bilden die Nachkriegserfahrungen einen besonderen Teil. Einige Passagen sind im Grenzbereich zwischen zeitgenössischer Aussage und Zeitzeugenerinnerung anzusiedeln, dies muss bei der Auswertung berücksichtigt werden. Weitere Lebensberichte werden aus gedruckten Quellen herangezogen und neu untersucht. Eine ergiebige Fundstelle bilden z. B. die von Margarete Dörr aufgezeichneten Frauenschicksale, besonders die Schriften der Pfarrersfrau Margarete E. werden ausgewertet.¹¹⁷ Zeitzeugenprotokolle, die 1995 anlässlich des Kriegsendes vor 50 Jahren angefertigt wurden, bieten Möglichkeiten, die später nicht mehr realisierbar wären.

¹¹⁴ Landtag Württemberg-Hohenzollern: Verhandlungen des Landtags für Württemberg-Hohenzollern, Protokolle, 1947–1948, Bd.1. Persistente URL: http://digital.wlb-stuttgart.de/purl/ltp382442156_001_001_1947-1948_whp (Letzter Abruf: 23.06.2023). Landtag Württemberg-Hohenzollern: Verhandlungen des Landtags für Württemberg-Hohenzollern, Protokolle, 1948, Bd.2. Persistente URL: http://digital.wlb-stuttgart.de/purl/ltp382442156_002_002_1948_whp (Letzter Abruf: 23.06.2023).

¹¹⁵ Vgl. HAUBENSAK, Friedrich: „Unsere letzten Tage“. Tagebuchaufzeichnungen 3. April–15. August 1945. StadtA Rt S 205 Nr. 3.

¹¹⁶ Vgl. RAU, Julie: Meine Erinnerungen. [Reutlingen-]Ohmenhausen. Manuskript 2007. Das Manuskript befindet sich im Privatbesitz von Gudrun Müller-Fink, einer Nachfahrin von Julie Rau, und wurde dem Autor freundlicherweise zur Verfügung gestellt.

¹¹⁷ Vgl. DÖRR, Margarete (Hg.): „Wer die Zeit nicht miterlebt hat ...“. Frauenerfahrungen im Zweiten Weltkrieg und in den Jahren danach. 3 Bände. Frankfurt/Main, New York 1998.

Die mündlichen Aussagen liegen als Audiodateien und in schriftlicher Form im Stadtarchiv Reutlingen vor.¹¹⁸

Eine gedruckte Quelle ist die Veröffentlichung „Anthologie der deutschen Meinung“ unter der Herausgeberschaft von Emmanuel Mounier aus dem Jahr 1948.¹¹⁹ Im Wortlaut abgedruckt sind die Einsendungen von Deutschen aus allen Schichten, aber auch die Positionen von französischen Intellektuellen. Der Befragungszeitraum 1946 bis 1948 und die unmittelbare Veröffentlichung deuten auf authentische Aussagen hin. Zur Auswertung werden bevorzugt die Beiträge aus der französischen Zone ausgewählt.

Französische Quellen liegen in allen Archiven mit dem Beginn der Besetzung in der Form von Anweisungen, schriftlicher Korrespondenz, den von der Besetzung übernommenen Amtsblättern, in Gesprächsnotizen und Protokollen vor. Auf der mittleren Ebene der Kreise veröffentlichten verschiedene Vertreter der Militärregierung („Kreisdelegierte“) nach ihrer Amtszeit ihre amtlichen und privaten Aufzeichnungen unter Einschluss von Dokumenten als gedruckte Texte, die z. T. als Quellen genutzt werden können oder zum anderen Teil eine besondere Art von Zeitzeugnissen darstellen und eine besondere Perspektive bieten. Jean Lucien Estrade, „Gouverneur“ von Tuttlingen, machte auf diese Weise seine persönlichen und administrativen Aufzeichnungen zugänglich,¹²⁰ aus Balingen liegt eine gleichartige Veröffentlichung vor.¹²¹ Vom Stadtarchiv Rottweil wurden die Berichte des französischen Kreisdelegierten übersetzt und veröffentlicht.¹²² Auf der Ebene der Militärregierung kann auf die Äußerungen der Generale Pierre Marie Koenig und Guillaume Widmer in den Gouverneursbesprechungen zurückgegriffen werden.¹²³ Aus dem politischen Bereich liegen die Reden De Gaulles¹²⁴ und dessen Erinnerungen¹²⁵ vor, führende Zeitungen sind in digitalen Archiven zugänglich.¹²⁶

¹¹⁸ Zeitzeugengespräche zum Kriegsende. 1994. StadtA Rt S 205.

¹¹⁹ Vgl. MOUNIER, Emmanuel: Anthologie der deutschen Meinung. Deutsche Antworten auf eine französische Umfrage. Konstanz 1948.

¹²⁰ Vgl. ESTRADÉ, Jean Lucien: „Tuttlingen April 19 – September 1949“. Die französische Militärregierung in Tuttlingen. Administratives, politisches, gesellschaftliches und wirtschaftliches Geschehen im Kreis Tuttlingen in der Nachkriegszeit im Spiegel des Tätigkeitsberichts des französischen „Gouverneurs“. Tuttlingen 1990.

¹²¹ Vgl. GONNET, Jean: Geschichte der Kreisdelegation von Balingen. Die Verwaltung. In: Andreas ZEKORN (Bearb.): Blau-weiß-rot: Leben unter der Trikolore. Die Kreise Balingen und Hechingen in der Nachkriegszeit 1945 bis 1949. Stuttgart 1999.

¹²² Vgl. Stadtarchiv Rottweil (Hg.): Chronique du cercle de Rottweil depuis le 27 avril 1945 jusqu'au 30 septembre 1949 = Chronik des Kreises Rottweil vom 27. April 1945 bis zum 30. September 1949. Rottweil 2000.

¹²³ Vgl. WEBER, Edwin Ernst (Hg.): Gouverneursbesprechungen, 2007.

¹²⁴ Vgl. KNIPPING, Franz/WEISENFELD, Ernst (Hgg.): Eine ungewöhnliche Geschichte. Deutschland – Frankreich seit 1870. Bonn 1988.

¹²⁵ Vgl. GAULLE, Charles de u. a.: Mémoires. [Réimpr.]. Paris 2002.

¹²⁶ Siehe <https://gallica.bnf.fr/html/und/presse-et-revues/presse-et-revues?mode=desktop>; <https://www.lemonde.fr/archives-du-monde/> (Letzter Abruf: 28.07.2023).

Besondere Gruppen der Gesellschaft sind durch ihre eigenen Veröffentlichungen erschließbar, aber auch mittelbar über Aufzeichnungen von Außenstehenden. Als Beispiel seien die Arbeiter und die Arbeiterbewegung genannt. Die Gewerkschaften wurden als die am wenigsten kompromittierten Gruppen angesehen und konnten relativ schnell wieder öffentlich agieren. Sie werden greifbar in den Überlieferungen aus den industriellen Schwerpunkten, z. B. aus Friedrichshafen, Tuttlingen, Schwenningen oder durch den mit gedruckten Quellen gefüllten Sammelband aus Reutlingen.¹²⁷ Auch in den Akten der Verwaltung und der Besatzungsbehörden wird auf sie verwiesen.

Zeitgenössische Veröffentlichungen von Politikern, z. B. Zeitungsartikel zu aktuellen Themen, veröffentlicht von Kabinettsmitgliedern der Landesregierung zu Demontagefragen aus dem Jahr 1947, lassen Positionen und Ziele erkennen und ermöglichen die Rekonstruktion der Wahrnehmung der Situation durch die Verantwortlichen und die Umsetzung kulturgeschichtlicher Fragestellungen. Zeitnahe Erinnerungen von Akteuren auf der Basis eigener Aufzeichnungen sind als Quellen zu werten. Sie liegen z. B. vor von Theodor Eschenburg¹²⁸ und Carlo Schmid¹²⁹. Eine Besonderheit stellt der Sammelband von Max Gögler und Gregor Richter über „Das Land Württemberg-Hohenzollern“ dar, der von aktiven Politikern und Verwaltungsbeamten verfasst und nachträglich veröffentlicht wurde.¹³⁰

Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Quellen von besonderer Bedeutung bilden die Statistischen Jahreshefte. Sie ermöglichen die Erhebung von Daten über die landwirtschaftliche Produktion und allgemeinwirtschaftliche Aktivitäten, wertvoll sind die zeitgenössischen landeskundlichen Erläuterungen. Die demografischen Erhebungen lassen die Entwicklungen und die regionalen Besonderheiten der Erwerbsmöglichkeiten erkennen. Die darin erkennbare spezifische, gemischte Struktur des Landes aus Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe bietet Interpretationsansätze für das Bewältigungshandeln in der Region. Die Jahreshefte bieten statistische Einblicke in eine Reihe von Lebensbereichen. Der Verlauf der Witterung lässt sich durch umfangreiche Daten verfolgen, bedeutsam wird die Beurteilung der Auswirkungen für die landwirtschaftliche Produktion. Die systematischen Aufzeichnungen stellen wertvolle Ergänzungen der Ertragswerte dar.¹³¹

¹²⁷ Vgl. IG Metall, Verwaltungsstelle Reutlingen (Hg.): *Wir lernen im Vorwärtsgen: Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Reutlingen 1844–1949*. Bearb. von Paul LANDMESSER/Peter PÄSSLER, Heilbronn 1990.

¹²⁸ Vgl. ESCHENBURG, Theodor (Hg.): *Festgabe für Carlo Schmid zum fünfundsechzigsten Geburtstag*. Tübingen 1962. ESCHENBURG, Theodor: *Erinnerungen an die Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz 1947*. In: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 4 (1972), S. 411–418.

¹²⁹ Vgl. SCHMID, Carlo: *Erinnerungen* (Gesammelte Werke in Einzelausgaben, Bd. 3), Bern, München, Wien 1979.

¹³⁰ Vgl. GÖGLER, Max/RICHTER, Gregor (Hgg.): *Das Land Württemberg-Hohenzollern. 1945–1952*. Sigmaringen 1982.

¹³¹ *Württembergisches Statistisches Landesamt Tübingen* (Hg.): *Württemberg-Hohenzollern in Zahlen* (Zeitschrift für Statistik und Landeskunde), 6 Bde. Tübingen 1946–1952.

Nicht zuletzt soll auf die Quellen verwiesen werden, die in bereits vorliegenden Forschungen erschlossen wurden und deren Auswertung unter den Fragestellungen der Studie neue Ergebnisse erbrachten.

5. Überlegungen zu den Methoden

Ausgangspunkt aller Methoden sind die Fragen. Die Anlage der Untersuchung erfordert sowohl wirtschafts- und sozialgeschichtliche als auch kulturgeschichtliche Methoden, die multidimensionale Betrachtung lenkt den Blick auch auf das Feld der Politikgeschichte. Am Beginn der Untersuchung steht die Suche nach Krisensymptomen und Hungerindikatoren. Die Vertiefung erfolgt durch Erhebung der Daten zur Versorgung, die die Intensität der Störung des Ernährungssystems und die Verknappung der Nahrungsmittel aufzeigen. Die daraus erstellten Statistiken ermöglichen punktuelle Einblicke, aber auch räumliche und zeitliche Vergleiche als Grundlage einer differenzierten Betrachtung.

Die sensitiven Stellen werden durch die Analyse der Daten und aus den Quellen der Zeitzeugen, mit deren Anfertigung sie die Ereignisse kulturell verarbeiteten, herausgearbeitet. Die Fragen zur Bewältigung richten sich auf die Praktiken und Strategien, die sich sowohl auf die materielle Überbrückung und Linderung der materiellen Not als auch auf alle Formen der kulturellen Verarbeitung durch Wahrnehmen und Deuten richten. Die Grundlage ist die Interpretation der Kommunikation und pragmatischer Aktivitäten, aus denen die Sichtweisen und die Ziele der Handlungen der Betroffenen herausgearbeitet werden. Die inneren Abläufe und Zusammenhänge der Produktion, der Verteilung und des Verbrauchs sollen durch die Untersuchung der Interaktion zwischen den Ebenen herausgearbeitet werden. Die Zuteilungen an die Einzelnen werden in der Berechnung als Kalorien und in der Form der konkreten Lebensmittel, z.B. Brot, Butter, Fleisch, ermittelt, das ermöglicht Aufschluss über die Quantität und die Qualität der Ernährung. Gefragt wird auch nach Belegen dafür, inwiefern die Austeilung von der offiziellen Festlegung abwich, eine mögliche Differenz soll benannt und erklärt werden. Die Rolle der Institutionen der verschiedenen Ebenen soll durch die Analyse ihrer Tätigkeit und ihres Selbstverständnisses beleuchtet werden. Zu fragen ist dabei, in welcher Weise die Landkreise den unterschiedlichen und in sich widersprüchlichen Anforderungen der Besatzungsmacht und der Bevölkerung nachkommen konnten. Die Suche wird sich auf eventuelle Kontroversen richten, die durch Konfliktanalysen aufgeklärt werden sollen. Die zentrale Landesinstitution erfasste die landesweite Produktion, die Zahlen dieser Ebene bildeten das Angebot ab. In den variierenden Zahlen lassen sich die Schwankungen erkennen, die zum Ausgangspunkt der Interpretation und zu Überlegungen über deren Ursachen führen.

Als wesentlicher Einfluss müssen die Schwankungen der Witterung verfolgt werden. Aus den Aufzeichnungen der Entwicklungen der Temperatur und der Niederschläge ergeben sich die Grundlagen einer Darstellung. Kurzfristig bildete

sich der landwirtschaftliche Jahresrhythmus ab, der wieder von größerer Bedeutung war. Relevant sind die Zahlen über den Ertrag, die Anbauflächen, die Landnutzung und den Viehbestand. Die Ursachen der Hungerkrise sind in den vorausgehenden Prozessen der Produktion zu suchen, deshalb muss der unmittelbar vorangehende Zeitabschnitt einbezogen werden. Abweichende Darstellungen der Versorgung durch verschiedene Institutionen sollen verglichen und geklärt werden. Hinzugezogen werden die Tabellen mit den vorgesehenen Rationen der Militärregierung und eventuelle Abweichungen von den konkreten Ausgaben vor Ort.

Von Bedeutung sind ebenfalls die allgemeinen ökonomischen Entwicklungen. Die Anteile der Landwirtschaft und der Industrie werden als strukturelle Voraussetzungen quantitativ erhoben. Die industrielle Fertigung und deren Voraussetzungen in der Nachkriegssituation ergänzen das Spektrum des wirtschaftlichen Potenzials, ebenso soll die allgemeinwirtschaftliche Entwicklung verfolgt werden.

Besondere Bedeutung kommt der Klärung kulturgeschichtlicher Fragen zu. Bereits die Beurteilung der Sensitivität baut partiell auf subjektiven Einschätzungen auf, zum Beispiel durch die Lehrer, die Vermutungen über die Hintergründe der abfallenden Leistungsfähigkeit ihrer Schüler anstellten. Über solche Details hinaus ist zu fragen, welche grundlegende Bedeutung der kulturellen Verarbeitung der Krise zukommt. Die Wahrnehmung setzt mit dem Hunger und der Not ein, festgehalten in Textquellen verschiedener Provenienz. In Tagebüchern, Zeitungsartikeln und Zeitzeugenaussagen sind die Eindrücke zu erwarten, aber auch in Berichten der Ämter oder in den Protokollen der Diskussionen und Debatten auf allen Ebenen finden sich Aussagen, die Erkenntnisse über die Wahrnehmung durch die Akteure und die Gesellschaft ermöglichen. Es ist davon auszugehen, dass die „materiellen, mentalen und sozialen Hintergründe auf ihre Wahrnehmungs- und Sinnstiftungsweisen einwirkten“.¹³² Die Auswertung der Quellen unter den Aspekten kulturgeschichtlicher Fragestellungen ist geeignet, die Lebensbedingungen der Betroffenen, ihre Gefühle, ihre Ziele und Werte und letztlich ihr Handeln deutlich zu machen und zu erklären. Der Zusammenhang von Wahrnehmung, Deutung, Orientierung und Bewältigungshandeln soll dabei im Zentrum stehen. Die kulturgeschichtlichen Fragestellungen werden primär durch Interpretationen der kommunikativen Zeugnisse bearbeitet. Es ist dabei auf spezifische semantische und pragmatische Mittel der Kommunikation zu achten. Im Bereich der Wahrnehmung werden beschreibende von emotionalen Redeanteilen unterschieden, die Relevanz, die dem Vorgang zugeschrieben wird oder das Ausmaß der Bedrohung, die von Ereignissen oder Entwicklungen ausgehen, gibt Aufschluss über die Bedeutung, die die Akteure dem Geschehen zumessen. Die Veränderung der Zeiterfahrung unterstreicht die Intensität der Wahrnehmung. Die Deutung wird als Narrativierung auf der Basis von sinngebenden Kausalketten analysiert und als verarbeitende Zeiterfahrung verstanden, mit dem Ziel, als Individuum und als Gesellschaft weiterleben zu können und zu handeln. Von Interesse sind die Teilelemente der Kon-

¹³² DANIEL, Ute: Kompendium Kulturgeschichte, 2016, S. 19.

textualisierung. Wird eine historische Einordnung hergestellt, und wenn ja, in welchem Sinne? Zielt die Aussage auf eine rein lokale oder auf einen diesen Horizont überschreitenden Erklärungsansatz ab? Werden Vergleiche angestellt, wenn ja, welche? Liegt ein systemisches oder personales Verständnis zugrunde? Wie wird der Status quo berücksichtigt? Ist eine eigene Positionierung erkennbar und hat diese Züge einer Relativierung der Vergangenheit oder wird eine offene Auseinandersetzung angestrebt? Wird die eigene Positionierung im Zeitverlauf reflektiert?

Das Konzept der Vulnerabilität bildet den Rahmen, in dem das übergeordnete Erkenntnisinteresse formuliert wird. Gefragt wird nach der Verletzlichkeit zwischen externen Einwirkungen von Schocks, Risiken und Belastungen und den internen Möglichkeiten der Bewältigung.¹³³ Durch die Analyse der kulturellen Verarbeitung der Vulnerabilität durch die Betroffenen können Erkenntnisse über den Status quo der Gesellschaft und über die Neuorientierung erhoben werden. Untersucht wird, zu welchen individuellen Bewältigungspraktiken diese Deutungen führen und, welches soziale und politische Handeln im Zusammenhang mit der Hungerkrise zur Transformation der Gesellschaft der Nachkriegszeit hervorgebracht wird.

¹³³ Vgl. dazu die Definition von Vulnerabilität durch Robert Chambers in Kapitel I. 2.3 Vulnerabilität und Resilienz – Erfahrung und Forschungsperspektive.

II. Die Hungerkrise: Indikatoren, Sensitivität, Exposition und Ursachen

Die Darstellung der Hungerkrise orientiert sich an den konzeptionellen Überlegungen dieser Studie. Im Zentrum steht das Ernährungssystem: „[...] the complex linkages among the production, distribution and consumption of food.“¹ Grundlage sind die landesgeschichtlichen Forschungen, die wirtschafts-, sozial- und kulturgeschichtlich ausgewertet werden. Die Integration erfolgt durch das Konzept der Vulnerabilität. Damit wird in dieser Untersuchung die Anfälligkeit des Ernährungssystems gegenüber schädigenden Einwirkungen und die Verletzlichkeit der betroffenen Verbraucher durch Nahrungsmittelmangel bezeichnet. Die Darstellung zeigt in diesem Kapitel das Ausmaß und die Intensität der Versorgungsstörung. Ausgehend von Krisensymptomen und Hungerindikatoren werden durch vertiefende Analysen die Störungen in den verschiedenen Bereichen des Ernährungssystems herausgearbeitet. Betroffen ist zuerst die landwirtschaftliche Produktion und das Nahrungsmittelangebot, dieser Sachverhalt wird in der Forschung als Food Availability Decline bezeichnet. Zweitens wird die Verteilung der Nahrungsmittel untersucht, die Forschung spricht von Zugangsrechten, der Mangel wird auch als Food Entitlement Decline diskutiert.² In der Untersuchung des Verlaufs wird deutlich, inwiefern die Anfälligkeit für Störungen in die Faktoren und in die langfristig wirkenden Strukturen und Prozesse eingeschrieben war und wodurch sie verursacht wurde. Unter dem Begriff der Sensitivität werden die individuellen und gesellschaftlichen negativen physischen und mentalen Auswirkungen beschrieben. Der Verlauf zeigt die vielfältige Interdependenz und Verflechtung externer und interner Ereignisse und Entwicklungen, die auf soziale, ökonomische, politische und kulturelle Impulse zurückgehen. In der Exposition gegenüber schädigenden Einwirkungen können die verursachenden Faktoren identifiziert werden, deren Zusammenhänge werden in einem Fazit als kausale Struktur der Hungerkrise dargestellt.

1. Genese und Kontext der Versorgungsstörung

Die Begriffe „Nachkriegszeit“ und „Zweiter Weltkrieg“ weisen auf die historische Besonderheit der Verhältnisse und das Spektrum der Faktoren der Vorgeschichte der Hungerkrise hin. Von größter Bedeutung war die unmittelbare politische und ökonomische Vorgeschichte Deutschlands, die geprägt war von den Handlungen der nationalsozialistischen Regierung und deren Helfern. Der Krieg führte nicht

¹ MILLMAN, Sara/KATES, Robert W.: Toward Understanding Hunger, 1995, S. 3–25, S. 4.

² Beide Begriffe werden in Kapitel I. 2.2 Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Ansätze vorgestellt und diskutiert.

nur zu großen menschlichen Opfern und sachlichen Zerstörungen, er brachte ebenfalls gravierende Störungen des weltweiten Ernährungssystems hervor. Vor dem folgenden Blick auf das Land Württemberg-Hohenzollern sollen deshalb die globale Dimension und die Auswirkungen auf die anderen europäischen und deutschen Regionen betrachtet werden.

1.1 Die globalen und nationalen Voraussetzungen der Ernährungslage 1945

Der Zweite Weltkrieg hatte nach Berechnungen der englischen Historikerin Lizzie Collingham dazu geführt, dass weltweit 800 Millionen Menschen hungerten, das entsprach ca. 1/3 der Weltbevölkerung. Nach den von ihr zitierten Angaben des Standardwerks zu den Daten des Zweiten Weltkrieges von John Ellis, starben im Krieg mindestens 20 Millionen Menschen an Hunger, diese Zahl überstieg die ebenfalls genannten 19,5 Millionen Toten durch militärische Handlungen. Nach den Ermittlungen von Lizzie Collingham werden mit beiden Angaben die tatsächlichen Zahlen unterschätzt, sie bezog die indirekten Folgen ein und bezifferte die Zahl der durch den Zweiten Weltkrieg verursachten Opfer auf insgesamt 70 Millionen.³

Im nationalsozialistischen Deutschland herrschte bereits seit 1933 eine problematische Ernährungssituation.⁴ Die Autoren machen dafür die verfehlte Preisregulierung und die Autarkiepolitik des Naziregimes verantwortlich. Damit ist nachgewiesen, dass der Lebensstandard der deutschen Bevölkerung bereits vor dem Krieg ständig sank. Europaweit setzten die Hungersnöte während des Krieges ein und dauerten mehrere Jahre über das Kriegsende hinaus an. Die europäischen Länder litten massiv unter der nationalsozialistischen Kriegspolitik. In der Forschung wurde darauf hingewiesen, dass die Kriegsziele wesentlich von der Agrarpolitik bestimmt wurden und in unmittelbarem Zusammenhang mit den in Osteuropa verübten Verbrechen standen.⁵ Langfristig sollte nach der Vorstellung der nationalsozialistischen Ideologie ein gesicherter Raum der Produktion von Lebensmitteln entstehen. Ein kurzfristiges Motiv resultierte aus der Einschätzung der nationalsozialistischen Führung, dass eine Wiederholung des Hungers, wie er in Deutschland im Ersten Weltkrieg erlebt wurde, vermieden werden sollte. Aus der Sicht der Staatsführung hatte dies zur Schwächung der Armee beigetragen und zu einer sinkenden Kriegsmoral in der Bevölkerung geführt, beides wurde für den

³ Vgl. ELLIS, John: *The World War II databook. The essential facts and figures for all the combatants*. London 1993. Zit. nach: COLLINGHAM, Lizzie: *The Taste of War*, 2012, S. 1 und S. 514.

⁴ Vgl. Kapitel I. 2.5 Hunger im Kontext des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegszeit, vgl. BATEN, Jörg/HEINZE, Andrea: *Autarchy, market disintegration and health: the mortality and nutritional crisis in Nazi Germany, 1933–1937*, 2002, S. 27, Anm. 54.

⁵ Vgl. BENZ, Wigbert: *Kalkül und Ideologie – Das Hungervorhaben im „Unternehmen Barbarossa“ 1941*. In: Klaus KREMB/DERS. (Hgg.): *Weltordnungskonzepte. Hoffnungen und Enttäuschungen des 20. Jahrhunderts*. Schwalbach/Ts. 2010, S. 19–37.

negativen Ausgang des Krieges verantwortlich gemacht. Bei einer erneuten Mangelsituation sah die Regierung die Zustimmung der Bevölkerung für die aggressive Eroberungspolitik als gefährdet an. Die Nationalsozialisten entwickelten die Strategie, die eigene Bevölkerung in dem von ihnen begonnenen Krieg privilegiert zu versorgen und die Nahrungsmittel dafür aus den in Osteuropa besetzten Gebieten zu entnehmen. 100 Millionen Bewohner der besetzten Gebiete wurden damit gezielt und bewusst dem Hungertod ausgesetzt. Entwickelt wurde dieser „Hunger-Plan“ 1941 vom Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Herbert Backe. Rassistische Motive verstärkten dies. Die jüdische Bevölkerung wurde gezielt unterversorgt, Juden erhielten in Gettos z. T. nur noch 184 Kalorien pro Tag. Dies wird in der Forschung bereits als Teil des Holocaust angesehen. In Osteuropa setzte sich die Hungerkatastrophe bis 1947 fort.⁶

Alle Kriegsparteien intensivierten die Anstrengungen, den Gegner am Zugang zu Nahrungsmitteln zu hindern und räumten der Zuteilung für das eigene Militär Vorrang ein. Dies hatte weltweite Folgen. Die Auswirkungen hatten auch Teile des britischen Weltreiches zu tragen. 1943 verantwortete die Kolonialverwaltung für Bengalen eine Hungersnot größten Ausmaßes in der ca. drei Millionen Einwohner an Hunger und dessen Folgen starben. Weltweit verlagerte sich der Krieg auf Transportwege, das Verhängen von Blockaden wurde zu einer Waffe. Die Versorgungsstörungen hatten zur Folge, dass das gesamte weltweite Lebensmittelerzeugungs- und Verteilungssystem neu strukturiert werden musste. Die Vereinigten Staaten, Australien, Neuseeland und Kanada übernahmen einen großen Teil der Produktion, die für den Krieg entscheidend wurde. Ihre eigenen Militärangehörigen konnten die USA überaus großzügig mit Nahrungsmitteln versorgen, Frontsoldaten erhielten eine Ration von 4758 Kalorien am Tag.⁷ In der Organisation ihres Ernährungssystems mussten viele Staaten ungewohnte Wege gehen, auch die meisten westlichen Staaten führten die Zwangsbewirtschaftung ein. Einzig die USA hatten genügend Ressourcen, bei ihrem System der freien Marktwirtschaft zu bleiben (vgl. Abb. 1). Fast alle anderen Kriegsparteien konnten nur durch Rationierung die Grundversorgung ihrer Bevölkerung aufrechterhalten. Die Produktion konnte nur in den USA gesteigert werden, die Sowjetunion näherte sich den Vorkriegswerten an.⁸ Die Exportländer Argentinien und Australien konnten nach 1945 ihr Vorkriegsniveau wieder erreichen. Die europäischen Produzenten verzeichneten mit Ausnahme der irischen Bauern dramatisch rückläufige Zahlen, das Jahr 1947 wurde zum Tiefpunkt.

⁶ Vgl. WHEATCRAFT, Stephen/Ó GRÁDA, Cormac: *The European Famines of World Wars I and II*, 2017, S. 240–269, hier S. 257.

⁷ Vgl. COLLINGHAM, Lizzy: *The Taste of War*, 2012, S. 434.

⁸ Collingham arbeitet diesen Zusammenhang in den Kapiteln „The Battle for Food“ und „The Politics of Food“ heraus: COLLINGHAM, Lizzy: *The Taste of War*, 2012, S. 71–227 und S. 347–414.

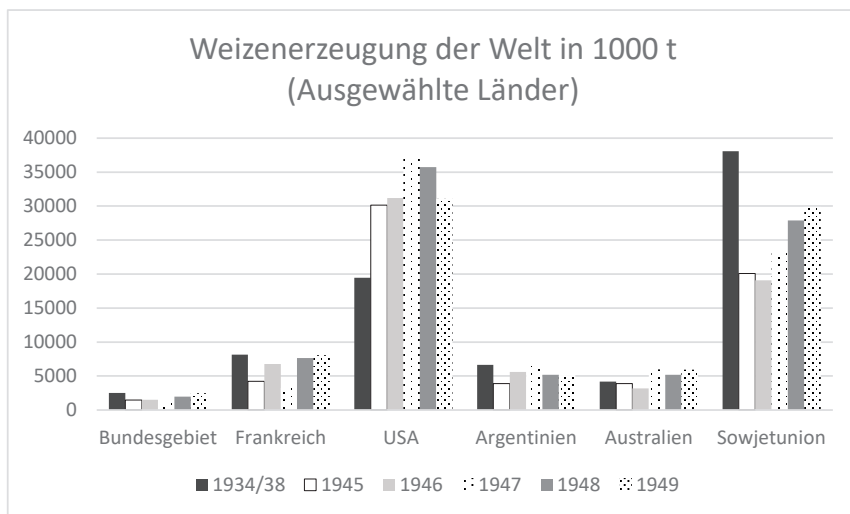


Abb. 1: Globale Weizenerzeugung von 1934 bis 1949⁹.

Die deutsche Bevölkerung wurde bis zum Kriegsende durch das nationalsozialistische Ernährungssystem versorgt. Das Nahrungsangebot bestand zum einen aus Importen aus besetzten oder befreundeten Staaten, Dänemark lieferte einen hohen Anteil an frischen Fischen, in den westeuropäischen und südosteuropäischen Länder wurden Nahrungsmittel angekauft. Die osteuropäischen Regionen wurden ausgeplündert auf Kosten der Bevölkerung. Die eigene Produktion war zentral gesteuert. Im Reichsnährstand waren alle Betriebe, die mit der Herstellung und Verteilung von Nahrungsmitteln beschäftigt waren, streng hierarchisch zusammengefasst. Im Reichsernährungsministerium wurden seit dem 15.7.1933 die Entscheidungen über den Binnenmarkt und die Importe getroffen und die Durchführung kontrolliert. Bis 1935 wurde der Reichsnährstand aufgebaut, der unter dem Reichsbauernführer alle Organisationen der Ernährungswirtschaft vereinigte. An der Spitze beider Institutionen stand in Personalunion Walter Darré, der 1942 von Herbert Backe abgelöst wurde. Über die Institutionen des Reiches, der Länder und der örtlichen Verwaltung wurde der Verbraucher durch Ausgabestellen für Lebensmittelkarten der Bürgermeisterämter erreicht. Die Bauern waren ebenfalls durch Institutionen auf allen Ebenen bis zur Ortsbauernschaft erfasst, an deren Spitze der Ortsbauernführer stand.¹⁰ Das gesamte System wurde vom Beauftragten für den Vierjahresplan geleitet, der zur Vorbereitung des Krieges nach einer Denkschrift Hitlers eingerichtet wurde.¹¹ Die Dominanz der Rüstungsindustrie

⁹ Die dem Diagramm zugrunde gelegten Werte sind entnommen aus: SCHLANGE-SCHÖNINGEN, Hans (Hg.): Im Schatten des Hungers, 1955, S. 313.

¹⁰ Vgl. STÜBER, Gabriele: Der Kampf gegen den Hunger, 1984, S. 20ff.

¹¹ Vgl. HERBERT, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, 2017, S. 369ff.

wurde zum Nachteil der landwirtschaftlichen Produktion. Die chemische Industrie konnte der Nachfrage nach Stickstoffdünger nicht nachkommen, die Herstellung von Landmaschinen ging von 1939 bis 1944 um 50 Prozent zurück, während sich die Herstellung von Panzern verfünffachte. Arbeitskräfte wanderten in die besser entlohnende Industrie ab.¹² Der Anteil der im Reichsgebiet produzierten Nahrungsmittel ging zurück, die Abhängigkeit von der Zulieferung von außen stieg. Dieses System brach mit den militärischen Niederlagen im Osten zusammen.¹³ Auch die östlichen Reichsteile waren als Überschussgebiete ein wesentlicher Teil der Versorgung des ganzen Staates. Rainer Gries berechnete in seiner Arbeit, dass alleine die deutschen Ostgebiete zusätzlich zur eigenen Bevölkerung „[...] wenigstens vier Millionen Menschen in Westdeutschland ernähr[en]“.¹⁴ Bis 1943 war man daher in den westlichen Regionen lange Zeit nicht betroffen und wurde verzögert am Kriegsende und insbesondere danach von einer alle Bereiche umfassenden Mangelsituation erreicht. In der Erinnerung blieb dieser Zustand als „Zerstörung, Hunger und Schwarzmarkt“.¹⁵ Die vorliegenden Untersuchungen bestätigen diesen Eindruck, wobei Differenzierungen vorzunehmen sind. Insbesondere in den großen Städten und den Ballungszentren herrschten zum Teil katastrophale Zustände und Hungersnot.

Über die Zuteilungen an Nahrungsmitteln in den Besatzungszonen entschieden die Alliierten. Im Protokoll des Potsdamer Abkommens wurde festgehalten, dass man der deutschen Bevölkerung eine Versorgung zubilligen wolle, die „[...] den mittleren Lebensstandard der europäischen Länder nicht übersteigt“.¹⁶ Die britische und die amerikanische Militärregierung stellten für 1946 das Ziel von 1550 Kalorien auf.¹⁷ Sowohl in der zeitgenössischen Beobachtung als auch in der Forschung drängten sich Vergleiche zwischen den Zonen und ein Blick auf die reale Situation auf. Christoph Kleßmann und Georg Wagner zitierten dazu die „Hamburger Freie Presse“ vom 10.4.1946.¹⁸ Danach wurden in der amerikanischen Zone 1330 Kalorien, in der russischen 1083, in der britischen 1050 und in der französischen 900 Kalorien ausgegeben.

¹² Vgl. SCRIBA, Arnulf: *Der Zweite Weltkrieg, Industrie und Wirtschaft*. Berlin 2015, <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/der-zweite-weltkrieg/industrie-und-wirtschaft.html> (Letzter Abruf: 24.07.2023).

¹³ Vgl. GRIES, Rainer: *Die Rationen-Gesellschaft*, 1991, S. 23–28.

¹⁴ GRIES, Rainer: *Die Rationen-Gesellschaft*, 1991, S. 27.

¹⁵ KLESSMANN, Christoph: *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*. Bonn 1991, S. 46.

¹⁶ STALIN, Josef/TRUMAN, Harry/ATLEE, Clement: Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin [„Potsdamer Abkommen“] (02.08.1945), III. Deutschland. B, Wirtschaftliche Grundsätze, 15. b. Online verfügbar unter [documentArchiv.de: http://www.documentArchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html](http://www.documentArchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html) (Letzter Abruf: 06.03.2023).

¹⁷ Vgl. SCHLANGE-SCHÖNINGEN, Hans (Hg.): *Im Schatten des Hungers*, 1955, S. 23.

¹⁸ Vgl. KLESSMANN, Christoph/WAGNER, Georg (Hgg.): *Das gespaltene Land*, 1993, S. 73 und S. 74.

In der französischen Zone unterschied sich die konkrete Lage nach Wohnort, Region und Zeitpunkt zum Teil beträchtlich, für Rheinland-Pfalz hat dies Karl-Heinz Rothenberger herausgearbeitet.¹⁹ Die Kriegszerstörungen betrafen die großen Städte mit einem hohen Anteil an industrieller Fertigung stärker als ländliche Gebiete, die Produktion und der Austausch über den Markt kamen zum Erliegen. Auch die landwirtschaftliche Erzeugung war reduziert und sukzessive hatte sich die Ernährungssituation verschlechtert. Bereits in der Endphase des Krieges waren die Engpässe deutlich geworden und die Menschen legten Vorräte an. Diese reichten noch für die ersten Monate nach dem Ende der Kampfhandlungen, danach machte sich der Mangel bemerkbar.

Die bei Kleßmann und Wagner angegebenen zonenübergreifenden Statistiken über zugeteilte Kalorienmengen können als grobe Annäherung gelten. Sie vermitteln einen Eindruck der Situation, wobei die Betrachtung der lokalen Zuteilungen ergibt, dass die tatsächlich ausgeteilten Rationen zumeist unter den angegebenen Werten blieben. Andererseits bemühten sich die Betroffenen durchgehend um die Beschaffung von Alternativen, was dazu führte, dass sich ein Teil der Bevölkerung einen größeren Anteil an Kalorien sichern konnte.

Einige Faktoren wirkten in allen Zonen, dazu zählte der Verlust von Produktionsflächen in einer Größenordnung von 25 Prozent durch Gebietsabtretungen im Osten bei gleichbleibender Bevölkerungszahl.²⁰ Die Folgen für die Versorgung wurden in der Veröffentlichung „Die deutsche Wirtschaft“ bereits im Jahr 1947 berechnet und werden in den allgemeinen Darstellungen übereinstimmend zitiert.²¹ Danach reduzierten sich die Ernten auf den verbliebenen Flächen des ehemaligen Reichsgebietes durch Kriegseinwirkungen auf 50 bis 60 Prozent der Normalernte: Der Normalbedarf konnte nur noch zu 35 Prozent durch eigene Produktion gedeckt werden.

Das Versorgungssystem der Bewirtschaftung, das bereits zu Kriegsbeginn 1939 eingeführt worden war, wurde von den Besatzungsbehörden beibehalten. Eine weitere Kontinuität bestand in der Omnipräsenz des grauen und des schwarzen

¹⁹ Vgl. ROTHENBERGER, Karl-Heinz: Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg: Ernährungs- und Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz, 1945–1950. Boppard am Rhein 1980, S. 161; DERS.: Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg am Beispiel von Rheinland-Pfalz. In: Kurt DÜWELL (Hg): Kriegsende und Neubeginn. Westdeutschland und Luxemburg zwischen 1944 und 1947. (Geschichtliche Landeskunde, Bd. 46). Stuttgart 1997, S. 159–174.

²⁰ Die Bevölkerungszahl war insbesondere in der britischen und amerikanischen Zone durch die zehn Millionen Vertriebenen aus den Ostgebieten angestiegen, dies traf bis 1947 auf die französische Zone nicht zu, in der gesamten Zone fanden bis zu diesem Zeitpunkt nur 50 000 „Ausgewiesene“ Aufnahme.

²¹ Vgl. KLESSMANN, Christoph: Die doppelte Staatsgründung, 1991. S. 41 ff. Und: BENZ, Wolfgang: Infrastruktur und Gesellschaft im zerstörten Deutschland. Bonn, 2005, S. 9–12. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/dossier-nationalsozialismus/39602/infrastruktur-und-gesellschaft> (Letzter Abruf: 06.03.2023).

Marktes, da es unmöglich war, sich auf den üblichen Wegen mit einer ausreichenden Menge an Lebensmitteln zu versorgen. Der im Rahmen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik eingeführte und nun beibehaltene Lohn- und Preisstopp ermöglichte den Arbeitenden zwar, die zugeteilten Rationen zu bezahlen, auf dem Schwarzmarkt konnten sie damit hingegen nicht mitbieten. In der Bizone gingen die Zahlen der Arbeitenden im Vergleich zur Kriegszeit von 50 Prozent auf 40 Prozent zurück. Neben einer großen Zahl von verdeckten Arbeitslosen, die sich im Rahmen ihrer Familien ernähren konnten, mussten Anfang 1947 in der amerikanischen Zone acht Prozent und in der britischen zehn Prozent der Bevölkerung öffentlich unterstützt werden. Einen nicht zu unterschätzenden Anteil an der Bewältigung der größten Not hatte die internationale Hilfe. Bekannt wurden ab Juni 1946 besonders die CARE-Pakete, die mit etwas Verspätung im Dezember 1946 auch in der französischen Zone empfangen werden konnten.²² Diese privaten Spenden erreichten bis 1960 den Wert von 360 Millionen DM. Für Schulkinder wurde in der Bizone 1947 die tägliche „Schulspeisung“ nach einer Initiative des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Hoover eingeführt, die 1949 auch in der französischen Zone beginnen konnte.

Von allgemeiner Bedeutung war der Mangel an Kohle. Dies war ein vielfach bedeutsamer Grundstoff für die Beheizung der Wohnungen, als Energieträger vieler kleiner und großer Produktionsstätten, z. B. Bäckereien, und als Handelsgut für den Export.²³ Es gelang nicht, die Förderung zu steigern, angeführt wurden verschiedene Gründe, z. B. der Mangel an qualifizierten Arbeitern und Maschinen. Ein ebenso großes Problem war der Transport, da die Infrastruktur weitgehend zerstört war und die Zonengrenzen zu Barrieren wurden.²⁴ Das rollende Material war stark dezimiert²⁵ und die Reparaturbetriebe lagen zumeist in der amerikanischen und der britischen Zone. Die Schienen waren durch die Bombardierungen stark beschädigt worden. In der britischen Zone waren von 13000 km noch 1000 km befahrbar, in der französischen Zone von 5667 noch 500 km.

Die bedrängende soziale Gesamtlage zeigte sich in vielen Bereichen. Die Wohnsituation war insbesondere in den Großstädten katastrophal, 25 Prozent der Wohnungen waren zerstört, besonders betroffen waren die Städte im Rhein-, Ruhr- und Maingebiet, darüber hinaus Zentren der wirtschaftlichen Produktion in

²² CARE-Pakete, benannt nach „Cooperative for American Remittances to Europe“, bestanden zuerst aus privaten Hilfslieferungen, die nach der Aufhebung des Verbots solcher Lieferungen nach Deutschland im Dezember 1945 erlaubt waren, in die französische Zone durften diese Pakete ab Dezember 1946 geschickt werden. Ab März versandte die Organisation eigene Pakete mit standardisierten Lebensmittelinhalten. Vgl. Schwäbisches Tagblatt, 29.08.1947.

²³ Vgl. Stadt Reutlingen (Hg.): Unser Reutlingen gestern und heute. Reutlingen (Verwaltungsbericht der Stadt Reutlingen, 1945–1965). Reutlingen 1965, S. 47–49.

²⁴ Vgl. NÜSKE, Gerd Friedrich: Verkehrsprobleme. In: Max GÖGLER/Gregor RICHTER (Hgg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern, 1982, S. 333–339.

²⁵ Das betraf die Gesamtheit der Schienenfahrzeuge. Vgl. NÜSKE, Gerd Friedrich: Verkehrsprobleme, 1982, S. 333.

Süddeutschland.²⁶ Die Enge begünstigte den allgemeinen Anstieg von Infektionskrankheiten, häufig genannt werden Diphtherie, Tuberkulose (Tbc) und Typhus. Der signifikante Anstieg der Kriminalität, besonders unter Jugendlichen, führte in den Großstädten zu Besorgnis, die meisten Delikte wurden im Zusammenhang mit der Beschaffung von Nahrungsmitteln begangen. In Berlin wurde eine Verzehnfachung der Fälle im Vergleich der Jahre 1937 und 1946 festgestellt.

Die allgemeine Stimmung war schwer zu erfassen und kann nicht auf einen Nenner gebracht werden, denn sie hing sehr stark von der persönlichen Lage ab. Für die Alliierten war dies zur Einschätzung ihres weiteren Vorgehens von großer Bedeutung. Sie bemühten sich deshalb, über Abfragen bei Funktionsträgern oder Umfragen unter der Bevölkerung Aufschluss darüber zu erhalten. Im Oktober 1948 hatten „die Frage ‚Halten Sie den Nationalsozialismus für eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde?‘“ 57 Prozent der Befragten in den Westzonen mit ja beantwortet.²⁷ Die politische Meinungsbildung war noch sehr heterogen und gegenüber einem politischen Engagement herrschte noch großes Misstrauen. Auch die Beurteilung des Nationalsozialismus war noch für viele im Fluss. Von Bedeutung war dies auch für die deutschen politischen Kräfte, die einen demokratischen Aufbau anstrebten. Stärker beschäftigte man sich in der Bevölkerung mit der unmittelbaren Lebenssituation, die Stimmung hing deutlich vom Grad der Versorgung ab. Weitere Problemlagen wandelten sich mit der Zeit. Ernährung und Kleidung dominierten, unmittelbar nach dem Kriegsende wurde häufig die Sorge um die Kriegsgefangenen und Vermissten genannt. Mit der Mitte des Jahres 1948 gerieten die Folgen der Währungsreform und die daraus resultierenden Liquiditätsprobleme in den Mittelpunkt.

Die Uneinheitlichkeit der Befunde entspricht der Desorganisation im Großen. Die zentralen Instanzen waren zerbrochen, auch die Alliierten als neue Machthaber agierten nicht einheitlich. Es entsprach der allgemeinen Stimmung und der Unsicherheit, sich in kleine, überschaubare Einheiten zurückzuziehen. Auch in der Frage der Versorgung schien dies sinnvoll, die Familien gewährten einen minimalen sozialen Rückhalt. Das Leben beschränkte sich aus vielen Gründen für die Mehrzahl auf einen lokalen Umkreis. Dies ergab sich auch daraus, dass es zu Beginn der Besatzungszeit z. B. in manchen Regionen nicht erlaubt war, den Landkreis zu verlassen. In den Besatzungszonen entstanden sehr unterschiedliche Verhältnisse. Die Militärregierungen hatten die politische Macht übernommen und entschieden nach ihren Vorstellungen. Zur Überwindung der Versorgungskrise konnte vorläufig nicht auf Hilfe von außen gehofft werden, man musste auf den jeweiligen regionalen Voraussetzungen und Strukturen aufbauen.

²⁶ Vgl. FÜHRER, Karl Christian: Wohnungen. In: Wolfgang BENZ (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, 1999, S. 206–209.

²⁷ BECHTEL, Michael: Soviel Anfang war nie. In: PZ extra (81) 1995, S. 1, auch online erschienen: <https://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/dossier-nationalsozialismus/39607/essay-soviel-anfang-war-nie> (Letzter Abruf: 06.03.2023).

1.2 Das französisch besetzte Gebiet von Württemberg und Hohenzollern 1945

Württemberg-Hohenzollern ist in der Nachkriegszeit als ein fest umgrenzter Wirtschaftsraum anzusehen, der weitgehend abgeschlossen war und dessen Basis für das Ernährungssystem aus der eigenen Produktion bestand.²⁸ Gebildet wurde das Land nicht unter den Aspekten der Versorgung oder des Wirtschaftens, sondern nach den Vorstellungen der amerikanischen Besatzungsmacht, denen sich „Frankreich [...] fügen“ musste.²⁹ Nach dem Kriegsende wurde die Region terminologisch als „Französisch besetzte Kreise Südwürttembergs“ geführt. Im Mai 1947 konstituierte der Beschluss der Militärregierung, die Annahme der Verfassung durch eine Volksabstimmung und die Wahl eines Parlaments das Land „Württemberg-Hohenzollern“, das bis 1952 bestand. Die Grenzen der Region waren durch die Absprachen der alliierten Siegermächte entstanden. Das Land selbst war wegen seiner untergeordneten strategischen Bedeutung nicht im Fokus der alliierten Bomberverbände gewesen und hatte im Vergleich zu anderen Regionen deshalb relativ geringe Schäden erlitten, war aber auch nicht gänzlich frei davon. Dies konnte nicht ohne Auswirkungen auf die Voraussetzungen der Versorgung bleiben. Neben den Schäden im landwirtschaftlichen Bereich wirkten sich besonders die Zerstörungen der Infrastruktur und der Verkehrswege aus.

Einige der größeren Städte waren zu Zielen von Luftangriffen geworden. In verschiedenen Wellen von Januar bis März 1945 erlitt Reutlingen teils erhebliche Zerstörungen, Biberach wurde, wohl aus Versehen, am Karfreitag angegriffen, Friedrichshafen dagegen gezielt von 1943 bis März 1945 wegen der dort angesiedelten Rüstungsindustrie. Zivile Wohngebiete wurden ebenfalls erheblich zerstört, insgesamt starben dabei über 1000 Menschen.³⁰ Das Kriegsende kam mit der Besetzung, die häufig von mehr oder wenig erfolgreichen Versuchen einzelner Einwohner begleitet waren, das Schlimmste zu verhindern. Einen ungünstigen Verlauf nahmen die Ereignisse in Freudenstadt. Deutsche Truppen und Wehrwölfe hatten Sperrungen errichtet und Eisenbahnbrücken gesprengt, niemand wagte es, Kontakt mit den anrückenden französischen Truppen herzustellen. Die Stadt wurde am 16. April angegriffen und in einem hohen Maß zerstört.³¹

Bis in die letzten Tage des Krieges herrschte permanent Fliegeralarm und die Bevölkerung wünschte sich Frieden und Ruhe. In vielen Orten hatte sich die Einsicht in die Sinnlosigkeit einer weiteren Verteidigung durchgesetzt und die franzö-

²⁸ Vgl. SCHEFOLD, Willy: Landwirtschaft und Ernährung. In: Max GÖGLER/Gregor RICHTER (Hgg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern. 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen, Sigmaringen 1982, S. 323–333, hier S. 323 f.

²⁹ NÜSKE, Gerd Friedrich: Einmarsch und Besatzungsherrschaft der Alliierten 1945. In: Max GÖGLER/Gregor RICHTER (Hgg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern, 1982, S. 31–47, hier S. 41–43.

³⁰ Vgl. HÄFFNER, Michaela: Nachkriegszeit in Südwürttemberg. Die Stadt Friedrichshafen und der Kreis Tettngang in den vierziger und fünfziger Jahren. Berlin, Boston 1999, S. 34.

³¹ Vgl. THIES, Jochen/DAAK, Kurt von: Südwestdeutschland Stunde Null. Die Geschichte der französischen Besatzungszone 1945–1948. Düsseldorf 1979, S. 39 f.

sischen Truppen hatten ebenfalls kein Interesse an sinnlosen Kämpfen und Blutvergießen in einem bereits entschiedenen Krieg, so dass in vielen Fällen die Besetzung einem Muster folgte. In einigen Gemeinden fanden sich vernünftige Bürger oder auch einzelne Amtsträger, die unter hohem eigenem Risiko eine friedliche Übergabe vorbereiteten und erfolgreich erreichten. Die Reichsinstanzen hatten Durchhalte- und Selbsterstörungsparen ausgegeben, der württembergische Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar Wilhelm Murr hatte noch in den letzten Apriltagen bekräftigt, dass Panzersperren zu errichten seien und eine Öffnung derselben mit dem Tode bestraft würde. Ebenso wollte man Aktionen der Übergabe mit drakonischen Strafen verhindern, stattdessen sollte der „feindliche Weitermarsch“ durch den „Volkssturm“ aufgehalten werden. Dieser bestand aus schlecht ausgerüsteten alten Männern und Jugendlichen. Um den Feind am Vorrücken zu hindern, sollten Gebäude und Brücken gesprengt werden.³²

Die Übergabe wurde häufig durch die Eigeninitiative von Einwohnern durchgeführt, obwohl dies formell nur durch die entsprechenden Militärbefehlshaber erfolgen konnte. In Friedrichshafen z. B. verhandelte der Bürgermeister deshalb zuerst vergeblich mit den militärischen Kommandostellen, um eine kampfflose Übergabe zu ermöglichen. Als die französischen Truppen vor der Stadt standen, flohen die NS-Funktionsträger und der verbliebene kommandierende Oberst gab sein Einverständnis für das Vorhaben des Bürgermeisters. Dieser signalisierte den vorrückenden Verbänden, dass nicht mit Widerstand zu rechnen war, damit konnte eine kampfflose Besetzung der Stadt ohne weitere Zerstörungen erreicht werden.³³ Friedrichshafen wurde als Standort des Kommandostabs für die Bodenseeregion für die französische Militärführung strategisch bedeutsam. Weitere große Städte erlebten die Besetzung in ähnlicher Weise, so wurde in Tübingen durch den Standortarzt Theodor Dobler signalisiert, dass das Lazarett mit den sechs- bis siebentausend Verwundeten nicht verteidigt würde und er schuf damit die Voraussetzungen für einen friedlichen Ablauf.³⁴ In manchen Orten mussten aber auch beherrzte einzelne Bürger ohne die Rückendeckung von Amtsträgern unter hoher persönlicher Gefahr vorgehen. In Reutlingen kam es noch kurz vor Betzingen zu einem Gefecht mit 20 Toten. Nach den Schilderungen von Oskar Kalbfell war der weitere Verlauf so, dass er die Initiative ergriff und den ersten Panzern entgegen ging und mit diesen bis in die Stadtmitte fuhr, danach kam es noch zu weiteren Gefechten, der offizielle Bericht spricht davon, dass die Aktion des späteren Bürgermeisters „die Bürgerschaft vor weiterem Leid bewahrte“.³⁵ Allen diesen Städten war gemeinsam, dass die NS-Funktionsträger geflohen waren, zumeist in Richtung

³² JUNGER, Gerhard: Schicksale 1945. Das Ende des 2. Weltkrieges im Kreis Reutlingen. Reutlingen 1991, S. 77.

³³ Vgl. HÄFFNER, Michaela: Nachkriegszeit in Südwürttemberg, 1999, S. 43.

³⁴ Vgl. BESCH, Dorothea/RAUCH, Udo: Sieben Jahre Landeshauptstadt. Tübingen und Württemberg-Hohenzollern 1945 bis 1952; [Ausstellung im Kloster Bebenhausen, 15. Juni bis 8. September 2002], Tübingen 2002, S. 23.

³⁵ Stadtverwaltung Reutlingen: Unser Reutlingen gestern und heute, 1965, S. 17.

Süden. Wo dies möglich war, nahmen die französischen Truppen die kampflose Übergabe an und setzten umgehend unbelastete Personen als Bürgermeister oder Landräte ein. Die Besatzungsmacht übernahm ein Land, in dem trotz geringer Zerstörung große Not herrschte. In den größeren Städten lagen Trümmerhaufen, Verkehrsverbindungen und Verkehrsmittel waren nahezu vollständig zerstört, eine unsichere Ernährungslage und Wohnungsnot bestimmten für viele den Alltag.

Mit der Eroberung und Besetzung Südwestdeutschlands begann die Besatzungszeit. Nach den militärischen Kampfhandlungen musste eine militärische und zivile Verwaltung errichtet werden, die für die Versorgung grundlegend war. In der Forschung herrscht die Ansicht vor, dass die Vorbereitungsphase für die französische Seite zu kurz war, um klare Konzepte entwickeln zu können. Bestätigt wird dies auch durch die Berichte einiger Kreisdelegierter. Jean Gonnet, Militärgouverneur des Kreises Balingen, bezeichnet dies als „militärische Phase“, die mit der Schaffung des Oberkommandos am 24. Juli 1945 endete. Damit begann aus seiner Sicht eine effektive Verwaltung³⁶, die aber nur durch das System der „indirekten Herrschaft“ wirksam werden konnte. Französische Kreisdelegierte hatten die Entscheidungsbefugnis, parallel dazu bestanden deutsche Stellen, die von den unmittelbar nach der Besetzung durch die französischen Kommandanten vor Ort eingesetzten Amtsträgern aufgebaut worden waren. Diese mussten die Anweisungen der Besatzungsbehörden umsetzen, konnten aber auch ihre Sachkenntnis einbringen und erhielten so sukzessive größere Selbstständigkeit und Einfluss auf die Entscheidungen.

Die Verhältnisse in den Kreisen, die zu den wichtigsten Verwaltungseinheiten wurden, glichen sich. Die Franzosen selbst waren vor Ort primär durch die Offiziere der Truppe präsent, die in den ersten Tagen die alleinige Entscheidungsbefugnis hatten. Der Aufbau begann im Mai 1945 durch die Kreisdelegierten, denen das militärische 5. Bureaux („sûreté“) zur Seite stand, dennoch konnten sie ziemlich selbstständig agieren, in Reutlingen z.B. wurde die Position von Commandant Cosleu eingenommen. Er ernannte Oskar Kalbfell zuerst zum kommissarischen Oberbürgermeister und später ebenfalls zum kommissarischen Landrat. Die Militärregierung wurde im Kreis durch die „Délégation de Cercle“ vertreten, deren Zusammensetzung am Beispiel Tuttlingen demonstriert werden kann.³⁷ Dort war zu Beginn die Kreisdelegation mit ca. zehn Personen besetzt. An der Spitze standen zwei Offiziere, ebenso waren Mannschaftsdienstgrade den weiteren Tätigkeiten zugeordnet, sukzessive wurde weiteres Personal rekrutiert, im August 1949 bestand die Belegschaft aus 20 Angestellten. Eine besondere Rolle spielte die Sûreté, der Sicherheitsoffizier hatte außer der allgemeinen Überwachung z.B. die Verantwortung für die politische Säuberung.

³⁶ GONNET, Jean: Geschichte der Kreisdelegation von Balingen. Die Verwaltung. In: Andreas ZEKORN (Bearb.): Blau-weiß-rot: Leben unter der Trikolore, 1999, S. 43–89.

³⁷ Vgl. ESTRADÉ, Jean Lucien: „Tuttlingen April 1945–September 1949“, 1990, S. 14–26.

An die Spitze der französischen Besatzungsadministration wurde General Pierre Marie Koenig berufen.³⁸ Ihm unterstand die Verwaltung in der Besatzungszone und er vertrat Frankreich im Alliierten Kontrollrat. Diesem „Commandement en Chef Français en Allemagne“ wurde bald Émile Laffon als Generalverwalter und Beauftragter für den Aufbau der Militärregierung zur Seite gestellt. Politisch stand er im Gegensatz zu General Koenig, der ein Vertrauter General De Gaulles war, den Sozialisten nahe. Seine Ziele unterschieden sich erheblich von denen seines konservativen Kollegen, seine Tätigkeit endete im November des Jahres 1947.³⁹

In der französischen Zone wurden die Länder Baden, Württemberg-Hohenzollern, Rheinland-Pfalz und das Saarland gebildet.⁴⁰ In den besetzten Kreisen in Südwürttemberg wurde mit der Amtsübernahme durch Guillaume Widmer am 1. September 1945 (bis 1952) als „Delegue Supérieur“, Leiter der Oberdelegation in Tübingen, eine übergeordnete Stelle geschaffen, nun konnte von einer verbesserten Einsatzfähigkeit der Militärregierung ausgegangen werden. Widmer unterstanden die Landkreise vorläufig direkt ohne weitere Zwischeninstanz, seine Institution beschäftigte ca. 200 Personen. Er war unmittelbarer Ansprechpartner der Landesregierung. Seine Haltung wurde so eingeschätzt, dass er sich gesprächsbereit zeigte als z.B. der Oberkommandierende der Besatzungszone in Baden-Baden. Räumlich bestand die Neuschöpfung aus 15 württembergischen Kreisen, ergänzt durch die zwei hohenzollerischen Kreise und den bayerischen Kreis Lindau.⁴¹

Während das Leben im Land in der ersten Phase weitgehend von der Verwaltung getragen wurde, bildete sich danach auch ein politischer und ökonomischer Raum heraus. Durch die von den Württembergern ungewollte Spaltung Württembergs war die Regierung in Stuttgart nur noch für den nördlichen Teil zuständig, der zur amerikanischen Zone gehörte. Die Trennung wirkte sich für die Versorgung sehr ungünstig aus, viele Zulieferungen kamen aus den fruchtbaren Gebieten des mittleren Neckarraumes. Auch die wirtschaftlichen Verflechtungen waren sehr eng, häufig fertigten die mittelständischen Betriebe Südwürttembergs Vor- oder Zwischenprodukte für die Industrie im Stuttgarter Raum an. Um die Möglichkeiten für gemeinsames Handeln aufrecht zu erhalten, wurde unter der Beteiligung von Carlo Schmid ein Delegiertensystem eingerichtet. Den Stuttgarter Ministern waren Delegierte in der neuen Landeshauptstadt Tübingen zugeordnet. Damit sollte die Verbindung aufrecht erhalten werden und gleichzeitig ein Ansprechpartner für die französische Militärregierung geschaffen werden. Die französischen Behörden verliehen dieser Gruppe zunehmend einen offiziellen Charakter unter Betonung

³⁸ Vgl. WOLFRUM, Edgar: Französische Besatzungspolitik. In: Wolfgang BENZ (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, 1999, S. 60–72.

³⁹ Vgl. WOLFRUM, Edgar: Französische Besatzungspolitik und deutsche Sozialdemokratie, 1991, S. 34–36.

⁴⁰ Vgl. MÜLLER, Gebhard: Württemberg-Hohenzollern 1945 bis 1952. In: Max GÖGLER/Gregor RICHTER (Hgg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern, 1982, S. 13–30, hier S. 20.

⁴¹ Vgl. WOLFRUM, Edgar: Französische Besatzungspolitik. In: Wolfgang BENZ (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, 1999, S. 60–72.

der Unabhängigkeit ihres Landesteils, daraus folgte die Umwandlung der Delegierten. Im September wurde aus der Landesdelegation die „Direction régionale de la Zone française de Württemberg-Intérieur“, im Oktober erfolgte die Umbenennung in Staatssekretariat und es wurde ein eigenes Statut erlassen. Darin wurde unterstrichen, dass es sich um eine provisorische Regierung handle. Im Oktober 1946 erhielt die Region den Status eines Landes, dessen Gouverneur General Widmer wurde. Die Bevölkerung konnte 1947 über eine Verfassung abstimmen und einen Landtag wählen.⁴²

Alle Institutionen übten eine Funktion im Ernährungssystem aus. Die Grundlage des Nahrungsangebotes bildeten die Ablieferungen der Bauern, die Vorgaben dazu wurden unter Mithilfe der einheimischen Stellen ermittelt, die letzte Entscheidung lag bei der Besatzungsmacht. Bei der Bestimmung der Quantität und Qualität waren die französischen Behörden z. T. auf die Sachkenntnis der Verwaltung vor Ort angewiesen, zunehmend versuchten sie auch eigene Erkenntnisse zu gewinnen. Die Entscheidung über die Zuteilungsrechte lag bei den übergeordneten politischen Institutionen der Militärregierung.⁴³ Es lag in der Natur der Sache, dass hieraus ein Konfliktpotenzial erwuchs, das durch die sich entwickelnden politischen Landesinstitutionen noch stärker hervortreten sollte.

1.3 Voraussetzungen des Ernährungssystems in Württemberg-Hohenzollern

Die Anstrengungen, das Angebot an Nahrungsmitteln durch eigene Aktivitäten zu verbessern, mussten auf den in Württemberg-Hohenzollern zur Verfügung stehenden Ressourcen aufbauen und dazu war es notwendig, das zur Verfügung stehende Potenzial aller Sektoren zu mobilisieren. Die Region war bereits vor dem Krieg nicht in der Lage gewesen, sich vollständig selbst zu versorgen⁴⁴, die zu Ernährenden waren zudem nicht weniger geworden. Die Bevölkerungszahl betrug nach der Volkszählung am 26. Januar 1946 1 059 663 Einwohner, 1939 hielten sich in diesem Gebiet 1 029 359 Bewohner auf.⁴⁵ Die geringfügige Zunahme führten die Herausgeber der Statistischen Jahreshefte überwiegend auf die durch den Krieg verursachte Zuwanderung zurück, genannt wurden Evakuierte und Flüchtlinge. Die Flüchtlinge, auch „Ausgewiesene“ genannt, waren bis zum Herbst 1948 nur in sehr geringer Zahl im Land. Die zwischen den Alliierten vereinbarten Kontingente wurden von der französischen Besatzungsverwaltung erst Ende 1947 aufgenommen. Auffallend, aber leicht durch die Kriegsverluste erklärbar, war der Frauenüberschuss: Auf 1000 Männer kamen 1361 Frauen. Auswirkungen davon waren auf

⁴² Vgl. MÜLLER, Gebhard: Württemberg-Hohenzollern 1945 bis 1952. In: Max GÖGLER/Gregor RICHTER (Hgg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern, 1982, S. 14–20.

⁴³ Vgl. SCHEFOLD, Willy: Landwirtschaft und Ernährung. In: Max GÖGLER/Gregor RICHTER (Hgg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern, 1982, S. 323–333, hier S. 325–327.

⁴⁴ Vgl. SCHEFOLD, Willy: Landwirtschaft und Ernährung. In: Max GÖGLER/Gregor RICHTER (Hgg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern, 1982, S. 327.

⁴⁵ Vgl. Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1946, Nr. 2, S. 17.

dem Arbeitsmarkt zu spüren, da die Männer zumeist die qualifizierten Kräfte stellten, auch in der Landwirtschaft waren die Verhältnisse in gleicher Weise verteilt. Nicht berücksichtigt in der Einwohnerzahl sind die wegen ihrer nationalsozialistischen Belastung in den Lagern Internierte. Sie wurden nicht in Wohnorten geführt und erhielten ihre Zuteilungen außerhalb der Ortsverwaltungen in den Lagern. Außerhalb der Einwohnerstatistik blieben die Angehörigen der Besatzungsmacht und die „Displaced Persons“. Als Verbraucher bildeten sie dennoch relevante Gruppen, die besonders versorgt wurden.

Württemberg-Hohenzollern war bei Kriegsende stärker von der Landwirtschaft geprägt als die meisten anderen Landschaften Deutschlands.⁴⁶ Während im ehemaligen Reichsgebiet noch wenig mehr als 20 Prozent der Bevölkerung zur Land- und Forstwirtschaft gehörten, betrug dieser Anteil im Land 30,3 Prozent, bei den Erwerbstätigen im industriell gewerblichen Bereich entsprach das Verhältnis 39,4 Prozent im Reichsgebiet zu rund 30 Prozent in Württemberg-Hohenzollern. Von 950 000 ha Land- und Forstwirtschaft entfielen 58,32 Prozent auf landwirtschaftliche Betriebe. Die Produktionsbedingungen unterschieden sich nach geologischen und klimatischen Voraussetzungen, die Betriebsgrößen hatten sich entsprechend dem jeweils geltenden Erbrecht und der Bodennutzung herausgebildet. Im nördlichen Teil herrschten kleinbäuerliche Familienbetriebe vor, häufig mit Futterbau und Milchviehhaltung, im Donaugebiet fand man größere Anwesen mit Getreidebau. Im Oberland und im Allgäu herrschte Grünlandwirtschaft und Milchviehhaltung vor, hier waren auch großbäuerliche Betriebe beheimatet. Im Bodenseegebiet blühte der Anbau von Obst und Hopfen.

Am 26. Januar 1946 fand in der französisch besetzten Zone auf Anordnung der Militärregierung eine Volks- und Berufszählung statt. Damit sollte eine Grundlage für die Beurteilung der wirtschaftlichen und sozialen Situation zur Planung des Wiederaufbaus geschaffen werden, da durch die Zerstörungen im Krieg viele Unterlagen nicht mehr zur Verfügung standen. Veröffentlicht wurden die Ergebnisse in der Schriftenreihe „Württemberg-Hohenzollern in Zahlen“ (Zeitschrift für Statistik und Landeskunde) ab 1946. Die zukünftige Ernährungssituation war abhängig von der Landwirtschaft, aber auch von der gewerblichen und industriellen Produktion der Bewohner. Wie alle Regionen mit wachsender Bevölkerung stand die Gesellschaft vor der Alternative, Menschen oder Güter zu exportieren. In den „Industrieinseln“ hatte sich eine Güterproduktion entwickelt, mit deren Erlösen die Arbeiter ihr Auskommen fanden und Lebensmittel importiert werden konnten. Diese Nahrungsmittel kamen in hohem Maße aus deutschen Produktionsgebieten, aber auch über den globalen Handel. Damit war die industrielle und gewerbliche Produktion ein wesentlicher Faktor des Ernährungssystems geworden. Die Erhebungen über die Berufstätigkeit ermöglichen einen detaillierten Einblick in die Verteilung der Branchen und die Ausgangslage im Jahr 1945.

⁴⁶ Vgl. SCHEFOLD, Willy: Landwirtschaft und Ernährung. In Max GÖGLER/Gregor RICHTER (Hgg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern, 1982, hier S. 323.

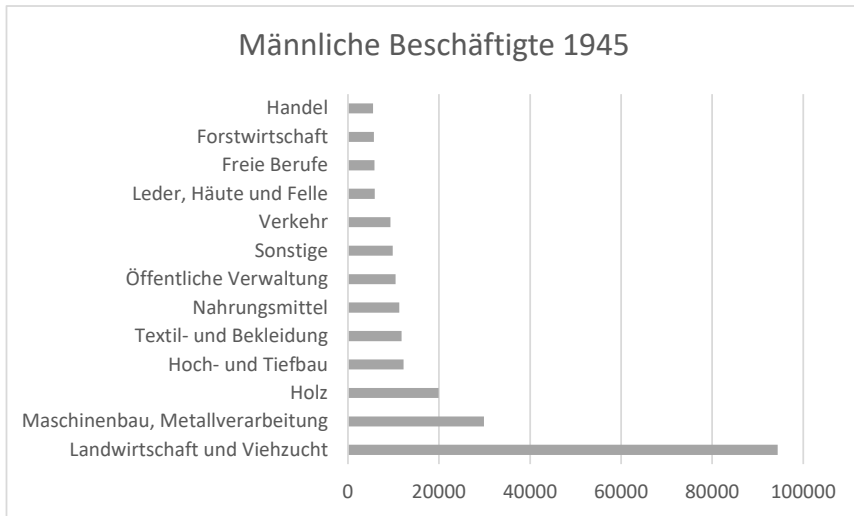


Abb. 2: Anteil der Sparten an der wirtschaftlichen Tätigkeit am Beispiel der männlichen Beschäftigten in den wichtigsten Berufsgruppen in Württemberg-Hohenzollern, 1945.⁴⁷

Mit 36,6 Prozent dominierte die Beschäftigung in der Landwirtschaft, gefolgt von 11,6 Prozent in der Metallindustrie, die übrigen Beschäftigten verteilten sich über viele kleinere Segmente. Zu den erfassten landwirtschaftlich Tätigen kann „bei dem überwiegend familienhaften Charakter der württembergischen Landwirtschaft“ eine hohe Zahl an jugendlichen und weiblichen Mithelfenden gerechnet werden.⁴⁸ Die Zählung unter den weiblichen Beschäftigten ergab einen Anteil von 52,2 Prozent in der Landwirtschaft, gefolgt von 13 Prozent im Gaststättengewerbe oder als Hausangestellte.⁴⁹ Da der Austausch von Gütern über die Landesgrenzen hinweg durch die Besatzungssituation weitgehend zum Erliegen gekommen war, bestimmten die Möglichkeiten der agrarischen Produktion des Landes Württemberg-Hohenzollern für einige Zeit das Nahrungsmittelangebot. Die empirischen Daten der Teilbereiche zeigen die Grundlagen der wirtschaftlichen Struktur und die Basis der Versorgung.

In der Landwirtschaft der Region dominierte im südlichen Teil die Viehwirtschaft, deren Bestand war daher von besonderem Interesse. Der langfristige Vergleich mit den Vorkriegsbeständen zeigt kontinuierlich fallende Werte und weist auf die Probleme der Fleisch- und der Milchversorgung hin.

⁴⁷ Das Berufsleben in Württemberg und Hohenzollern (franz. Besatzungszone) zu Anfang des Jahres 1946. In: Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1946, Nr. 2, S. 31.

⁴⁸ Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1946, S. 29.

⁴⁹ Vgl. Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1947, S. 82f.

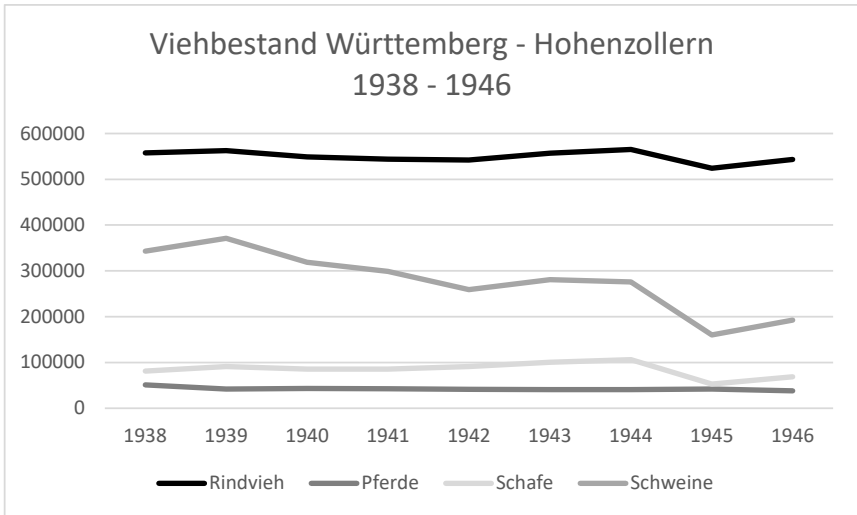


Abb. 3: Entwicklung des Viehbestandes in Württemberg-Hohenzollern, 1938–1945⁵⁰

Seit 1938 war der Rinderbestand nur um 2,6 Prozent, die Zahl der Schweine dagegen um 44,5 Prozent und das Geflügel um mehr als die Hälfte abgesunken. Besonders gravierende Auswirkungen hatte der Verlust an Rindern und Schweinen und die damit verbundenen Versorgungsschwierigkeiten mit Fleisch und Fett. Der Effekt wurde durch einen Qualitätsrückgang verstärkt, verursacht durch den Mangel an geeignetem Futter. Diese qualitative Verschlechterung bewirkte einen Rückgang des Gesamtbestandes und damit einen Rückgang des Fleischangebotes, der Minderbestand an Kühen bewirkte darüberhinaus einen geschätzten Ausfall von rund 25 Millionen Liter Milch. Der Redakteur der Statistischen Jahreshefte erkannte einen Hoffnungsschimmer in der Zunahme der Kälber im Dezember 1945, daraus schloss er, dass die Bauern darum bemüht waren, die Verluste auszugleichen. Zwei gegenläufige Entwicklungen waren 1945 bei den Schweinen zu erkennen. Im Herbst war eine Abnahme der Zahlen durch Hausschlachtungen zu verzeichnen, im Dezember nahm die Anzahl der Zuchtsauen wieder zu, was auf Erholung hoffen ließ. Abhängig war dies von der Verfügung über Futter, angesichts der schlechten Ernte wurde dies zum begrenzenden Faktor. Der Pferdebestand nahm eine eigene Entwicklung. Der kontinuierlich sinkenden Zahl bis 1944 durch Abgabe an das Militär folgte eine leichte Erholung im Jahr 1945. Dieser rein numerisch positive Wert wurde relativiert durch den hohen Anteil alter Tiere und leichterer Pferderassen, was sich negativ auf die Einsatzmöglichkeiten in der Landwirtschaft auswirkte. Auf die Arbeitstiere kamen besondere Belastungen zu, da die

⁵⁰ Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1947, Nr.1/2, S. 67.

Maschinen häufig beschädigt waren und es an Treibstoff mangelte. Die jungen und starken Tiere wurden bis in das Jahr 1945 hinein von der Wehrmacht ausgehoben und waren nicht zu ersetzen, 40 Prozent der Pferde waren im Dezember 1945 über 14 Jahre alt. Dagegen stieg die Zahl der Zugochsen um 1 171, dies fand der Berichtserstatter außerordentlich erfreulich, da damit ein Teil der fehlenden Arbeitstiere ersetzt werden konnte. Auch die anderen Zahlen wurden durch Hinweise ergänzt und erlauben damit eine bessere Einschätzung. Die Verringerung der Schafe 1945 war teilweise dadurch zu erklären, dass sie außerhalb des Landes gelegene Winterweiden aufgesucht hatten und deshalb nicht mitgezählt wurden. Die Statistik zeigt insgesamt die großen Verluste im Viehbestand mit negativen Auswirkungen auf die Ernährungssituation und auf den Einsatz als Arbeitstiere.

In dieser kritischen Situation wurden auch die Bewegungen innerhalb des Viehbestands besonders intensiv verfolgt. Hierfür lagen Ergebnisse aus dem Dezember 1944, dem September und Dezember 1945 vor, so dass bereits Trends erkannt werden konnten. In den letzten Monaten vor Kriegsende entstanden hohe Verluste durch Kampfhandlungen und Mehrabschlachtungen, die nicht kompensiert werden konnten.

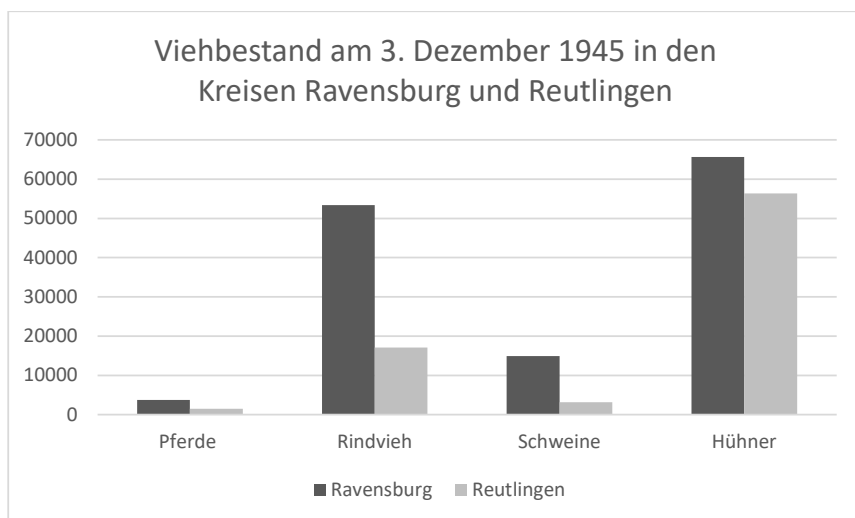


Abb. 4: Vergleich des Viehbestandes in Reutlingen und Ravensburg⁵¹

Die strukturellen Unterschiede innerhalb des Landes führten zu Verhältnissen, die eine sehr differenzierte Versorgungssituation hervorbrachten. Dies beruhte unter anderem auf der sehr ungleichen Verteilung der Tiere. Der Kreis Ravensburg war z. B. bei geringerer Bevölkerungszahl (84 019) ein Schwerpunkt der Viehwirtschaft,

⁵¹ Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1946, Nr. 2, S. 29.

im Kreis Reutlingen wohnten 102 336 Menschen, die überwiegend nicht im primären Sektor arbeiteten und keinen direkten Zugang zu Fleisch hatten. Der allgemeine Rückgang der Zahl der Nutztiere verschlechterte die Ausgangsbasis für die Ernährung. Die große Zahl der Hühner spiegelt dagegen wider, dass in dem typischen Industriekreis Reutlingen ein Teil der Arbeiter eine Kleinlandwirtschaft aufrechterhalten konnte, bei der die Geflügelhaltung eine besondere Rolle spielte.

Die landwirtschaftliche pflanzliche Produktion musste insbesondere durch Bereitstellung von Brotgetreide und Kartoffeln als primäre Energieträger die Grundlage der Ernährung sichern. Die zusätzlichen Anbauprodukte Obst, Rüben, Gemüse und Ölfrüchte gewannen in Notzeiten an Bedeutung, waren aber nicht gleichwertig ergiebig. Auf der Ernte 1945 ruhte nach dem Kriegsende die Hoffnung der Bevölkerung und der Verwaltung, sie wurde gespannt erwartet, verfolgt, verarbeitet und verteilt. Die Bearbeiter der statistischen Jahreshefte erhoben die Ergebnisse und stellten Vergleiche mit den vorhergehenden Jahren bis in die Vorkriegszeit an. Die Ernteerträge weisen auf den schlechten Zustand der Landwirtschaft im Jahr 1945 hin. Zur Erklärung lassen sich die Zahlen der Statistik zur Entwicklung der Ernteflächen, der Hektarerträge und der absoluten Ernteerträge heranziehen.

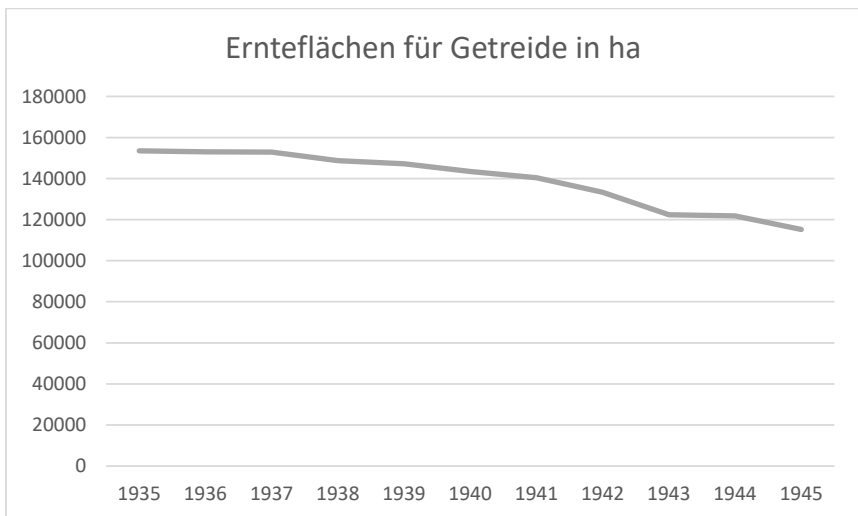


Abb. 5: Die Ernteflächen für alle Getreidearten im französisch besetzten Gebiet von Württemberg (ohne Hohenzollern und Lindau), 1935–1945⁵².

⁵² Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1947, Nr.1, S. 10.

Die Ernteflächen nahmen von 1935 bis 1945 kontinuierlich ab, Brotgetreide um ein Viertel und Futtergetreide um ein Drittel, in diesem Zeitraum sanken die durchschnittlichen Hektarerträge von 16,3 dz auf 13,1 dz. Als Gründe wurden Witterungseinflüsse, Mangel an Dünger und in den letzten Kriegsjahren mangelndes geeignetes Saatgut angeführt.⁵³ Die Rekrutierung der Bauern und der entstehende Arbeitskräftemangel konnte nicht immer mit zwangsverpflichteten Hilfskräften kompensiert werden. Dies trug dazu bei, dass auch Ackerland nicht weiterbearbeitet und daraus Weide- oder Ödland wurde. Die Ernteerträge aller Getreidearten fielen entsprechend dieser Voraussetzungen niedrig aus.

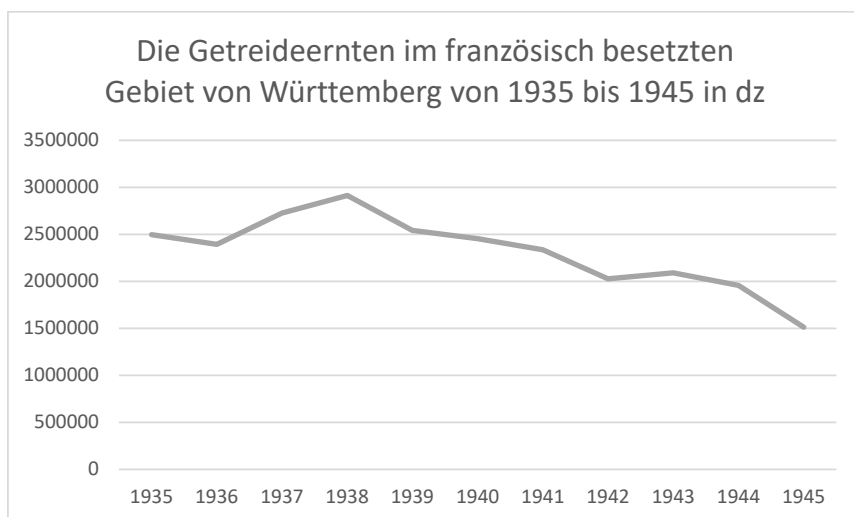


Abb. 6: Die Getreideernte im Zehnjahresvergleich zeigt den Beginn des Rückgangs der Nahrungsmittelproduktion in einem wichtigen Sektor 1935–1945⁵⁴.

Dieser Rückgang war im Jahr 1945 bei besonders relevanten Getreidearten zu bemerken. Die Reduktion der Anbauflächen betraf besonders die landesüblichen Brotgetreide im Vergleich zum Vorjahr: Winterweizen um acht Prozent, Dinkel um 14 Prozent und Sommerweizen um 17 Prozent. Auch weitere Reduktionen zeigten Auswirkungen, Spätkartoffeln gingen um 14 Prozent zurück, Zuckerrüben um 50 Prozent, Raps um 19 Prozent und Mohn um 20 Prozent. Hier deuteten sich die späteren Lücken in Fett und Zucker bereits an. Die Hektarerträge fielen zwischen fünf Prozent und 15 Prozent geringer aus als üblich, was auf mangelnden

⁵³ Mathias Manz sieht den Grund für den Rückgang der Anbauflächen im mangelnden Saatgut, die Ursachen für die zurückgehenden Ernteerträge in den fehlenden Düngematerialien. Vgl. MANZ, Mathias: Stagnation und Aufschwung in der französischen Besatzungszone, 1985, S. 58.

⁵⁴ Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1947, Nr. 1/2, S. 8–15.

Dünger und die Dürre im Sommer zurückzuführen war. Die Kartoffeln erreichten dagegen Werte, die nur geringfügig unter dem langjährigen Durchschnitt lagen. Die mengenmäßig bedeutenderen Spätkartoffeln erbrachten 1945 einen Ertrag von 3 913 236 dz gegenüber 3 977 747 dz im Jahr 1935. Dies war eines der wenigen positiven Zeichen.

Die Zählung der Obstbäume erhielt ebenfalls Bedeutung für die Zeit des Ernährungsmangels. Obst wurde in Notzeiten zur Überbrückung des Getreidemangels verwendet. Es war gut zu konservieren und wurde entweder im Garten in der Nähe des Hauses oder an Obstbäumen auf Äckern und Wiesen gepflegt. Ein Vergleich des Bestandes von 1945 war mit dem Jahr 1938 möglich, 1942 bis 1944 fanden keine Erhebungen statt. Dieser Vergleich ergab, dass die Bestände bei Kernobst, Steinobst und Walnussbäumen um ein Drittel bis zur Hälfte abgenommen hatten. Die Herausgeber führten dafür mehrere Gründe an. Danach litten die Bäume unter den strengen Wintern in den Jahren 1942 bis 1944, Kriegsschäden wirkten sich hier aus, Walnussbäume wurden zu Gewehrschäften verarbeitet und letztlich fand keine ordentliche Baumpflege mehr statt, da die Baumwarte eingezogen worden waren.

Die Zählung der Berufe hatte den landwirtschaftlichen Schwerpunkt in Württemberg-Hohenzollern bestätigt, zeigte aber auch, dass es einen nicht unerheblichen Anteil an Beschäftigten in der industriellen oder gewerblichen Produktion gab. Diese Arbeitskräfte waren weder an der Herstellung von Nahrungsmitteln beteiligt noch hatten sie einen unmittelbaren Zugang dazu. 1946 wurde bilanzierend ein Blick auf die Schäden geworfen, die der Krieg im industriellen Sektor durch Verminderung der Produktionskapazität nach sich gezogen hatte (vgl. Abb. 7). Die Einschränkungen in der Herstellungsmöglichkeit gegenüber der Vorkriegszeit berücksichtigten die Schäden an Maschinen und Gebäuden. Der Facharbeiterstamm galt als überaltert, der herrschende Arbeitskräftemangel war auch auf die Kriegsgefangenschaft zurückzuführen. Die Prozentwerte der Verminderung der Produktionskapazität sämtlicher Wirtschaftsgruppen wurden nach Landkreisen erhoben, in einigen dieser Kreise konzentrierte sich dies auf die zentralen Orte, etwa Friedrichshafen. Unter den Branchen ragen der Maschinenbau mit einem Minus von 88,4 Prozent und Luftfahrtindustrie mit minus 85,5 Prozent in Friedrichshafen heraus, Tuttlingen erlitt eine Einbuße in der Maschinenindustrie von minus 22,9 Prozent, Balingen in der Eisen-, Stahl- und Blechverarbeitung von minus 31,4 Prozent. Freudenstadt hatte in der Textilindustrie einen Rückgang von 42 Prozent, der Kreis Reutlingen hatte mit minus 52,3 Prozent die größten Verluste in der Druckindustrie und im Bereich Stein und Erde, dazu zählten Kies, Sand, Steine und Mineralien, die als Beimischung für Zement verwendet werden, mit minus 36,7 Prozent. Insgesamt litten die Kreise Friedrichshafen und Freudenstadt am stärksten, der Kreis Reutlingen lag an der dritten Stelle, aber bereits mit einem Wert unterhalb von zehn Prozent. Der Berichtersteller des statistischen Jahreshftes wies darauf hin, dass in dieser Region durch die verstreut liegenden Mittel- und Kleinbetriebe eine raschere Wiederaufnahme der Produktion zu erwarten sei. In Friedrichshafen sei damit nicht zu rechnen, da sich hier die Zerstörung auf wenige Großbetriebe konzentrierte.

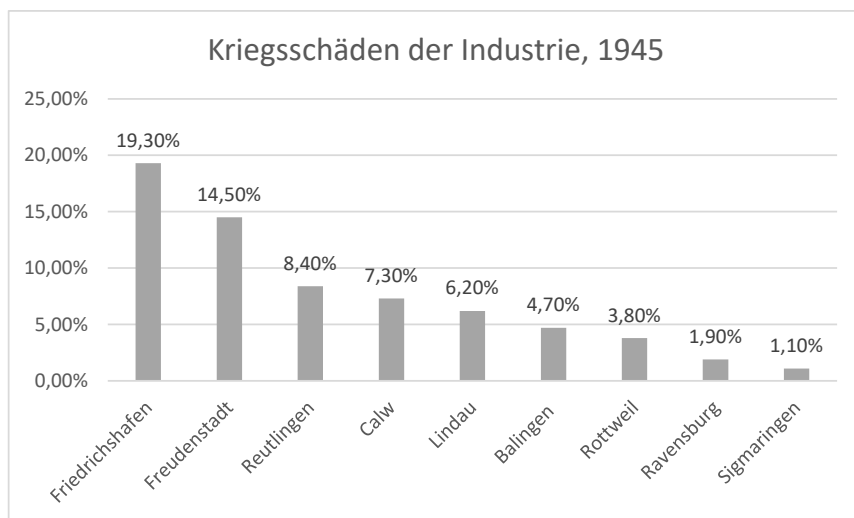


Abb. 7: Verminderung der Produktionskapazität der Industrie in Südwürttemberg durch Kriegsschäden in ausgewählten Landkreisen, 1945⁵⁵.

Die Bilanz der Daten ergibt, dass die Voraussetzungen für die Versorgung durch eine eigene Nahrungsmittelproduktion stark eingeschränkt waren. Alle Teilbereiche der landwirtschaftlichen Produktion der Region waren langfristig durch die politischen und ökonomischen Entscheidungen der nationalsozialistischen Regierung geschwächt worden, die die Investitionen überwiegend in den Rüstungsbe-
reich gelenkt hatten. Bis 1938 war ein geringer Anstieg der Herstellung von Nahrungsmitteln zu verzeichnen, danach fiel dieser Wert, wie aus den Statistiken zu erkennen ist. Insgesamt verfügte die Landwirtschaft 1945 über signifikant geringere Kapazitäten als in der Vorkriegszeit, auch die direkten und indirekten Kriegseinwirkungen zeigten Folgen. Hinzu kam, dass das Land unter französischer Besatzung von den bisherigen Marktbeziehungen abgeschnitten wurde. Durch Zulieferung von außen war keine Hilfe zu erwarten, ebenso schien eine Zufuhr in der Zeit der allgemeinen Nahrungsmittelknappheit nicht realistisch. Die angestiegene Zahl an Bewohnern und die anwesende Besatzungsarmee musste mit diesen beschränkten Mitteln versorgt werden, dazu kamen Ablieferungspflichten, deren Höhe unmittelbar nach dem Kriegsende noch nicht bekannt war. Die Existenzgrundlage der industriellen Produktion war punktuell in den Zentren der ehemaligen Rüstungsindustrie entscheidend beeinträchtigt. In anderen Regionen war der Kern für die Produktion offensichtlich noch vorhanden. Offen blieb allerdings, inwiefern und in welcher Weise Betriebe der ehemaligen Rüstungsproduktion in der Besatzungssituation ihr Potenzial entfalten konnten, einige Faktoren ließen die

⁵⁵ Die Kriegsschäden. In: Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1946, Nr. 1, S.12f.

Zukunft unsicher erscheinen. Die Entscheidung darüber lag bei den Alliierten. Dazu kamen die internen Schwierigkeiten. Bereits in der Endphase des Krieges hatte Rohstoffmangel und Unsicherheit in der Energieversorgung bestanden. Für die industrialisierte Gesellschaft war allerdings eine Produktion für die Eigenversorgung und zum Export für die Erwirtschaftung von Devisen für den Import existenziell notwendig. Nicht zuletzt stellte diese Produktion die Existenzgrundlage für die Beschäftigten dar. Industrie, Gewerbe und landwirtschaftliche Produktion waren dadurch im Ernährungssystem eng verflochten.

2. Exposition: Das Nahrungsangebot und die Verteilung im zeitlichen Verlauf

Der Krieg zog, wie bereits dargestellt, in den Kreisen Südwürttembergs und Hohenzollerns unterschiedliche Folgeschäden nach sich. Die Region erlitt insgesamt nur punktuelle Zerstörungen, landwirtschaftliche Einrichtungen waren selten betroffen. Die Motivation und die Möglichkeiten, die Produktion von Nahrungsmitteln fortzuführen, waren sehr eingeschränkt, da die Ressourcen weitgehend verbraucht oder zerstört waren. Der Befreiung vom nationalsozialistischen Terrorsystem, Fliegerangriffen und der täglichen Furcht vor militärischen Zerstörungen stand Angst, Unsicherheit und Zweifel über die Zukunft gegenüber. Im Nachkriegsalltag waren der zerstörte Wohnraum und die anderen Anzeichen der „Zusammenbruchsgesellschaft“⁵⁶ nicht zu übersehen. Persönlich, politisch und materiell hatte der Krieg die Verletzlichkeit der Gesellschaft offengelegt. Der Mangel an lebensnotwendigen Gütern war umfassend, am drängendsten wurde das täglich zu bewältigende Problem des Nahrungsmittelmangels empfunden. Damit ist die Frage nach dem Ernährungssystem und dem Zustand seiner Kernbestandteile des Nahrungsangebots und der Distribution gestellt. In der folgenden Analyse des Verlaufs der Hungerkrise werden die Empfindung und Wahrnehmung durch die Betroffenen verknüpft mit den messbaren Indikatoren des Hungers. Die Untersuchung der Sensitivität folgt den Auswirkungen und Folgen für die Individuen und die Gesellschaft, unter dem Aspekt der Exposition werden die destruktiven Einwirkungen herausgearbeitet, denen das Ernährungssystem ausgesetzt war. Die verursachenden Faktoren werden zu einer kausalen Struktur der Hungerkrise zusammengeführt, in der kurzfristige Auslöser und langfristige Ursachen abgebildet werden.

⁵⁶ KLESSMANN, Christoph: Die doppelte Staatsgründung, 1991, S. 17.

2.1 Brot und Kalorien: Die öffentliche Versorgung der Bevölkerung im Überblick

Die Organisation der Versorgung bestand in der Zuteilung von Lebensmitteln für den Einzelnen. Lebensmittelkarten gaben an, welche konkreten Mengen der jeweilige Verbraucher erhalten konnte. Damit bildeten sie die materiellen Zugangsrechte ab (entitlements). Lange Zeit war Brot das Leitnahrungsmittel. Einen exemplarischen Einblick gibt das erste Amtsblatt der Stadt Reutlingen nach dem Krieg.

In den Amtsblättern wurden die Rationen veröffentlicht, die für die Abschnitte der Lebensmittelmarken zu bekommen waren. Dieser ersten Ausgabe vom 2. Mai 1945 kann einiges entnommen werden. Die Lebensmittel mussten in den Läden des Einzelhandels abgeholt und bezahlt werden, daher war ein bezahlter Arbeitsplatz mit einer Entlohnung nach wie vor von Bedeutung. Die Verbraucher wurden angewiesen, immer dieselben Ausgabestellen zu nutzen, damit diese planen konnten. Die Zuteilungsperiode wird als 75. angegeben, es wurde von Beginn der Einführung im Jahr 1939 durchgezählt. Das verdeutlicht, dass das Ausgabesystem nahtlos weitergeführt wurde. Für die Zuteilungsperiode vom 30. April 1945 bis 6. Mai 1945, erhielt ein Normalverbraucher ein Kilogramm Brot, auf einen Tag entfielen damit rein rechnerisch 142 g. Selbstversorger waren in diesem Zeitraum mit zwei Kilogramm doppelt so gut gestellt. Die übrigen Staffellungen insbesondere nach Alter sind ebenfalls ablesbar. Die Karten mussten in der angegebenen Periode eingelöst werden, dadurch wurde Spekulieren verhindert, die gleichmäßige Verteilung ermöglicht und die Verwaltung behielt die Übersicht. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Funktion des „Blockleiters“ beseitigt worden war. Seine Tätigkeit und Kontrolle durch persönliche Übergabe entfiel und wurde durch Selbstabholung ersetzt.

Als entscheidende Größe der Versorgung galten die Kalorien als Zusammenfassung des Nährwerts der zuteilten Lebensmittel. Durch die konstante Verwendung in den amtlichen Aufzeichnungen bilden sie eine verlässliche Basis zur Bewertung der Nahrungsmittelzuteilungen. Die in der Erforschung der Wirtschafts- und Sozialgeschichte von frühneuzeitlichen Hungerkrisen aufgestellten Preis- und Lohnstabellen sind hier nicht anwendbar, ein Vergleich ist wegen des Währungsverfalls und angesichts der staatlichen Lenkung durch einen allgemeinen Lohn- und Preisstopp nicht möglich. Wo diese Werte dennoch Bedeutung erhielten, wird in der Darstellung darauf eingegangen. Ein „Marktpreis“ wurde lediglich auf dem Schwarzmarkt gebildet.⁵⁷

Die übergeordnete Rechnungseinheit der Kalorien wurde von der Ernährungsverwaltung aus den Zuteilungen errechnet. Im Diagramm (Abb. 8) werden danach die Rationen der Normalverbraucher zugrunde gelegt. Sie bildeten die größte Gruppe und waren landesweit vergleichbar. Die Sondergruppen werden in anderen Zusammenhängen ausgewertet, sie wurden geführt als Selbstversorger (Bauern),

⁵⁷ Eine genauere Untersuchung des Schwarzmarktes erfolgt in Kapitel III. 2.3 Schwarzmarkt.

Teilselbstversorger (häufig Nebenerwerbslandwirte) oder Menschen mit besonderen Zuteilungen, also Schwangere, Jugendliche oder Schwerarbeiter. In einzelnen Phasen erhielten Arbeiter von Prioritätsbetrieben Sonderzulagen. Die Verfügung über Nahrungsmittel, die sich daraus ergab, bedeutete nicht nur, dass der Hunger gestillt werden konnte, sondern bezeichnete auch das Potenzial zur Existenzsicherung und zur Verwirklichung von Lebenschancen.

Die folgenden Diagramme bilden die Zuteilungen in Kalorien ab. Einzelne Werte werden im Verlauf der Untersuchung aus allen Kreisen herangezogen. Als Vergleichsgrundlage dienen drei Statistiken. Das Diagramm in Abbildung 9 baut exemplarisch auf den Berichten über die konkret ausgegebenen Zuteilungen des Ernährungsamtes des Landkreises Reutlingen auf. Die Statistik des Kreises Reutlingen wurde zum besseren Verständnis durch die auch hier geltenden allgemeinen Langzeitwerte seit 1939 ergänzt. Die Werte geben ein sehr realitätsnahes Bild ab, da der Ernährungsreferent des Landratsamtes in jedem Monat die tatsächlich ausgegebenen Lebensmittel abrechnen und in Kalorien umrechnen musste. Die Daten wurden in den monatlichen Berichten an die Militärregierung und in den Besprechungen des Ernährungsreferats festgehalten. Das Diagramm bildet damit die reale Versorgung der Bevölkerung in einem Kreis mit einem vergleichsweise hohen Anteil an Beschäftigten in Industrie und Gewerbe ab, erhoben aus den Unterlagen der Ernährungsverwaltung der Stadt und des Landkreises.⁵⁸ Aus dem Kreis Rottweil liegen die Aufzeichnungen des Kreisdelegierten, also des örtlichen Vertreters der Militärregierung vor, aus dem die in diesem Kreis ausgegebenen Rationen hervorgehen.⁵⁹ Der Beginn der durch die Besatzung kontrollierten Lebensmittelzuteilungen im Juli 1945 bezeichnet die Aufnahme einer geordneten Besatzungsverwaltung. Der Verlauf von 1945 bis 1948 zeigt die gleichen Tendenzen und Wendepunkte wie in Reutlingen. Abbildung 10 stellt die von der Militärregierung veröffentlichten vorgesehenen Werte für die gesamte französische Zone dar. Es zeigen sich darin Abweichungen, die erklärt werden sollen. Die Verhältnisse erweisen sich als sehr differenziert. Weitere und detailliertere Differenzierungen werden sichtbar, wenn im Verlauf der Untersuchungen Werte aus zusätzlichen Kreisen herangezogen werden. Dennoch können bei allen Unterschieden gemeinsame übergeordnete Tendenzen und Wendepunkte ausgemacht werden.

Erläuterung der Werte der Tabelle 1: Die bezifferten Kalorien wurden im Mai, Juni und August 1945 vom Ernährungsamt berechnet und dem Oberbürgermeister und dem Kreisgouverneur mitgeteilt⁶⁰ und ab Oktober 1945 in den monatlichen

⁵⁸ Vgl. Monatsberichte der Landratsämter ab Juli 1945, StAS Wü 2 T 1 Nr. 1373. Vgl. Landratsamt Reutlingen. Ernährungs- und Wirtschaftsreferat: Bericht an die Militärregierung und OB Kalbfell. Ab August 1945, StadtA Rt AdN 1643.

⁵⁹ Vgl. Stadtarchiv Rottweil (Hg.): Chronique du cercle de Rottweil, 2000, S. 277.

⁶⁰ Vgl. Ernährungs- und Wirtschaftsreferat: Bericht an die Militärregierung und OB Kalbfell. StadtA Rt AdN 1643.

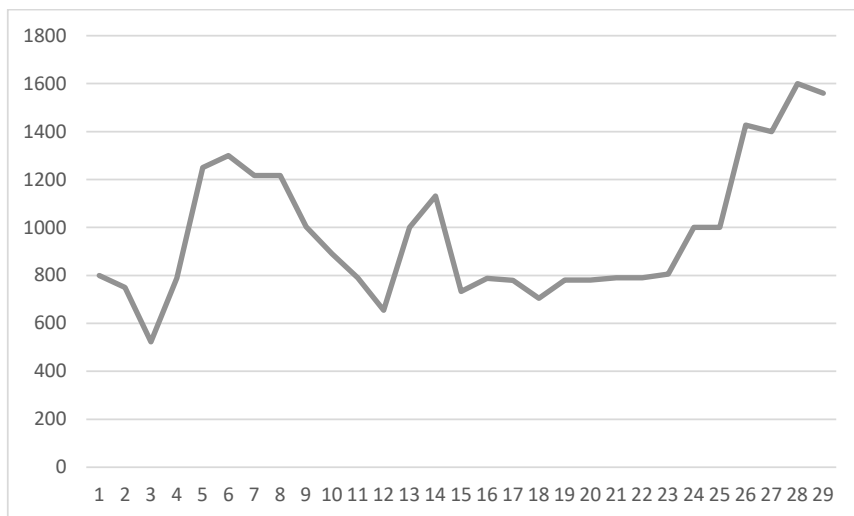


Abb. 8: Zugeteilte Kalorien in der Nachkriegszeit im Kreis Reutlingen, Mai 1945 (1) – Dezember 1948 (29).

Phase 1		Phase 2		Phase 3	
Kalorien	Monat	Kalorien	Monat	Kalorien	Monat
800	Mai 45	1131	Dez 46	1000	Dez 47
750	Jun 45	733	Jan 47	Gleiche Zuteilung im Januar	
523	Aug 45	788	Feb 47	1427	Feb 48
Versorgung steigt auf niedrigem Niveau: September		780	März 47	Versorgung bleibt konstant	
		705	Apr 47		
789	Okt 45	781	Mai 47	1400	Jul 48
1250	Nov 45	781	Jun 47	Konstante Erhöhung der Zuteilung in August, September und Oktober	
1300	Dez 45	790	Jul 47		
1217	Jan 46	790	Aug 47		
1217	Feb 46	806	Sep 47	1600	Nov 48
1003	März 46	Die mangelhafte Versorgung hält an: Okt. Nov. 47		1560	Dez 48
890	Apr 46				
790	Mai 46				
655	Sep 46				
1000	Nov 46				

Tabelle 1: Werte zu Abb. 8 als Tabelle

Berichten an die Militärregierung veröffentlicht.⁶¹ In einigen Monaten wurden lediglich die materiellen Zuteilungen, z. B. in Mengenangaben von Brot oder Kartoffeln, aufgeführt ohne explizite Umrechnung in Kalorien. Abbildung 9 bezieht sich nur auf die errechneten Werte. Die Phasenbildung, die in Tabelle 1 dargestellt ist, orientiert sich an dem Abschluss der Verarbeitung der Ernte, der Verteilung und der sich daraus ergebenden Verbesserung der Versorgung. Dieser Zeitpunkt war im Allgemeinen im November erreicht.

Die Werte fielen bereits während des Krieges, ein deutlicher Absturz war nach dem Winter 1943 und wieder im Winter 1945 zu verzeichnen. Dies war auf den Kriegsverlauf zurückzuführen, nach der militärischen Niederlage und dem Rückzug der Wehrmacht entfielen die Nahrungsmittellieferungen aus Osteuropa. Das Vorrücken der sowjetischen Armee auf ostdeutsche Gebiete beendete die Verfügung über die Produkte aus den klassischen Kornkammern des Reiches und die Zuteilungen verringerten sich ein weiteres Mal drastisch. Im Jahr 1945 konnte sich die Versorgungssituation von den Kriegsfolgen nicht erholen. Die Besserung nach der Ernte 1945, die schwach ausfiel, hielt nicht lange an. Auch das Jahr 1946 brachte keine nachhaltige Besserung, stattdessen waren die Erträge unterdurchschnittlich und die geleerten Vorratsspeicher konnten nicht aufgefüllt werden. Das Jahr 1947 bildete den Tiefpunkt, dies ist in allen Diagrammen zu erkennen. Die magere Ernte von 1946 war bald aufgebraucht und das Jahr bot keinerlei Hoffnung auf Besserung. Der Hungerwinter 1946/47 bedeutete nicht nur Nahrungsmittel- sondern auch Kohlemangel und bittere Kälte, die die Not dramatisch spürbar werden ließ. Die Hungerkrise hielt das ganze Jahr an und erst die Ernte am Jahresende ließ eine verbesserte Zuteilung zu. Diese wurde im Winter 1947/48 wirksam und sorgte für einen langsamen Aufwärtstrend im Jahr 1948, im Juni konnte die Lage stabilisiert werden. Zum Hintergrund gehörte eine Umorientierung in der französischen Besatzungspolitik, die sich zum Beispiel in der Teilnahme an der Währungsreform in den westlichen Zonen manifestierte. Nach der Einführung der D-Mark war das Vertrauen in Geld als Tauschmittel gestärkt, die Bauern boten ihre Produkte wieder auf dem regulären Markt an und die Bedeutung des Schwarzmarktes nahm ab. Zum Jahresende wurde die Bevölkerung von der Zuteilung durch die Ernährungsämter zunehmend unabhängig, da das offizielle Verteilungssystem mit Lebensmittelkarten sukzessive reduziert werden konnte. Damit waren zwar nicht alle Probleme gelöst, aber die Perspektive auf eine Verbesserung wurde spürbar. Eine Fortsetzung der Untersuchung müsste z. B. die Entwicklung der Preise und Löhne in den Blick nehmen. Der zeitliche Rahmen der Studie endet hier, da eine weitere Verschlechterung der Hungerkrise damit abgewendet und eine neue Prosperität eingeleitet wurde.

⁶¹ Vgl. Landratsamt Reutlingen: Monatsberichte, Oktober 1945–Dezember 1948. StadtA Rt AdN 93–97.

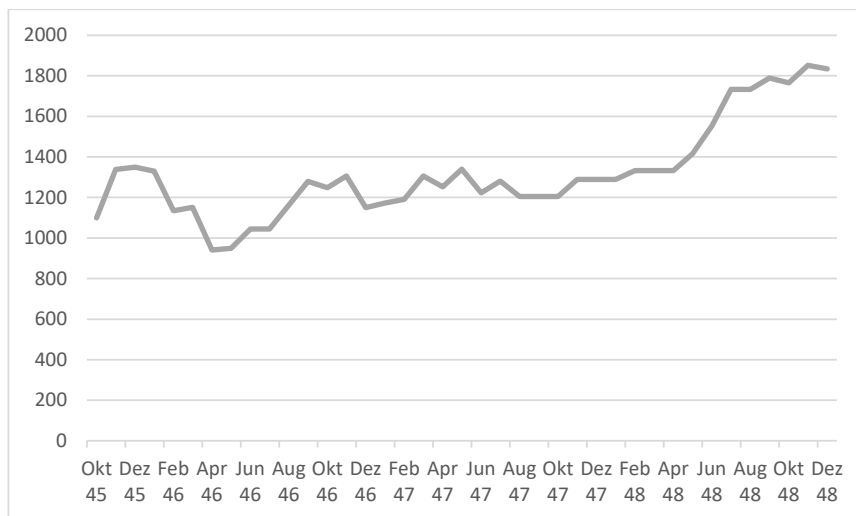


Abb. 9: Vorgesehene Lebensmittelrationen für Normalverbraucher in Kalorien pro Tag für die französische Zone, 1945–1948⁶².

Ein Vergleich mit den Zuteilungen im Kreis Rottweil, der strukturell mit dem Kreis Reutlingen vergleichbar ist, zeigt einen ähnlichen Verlauf.⁶³ Die Rationen blieben häufig unter den Werten von 1000 Kalorien. Eine kurzfristige positive Tendenz wird im Winter 1946 sichtbar, verursacht durch die Ablieferungen der Ernte 1946. Die Erhöhung setzte im Oktober ein, der Zeitraum, in dem die ersten Ablieferungen verarbeitet waren. Am Jahresbeginn 1947 konnte das Niveau gehalten werden, danach folgte ein steiler Absturz. Dies war auf die schlechte Ernte 1946 und den folgenden Hungerwinter zurückzuführen. Das Jahr 1948 zeigt auch hier eine anhaltende Erholung und konnte im Jahr 1949 eine annähernde Normalversorgung erreichen. Der grundlegende Verlauf entspricht den Verhältnissen im Kreis Reutlingen. Damit kann davon ausgegangen werden, dass ein realistisches Bild der Zuteilung an Kalorien in Kreisen beschrieben wird, die einen erheblichen Anteil an industrieller und gewerblicher Produktion aufwiesen. Hier sind die Abhängigkeiten von Beschäftigung und Löhnen größer als in landwirtschaftlich geprägten Kreisen. Die Distanz zur landwirtschaftlichen Produktion hatte gravierende Auswirkungen.

Die Statistik in Abbildung 10 beginnt im Oktober 1945, dies kann als Zeitpunkt angesehen werden, zu dem sich die zentrale Verwaltung der Militärregierung landesweit etabliert hatte. Mathias Manz weist bereits drauf hin, dass die tatsächliche Ernährungssituation verzerrt wiedergegeben wird. Danach lagen die von Normal-

⁶² MANZ, Mathias: Stagnation und Aufschwung in der französischen Besatzungszone 1945–1948, 1985, S. 54f.

⁶³ Vgl. Stadtarchiv Rottweil (Hg.): Chronique du cercle de Rottweil, 2000, S. 277.

verbrauchern erhaltenen Lebensmittel häufig unter den Vorgaben. Zum Zweiten bestand ein großer Unterschied zwischen dieser Gruppe und den Selbstversorgern. Für die ganze französische Zone gibt Manz folgende Werte an: 3,3 Millionen Normalverbraucher und 1,7 Millionen Selbstversorger. Vergleichen lassen sich die Angaben für die Normalverbraucher. In der Darstellung der ausgegebenen Werte aus den beiden Kreisen Reutlingen und Rottweil und den Berichten der weiteren Landratsämter in Württemberg-Hohenzollern ergibt sich ein negativeres Gesamtbild mit einigen auffallenden Ausschlägen, die in der Statistik für die ganze Zone nicht auftreten. Das Durchschnittsniveau der vorgesehenen Rationen aller Länder bewegt sich lange Zeit zwischen 1200 und 1400 Kalorien, diese Werte wurden in den untersuchten Kreisen nicht erreicht. Es wird Teil der Untersuchung sein, die Ursachen dieser Unterschiede zu klären.

Auffallend sind die in allen Statistiken gemeinsamen Wendepunkte, sie markieren die Einbettung in den Jahresablauf der landwirtschaftlichen Produktion und in die Prozesse der Verwaltung des Ernährungssystems. Die Landwirtschaftsämter setzten den Abschluss der Abgaben durch die Produzenten auf den 15. November, da zu dieser Zeit mit dem Einsetzen der großen Fröste gerechnet werden musste.⁶⁴ Nach der Verwertung der Erträge stiegen die Rationen an, mit der Entfernung zur letzten Ernte nahmen sie ab, die Tiefpunkte lagen in der Zeit von Juni bis August. Die Wendepunkte der Zuteilung im Winter sind signifikant am Monat Dezember festzumachen. Durch die monatsbezogenen Berichte der Kreisernährungsämter wird hier die Steigerung der Zuteilungen manifest. Es scheint sinnvoll, den Zeitraum vom Kriegsende 1945 bis zur Ernte 1946 zusammenzufassen. Während der Kampfhandlungen zur Zeit der Besetzung und unmittelbar danach fand eine Bebauung der landwirtschaftlichen Flächen nur reduziert statt. Die Ungewissheit über den weiteren Verlauf und die Abwesenheit vieler Fachkräfte störte den geregelten Ablauf ebenfalls. Bis zum Winter 1946 kam die Produktion wieder in Gang, die Erträge und Zuteilungen blieben auf einem niedrigen Niveau. Für die Untersuchung ist es sinnvoll, die Besonderheiten des Jahres 1947 zu berücksichtigen. Mit dem Hungerwinter 1946/47 und dem folgenden Dürresommer verschlechtert sich die Lage auf allen Ebenen. Die Wahrnehmung des Hungers durch die Betroffenen rückt noch stärker in den Vordergrund, die Zustände werden als unerträglich erfahren. Die Zuspitzung der Versorgungslage und der Konflikte im Jahr 1947 legt eine zeitliche Differenzierung der Untersuchung und eine Einteilung in drei Phasen nahe, die diese Zeit besonders beleuchtet. Die detaillierte Erklärung wird die nachfolgende Analyse des Verlaufs ergeben. Im Jahr 1948 stabilisierten sich die Werte durch eine verbesserte Ertragslage und die beginnenden Zulieferungen an Lebensmitteln vorzugsweise durch die USA in einer veränderten politischen Gesamtlage. Die Analyse und die Darstellung folgt der Einteilung in diese drei Phasen, die hier kurz charakterisiert werden.

⁶⁴ Vgl. BROCHET, Jean: Landwirtschaft – Versorgung. In: Andreas ZEKORN (Bearb.): Blau-weiß-rot: Leben unter der Trikolore, 1999, S. 263.

Phasen der Hungerkrise:

1. April 1945 bis November 1946
Zuteilung auf niedrigem Niveau, Durchhalten „bis zur nächsten Ernte“, nur geringe Erholung der Zuteilung nach der Ernte, schwache Ernten 1945 und 1946
2. Dezember 1946 bis November 1947
Hungerwinter und Dürresommer, Vorräte sind aufgebraucht, konstant niedrige Zuteilungen im dritten Jahr, gravierende Auswirkungen auf die Bevölkerung
3. Dezember 1947 bis Dezember 1948
Erholung nach der Ernte, Getreidelieferungen aus den USA, Währungsreform, Stabilisierung des Angebots, Anstieg des Versorgungsniveaus seit Sommer 1948 (nach der Währungsreform)

Die erste vertiefte Betrachtung richtet sich auf Erkenntnisse über die Ursachen und Folgen der Hungerkrise. Daran schließt die Fokussierung der kulturellen Verarbeitung durch Wahrnehmung, Deutung und Bewältigungshandeln der Betroffenen an.

2.2 Der Verlauf der Hungerkrise vom Ende des Krieges bis zur Ernte 1946

Die französische Militärregierung hatte ebenso wie die anderen Besatzungsmächte entschieden, die Verwaltung durch die Ernährungsämter wie zuvor fortzuführen und die Lebensmittel in Rationen der Bevölkerung zuteilen zu lassen.⁶⁵ Die lokalen Behörden setzten ihre Arbeit auf der Ebene der Kreise in Kontakt mit den französischen Kreisgouverneuren fort, die Einrichtung der Landesdirektion Wirtschaft erhielt im September 1945 eine Abteilung Landwirtschaft, im Dezember 1945 wurde diese zu einer selbstständigen Landesdirektion umgewandelt. Dort sollten die Informationen über die Produktion gesammelt werden. Bei der Organisation der Ablieferung und Verteilung setzte man auf die erprobten Strukturen des Handels. Die Vorräte waren gering, wie in den traditionellen agrarischen Gesellschaften war die jeweils nächste Ernte entscheidend. Zum Maß der Versorgung wurden Kalorien, darüber hinaus lohnt sich der Blick auf die Lebensmittel selbst, den Anteil an Brot, Fleisch, Fett oder Gemüse. Ein üblicher Wert der Zuteilung bestand z. B. im Kreis Reutlingen im Mai 1945 aus 800 Kalorien pro Tag und Kopf, im August sank der Wert auf 532, das verdeutlicht das Ausmaß des Mangels auf der individuellen Ebene.

Eine „Stunde Null“ wurde unter verschiedenen Aspekten diskutiert, für das Ernährungssystem und die Versorgungslage kann eine solche Zäsur nicht festgestellt werden. Das Angebot und die Zuteilung an Nahrungsmitteln waren bereits in der Schlussphase des Krieges kontinuierlich zurückgegangen, nachdem die nationalsozialistische politische Führung zuvor versucht hatte, die Auswirkungen des Krie-

⁶⁵ Die Zuteilungen im Kreis Reutlingen wurden aus verschiedenen Dokumenten erhoben, vgl. die Erläuterungen zu Abb. 6. Monatsberichte an die Militärregierung über die allgemeine Lage im Kreis Reutlingen 1945–1949. StadtA Rt AdN 93–97.

ges vor der Zivilbevölkerung so lange wie möglich zu verschleiern und eine ausreichende Ernährung anzubieten. Möglich war dies nur durch die rücksichtslose Plünderung der besetzten Gebiete, zu einer ausreichenden Versorgung führte diese Strategie bis zum Winter 1943, danach mussten die Zuteilungen im gesamten Reichsgebiet immer wieder herabgesetzt werden.⁶⁶ Die veränderte militärische Lage und das Vordringen der alliierten Truppen verhinderten sukzessive die Fortsetzung der Aneignung des osteuropäischen Getreides. Nach dem Vordringen der sowjetischen Armee in die deutschen Ostgebiete war jeglicher Zugriff auf die dortigen Ressourcen versperrt. Im Januar 1945 sanken die im Reich ausgewiesenen Zuteilungen bereits auf 1500 Kalorien und gingen dann kontinuierlich weiter zurück. Im Vergleich zu den Zuteilungsperioden am Kriegsbeginn erhielten die Normalverbraucher „nur noch 50 Prozent Fleisch, 28 Prozent Fett, 50 Prozent Zucker, 50 Prozent Nahrungsmittel, 25 Prozent Käse und 25 Prozent Quark“.⁶⁷

Durch den Abbau der Verwaltungsstellen, der Flucht der NS-Amtsträger und den Rückzug der Wehrmacht wird eine weitere exakte Verfolgung der Werte stark erschwert. Spätestens im April 1945 fand zumeist keine amtliche Verteilung mehr statt. Es setzte sich in der Bevölkerung die Praxis durch, sich aus alternativen Quellen zu versorgen, der Schwarzmarkt war eine bereits vertraute Institution. Bereits zuvor, im April 1944, hatte auch das Reichsfinanzministerium festgestellt, dass niemand in Deutschland sich ausschließlich von den ausgegebenen Lebensmittelzuteilungen ernähren konnte.⁶⁸

Diese Merkmale der Versorgungssituation bestimmten auch die erste Nachkriegszeit. Durch die Auflösung der übergeordneten deutschen Institutionen fiel den Stadt- und Kreisverwaltungen eine entscheidende Funktion zu, im Auftrag der französischen militärischen Besatzungsbehörden die Bewirtschaftung und Zuteilung der Nahrungsmittel fortzuführen. Die ersten Bestandsaufnahmen konnten damit sachkundig durchgeführt werden und es wurde deutlich, dass die Gesellschaft wieder auf den agrarischen Rhythmus verwiesen war. In der ersten Besprechung zur Ernährungsfrage am 24. April 1945, also wenige Tage nach der Besetzung, gab der kommissarische Oberbürgermeister und Landrat Oskar Kalbfell vor seinen Referenten im Reutlinger Rathaus die Strategie für die nächste Zeit vor. Nach einer ernüchternden Übersicht über die Vorräte stellte er fest, dass man die Rationen kürzen müsse, „damit wir den Anschluss an die neue Ernte bekommen.“⁶⁹

Die Werte der Zuteilungen sanken kontinuierlich bis zum Sommer. Eine leichte Erholung brachte die Auswertung und Verteilung der ersten Nachkriegsernte, allerdings nicht im erhofften Umfang. Die Kreise mit großen Städten erreichten nur selten Werte über 1000 Kalorien. Nach dem Winter fielen die Werte wieder kons-

⁶⁶ Vgl. STÜBER, Gabriele: *Der Kampf gegen den Hunger*, 1984, S. 33.

⁶⁷ STÜBER, Gabriele: *Der Kampf gegen den Hunger*, 1984, S. 39.

⁶⁸ Vgl. BOELCKE, Willi A.: *Der Schwarzmarkt. 1945–1948: Vom Überleben nach dem Kriege*, Braunschweig 1986, S. 31.

⁶⁹ Oskar KALBFELL: *Ansprache bei einer Besprechung betr. Ernährungsfragen*. 24.04.1945. StAdtA Rt AdN 00.1.2a.

tant unter 1000 Kalorien für Normalverbraucher, sie konnten sich bis zum Winteranbruch im Dezember 1946 nicht spürbar erholen. Die Qualität der Ernährung hatte sich ebenfalls verschoben. An die Stelle des wichtigsten Leitnahrungsmittels Brot rückten Kartoffeln in den Mittelpunkt, da in manchen Gegenden bis zu 70 Prozent des Winterweizens vernichtet waren. Das Defizit im Ertrag der Ölfrüchte Raps und Mohn war schmerzlich, die „Fettlücke“ war nicht zu schließen. Obst wurde in Notzeiten zur Überbrückung des Getreidemangels verwendet, es war gut zu konservieren und entweder im Garten in der Nähe des Hauses oder auf Äckern und Wiesen angebaut. Der Anbau war um ein Drittel geringer als in Vorkriegszeiten. Damit wird deutlich, dass die offizielle Zuteilung nicht für eine angemessene Ernährung ausreichte. Die Verbraucher mussten auf andere Quellen zugreifen. Bereits während des Krieges hatte sich der Schwarzmarkt entwickelt, also der illegale Handel mit Waren außerhalb der offiziellen Bewirtschaftung. Gehandelt wurden insbesondere knappe Lebensmittel, die der staatlich angeordneten Ablieferung entzogen wurden oder über die Zonengrenze geschmuggelte Güter, dies wurde als Schleichhandel bezeichnet. Da keine verlässliche Währung zur Verfügung stand, wendete man zum Teil auch Verfahren des Tauschhandels an, also des direkten Austauschs von Gütern.

Zu Beginn der Nachkriegszeit dominierte die Unsicherheit und das Gefühl der Bedrohung durch zukünftige Mangelsituationen, im Jahr 1946 sprachen auch Bewohner ländlicher Gebiete von Hunger. Auf der Ebene der Endverbraucher ist durch die Daten der Rationierung der Mangel erkennbar, der zum Hunger führte. Die Suche nach den Ursachen muss sich zuerst auf die Ebenen der Produktion richten und die dort angesiedelten Einflussfaktoren analysieren. In den Berichten an die Militärregierung wurde auf die Witterung und die Verfügung über Hilfs- und Rohstoffe und die mangelnden Arbeitskräfte hingewiesen. Die Grundlage des Angebots bestand aus den im Wirtschaftsgebiet Württemberg-Hohenzollern angebauten Pflanzen und dem Bestand an Tieren. Unter den erwirtschafteten pflanzlichen Nahrungsmitteln nahm das Brotgetreide für den menschlichen Verzehr die führende Stellung ein, das Spektrum des Anbaus war allerdings viel umfassender. Ein Teil des Ertrags fand auch Verwendung als Tierfutter. Der Schwerpunkt Viehwirtschaft war das zweite Standbein als Basis der Fleischversorgung, eingesetzt wurden die Tiere auch als Hilfen bei der landwirtschaftlichen Arbeit. Der Status dieser beiden Komponenten wurde entscheidend für die Versorgung der Bevölkerung.

Die Ernteerträge lagen 1945 und 1946 unter den langjährigen Durchschnittsdaten, gegenüber 1944 gingen die Ergebnisse der wichtigsten Getreidearten Winterweizen und Dinkel 1945 um jeweils ein Viertel zurück. Diese Sorten waren besonders stark vom Rückgang der Anbauflächen und der Hektarerträge betroffen.⁷⁰ Als

⁷⁰ Anbau und Ernte 1945. In: Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1946, Nr. 1, S. 14. Die folgenden Daten wurden übernommen aus dieser Publikation, besonders den Heften 1 und 2 des Ersten Jahrgangs und dem Heft 1 des Zweiten Jahrgangs. Das System der Berichterstattung baute auf den bereits vertrauten Strukturen auf. Die Flächennutzung erhoben die Bürgermeister auf der Basis von Formularen, die die Bauern ausfüllen mussten.

Gründe wurden der Mangel an Arbeitskräften und Zugvieh genannt. Durch die Knappheit des Brotgetreides gewannen zunehmend Kartoffeln an Bedeutung. Unter diesem Aspekt konnte positiv festgehalten werden, dass die Spätkartoffeln 1945 die einzige Frucht waren, mit denen die gleichen Erträge wie im Vorjahr erzielt werden konnten. Dagegen war das Defizit im Ertrag der Ölfrüchte Raps und Mohn schmerzlich, Zuckerrüben gingen um 50 Prozent zurück. Das Angebot wurde für kurze Zeit besser, danach machte sich der akute Mangel an Nahrungsgütern wieder bemerkbar.

Witterung und Schädlinge beeinträchtigten den Ertrag des Jahres 1946. Zu Jahresbeginn schien die Perspektive noch günstig. Das Winterwetter der Monate Januar und Februar war relativ mild, auch die nötigen Niederschläge sorgten für die Winterfeuchtigkeit. Die Feldfrüchte hatten gut überwintert und auch die Winteresaat entwickelte sich positiv. Danach führten zuerst starke Niederschläge und Hagel zu Schäden, der nasse Juni begünstigte das Auftreten von Kartoffelfäule. Im August führte schließlich übermäßige Hitze und Trockenheit zu einem ungünstigen Verlauf. In manchen Gegenden wurden dadurch bis zu 70 Prozent der Weizen-ernte vernichtet. Bei den Schädlingen waren besonders die Wildschweine ein Problem. Die Bauern konnten wenig gegen sie ausrichten, immer wieder baten sie mit geringem Erfolg um energisches Vorgehen durch die Behörden. Raps wurde von Schneckenfraß heimgesucht.

Die Aufteilung der Produktionsflächen zeigt den Schwerpunkt beim Brotgetreide auf Winterweizen und Dinkel, das wichtigste Brotgetreide wurde auf 80 Prozent des Areals angebaut. Zusammen mit den anderen Getreidearten, auch für Futter lagen die Hauptanbauggebiete in den Kreisen Biberach, Münsingen, Ehingen, Saulgau, Sigmaringen und Ravensburg. Der Rückgang der Anbauflächen⁷¹ der wichtigsten Fruchtarten auf dem Ackerland betrug bis 1944 insgesamt 10 Prozent und im Jahr 1945 für Winterweizen als der wichtigsten Getreidefrucht weitere 8 Prozent. Diese Entwicklung entsprach dem langfristigen Trend seit 1935, in diesem Zeitraum wurde eine Reduktion um 25 Prozent insgesamt verzeichnet. Der Berichterstatter führte den Rückgang auf mangelnde Arbeitskräfte und fehlenden Dünger zurück.

Eine wesentliche Größe für die Produktivität bezeichnet der Hektarertrag, sie wurde fast durchgehend, bis auf Hafer, für das Jahr 1946 als noch geringer beziffert als für das Jahr 1945. Die Ernteberichterstatter wiesen auf fehlende Phosphorsäure, Kali und auf den Mangel an geeignetem Saatgut hin. Die Schäden durch die Niederschläge im Juni machten sich erst später bemerkbar, so dass die Vorschätzungen

Saatenstand und Erntestatistik wurden von ehrenamtlichen landwirtschaftlichen Berichterstattern festgehalten, die monatlich eine formalisierte Postkarte vom Landwirtschaftsamt erhielten, ausfüllten und zurücksandten. Endgültige Schätzungen über den Ernteertrag ab August wurden den ernährungswirtschaftlichen Entscheidungen zu Grunde gelegt. Vgl. *Württemberg-Hohenzollern in Zahlen*, 1947, Nr. 1, S. 7f.

⁷¹ Vgl. Abb. 5: Die Ernteflächen für alle Getreidearten im französisch besetzten Gebiet von Württemberg (ohne Hohenzollern und Lindau), 1935–1945.

nach unten korrigiert werden mussten. Die langfristige Entwicklung der Gesamterträge des Getreides zeigte einen leichten Anstieg von 1935 bis 1938, ein gleichbleibend hohes Niveau bis 1942 bei leichten Schwankungen, danach einen kontinuierlichen Rückgang mit einem deutlichen Abfall ab 1944.⁷² Qualitativ waren die Ergebnisse ebenso mager, wie von den Fachleuten befürchtet worden war. In guten Jahren hatten die Ernteberichterstatter zwei Drittel des Ertrags als gut bezeichnet, die Einschätzungen verteilten sich nun zu je einem Drittel auf die Kategorien gut, mittel und schlecht. Damit wurde festgehalten, dass das Erntejahr 1946 nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ eines der schlechtesten seit Jahren war (vgl. Abb. 10).



Abb. 10: Ertrag aller Brotgetreidearten in den südwürttembergischen und hohenzollernischen Kreisen von 1943 bis 1946 in dz.⁷³

Die Differenzierung nach Kreisen zeigt die beträchtlichen Unterschiede der Erträge in der Relation zu den Einwohnern und betont die Bedeutung der landwirtschaftlich geprägten Überschusskreise für die Kompensation des Mangels in den Zuschusskreisen.

Auch die weiteren Statistiken zeigen die deutlich höhere landwirtschaftliche Produktion in den agrarisch dominierten Kreisen. Neben Brot waren Kartoffeln zum wichtigsten Grundnahrungsmittel geworden. Sie galten als anspruchslos im Anbau und gediehen auch auf steinig und schlechten Böden, im 19. Jahrhundert waren sie zu einem wesentlichen Mittel gegen die Hungersnöte geworden. Ihr An-

⁷² Vgl. Abb. 6: Die Getreideernte im langfristigen Vergleich.

⁷³ Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1947, Nr. 1, S. 14.

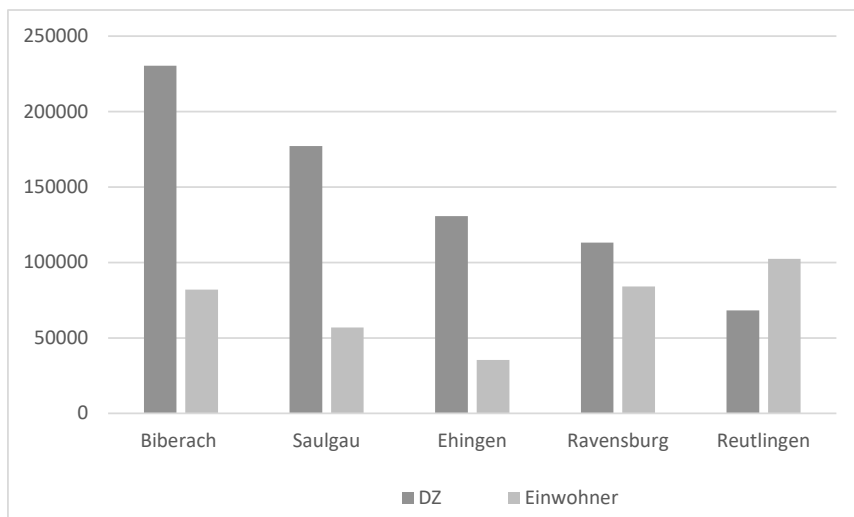


Abb. 11: Relation der Getreideerträge in Doppelzentnern zur Einwohnerzahl in ausgewählten Kreisen, 1946.⁷⁴

bau lässt sich ebenfalls über zehn Jahre verfolgen und zeigt den Rückgang im Jahr 1946 (Abb. 12 und 13). Die Hektarerträge wurden stark verringert, als Ursachen gelten auch hier mangelnder Handelsdünger, fehlender Saatgutwechsel und Schädlingsbefall.

Die prosperierenden Zentren lagen auch hier in den landwirtschaftlichen Kreisen. Der Redakteur der Statistik, der dies kommentierte, sah diese sprunghafte Abnahme um ca. 1/3 als katastrophal an. Dies bedeutete bereits für den Winter des Jahres 1946/47 Mangel an diesem wichtigen Grundnahrungsmittel, das zunehmend das Getreide ersetzen musste. Die Perspektive für das kommende Jahr 1947 war, dass jegliche Vorräte entfallen würden.

Einzelne Früchte hatten eine spezifische Entwicklung genommen. Zuckerrüben waren 1935 noch kontingentiert, danach freigegeben worden, was zu einem Anstieg der Produktion geführt hatte, der aber wieder wegen fehlender Wirtschaftlichkeit fiel. Die Zuckernot 1945 brachte etliche Landwirte dazu, die Produktion wieder auf kleinen Flächen zu beginnen, um selbst Zuckersirup zu gewinnen. Der Ertrag stieg von 201 ha 1944 auf 316 ha 1946. Überdurchschnittlich hoch war der Anbau in Horb, Tübingen und Ravensburg. Es wurde eine Gesamternte von 62 700 dz erzielt, abgeliefert wurden davon nur 40 000 dz, der Rest verblieb für den eigenen Konsum. Auch die Kohlrübenernte fiel geringer aus und wurde vollständig beschlagnahmt, um den Rückgang der Kartoffeln durch Verteilung zu kompensieren.

⁷⁴ Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1947, Nr. 1/2, S. 10.

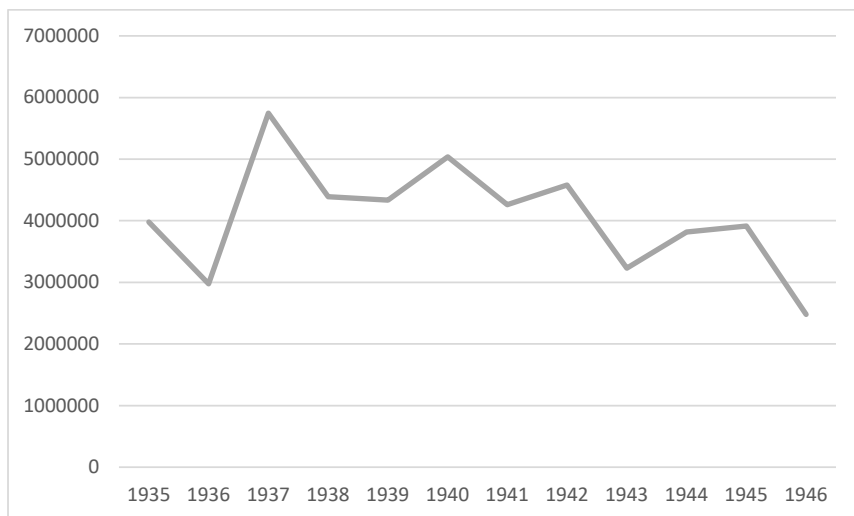


Abb. 12: Ertrag an Spätkartoffeln 1935 bis 1946 in dz.⁷⁵

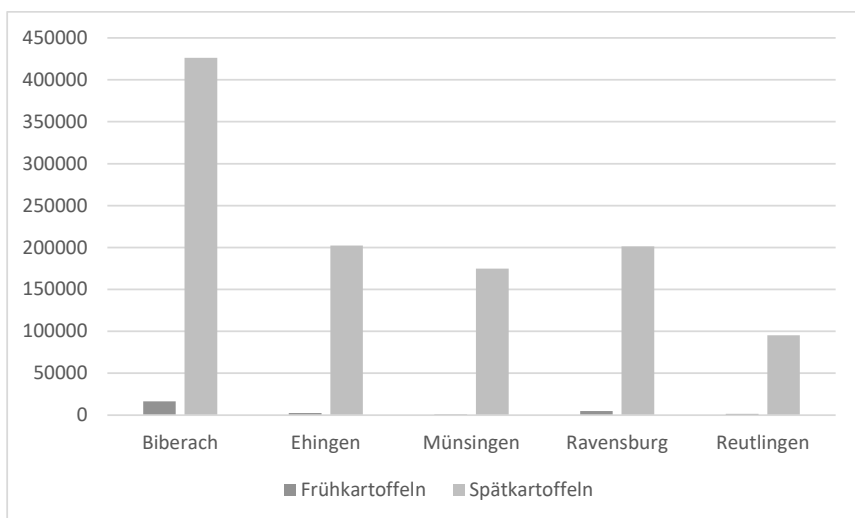


Abb. 13: Kartoffelerträge in ausgewählten Kreisen 1946 in dz.⁷⁶

⁷⁵ Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1947, Nr. 1/2, S. 15–22.

⁷⁶ Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1947, Nr. 1, S. 19.

Die Zählung der Obstbäume erhielt ebenfalls Bedeutung für die Zeit des Ernährungsengpasses. Obst wurde in Notzeiten zur Überbrückung des Getreidemangels verwendet, es war gut zu konservieren und entweder im Garten in der Nähe des Hauses oder auf Äckern und Wiesen angebaut. Ein Vergleich des Bestandes mit dem Jahr 1938 ergab bei Kernobst einen Rückgang um 29,1 Prozent und bei ertragfähigen Steinobstbäumen um mehr als die Hälfte. Der Redakteur führt eine Reihe von Gründen an: Die Bäume litten unter den strengen Wintern 1942 bis 1944 und unter den Schäden durch Kampfhandlungen. Einzelne Baumarten wurden zu speziellen Zwecken verwandt, Walnussbäume wurden z.B. zu Gewerkschaften verarbeitet. Ein wesentlicher Grund für den Rückgang des Obstertrages war die ungenügende Baumpflege, da die Baumwarte eingezogen worden waren. Das sehr schwache Ergebnis musste als Missernte bezeichnet werden. Dies war fatal, da nahezu kein Obst im Handel zur Verteilung kam. Die vorhandene Ernte wurde wegen der schlechten Ernährungslage aus den Hausgärten und Streuobstwiesen von den Produzenten selbst konsumiert, ein großer Teil ging auch in die Mostherstellung.

Wie bereits in Kapitel II 1.3 erläutert, dominierte in Württemberg-Hohenzollern die Landwirtschaft, die Viehwirtschaft im südlichen Landesteil war von besonderem Interesse für die Versorgung mit Nahrungsmitteln.

Der langfristige Vergleich mit den Vorkriegsbeständen zeigte in wesentlichen Bereichen kontinuierliche Verluste. In dieser kritischen Situation wurden auch die jüngsten Zahlen besonders intensiv verfolgt. Hierfür lagen Ergebnisse aus dem Dezember 1944, dem September und Dezember 1945 vor, so dass bereits Trends erkannt werden konnten. Danach waren in den kritischen Monaten des Kriegsendes hohe Verluste durch Kampfhandlungen und Mehrabschlachtungen entstanden, die nicht rasch kompensiert werden konnten. Einige Viehbestände erholten sich nach 1945, allerdings gelang es nicht, das Vorkriegsniveau zu erreichen. Nur mühsam und in kleinen Schritten konnte die geschädigte Substanz wiederaufgebaut werden. Die günstigen Zahlen der Rinder beruhten z.B. zu einem erheblichen Teil auf Jungtieren, die vorläufig nicht genügend Milchertrag brachten und auch nicht als Arbeitstiere eingesetzt werden konnten. Der Schweinebestand war im Lauf des Jahres 1945 insbesondere durch Hausschlachtungen auf einen Tiefstand gesunken, die leichte Erholung 1946 war dagegen vielversprechend, aber die Substanz in beiden für die Fleisch- und Fettproduktion relevanten Bereichen war nach wie vor unzureichend. Der Pferdebestand war nur leicht gesunken, gravierende Auswirkungen hatte aber die Tatsache, dass über die Hälfte der Tiere über 14 Jahre alt war und sich dies entsprechend auf deren Leistungsfähigkeit auswirkte.

Die ungünstigste Entwicklung fand bei den Hühnern statt, deren Bestand um mehr als die Hälfte zurückging. Dies wurde besonders bemerkbar bei Haushalten, die als Nebenerwerbslandwirte diese Tiere halten konnten und darin eine Nahrungsreserve sahen. Die Gründe für den Rückgang sah der Autor der „Zeitschrift für Statistische Landeskunde“ im Futtermangel und darin, dass die Regelung des Freihuhns, nach der eine Familie mit Hühnerhaltung ein Huhn für den Eigenbe-

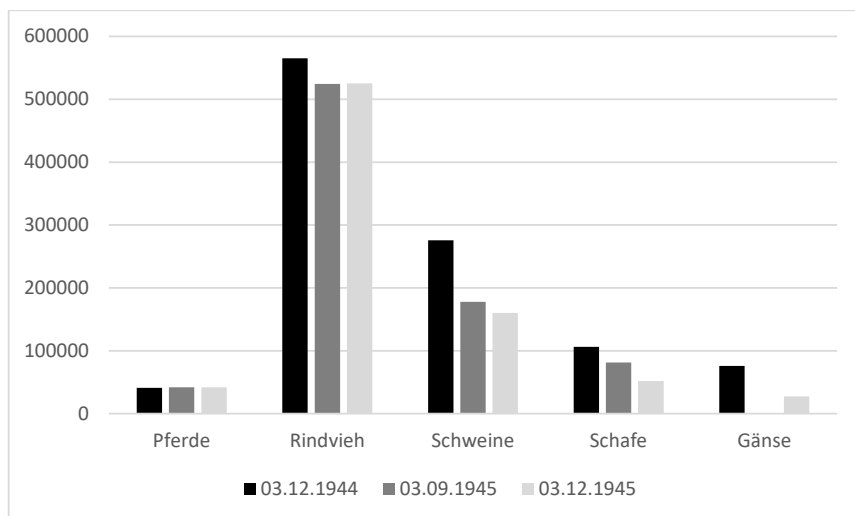


Abb. 14: Der Viehbestand 1944/1945 in Württemberg-Hohenzollern.⁷⁷

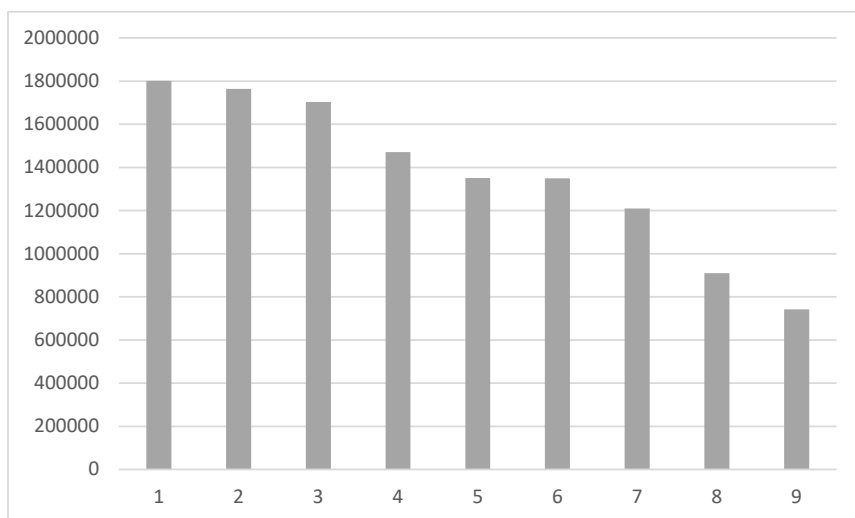


Abb. 15: Entwicklung des Hühnerbestandes 1938–1946 in Württemberg-Hohenzollern.⁷⁸

⁷⁷ Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1946, Nr. 1, S. 4.

⁷⁸ Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1947, Nr. 1/2, S. 62.

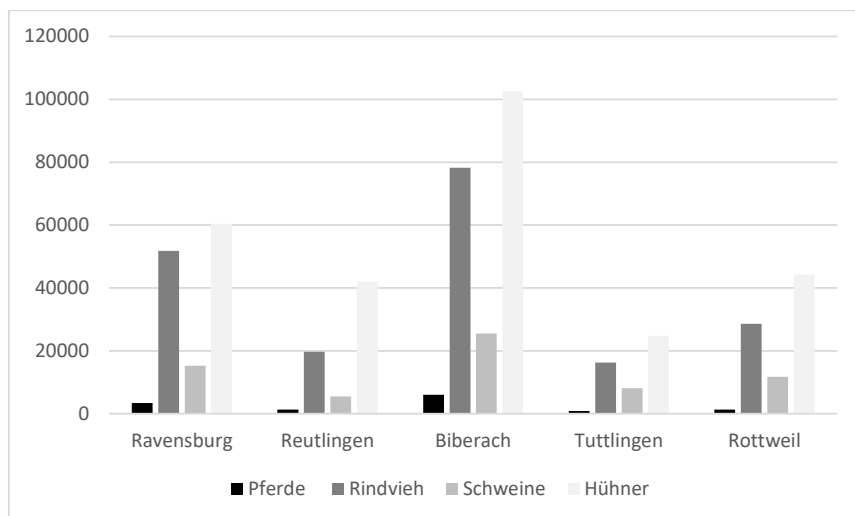


Abb. 16: Viehbestand in agrarisch und industriell geprägten Kreisen am 3. Dezember 1946.⁷⁹

darf nutzen durfte, fortgefallen war. Dadurch sank die Motivation der Nebenerwerbslandwirte, Hühner zu halten. Die Tendenz bei den übrigen gezählten Tierarten war dieselbe: Ziegen, Kaninchen und Bienenstöcke hatten durch den Raubbau und die Vernachlässigung der letzten Jahre ebenso gelitten. Die Statistik zeigt die großen Verluste im Viehbestand mit negativen Auswirkungen auf die Ernährungssituation und auf den Einsatz als Arbeitstiere. Die strukturellen Unterschiede führten zu Ungleichheiten in der Versorgung.

Die Ernte des Jahres 1946 wurde zum vorläufigen Tiefpunkt der landwirtschaftlichen Produktion. Es war ebenso wenig wie 1945 gelungen, das Nahrungsmittelangebot zu steigern. Das katastrophale Ernteergebnis führte zu extremer Verknappung der Lebensmittel, die Folgen waren gravierend, da die letzten Vorräte aus dem Jahr 1945 aufgebraucht waren. Die erhoffte Besserung durch eine neue Ernte war nicht eingetreten, die Lage hatte sich verschlechtert und es war abzusehen, dass im kommenden Jahr 1947 keine Entlastung durch eine Steigerung des Angebots eintreten würde. Der langfristige Vergleich mit den Jahren der unmittelbaren Vorkriegszeit und mit der Entwicklung während des Krieges zeigt die ungünstigen Veränderungen in wesentlichen Bereichen. Die verursachenden Faktoren interagierten in sehr unglücklicher Weise. Dr. Franz Weiß benannte im Landtag in der Regierungserklärung zur Ernährung die Gründe aus seiner Sicht.⁸⁰ Dazu gehörten der Mangel an Arbeitskräften durch die Abwesenheit und Tod der Männer, die langfristige Vernachlässigung des Anbaus und das Fehlen von Dünger und Saatgut.

⁷⁹ Der Viehbestand in Württemberg-Hohenzollern am 3. Dezember 1946 und seit 1938. In: Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1947, Nr. 1/2, S. 57–65.

⁸⁰ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 6. Sitzung vom 30.09.1947, S. 83–86.

Die Maschinen und Fahrzeuge, die schwer instand zu halten waren, fehlten bei der Arbeit und beim Transport. Die stark beschädigte Infrastruktur erschwerte den notwendigen Austausch als Zulieferung von Rohstoffen und zur Versorgung der benachteiligten Regionen.

Diese Ursachen standen im Zusammenhang mit dem Krieg und dessen Folgen, sie hatten mittelfristig und unmittelbar die Verletzlichkeit des Ernährungssystems offengelegt. Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik hatte sich auf Rüstungsproduktion konzentriert und ließ die Landwirtschaft ohne die notwendige Ausstattung. Die Marktbeziehungen waren nach dem Krieg durch die Bildung der Besatzungszonen zerschnitten. Eine Beschaffung der fehlenden Ausstattung war dadurch erschwert. Schwankungen der Witterung trugen zur Verstärkung des negativen Verlaufs bei. Die Zerstörung der Transportwege und der Transportfahrzeuge verhinderten den Austausch und die Zulieferung von Rohstoffen und Produkten. Die Beschädigung vieler energierzeugender Anlagen hatte eine nur begrenzte Zeit der Stromversorgung zur Folge, die die Arbeit der Bauern im Herbst betraf. Die Basis des Nahrungsmittelangebots war durch die Kombination dieser Faktoren schmal geworden. Die Kreisernährungsämter errechneten, wie viele Monate im Jahr sie mit dem aktuellen Angebot ihre Bevölkerung versorgen konnten. Der Referent des Kreises Ravensburg kam auf zehn Monate, im Kreis Reutlingen betrug das Ergebnis zwei Monate. Die Direktion für Landwirtschaft, aus der später das Landwirtschaftsministerium hervorging, errechnete, dass in dem nun entstandenen Land auch in der Vorkriegszeit die Produktionskapazität nicht zur Selbstversorgung ausgereicht hatte. An die gewohnte Zulieferung von außen und die Aufrechterhaltung der Handelskontakte war durch die Zerschneidung der Wirtschaftsgebiete nicht mehr zu denken.

Die geringe zur Verfügung stehende Menge an Nahrungsmitteln war auf verschiedene Weise gefährdet, zusätzlich verringert zu werden. In der Zeit des engen Nahrungsmittelspielraums musste jede Verminderung des Angebots vermieden werden. Käfer befielen die heranwachsenden Kartoffeln, in normalen Zeiten war damit zwar ebenfalls zu rechnen, aber 1945 konnte dadurch das Gleichgewicht des Nahrungssystems ins Wanken geraten. Viele Gemeinden suchten nach Mitteln, diese und weitere Schädlinge zu bekämpfen und setzten z. B. Schulkinder zum Abammeln der Käfer ein. Eine Bedrohung anderer Art waren die illegalen Entnahmen. Im Zusammenhang mit den ungeordneten Verhältnissen der Besetzung standen Plünderungen durch vorrückende Armeeeinheiten, durch befreite Zwangsarbeiter und durch die deutsche Zivilbevölkerung. Auch französische Quellen beschrieben dieses Vorgehen und dessen nachteilige Wirkung. So wies Jean Lucien Estrade, Kreisdelegierter von Tuttlingen in seinem Bericht darauf hin, dass stationierte und durchziehende Truppen übertrieben Requisitionen vorgenommen hatten, obwohl es ihnen verboten war.⁸¹ Die Besatzungsbehörden bemühten sich, diese Entwicklung zu unterbinden. Es gab trotzdem Meldungen aus dem ganzen

⁸¹ Vgl. ESTRADE, Jean Lucien: „Tuttlingen April 1945–September 1949“, 1990, S. 169.

Land, dass „Polen“ (häufig von der deutschen Bevölkerung als Synonym für die Zwangsarbeiter verwendeter Begriff) Bauernhöfe besetzten und die Bewohner zur Herausgabe von Lebensmitteln zwangen. Die französischen Sicherheitskräfte verfolgten diese Raubzüge, schließlich verschwand das Phänomen, als die Rückführung der „Displaced Persons“ in ihre Heimatländer voranschritt bzw. die Verbliebenen in das Arbeitsleben integriert worden waren. Die französische Mission für die Rückführung führte Statistik, dabei werden Unterschiede zwischen den Nationalitäten deutlich. Z. B. wurden aus dem Kreis Balingen 1945 3400 Russen zurückgeführt, in den folgenden Jahren wird stets null angegeben. Es ist davon auszugehen, dass bereits 1945 die meisten Russen in ihr Heimatland zurückgekehrt waren. Die Rückwanderung der Polen verteilt sich so: 1945: 800, 1946: 244, 1947: 129, 1948: 140.⁸² Menschen aus dieser Gruppe hielten sich offensichtlich noch einige Zeit länger im Land auf. Als Motivation dafür wurden die veränderten politischen Verhältnisse im Heimatland Polen angegeben, häufig wurde auch der Wunsch zur Emigration statt der Rückkehr geäußert. Die Zahl der ehemaligen Zwangsarbeiter wurde ab 1946 geringer, den Verbliebenen wurden von den französischen Stellen Arbeitsverhältnisse mit besonderen Zuteilungen vermittelt. Der bedeutendste Faktor des illegalen Abflusses von Lebensmitteln wurde der Schleich- und Tauschhandel, schließlich auch der Schwarzmarkt. Die Produzenten fanden Wege, an der Ablieferung vorbei ihre Lebensmittel gegen Alltagsgegenstände einzutauschen. Das war zwar streng verboten, da dadurch der offiziellen Verteilung weniger Nahrungsmittel zur Verfügung standen, aber solange auf dem offiziellen Markt Gebrauchsgüter nahezu nicht legal zu erwerben waren, konnte der illegale Markt nicht wirksam unterbunden werden. Alle Bereiche der Wirtschaft zur Erzeugung und Verteilung von Gütern waren eng mit dem Ernährungssystem verbunden.

Die Entscheidung über die Verteilung der Lebensmittel lag bei der französischen Militärregierung, die die oberste Staatsgewalt übernommen hatte. Die Ausführung erfolgte durch die deutschen Stellen der Kreise. Alle Vorschriften der Besatzungsbehörden gingen in großer Zahl als Dienstanweisungen bei der Dienststelle der Landräte ein, verdeutlichten die neuen Machtverhältnisse und bestimmten die Zugangsrechte.⁸³ Dies sollte sich auch auf die Ernährung auswirken. Am Beispiel Reutlingen war der Verteilungsschlüssel zu erkennen. Am 21. Juni 1945 entschied die örtliche Militärregierung in Reutlingen, in welchem Maß die Zuteilungen für die Mitglieder der französischen Armee, für die befreiten Kriegsgefangenen und Deportierten erhöht werden mussten. Armeeingehörige erhielten 80g Fleisch, die Gruppe der Befreiten 140g Fleisch täglich, während für die einheimische Bevölkerung Fleisch bereits zur Seltenheit geworden war.⁸⁴

⁸² Vgl. CAPITAINE, Daniel: Verwaltung der DP's. In: Andreas ZEKORN (Bearb.): Blau-weiß-rot: Leben unter der Trikolore, 1999, S. 301–309, hier S. 305.

⁸³ Vgl. Befehle und Anweisungen, Antwortschreiben. 11. Mai–30. Juli 1945. StadtA Rt AdN 15. Militärregierung, 1828, 1833–1835.

⁸⁴ Korvettenkapitän Cosleu, Chef der Militärregierung Reutlingen an den Landrat. StadtA Rt AdN 1841.

Es war offensichtlich, dass die vorhandenen Nahrungsmittel nicht für eine angemessene Ernährung für alle reichen würden. Aus dem Angebot des Landes wurden vorab die französischen Stellen, also primär die Armee und die Mitglieder der Besatzungsbehörden versorgt. Eine erhebliche Menge der Produktion floss in die anderen Länder der französischen Zone. Ein fixer Posten war die erhöhte Zuteilung an die verbliebenen „Displaced Persons“. Die verbliebenen Mengen sollten gleichmäßig auf die Einwohner des Landes aufgeteilt werden. Das Ergebnis bildete die dargestellte Zuteilung. Die Zwangsbewirtschaftung und die rationierte Zuteilung sollten die Verteilung über einen ungeordneten freien Markt verhindern, angesichts des Mangels war eine massive Benachteiligung der sozial Schwachen zu befürchten. Es ist anzunehmen, dass damit eine erhöhte Hungersterblichkeit verhindert wurde. Dagegen stand für den einzelnen Normalverbraucher durch die öffentliche Zuteilung eine bei weitem nicht ausreichende Ernährung zur Verfügung. Verschärft wurde der Mangel durch die Erfahrung, die viele Verbraucher machen mussten. Die Anspruchsrechte, die auf den Lebensmittelmarken fixiert waren, konnten vor Ort nicht eingelöst werden, da die entsprechenden Ressourcen nicht angeliefert worden waren. Die zuständigen lokalen Ämter mussten feststellen, dass selbst die von der Militärregierung vorgesehene sehr geringe Menge von 890 Kalorien in der Praxis unterschritten wurde. Der Ernährungsreferent des Landkreises Reutlingen legte am 6. August 1945 folgende Liste vor und kam zu dem Ergebnis, dass Normalverbrauchern im August 1945 nur 523 Kalorien zugeteilt werden konnten, das beschrieb einen Tiefpunkt in der Nachkriegszeit.⁸⁵ In den „Post-Surrender-Directives“ der Alliierten waren noch vor dem Kriegsende 1745 Kalorien vorgesehen, später wurden die Angaben dadurch ergänzt, dass der Lebensstandard der deutschen Bevölkerung den der anderen europäischen Völker nicht übersteigen durfte.⁸⁶

Exemplarisch kann dies die Liste des Ernährungsreferenten des Kreises Reutlingen zeigen, in der folgende Rationen aufgeführt wurden.

„Die von der Französischen Militärregierung Reutlingen⁸⁷ genehmigten Lebensmittelsätze betragen:

4000 gr Brot	= 8400 Kalorien
400 gr Fleisch	= 480 Kalorien
360 gr Fett	= 252 Kalorien
187,5 gr Käse	= 487 Kalorien
500 gr Nahrungsmittel	= 1750 Kalorien

⁸⁵ Vgl. Ernährungs- und Wirtschaftsreferat: Bericht an die Militärregierung und Oberbürgermeister Kalbfell, 06.08.1945. StadtA Rt AdN 1643.

⁸⁶ Vgl. TRITTEL, Günter J.: Hunger und Politik. Die Ernährungskrise in der Bizone, 1990, S. 49.

⁸⁷ Aus dem Schreiben geht u. a. hervor, dass zu dieser Zeit die Rationen noch von der örtlichen Militärregierung festgelegt wurden, ab Oktober geschah dies einheitlich für die gesamte französische Zone.

12 000 gr Kartoffeln	= 11 040 Kalorien
7l Magermilch	= 2 520 Kalorien
Ergibt für 28 Tage Für 1 Tag	= 24 929 Kalorien 890 Kalorien für Normalverbraucher über 18 Jahre

Zr. Zt. Können gegeben werden:

4 500 gr Brot	= 9 450 Kalorien
400 gr Fleisch	= 480 Kalorien
360 gr Fett	= 252 Kalorien
187,5 gr Käse	= 487 Kalorien
250 gr Nahrungsmittel	= 875 Kalorien
2 000 gr Kartoffeln	= 1 840 Kalorien
3,5 Ltr. Magermilch	= 1 260 Kalorien
Ergibt für 28 Tage Für 1 Tag	= 14 644 Kalorien = 523 Kalorien für Normalverbraucher über 18 Jahre

Reutlingen, den 6.8.45
Fi/Mü.⁸⁸

Die darin abzulesende Situation war signifikant für den Sommer 1945 bei geringen lokalen Besonderheiten, z. B. bei der Versorgung mit Milch. Brotgetreide war vorhanden, ebenso war die Versorgung mit Milchprodukten in Reutlingen dank des unmittelbar wieder instand gesetzten Milchwerkes zuverlässig, in anderen Regionen bestanden hier Defizite. Eine Übersicht der Bezirks-Milchverwertung Reutlingen zeigte, dass die Anzahl der Kühe von 1942 bis 1945 nahezu konstant blieb und die Milchproduktion nur gering zurückging.⁸⁹ Der in den obigen Tabellen dargestellte Mangel resultierte aus der geringeren Nahrungsmittelproduktion, die zu Gunsten der unmittelbaren Verarbeitung des Brotgetreides zu Brot reduziert wurde. Die größte Differenz zu den Erwartungen wiesen die Kartoffeln auf, Frühkartoffeln waren wegen der Kriegseinwirkungen nur wenige angepflanzt worden, die Hoffnung lag nun auf den Spätkartoffeln, deren Ernte im Herbst erfolgen sollte.

Aus den Erhebungen der Verwaltung und den Aufzeichnungen von privater Seite geht hervor, dass die Bevölkerung unmittelbar nach der Besetzung noch über Vorräte verfügte, die offizielle Zuteilung ging bis zur nächsten Ernte allerdings immer weiter zurück und erreichte im Sommer einen Tiefpunkt. Eine optimistische Einschätzung vermittelte Oskar Kalbfell in einer öffentlichen Ansprache in

⁸⁸ Lebensmittelzuteilungen, übersichtsweise für die einzelnen Zuteilungsperioden, 25. Juni 1945–November 1946. StadtA Rt AdN 1679.

⁸⁹ Bezirks-Milchverwertung Reutlingen: Versorgung mit Milch und Käse (28.06.1945–07.08.1947). Statistik über die Gesamtlieferung in Milch. StadtA Rt AdN 1690.

Urach am 10. Oktober 1945.⁹⁰ Wie immer konnten nach der Ernte die Zuteilungen leicht erhöht werden. „Haben wir dann den Winter und das Frühjahr überstanden, dann liegt, so Gott will, das Schlimmste hinter uns.“⁹¹ Der kommissarische Landrat zog diesen Schluss aus der leichten Erholung in manchen wirtschaftlichen Bereichen, so dass trotz des Mangels an Kohle und Energie wenigstens die lebensnotwendigen Betriebe arbeiten konnten – Bäcker und Metzger. Er wies darauf hin, dass Frankreich zwar gewillt, aber auf Grund der eigenen schlechten Wirtschafts- und Versorgungslage nicht in der Lage war, direkt zu helfen.

Einen Einblick in konkrete Probleme und Aktivitäten des Ernährungsamtes eines Kreises ermöglicht der im Januar 1946 retrospektiv angefertigte Bericht des Reutlinger Ernährungsreferenten Krüger über die Zeit seit der Besetzung.⁹² Aufgeführt sind darin die Erfolge und Misserfolge im Bemühen um die Versorgung. Negativ zu Buche schlugen die Ablieferungen, die von der französischen Militärregierung beansprucht wurden, die Hindernisse, die bei dem Versuch auftraten, aus der amerikanischen Zone Getreide einzuführen und die schlechte Getreideernte des Jahres. Auf der positiven Seite stand die Kartoffelernte, die höhere Erträge als erwartet gebracht hatte. Dazu trug auch die Aktion gegen die Kartoffelkäferplage bei, die im Frühsommer mit Hilfe von Jugendlichen durchgeführt worden war. Kartoffeln und Gemüse konnten deshalb ausreichend ausgegeben werden, hier wurde der Anschluss an die Frühkartoffelernte angestrebt. Der Referent versäumte nicht, darauf hinzuweisen, dass das Zurückgreifen auf Kartoffeln in diesem Maß sich von den bisherigen Ernährungsgewohnheiten unterschied. Die ausreichende Versorgung mit Fett und Käse wurde hervorgehoben, ein Ergebnis der schnellen Instandsetzung des Reutlinger Milchwerks bereits im Mai 1945. Das Überleben wurde dem schnellen und effektiven Wirken der Verwaltung zugeschrieben, das auf dem genauen Planen der Rationen auch für die Zeiten des Mangels aufbaute. Nach seinem Bericht verfolgte die Besatzungsregierung zum Teil andere Ziele, im Vorgriff auf erwartete Lieferungen aus der amerikanischen Zone sollten die Rationen erhöht werden, während der Referent sich wegen der ungeklärten Lage der Zulieferung für eine Kürzung einsetzte, die auch durchgeführt wurde. Er hielt fest, dass die französische Zone offensichtlich für längere Zeit auf sich selbst gestellt sei und deshalb darauf gedrungen werde, dass das Umlagesoll der Gemeinden von den landwirtschaftlichen Produzenten aufgebracht werden müsse.

Die Dokumente zeigen die schwierige Lage der Verwaltung zwischen Bevölkerung und Militärregierung. Die Verwaltung ging davon aus, dass es im Interesse der französischen Behörden war, möglichst hohe Werte von zukünftigen Zuteilungen vorzugeben, um die Situation positiver erscheinen zu lassen. Versprechungen

⁹⁰ Vgl. KALBFELL, Oskar: „Unsere Aufgaben in der gegenwärtigen Lage“ – Der Stand der Wiederaufbauarbeit im Kreis Reutlingen – Rede vor Vertretern der Militärregierung und den Einwohnern von Urach, 10.10.1945. 17 Bl. StadtA Rt AdN 13a.

⁹¹ KALBFELL, Oskar: Unsere Aufgaben, 1945, Blatt 5.

⁹² Vgl. Ernährungsreferent KRÜGER: Bericht über die Ernährungslage seit der Besetzung und Ausblick in die Zukunft zur Gemeinderatssitzung, 24.01.1946. StadtA Rt AdN 1655.

von überhöhten Zuteilungen, die nicht eingelöst werden konnten, waren aber nicht im Interesse der örtlichen Verwaltung, die den Beschwerden der enttäuschten Verbraucher ausgesetzt war. Die Militärregierung versuchte andererseits, die Ablieferung der Landwirte durch Druck zu erhöhen, dies stieß ebenfalls an natürliche Grenzen. Als Lösung konnte der Autor nur empfehlen, die Lieferungen aus Gebieten außerhalb der französischen Zone zu steigern und die Beschlagnahmung von Verbrauchsgütern zu reduzieren („Deblocagen“). Dies hätte allerdings eine Änderung der Haltung und der Politik der Besatzungsmacht bedeutet, die das vorläufig nicht als in ihrem Interesse sah.

Die Ernte 1945 hatte nicht die erhoffte Erleichterung gebracht, die Früchte waren schnell verteilt und die Zuteilung 1946 verblieb auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres. Verschärfend wirkte sich aus, dass viele Vorräte aufgezehrt waren. Im strengen Winter 1945/46 bedrohte der Mangel an notwendigen Brennmaterialien die Bevölkerung. Frost zeigte sich als Hindernis für das Transportsystem, die Straßen in den höheren Lagen waren nicht passierbar und die wenigen verbliebenen Fahrzeuge konnten häufig wegen Mangel an Betriebsstoffen und Reifen nicht genutzt werden. Die Gesellschaft war auf ihre unzureichende landwirtschaftliche Produktion zurückgeworfen und erlebte den Jahresrhythmus einer agrarischen Gesellschaft, je größer die Entfernung von der letzten Ernte wurde, desto enger wurde der Nahrungsmittelspielraum. Der Blick auf die gesamte französische Zone zeigt, dass Kartoffeln zum Hauptbestandteil der Ernährung wurden. Das gewohnte wichtigste Lebensmittel Brot wurde knapper, Nahrungsmittel und Zucker konnten für einen längeren Zeitraum nicht mehr zugeteilt werden.

Im Juni 1946 erreichte die Krise einen ersten Höhepunkt in der französischen Zone. Bereits im Mai wurde in Trier auf herumziehende und um Brot und Kartoffeln bittende Kinder hingewiesen, im Kreis Daun wurden für eine Kartoffelsammlung „zur Linderung der größten Not“ Aufrufe an die Bauern ausgehängt, nachdem die Haushalte ihre Bestände aufgebraucht hatten.⁹³ In Württemberg-Hohenzollern wurde eine Zwangsabgabe für die Bauern erhoben, um den Anschluss an die nächste Ernte zu erreichen. Die offiziellen Zuteilungen gingen zur Jahresmitte deutlich zurück, dies ist in der Statistik der gesamten Zone (vgl. Kapitel II. 2.1) wie auch besonders deutlich an den Zahlen der Städte abzulesen. Die Ernährungsverwaltung von Württemberg-Hohenzollern versuchte, durch Sonderumlagen bei den Bauern von 25 kg pro Hof beginnend im Monat April 1946 eine Menge von mehreren Tausend Kilogramm für die Verteilung zu generieren, wissend, dass damit ein Anschluss an die nächste Ernte nicht möglich war und dass damit das Saatgut verringert wurde.

Die Kalorienwerte hatten ihren Jahreshöhepunkt im Januar 1946 mit 1217 pro Kopf/pro Tag erreicht, danach sanken sie kontinuierlich mit dem zunehmenden Abstand zur letzten Ernte, am 20. Februar 1946 wurden pauschal 1200 Kalorien

⁹³ Vgl. ROTHENBERGER, Karl-Heinz: Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg, 1980, S. 121.

genannt, am 10. April lag der Kalorienwert unter 1000, die Brotration betrug 200 gr. täglich (ca. 5 Scheiben), im Juni wurde ein Tiefpunkt erreicht. Erst in der Besprechung am 11. Dezember 1946 wurde eine Statistik vorgelegt, die wieder bessere Werte aufwies, da der Termin nach der Erntebefreiung lag. Es wurde betont, dass diese von drei unterschiedlichen Stellen berechnet worden sei und daher als verlässlich gelten könne. Dies ist als ein Indiz für das allgemeine Misstrauen in die Mitteilungen der offiziellen Stellen über positive Entwicklungen zu werten. Danach betrug die Versorgung

- „von 0–3 Jahren zwischen 962 und 1048 Kal.
- 3–6 Jahren zwischen 1076 und 1239 Kal.
- 6–10 Jahren zw. 1118 und 1226 Kal.
- 10–18 J. 1167 und 1289 Kal.
- Erwachsenen über 18 J. zw. 1013 und 1031 Kal.“⁹⁴

Die Aufstellung ergibt für einen erwachsenen Normalverbraucher ca. 1020 Kalorien, nach einer wie dargestellt auszehrenden Episode im zweiten Nachkriegsjahr konnte auch damit keine Erholung erreicht werden. Die Werte für die weiteren Altersgruppen weisen darauf hin, dass Haushalte mit Kindern die Möglichkeit hatten, intern die Mängel wenigstens geringfügig auszugleichen, das Verfahren ist verbürgt. Die Übersicht offenbart, dass nach einem Jahr mit niedrigen Zuteilungswerten, nicht mit einer spürbaren Verbesserung zu rechnen war, da die Dezember-Zuteilung bereits die ersten Ablieferungen der Ernte des Herbstes enthielt.

Die Unterernährung blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Bevölkerung. Landesweit wurden Verringerungen des Körpergewichts vermerkt, Vertreter des Gesundheitsamtes Reutlingen stellten z.B. in ihren Untersuchungen zuerst eine Verringerung der Gewichte der Schüler fest, danach eine „bedenkliche Gewichtsabnahme der Reutlinger Bevölkerung“, die Lehrer klagten über die nachlassende Konzentration ihrer Schützlinge.⁹⁵ Die Stadtverwaltung stellte Schülerspeisungen und Volksküchen bereit. Im Dezember wurden täglich an über 700 Personen Essen ausgegeben, im Monat summierte sich dies auf 11 000 Essen.

Alle Versuche, das Angebot zu erhöhen, schlugen fehl. Die Produktion konnte nicht gesteigert werden, es fehlte an Saatgut und Mineraldünger. Die landwirtschaftlichen Geräte konnten nur verzögert instandgesetzt werden, da die Materialien und Ersatzteile fehlten.⁹⁶ In früheren Friedenszeiten wurden die Defizite durch Handelsimporte kompensiert, nun waren Zulieferungen von außen schwer zu erhalten. Diese Informationen erreichten auch die Bürgermeistertagungen.

⁹⁴ Landratsamt Reutlingen: Bürgermeistertagungen 1946–1947. Berichte und Protokolle der Tagungen. Hier: Protokoll der Besprechung am 11.12.1946. StadtA Rt AdN 1956.

⁹⁵ Landratsamt Reutlingen: Bürgermeistertagungen 1946–1947, 07.05.1946, S. 6. StadtA Rt AdN 1956.

⁹⁶ Diese Umstände wurden wiederholt beklagt, u. a: Landrätetagung, Schramberg, 01.06.1946, S. 59. StadtA Rt AdN 1957. Ebenso: SCHEFOLD, Willy: Landwirtschaft und Ernährung. In: Max GÖGLER/Gregor RICHTER (Hgg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern, 1982, S. 327–329.

Landrat Oskar Kalbfell referierte am 7. Mai 1946 vor den Bürgermeistern über die Hungersnot in Holland, Jugoslawien und Griechenland, „die ganze Welt mit Ausnahme von Amerika hat heute unter den Folgen des Weltkrieges zu leiden“.⁹⁷ Alle Außenkontakte wurden von den französischen Behörden kontrolliert und waren genehmigungspflichtig. Das stellte mindestens eine bürokratische Hürde dar. Denkbar waren Kompensationsgeschäfte. Da die gewerbliche Produktion auf den französischen Bedarf ausgerichtet war und die Aufträge von den Besatzungsbehörden kamen, entstanden keine Überschüsse, die hier eingesetzt werden konnten. Die weiteren Schwierigkeiten waren darin zu sehen, dass die Nahrungsmittelverknappung alle Regionen betraf und die Weitergabe von Lebensmitteln aus anderen deutschen und europäischen Gebieten nicht zu erwarten war.

Als weitere Verschärfung wurde die potenzielle Ankunft weiterer Verbraucher angesehen. Für den 11. Dezember 1946 wurden allein für den Kreis Reutlingen 20000 Flüchtlinge angekündigt, bereits die Aussicht auf deren Ankunft führte zu aufgeregten Diskussionen.⁹⁸ Vorläufig war dies lediglich ein bedrohliches Szenario, da die Ausführung durch die Weigerung der Militärregierung verhindert wurde. Von ihr wurde die Aufnahme von Flüchtlingen in größeren Kontingenten vorläufig kategorisch abgelehnt. Johannes-Dieter Steinert weist darauf hin, dass sicherheitspolitische Überlegungen und Furcht vor Unruhen im Grenzgebiet die entscheidenden Gründe waren.⁹⁹ Ein Aspekt bei diesen Überlegungen war auch die zusätzliche Belastung der Ernährungslage.

2.3 Stadt und Land – kontrovers oder komplementär? Der Kreis Ravensburg und der Kreis Reutlingen im Vergleich

Berichte aus der Nachkriegszeit konnten im Hinblick auf die Ernährungslage sehr unterschiedlich ausfallen, Hunger konnte der tägliche Begleiter oder nahezu unbekannt sein.¹⁰⁰ Das entspricht dem Befund aus den Quellen, die Verhältnisse wiesen große Differenzierungen auf, zeitlich, sozial und insbesondere regional. Die Daten der Erträge der Ernten und die unterschiedliche Struktur der Beschäftigung zwischen industriell und landwirtschaftlich geprägten Kreisen vermittelten bereits einen Eindruck von den unterschiedlichen Ausgangssituationen der Versorgung und des Bedarfs an Nahrungsmitteln. Die Differenzierung soll durch einen Vergleich zweier Kreise exemplarisch herausgearbeitet werden.

Der Landkreis Ravensburg war ebenfalls von der Hungerkrise betroffen, die Auswirkungen unterschieden sich auf Grund der landwirtschaftlichen Basis und

⁹⁷ Landratsamt Reutlingen: Bürgermeistertagungen 1946–1947, 07.06.1946, S. 1. StadtA Rt AdN 1956.

⁹⁸ Vgl. Landratsamt Reutlingen: Bürgermeistertagungen 1946–1947, 07.11.1946, S. 3. StadtA Rt AdN 1956.

⁹⁹ Vgl. STEINERT, Johannes-Dieter: Flüchtlinge und Vertriebene. In: Wolfgang BENZ (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, 1999, S. 123–129, hier S. 124.

¹⁰⁰ Vgl. Gesprächsprotokolle mit Zeitzeugen, StadtA Rt S 205.

Struktur des Kreises von der Vergleichsregion Reutlingen grundsätzlich. Der Mangel war für die Einzelnen infolge der höheren Zuteilungen und der Möglichkeiten der Selbstversorgung geringer. Durch das höhere Niveau der Produktion fiel dem Kreis in der französischen Zone eine andere Aufgabe zu. Die Viehzucht und andere landwirtschaftliche Produkte der Region wurden für die Armee und die gesamte französische Zone als Zulieferung herangezogen. Aber auch Hamsterer und Schwarzhändler hatten dieses Potenzial entdeckt und traten in großer Zahl auf. Einen Einblick in die Verhältnisse geben das Protokoll der Landrätetagung in Ravensburg und die Aufzeichnungen der Besprechungen im Ernährungsamt.

Das Land Württemberg-Hohenzollern war insgesamt überwiegend landwirtschaftlich geprägt, für den Kreis Ravensburg traf dies in besonderer Weise zu. Folgt man den Daten von Willy Schefold¹⁰¹, ist in dem Land der agrarische Produktionssektor stärker als in anderen Regionen des ehemaligen Reichsgebietes repräsentiert. Bei Kriegsende gehörten 30,3 Prozent der Gesamtbevölkerung zu den Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft im Vergleich zu 20 Prozent in dem Gebiet des Deutschen Reiches. Detaillierte Informationen über den Landkreis Ravensburg lassen sich aus dem Vortrag des Ravensburger Landrats Alfred Bendel anlässlich der Landrätetagung am 2. März 1946 erheben.¹⁰² Die Versammlung hatte sich turnusgemäß in seiner Stadt getroffen, in der Zeit von November 1945 bis zur Wiedereinführung eines Landtages waren diese Zusammenkünfte der Ort der Diskussion und des zentralen Austausches im Land geworden. Die Regierung, zu dieser Zeit als Staatssekretariat bezeichnet, nutzte die Experten als wichtiges Beratergremium, die Verwaltungsspitzen konnten ihre Probleme einbringen und mit Kollegen erörtern. In 17 Tagungen, für die alle Landkreise einmal Gastgeber waren, nutzten die Landräte jeweils den Anlass, um in einem Referat die Situation in ihrem Kreis darzustellen.

Der Referent gab einen Einblick in die Strukturen und in das Leben in seinem Kreis. Dadurch werden die Lebensbedingungen in der Region und die prägenden Strukturen erkennbar. Im Kreis Ravensburg war die Flächennutzung folgendermaßen: Die Landwirtschaft nahm 67 Prozent ein, Wald 26 Prozent und Ödland und Streuwiesen sieben Prozent. Die landwirtschaftliche Nutzfläche bestand zu 18 Prozent aus Getreidebau, vier Prozent aus Kartoffelbau, acht Prozent entfielen auf Hülsenfrüchte und Gartenbau und 70 Prozent auf Viehwirtschaft. Der wichtigste Sektor der Landwirtschaft war demnach die Viehwirtschaft. Die Flächengröße der einzelnen Betriebe wurde als gesunde Mischung angesehen, diese verteilten sich auf zumeist mittlere Betriebe, sehr wenige kleine Betriebe unter 3 ha und ebenso wenige Großbetriebe über 50 ha.

Die verschiedenartigen Bodenformationen und das Erbrecht führten zu unterschiedlichen Strukturen. Während im nördlichen Teil kleinbäuerliche Betriebe mit

¹⁰¹ SCHEFOLD, Willy: Landwirtschaft und Ernährung. In: Max GÖGLER/Gregor RICHTER (Hgg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern, 1982, S. 323–333.

¹⁰² Vgl. Landrätetagung, Ravensburg, 02.03.1946. StAS Wü 2 T 1.

Futterbau und Milchviehhaltung vorherrschten, nahmen die Betriebsgrößen nach Süden zu. Im Donaugebiet wurde vermehrt Getreidewirtschaft mit Ackerfutterbau und der Anbau von Hülsenfrüchten betrieben, im Oberland setzte sich dies mit einem Übergang zum Futterbau fort, im Allgäu herrschte Grünland-Weidewirtschaft und Milchviehhaltung vor. Die Betriebe arbeiteten als Einzelhöfe in mittel- bis großbäuerlichen Formen. Im Bodenseegebiet fand sich zunehmend Obst und Hopfen. Alle Anbauflächen litten während des Krieges, den Rückgang der Produktion führte der Landrat auf Mangel an Arbeitskräften und Düngemitteln zurück. Bereits die Ernte 1945 wies große Einbußen auf.¹⁰³

Durch die Konzentration auf die agrarische Produktion war der Kreis von den Problemen besonders betroffen. Die Viehwirtschaft, die Hauptstütze der Landwirte, konnte wegen Futtermangels nicht in gleicher Weise weiter betrieben werden, das Getreide musste für die Herstellung von Brot genutzt werden. Wegen des Mangels an Dünger litt der Anbau von Futtermitteln ebenfalls. Beides führte zur Reduzierung der Tierhaltung und damit auch zum geringeren Milchertrag. Da der Viehbestand auch durch Ablieferungspflichten an die französische Armee gefährdet war, legte Landrat Alfred Bendel Wert auf die Forderung, „dass unsere Viehbestände mengen- und qualitätsmäßig erhalten bleiben, denn die Viehwirtschaft ist die Haupteinnahmequelle der Bauern des Kreises Ravensburg“.¹⁰⁴ Eine Reduzierung des Bestandes bedeutete nicht nur für die Verbraucher eine Einschränkung, sondern führte auch dazu, dass die Einnahmen der Bauern geringer wurden, die ihnen ermöglicht hätten, sich mit anderen notwendigen Waren zu versorgen. Auch die Erträge im Obstbau wurden geringer, Landrat Bendel führte dies darauf zurück, dass die Baumwarte im Krieg eingezogen worden waren und eine ordentliche Pflege des Bestandes nicht mehr stattfand. Auch in anderen Bereichen litt die Ernte, die Getreideernte 1945 blieb wegen der Trockenheit hinter den Erwartungen zurück. Die Kartoffeln wurden im Winter von Fäulnis befallen. Die Perspektive sah der Referent zu dieser Zeit ebenfalls als nicht günstig an, „denn bis zum Einmarsch der Feindmächte ist das beste Saatgut für Getreide und Kartoffeln aus Gebieten beschafft worden, die jetzt von den Amerikanern und Russen besetzt sind. Wir müssen uns in diesem Frühjahr in der Hauptsache mit eigenem Saatgut durchhelfen“.¹⁰⁵

Ein Engpass bestand in der Landwirtschaft aus der fehlenden Zulieferung von Dünger, der die Grundlage für die Steigerung der Erträge in den letzten Jahren gewesen war. Die nicht mehr gewährleistete Nährstoffversorgung der Böden betraf die gesamte französische Zone und wies auf die Abhängigkeit der Landwirtschaft hin, die auf eine langfristige Entwicklung zurückging. Der Hintergrund war, dass die während der Zeit der Industrialisierung zur Steigerung des Ertrags weiter entwickelte Landwirtschaft Düngungsmaterialien verwenden musste, die nun nicht mehr zur Verfügung standen. „Bedingt durch Rohstoffstreuung und

¹⁰³ Vgl. BENDEL, Alfred: Landrätetagung, Ravensburg, 02.03.1946, S. 8–14. StAS Wü 2 T 1.

¹⁰⁴ Landrätetagung, Ravensburg, 02.03.1946, S. 9. StAS Wü 2 T 1.

¹⁰⁵ Landrätetagung, Ravensburg, 02.03.1946, S. 10. StAS Wü 2 T 1.

Spezialisierung hatte sich die deutsche Industrie seit dem 19. Jahrhundert zu einem Konglomerat von Zuliefererindustrien entwickelt, deren Geschäftsverbindungen nun durch die Zonengrenzen unterbrochen waren.¹⁰⁶ Stickstoff musste eingeführt werden, dieser stand 1946 aber nur in beschränktem Maße zur Verfügung. Weitere Düngemittel mussten künstlich hergestellt werden, genannt wurden hier Kali- und Phosphorverbindungen. Die großen Kaligruben lagen in der sowjetisch und in der britisch besetzten Zone, Phosphorsäure wurde zum Teil im Saarland gewonnen, den die Militärregierung „für den Bedarf des Mutterlandes abzweigte“¹⁰⁷. Die Abhängigkeit vom Import dieser Hilfsstoffe konnte nicht durch eigene Düngung kompensiert werden. Der Referent Bendel stellte fest, „die Landwirtschaft wäre voll einsatzfähig, wenn ihr die notwendigen Hilfsmittel, wie erwähnt, zur Verfügung gestellt würden“.¹⁰⁸

Die Unterschiede in der Versorgung der Bevölkerung sollen durch einen Vergleich zwischen Reutlingen und Ravensburg deutlich werden. Die Zuteilung wurde auch im Kreis Ravensburg von den lokalen Stellen im Rahmen der Zwangsbevirtschaftung in der gleichen Weise wie während des Krieges verwaltet, nun unter der Aufsicht der französischen Militärregierung.¹⁰⁹ Eine repräsentative Bestandsaufnahme findet sich im Bericht für den September 1946. Von Interesse sind dabei nicht nur die Zahlen der Zuteilung, sondern auch die der Kategorien. Daraus lässt sich der Anteil der Selbstversorger bestimmen, der entscheidend war für die durchschnittliche Versorgung im Landkreis. Bedeutsam ist der Hinweis auf die tatsächlich ausgegebenen Rationen.

„D. Ernährungswirtschaft

1. Die Bevölkerungszahl des Kreises, die vom Ernährungsamt betreut wurde, betrug im Monat September

	0–3	3–6	6–10	10–18	Üb. 18	Zus.
Normalverbraucher	3059	3301	4803	6229	34978	52370
Vollselbstversorger	682	1075	1746	3344	15044	22091

¹⁰⁶ ROTHENBERGER, Karl-Heinz: Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg am Beispiel von Rheinland-Pfalz, Stuttgart 1997, S. 161.

¹⁰⁷ Vgl. ROTHENBERGER, Karl-Heinz: Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg am Beispiel von Rheinland-Pfalz, Stuttgart 1997, S. 161.

¹⁰⁸ BENDEL, Alfred: Landrätetagung, Ravensburg, 02.03.1946, S. 14. StadtA Rt AdN 1957.

¹⁰⁹ Die wichtigsten Quellen für diese Aussagen sind die Berichte des Landratsamtes Ravensburg an die Militärregierung (StAS Wü 2 T 1 Nr. 1373) und die Landrätetagung in Ravensburg am 02.03.1946 (StadtA Rt ADN 1957 und StAS Wü 2 T 1). Die Berichte an die Militärregierung liegen für alle Kreise vor. Die Landrätetagungen waren die wichtigste landesinterne Kommunikationsplattform vor der Institutionalisierung des Landtages. Sie fanden in den einzelnen Kreisen statt und die gastgebenden Landräte benutzten die Gelegenheit, den Zustand ihrer Region und deren Probleme darzustellen. Am 2. März 1946 hielt Landrat Bendel seinen Vortrag über Ravensburg.

Teilselbst- Versorger	137	232	409	791	2941	4510
Gemeinschafts- verpflegte	274	80	110	272	3336	4072
Ausländer	23	47	35	57	372	534
	4175	4725	7103	10893	56671	83577

Zulagen an Schwerarbeiter	1. Kategorie	3292
“ “	2. “	3726
“ “	3. “	167
“ “ werdende und stillende Mütter		1056

2. Die Rationen der Lebensmittel für September an Brot, Fleisch, Fett, Käse, Vollmilch, Kartoffeln und Kindernährmitteln konnten ausgegeben werden. Die Ausgabe von Kaffee-Ersatz war nicht möglich, da vom Landesernährungsamt Kaffee-Ersatz nicht zur Verfügung gestellt werden konnte. Zucker wurde nur an Kinder bis zu 3 Jahren und an Zulageempfänger ausgegeben. Die für Kinder von 3–6- Jahren festgesetzte Ration von 750 g je Kind kam in Wegfall.

3. Die im Monat September 1946 ausgegebenen Rationssätze an Lebensmitteln weisen nach meiner Berechnung folgenden Tagesdurchschnitt an Kalorienwerten auf:

Normalverbraucher von	0–3 Jahren	1012
	3–6	1044
	6–10	1141
	10–18	1249
	über 18	1106

4. Die Bestände an Lebensmitteln, welche auf Kartengrundlage verkauft werden, sind klein und reichen teilweise nur wenige Tage aus.¹¹⁰

Die Positionierung der Übersicht und der Umfang im Rahmen des Berichts an die Militärregierung zeigen den geringeren Stellenwert des Themas in der Region an. Der Bericht über die Versorgung im Ernährungsbereich nimmt zwei Seiten ein, Bemerkungen dazu erfolgen nicht bereits in der Einführung in der Form von Hilferufen wie in anderen Kreisen, z. B. in Reutlingen, dort beginnen die Berichte mit den Themen Bevölkerungsstand, Gesundheit und Ernährung und sind oft mit dramatischen Befunden und Hilferufen versehen.

Im ersten Kapitel des vorliegenden Berichtes aus Ravensburg werden die Neuwahlen der Bürgermeister angesprochen, „Ernährungswirtschaft“ ist als Punkt D aufgeführt, steht also erst an vierter Stelle mit geringem Umfang, die folgenden zehn Seiten beschäftigen sich mit der landwirtschaftlichen Produktion und den Ablieferungen. Dies entspricht der Wertigkeit der Bereiche. Im Landkreis litt man auch unter Hunger, aber in wesentlich geringerem Ausmaß als in den Städten. Das

¹¹⁰ Monatsberichte der Landratsämter vom 15.09.–15.10.1946 (17.10.1946), S. 7. StAS Wü 2 T 1 Nr. 1373.

größere Problem bestand darin, die vorgeschriebenen Ablieferungen zu erfüllen, bzw. deren Produktion aufrecht zu erhalten.

Die Versorgung für die einheimische Bevölkerung erfolgte weitgehend nach den vorgegebenen Rationen, d. h. sie konnten zumeist tatsächlich ausgegeben werden im Gegensatz zu anderen Kreisen, in denen diese nicht zur Austeilung kamen, da den Lebensmittelgeschäften nicht genügend Nahrungsmittel zur Verfügung gestellt werden konnten. Deutlich wurde dies durch die Berechnung des Reutlinger Ernährungsreferenten, der sich die Mühe machte, für den Monat August 1945 auszurechnen, dass die tatsächlich ausgegebene Ration 523 Kalorien betrug und nicht wie amtlich bestimmt 890 (s. o.). Auch der Ravensburger Berichterstatter weist auf die unzureichende Versorgung für die Normalverbraucher hin. Die mit 1106 Kalorien angegebene Ration für erwachsene Normalverbraucher führte in der Folge zu zunehmenden Beschwerden über die Arbeitsfähigkeit der Werktätigen und der Hilfskräfte in der Landwirtschaft, ebenso nahmen die Krankmeldungen zu, die zu einem immer größer werdenden Arbeitskräftemangel führten und dadurch die vorgesehene Produktion verhinderte und damit mittelbar auch die Ablieferungen. Die qualitative Ausgabe entspricht den Erfahrungen aus dieser Zeit. An täglichen Zuteilungen standen Brot und Käse zur Verfügung, monatliche Kontingente von Fleisch und Fett, zumeist Butter, gehörten zur alltäglichen Ernährung. Zucker und Kaffee-Ersatz stellten Besonderheiten dar und wurden jeweils einzeln aufgerufen, Zucker zum Beispiel nur für Kinder unter 6 Jahren.

Im Laufe des Jahres waren für die Jahre 1946 und 1947 starke Schwankungen festzustellen. Die Ausgabe von Butter wurde innerhalb der Ausgabezeit gekürzt, so blieben aus einer vorgesehenen Ration im Juli 1946 von 330 g nur noch 250 g Butter (28 Tage). Das weist darauf hin, dass die Fettration mit weniger als 10 g pro Tag hochdefizitär war, für eine Normalversorgung ist von ca. 55 g pro Tag auszugehen¹¹¹, bei dieser Mangelversorgung ist mit Krankheitsanfälligkeit zu rechnen (z. B. Tbc, die tatsächlich stark in den unmittelbaren Nachkriegsjahren zunahm). Die Zulagengruppen erhielten 750 g, 1500 g Brot zusätzlich in der Woche, ebenso 25 g bzw. 50 g Butter. Werdende und stillende Mütter bekamen zusätzlich 3,5 Liter Vollmilch, 125 g Nahrungsmittel und 25 g Butter. Man kann davon ausgehen, dass dieser Zugewinn durch die Notwendigkeiten für Mütter und Schwerarbeiter jeweils aufgezehrt wurde.

Um die Situation des einzelnen Verbrauchers besser einschätzen zu können, muss man den Blick auf das gesamte Versorgungssystem und auf die in der Tabelle ersichtliche Verteilung der verschiedenen Verbrauchergruppen richten. Die offiziell ausgegebenen Lebensmittel nahmen den Weg von der durch das Landesernährungsamt festgesetzten Ablieferung, vorgenommen durch die Bauern an die Großhändler, von dort wurden sie an die Lebensmittelgeschäfte weitergereicht, die sie an die Verbraucher gegen Karten ausgaben. Mit diesen Karten konnten die Einzel-

¹¹¹ Vgl. ROTHENBERGER, Karl-Heinz: Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg am Beispiel von Rheinland-Pfalz, 1997, S. 6.

händler wieder Waren beim Großhändler für die nächste Ausgabe beanspruchen. Das System baute auf der Ablieferung durch die Landwirte auf, denen für ihre Arbeit höhere Rationen zustanden, sie wurden in den Bilanzen als „Selbstversorger“¹¹² geführt. Im Allgemeinen erfüllten die Landwirte ihre Ablieferungspflichten, der Landkreis Ravensburg wies als Besonderheit Überschüsse auf, die in die gesamte französische Besatzungszone bis zum französischen Teil Berlins geliefert werden mussten. Hauptsächlich bestanden diese Lieferungen aus Fleisch, mit Brotgetreide konnte sich der Landkreis selbst auch nur zu drei Viertel versorgen. Im Kreis Reutlingen bestand zum Vergleich damit die Kapazität der eigenen Versorgung nach Berechnung des Ernährungsreferenten nur aus Nahrungsmitteln für 2 Monate im Jahr, das verdeutlicht in welchem Maß es sich hier um einen Zuschusskreis handelte.

Den als Selbstversorgern geführten Bauern wurden weit erhöhte Zuteilungen zugestanden, einige Erträge konnten sie selbst entnehmen, ohne diese Regelung war die zuverlässige Ablieferung vermutlich nicht zu gewährleisten. Angegeben waren dafür nominell die Kalorienwerte, bei verarbeiteten Produkten, wie z.B. Mehl erhielten sie gegen Ablieferung des Kornes die entsprechende Menge ausgehändigt. Zuteilungen erhielten sie ansonsten für Güter, über die sie nicht selbst verfügten. Teilselbstversorger, also Familien mit Nebenerwerbslandwirtschaft, waren nicht wesentlich schlechter gestellt. Diese Gruppen waren nur mittelbar von der Versorgungskrise betroffen. Die oben erfassten Zahlen zeigen die Verhältnisse für den Landkreis Ravensburg im September 1946, auch im Oktober finden sich die gleichen Relationen: Von 83 577 Einwohnern waren 22 091 Selbstversorger¹¹³ und 4 510 Teilselbstversorger. Das bedeutet, 31,86 Prozent der Bevölkerung stand bereits durch diesen Status außerhalb der Zwangsbewirtschaftung und Rationierung. Es ist nach den Untersuchungen von Rothenberger davon auszugehen, dass mindestens ebenso viele mittelbar in der oben dargestellten Weise profitierten.

Durch Untersuchungen in anderen Regionen der französischen Zone ist deutlich geworden, dass in solchen Regionen mit kleinen Städten und Dörfern inmitten von Landwirtschaft ein erheblicher Teil der Bevölkerung durch verwandtschaftliche und persönlich Kontakte von der Nahrungsmittelproduktion mitprofitierte¹¹⁴ oder auch durch die Nähe leichter Gelegenheit hat, durch Mitarbeit gegen Naturalentlohnung versorgt zu werden. Dazu kamen über 7000 Personen mit unterschiedlichen Schwerarbeiterzulagen und 1056 werdende und stillende Mütter. Also blieb

¹¹² In den Berichten werden sie zum Teil auch als „Vollselbstversorger“ geführt in Abgrenzung zu den „Teilselbstversorgern“, hier werden sie einheitlich als „Selbstversorger“ bezeichnet.

¹¹³ Im Kreis Reutlingen waren 20 220 Selbstversorger gemeldet bei einer Einwohnerzahl von ca. 105 000 (= 19,24 Prozent). Zum Vergleich: in der Bizone wurden 1947 14 Prozent der Bevölkerung als Selbstversorger geführt. Angegebener Wert aus: TRITTEL, Günther J.: Hunger und Politik, 1990, S. 220.

¹¹⁴ Vgl. ROTHENBERGER, Karl-Heinz: Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg am Beispiel von Rheinland-Pfalz. 1997, S. 164.

ca. 1/3 der Bevölkerung als der Teil, der auf Normalverbraucherrationen angewiesen war und die informellen Mittel des Tausch- und Schwarzhandels im ländlichen Umfeld leichter zur Aufbesserung der Nahrung nutzen konnte.

In Untersuchungen aus anderen Teilen der französisch besetzten Zone wurden in der Forschung unterschiedliche Größen für den Zugewinn durch Hamsterwesen und Schwarzen Markt errechnet, von 200 bis zu 1000 Kalorien.¹¹⁵ Dies lässt sich nicht exakt ermitteln. Angesichts der günstigen Rahmenbedingungen ist im Kreis Ravensburg von einer Annäherung an den höheren Wert auszugehen. Aus diesen Informationen kann man die Bilanz ziehen, dass die Versorgungsprobleme auch den Kreis Ravensburg erreicht hatten, dass der Einzelne allerdings nicht so gravierend betroffen war, wie die Bewohner von Standorten mit industrieller Produktion. Er war allerdings in anderer Weise in die Hungerkrise involviert.

In der französischen Zone wurde der Kreis zum Lieferanten von Nahrungsmitteln für die ganze Zone, insbesondere Fleisch war nachgefragt. Aus den Berichten an die Militärregierung sind konkrete Zuteilungen und die Relationen zu entnehmen. Für Oktober 1946 wurden an die Normalverbraucher 1106 Kalorien ausgegeben. Wohin die im Landkreis erzeugten Nahrungsmittel gingen, zeigt die Verteilung der im September 1946 erzeugten Butter. Von 143 844 kg blieben 33 378 kg für die Bevölkerung im Kreis Ravensburg. Das französische Militär erhielt 41 102 kg, die übrigen Kontingente verteilten sich auf die umliegenden Kreise an Sammelstellen in Sigmaringen, Urach, Tettngang und Saulgau. Einzelne Berichte wiesen auch Lieferungen nach Berlin auf.¹¹⁶ Der produzierte Käse wurde offensichtlich weiträumig in der Besatzungszone verteilt: von 64 106 kg blieben 8 271 kg in Ravensburg, die Empfänger der übrigen Produktion waren angesiedelt in Kirkel/Saar, Saarbrücken, Mainz, Offenburg, Tettngang und Saulgau.¹¹⁷ Aus der Viehwirtschaft wurden ähnliche Relationen gemeldet: Von den im September/Oktobre 1946 abgelieferten Tieren (Rinder, Schweine, Kälber) wurden 455 an die französische Armee verteilt, 229 blieben in Ravensburg, 148 gingen nach Tirol und 88 an die Saar.

In dem bilanzierenden Vergleich mit den anderen Kreisen zeigt sich, dass die Versorgungsprobleme mit Nahrungsmitteln auch hier sichtbar sind. Primär waren für den Einzelnen die Zuteilungen nominell gleich wie in den anderen Kreisen, ein Unterschied bestand darin, dass diese Lebensmittel auch weitgehend vorhanden waren und ausgegeben werden konnten, wenn auch festgehalten werden muss, dass auch hier das notwendige Minimum unterschritten wurde. Die Bauern wurden für ihr Ablieferungsverhalten gelobt, es ist allerdings davon auszugehen, dass ein relevanter Teil der Produktion dem offiziellen Konsum nicht zugeführt und stattdessen die Nahrung im Umfeld der bäuerlichen Familien damit aufgebessert wurde.

¹¹⁵ Vgl. ROTHENBERGER, Karl-Heinz: Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg am Beispiel von Rheinland-Pfalz, 1997, S. 168.

¹¹⁶ Vgl. Landratsamt Ravensburg: Monatsbericht an die Militärregierung für Mai 1946. StAS Wü 2 T1 1379/083.

¹¹⁷ Vgl. Landratsamt Ravensburg: Monatsberichte der Landratsämter für die Zeit vom 15.09.–5.10.1946. 17.10.1946. StAS Wü 2T 1 Nr. 1373.

Die Struktur der größtenteils mittelgroßen Betriebe hat dies sicher erleichtert. Im Umfeld von Ravensburg war von diesen Zahlen als Minimum auszugehen. Ein erheblicher Teil wurde auf dem Schwarzmarkt umgeschlagen, selbst die Landräte wussten darum und führten den Mangel der Bauern an allen lebenswichtigen Gütern als Grund für deren Bereitschaft zum illegalen Tauschen an.¹¹⁸ Das Aufkommen an Schwarzhändlern wird belegt durch die Polizeistatistik und die Ergebnisse der Straßenkontrollen. Unterhalb der kriminellen Handlungen fand Hamstern in großem Ausmaß statt. Dies war ebenfalls mit Tauschgeschäften oder auch Bettellei verbunden, z. T. auch mit Erntehilfen für die Bauern.

In der landwirtschaftlich ergiebigen Region wurde häufig die Grenze zur Nahrungsmittelkriminalität überschritten. Noch im legalen Bereich befanden sich die Transportgenehmigungen, die durch die landwirtschaftlichen Behörden ausgesprochen wurden, wenn auch die ungewöhnliche Häufigkeit der Anträge mit den üblichen Geschäften nicht mehr in Einklang zu bringen war. Im „Bericht an den Herrn Delegierten des Kreises“ vom 15. November 1946 heißt es: „Abteilung Landwirtschaft. Die Bürotätigkeit war in der Berichtszeit außerordentlich rege. Auf Grund der scharfen Straßenkontrollen durch die französische und deutsche Polizei ist nach wie vor ein großer Andrang wegen Ausstellung von Transportscheinen.“¹¹⁹ Im selben Bericht findet sich: „Straßenkontrollen. Am 19.10.1946 und dem darauffolgenden Tagen hat im Kreis Ravensburg auf Anordnung des Landesernährungsamtes Tübingen durch Kontrolleure des Landesernährungsamtes in Verbindung mit dem Kreisernährungsamt sowie mit der französischen und deutschen Gendarmerie (Straßenkontrollen) durchgeführt. Dabei wurden etwa 8 t Obst und Kartoffeln, die allerdings größtenteils aus Baden oder dem Kreis Saulgau stammten, beschlagnahmt. Ferner kleinere Mengen an Weizen, Fleisch, Käse, Most und Bier. In diesem Zusammenhang wurden etwa 35 000 RM Geldstrafen ausgesprochen. Außerdem wurden diejenigen Landwirte und Bauern, die bewirtschaftete Produkte ohne Berechtigungsschein abgaben, empfindlich bestraft.“¹²⁰

Der Unterschied in der Versorgung zwischen landwirtschaftlich-ländlich und industriell-urban geprägten Kreisen war, wie gezeigt, erheblich. Ausschlaggebend für den Einzelnen war der Status im Versorgungssystem. Am unteren Ende rangierten die Normalverbraucher, in Ravensburg betrug deren Anteil ein Drittel der Bevölkerung, in den Kreisen Rottweil und Reutlingen ca. zwei Drittel, bzw. 80 Prozent. Die Zuteilung für diese Gruppe betrug nach den Informationen der Ernährungsämter bis zu 700 Kalorien mehr pro Kopf und Tag zugunsten des Kreises Ravensburg. Die genannten Rationen konnten in einem agrarischen Kreis tatsächlich ausgegeben werden, während sie in den anderen Kreisen oft nur auf dem Papier standen, die Lieferung der entsprechenden Lebensmittel blieb häufig aus. Auch

¹¹⁸ Vgl. Dr. EISELE: Landrätetagung, Reutlingen, 03.01.1946, S. 26–28. StadtA Rt AdN 1957.

¹¹⁹ Landratsamt Ravensburg: Monatsberichte der Landratsämter für die Zeit vom 15.09.–15.10.1946. 17.10.1946. S. 9. StAS Wü 2T 1 Nr. 1373.

¹²⁰ Landratsamt Ravensburg: Monatsberichte der Landratsämter für die Zeit vom 15.09.–15.10.1946, S. 11. StAS Wü 2T 1 Nr. 1373.

konnten die Normalverbraucher in einem Zentrum der landwirtschaftlichen Produktion leichter und mit geringerem Aufwand an zusätzliche Nahrungsmittel gelangen. Die Kehrseite, das häufige Auftreten von Hamstern und Schwarzhändlern, wurde zum Teil unwillig hingenommen, aber zum Teil auch zum Zweck der eigenen Versorgung mit Gütern aller Art genutzt. Der Vergleich zeigt, dass die Hungerkrise auf alle Kreise und Individuen Einfluss ausübte, wenn auch in unterschiedlicher Weise.

Bis zum Ende des Jahres 1946 hatten sich die wesentlichen Konstituenten des Ernährungssystems der Besatzungszeit herauskristallisiert. Das Nahrungsmittelangebot setzte sich primär aus den im Land produzierten agrarischen Produkten zusammen, die als Ablieferungen der Bauern gesammelt wurden. Nach Berechnungen der Ernährungsämter hatte diese Basis bereits vor dem Krieg nicht zur vollständigen Versorgung ausgereicht. Die Landwirtschaft war dazuhin am Kriegsende in allen Belangen, Ernteflächen, Hektarerträge, Mineraldünger, Landmaschinen und Arbeitskräfte stark vernachlässigt und nicht ausreichend ausgestattet. Zulieferungen kamen als Importe durch Einkäufe aus den Mitteln der Exporte zustande, die von der Militärregierung verwaltet wurden. Gehandelte Produkte waren Getreide und Mais aus den USA und wiederholt auch weitere Lebensmittel, z. B. Linsen aus Syrien. Die erzielte Menge konnte die Ernährungsbilanz nur geringfügig aufbessern, ein wesentlicher Grund war hierzu die weltweite Ernährungskrise, die auch die Einkäufe begrenzte. Kompensationsgeschäfte gingen oft auf Einzelinitiativen zurück, z. B. die Beschaffung von Fischen aus Schleswig-Holstein. Notwendig war auch der Austausch innerhalb der Zone, z. B. von Lebensmittellieferung in das Saarland gegen Kohle. Innerhalb des Landes fand ein Ausgleich zwischen Überschuss- und Zuschusskreisen statt. Die Verteilung basierte im Rahmen der Fortsetzung der Bewirtschaftung auf der Zuteilung von Rationen, die Werte legte die Militärregierung fest. Vorab ging der Anteil an die französischen Behörden, deren Mitglieder voll versorgt wurden. Die Verbraucher des Landes waren gestaffelt. Selbstversorger, Bauern, konnten sich in vollem Umfang aus ihrer eigenen Produktion versorgen, Teilselbstversorger erhielten Lebensmittelkarten für Nahrungsmittel, die sie nicht selbst erzeugen konnten. Normalverbraucher standen am Ende der Skala, Zuschläge erhielten Schwangere und Schwerarbeiter, ehemalige Zwangsarbeiter erhielten ebenso viel. Verbraucher konnten durch Anlegen von Vorräten, diszipliniertes Verteilen oder Beschaffung von zusätzlichen Lebensmitteln reagieren. Die amtlichen Zuteilungen reichten nicht aus.

2.4 Hungerwinter und Dürresommer: Das Hungerjahr 1947

Das Jahr 1947 folgte der zermürbenden jahrelangen Unterversorgung und Enttäuschung über die letzte Ernte des Jahres 1946, die die Erwartungen nicht erfüllt hatte. Die seit 1945 sichtbar gewordene Störungsanfälligkeit des Ernährungssystems wurde durch extreme Witterungsverhältnisse zusätzlich verschärft. Die Dramatik der Situation spiegelte sich in den Diskussionen der politischen Gremien

wider, die nach Lösungen suchten. Zuständig waren die Landrätetagungen und der neu entstandene Landtag von Württemberg-Hohenzollern. Der zentrale und einflussreichste Akteur in diesem Ressort war Dr. Franz Weiß, zu dieser Zeit Landesdirektor für Landwirtschaft und Ernährung. Er befürchtete bereits im Februar 1947 das Schlimmste: „Hungersnot haben wir, aber wir hoffen, dass wir wenigstens die Hungerkatastrophe vermeiden können.“¹²¹ Der Verlauf des Jahres erfüllte die Hoffnungen auf Besserung nicht. In den Verhandlungen des Landtags stellte der Abgeordnete Schwarz am 1. Oktober 1947 fest: „Zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig.“¹²² In derselben Sitzung wies der Abgeordnete Kohler darauf hin, dass von den anderen Bereichen der Wirtschaft auch keine Erleichterung der Situation zu erwarten war: „Wenn von einer drohenden Wirtschaftskatastrophe gesprochen wird, so ist das nicht ganz richtig, denn in Wirklichkeit sind wir schon mittendrin.“¹²³

Die Verknappung des Nahrungsmittelangebots, das im Land bereitgestellt werden konnte, stand einer gestiegenen Anzahl von Verbrauchern gegenüber, denen zudem in unterschiedlicher Weise Zugang zu den Lebensmitteln zugestanden wurde. Der allgemeine Mangel lässt sich in der Ration des Normalverbrauchers abbilden, für viele Stadtbewohner wurde diese Zuteilung zur minimalen Notversorgung, die den Hungertod zumeist verhinderte, aber nach Ansicht der medizinischen Experten nicht ausreichte, langfristige Schäden abzuwenden. Um das Ausmaß und die Ursachen für diese Zuspitzung der Hungerkrise zu erkennen, müssen die materiellen Bedingungen des Ernährungssystems betrachtet werden, die Produktion von Nahrungsmitteln, das Angebot und die Distribution. Als Besonderheit trat im Jahr 1947 eine extreme Witterung zu den einflussreichen Faktoren hinzu. In einigen Fällen muss auch bereits das Handeln der Beteiligten einbezogen werden, ohne diesen Aspekt ist das Angebot nicht vollständig zu erklären. Eine detaillierte Analyse des Bewältigungshandelns folgt in Teil III. Die Darstellung folgt der Struktur der Konzeption und berücksichtigt die Ebenen Land – Kreis – Haushalt.

Produktion, Verteilung und alle Lebensverhältnisse waren 1947 in besonderem Maß von der Witterung beeinflusst. Der strenge Winter 1946/47 traf die Menschen in bedrängter Lage, unterernährt, mit Wohnungsproblemen und unterversorgt mit Kleidung und Heizmaterialien, in die allgemeine Erinnerung ging die Zeit als „Hungerwinter“ ein. Bereits im Dezember 1946 traten die signifikanten Merkmale der Not in Erscheinung. Der Berichterstatter des Landratsamtes Reutlingen wies die Militärregierung auf die Zusammenhänge hin. „Am Ernährungsstand der Bevölkerung zehrt nun außer der Unterernährung auch noch die Kälte. Die Magerkeit der Leute bewirkt, daß sie weit mehr frieren, als in Zeiten normaler Ernährung und daß mehr Frostschäden auftreten.“¹²⁴ Erfrierungen, schlechte Ernährungslage

¹²¹ Landrätetagung, Sulz am Neckar, 17.02.1947, S. 47. StadtA Rt AdN .1957.

¹²² Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 7. Sitzung vom 01.10.1947, S. 90.

¹²³ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 7. Sitzung vom 01.10.1947, S. 102.

¹²⁴ Landratsamt Reutlingen: Bericht an die Militärregierung Reutlingen. Monat Dezember 1946. 09.01.1947, S. 1.

und der Mangel an Brennmaterialien waren Kennzeichen des Jahresanfangs 1947. Die Beobachtungen waren über das ganze Jahr verteilt. Die bereits dargestellte Milchschwäche der Kühe war im gleichen Maße witterungsbedingt, wie das Fehlen des Gemüses. Die Extreme aller Jahreszeiten wirkten sich unmittelbar auf die Versorgungslage aus und ließen die Symptome der Krise noch schärfer hervortreten. Notwendige Futter- und Nahrungsmittel fehlten. Zusätzliche Ernten während des Jahres wurden in Frage gestellt, „Heu-, Öhmd-¹²⁵, Rüben und Gemüseernte“ verzeichneten starke Ausfälle.¹²⁶

Die Witterung des Jahres 1947 nahm durch verschiedene Aufzeichnungswerte eine Sonderstellung „innerhalb der letzten Jahrzehnte“ ein, das betraf den „strengen Winter“, den „extrem heißen und trockenen Sommer“ und zuletzt „die starken Niederschläge“.¹²⁷ Bereits der Winter reihte sich unter die kältesten zehn seit 1766 ein, der Sommer galt als der heißeste in Mitteleuropa seit Beginn der Aufzeichnungen. Die ersten Monate lagen 4°C unter dem langjährigen Durchschnitt, das trockenkalte Wetter herrschte seit Dezember 1946. Der Tiefstwert auf der Schwäbischen Alb wurde am 28. Januar 1947 mit unter -25°C in Trochtelfingen erreicht. Ab März veränderten sich die Verhältnisse grundlegend, nun traten für lange Zeit Temperaturen auf, die bis zum September mit 2 bis 3°C im Monatsmittel über dem langjährigen Durchschnitt lagen. Auch die für die Landwirtschaft wichtigen Niederschläge konnten nicht in gewohnter Weise ihre Wirkung entfalten. Im März traten im Gegensatz zum trockenen Winter vermehrt Niederschläge auf, wegen des gefrorenen Bodens konnte das Wasser aber nicht aufgenommen werden und floss ab. Danach trat deutlich zu wenig Regen auf. Die Zahl der sogenannten heißen Tage mit landesweit Temperaturen über 30°C betrug 35. 80 Sommertage mit über 25°C wurden im Vorland der Alb und im Nagoldtal gezählt.¹²⁸

Von der Kälte des Winters 1946/47 wurden alle europäischen Regionen heimgesucht, Württemberg-Hohenzollern gehörte zu den am stärksten betroffenen Gebieten. Die Schwäbische Alb verzeichnete Extremwerte von -14°C bis -18,5°C am 28. Januar 1947. In Trochtelfingen (Schwäbische Alb) wurden am 28. Januar -25°C gemessen.¹²⁹ Auch im weiteren Jahresverlauf bot das Jahr eine Reihe von Extremen. Überraschenderweise trat Ende August in Trochtelfingen auf der Schwäbischen Alb der erste Frost auf. Im November und Dezember verkehrte sich das regenarme Jahr in das Gegenteil, gemessen an den langjährigen Durchschnittswerten kam es zu 200 Prozent der üblichen Niederschläge. Am 20. Dezember verursachten die

¹²⁵ Der zweite und die weiteren Grasschnitte einer Heuwiese (süddeutsch)

¹²⁶ Vgl. ELWERT, Oskar: Die Witterung in Württemberg-Hohenzollern in den Jahren 1947 und 1948. In: Württembergisches Statistisches Landesamt Tübingen (Hg.): Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1949, Nr. 6, S. 20.

¹²⁷ DAUBERT, Karl: Gedanken und Erläuterungen zu den extremen Witterungsverhältnissen der Jahre 1947 und 1948 anhand der Registrierungen der Wetterwarte Reutlingen. In: Württembergisches Statistisches Landesamt Tübingen (Hg.): Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1949, Nr. 6, S. 25–34.

¹²⁸ Vgl. ELWERT, Oskar: Die Witterung in Württemberg-Hohenzollern, 1949, S. 20–24.

¹²⁹ Vgl. ELWERT, Oskar: Die Witterung in Württemberg-Hohenzollern, 1949, S. 20.

Niederschläge im Schwarzwald die größte Schneehöhe. Als die Schneeschmelze am 27. Dezember einsetzte und diese von starken Regenfällen und starken Winden begleitet wurde, kam es im nördlichen Schwarzwald im Enz- und Nagoldtal zu gewaltigen Hochwassern. Dadurch wurde die Sorge der Klimatologen nicht bestätigt, die auf Grund des letzten Jahres von einer drohenden Versteppung sprachen. Im Winter des Jahres 1947/48 wurde damit die Stromversorgung durch Wasserkraftwerke verbessert und der befürchtete Trinkwassereingpass wurde vermieden. Die Witterung des Jahres 1948 verschonte die Bewohner vor weiteren ähnlich extremen Verhältnissen. Die mehrfachen Einflüsse auf die Versorgung mit Lebensmitteln 1947 wurden bereits dargestellt, für das Jahr 1948 besserten sich die Voraussetzungen.

An einigen Werten lässt sich das Ausmaß des Mangels materiell erkennen. Im industriell ausgerichteten Kreis Reutlingen wurden im Durchschnitt 1947 772 Kalorien ausgegeben, der tiefste Wert lag im Januar 1947 bei 733 Kalorien, auch im Kreis Rottweil pendelten die Rationen zwischen 700 und 800. In der ganzen französisch besetzten Zone betrug der Durchschnitt der vorgesehenen Ausgaben nach Angaben der Militärregierung 1265 Kalorien.

Die Diskrepanzen zwischen den Statistiken wurden bereits bei der Vorstellung der Werte in Kapitel II 2.1 erläutert. Die übergeordnet vorgesehenen Werte sind erstens Durchschnittswerte zwischen sehr unterschiedlichen Teilen der Zone, zweitens beruhen sie auf oft optimistischen Schätzungen, drittens, und dies ist der bedeutendste Grund, konnten die vor Ort tatsächlich verfügbaren Lebensmittel diesen Anspruch in Ermangelung von Zulieferungen oft nicht einlösen.

Bereits im Laufe des Jahres 1946 hatte sich abgezeichnet, dass die Ernte nicht ertragreich sein würde. Zulieferungen von Lebensmitteln waren nicht zu erwarten, für einen möglichen überregionalen Tauschhandel fehlten die Ressourcen, auch die bürokratischen Regelungen zur Überwindung der Zonengrenze bildeten nahezu unüberwindliche Hürden. Der Monatsbericht an die Militärregierung über den Januar 1947¹³⁰ zeigt, wie sich die Verknappung, die Verteilungsproblematik und die Witterung in der Krise zu nahezu unerträglichen Lebensverhältnissen summieren. In immer neuen Anläufen versuchten Institutionen und Individuen, mit kurzfristigen und unpopulären Maßnahmen auf der untersten Ebene das Schlimmste abzuwenden.

Die Ablieferungen waren noch im Gange, aber der Mangel war bereits evident. Ein erster Versuch, das Angebot zu sichern, bestand in der Schließung der kleineren Mühlen durch das Landesdirektorium für Landwirtschaft und Ernährung. Dadurch wurde den Bauern der Weg für eigenständiges und schwer kontrollierbares Mahlen erschwert, aus der Sicht der Behörden wurde eine Schwachstelle für den unkontrollierbaren Abfluss von Brotgetreide geschlossen.¹³¹ Offen blieben die gro-

¹³⁰ Vgl. Landratsamt Reutlingen: Monatsbericht, Januar 1947, 24 Blätter. StadtA Rt AdN 5.93.

¹³¹ Vgl. Landratsamt Reutlingen: Monatsbericht, Januar 1947, S. 12. StadtA Rt AdN 5.93.

ßen Mühlen und das Brotgetreide wurde von dort unmittelbar an die Verteilungsstellen weitergegeben, für die Ausgabe des den Bauern zustehenden Mehls wurde ein anderer Modus gefunden. Die Maßnahme führte zu Unruhen „sowohl bei der Landbevölkerung als auch bei der Arbeiterschaft“ und es wurde die Rücknahme der Maßnahme für April 1947 angekündigt, unter der Voraussetzung, dass die Brotgetreideversorgung sichergestellt sei.¹³² Die Brotzuteilung verblieb mit 200 g pro Kopf und Tag auf einem lange anhaltenden Minimalniveau. Die Versorgung musste neben dem eingeführten Leitnahrungsmittel Brot Alternativen bieten.

An zweiter Stelle standen die Kartoffeln, deren Zuteilung ebenfalls zu gering war. Ein Teil der Bevölkerung hatte trotz „Einkellerungsscheinen“ keine Lieferungen bekommen, im Kreis Reutlingen wurde bemängelt, dass die versprochenen Lieferungen aus den anderen Kreisen nicht eingetroffen waren. Dies war Ausdruck der ungleichen Verteilung der Ernte und der besonderen Not der Industriestädte. Hilfsweise hatte die Militärregierung Kartoffeln freigegeben, die unter der Kälte gelitten hatten. Zucker konnte nur für Jugendliche und Kleinstkinder ausgegeben werden, auch dies war nur durch eine „Spende des Herrn General LAFFON“ möglich. Eine gespendete Vesper für 1700 Jugendliche ging auf General Widmer zurück und wurde in Reutlingen im Gemeinschaftsraum der Firma Emil Adolff freudig entgegengenommen – 100 g Brot, 125 g Wurst, 40 g Käse und ein Teller Suppe.¹³³

Die Fleischversorgung profitierte vom Futtermangel, insbesondere Schweine wurden nicht mehr weiter gemästet, sondern konnten aufgebracht, verteilt und geschlachtet werden. In einer Einzelaktion kamen zusätzlich Fische zur Verteilung, für Reutlingen einschließlich der Vororte Betzingen und Sondelfingen 750 g, für die übrigen Gemeinden des Kreise 250 g. Diese Unterscheidung führte zu Unruhe in der Bevölkerung, die der Logik der Verteilung nicht folgen wollte. Der Grund war die Definition von „Prioritätsstädten“ durch die Militärregierung. Es handelte sich landesweit um vier große Städte, die Zentren der Verwaltung oder Produktion waren (Reutlingen, Tübingen, Ravensburg, Schweningen), der Kreis der Begünstigten wurde später ausgeweitet, der Sachverhalt blieb umstritten.

Der Mangel verwies die Bevölkerung auf die Suche nach Alternativen oder bisher als minderwertig betrachtete Lebensmittel. Das wenig beliebte Maismehl wurde zu Weihnachten in einer Sonderration ausgegeben. Der seit Jahren anhaltende Fettmangel sollte durch das Sammeln von Bucheckern behoben werden, für diese wurde im Gegenzug den Ablieferern Öl überlassen. Der Berichterstatter kritisierte, dass der Umtauschsatz sehr ungünstig angesetzt worden war, so dass dem Kreis Öl verloren ging, da viele es vorzogen, in der benachbarten amerikanischen Zone gegen einen günstigeren Satz zu tauschen. Aus seiner Sicht müsste ein Liter nicht für sechs Kilogramm, sondern bereits für vier Kilogramm ausgegeben werden. Zum Indiz des Hungers wurde der Anstieg der Anträge auf Aufnahme in die

¹³² Vgl. Landratsamt Reutlingen: Monatsbericht, Januar 1947, S. 12. StadtA Rt AdN 5.93

¹³³ Landratsamt Reutlingen: Monatsbericht, Januar 1947, S. 13. StadtA Rt AdN 5.93.

Volksküchenverpflegung, häufig war dies vergeblich, die Kapazitäten waren bereits deutlich überfordert.¹³⁴

Das gesamte Arbeitsleben wurde von fehlenden Glühlampen ebenso behindert wie von fehlenden Fahrrädern für die einpendelnden Arbeiter und von unzureichend zur Verfügung gestellten Schuhen, genannt wird eine Versorgung mit 0,75 Prozent des Bedarfs. Dies entsprach Versorgungsproblemen mit allen notwendigen Alltagsgütern, besonders angemessene Kleidung wurde im Winter vermisst. Die Zuteilung von Anzügen und Mänteln wurde seit zwei Monaten vergeblich erwartet, die seit langer Zeit im kältesten Winter benötigten Öfen konnten nicht beschafft werden. Die Versorgung mit Holz als Brennmittel zeigte die umfassenden Schwierigkeiten. Wegen des strengen Frostes war der Holzeinschlag ausgesetzt, derselbe Grund verhinderte den Transport, dazu kam die Leistungsschwäche der „Langholzpferde“, LKWs fuhren nicht wegen fehlenden Motorenöls. Die Verwaltung hinkte ebenfalls hinterher, Bezugsscheine waren noch nicht ausgestellt, da über den berufsbedingten Bedarf der Handwerker und Betriebe noch keine Klarheit herrschte. Weiträumig wurden Verträge mit umliegenden Gemeinden über Forstnutzung abgeschlossen, die aber ebenfalls wegen der Transportprobleme nicht realisiert werden konnten. Andere Energieformen zeigten dieselbe Knappheit. Kohlelieferungen waren ungenügend, die Gasabgabezeiten mussten eingeschränkt werden, die Elektrizitätsleistung war schwankend. Die Reutlinger Straßenbahn wurde wegen der Strombeschränkungen teilweise stillgelegt. Alle Einschränkungen wirkten auf eine durch Hunger geschwächte Bevölkerung ein, die Faktoren verstärkten sich gegenseitig. Der Berichterstatter musste an eine höhere Instanz appellieren, sein Adressat war die örtliche Militärregierung. Mehrfach wies er darauf hin, dass wegen der großen Not höhere Zuweisungen notwendig seien, um gesundheitliche Schäden zu verringern.¹³⁵

Die Auswirkungen auf alle Bereiche des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens waren evident. Die Lebensgrundlage der Industriearbeiter beruhte auf ihrer Lohnarbeit und damit auf der Möglichkeit der Betriebe, ihre Güter zu produzieren und zu verkaufen. Die Arbeitsmöglichkeiten in zahlreichen Betrieben waren eng begrenzt, zum Teil ebenfalls wegen der Witterung, noch mehr aber durch die fehlenden Aufträge und Rohstoffe. Andererseits war der Mangel an Gebrauchsgütern für den Alltag vielseitig spürbar. Lediglich Firmen, die von der Militärregierung zu Prioritätsbetrieben erklärt und beauftragt wurden, konnten ungestört produzieren.¹³⁶ Andere Betriebe stellten ihre Arbeit ein, Handwerker nahmen Reparaturarbeiten an. Die anhaltend schlechte Lage führte zu der Befürchtung, dass wesentliche Industriebereiche ihre qualifizierte Arbeiterschaft verlieren würden.

¹³⁴ Vgl. Landratsamt Reutlingen: Monatsbericht, Januar 1947, S. 13. StadtA Rt AdN 5.93.

¹³⁵ Vgl. z. B. Landratsamt Reutlingen: Monatsbericht, Januar 1947, S. 1, 2 und 11. StadtA Rt AdN 5.93.

¹³⁶ Vgl. SPEIDEL, Hans: Neubeginn von unten In: Max Gögler/Gregor Richter (Hgg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern. 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen, Sigma-Ringen 1982, S. 47–81, hier S. 44.

Der Bericht des Monats Januar 1947 zeigt exemplarisch die allgemeinen Probleme, die die Versorgung im Laufe des Jahres prägen sollten.¹³⁷ Die Nahrungsmittel waren durch die schlechte Ernte des Jahres 1946 verknappt, im Winter konnten keine zusätzlichen generiert werden. Der Einfluss eines Witterungsextrems reichte aus, die Situation ins nahezu Unerträgliche zu steigern. Die Verteilung der Lebensmittel und anderer lebenswichtiger Stoffe konnte wegen des anhaltenden Frostes nicht durchgeführt werden. Typisch war die Bemühung um mindere Lebensmittel zum Ausgleich. Lokale und kirchliche Behörden richteten karitative Maßnahmen ein. Partiiell wurden auch die Besatzungsbehörden mit singulären Hilfen tätig. Der Lebensunterhalt der städtischen industriell orientierten Bevölkerung war besonders gefährdet. Dem extremen Mangel an Nahrungsmitteln stand ein nur noch rudimentäres wirtschaftliches System gegenüber. Für Arbeitnehmer konnte dies fatal werden, da die Möglichkeiten, die durch Lebensmittelkarten garantierten Zugangsrechte zu realisieren, an Lohnerwerb gebunden waren. Der Auftakt des Jahres 1947 ging in die Erzählungen als Hungerwinter ein. Im Folgenden sollen die Manifestationen der Hungerkrise im Jahr 1947 auf verschiedenen Ebenen konkretisiert und analysiert werden.

Die Verknappung des Nahrungsmittelangebots, das im Land Württemberg-Hohenzollern zur Verfügung stand, war das Ergebnis des komplexen Zusammenspiels verschiedener Faktoren¹³⁸. Dr. Franz Weiß kannte als Minister für Landwirtschaft und Ernährung die Zusammenhänge und stellte sie im September 1947 in der Regierungserklärung zur Ernährungslage für die Abgeordneten in der folgenden Weise exemplarisch zusammen: Die Verknappung an Lebensmitteln war demnach global und von ungeheurem Ausmaß, Schwerpunkte waren in Ostasien, Afrika und Europa lokalisiert. Die Möglichkeiten, das regionale Defizit in Württemberg-Hohenzollern zu kompensieren, blieben vor diesem Hintergrund sehr begrenzt. Die Sicht auf die Welternährungslage und deren Zusammenhänge mit der regionalen Versorgung gehen aus den Ausführungen des Ministers vor dem Landtag am 30. September 1947 hervor, ein Zeitpunkt, zu dem die Krisenerscheinungen innerhalb des Landes in drastischer Weise sichtbar geworden waren, andererseits war die aktuelle Ernte weitgehend eingefahren und sollte ab Oktober verarbeitet und verteilt werden.¹³⁹

¹³⁷ Landratsamt Reutlingen: Monatsbericht, Januar 1947. StadtA Rt AdN 5.93.

¹³⁸ Die Informationen stützen sich auf die Verhandlungen des Landtags für Württemberg-Hohenzollern, insbesondere die Regierungserklärung zur Ernährungslage von Lorenz Bock in der 6. Sitzung vom 30.09.1947. Weitere Hinweise sind den Tagungen der Landräte im Jahr 1947 und den Berichten aus verschiedenen Kreisen an die Militärregierung entnommen.

¹³⁹ Vgl. WEISS, Franz: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 6. Sitzung vom 30.09.1947, S. 83. Dr. Franz Weiß (geb. 1887) studierte Landwirtschaft u. a. in Hohenheim. Nach 1945 wurde er von der Militärregierung als Landesdirektor für Ernährung und Landwirtschaft eingesetzt, zuerst in Stuttgart, dann ab Sommer 1946 bei der provisorischen Regierung von Südwürttemberg. Am 04.12.1946 wurde er Staatssekretär für Landwirtschaft

Zur Einordnung der Lage vor Ort und zur Demonstration der Bewältigungsmöglichkeiten wählte Weiß den Blick auf die Welternährung und deren Zusammenhänge. Danach waren durch den Weltkrieg in den ostasiatischen Ländern Produktionsschwierigkeiten im Reisanbau aufgetreten. Als Reaktion darauf wurden die Versorgungsströme von Getreide aus Amerika nach Asien geleitet. Dazu kam, dass statt der notwendigen 42 Millionen Tonnen auf Grund der reduzierten Produktionsmöglichkeiten nur 28 Millionen Tonnen hergestellt werden konnten. Weitere Hindernisse bildeten Transport- und Finanzierungsschwierigkeiten. Angesichts des gestiegenen Weltgetreidebedarfs schloss Weiß kurzfristige Zulieferungen von außen aus, stellte aber potenzielle Verbesserungen in Aussicht, da sich die Reispromotion in Asien aktuell erhole und damit die Nachfrage nach Getreide weltweit reduziere. Eine beträchtliche Einfuhr gelang an Mais. Da dieser nur als Mehl geliefert wurde, musste im Rahmen der Brotherstellung eine Verwendung gefunden werden, auch wenn die Maismehlbeimischung im Brot bei der Bevölkerung sehr unbeliebt war. Alle europäischen Länder, außer Portugal, hatten auf den Mangel mit Bewirtschaftung der Lebensmittel und der Erschließung neuer Anbauflächen reagiert. Hier warnte der Minister vor überzogenen Hoffnungen. Die eigene Produktion war an Grenzen gestoßen, neben ernährungswirtschaftlichen mussten auch betriebswirtschaftliche Kriterien einbezogen werden. Er hielt es nicht für sinnvoll, unrentable Flächen zu erschließen.

Öle und Fette gehörten seit längerem zu den Mangelprodukten. Die Abhängigkeit vom Weltmarkt zeigte sich unmittelbar in der Versorgung, die weltweite Produktion war von sechs Millionen Tonnen vor dem Krieg auf nun 3,6 Millionen Tonnen besonders durch Produktionsausfälle im asiatischen Raum zurückgegangen. Kompensation erwartete Franz Weiß durch Ausweitung des einheimischen Anbaus, der aber erfahrungsgemäß stets in den Erträgen schwankend blieb. Die Alternative wurde in ungewöhnlichen Wegen, z. B. der Beteiligung am Walfang gesucht, vorläufig wurde dies von englischen und norwegischen Interessengruppen verhindert. Die Knappheit an Zucker war allgemein und deshalb schwierig zu beseitigen.¹⁴⁰

Auf der nationalen Ebene konnte dies nicht kompensiert werden, Zulieferungen aus den Überschussgebieten des Ostens entfielen. Die ehemaligen deutsch besiedelten Länder standen unter alliierter Kontrolle, die europäischen Nachbarn hungerten, die weiter östlich liegenden Gebiete der Sowjetunion durchlitten eine extreme Hungerkatastrophe.¹⁴¹ Zur entscheidenden Grundlage der Versorgung wurde das vor Ort hergestellte Angebot an landwirtschaftlichen Produkten. Der Ertrag an Brotgetreide hatte vor dem Krieg in den südwürttembergischen Landkreisen

und Ernährung im Staatssekretariat für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns, im Juli 1947 Minister für Landwirtschaft und Ernährung bis 1952.

¹⁴⁰ Vgl. WEISS, FRANZ: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 6. Sitzung vom 30.09.1947, S. 86.

¹⁴¹ Vgl. WHEATCRAFT, Stephen/Ó GRÁDA, Cormac: The European Famines of World Wars I and II, 2017, S. 240–269.

150 000 Tonnen im Jahresdurchschnitt betragen und war nun auf 100 000 Tonnen gesunken.¹⁴² Umgerechnet führte der Rückgang zu einem Defizit von 200 g Brot pro Kopf im Jahr. Gerste und Hafer waren um die Hälfte zurückgegangen, die Kartoffelerträge von 500 000 Tonnen auf 300 000 bis 400 000 Tonnen, der Milchertrag betrug 28 Prozent weniger als vor dem Krieg. Der Minister führte dies auf die während des Krieges vernachlässigten und reduzierten Anbauflächen und die geringeren Flächenerträge zurück. Die Gründe dafür waren der Mangel an künstlichen Düngemitteln mit Stickstoff, Phosphor und Kali.

Menschliche, tierische und maschinelle Arbeitskraft stand nur unzureichend zur Verfügung. Viele Bauern waren im Krieg gefallen oder noch in Kriegsgefangenschaft. Lücken hatten die von der Wehrmacht beanspruchten Zugtiere hinterlassen. Maschinen konnten oft wegen fehlender Ersatzteile nicht repariert werden, andere wurden mangels Treibstoffs nicht eingesetzt. Bedarfsgüter aller Art, insbesondere die in der Landwirtschaft benötigten Arbeitsschuhe fehlten überall. Defizite waren in vielen Bereichen spürbar und wurden nicht zuletzt deshalb zum begehrten Gegenstand im Tauschhandel und auf dem Schwarzmarkt.

Die Ablieferungen durch die Bauern mussten nach von der Militärregierung festgelegten Mengen erfolgen, die daraus hervorgegangenen Kontingente wurden nicht nur im Land, sondern in der gesamten französischen Zone verteilt. Württemberg-Hohenzollern als landwirtschaftlich geprägte Region wurde damit zum Versorger der anderen Länder. Das Landwirtschaftsministerium hatte errechnet, dass damit für alle Länder der Zone die Ration von 1000 Kalorien erreicht werden konnte. Alle Produkte im Lande zu behalten, hätte nach der Kalkulation des Ministers für Landwirtschaft und Ernährung ermöglicht, 2000 Kalorien pro Kopf zuzuteilen.¹⁴³ Die Ablieferungsdisziplin der Bauern war nach Auskunft des Ministeriums vorbildlich, dies wurde als Gegensatz zu anderen Ländern gesehen. Die Produktion kam zu zwei Dritteln auf den Markt, ein Drittel blieb in der Landwirtschaft. Die Produkte auf dem Markt gingen zu 40 Prozent an die eigene Bevölkerung und zu 60 Prozent an die anderen Länder und die Besatzungsmacht. Man ging davon aus, dass aus den verbliebenen Lebensmitteln die Zuteilung der festgesetzten Rationen erfolgen sollte. Die Praxis zeigte, dass die vor Ort vorhandenen Güter gerade im Jahr 1947 dafür häufig nicht ausreichten. Im Gegensatz dazu hatte der Minister für Landwirtschaft und Ernährung die Hoffnung, dass nach der vollständigen Erfüllung der Ablieferungen durch die Bauern das Angebot ausreichen würde und dass die Militärregierung eine Erhöhung einzelner Rationen zugestehen würde.¹⁴⁴ Entgegen der Erwartung beschränkte sich dies aber auf singuläre Zuteilungen, die keine grundsätzliche Verbesserung der Lage bedeutete.

Prinzipiell gab es die Möglichkeit der Zulieferung von außen, um die Ressourcen aufzubessern. Tatsächlich konnte dies nicht aus den anderen Ländern der französi-

¹⁴² Vgl. WEISS, Franz: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 6. Sitzung vom 30.09.1947, S. 84.

¹⁴³ Vgl. Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 6. Sitzung vom 30.09.1947, S. 84.

¹⁴⁴ Vgl. Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 6. Sitzung vom 30.09.1947, S. 85.

schen Zone erfolgen, die selbst von Zuschüssen abhängig waren, ebenso wenig von der Besatzungsmacht, da im Heimatland Frankreich dieselbe Not herrschte. Die Möglichkeit des Handels mit anderen Besatzungszonen oder Ländern bestand zwar grundsätzlich, enge Grenzen ergaben sich durch die bürokratischen Verfahren der unterschiedlichen Militärregierungen, durch die fehlenden Devisen und durch das mangelnde Angebot. In den Akten finden sich Hinweise auf Versuche, z.B. Arbeitstiere aus Bayern anzukaufen, was daran scheiterte, dass dieses Land ebenfalls ungenügend ausgestattet war. Über den Stand des Pferdeankaufs aus Dänemark konnte der Ernährungsreferent des Landkreises Reutlingen Herklotz im Februar 1947 berichten.¹⁴⁵ Landrat Victor Renner bemühte sich um den Ankauf von Fischen aus Schleswig-Holstein und Dänemark.¹⁴⁶ Viele Erleichterungen gingen auf die Initiative einzelner Akteure der Verwaltung zurück. Die Akten der Berichte aus den Kreisen enthalten wiederholt Hinweise auf das vergebliche Warten, aber auch auf erfolgte Sonderzuteilungen. Punktuelle Verbesserungen konnten auch durch einzelne Aktivitäten der lokalen Institutionen erreicht werden. Im Frühjahr 1947 konnten kurzfristig die Brotrationen durch Zukäufe von Getreide aus Amerika und Argentinien erhöht werden. Überwiegend konnten „bis 1948 nie mehr als 200 Gramm je Kopf und Tag zugeteilt werden“¹⁴⁷, kurzfristig wurden 300g in Aussicht gestellt, ebenfalls konnten im Frühjahr 1947 Kartoffeln aus USA erworben und verteilt werden.¹⁴⁸

Die Betrachtung der Entwicklung einzelner Nahrungsmittel und deren Herstellung und Verteilung zeigt die Bemühungen der obersten Landesbehörden und deren schwierige Entscheidungssituationen. Das übergeordnete Jahresziel stellte die Garantie von 200g Brot pro Kopf bis zur nächsten Ernte dar. Die Voraussetzungen durch die schlecht ausgefallene Ernte 1946 ließen dies fraglich erscheinen. Im Verlauf des Jahres wurden zur Realisierung dieses Ziels einige unpopuläre Maßnahmen getroffen. Die schon angesprochenen Mühlenschließungen im Januar 1947 wurden von den Bauern als große Zumutung empfunden und waren auch nur vorübergehend aufrecht zu erhalten. Unruhe entstand auch deshalb, weil dadurch die Futtergewinnung umständlich wurde. Die Landwirte konnten nun nicht mehr die gewohnten, nahen Futtermühlen nutzen, da nun nur noch an zentralen Orten mit langen Anfahrtswegen gemahlen wurde. Im Juni 1947 entstand eine Mangelsituation, die durch die zeitliche Distanz zur letzten Ernte nicht ungewöhnlich war. Die Militärregierung verfügte eine Kürzung der Rationen, die gewohnten 200g Brot wurden nun unterschritten, die Verhältnisse spitzten sich zu. Es kam zu Arbeitsnie-

¹⁴⁵ Vgl. Landratsamt Reutlingen: Bürgermeistertagungen 1946–1947, 25.02.1947, S. 3. StadtA Rt AdN 18.1956.

¹⁴⁶ Vgl. Landrättegung, Balingen, 02.02.1946, S.23. StadtA Rt AdN 1957. Landrat Victor Renner, Tübingen, schilderte die Bemühungen des Kreises, mit Hilfe von Händlern Kompensationsgeschäfte zu arrangieren.

¹⁴⁷ SCHEFOLD, Willy: Landwirtschaft und Ernährung. In: Max GÖGLER/Gregor RICHTER (Hgg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern, 1982, S. 328.

¹⁴⁸ Vgl. WEISS, Franz: Landrätetagung, Trossingen, 15.03.1947, S. 28f. StadtA Rt AdN 1957.

derlegungen in Schwenningen und Tuttlingen¹⁴⁹, zudem standen die ersten Landtagswahlen und die Abstimmung über die Annahme der Landesverfassung an. Die Militärregierung hielt es für ratsam, die Rationenkürzung wieder rückgängig zu machen. Um dies zu ermöglichen, erhob das Landesernährungsamt eine Sonderumlage. Jeder Selbstversorger, also jeder Landwirt, musste zehn Kilogramm zusätzlich abliefern. Für die dafür notwendigen Ernteeinsätze erhielten die Bauern keine zusätzlichen Berechtigungskarten für Mehl. Auch dies belastete sie, da sie den Erntehelfern Kost bieten mussten. Der Anschluss an die nächste Ernte konnte damit erreicht werden, eine drohende Versorgungslücke wurde verhindert. Der heiße und trockene Sommer hatte auch Vorteile und führte zu einer sicher eingebrachten Ernte, einem erfolgreichen Frühdrusch und einer hervorragenden Kornqualität, das Ergebnis war deutlich besser als im Jahr zuvor. Die neue Ernte wurde zum 1. Oktober 1947 aufbereitet und zur Verteilung gebracht. Staatspräsident Bock zählte die Umstände auf, die darauf Einfluss hatten. Der Transportfrage kam große Bedeutung zu, die rechtzeitige Freigabe durch die Militärregierung und die ordnungsgemäße Verteilung durch die Verwaltung, die Verbraucher sollten Ruhe und Disziplin zeigen und die Presse wurde gemahnt, die Unruhe durch „tendenziöse Meldungen die begreifliche Sorge der Bevölkerung um das tägliche Brot“ nicht zu steigern und kein Misstrauen in die Behörden zu erzeugen. Er war der Meinung, dies „kann nicht scharf genug verurteilt werden“.¹⁵⁰

Die Versorgung mit Kartoffeln geriet zu einem komplexen Arrangement und verdeutlicht die Anforderungen für die Landesinstitutionen, die zwischen den Besatzungsbehörden und den Verbrauchern mit verschiedenen Variablen arbeiten mussten.¹⁵¹ Vorgesehen waren für die Einkellerung im kommenden Winter pro Kopf 150 kg, die zehn Monate reichen sollten. Die Ausgabe der neuen Ernte sollte vor dem Winter erfolgen, um Einlagerungskosten einzusparen. Die Militärregierung verfügte eine Staffelung der Ausgabe von vorab 100 kg für die Sonderstädte und 50 kg für die übrigen Berechtigten. Diese Unterscheidung rief bereits Unmut hervor. Das restliche Kontingent sollte nach Erfüllung der Lieferauflagen erfolgen, die Militärregierung wollte sicher gehen. Das Ablieferungskontingent betrug einschließlich der Lieferungen nach Berlin 26 000 Tonnen, nach Berechnungen der Landesbehörden mussten demnach insgesamt 150 000 Tonnen erzielt werden, um die Bevölkerung wie geplant zu versorgen. Dies war nach Ansicht der Fachleute möglich, sie hatten sich über den zu erwartenden Ertrag durch Proberodungen informiert. Mit diesem Verfahren wurden in einem definierten Gebiet die Früchte geerntet und daraus der zu erwartende Gesamtertrag für die ganze Fläche errechnet. Die verfügbare Menge an Kartoffeln wurde durch das Abschlachten von Schweinen zusätzlich erhöht. Dieses in Notzeiten angewandte Verfahren führte dazu, dass das nicht verfütterte Getreide und die Kartoffeln den Menschen zur

¹⁴⁹ Vgl. ESTRADÉ, Lucien: „Tuttlingen April 1945 – September 1949“, 1990, S. 122–131.

¹⁵⁰ BOCK, LORENZ: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 6. Sitzung vom 30.09.1947, S. 83.

¹⁵¹ Vgl. WEISS, Franz: Landrätetagung, Trossingen, 15.03.1947, S. 29–32. StadtA Rt AdN 1957.

Verfügung gestellt werden konnte, der Landwirtschaftsminister wies darauf hin, dass dadurch der Nähreffekt verfünffacht wurde. Der Schweinebestand wurde von 343 000 vor dem Krieg auf nun 170 000 reduziert. Dieser harte Eingriff in die bäuerliche Wirtschaft wurde von der Militärregierung und dem Landwirtschaftsministerium gemeinsam getragen. Versichert wurde, dass mit Sachverstand und Rücksicht vorgegangen werde. Die für die Zukunftsplanung notwendigen Zuchtschweine wurden ebenso verschont wie die für die Hausschlachtungen vorgesehenen Schweine. Mit dieser Rücksicht auf das Privileg der Bauern sollte die Akzeptanz der Maßnahme erhöht werden. Die Nachrichten über die in den Zeiten der fehlenden Kohlenhydrate begehrten Gemüse konnten wenig Hoffnung erwecken, die fehlenden Kalorien konnten damit nicht kompensiert werden. Der trockene und heiße Sommer führte zu einem Ausfall von 5000 Tonnen Wintergemüse, ersatzweise wurden Kohlrüben aufgeführt, die allerdings ebenfalls nur in zu geringer Menge eingegangen war. Das Jahr zuvor hatte 16 000 Tonnen erbracht, in dieser Saison war nur mit 5000 Tonnen zu rechnen. Die Verteilung von Winterobst konnte „infolge beträchtlicher Lieferauflagen“ an die Besatzung und wegen minderer Qualität keinen Ersatz bieten.¹⁵²

Der Landwirtschaftsminister betonte im Landtag angesichts der allgemeinen Not sein besonderes Augenmerk auf die Gemeinschaftsverpflegung zu richten und sicherte die Bereitstellung von 60 000 kg Suppen für die Volksküchen zu. Er wies in seinem Fazit darauf hin, dass die „Ernährungslage ernst und unbefriedigend“ sei. Die Verbesserung der Ernährung hielt er für „die unerlässliche Voraussetzung [...] für die Hebung unserer Wirtschaft und den Wiederaufbau Deutschlands, ohne das Europa nicht gesunden kann.“¹⁵³

Die Möglichkeiten, die Herstellung in großem Maßstab zu steigern, waren begrenzt. Diskutiert wurde eine Bodenreform. Die Prognose, damit die Probleme grundlegend zu lösen, war umstritten und die Hoffnungen nicht sehr groß. Die Idee war, dass vor allem die sehr großen Höfe ihre Erträge steigern sollten, aber die landwirtschaftlichen Betriebe von mehr als 100 ha genutzter Fläche umfassten nur 1,52 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche des Landes. Auf den unteren Ebenen der Kreise wurde auch über Zusammenlegung von landwirtschaftlichen Flächen diskutiert, was aber wegen des Widerstandes der Bauern gegen eine „Kollektivierung“ nicht in großem Stil weiterverfolgt wurde.¹⁵⁴

Die Entscheidungen über Ablieferungen und Zuteilungen wurden in Baden-Baden durch die Militärregierung in Abstimmung mit dem Zonenernährungsausschuss getroffen, der allerdings aus der Sicht der Landräte die Erwartungen an eine effektive Vertretung nicht erfüllte. Die verantwortlichen Politiker vor Ort beobachteten dies nicht ohne Misstrauen, da sie die Beschlüsse vertreten und umsetzen mussten. Ein Diskussionsgegenstand war die aus ihrer Sicht allzu willfährige Zu-

¹⁵² WEISS, Franz: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 6. Sitzung vom 30.09.1947, S. 86.

¹⁵³ WEISS, Franz: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 6. Sitzung vom 30.09.1947, S. 86.

¹⁵⁴ Landratsamt Reutlingen: Bürgermeister tagungen 1946–1947, 25.02.1947, S. 1/2. StadtA Rt AdN 18.1956.

stimmung zu harten Maßnahmen. Die kritischen Beobachter sahen einen Zusammenhang mit der schwachen politischen und persönlichen Position der in die Kommission entsandten Delegierten, die von Säuberungsverfahren bedroht waren.¹⁵⁵ Bei der Tagung der Landräte wurde darauf hingewiesen, dass die wesentlichen Vertreter sehr stark durch ihre belastete Vergangenheit geschwächt seien und jederzeit damit rechnen müssten, bei unliebsamen Äußerungen mit der politischen Säuberung „nach Balingen“ (das Internierungslager für verurteilte nationalsozialistisch Belastete) gebracht zu werden. Die NS Karrieren der Gemeinten wurden aufgezählt, es handelte sich um ehemalige Parteimitglieder und Ortsgruppenleiter, SA-Mitglieder, also durchweg überzeugte Nationalsozialisten und Funktionsträger. Aus der Versammlung kam von Landrat Kalbfell die Aufforderung an die für die Entnazifizierung zuständigen deutschen Stellen, „hier einmal energisch zu säubern.“¹⁵⁶ Als Schwierigkeit wurde gesehen, dass sich kaum willige Vertreter finden ließen, die sich dieser äußerst unangenehmen Aufgabe annahmen. Die Diskussion zeigte die Interdependenz der wirtschaftlichen und politischen Bereiche unter den besonderen Bedingungen der Nachkriegszeit. Viele Probleme wurden durch die Anfragen der Landräte an die Landesregierung sichtbar. Franz Weiß musste mehrfach seine Bemühungen erklären, die Anforderungen der Militärregierung in zähen Verhandlungen zu mildern oder diese dann notgedrungen als Diktat zu akzeptieren und dies dann transparent zu machen.¹⁵⁷ Die Tagungen der Landräte wurden zum Schnittpunkt zwischen der politischen Ebene und der alltäglichen Organisation in den Kreisen.

Die Gründe für das sehr knappe Angebot an Nahrungsmitteln sind damit deutlich geworden. Das politisch und wirtschaftlich zufällig entstandene Gebilde war weitgehend auf seine eigenen Produktionsmöglichkeiten verwiesen, die Ernterückgänge in allen Bereichen wurden festgehalten. Zulieferungen von außen beschränkten sich auf einzelne Importe, z. B. das Maismehl aus amerikanischen Beständen, Fische aus norddeutschen Ländern oder Dänemark und den gescheiterten Versuchen, die Ressourcen an Fett durch Beteiligung an Walen aufzubessern. Die Probleme lagen primär darin, dass auf dem globalen Markt Mangel herrschte, bisherige Zuliefergebiete im Osten entfallen waren und die deutschen Nachbarregionen ebenfalls unterversorgt waren. Eine Hürde stellten ebenfalls die Zonengrenzen dar, die von den französischen Behörden besonders betont wurden. Die landwirtschaftliche Produktion im Land war im Vergleich zu anderen deutschen Regionen höher, reichte aber dennoch nicht zur Eigenversorgung aus. Bereits vor dem Krieg traf dies zu, verstärkt wurde dies durch die Einwirkungen und Folgen des Krieges, die die Produktionsmöglichkeiten in jeder Hinsicht schädigten. Gemindert wurde die auszubehende Menge durch die Verteilungsmodalitäten, nach denen zuerst die französische Armee berücksichtigt wurde und danach die weiteren Länder der

¹⁵⁵ Vgl. Landrätetagung, Ehingen/Donau, 18.01.1947, S. 26–28. Diskussion mit Beiträgen von Landrat Kalbfell und Staatsrat Schmid. StadtA Rt AdN 1957.

¹⁵⁶ Landrätetagung, Ehingen/Donau, 18.01.1947, S. 26. StadtA Rt AdN 1957.

¹⁵⁷ Vgl. Landrätetagung, Sulz, 17.02.1947, S. 46. StadtA Rt AdN 1957.

französischen Zone beliefert wurden. Die Ausführungen der obersten Institutionen des Landes haben gezeigt, welche Verfügungsmasse übrigblieb und mit welchen Methoden man versuchte, die extreme Form der Unterversorgung abzumildern. Die Kreise wurden zur nächsten Ebene der Transformation des knappen Angebots in Zuteilungen für den einzelnen Verbraucher.

Die Landkreise wurden zu den Zentren der Verteilung, auf dieser Ebene war der Mangel in besonderer Weise spürbar. Die unpopulären Maßnahmen der Landesstellen zur Ablieferung mussten umgesetzt werden, oft zum Unmut der Bauern. Die Zuteilung an die Verbraucher und damit die Verwaltung des Mangels musste geleistet und vermittelt werden. Andererseits waren die lokalen Institutionen die Anlaufstellen der Rückmeldung für die Not der Menschen. Verwaltungsinterne Anweisungen bereiteten die Angestellten darauf vor, dass auch unangenehme Situationen entstehen konnten, dass es aber ratsam sei, die Ruhe zu bewahren. Die Amtsstuben waren die Anlaufstelle für Klagen, die zum Teil offensichtlich lautstark vorgetragen wurden, beide Seiten mussten zu Sachlichkeit aufgerufen werden.

Die heterogenen strukturellen Voraussetzungen der Kreise schufen unterschiedliche Möglichkeiten der Versorgung. Auf den gemeinsamen Tagungen wiesen die Landräte von Rottweil, Reutlingen und Tuttlingen auf die hohe Zahl ihrer Normalverbraucher hin, die nicht mit der Herstellung von Nahrungsmitteln beschäftigt waren im Gegensatz zu den Landwirten, die als Selbstversorger geführt wurden.¹⁵⁸ Diese industriell geprägten Kreise mussten zusätzliche Unterstützung erhalten, sie wurden als Zuschusskreise definiert, die aus den Überschusskreisen Nahrungsmittel erhalten sollten. Dieser solidarische Ausgleich ermöglichte das Überleben, natürlich traten auch Lücken in diesem Mechanismus auf, besonders im Jahr des großen Mangels.

Die Kreise konnten ihre Interessen bei den Landrätetagungen artikulieren und Aufforderungen an die übergeordneten Stellen richten, zumeist sprachen sie sich gegen überzogene Ablieferungsaufgaben aus. Landrat Alfred Bendel aus Ravensburg wies anlässlich der Tagung in Trossingen darauf hin, dass die erneut erhöhten Auflagen für Ablieferungen von Fleisch und Milch unmöglich zu erfüllen seien.¹⁵⁹ Er erwartete, dass dies durch die Verhandlungen mit der Militärregierung rückgängig gemacht werde. Staatssekretär Franz Weiß rechnete in der Landrätetagung in Trossingen vor, dass der aus seiner Sicht überhöhte Milch- und Fleischplan vom Beginn des Jahres 1947 von veralteten Zahlen über den Bestand an Kühen ausging. „Wir haben vom Juni bis Dezember [1946] 10 000 Stück Vieh verloren. Ich habe bei meinem Plan die Tatsache berücksichtigt, dass geschlachtete Kühe keine Milch mehr geben können.“¹⁶⁰ Sein alternativer Plan wurde von der Militärregierung nicht akzeptiert, es kam zu keinem Konsens und der „Zentralausschuss für Er-

¹⁵⁸ Vgl. Landrätetagung, Trossingen, 15.03.1947, S. 6f. StadtA Rt AdN 1957. Reg. Assessor Lehmann stellte diesen Zusammenhang exemplarisch auf dieser Tagung dar.

¹⁵⁹ Vgl. Landrätetagung, Trossingen, 15.03.1947, S. 28. StadtA Rt AdN 1957.

¹⁶⁰ Landrätetagung, Trossingen, 15.03.1947, S. 30f. StadtA Rt AdN 1957.

nahrung“ des Landes verweigerte die Mitarbeit.¹⁶¹ Die Auseinandersetzungen mit den Besatzungsbehörden über Ablieferungsquoten, die aus Sicht der Bauern unerfüllbar waren, zogen sich durch alle Ebenen und Zeiten. Die Landräte führten offensichtliche Fehlberechnungen von Flächen und unzutreffende Einschätzungen der Erträge an. Für den Kreis Reutlingen rechnete Oskar Kalbfell in der Sitzung des Landtags am 1. Oktober 1947 vor, dass im Jahr zuvor 921 t Getreide aufgebracht wurden, für das kommende Jahr betrug die Auflage auf derselben Fläche 2200 t, er bezeichnete dies als „reine Phantasiezahl“.¹⁶² Dennoch musste hingenommen werden, dass die überhöhten Auflagen von verschärften Repressionen gegenüber den Bauern begleitet wurden. Dies resultierte aus der Vermutung der Besatzungsbehörden, dass nicht alle Lebensmittel abgeliefert worden seien. Beispiele für das Vorgehen gab es mehrfach. So wurde von einem Dorf auf der Schwäbischen Alb (Württemberg) berichtet, welches von französischem Militär umstellt und mit Hilfe deutscher Polizisten durchsucht wurde. Es wurde darauf hingewiesen, dass auch die anschließende Suche nach versteckten Tieren im Wald ohne Ergebnis geblieben war.¹⁶³

Ein Beispiel für die Einschätzung aus einer anderen Perspektive liegt in dem Tätigkeitsbericht des Kreisgouverneurs Jean Louis Estrade aus Tuttlingen vor.¹⁶⁴ Die Ausarbeitung des Anbauplans durch die Militärregierung beruhte auch nach seiner Einschätzung auf überhöhten Annahmen über die bebaubaren Flächen, teilweise wurden Flüsse, Wege und unbrauchbare Wiesen einbezogen. Die Bauern hielten dem zusätzlich entgegen, dass dies wegen mangelnden Saatguts und Arbeitskräften nicht realisierbar sei. Er räumte ein, dass „der Festsetzung des Ablieferungssolls keine solide Basis zugrunde“ lag und die Ablieferungen bewusst überhöht festgelegt wurden.¹⁶⁵ Auf der anderen Seite zeigte sich der örtliche Kreisgouverneur in Tuttlingen sicher, dass die Bauern ihre Produktionskapazität verschleierten und nicht alle ihre Erzeugnisse ablieferten. Die Parteien standen sich voller Misstrauen gegenüber, begleitet von Versuchen der manipulativen Täuschungen auf beiden Seiten.

Die Aufzeichnungen aus den Kreisen vermitteln ein Bild von den zunehmend dringlicher erscheinenden Ernährungssorgen der Bevölkerung. Bereits im Februar 1947 führte der kommissarische Oberbürgermeister von Reutlingen Oskar Kalbfell ein Telefongespräch mit dem Staatssekretariat in Tübingen, um die drängendste Not zu lindern. Den Familien fehlen jegliche Nahrungsmittel, die Krankenhäuser seien nicht mehr versorgt und die Volksküche könne so nicht aufrechterhalten werden. Er beantragte, Reutlingen zum Notstandsgebiet zu erklären, um vom Landes-

¹⁶¹ Landrätetagung, Trossingen, 15.03.1947, S. 31. StadtA Rt AdN 1957.

¹⁶² KALBFELL, Oskar: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 7. Sitzung vom 01.10.1947, S. 91.

¹⁶³ Vgl. KALBFELL, Oskar: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 9. Sitzung vom 06.11.1947, S.143.

¹⁶⁴ Vgl. ESTRADÉ, Jean Lucien: „Tuttlingen April 1945 – September 1949“, 1990, S. 174 f.

¹⁶⁵ Vgl. ESTRADÉ, Jean Lucien: „Tuttlingen April 1945 – September 1949“, 1990, S. 175.

ernährungsamt Sonderzuweisungen zu erhalten: „Herr Staatssekretär Weiss sieht die Notlage ein, kann aber im Augenblick nicht helfen.“¹⁶⁶ Dies war im Hungerwinter nicht der einzige Hilferuf dieser Art. Im Juni schien der Tiefpunkt erreicht, die Brotration wurde von 200g noch einmal herabgesetzt. In den Arbeiterregionen Schwenningen und Tuttlingen kam es zu Arbeitsniederlegungen,¹⁶⁷ die Verminderung der Zuteilung wurde revidiert, allerdings auf Kosten der Bauern, die Zusatzablieferungen zu leisten hatten. Da dies im gesamten Land nicht zu dem gewünschten Ergebnis führte, wurden weitere Versuche unternommen, das Angebot zu steigern. Die Selbstversorger mussten 15 Prozent höhere Abgaben leisten, in Württemberg-Hohenzollern sollten damit im laufenden Vierteljahr 1 000t Brotgetreide mehr aufgebracht werden. Ein Frühdrusch sollte bereits im August zu Ergebnissen führen.¹⁶⁸

Mit zunehmender Entfernung von der letzten Ernte traten neue Versorgungsmängel auf. Im August 1947 stellten Berichtersteller fest, dass es verschiedenen Bevölkerungsgruppen nicht mehr gelang, Körpersubstanz aufzubauen. Im Monatsbericht wurde dies auf die „primitive Nahrung (Gemüse u. a.)“ zurückgeführt, die die offiziellen Zuteilungen ersetzen musste. Als besonders betroffen wurden Kinder zwischen dem 3. und 8. Lebensjahr, Hausfrauen und Mütter und alte Leute beschrieben.¹⁶⁹ In vielen Familien war nach diesem Bericht seit Monaten kein Zucker mehr verfügbar. Zuständig für die Ablieferung vor Ort waren die Bürgermeister und Obmänner, diese hatten die vorhergehenden Ortsbauernführer abgelöst. Von dieser Ebene wurden die Konflikte gemeldet, die zum Teil nur mit Hilfe von Polizisten oder unter Einsatz des französischen Militärs gelöst werden konnten. Auf dem Land setzten sich Bauern gegen die Ablieferungen zur Wehr. „Am Freitag, den 29.8.1947 musste bei der Pferdeumsetzung¹⁷⁰ Amtshilfe durch die Polizei dem Landratsamt Münsingen geleistet werden.“¹⁷¹ Die Situation eskalierte und die Polizeibeamten wurden von dem betroffenen Landwirt, dessen Brüder und Schwestern aus Aichelau zu Hilfe gekommen waren, beleidigt. Der Widerstand musste mit Gewalt gebrochen werden, der Vorgang wurde angezeigt. Der Hintergrund war, dass der Verlust von Arbeitstieren als gravierend empfunden wurde und die Bauern deshalb den Konflikt mit der staatlichen Macht riskierten. Dasselbe Polizeikommissariat bearbeitete im August 1947 allein 27 Diebstähle, einen Raub-

¹⁶⁶ Stadtverwaltung Reutlingen. Aktennotiz über fernmündliche Besprechung mit Herrn Staatssekretär Dr. Weiss am 12.02.1947. 13.02.1947. StadtA Rt AdN 1686.

¹⁶⁷ Vgl. ESTRADÉ, Jean Lucien: „Tuttlingen April 1945–September 1949“, 1990, S. 122–126.

¹⁶⁸ Vgl. Landratsamt Reutlingen: Bericht an die Militärregierung, Juli 1947. 08.08.1947, S. 11. StadtA Rt AdN 5.93–97.

¹⁶⁹ Landratsamt Reutlingen: Bericht an die Militärregierung, August 1947. 10.09.1947, S. 1. StadtA Rt AdN 5.93–97.

¹⁷⁰ Zwangsabholung von requirierten Pferden.

¹⁷¹ Landratsamt Münsingen: Bericht an das Innenministerium in Tübingen, 23.09.1947. S. 11. StAS Wü 2 T1 1379.

überfall, Milchfälschungen und mehrere Schwarzschlachtungen.¹⁷² Die Berichte aus den anderen ländlich geprägten Kreisen bestätigten oder übertrafen dies. Die öffentliche Ordnung wurde durch die Not des Hungerjahres in Frage gestellt. Dies erkannten auch die Besatzungsbehörden. In dem Bericht aus Reutlingen für den Monat September wurde eine französische Kommission zitiert, die zu dem Ergebnis gekommen war, dass seit Juli die zugeteilten Rationen nicht mehr reichen würden, „das Leben zu fristen“.¹⁷³ Mangel bestand insbesondere an Zucker und Fett. Nach der Einbringung der Ernte musste das Getreide verarbeitet werden, im September wurde ein Frühdrusch angeordnet. Im November wurden die Bürgermeister darauf hingewiesen, dass die Ablieferungstermine unbedingt eingehalten werden mussten. Um den Druck zu erhöhen, wurden die Genehmigungen für Hausschlachtungen von der Erfüllung des Liefersolls abhängig gemacht. Tatsächlich trafen die Nahrungsmittel zur Zuteilung im Laufe des Novembers und schließlich im Dezember verstärkt ein. Der Berichterstatter vermerkte, dass sich die Koppelung mit der Verweigerung der Hausschlachtung bewährt habe.¹⁷⁴ Mangel musste dennoch nach wie vor konstatiert werden. Die geordneten Zulieferungen erfüllten die Erwartungen nicht immer. Einge kaufte syrische Linsen z. B. hatten enorme qualitative Mängel und waren zur Hälfte mit Käfern befallen, sie taugten nach Ansicht der Empfänger höchstens als Schweinefutter. Auf der Ebene der Kreise wurde deutlich, dass die Lebensmittel nicht ausreichten und dass der Nahrungsmittelmangel zur Unterversorgung führen musste. Das generierte Nahrungsmittelangebot war für die Bevölkerungszahl weit unter dem erforderlichen Niveau. 1947 wirkten sich darüber hinaus die extremen Witterungseinflüsse aus. Die daraus resultierende zur Verteilung stehende Menge und die Qualität der Lebensmittel ließen keine angemessene Versorgung zu. Zur Verwaltung des Mangels auf unterstem Niveau bestand keine Alternative, die lokale Verwaltung musste zum Teil neue Ungerechtigkeiten in Kauf nehmen, um eine katastrophale Entwicklung für benachteiligte Gruppen zu verhindern. Auf der individuellen Ebene wurde eine Minimalversorgung bereitgestellt, die allenfalls dazu dienen konnte, den unmittelbaren Hungertod zu verhindern. Nach Ansicht aller Fachleute mussten diese Rationen für die Betroffenen allerdings zu langfristigen Schäden führen.

Die Unterversorgung für den Einzelnen wird in der Zuteilung auf individueller Ebene sichtbar, die die Landesregierung im September 1947 als Notration bezeichnete. Die Verantwortlichen waren sich bewusst, dass die Rationen nicht ausreichten, und waren bestrebt, die Lage zu verbessern. Insgesamt bemühte sich die

¹⁷² Landratsamt Münsingen: Bericht an das Innenministerium in Tübingen, 15.11.1947. StAS Wü 2 T1 1379.

¹⁷³ Landratsamt Reutlingen: Bericht an die Militärregierung, September 1947, S. 1. StA Rt AdN 5.93–97.

¹⁷⁴ Vgl. Kreisernährungsamt Reutlingen: Bericht des Kreisernährungsamts an die Militärregierung für die Monate Oktober, November und Dezember 1947. StadtA Rt AdN 1661.

Landesregierung um Beruhigung und Akzeptanz der Situation.¹⁷⁵ In der Regierungserklärung zur Ernährung vom 30. September 1947 teilten Staatspräsident Lorenz Bock und der Minister für Landwirtschaft und Ernährung Dr. Franz Weiß den Landtagsabgeordneten die vorhandenen Mengen und den entsprechenden Anteil für den Einzelnen mit. Die Aufzählung gibt einen Einblick in Quantität und Qualität der vorgesehenen Rationen pro Kopf, für nahezu alle Lebensmittelzuteilungen wurden Einschränkungen, Minderungen oder Vorbehalte angemerkt:

- 200 g Brot pro Tag/Kopf (Maismehlanteil 40 Prozent), 180 000 Arbeiter in Gewerbebetrieben erhielten 50 g mehr
- Maismehlbeimischung, der Anteil wird sukzessive herabgesetzt
- 15 kg Kartoffeln im Monat
- Nahrungsmittel 250 g pro Kopf/Monat in Städten
- 400 g Hülsenfrüchte (im Monat)
- Fleisch 540 g (im Monat)
- 150 g Fett (im Monat)
- Kurzfristig 250 g Schweinefleisch (2 Monate)
- Zucker: eigene Produktion reichte wegen der Trockenheit nicht, keine Zuteilung für Erwachsene
- Fische sollten in Hamburg und Dänemark, Schleswig-Holstein angekauft werden, 2 Verteilungen im Winter
- Milchzuteilung war nur für Kinder vorgesehen, nicht für Erwachsene
- 125 g Käse monatlich
- Eier: 35 pro Kopf/Jahr
- Gemüse konnte nur in einzelnen Aufrufen gegeben werden
- 25 kg Obst pro Kopf pro Jahr
- Kaffeersatz und Suppen ohne Einschränkung
- Ölfrüchte waren wegen der geringen Erträge knapp, Zukauf durch die Militärregierung war angekündigt, aber noch nicht geliefert
- 5 kg Obst wurden einmalig verteilt¹⁷⁶

Der in dem Kapitel II. 2.1 dargestellte Jahresverlauf der Kalorienwerte zeigt, dass besonders in den städtischen Gebieten die vorgesehenen Rationen zumeist nicht ausgeliefert wurden, da die Nahrungsmittel entgegen den theoretischen Berechnungen und Prognosen nicht zur Verfügung standen. Die für Normalverbraucher ausgegebenen Rationen bewegten sich in den Kreisen Reutlingen und Rottweil im Jahr 1947 durchgehend zwischen 700 und 800 Kalorien. Jeder Einzelne musste danach streben, zusätzliche Lebensmittel zu bekommen, legal oder illegal.

Für einzelne Gruppen waren Sonderzuteilungen vorgesehen, die spärlich gewordene Milch war Kindern vorbehalten. Privilegiert durch eine erhöhte Brotzutei-

¹⁷⁵ Vgl. BOCK, LORENZ und WEISS, Franz: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 6. Sitzung vom 30. September 1947, S. 82–86.

¹⁷⁶ BOCK, LORENZ: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 6. Sitzung vom 30.09.1947, S. 82f.

lung waren Arbeiter in Vorzugsbetrieben, die für die französischen Dienststellen produzierten, Stadtbewohner erhielten in einzelnen Aufrufen zusätzlich Nahrungsmittel. Die Behandlung von „Sonderstädten“ führte wiederholt zu Unruhe in der Bevölkerung. Die Militärregierung hatte ursprünglich vier Städte mit mehr als 20 000 Einwohnern als Sonderstädte bestimmt: Ravensburg, Reutlingen, Schwenningen und Tübingen.¹⁷⁷ Zu Unmut führte der Umstand, dass nur diejenigen Arbeiter begünstigt wurden, die in den Städten wohnten, während die in den umliegenden Ortschaften und einpendelnden Beschäftigten der Industrie nicht berücksichtigt wurden. 1947 wurden weitere 20 Sonderstädte benannt, deren Bewohner erhielten allerdings keine größeren Rationen, sondern wurden lediglich vorab versorgt. Der Status der Sonderstädte blieb umstritten und die Landesregierung bemühte sich um die Revidierung, bzw. Abschaffung dieses Status, der in der angespannten Situation zusätzlichen Konfliktstoff barg.

Die real ausgegebenen Rationen lassen sich nur durch die Unterlagen der Ernährungssämter vor Ort oder durch die Berichte an die Militärregierung ermitteln. Höhere Zuteilungswerte zeigt die Abbildung 10 „Vorgesehene Lebensmittelrationen für Normalverbraucher in Kalorien pro Tag“.¹⁷⁸ Die Zahlen geben die von der Militärregierung für die gesamte Zone angesetzten Daten wieder und bewegten sich im Jahr 1947 weitgehend zwischen 1200 und 1300 Kalorien. Auch Mathias Manz schreibt ihnen lediglich einen ersten Eindruck von der Lebensmittelversorgung zu, die Werte konnten in Württemberg-Hohenzollern nicht realisiert werden.¹⁷⁹

2.5 Sensitivität: Die Folgen für die Betroffenen, für das Ernährungssystem und für die Gesellschaft

Das Konzept der Vulnerabilität eröffnet gleichzeitig soziale, systemische und personale Zugriffe mit Perspektiven auf die Störung der Organisation der Beschaffung und Verteilung von Nahrungsmitteln im Rahmen des Ernährungssystems und auf die existenzielle Verwundbarkeit des Einzelnen. Das Versorgungssystem erwies sich in den Nachkriegsjahren als sehr empfindlich und in seiner Funktionalität bedroht, am schärfsten traten die Störungen im Jahr 1947 auf. Die Ursachen dieser Anfälligkeit sind unter anderem sowohl in langfristigen Prozessen einer industrialisierten Gesellschaft, in der Wirtschafts- und Rüstungspolitik der Nationalsozialisten als auch in kurzfristig auftretenden Schocks durch die Folgen des Krieges zu

¹⁷⁷ Vgl. SPEIDEL, Hans: Neubeginn von unten, 1982, S. 54.

¹⁷⁸ MANZ, Mathias: Stagnation und Aufschwung in der französischen Besatzungszone 1945–1948, 1985, S. 34.

¹⁷⁹ Der Berichterstatter an die Militärregierung in Ravensburg merkte an, dass die örtlich festgelegten Rationen ausgegeben werden konnten, ohne Ziffern anzugeben. Daraus kann entnommen werden, dass in Orten, die von landwirtschaftlichen Betrieben umgeben waren, die vorgesehenen Werte realisiert werden konnten. Entscheidend war die tatsächliche Verfügbarkeit über die Nahrungsmittel vor Ort.

sehen. Als bedrohte Einheiten¹⁸⁰ müssen alle Ebenen des Systems gelten: das Land, die Kreise, die Haushalte und die Individuen. Im Land Württemberg-Hohenzollern als einem geschlossenen Wirtschaftsgebiet lässt sich das zur Verfügung stehende Nahrungsmittelangebot bestimmen. Auf dieser Ebene lässt sich die Nahrungsmittelknappheit quantitativ erfassen und mit früheren Werten bzw. mit den für eine angemessene Versorgung notwendigen Mengen vergleichen. Durch die statistischen Werte und die Berichte lassen sich Rückschlüsse auf die Vulnerabilität des Systems, auf die anfälligen Bereiche und die Ursachen der Störung ziehen. Die Kreise wurden zu Verwaltern des Mangels. Auf der Ebene des Haushalts und der Individuen wurde der Mangel zu Hunger. Die für das Individuum ermittelte Zuteilung in Kalorien bedeutete Unterernährung bis an die Grenze der Entbehrung jeglicher Nahrung.¹⁸¹ Diese Zusammenhänge verdeutlichen, wie die Verknappung von Lebensmitteln von Ebene zu Ebene weitergegeben wurde und am Ende den Einzelnen traf und vor existenzielle Probleme stellte. Die Erfahrung der persönlichen Vulnerabilität wurde zum Ausgangspunkt der individuellen und gesellschaftlichen Handlungen. Die persönlichen Auswirkungen des Hungers wurden feststellbar als nachlassende Vitalität, Anfälligkeit für Krankheiten und im äußersten Fall als erhöhtes Sterberisiko. Die Auswirkungen der Unterernährung differierten nach der Dauer, der Belastung und dem Alter des Betroffenen. 1947 erlebte die Bevölkerung das dritte Jahr des Mangels nach sechs Kriegsjahren. Das bedeutete Auszehrung und wenig Aussicht auf eine Verbesserung der Situation. Alle Berichte enthielten individuelle oder summarische Hinweise auf den schlechten Zustand der Bevölkerung. Die Beobachtungen, die in den Berichten an die Militärregierung weitergegeben wurden, bezogen sich auf besonders vulnerable Gruppen, Jugendliche, Mütter, alte Menschen und Fabrikarbeiter. Bereits im November 1946 berichtete das Landratsamt Reutlingen an die Militärregierung über Schulkinder: „Die Untersuchung der Kinder aus den Volksschulen der Stadt Reutlingen hat gezeigt, dass von ihnen ein großer Teil (bei den Knaben etwa 1/3, bei den Mädchen etwa 1/4 so bedenklich unterernährt ist, dass sie dringend eines Lebensmittelzusatzes bedürfen, sollen Dauerschäden vermieden werden. Besonders mager sind die Kinder vom 6.–9. Lebensjahr. Bei den umfangreichen Untersuchungen von Rentenbewerbern und Nachuntersuchungen von Invaliden- und Angestelltenrentnern ergibt sich mit voller Deutlichkeit, dass viele von ihnen, die unter friedensmäßigen Ernährungs-, Kleidungs- und Heizungsverhältnissen wieder gesund und arbeitsfähig geworden wären, nun vermutlich dauernd invalide bleiben, da für ihre Wiederherstellung die

¹⁸⁰ Vgl. KRÄMER, Daniel: Vulnerabilität und die konzeptionellen Strukturen des Hungers. Eine methodische Annäherung. In: Dominik COLLET/Thore LASSEN/Ansgar SCHANBACHER (Hgg.): Handeln in Hungerkrisen, 2012, S. 45–65, hier S. 59. Nahrungsmittelknappheit hat nicht in allen Einheiten die gleichen Auswirkungen. Daniel Krämer schlägt deshalb vor, in der Untersuchung zwischen den exponierten Einheiten eines Systems zu unterscheiden.

¹⁸¹ Entspricht dem in der internationalen Hungerkrisenforschung verwendeten Begriff „food deprivation“. Vgl. NEWMAN, Lucille F.: Hunger in History, 1995, S. 11.

nötige Nahrung, Kleidung und Wärme – u. a. auch die richtige Zubereitung von Speisen und von Bädern fehlen.“¹⁸²

Im November 1947 wurde festgestellt, dass auch die Neugeborenen betroffen waren. Dies wurde vom Berichterstatter mit der „zu dürftigen Ernährung der werdenden und stillenden Mütter“ in Zusammenhang gebracht.¹⁸³ Es war zu befürchten, dass die Zahl der Unterernährten weiter steigen würde und auch bisher nicht Betroffene erreichen würde. An anderer Stelle wurden die erhöhten Anstrengungen genannt, die jeder aufbringen musste, um Nahrung und die vielen dazu notwendigen Karten und Ausweise zu beschaffen. Da für die Versorgung der Familien durch das Fehlen der Männer die Frauen weitgehend zuständig waren, traf diese Belastung Mütter stärker als andere Gruppen.

Negative Auswirkungen auf die Arbeitskraft und Leistungsfähigkeit wurden aus allen Städten berichtet, dabei wirkte sich auch die schlechte Qualität der Nahrung aus, besonders der Mangel an Eiweiß, Fett und Vitaminen. Auch das Landratsamt Sigmaringen stellte die Zusammenhänge zwischen den ungleichen Verhältnissen zwischen Belastungen und der Versorgung her. Es wird von den „immer gleichen Schwierigkeiten“ berichtet: „[...] starker Leistungsabfall der Arbeiterschaft infolge schlechter Ernährung, unregelmäßiges Erscheinen zur Arbeit wegen anderweitiger Inanspruchnahme (Erntehilfe, Holzeinschlag, Einholung von Lebensmitteln usw.) unzureichender Versorgung mit Arbeitsschuhen und Arbeitskleidung. Die Ernährungslage ist sehr ernst. Arbeitskraft und Gesundheit lassen täglich nach. Die ungenügende Versorgung mit Kartoffeln, Fett, Brot usw. führt zu einer zunehmenden Abnahme der Leistungsfähigkeit, die sich vor allem bei schweren körperlichen Arbeiten bemerkbar macht.“¹⁸⁴ Das Reutlinger Arbeitsamt konnte im Mai 1947 keine Arbeitskraftreserven mehr rekrutieren. Andererseits gaben einige Arbeitskräfte ihre im letzten Herbst aufgenommene Tätigkeit wieder auf, um Eltern oder Verwandten bei der Landwirtschaft zu helfen, dies versprach Naturallohn. Die Fabriken gerieten dadurch in große Not. Schließlich wurde bekannt, dass sich Arbeitnehmer krankschreiben ließen, um in den Genuss der Krankenzulage zu kommen (ca. 2000 Kalorien).

Als besonders auffällig unterernährt erwiesen sich in den Untersuchungen des Gesundheitsamtes Kinder zwischen drei und acht Jahren, Frauen und alte Menschen. Im Oktober 1947 wurde festgestellt, dass die Ernährung der über 70-Jährigen besonders betroffen war. Bisher konnten sie mit der Sonderzuteilung von „Altersmilch“ versorgt werden, dieser Variante wurde die Grundlage durch die schlechte Futterlage für die Kühe und die lange Trockenheit entzogen. Alternati-

¹⁸² Landratsamt Reutlingen: Monatsbericht der Landratsämter, November 1946. StadtA Rt AdN 5.93.

¹⁸³ Vgl. Landratsamt Reutlingen: Monatsbericht der Landratsämter, November 1947. StAS Wü 2 T 1 Nr. 1379/125.

¹⁸⁴ Landratsamt Sigmaringen: Tätigkeitsbericht an das Innenministerium, 25.10.1947. S. 2. StAS Wü 2 T 1 Nr. 1379/271.

ven, etwa durch Nahrungsmittel ließen sich aktuell nicht realisieren.¹⁸⁵ Ein Schlaglicht auf die Versorgung warf der Befund, dass die Kriegsgefangenen, die aus amerikanischer oder britischer Gefangenschaft zurückkehrten, sich in einem ordentlichen Gesundheits- und Ernährungszustand befanden, dies stand im Gegensatz zu den Heimkehrern aus französischer und russischer Gefangenschaft. Aber auch innerhalb der Stadtgesellschaft wurden die Unterschiede deutlich. In seinen Aufzeichnungen beschrieb dies der Reutlinger Journalist Erich Graf: „Gegen Ende des Jahres konnte man nach dem Aussehen und der Gesichtsfarbe der Menschen drei Kategorien von Typen unterscheiden. Solche die nur von zugewiesenen Kalorien und Kartoffeln sich ernährten (was man für eine Familie von 4 Personen für die ganze Woche an Lebensmitteln kaufen konnte, war mit 10 RM reichlich bezahlt). Die zweite Gruppe setzte sich aus Bewohnern zusammen, die organisieren und tauschen konnten. Da sich viele Besitzer von Hühnern bei den vorgeschriebenen Kontrollen ‚verzählten‘ waren stets Eier übrig, das Stück zwischen drei und fünf RM. Ein halbes Pfund Butter kam auf 50 RM und ein gut gefütterter Stallhase auf 40 RM. Die dritte Gruppe gehörte aber zu denjenigen, die aus USA „gift“-Pakete erhielten. Es war kein Gift in den eingenähten Kartons, sondern hochwertige Lebensmittel und viel Kaffee.“¹⁸⁶

Ein Stadt-Land-Gegensatz wird deutlich, den der Berichterstatte des Landratsamtes Münsingen aus eigener Anschauung und nicht ohne Stolz dem Innenministerium schilderte: „21.11.47. VIII. Bericht des Gesundheitsamtes:

Der Gesundheitszustand kann umso günstiger angesehen werden, je mehr sich unser Leben den natürlichen Lebensverhältnissen nähert. Die Gesundheit wird daher bei der an das Landleben angepassten Bevölkerung unseres Kreises durch die Not und die Entbehrungen unserer Zeit weit weniger angegriffen als die in dieser Beziehung weit empfindlichere städtische Bevölkerung.“¹⁸⁷

In den Kreisen mit urbanen Zentren musste der Verfall der Gesundheit in besonderer Weise beobachtet werden. Ablesbar ist dies an den Daten der meldepflichtigen Neuerkrankungen.

Vieles deutet darauf hin, dass sowohl die Witterung als auch die Ernährung zum Anstieg der Zahlen beitrugen, beide Faktoren trafen auf bereits geschwächte und ausgezehnte Menschen. Zu Jahresbeginn 1947 betrug die monatlichen Werte zwischen 35 und 39 neue Fällen, in den folgenden Monaten ging dies wieder zurück, um im November auf 70 anzusteigen. Auffällig sind die Zahlen für Scharlach, aber auch für Diphtherie trotz der Impfungen in den Schulen.¹⁸⁸ Dabei handelt es

¹⁸⁵ Landratsamt Reutlingen: Bericht an die Militärregierung, Oktober 1947. 08.11.1947), S. 1. Wü 2 T 1 Nr. 1379/105.

¹⁸⁶ GRAF, Erich: Geschichte der Stadt Reutlingen 1945 bis 1960. Reutlingen 1970. [Maschinengeschriebenes Manuskript], S. 91. StadtA Rt Db 1256.

¹⁸⁷ Landratsamt Münsingen: Bericht an das Innenministerium in Tübingen. 30.11.1947. StAS Wü 2 T1 1379.

¹⁸⁸ Nach neuen Statistiken sind pro 100.000 Einwohner jährlich elf Diphtheriefälle zu verzeichnen, vgl. Infektionsepidemiologisches Jahrbuch für 2018: <https://www.rki.de/DE/>

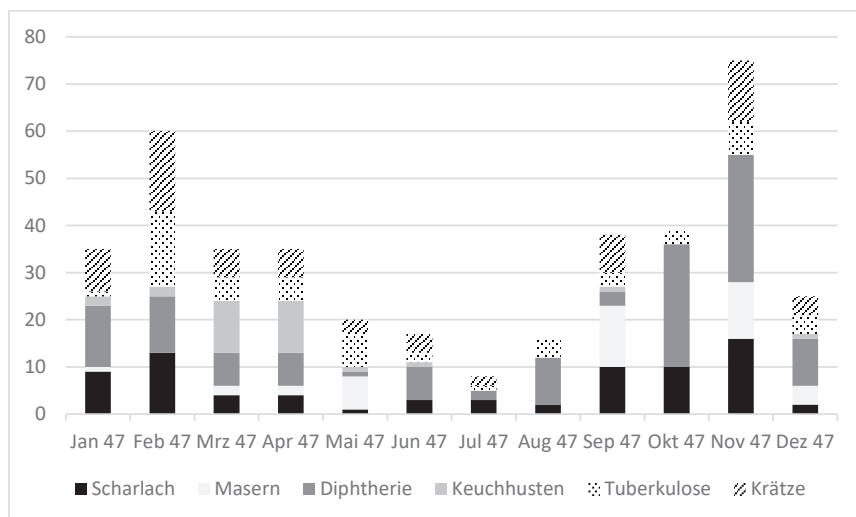


Abb. 17: Meldepflichtige Neuerkrankungen 1947 im Kreis Reutlingen.¹⁸⁹

sich um Infektionskrankheiten, die auf geschwächte Immunsysteme trafen. So hielt im selben Zeitraum der Berichterstatter des Landratsamtes Sigmaringen die gleiche Entwicklung fest und diagnostizierte im Oktober 1947, dass „die Widerstandskraft gegen Infektionskrankheiten [...] praktisch aufgehoben“ war.¹⁹⁰ Bei den erhöhten Zahlen muss zusätzlich berücksichtigt werden, dass es sich um Durchschnittswerte des Kreises handelte, also ebenso ländliche Gemeinden eingeschlossen sind und, dass sich die Krankheitsfälle auf Städte (Pfullingen und Reutlingen) konzentrierten. Bedenklich waren die Tuberkulosefälle, hier sahen Mediziner einen engen Zusammenhang mit der Ernährungssituation. Zusätzlich wurde im Monatsbericht des Septembers vermerkt, dass in diesem Berichtszeitraum 3037 Anträge auf zusätzliche Krankenernährung, davon 425 Tbc-Anträge ausgestellt wurden, die Zahl stieg im November auf 581 ausschließlich für diese Krankheit.¹⁹¹ Die Zahl der Dauererkrankten hinter diesen Neuerkrankungen ist als relativ hoch anzunehmen. Die Tuberkulose wurde genau verfolgt, die Sterblichkeitsziffer wurde mit 1938 verglichen sie betrug „damals 4,7 gegenüber 8,9 im Jahr 1946“ und

Content/Infekt/Jahrbuch/Jahrbuecher/2018.html, PDF, S.75 ff. (Letzter Abruf: 28.07.2023). Der Landkreis Reutlingen hatte zu dieser Zeit zumeist etwas mehr als 100000 Einwohner und erreicht diese Zahl der Krankheitsfälle monatlich.

¹⁸⁹ Landratsamt Reutlingen: Monatsberichte, Januar 1947 bis Dezember 1947. StadtA Rt AdN 93–97.

¹⁹⁰ Landratsamt Sigmaringen: Tätigkeitsbericht an das Innenministerium. 25.10.1947, S. 3. StAS Wü 2 T 1 Nr. 1379/271.

¹⁹¹ Vgl. Landratsamt Reutlingen: Monatsbericht, September 1947, 09.10.1947, S. 1. StAS Wü 2 T 1 Nr. 1379/147.

hatte sich damit nahezu verdoppelt.¹⁹² In der medizinischen Statistik der Todesursachen wurde die Krankheit besonders aufgeführt und eine durch den Krieg und die erste Nachkriegszeit bedingte hohe Sterblichkeit vermerkt. Als Vorbedingungen einer Verringerung der Tbc-Häufigkeit wurden von Dr. med. B. Zeller von der Abteilung Gesundheitswesen im Innenministerium die Verbesserung der Wohnsituation und der Ernährungslage genannt: „So verdichtet sich also jegliche Betrachtung der gesundheitlichen Verhältnisse unseres Landes zu der nachdrücklichen Forderung einer nach Menge und Zusammensetzung ausreichenden Ernährung, die allein die Voraussetzung bieten kann, der weiteren Ausbreitung aller Krankheiten und der Volksseuche im Besonderen Einhalt zu tun und die biologische Gesundheit unseres Volkes zu erhalten.“¹⁹³

Die Anzahl der Todesfälle in Württemberg-Hohenzollern verringerte sich leicht nach Kriegsende, im Jahr 1945 traten mehr Sterbefälle als Geburten auf, in der Statistik wurde dies als Übersterblichkeit vermerkt.¹⁹⁴ Für die Stadt Reutlingen ist eine hohe Durchschnittszahl aus allen Monaten für das Jahr 1947 von 23 Todesfällen pro 1000 Einwohner zu verzeichnen. Verantwortlich war dafür u. a. der jahreszeitlich bedingte Tiefpunkt der Temperatur am Ende des Winters, der Zusammenhang wurde häufig beobachtet. Dennoch sind die Werte auffallend hoch, sie sind annähernd vergleichbar mit den Opferzahlen der Bombenangriffe am Kriegsende 1945.

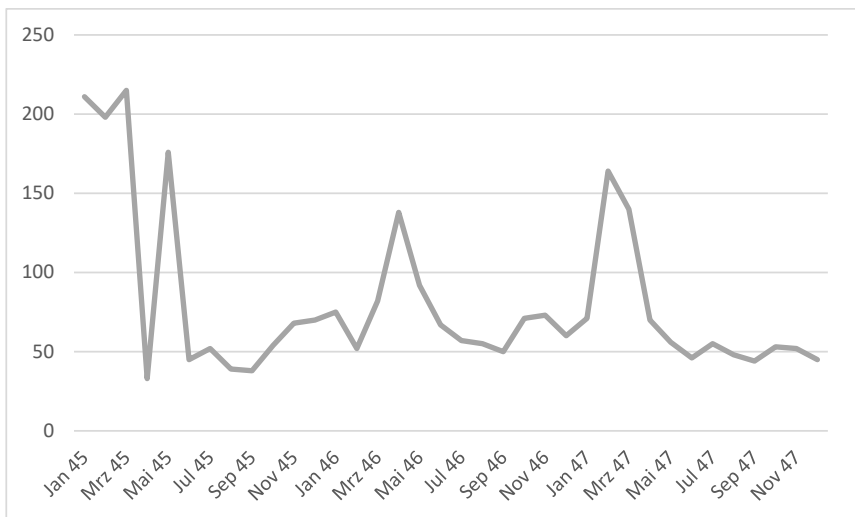


Abb. 18: Entwicklung der Sterbefälle in der Stadt Reutlingen, 1945–1947¹⁹⁵

¹⁹² Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1948, Nr. 6, S. 68.

¹⁹³ Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1948, Nr. 6, S. 71.

¹⁹⁴ Vgl. Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1948, Nr. 6, S. 28.

¹⁹⁵ Standesamt Reutlingen: Sterbe-Erstbuch. Jahrgänge 1945–1947.

Todeszahlen dieser Art sind nicht leicht zu interpretieren. Die Einzelfälle können auf länger andauernde Krankheiten zurückgehen, in diesem Fall kamen die zurückkehrenden Kriegsgefangenen hinzu, die häufig Leiden aus den Kriegereignissen oder Gefangenenerlagern mitbrachten. Es ist aber plausibel anzunehmen, dass die zusätzliche Schwächung durch die mangelhafte Ernährung die Erholung erschwerte und häufiger zum Tode führte.

2.6 Konflikte, Perspektiven und Entspannung im Jahr 1948

Die Trümmer waren weitgehend beseitigt und Wohnungen wurden wiederhergestellt, aber die Sorge um die Ernährung blieb auch 1948 das zentrale Problem der Nachkriegsgesellschaft. Die Entwicklung führte zu einer ambivalenten Stimmung. Nach drei Jahren permanentem Mangel waren die Menschen zermürbt und ausgeleugt. Andererseits hatte die gut ausgefallene Ernte 1947 zur Entspannung der Versorgung beigetragen, die Werte hielten die Höhe von mindestens 1000 Kalorien und stiegen auf ein noch höheres Niveau. Außer der landwirtschaftlichen Produktion trugen dazu die politischen Entwicklungen bei. Die Besatzungspolitik wurde noch einmal zum Konfliktfeld, nach dem Sommer 1948 zog sich die Besatzungsmacht schließlich aus der direkten Regierung und Kontrolle sukzessive zurück. Durch die Entwicklung in der internationalen Politik wurde deutlich, dass es zum Zusammenschluss der West-Zonen kommen würde. Die Einigung versprach größere politische Freiheit und ökonomische Prosperität. Der wirtschaftliche Wendepunkt wurde durch die Währungsreform markiert. Danach waren die Bauern bereit, ihre Nahrungsmittel dem Markt zur Verfügung zu stellen. Beschäftigung wurde angeboten und gesucht, der illegale Tauschhandel ging langsam zurück und verlor an Bedeutung. Damit wurde die Verflechtung des Ernährungssystems mit Politik und Wirtschaft bestätigt. Die Darstellung der Entwicklung der Ernährung in diesem Jahr muss die Interdependenz dieser Bereiche berücksichtigen.

Die Versorgung des Landes basierte auf der Ernte 1947, auf den amerikanischen Zulieferungen und nach der Jahresmitte auf der durch die Währungsreform entstandenen Situation, die allen wirtschaftlichen Aktivitäten eine neue Basis verschaffte. Der Verlauf lässt sich auf der Basis dieser zentralen Markierungen im Überblick darstellen. In der ersten Jahreshälfte 1948 dominierten die bekannten Ablieferungsverhältnisse zwischen Produktion, Repression und Improvisation bei der Verwaltung des Mangels. Die Währungsreform in der Jahresmitte veränderte das Verhältnis von Angebot und Nachfrage.

Im Oktober 1947 waren die landwirtschaftlichen Arbeiten noch im Gange, deshalb ging die Verteilung stockend vor sich.¹⁹⁶ Die aktuellen Herbstbestellungen verhinderten eine reibungslose Umsetzung, so dass die vorgesehene Menge vorläufig nicht zugeteilt werden konnte. Die Fleisch- und Fettzuteilung blieb hinter den

¹⁹⁶ Vgl. Kreisernährungsamt Reutlingen: Berichte des Kreisernährungsamts für Monat Oktober 1947 bis Dezember 1948. StadtA Rt AdN 1661.

Erwartungen zurück, in erster Linie, weil die zuliefernden Kreise die Verpflichtungen nicht erfüllt hatten. Die reguläre Getreideablieferung sollte durch die Kopplung der Genehmigung für Hausschlachtungen an die Erfüllung der Ablieferungspflichten erzwungen werden. Begleitend wurden Kontrollen auf den Höfen durchgeführt. Dies geschah so häufig, dass der Referent des Kreises Reutlingen die Militärregierung bitten musste, seine Prüfer zu schonen und nicht mehr außerhalb des Kreisgebietes einzusetzen. Die Bürgermeister waren angewiesen worden, säumige Ablieferer zu melden und entweder selbst zu kontrollieren oder sich an das Ernährungsamt zu wenden. Die Kontrollen dauerten bis Juni an, dann hielt man die Ablieferung der Ernte 1947 für beendet, es wurden kaum mehr Reste auf den Bauernhöfen gefunden. Die Ablieferung wurde insgesamt als Erfolg angesehen.

Die Schweine wurden bis Januar 1948 weitgehend geschlachtet, sie mussten nun nicht mehr gefüttert werden und die Fleischzuteilung konnte an die Armee und die Zivilbevölkerung stattfinden. Diese Aktion war so erfolgreich, dass ab März keine Schweine mehr verteilt werden konnten. Man griff auf Großvieh zurück, das allerdings auch im landwirtschaftlichen Betrieb als Arbeitstier gebraucht wurde. Ab Mai weigerten sich die Kleinbauern, ihr möglicherweise einziges und unentbehrliches Tier abzugeben, von dem Erlös mussten sie ein Jahr leben und bei der bevorstehenden Währungsreform wäre eine vorzeitige Ablieferung ein schlechtes Geschäft gewesen. Der zeitweise auftretende Fleischmangel sollte durch zugekaufte Fische kompensiert werden. Die Kalorienwerte lagen 1948 nun konstant über 1000 und erreichten bald auch annähernd die von der Militärregierung für die ganze Zone vorgesehenen Werte, im April überstiegen sie diese sogar kurzfristig. Erfreulich wurde vermerkt, dass insbesondere für Kinder nun regelmäßig Zucker ausgegeben werden konnte. Im Juni wurde die tägliche Brotration auf 250g im August auf 300g erhöht, noch bedeutsamer aber war, dass nun ein breiteres, qualitativ verbessertes Angebot aus tatsächlich ausgegebenen Nahrungsmitteln zur Verfügung stand: Konservenfleisch, Butter, Teigwaren, Hülsenfrüchte, Salzfische und Käse.

Nach der Währungsreform entspannte sich das Fleischangebot. Man ging davon aus, dass die Landwirte bereit waren, ihre Tiere gegen die neue Währung abzugeben. Die Bauern boten nun den Einzelhändlern auch weitere Produkte unmittelbar an, die über die Zuteilungen hinaus nun markenfrei zu höheren Preisen verkauft werden konnten, soziale Unterschiede waren die Folge. Im September kann der Monatsbericht an die Militärregierung die „reichliche Anlieferung von Obst und Gemüse und anderer freiverkäuflicher Lebensmittel“¹⁹⁷, die sich auf den Ernährungs- und Kräftezustand der Bevölkerung positiv auswirkten. Bezahlen konnte die Lebensmittel, wer selbst über D-Mark aus Arbeitslohn oder durch Verkauf von Besitz verfügte. Restaurants boten markenfreie Essen zu höheren Preisen an. Sozial schwächere Schichten waren nach wie vor auf die Zuteilungen angewiesen, bis genügend liquide Mittel verdient werden konnten. Im Monatsbericht für November 1948 wurde festgestellt, dass die Rationen nicht mehr bezahlt werden konnten,

¹⁹⁷ Landratsamt Reutlingen: Monatsbericht, September 1948, S. 1. StadtA Rt AdN 97.

geschweige denn die teuren freien Lebensmittel. Die Volksküche in Reutlingen beobachtete, dass nach der Währungsumstellung kurzfristig die Nachfrage zurückging, dann aber wieder stark anstieg, weil viele Alleinstehende bei ihrem geringen Arbeitsverdienst sich das Essen im Gasthaus zuerst nicht leisten konnten.¹⁹⁸ Das Arbeitsamt meldete einen deutlichen Anstieg der Nachfrage nach Arbeitsstellen. Bemerkenswert war für den Berichterstatter des Landratsamtes Reutlingen, dass nicht nur Frauen, sondern auch Männer nach Heimarbeit fragten, „um in den Abendstunden zu Hause noch einen zusätzlichen Verdienst zu erzielen“.¹⁹⁹ Er wies darauf hin, dass solche Stellen nicht mehr in ausreichendem Maß zur Verfügung standen. Offensichtlich war die Grundlage für eine Erholung gelegt, die Umstellung war aber nicht frei von sozialen Verwerfungen. Deshalb lehnten die Länder der französischen Zone vorläufig die Beendigung des Rationierungssystems ab.²⁰⁰

Für den größten Teil der Bevölkerung bedeutsam blieben die dargestellten Erkenntnisse des Kreisernährungsamtes. Die für den Winter 1948 notwendige Versorgung mit Kartoffeln konnte als gesichert gemeldet werden, pro Kopf konnten mühelos drei Zentner ausgegeben werden, in den Jahren zuvor war dies als Ziel genannt, das aber häufig nicht erreicht wurde. Die Basis dafür waren die Lieferungen aus Zuschusskreisen (für den Kreis Reutlingen z. B. der Kreis Ehingen), aber seit der Öffnung der Grenzen auch in größeren Mengen aus der Bi-Zone. Ab Oktober zeigte sich ein neues Wirtschaftsverhalten der Bauern, die Ablieferung stockte nun aus marktwirtschaftlichen Überlegungen heraus, Lebensmittel wurden zurückgehalten, um möglicherweise noch höhere Erlöse zu erzielen. Gleichzeitig hatte sich die Preisschere zuungunsten der Bauern geöffnet und der städtischen Bevölkerung fehlte die Liquidität, Nahrungsmittel zu kaufen. Das Angebot nahm in den kommenden Monaten zu, die nun auftretenden Verzögerungen waren nur noch auf das Wetter zurückzuführen. Im Dezember 1948 berichtete das Kreisernährungsamt von erheblichen Verbesserungen.²⁰¹ Die Ausgabe betrug für den ganzen Monat 9300 g Brot, es wurde eigens darauf hingewiesen, dass darin ein Anteil von 2000 g Weißbrot enthalten war, man konnte dies als Anzeichen für einen steigenden Lebensstandard werten. Weiter wurden zugeteilt: 400 g Fleisch (plus 100 bis 200 g zusätzliche Weihnachtzuteilung), 500 g Butter, 250 g Margarine, 250 g Käse, 500 g Teigwaren, für Kinder bis zu drei Jahren 1500 g Nahrungsmittel zusätzlich, 1500 g Zucker, 225 g Kaffee-Ersatz, 3100 g Kochmehl und Schokoladeersatz für Kinder zu Weihnachten. Damit war das Ernährungsniveau auch für die unteren Schichten deutlich angestiegen.

Der Übergang zu einer ausgeglicheneren Versorgungslage wurde durch die Währungsreform eingeleitet, die Auswirkungen auf die Arbeitswelt und auf die Land-

¹⁹⁸ Vgl. GRAF, Erich: Geschichte der Stadt Reutlingen 1945 bis 1960, 1970, S. 65. StadtA Rt Db 1256.

¹⁹⁹ Landratsamt Reutlingen: Monatsbericht, August 1948, S. 10. StadtA Rt AdN 97.

²⁰⁰ Vgl. ROTHENBERGER, Karl-Heinz: Die Hunger-Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, 1980, S. 218.

²⁰¹ Vgl. Landratsamt Reutlingen: Monatsbericht, Dezember 1948. StadtA Rt AdN 93–97.

wirtschaft hatte. Für die lohnabhängig Beschäftigten bildete nun noch stärker ihr Verdienst die Grundlage der Versorgung, die Mithilfe bei Bauern trat in den Hintergrund. Man suchte gut bezahlte Arbeitsstellen in den neuen Betrieben, die nun qualifizierte Facharbeiter suchten. Der Bericht über den Arbeitsmarkt vermerkt, dass die Beschäftigten zunehmend die Wochenarbeitszeit von 48 Stunden akzeptierten und eine volle Beschäftigung suchten.²⁰² Gleichzeitig ging eine Umstrukturierung vor sich hin zu produktiven Betrieben, die Arbeitskräfte suchten und eine Erhöhung des Absatzes anstrebten, der Erlöse in DM versprach. Damit konnten die Arbeiter das nach der Währungsumstellung entstandene Problem lösen. Das Angebot an Lebensmitteln hatte sich erhöht, aber die Liquidität in der neuen Währung reichte noch nicht aus, eine Lösung versprach nur die Arbeit gegen Lohn. Die Bauern konnten eine akzeptable Ernte verzeichnen und waren bereit, ihre Ablieferungspflicht gegen die neue Währung zu erfüllen. Im September 1948 kam dies ins Stocken, als eine Erhöhung der Preise angekündigt wurde. Die Landwirte hielten ihre Ablieferungen zurück, um die höheren Vergütungen zu erhalten. Insgesamt konnte eine Verbesserung der Lebensbedingungen verzeichnet werden. Die Rationen für die Normalverbraucher wurden auf 300g Brot erhöht, Besonderheiten waren, dass Kaffeersatz ausgegeben werden konnte und eine Zusatzration an Zucker.²⁰³ Die Arbeitslosigkeit ging zurück und die Wirtschaftstätigkeit nahm zu. Die Krankheitsfälle gingen auf Durchschnittszahlen zurück. Der Kreisverband beschloss diverse Investitionen, dazu gehörten die Instandsetzung zerstörter Straßen und der Neubau von Brücken, die der Selbstzerstörung am Kriegsende zum Opfer gefallen waren.²⁰⁴ Die Tätigkeit aller Institutionen zeigte den sich ankündigenden Aufwärtstrend an.

2.7 Fazit der Untersuchung des Verlaufs

Die Untersuchung des Verlaufs der Hungerkrise erbrachte Erkenntnisse über die Empfindung und Wahrnehmung des Hungers durch die Betroffenen und ermöglichte Einblicke in die landwirtschaftliche Produktion und deren Schwierigkeiten. Darin wurden die Faktoren, Prozesse und Strukturen und sichtbar, die schädigend auf das Ernährungssystem einwirkten. Aus dieser Exposition kann die kausale Struktur der Hungerkrise modelliert werden. Das Land als geschlossenes Wirtschaftsgebiet brachte ein unzureichendes Nahrungsangebot hervor, eine angemessene Versorgung aller Verbraucher im Land war nicht möglich. Die Gründe lagen im Mangel an Saaten, Dünger, Landmaschinen, Arbeitstieren und Arbeitskräften. Der Niedergang setzte bereits im Jahr 1938 ein und war auf die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen der nationalsozialistischen Regierung zurückzu-

²⁰² Vgl. Landratsamt Reutlingen: Monatsberichte, August und September 1948. StadtA Rt AdN 93–97.

²⁰³ Vgl. Landratsamt Reutlingen: Monatsbericht, September 1948, S. 14. StadtA Rt AdN 93–97.

²⁰⁴ Vgl. Landratsamt Reutlingen: Monatsbericht, August 1948, S. 20. StadtA Rt AdN 93–97.

führen. Diese vernachlässigte Landwirtschaft war überfordert mit der Aufgabe nach dem Kriegsende, die alleinige Ernährungsbasis des Landes zu stellen. Eine Ergänzung der Lebensmittel durch Importe war angesichts der Welternährungs-
krise und der Abschließung der Besatzungszone vorläufig nicht denkbar, lediglich die USA produzierten Überschüsse, die aber der französischen Zone nicht ohne Weiteres zugänglich waren. In der Besatzungszeit traten weitere Belastungsfaktoren hinzu, die zur Verschärfung der Lage beitrugen und im Jahr 1947 den Höhepunkt der Krise hervorbrachten. Die rigide Begrenzung des Wirtschaftsgebietes und die Entnahmen der Besatzung waren wesentlich, Verschärfungen traten durch negative Witterungseinflüsse dazu. Die Ernährungsunsicherheit, der eigene und der beobachtete Hunger, die existenziell bedrohlichen Folgen, die Konfrontation mit dem Erbe der nationalsozialistischen Vergangenheit, das Erleben der Auflösung der alltäglichen Ordnung und die Schutzlosigkeit, politische Ohnmacht und Zukunftsangst führten die gesellschaftliche und individuelle Vulnerabilität vor Augen. Daraus ergeben sich die Fragen nach dem Umgang mit der Situation durch die Betroffenen und deren Ansätzen zur Bewältigung.

III. Bewältigung – Wahrnehmen, Deuten, Handeln

Eine einheitliche Erzählung der Hungergeschichte der Nachkriegszeit gibt es nicht. Bereits die Daten der Versorgung haben sich als vielfach differenziert nach Regionen, sozialer Zugehörigkeit und dem zeitlichen Verlauf erwiesen, ebenso unterscheiden sich die auf die Hungerkrise bezogenen Wahrnehmungen und Deutungen.

1. Hunger und Not im Zentrum des Denkens. Das Spektrum von Wahrnehmung und Deutung in der Hungerkrise

Nach den Kampfhandlungen wurde die Not, die bereits in der Endphase des Krieges spürbar geworden war, unmittelbar wahrgenommen. Im Nachkriegsdeutschland waren Infrastruktur, Fabriken und Wohnraum stark beschädigt, in der „Zusammenbruchgesellschaft“ waren Alltagsroutinen in Frage gestellt und im Zentrum stand die Versorgungsstörung mit Nahrungsmitteln. Die Erfahrung von Hunger erforderte umgehend Bewältigungshandeln, das in den folgenden Teilkapiteln ausgehend von den Untersuchungsebenen dargestellt wird. Die Grundlagen für das Handeln lagen in Wahrnehmungen und Deutungen, durch die auf Akteure bezogene Analyse werden unterschiedliche Perspektiven und ein breites Spektrum der Verarbeitung deutlich. Charakteristisch ist in den kommunikativen Zeugnissen die Beschreibung der Gegenwart und davon ausgehend die Verknüpfung mit der Vergangenheit und Zukunft. Signifikant sind die folgenden Merkmale:

- Wahrnehmung: Feststellung und Betonung des Mangels und der Not; Beschreibung oder emotionale Schilderung mit starken stilistischen sprachlichen Mitteln; Hinweis auf die Verknappung der Zeit und die Dringlichkeit unmittelbaren Handelns.
- Deutung: Erklärung der Zusammenhänge in einer subjektiv plausiblen Narration; Positionierung der eigenen Person in diesen Zusammenhängen; Differenzierung von sachlich systemischen Erklärungen oder personale Zuweisungen von Schuld und Verantwortung; Verarbeitung in einer Verbindung von Vergangenheit und Gegenwart; Bezug zu Werten und Normen des Individuums und der Gesellschaft.
- Bewältigungshandeln und Handlungsempfehlungen: Hinweis auf Selbsthilfe und kurzfristige, pragmatische Handlungen zur Überbrückung wegen des unmittelbaren Sachzwanges; Entwicklung von Bewältigungsstrategien; langfristige grundlegende Lösungen, die sich auf die Etablierung einer neuen Ordnung richten.

Die folgende Übersicht basiert auf zeitgenössischen Quellen, die auf das Thema Ernährung Bezug nehmen. Die Autoren repräsentieren einen Querschnitt durch die Bevölkerung und decken den Zeitraum von 1945 bis 1948 ab.

Die unmittelbare Wahrnehmung der Not wurde dramatisch formuliert. Dr. Franz Weiß, zu dieser Zeit Landesdirektor für Ernährung empfand die Situation als „nachgerade seelisch und physisch nicht mehr lange zu ertragen“¹, kaum ein Gespräch kam mehr ohne dieses Thema aus. Die Krise wurde wiederholt im Landtag als einmalig in der deutschen Geschichte bezeichnet und in der Bevölkerung war der Eindruck entstanden: „Wir können nur noch vegetieren.“² Die Beschreibung der Not setzte sich aus Teilelementen der Vulnerabilität zusammen: Gefühle des Zusammenbruchs, der Schutzlosigkeit und der allgemeinen Bedrohung, das zentrale und am stärksten als gravierend empfundene Problem bildete die Versorgungstörung und der daraus resultierende Hunger. In der kognitiven und emotionalen Verarbeitung wurden Verbindungen zu allen Lebensbereichen deutlich. Tagebücher bieten einen zeitgenössischen Zugang zu dem Erlebten und der Verarbeitung und ermöglichen daher einen authentischen, aber auch subjektiven Einblick in die Zeit. Sie enthalten sowohl Informationen zur materiellen Umwelt der Autoren als auch Hinweise zur kulturellen Aufarbeitung.

Die Probleme des Alltags erforderten kontinuierliches Handeln zur Selbsterhaltung. Diese Routine beanspruchte die Kraft jedes Einzelnen, die jeden Tag aufs Neue aufgebracht werden musste. Für viele Bürgerinnen und Bürger wurde dieser Umstand zur prägenden täglichen Erfahrung, die vorläufig langfristige Planungen erschwerte. Dennoch mischten sich in die Wahrnehmung der katastrophalen Lage zunehmend Reflexionen der kulturellen Verarbeitung zur Erklärung und Überlegungen zum weiteren Handeln. Das enge Korsett der Manipulation und Repression durch die Nationalsozialisten war beseitigt, nun war die selbstständige Neuorientierung im Alltag, aber auch darüber hinaus erforderlich. Kontinuität und Wandel sind besonders in zeitgenössischen Aufzeichnungen feststellbar, die über das Kriegsende hinweg erstellt wurden und in denen harte Brüche im Überbau neben den Herausforderungen des Alltags geschildert wurden. Im Mittelpunkt standen dabei die Versorgungsprobleme. Um dies zu untersuchen, eignen sich besonders fortlaufende Texte in Tagebuchformat. Die Perspektiven im Erleben des Untergangs des Nationalsozialismus unterschieden sich, dessen Anhänger hatten einen anderen Blick auf die Entwicklung als die Gegner, allerdings standen für alle Einwohner persönliche Probleme im Vordergrund. Diese Vielfalt der Deutungen und Handlungen brachte ein breites Spektrum der Möglichkeiten der Verarbeitung des Geschehens hervor, deren unterschiedliche Aspekte sind Gegenstand der Untersuchung.

1.1 Tagebücher und persönliche Aufzeichnungen

Kennzeichen aller ausgewerteten Tagebücher ist die vielfältige Verknüpfung aller Aspekte des Lebens. Ernährungsunsicherheit betrifft zuerst den persönlichen, all-

¹ Landrätetagung, Sulz am Neckar, 17.02.1947, S. 28. StadtA Rt AdN 1957.

² HAUBENSAK, Friedrich: Unsere letzten Tage, S. 19. StadtA Rt S 205 Nr. 3.

täglichen Bereich, die Individuen sind auf ihre sozialen Beziehungen angewiesen, häufig werden politische Fragestellungen aufgeworfen und der Zusammenhang mit der Besatzungssituation ist stets präsent. Das erfordert eine analytische Klärung der Fragestellungen im Sinne der Forschungskonzeption. Vorzüge der Textsorte Tagebuch bietet die kontinuierliche Aufzeichnung, ebenso die unmittelbare Wiedergabe zeitgenössischer Informationen und chronologisch geordnete Erfahrungen aus unterschiedlichen Erlebnisbereichen. Sie können insbesondere als Grundlage der Erforschung von Wahrnehmung und Deutung dienen. Dazu ist es sinnvoll, sie in die Ereignisse einzuordnen. Von den folgenden analysierten Dokumenten sind die ersten beiden als reine Tagebücher zu werten, die dritte Quelle stellt eine Mischform dar. Durch die spätere Aufzeichnung sind auch retrospektive Wertungen enthalten, dies wird bei der Analyse berücksichtigt.

1.1.1 „Wir sind ärmer als Lazarus“³

Ein Beispiel aus der bürgerlichen Perspektive eines Stadtbewohners bieten Tagebuchaufzeichnungen des ehemaligen Bezirksnotars Friedrich Haubensak. Das handschriftliche Manuskript liegt im Stadtarchiv Reutlingen im Umfang von 23 Seiten vor.⁴ Die Überschrift des Originals lautet „Unsere letzten Tage“. Der Autor wurde 1877 in Gönningen geboren und starb 1949 in Reutlingen, zur Zeit seiner Aufzeichnungen wohnte er in der Kaiserstraße 32 und 35, also sehr zentral in der Stadt. Er war verheiratet mit Lydia Hoch, geboren am 11.7.1872 in Gönningen, seine Frau verstarb bereits 1939.⁵ Im Manuskript erwähnt er zwei Kinder und Enkel.

Mit seinen Aufzeichnungen liegt eine Quelle vor, die zum Verständnis der Situation beiträgt und außer Informationen auch Einblicke in zeitspezifische Wahrnehmungen und Deutungen ermöglicht. Der Zusammenbruch wird mit allen destruktiven Einwirkungen erlebt, die umfassende Versorgungsstörung, die sich gravierend in der Verknappung der Lebensmittel zeigte, wurde zu einem starken Eindruck. Die Erfahrung der Schutzlosigkeit und der Ohnmacht gegenüber Eingriffen in die persönliche Existenz prägte das Leben der Menschen in der dargestellten Zeit. Die Erlebnisse lösten die verarbeitende Deutung und den Versuch, einer individuellen Positionierung in der neuen Lage aus. Dies begann unmittelbar mit Überlegungen zu kausalen Zusammenhängen, damit rückten im gesamten Text verschiedene Akteursgruppen in den Fokus, dazu zählten das ehemalige nationalsozialistische Regime und die französische Besatzungsmacht, wobei Haubensak es vermied, diese beiden gleichzustellen. Auch über die Erfahrungen mit den ehemaligen nun befreiten Zwangsarbeitern, den „Displaced Persons“ berichtete er. Auf der Suche nach der persönlichen Einordnung in das Geschehen beschäftigte er sich

³ HAUBENSAK, Friedrich: Unsere letzten Tage, S. 17. StadtA Rt S 205 Nr. 3.

⁴ Vgl. HAUBENSAK, Friedrich: Unsere letzten Tage. StadtA Rt S 205 Nr. 3.

⁵ Personenstandsdaten nach Informationen aus dem Stadtarchiv Reutlingen.

mit den Auswirkungen der Ereignisse auf seine Lage und den Möglichkeiten und Handlungsräumen, darauf einzuwirken. Die Beobachtungen der Ernährungslage stehen wiederholt im Zentrum und lösen Deutungsprozesse aus. Die von ihm wiedergegebenen Ereignisse und Erfahrungen weisen auf die persönlich erfahrene Vulnerabilität hin, gekennzeichnet durch Not, Schutzlosigkeit, Verletzlichkeit und multiple Bedrohungssituationen, in deren Zentrum wiederholt die persönlich und allgemein gefährdete Ernährung stand.

Die Eintragungen im Tagebuch folgten der Chronologie, in besonderen Phasen ergänzt durch Angaben zur Uhrzeit, z. B. der Besetzung im April 1945, für weniger eindruckliche Zeitspannen wurden größere Abschnitte zusammengefasst. Nach der Art der Eintragung ist zu vermuten, dass unmittelbar im April mit den Aufzeichnungen begonnen wurde. Kennzeichnend ist, dass außer den die Familien betreffenden Ereignissen auch Reflexionen allgemeiner und persönlicher Art angestellt wurden. Neben diesen elaborierten Darstellungen stehen elliptische und unverbunden aneinandergereihte Satzfragmente, besonders auffällig zeigt dies die Darstellung der letzten Tage der nationalsozialistischen Herrschaft. Die letzten Aktionen der NS-Funktionsträger wurden in knappen Sätzen wiedergegeben: „3./4. April 1945. Ortsgruppenleiter übermittelt den Befehl des Kreisleiters. Wer die weiße Fahne hißt, wird erschossen, sein Haus wird gesprengt.“ und „4./18.4.: Verschärfte Luftgefahr.“⁶ Die intensiv erlebten Ereignisse der Besetzung erhielten dagegen einen großen Raum.

In der detailreichen Darstellung schilderte er den Zusammenbruch und beschrieb die militärischen Ereignisse der Besetzung. Panzer fuhren durch die Straße vor dem Haus und Schüsse und Detonationen waren zu hören. Die Infrastruktur der Stadt war zerstört, z. B. konnten die Toten nicht mehr begraben werden, einige Häuser waren zerbombt. Erkennbar wurde im Folgenden die materielle und mentale Welt eines Stadtbürgers nach dem Ende des Krieges. Obwohl er persönlich nur gering betroffen war, hielt er durchgehend Beobachtungen und Eindrücke von der Ernährungslage fest. Wiederholt wies er auf das unzureichende Angebot des Einzelhandels hin und verdeutlichte dies durch die Beschreibung von Schlangen vor Metzger- und Bäckerläden, dagegen hob er den Kontrast zum gleichzeitigen Überfluss für die französischen Armeeeingehörigen hervor. „Shocks and stress“, Kernelemente der Vulnerabilität ziehen sich durch das Dokument und sind auch auf der sprachlichen Ebene festzustellen.⁷ In der Darstellung stehen inhaltlich unzusammenhängende Textelemente auch bei einfachen Sachverhalten unvermittelt und unverbunden nebeneinander, dies bildet die Intensität der Einwirkung und die Probleme bei der Zuordnung und sinnvollen Verbindung der Ereignisse ab, ebenso kann dies als ein Hinweis auf die Empfindung von Bedrohung und Auflösung der Ordnung interpretiert werden. „Vom Donnerstag auf 27.4. wieder eine verhältnis-

⁶ HAUBENSAK, Friedrich: Unsere letzten Tage, S. 1 ff. StadtA Rt S 205 Nr. 3.

⁷ Vgl. die Definition der Vulnerabilität von Robert Chambers in Kapitel I. 2.3. Vulnerabilität und Resilienz – Erfahrung und Forschungsperspektive.

mäßig ruhige Nacht, nur einzelne Schüsse. Ausgangszeit wieder verlängert von 7 bis 20 Uhr. Lautsprecher verkündet: NSDAP-Genossen vom 45. Jahr ab Geburtsjahr 1900 haben sich zu Wiederaufbauarbeiten mit Geschirr zu stellen. Elektrischer Strom wird in beschränkter Weise abgegeben.⁸ Die Rückkehr zu einem geordneten Alltag wurde parallel zur Konfrontation mit der Vergangenheit gesehen. Ein Leitmotiv war die Beobachtung der Ernährungsversorgung: „Der Herr ernährt uns, aber knapp, wir haben kaum das Existenzminimum. Seit 29.4. gibt es kein Fleisch mehr. Die Metzgerläden sind geschlossen. ‚Nachfrage zwecklos‘. Vor den Bäckerläden stehen die Leute Schlange. Milch gibt es hie und da wieder ¼ bis ½ Liter. Doch haben wir bis jetzt keinen Hunger erlitten, obwohl wir bis zu sechs Personen zu füttern hatten.“ Auch auf einer anderen Ebene rückt die Ernährung in den Fokus, denn die einrückenden französischen Soldaten forderten auch von Privatleuten Nahrungsmittel. In der Nacht der Besetzung ergab sich der erste Kontakt mit den Truppen. „Nachts 1 Uhr gewaltiger Motorenlärm in der Schulstraße. Wir werden herausgeklopft. Erny⁹ ruft: Ja, ich komme. Feindsoldat hört man sagen: Frau kommen. Erny öffnet Haustüre. Leutnant sagt, er brauche Nachtquartier für seine Leute. Erny erwidert, daß wir das Haus voll Ausgebombter haben und verweist auf die Trümmer. Leutnant geht darauf. Nicht unanständig.“ Der Bezirksnotar erlebt die Ambivalenz der Besetzung zwischen den vermeintlich bedrohlichen Forderungen und dem korrekten Verhalten des französischen Offiziers. Diese Unterschiede prägen auch danach das Verhältnis der Bevölkerung zum französischen Militär, das zu einem Bestandteil des Alltags wurde. Friedrich Haubensak differenzierte seine Einschätzung der Besatzungsbehörden. Die lokale Besetzung schien nur mit Widerwillen die Forderungen nach der Ablieferung von großen Beständen an Bekleidungsstücken umzusetzen. Den Urheber der unangenehmen Requisition sah er vielmehr in der fernen zentralen Militärregierung, deren Vorgehen er verurteilte. Diese Unterscheidung, mit der die nahen, vertrauten Institutionen, auch die der französischen Armee, positiver wahrgenommen wurden, fand sich auch in der lokalen Verwaltung und wurde zu einem wiederholt anzutreffenden Motiv. Andererseits waren in der Sprache auch Reste der Kriegsrhetorik und der Propaganda zu finden, französische Armeeangehörige wurden zum Teil bei Friedrich Haubensak noch als „Feindsoldaten“ geführt.

Ab Mitte Mai schienen die schockartigen Einwirkungen vorüber, die Bedrohung hielt dennoch an und wurde zunehmend stärker empfunden: „Die unmittelbaren Todesgefahren haben wir jetzt überstanden und gehören zu den ‚Überlebenden‘. Wie aber werden wir das Leben weiter fristen? Zunächst können wir noch einige Zeit von den Vorräten zehren. Was dann aber? [...] Das Wetter hat sich jetzt wesentlich gebessert, es ist warm, ja sommerlich geworden, so daß uns hier ein Hoffnungsschimmer aufdämmt. Aber kann der, der nicht selbst Lebensmittel erzeugt,

⁸ Dieses und die beiden folgenden Zitate: HAUBENSAK, Friedrich: *Unsere letzten Tage*, S. 5. StadtA Rt S 205 Nr. 3.

⁹ Erny: die erwachsene Tochter

diese auch kaufen? Darf ich, kann ich noch arbeiten?“¹⁰ Hier wurde die Entwicklung des gesamten Szenarios kurz zusammengefasst und die Wettermetapher schien eine positive Wendung anzudeuten. Die Bedrohung durch Nahrungsmittelmangel trat dennoch wiederkehrend auf. Die Verbindung mit der Frage nach der Arbeitsfähigkeit zeigte den realistisch eingeschätzten Zusammenhang mit der unsicheren Möglichkeit zur Existenzsicherung aus eigener Kraft. Die Tatsache, dass ungewiss war, wann der Nahrungsmittelmangel enden würde, verstärkte das Gefühl der Bedrohung. Der Faktor Zeit wirkte hier wie auch in anderen Hungerkrisen verstärkend.¹¹ Auch die weiteren Hinweise auf die unsicheren Verhältnisse entsprachen dem realen Hintergrund. Der Autor nahm besondere soziale Probleme und die erhöhte Vulnerabilität einiger Gruppen wahr: „Wehe den Alten, Pensionären und Rentnern!“¹² Die Unsicherheit über die eigenen Probleme verstellte Haubensak nicht den Blick auf die besonders gefährdeten Mitbürger. Auch der Gesamtzusammenhang aller Bereiche schien wiederholt in seinen Aufzeichnungen auf. Die Sicherung der persönlichen Existenz sah er in Abhängigkeit von der politischen Macht, die aktuell bei den Alliierten konzentriert war. Das Ernährungssystem und die Möglichkeiten des Angebots und der Nachfrage waren für Nicht-Landwirte eng verknüpft mit der Möglichkeit am Arbeits- und Wirtschaftsleben teilzunehmen. Im Mai 1945 ergab sich daraus ein düsteres Bild, auch wenn man, wie der Autor, noch nicht persönlich hungerte.

Die Bestandsaufnahmen der Nahrungsmittel und die Zuteilungen wurden täglich verfolgt: „17.–27.6. Die Lebensmittelversorgung wird immer knapper, Fleisch noch 150 g pro Woche, wird bald aufhören, Milch (Magermilch) alle zwei Tage ¼ Liter, Nahrungsmittel sehr selten, Butter, Käse je 125 g pro Woche mit Ausfällen; früher eingesparte Vorräte gehen zur Neige, wer noch Kartoffeln hat, muß froh sein, Brot 500–1000 g pro Woche, ist zu wenig.“¹³ Die kontinuierliche Beobachtung der Versorgung wurde zur alltäglichen Übung, die Erfahrungen provozierten eine sich entwickelnde Vergleichsmentalität. „Bei uns ist man genötigt, die seitherige Lebensmittelzuteilung aufrecht zu erhalten, häufig nimmt aber die Besatzung die für uns bestimmten Nahrungsmittel, hauptsächlich Weißmehl, Butter und Fleisch weg, auch erhalten die Russen mehr als doppelt so viel wie wir (2000 zu 900 Kalorien). Dazu umsonst und ohne Arbeit.“¹⁴ Im Alltag beobachtete der Autor, dass einige der Besatzungssoldaten und der ehemaligen Zwangsarbeiter zum offenen kriminellen Verhalten übergingen. Sachlich notwendig schien dies nicht, beide Gruppen erhielten privilegiert Zuteilungen durch die französischen Behörden, denn die Besatzung sah sich legitimiert, die Nahrungsmittel des Landes für sich zu

¹⁰ HAUBENSAK, Friedrich: *Unsere letzten Tage*, S. 10. StadtA Rt S 205 Nr. 3.

¹¹ Vgl. BANKOFF, Greg: *Time is of the Essence*, 2004, S. 2.

¹² HAUBENSAK, Friedrich: *Unsere letzten Tage*, S. 11. StadtA Rt S 205 Nr. 3.

¹³ Dieses Zitat und die beiden folgenden: HAUBENSAK, Friedrich: *Unsere letzten Tage*, S. 17. StadtA Rt S 205 Nr. 3.

¹⁴ Als „Russen“ werden in dem Tagebuch pauschal alle ehemaligen Zwangsarbeiter bezeichnet.

nutzen. Das reichte für eine zufriedenstellende offizielle Versorgung. Dennoch kam es zu wilden, gewaltsamen Entnahmen, obwohl dies von der Militärregierung streng verfolgt wurde. Das Vorgehen der befreiten Zwangsarbeiter wurde als Plünderung angesehen und ebenfalls von der Besatzungsmacht mit strengster Strafe bedroht. „1.–16. VI. Vor den Fliegern haben wir jetzt Ruhe, der Luftschutzkeller ist außer Benutzung, dagegen sind Franzosen und Russen zur Landplage geworden in Stadt und Land. Sie räubern und plündern. was sie erwischen, auch in Gärten und Feldern ist nichts mehr sicher. Obwohl die Franzosen ‚leben wie Gott in Frankreich‘, den Russen, wenn auch nicht so viel wie den Franzosen, so doch das Dreifache an Lebensmitteln zugeteilt wird wie uns, stehlen sie Hammel, Ziegen, Hasen und Hühner, daß bald nichts mehr von allen diesen Tieren da ist.“ Hier wurden mehrere Bedrohungen simultan sichtbar, im Thema Ernährung kulminierten die Erfahrungen der Verletzlichkeit. Dem Zusammenbruch der staatlichen Autorität folgte das unkontrollierte, kriminelle Verhalten von Gruppen, die plötzlich und unerwartet in einer neuen Rolle auftraten.

Zur Erläuterung muss man die von Vorurteilen geprägten Schilderungen in den Kontext einordnen. Die Zwangsarbeiter waren in erheblicher Zahl gewaltsam aus vielen europäischen Ländern in deutsche Betriebe mit Bedarf an Arbeitskräften gebracht worden und arbeiteten häufig in Rüstungsbetrieben unter sehr schlechten Bedingungen. Sie lebten in Lagern und trugen an ihrer Kleidung einen Aufnäher, z. B. „Ost“. Ihre Ernährung war unzureichend, durch die Befreiung am Kriegsende erhofften sie eine Verbesserung ihrer Lage. Etliche nutzten das Angebot der Alliierten zur Heimreise in ihr Herkunftsland. Einige verzichteten aber darauf, da die Länder in Osteuropa durch die sowjetische Besetzung umgestaltet wurden und auch aus anderen Gründen zogen einige vor, Möglichkeiten zur Auswanderung in andere Länder zu suchen, eine Restgruppe verblieb auch vor Ort. Die „Displaced Persons“ wurden hier versorgt, bald übernahm diese Aufgabe die Flüchtlingsorganisation der UNO.¹⁵ Die Position der Deportierten hatte sich für sie ins Positive verkehrt, vorher in sklavenähnlicher Abhängigkeit gehalten, standen sie nun auf der Seite der Sieger. Die Einwohner befürchteten Racheaktionen, häufig war das Bild der Bevölkerung noch von den rassistischen Stereotypen der nationalsozialistischen Ideologie geprägt. Die Besatzungsbehörden übten die staatliche Gewalt aus, schienen aber mit der Kontrolle der Situation in der Anfangsphase überfordert. Das Bedrohungsgefühl der Einwohner war ebenfalls noch von der jahrelangen NS-Propaganda geprägt. Deren Träger waren zwar verschwunden und diskreditiert, aber die Ideologie wirkte mental nach. Langfristig sollte von Bedeutung werden, welche Erfahrungen die Bevölkerung machte und wie diese verarbeitet wurden.

Der Hunger war in der Gesellschaft vielfach feststellbar, auch wenn der Autor der Aufzeichnungen noch nicht unmittelbar betroffen war. Friedrich Haubensak registrierte die Aushänge in den Läden, dass Lebensmittel nicht mehr vorhanden

¹⁵ Vgl. WETZEL, Juliane: Displaced Persons (DPs). In: Wolfgang BENZ (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, 1999, S. 338–342.

waren und, dass die Geschäfte dennoch offengehalten werden mussten, um den Anschein der Trostlosigkeit zu vermeiden. Aber der tägliche Mangel war nicht zu übersehen, Zuteilungsrationen und Preise wurden zu wichtigen Zeichen. Der Bezirksnotar klagte darüber, dass es nicht reiche, der Enkeltochter „ein Stück Brot“ zu geben.¹⁶ Er war nicht so stark betroffen, wie andere Teile der Gesellschaft, dennoch sah er das Problem von Ungerechtigkeit und kommenden sozialen Konflikten. Es sollte die weitere Situation kennzeichnen, dass nicht nur die unmittelbar Hungernden tangiert waren. Auch die teilnehmenden Beobachter wurden von dem Gefühl der Unsicherheit und Bedrohung ergriffen. Dies konnte zu Resignation und Abwehr führen, aber auch von sozialen und solidarischen Handlungen konnte berichtet werden, z. B. von Bauern, die Stadtkinder an ihren Mittagstisch einluden.

Die Problematik des Nahrungsmittelmangels wurde verstärkt durch die Konkurrenz wahrgenommen. Durch das Auftreten von aggressiv forderndem Anspruchsverhalten entstand das Gefühl der Schutzlosigkeit. Es musste ein Verhältnis zu der Besatzungsmacht und den nun auftretenden Gruppen befreiter Zwangsarbeiter gefunden werden. Die ersten Kontakte, die unmittelbar nach der Besetzung der Stadt an der Haustür stattgefunden hatten, trugen im Fall der Familie Haubensak zur vorläufigen Entspannung bei, aber insgesamt sollte das Verhältnis ambivalent bleiben. Die Erfahrungen waren zu Beginn noch geprägt von Kriegshandlungen und blieben widersprüchlich. Auch diese Begegnungen waren überlagert vom Thema Ernährung: „21. 4.: Früh 1/26 Uhr heftiger Knall. In der Schulstraße stehen drei Panzerspähwagen. Um 11 Uhr fahren sie ab. Erny mußte zwei von ihnen einen Braten machen. Fleisch und Fett brachten sie selbst. Im Ganzen korrektes Benehmen, nicht aufdringlich oder belästigend.“¹⁷ Nicht immer waren die Begegnungen frei von Spannungen, beim nächsten Mal „durchmustern die Besucher [...] frech“ die Wohnung nach Waffen und Schnaps, am Tag darauf setzten sie dem Sohn der Familie die Pistole auf die Brust.¹⁸

Die Eindrücke waren vielfältig. Positive hob der Autor hervor und bemühte sich zu differenzieren, befremdlich wirken die diskriminierenden, rassistisch anmutenden Formulierungen. Die nur kurzzeitig anwesenden „Kolonialtruppen“ fielen ihm durch ihre rohen und bedrohlichen Verhaltensweisen auf. Davon unterschied er die ständig anwesenden Mitglieder der Verwaltung der Militärregierung, denen die Einforderung von übertriebenen Abgabepflichten von Textilien „selbst peinlich“ war, es ging um „1 800 Stück Jacken. Westen, Hosen, Hüte. Krawatten. Hemden. Unterhosen. Paar Schuhe. Leintücher, Bettdecken, 3 600 Socken, 3 600 Taschentücher“. Die öffentliche Meinung, die hier wiedergegeben wurde, wandte sich in dieser Phase zumeist stereotyp gegen „die Franzosen“. Damit wurde eine Deutung vorbereitet, die die Besatzungsmacht als Verursacher der Krise sah, gestützt wurde dieser Eindruck scheinbar durch die Tatsache des gleichzeitigen Auftretens

¹⁶ HAUBENSAK, Friedrich: *Unsere letzten Tage*, S. 18. StadtA Rt S 205 Nr. 3.

¹⁷ HAUBENSAK, Friedrich: *Unsere letzten Tage*, S. 1. StadtA Rt S 205 Nr. 3.

¹⁸ Dieses und die folgenden drei Zitate: HAUBENSAK, Friedrich: *Unsere letzten Tage*, S. 2. StadtA Rt S 205 Nr. 3.

der Besetzung und des Hungers. Dazu trat der negative Vergleich. Die Vorgehensweisen erschienen im Allgemeinen als härter und unangenehmer als die der amerikanischen Besatzungsbehörden, diese seien „sauberer“.¹⁹ Ausdrücklich wurde die Teilung der Besatzungszone und die daraus folgende Zugehörigkeit Reutlingens zum französischen Teil bedauert. Damit war früh das permanente Thema des Vergleichs der Zonen angeschlagen. Ein Kritikpunkt an der französischen Besatzungsmacht wurde in der als widersprüchlich wahrgenommenen Besatzungspolitik gesehen, besonders die hohen Ablieferungsforderungen wurden immer wieder genannt, in den Augen vieler ein Gegensatz zu dem Anspruch, „Befreier“ zu sein. Dies bezeichnete Haubensak als „heuchlerisch“ und er ging davon aus, dass dies sich langfristig rächen könnte.²⁰ Seine Aufzeichnungen waren geprägt von dem Gefühl der Bedrohung und der Schutzlosigkeit, aus diesem Empfinden heraus kam es zu extremen Äußerungen.

Auch im städtischen Umfeld häuften sich in seinem Bericht die Akte der Verzweiflung. Die Betroffenen schienen nach der Wahrnehmung der Niederlage im ersten Moment noch ohne Erklärung und Perspektive zu sein. Der Autor gab auch Reaktionen wieder, die zeigten, wie aussichtslos und hoffnungslos die Lage von seinen Mitbürgern eingeschätzt wurde: „Die Nachbarn, Reichsbankdirektor B. und Frau, haben sich in Verzweiflung über die Not und das Elend und die Schmach, in die uns Hitler und seine Trabanten hineingeführt haben, erschossen.“²¹ Kennzeichnend für ihn und für andere war auch die Beobachtung der internationalen Politik, darin sah er auch entscheidende Einflüsse auf das eigene Schicksal. Er konstatierte die militärische und ökonomische Dominanz der USA, die das eigene Schicksal zu beeinflussen schien. Andererseits war dies ein Anzeichen dafür, dass die Bevölkerung sich realistische Einschätzungen aneignete.

Die Aufzeichnungen zeigen, wie sich Erfahrungen der Not, die Einsicht in die Niederlage und die belastenden Faktoren in der Bevölkerung vermischten, aber auch wie schwer es fiel, diese zu akzeptieren: „Kein deutscher Sender mehr, hauptsächlich Luxemburg und Daventry: ‚Sie hören hier die Stimme Amerikas, eine der Vereinigten Nationen.‘ Man dreht ab, denn die schmachvollen Mitteilungen gehen einem auf die Nerven.“²² Die Verbrechen konnten nicht mehr ignoriert werden: „Durch Radio und öffentliche Anschläge bringt die Feindregierung Mitteilungen über entsetzliche Greuelthaten in den sogenannten Konzentrationslagern. Auch wenn nur ein Teil davon wahr ist, so wäre es hinreichend, den deutschen Namen jahrzehntelang mit Dreck und Schmutz zuzudecken. Im Verein mit dem, was Hitler und seine Lumpen uns zugefügt haben, fehlt es der deutschen Sprache an Wörtern, die die Entrüstung hierüber genügend zum Ausdruck bringen. Die feindliche Behauptung, das deutsche Volk habe über die Vorgänge in den KZ Kenntnis ge-

¹⁹ HAUBENSAK, Friedrich: Unsere letzten Tage, S. 13. StadtA Rt S 205 Nr. 3.

²⁰ HAUBENSAK, Friedrich: Unsere letzten Tage, S. 22. StadtA Rt S 205 Nr. 3.

²¹ HAUBENSAK, Friedrich: Unsere letzten Tage, S. 3. StadtA Rt S 205 Nr. 3.

²² Dieses und das folgende Zitat: HAUBENSAK, Friedrich: Unsere letzten Tage, S. 15. StadtA Rt S 205 Nr. 3.

habt, ist unwahr!“ Die Bemühungen zur Aufklärung durch die Alliierten waren auch in der französischen Zone präsent, z. B. durch die Öffnung der Massengräber der Zwangsarbeiterlager. Friedrich Haubensak wurde sich der Tragweite der Anklagen bewusst, sein Versuch der Verdrängung wurde in der Bevölkerung häufig geteilt, in der ersten Zeit nach dem Kriegsende wurde die Aufarbeitung eine Angelegenheit von einigen Protagonisten und Gruppen, die bereits vor 1945 dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüberstanden. Es begann eine langwierige Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, in der die Verantwortung nicht gelegnet wurde, aber eine wirkliche Aufarbeitung noch auf Schwierigkeiten stieß. Die Bereitschaft, dazu eine eigene Position zu entwickeln und daraus Konsequenzen zu ziehen, entwickelte sich nur allmählich, dies sollte die Haltung eines erheblichen Teils der Bevölkerung prägen. Dem Autor wurde in seiner Not bewusst, dass eine verarbeitende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus unausweichlich war, die Suche nach einer Erklärung begann mit der Konfrontation mit den Informationen. Der Zusammenhang der zusammengebrochenen Gesellschaft mit dem Krieg und der Herrschaft der Nationalsozialisten war nicht zu übersehen und wurde häufig angeführt, die ehemaligen Machthaber wurden als die Hauptverantwortlichen benannt. Bereits beim kurzen Rückblick auf die letzten Kriegstage wurde auf die örtlichen Amtsträger hingewiesen. Im Zentrum der Kritik standen die auch von anderen Orten bekannten unsinnigen und gefährlichen Selbstzerstörungsaktionen vor ihrer Flucht. Zur Zeit ihrer Herrschaft hatte dies der Autor noch neutral und ohne erkennbare innere Beteiligung notiert: „3./4. April 1945. Dienstag, Ortsgruppenleiter übermittelt den Befehl des Kreisleiters. Wer die weiße Fahne hißt, wird erschossen, sein Haus wird gesprengt. Räumung nahegelegt. Marsch nach Osten. Beruhigungsversammlungen des Kreisleiters am Abend.“²³ Nach der Besetzung fanden sich zunehmend distanzierende Formulierungen gegenüber dem Nationalsozialismus.

Die Verarbeitung durch den Autor stützte sich nicht nur auf das unmittelbar erlebte und negativ bewertete Verhalten der örtlichen NS-Funktionsträger, sondern suchte nach einer politisch übergreifenden Erklärung, die in seiner Deutung überwiegend personalistisch ausgerichtet war. Auffallend war bei Haubensak die zentrale Rolle, die er der Person Hitlers zuschrieb, dies wurde zu einem herausragenden Motiv seiner Darstellung. In seine Überlegungen bezog er auch die unmittelbare Umgebung des Diktators ein und nannte Goebbels und „die Generäle“.²⁴ In einem anderen Ansatz bezog er sich auf die Weimarer Republik und sah eine Schuld abwechselnd auch bei den Parteien oder beim Reichspräsidenten Hindenburg. Sein politischer Erklärungsansatz vermischte sich mit emotionalen persönlich verurteilenden Bezeichnungen: „Hitler war sauber von jedem Verantwortungsgefühl.“ Er und seine Taten wurden zur alleinigen und eindeutigen Ursache

²³ HAUBENSAK, Friedrich: Unsere letzten Tage, S. 1. StadtA Rt S 205 Nr. 3.

²⁴ Dieses und die beiden folgenden Zitate: HAUBENSAK, Friedrich: Unsere letzten Tage, S. 5. StadtA Rt S 205 Nr. 3.

der gegenwärtigen katastrophalen Verhältnisse erklärt. Er beobachtete in seiner Umgebung „Haßausbrüche nicht über Feind, sondern über Hitler und seine Trabanten“. „Für Hitler hat niemand mehr einen Gedanken, es sei denn des unbegrenzten Hasses. Seine Überheblichkeit, Anmaßung, Dreistigkeit wird als so grenzenlos empfunden wie sein Fanatismus. Sein Verhalten und was er von ‚seinem Volk‘ verlangt ist nicht Heroismus, sondern Ausgeburd einer Verbrechernatur. Was Bismarck in langjähriger Arbeit gebaut und erschaffen hat, was andere mühsam erhalten haben, hat Hitler und seine Gesellschaft mit Elefantentritten zerstört. Deutschland ist vernichtet. [...] Wie tief muß Hitler seelisch gesunken sein, daß er, nachdem es längst 12 Uhr für ihn geschlagen hatte, noch in bramabarsierender Rede an 15- bis 16jährige Jugend als seine Retter sich wandte. Als Gottheit, der die Menschen mit Greueln überhäufte, wird er in die Tiefe gestoßen. [...] Hitler hat ja blindwütig alles zerstört und beseitigt, was nicht seines Glaubens war.“²⁵ Die Emotionalität, mit der der Autor Hitler in den Mittelpunkt stellte, war einerseits als Reflex einer Verarbeitung der Vergangenheit zu erkennen, die eine tiefe Betroffenheit erkennen ließ und die andererseits eine eigene Beteiligung nicht erkennbar in Betracht zog. Die auf eine Person konzentrierte Schuldzuweisung ermöglichte die Abwälzung der Verantwortung sowohl individuell als auch gesellschaftlich, folgte aber auch nach wie vor der Figur der exponierten Stellung, die sich Hitler selbst zugeschrieben hatte. Verstärkt und verdeutlicht wurde dies durch eine Reihung von hyperbolischen Ausdrücken. „Hass“, „Anmaßung“, „Verbrechernatur“, „Oberteufel“²⁶, „tief gesunken“ und „die Menschen mit Greueln überhäufend“, mit diesen Begriffen belegte er den aus seiner Sicht Hauptverantwortlichen. Er bezog sich immer wieder nicht nur auf seine eigenen Empfindungen, durch die Einleitung mit „man“ oder „wir“ verallgemeinerte er und vermittelte, dass dies der Stimmung in seinem weiteren Umfeld entsprach.

Unter diesen Umständen und mit dieser Haltung schien ein konstruktives Bewältigungshandeln für Haubensak vorläufig nicht denkbar. Dies führte zu einer stark gedrückten Stimmung, der Autor formulierte dies wiederholt im Plural und erhob damit den Anspruch, mehr als eine subjektive Meinung wiederzugeben. „Das Elend ist so furchtbar wie der Blick in die Zukunft. Wir müssen uns damit abfinden, daß wir Leib und Leben verwirkt haben, was uns gelassen wird, ist nur Gnade. Wir können nur noch vegetieren, alles Weitere müssen wir begraben. Zum zweitenmal und diesmal in einer Art, wie sie die Weltgeschichte nicht kennt, ist das Volk ein Opfer seiner Regierung geworden.“²⁷ Der fatalistische Ton ließ zu dieser Zeit keinen Glauben an die Zukunft zu, die Gesellschaft schien an einem Punkt angekommen, an dem eine positive Entwicklung vorläufig nicht mehr denkbar war. Jede Möglichkeit, das Leben zu gestalten, wurde fraglich, es wurde vegetiert und man war von Gnade abhängig. Die Selbstwahrnehmung als Opfer verstellte die

²⁵ HAUBENSAK, Friedrich: Unsere letzten Tage, S. 5. StadtA Rt S 205 Nr. 3.

²⁶ HAUBENSAK, Friedrich: Unsere letzten Tage, S. 20. StadtA Rt S 205 Nr. 3.

²⁷ HAUBENSAK, Friedrich: Unsere letzten Tage, S. 20. StadtA Rt S 205 Nr. 3.

Sicht auf die notwendige Aufarbeitung und auf potenzielle eigene Initiativen. Das Gefühl der Niederlage dominierte noch, eine Perspektive konnte sich auf der Basis der erfahrenen Vulnerabilität nur schwer entwickeln. Im Zentrum stand das tägliche Erleben der Hungerkrise.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Frage offenbleibt, ob diese Haltung der Resignation zu Bewältigungsansätzen führen kann. Dies ist als ein verbreitetes Element der Haltung nach dem allgemeinen Zusammenbruch zu werten. Das Gefühl der Vulnerabilität, schutzlos, ausgeliefert und verletzbar zu sein, resultierte aus den Erfahrungen der Niederlage, dem Gefühl der Rechtlosigkeit, des Verlustes der öffentlichen Sicherheit und der Gefährdung der eigenen wirtschaftlichen Existenz, aber insbesondere aus der permanenten Bedrohung eines großen Teils der Bevölkerung durch Nahrungsmittelmangel. Die Aufzeichnungen zeigten die Betäubung der Bevölkerung am Kriegsende und die folgende fatalistische Stimmung, die aus der Besetzung und der allgemeinen Notlage, besonders dem Hunger hervorging. Den neu auftretenden, bedrohlichen Gruppen stand man hilflos gegenüber, sie erschienen als Teil und Ausdruck der chaotischen Verhältnisse. Konstruktive Ansätze fanden sich beim Autor in den Reflexionen der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, der daraus hervorgehenden Distanzierung vom Nationalsozialismus und der Suche nach einem Neuanfang. Er verwendete dabei zeittypische Gedankenfiguren, die am Beginn einer Aufarbeitung der Vergangenheit standen. Dazu gehörten für ihn stark personalistische Erklärungen und die Zuschreibung des eigenen Status als Opfer.

Die einzige positive Perspektive sah der Autor im Auftreten des neuen kommissarischen Oberbürgermeister Kalbfell. Dessen Rede auf dem Marktplatz zum 1. Mai bot eine klare Abrechnung mit dem lokalen und dem nationalen NS-System und verbreitete Optimismus für einen Neuanfang.²⁸ Er forderte zur Aufbauarbeit auf und warb für die Kooperation mit der Besatzungsmacht. Gleichzeitig appellierte er an die Tatkraft der Einwohner, dies war für Friedrich Haubensak ein Ansatz. Er schloss sich den pragmatischen Überlegungen der neuen Stadtverwaltung an, damit fand er eine erste Möglichkeit, seiner fatalistischen Stimmung eine pragmatische Haltung gegenüberzustellen. In dieser Entwicklung ist die beginnende Bereitschaft zu erkennen, nicht nur die Opferrolle einzunehmen, sondern auch einem konstruktiven Ansatz zu folgen. Die Aufzeichnungen zeigen die Entwicklung der Wahrnehmung und Deutung unter dem Eindruck der Vulnerabilität und dem Bemühen um Resilienz.

²⁸ Vgl. KALBFELL, Oskar (01.05.1945): Maiansprache vor den Reutlinger Bürgern auf dem Marktplatz (mit franz. Übersetzung). 4 Blätter. StadtA Rt AdN 4a.

1.1.2 „Ach Gott, sieh darein!“²⁹

Aus den Tagebuchaufzeichnungen der Pfarrersfrau Margarete E. werden die Jahre 1944 bis 1947 ausgewertet.³⁰ Sie wurde 1893 in Mannheim geboren und arbeitete später als Chefsekretärin. 1921 heiratete sie einen Methodistenprediger, der an verschiedenen Orten des heutigen Baden-Württembergs eingesetzt war, und gebar sieben gemeinsame Kinder. Während des Krieges und in der Nachkriegszeit lebte sie in der Stadt Pfullingen und deren Umgebung, auf der Schwäbischen Alb hielt sie sich öfters auf und pflegte dort Kontakte. Eine zentrale Rolle spielte in ihrem Leben ihre Familie, daneben war sie stark in das Gemeindeleben integriert. Sie lebte bis zu ihrem Tod 1969 in Honau. Ihre Aufzeichnungen reichen von 1919 bis 1969. Als gedruckte Quelle liegen die Jahrgänge 1939 bis 1947 vor.³¹

Das Kriegsgeschehen verfolgte die Autorin in der Sorge um ihre Kinder und andere Verwandte, ihr Mitgefühl galt insbesondere den Soldaten. Sie nahm Teil am Schicksal jedes Familienmitglieds, das am Krieg teilnehmen musste. Andere Themen standen dahinter zurück, die Versorgung mit Lebensmitteln erschien lange unproblematisch, die Entwicklung verfolgte sie dennoch stets: „3.9.44. ... Die Ernte ist größtenteils daheim, reichlich und gut, geregnet hats auch wieder ... der liebe Gott schenkt seine Güte, so dass die Menschen mit Fried und Freude leben könnten --- doch: Die Menschheit zittert vor den kommenden Tagen.“³² Diese Verknüpfung mit ihrem Gottvertrauen durchzog alle ihre Erlebnisse. Sie lebte in dauernder Sorge und war mit der Organisation des Alltags beschäftigt, z. B. als Flüchtlinge in ihren Haushalt einquartiert wurden. Auf diese Weise erfuhr sie von dem Elend und von der näher rückenden Front. Das Thema Ernährung wurde zum ersten Mal am 13. April 1945 angesprochen, der Haushalt musste aus Stuttgart Personen aufnehmen, die wegen der allgemeinen Bedrohungslage und der Versorgungsprobleme evakuiert wurden, da man auf dem Land mehr Ressourcen vermutete. Unmittelbaren Hunger litt die Familie nicht, man beteiligte sich dennoch zur Vorsorge am 22. April an der Verteilung der Lebensmittel in den „Hallen“³³, die im Gegensatz zu anderen ähnlichen Ereignissen friedlich verliefen. Die Wehrmacht gab ihre Vorräte vor dem Rückzug an die Bevölkerung aus, kurz darauf rückte die französische Armee in die Stadt ein. Über diese Zäsur hinweg verbanden die Themen ihres Lebens die unterschiedlichen Zeiten. Die Ungewissheit um das Schicksal der Söhne und der regelmäßige Gottesdienst bildeten den Mittelpunkt ihres Lebens. Die Organisation des Familienlebens mit allen Sorgen bestimmte den Alltag, dennoch brachen die Auswirkungen der Besatzung immer wieder in diese Welt ein. Die all-

²⁹ Vgl. E., Margarete: „Ach Gott, sieh darein!“. In: DÖRR, Margarete (Hg.): „Wer die Zeit nicht miterlebt hat...“. Frauenerfahrungen im Zweiten Weltkrieg und in den Jahren danach, Bd. 1 Lebensgeschichten. Frankfurt/Main, New York 1998, S. 71–116, hier S. 71.

³⁰ E., Margarete: „Ach Gott, sieh darein!“, 1998, S. 92–115.

³¹ Vgl. E., Margarete: „Ach Gott, sieh darein!“, 1998, S. 92–115.

³² E., Margarete: „Ach Gott, sieh darein!“, 1998, S. 92.

³³ Pfullinger Hallen, ein bekanntes Gebäude der Stadt, im Volksmund verkürzt oft als Hallen bezeichnet.

täglichen Belästigungen standen unmittelbar neben der großen Politik. Zuvor war der Kriegsverlauf verfolgt worden, nun rückten alle Aspekte der Bedrohung näher. Sie wurde beunruhigt durch das Vorrücken der russischen Armee, auch wenn das Geschehen in großer Entfernung lag. Aus dem Radio erfuhr sie über die Verbrechen im Osten und in den Konzentrationslagern. Noch wollte sie nicht wirklich glauben, welche Belastung durch die Vergangenheit auf der ganzen Gesellschaft lag und „wie schlecht und verworfen die deutsche Führung gewesen sein muss oder soll!! Es ist furchtbar!“³⁴

Die Folgen des Nahrungsmangels wurden auch für sie immer bedrängender. 1946 notierte sie die Auswirkungen am eigenen Leibe: „30.5.46 Ich hätte gar nicht gedacht, dass es mir so viel ausmachen würde, der Mangel an nahrhafter Speise. Die Kraftlosigkeit lastet mir schwer auf dem Gemüt. Und ich wollte doch die lieben Meinen durch fröhliches Bescheiden mit dem, was da ist, stützen! Ich muss mich oft schämen, weil ich es am schlechtesten kann. Doch ich kann's halt auch nicht ändern. Und doch geht's uns im Vergleich zu vielen anderen noch viel besser.“ Eindringlich schilderte sie im Hungerwinter ihren Zustand: „16.1.1947. Schon wieder der halbe Januar rum! Zwar, das tut einem nicht leid, man sehnt sich nach dem Frühling und nach wärmerer Witterung, viele, viele haben weder Holz noch Kartoffeln!! Wie muss es denen zumut sein, wenn der Tag anfängt. Da haben wir noch viel zu danken, denn wie gemütlich dürfen wir doch wenigstens noch gemeinsam am Tisch essen, bis wir genug haben, doch es sind augenscheinlich nicht die Sachen, die der Körper braucht, infolgedessen fühlt man doch sehr bald wieder ein Loch im Magen, ich habe oft ein solches Schwächegefühl, dass ich kaum das Nötigste tun kann, und es ist doch eigentlich viel mehr zu tun als früher. Wie oft steigt mein Flehen zu Gott um Kraft!“ Auf Dauer führte dies zu Schwächeanfällen. Am 1. Februar 1947 musste sie das „Bett hüten ohne eigentliche Krankheit“, gegen den „Kraftmangel“ erhielt sie Traubenzucker-Spritzen vom Arzt.

Häufig war sie mit der zusätzlichen Beschaffung von Lebensmitteln beschäftigt und griff dabei auf verbreitete Verfahren der Selbsthilfe zurück. Im Mai 1946 hatte man von der Stadt „2 Ar Hackteil“ zugeteilt bekommen, die selbst angebauten Bohnen, Kartoffeln, Erbsen, Rüben usw. gediehen, im September kam dazu eine günstige Zuteilung, z. B. 1300 g Brot pro Woche und ein wenig Fleisch, das wurde als ordentliche Ernährung angesehen. Zeiten des Mangels mussten mit Ährenlesen, Buheckern sammeln und Hamstern überbrückt werden. Der Autorin fielen die Unterschiede in den Möglichkeiten des Zugangs zur Zusatzversorgung auf, die auf unterschiedliche Gründe zurückgehen konnten. Sie sah Schwierigkeiten, „wenn man gar keine Quelle hat, von woher ein wenig Zusatz zu dem amtlich zugewiesenen fließt“.³⁵ Der Vorteil lag darin, Mitglied einer ländlichen Gemeinde zu sein. Zusätzlich konnte sie ihre Kontakte zu privaten zonenübergreifenden Kompensationstransaktionen bis in die britische Zone nutzen: „2.3.47. Wir sehnen uns nach

³⁴ Dieses und die folgenden fünf Zitate: E., Margarete: „Ach Gott, sieh darein!“, 1998, S. 105.

³⁵ Dieses und die folgenden drei Zitate: E., Margarete: „Ach Gott, sieh darein!“, 1998, S. 109.

dem Frühling, allenthalben geht das Holz zur Neige, und solange der Schnee nicht weggeht, kann man ja nicht in den Wald, Holz lesen. Wenn wir nicht die Kohlen aus Essen gehabt hätten, wäre es uns auch schlecht gegangen. L.s haben uns dreimal eine Kiste mit je 3 Ztr. Kohlen geschickt; wir schickten sie zurück mit Kartoffeln (war natürlich nur voriges Frühjahr möglich), im Herbst dann mit Gelbrüben und Mehl und Linsen, die wir für ein Paar Stiefel, die L.s gehörten, einhandelten.“ In der Zeit des größten Hungers trafen private Paketlieferungen aus den USA ein, später auch aus der Schweiz: „Am Donnerstag saßen wir sehr niedergeschlagen am Kaffeetisch, es hieß, wir bekommen nur noch 1000g Brot pro Woche, das macht für Kaffee und morgens und mittags ein wenig Vesper, ca. 135g Brot täglich, jetzt sind's doch wenigstens noch 200g, und das lässt einen schon den ganzen Tag hungrig sein, da wir doch dieses Jahr mit Kartoffeln nicht nachhelfen können. Also, und an demselben Morgen kamen zwei Pakete aus Amerika von Christine! Eins mit Esswaren, Eipulver, Milchpulver, Kaffee, scheint's auch Fett und Fleisch, wir können das Englische nicht lesen, und im anderen sind 2 Kleider, Socken für die Buben, Stopfgarn, Gummiband, Nadeln etc., so richtig wie in den Geschichten. Nun, Gott segne sie alle dafür.“ Bei allem Mangel verlor sie nie aus den Augen, dass die Not in anderen Regionen gravierender war als in ihrem persönlichen Umfeld: „3.2.46 Sonst geht's uns soweit ordentlich, wenn man auch oft gern mal etwas essen tät, wenn man dürft. Man hat eben immer die Sorg: ‚wenn's noch schlimmer wird.‘ Also muss man immer ein wenig für einen wenn auch geringen Vorrat sorgen. Doch wir wollen nicht klagen. Es ist eine Memeler Frau hier, die aus russischer Gefangenschaft entflohen, als einzelne den Flüchtlingstrecks voraus hierherkam. Die hörte ich sagen: ‚Ihr seid ja im Paradies!‘ Es ist nicht vorstellbar, welch fürchterliches Elend all die Menschen durchleben müssen.“ Auch ihre Bekannte aus Essen teilte ihr die Versorgungslage ihres Haushalts mit. Danach bestand deren tägliche Speise aus Kartoffelschalen und Brennnesseln, die sie ab und zu von der Zeche bekämen, ansonsten müsste ihr eine Schnitte Brot drei Tage reichen.

Für die Versorgung ihrer Familienmitglieder mit dem Nötigsten waren strapaziöse Unternehmungen und Improvisationskunst nötig. Im Jahr 1945 waren die Menschen unterschiedlich vom Mangel betroffen, ausgeprägter Hunger bestand in den Kriegsgefangenlagern. Margarete E. wies auf Versuche aus ihrem Bekanntenkreis hin, Lebensmittel in den Lagern zu verteilen. Sie selbst besuchte die Gefangenen in Ulm und konnte dort ihren Sohn treffen und mit Lebensmitteln versorgen, auch an seine Kameraden teilte sie ihre mitgebrachten Gaben aus. Gefunden hatte sie ihren Sohn auf einem zeittypischen Weg der Kommunikation, ohne funktionierende Post hatten sich spezifische Kanäle entwickelt. Ihr Sohn konnte einen Brief mit Adresse in der Stadt einem Fremden übergeben, der ihn weitertransportierte. Mit der Adresse wurde der Umschlag nun bei Zugfahrten weitergereicht, bis er seinen Bestimmungsort und schließlich die adressierte Familie erreichte. Es handelte sich dabei um ein verbreitetes Verfahren in der unmittelbaren Nachkriegszeit, als die Post ihre Funktion nicht wahrnehmen konnte. Mit solchen improvisierten Überbrückungsmaßnahmen, die eine allgemeine Solidarität voraussetzten, konnte

der Ausfall staatlicher Funktionen kompensiert werden. Die Bevölkerung lernte, sich eigene Ersatzstrukturen zu schaffen.

Auch die eigene Versorgung war von Selbsttätigkeit abhängig. Alle alltäglichen und besonderen Ereignisse standen in einem Bezug zum Essen, z. B. die Gestaltung einer Familienfeier. Der Mangel markierte die Einschränkung in besonderer Weise, man versuchte durch Solidarität dem besonderen Anlass eines Geburtstages gerecht zu werden, der durch kleine Gaben aufgewertet wurde und der gedrückten Stimmung entgegenwirken sollte: „8.12.46. Gottfrieds 19. Geburtstag ist heute! Es hat mich sehr bedrücken wollen, dass ich so gar nichts auf seinem Geburtstagstisch hatte, und doch sah zuletzt heut Morgen das Tischlein recht nett aus mit dem feinen kleinen Apfelkuchen, dem Transparentle, einem Begonienstöckle, 10 Mark von der Thea, Papas Gedicht; von mir lag ein Käsdösle, welches ich schon an meinem Geburtstag bekommen hatte, und ein Weck drauf, Papa legte ein großes Stück Brot und eine Scheibe Wurst, sein auf der Alb nicht gegessenes Vesper drauf (welches Entzücken! Das kann nur der nachfühlen, der in unserer Lage ist) und ein Päckchen von der Marga.“³⁶ Bezeichnend war es, kleine Symbole zu finden, die wenigstens kurzzeitig den Anschein alltäglicher Routinen aus normalen Zeiten aufleben ließen.

Für das Verhalten der Besatzungsarmee zeigte Margarete E. angesichts des Verhaltens der Deutschen während der Besetzung Frankreichs teilweise Verständnis. Deutlich verurteilte sie die Übergriffe von Soldaten gegenüber den einheimischen Mädchen und die geforderte Stellung von unschuldigen Geiseln, die für den Fall von Angriffen auf Angehörige der Armee gefordert wurden. Hintergrund war vermutlich die Reutlinger Geislerschießung vom 24. April 1945. Vier Reutlinger Bürger wurden exekutiert, nachdem ein französischer Soldat ums Leben gekommen war. Spätere Untersuchungen ergaben, dass es sich wahrscheinlich um einen Unfall gehandelt hatte. Auch die zu Beginn von ihr noch akzeptierten Entnahmen kritisierte sie schließlich mit dem Argument, Frankreich sei schließlich selbst ein reiches Land. Den Zulauf zu religiösen Veranstaltungen begrüßte sie als Frau eines Methodistenpredigers. Am 1.2.1947 berichtete sie: „Vater hat nun schon seit Januar 23 Evangelisationen gehalten. Überall kommen die Leute scharenweise, es ist ein großes Suchen nach den Werten der Ewigkeit.“³⁷ Sie entwickelte ihre persönlichen Deutungen zu den wesentlichen Ereignissen in ihrer Umgebung. Die Beobachtung von zahlreichen Kirchenbesuchen ließ sich verallgemeinern, denn die Entwicklung wurde in vielen Goteschhäusern beobachtet. Das war zum einen darauf zurückzuführen, dass die Kirchen als unbelastete, neutrale Institutionen galten, zum anderen war dieser Andrang auf ein allgemeines Bedürfnis der Sinnsuche zu werten.

Die großen weltpolitischen Ereignisse lösten auch für sie erkennbare Bedrohungsgefühle aus durch einen drohenden dritten Weltkrieg. Deshalb verfolgte sie das Scheitern internationaler Konferenzen und schließlich die erste große Krise des Kalten Krieges, die Berlin-Blockade. Über allem stand dennoch ihr unerschütter-

³⁶ E., Margarete: „Ach Gott, sieh darein!“, 1998, S. 113.

³⁷ Dieses und das folgende Zitat: E., Margarete: „Ach Gott, sieh darein!“, 1998, S. 114.

liches Gottvertrauen. „Es müsste einen noch viel ärger grausen, wenn man sich nicht in Gottes treuen Händen wüsste. Kommt der Tod auch in dieser grausamen Form auch zu uns (es sieht immer wieder so aus, als stünde ein neuer, noch schrecklicherer Krieg vor uns), so kann Er hindurchführen. [...] Ach Gott, sieh darein!“ Die Aufzeichnungen von Margarete E. wiesen einige Konstanten über die Zäsuren hinweg auf, wie z.B. die Sorge um ihre Angehörigen und ihr unerschütterlicher christlicher Glaube. Gegensätze fanden sich in den Nachrichten von der äußeren Welt. Der Kriegsberichterstattung und das Verfolgen der militärischen Ereignisse standen die Berichte von den nach dem Kriegsende bekannt gewordenen Verbrechen in deutschem Namen gegenüber. Beides war aus ihrer Sicht von einer Führung fern von ihrem Alltag verantwortet, aus dieser Distanz verurteilte sie die unmenschlichen Handlungen. Die Auswirkungen der wechselhaften Versorgungslage traten deutlich hervor. Sie erkannte die negative Entwicklung der Verfügung über Nahrungsmittel am Ende des Krieges durch die Zuweisung von hungernden Stadtbewohnern und Flüchtlingen und durch deren Berichte aus anderen Regionen. 1946 sprach sie zum ersten Mal selbst von Hunger, ihre Aufzeichnungen eröffneten von diesem Zeitpunkt an immer wieder Einblicke in den Alltag der Hungerkrise und bestätigten, dass der Tiefpunkt durch den Hungerwinter 1946/47 und in der folgenden Zeit erreicht wurde.

Die äußeren Umstände wurden von Margarete E. nur in geringem Maß verantwortlich gemacht, die Entnahmen der Besatzungsmacht oder die Behinderung durch die Grenzen der Besatzungszone sind solche negativen Einflussfaktoren. Die Ursachen wurden von ihr den Schwankungen der Produktion und nicht weiter hinterfragten unzureichenden Zuteilungen gesehen, denen man auf der Ebene der alltäglichen Bewältigung abhelfen musste. In ihrer Deutung der Situation stand die sachliche Analyse der Möglichkeiten im Vordergrund. Auf diese Weise erhält man einen Einblick in die vielfältigen Bewältigungspraktiken und die Bedeutung sozialer Netzwerke zur Krisenbewältigung. Es ist zu vermuten, dass diese Haltung in unterschiedlich starker Ausprägung in Gruppen herrschte, die sich selbst als politikfern verstanden und materiell nicht fern von landwirtschaftlichen Gebieten zur Selbstversorgung standen. Dadurch rückten politische Erklärungen und Vorwürfe in den Hintergrund. Die Sicherheit im christlichen Glauben bildete das Fundament des Lebens der Autorin. Das Verhalten und die Handlungen konzentrierten sich auf die Bewältigungspraxis im unmittelbaren alltäglichen Umfeld ihrer Familie.

1.1.3 „[...] aber woher nehmen und nicht stehlen?“

„Meine Erinnerungen“, diesen Titel gab Julie Rau, eine zu dieser Zeit junge Arbeiterin aus der Reutlinger Teilgemeinde Ohmenhausen³⁸, ihrem Manuskript, das auf der Basis von eigenen Aufzeichnungen und von Erinnerungen entstand und des-

³⁸ Zu dieser Zeit war Ohmenhausen nach der Eingemeindung von 1945 bereits ein Teilort der Stadt Reutlingen.

halb als Mischform aus Zeitzeugenaussagen und retrospektiven Reflexionen einzuordnen ist³⁹, methodisch verlangt dies eine besondere kritische Sichtung. Inhaltlich bieten die „Erinnerungen“ von Julie Rau eine weitere Perspektive, die die anderen beiden Zeitzeugendokumente ergänzt. Es liegen 20 transkribierten Seiten vor, die von der handschriftlichen Vorlage von einem Verwandten der Autorin in einem maschinengeschriebenen Ausdruck festgehalten wurden. Ein Exemplar wurde für diese Untersuchung von Familienmitgliedern zur Verfügung gestellt. Zeitlich umfassen die Aufzeichnungen die Zeit von 1916 und bis 2007. Einen Schwerpunkt bildet die Zeit des Nationalsozialismus und die Nachkriegszeit, die hier ausgewertet wird. Das Leben der Autorin konzentrierte sich auf die bäuerliche Welt des Ortes und die Arbeit im nahen Reutlingen, vereinzelt wurden Erfahrungen aus den umliegenden Orten mit eingebracht.

Die Erfahrungen des Übergangs in die Nachkriegszeit überschneiden sich in den grundlegenden Ereignissen mit den Berichten F. Haubensak und M. E., die Details waren individuell geprägt. Julie Rau berichtete von den unsinnigen Rekrutierungen in den letzten Kriegstagen, ihr Schwager, auf einem Auge blind, musste noch zum Volkssturm, da er „auch mit einem Auge schießen könne“. Der weitere Bericht weist Elemente auf, die auch aus anderen Erzählungen bekannt sind. Danach war die Kompanie so klug, sich sofort nach ihrem Rückzug auf die Alb aufzulösen. Die Männer besorgten sich Kleider bei Bauern und schlugen sich bis in ihre Heimatdörfer durch. Beim Einmarsch der Franzosen versteckten sich die Frauen mit den Kindern im Wald. Die letzten Aktionen der NS-Funktionsträger wurden in allen Quellen übereinstimmend dargestellt. Zum bekannten Muster gehörten Zerstörungsbefehle, Beruhigungsversammlungen und schließlich die Flucht der führenden Nationalsozialisten.

Die Ernährungssituation wurde bereits für die Kriegszeit als prekär beschrieben. Auf dem Land boten sich Möglichkeiten der Kompensation, die offensichtlich bereits vor 1945 von illegalen Beschaffungsmaßnahmen geprägt waren, in dieser Hinsicht unterschieden sich Krieg und Nachkriegszeit wenig. Die Zuteilungen über die Lebensmittelkarten reichten nicht aus und so „wurde für Lebensmittel getauscht was ging und zu entbehren war“.⁴⁰ Immerhin gelang es Julie Rau gegen eine Malerbürste „ein kleines Geißlein“ einzutauschen und auf dem Fahrrad im Rucksack nach Hause zu transportieren, damit war der regelmäßige Genuss von Milch für die Familie gesichert. Hasen und Hühner gehörten ebenfalls zum Reservoir der Versorgung. Etwas Besonderes war es, ein kleines Ferkel heimlich aufzuziehen und eines Tages schwarz zu schlachten. Die Brotversorgung musste illegal ergänzt werden. Mit dem „Leiterwägle“ fuhr man mit Säcken voller heimlich selbst angebautem und geerntetem Weizen in das nahegelegene Bronnweiler zum Hintereingang der Mühle und erhielt dort den Gegenwert an Mehl. Diese Beispiele

³⁹ Vgl. RAU, Julie: *Meine Erinnerungen*. [Reutlingen-]Ohmenhausen. Manuskript 2007, S. 13–18.

⁴⁰ Dieses und die folgenden beiden Zitate: RAU, Julie: *Meine Erinnerungen*. [Reutlingen-]Ohmenhausen. Manuskript 2007, S. 13.

zeigen, welche Möglichkeiten die Landbevölkerung fand, der größten Not zu entgehen und welche Bedeutung Kommunikation und soziale Netzwerke zukam.

Im rein bäuerlichen Umfeld von Julie Rau wurde der allgemeine Mangel durch die illegalen Bemühungen um die Ergänzung durch verschiedene Verbrauchsgüter deutlich. Von Vorteil war die Verfügung über Lebensmittel in der ländlichen Gemeinde, insgesamt entstand nicht der Eindruck, dass auf dem Land gehungert wurde. Das Ziel war es, den Versorgungsmangel auszugleichen. Wenn Baumaterialien benötigt wurden, konnte man diese durch Abgabe von Lebensmitteln im Tausch bekommen. Dennoch herrschte auch kein Überfluss an Nahrungsmitteln. Das war daran zu erkennen, dass alle Möglichkeiten zusätzliche Nahrung zu beschaffen genutzt werden mussten. Auch Julie Rau fuhr auf die Albhochfläche, um Bucheckern zu sammeln und gegen Öl einzutauschen. An anderer Stelle wies sie darauf hin, dass man sich in den Vorgärten im Ort keinen Zierrasen mehr leistete, sondern dort Gemüse anpflanzte.

Der Mangel wurde auf die zu geringe Produktion zurückgeführt. Das angeführte Bewältigungshandeln der Selbsthilfe war wie bei vielen Bewohnern der kleinen Orte und der großen Städte gleichermaßen ein Beitrag in der Überlebensstrategie. Die größeren Zusammenhänge werden von Julie Rau nur kurz, aber deutlich ange-rissen. Sie stellte einen Zusammenhang zwischen der Rüstungs- und Kriegspolitik der Nationalsozialisten und der nachfolgenden Zeit des Hungers her. Ihr Verhältnis zu den Angehörigen der Besatzungsarmee stellte sie als entspannt und positiv dar. Bereits beim Einmarsch war ihr aufgefallen, dass die „katholischen Schwestern“ die französische Armee als Befreier begrüßten. Die Übergriffe der Zeit der Besetzung waren ihr aus Berichten bekannt und sie verurteilte von Gewalt geprägtes Vorgehen, dazu zählte sie Vergewaltigungen, Geislerschießung und Gefangen-nahmen. Aus ihrer Tätigkeit in einem Lazarett berichtete sie anekdotisch von verschiedenen kurzen Begegnungen mit Soldaten, die sie als unbefangen und heiter erlebte. Vorwürfe in diese Richtung finden sich nicht. Überwiegend konzentrierte sich Julie Rau auf die Wahrnehmung des Alltags, um geeignete Überlebenspraktiken zu generieren. Auch in diesem einfachen ländlichen Arbeiterinnenalltag traten dieselben Themen auf, die auch den Bezirksnotar und die Pfarrersfrau beschäftigten. Die Erfahrung der Vulnerabilität war gering und konnte gut verarbeitet werden, die aufgetretene Versorgungstörung konnte sie mit angemessenen Bewältigungspraktiken überwinden. Die neuen politischen und sozialen Entwicklungen erlebte sie nicht als Steigerung ihrer Verletzlichkeit.

1.2 Stimmen aus der Bevölkerung. Bilden sich Meinungen im Magen?

Interpretationen der eigenen Situation richteten sich in den folgenden Jahren nicht nur auf die Vergangenheit, sondern die unsichere Gegenwart und die politische Perspektive gab ebenfalls Anlass zu Überlegungen. Die Institutionalisierung einer demokratischen Staatsform war das erklärte Ziel der Alliierten, aber auch vieler Akteure im Land, insbesondere die neuen Funktionsträger des deutschen politi-

schen Lebens. Viele der Einwohner, die vor der Zeit des Nationalsozialismus demokratischen Parteien nahegestanden hatten, sahen die Notwendigkeit der Anknüpfung an diese Positionen. Andererseits brachte die schwierige Lage widersprüchliche Wahrnehmungen hervor. Der Ernährungsstatus in der gegenwärtigen Krise wurde häufig mit den Zielen der demokratischen Neuorientierung in Zusammenhang gebracht, deren Akzeptanz wurde damit in Frage gestellt. Die internationale Öffentlichkeit und insbesondere die Alliierten hatten ein Interesse daran, Informationen über die aktuelle Positionierung der deutschen Bevölkerung zu erhalten. Der französische Philosoph und Journalist Emmanuel Mounier führte 1947 eine Umfrage primär unter den Einwohnern der westlichen Besatzungszonen durch und erforschte ihre Meinungen. Das Ergebnis wurde in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Esprit“ und einer eigenen „Anthologie der deutschen Meinung“ veröffentlicht.⁴¹ Interessierte konnten Schreiben einreichen und die eigene Meinung und Beobachtungen aus ihrer Umgebung mitteilen, ohne mit Sanktionen rechnen zu müssen. Ein Student eröffnete sein Schreiben unmittelbar mit dem Thema Hunger: „Die Ernährungslage ist das Thema jeder Unterhaltung. Menschen mit weniger Verstand – sie sind leider zahlreicher als die anderen – bilden sich ihre Meinungen nicht im Gehirn, sondern im Magen, – und der Magen ist leer.“⁴² Aus seiner Beobachtungsperspektive stellte er fest: „Sie machen entweder die neue Demokratie oder die Sieger für den Hunger in Deutschland verantwortlich.“⁴³ Die Zeitschrift wies in der Veröffentlichung darauf hin, dass die Einsendungen nach ihrer Repräsentativität ausgewählt wurden, es kann davon ausgegangen werden, dass im Jahr 1947 eine breite Öffentlichkeit hinter dieser Aussage stand. Es ist zu vermuten, dass Einwohner mit dieser Haltung keine Bereitschaft zeigten, sich mit der neuen Lage abzufinden und dass sie der politischen Neuorientierung skeptisch gegenüberstanden. Der Student selbst distanzierte sich von dieser Meinung, dies kann als Zeichen für ein sehr differenziertes Meinungsbild in der Bevölkerung gewertet werden: Die Stimmung war dynamisch und wies Entwicklungspotenzial auf.

Emmanuel Mounier hatte diese Form der Umfrage gewählt, um Menschen aller Schichten zu offenen Antworten zu bewegen. Als Herausgeber der Zeitschrift „Esprit“ initiierte er nach einer Reise durch Deutschland diese Befragung unter Ausschluss offizieller Instanzen und Formen. Auf im Voraus festgelegte Fragen wurde verzichtet. Das Ziel war es, offene Aussagen zu erhalten, angesprochen waren Deutsche, „die vor 1945 in Deutschland gelebt haben“⁴⁴. Vollständige Diskretion war zugesichert worden, und eine Auswertung der Einsendungen durch die Militärregierung war ausgeschlossen worden. Der Kreis der Befragten setzte sich zuerst aus Freunden Mouniers zusammen, wurde dann aber von Zeitungen und Rundfunkstationen unterstützt, so dass sich eine viel größere Gruppe und ein auf

⁴¹ Vgl. MOUNIER, Emmanuel (Hg.): *Anthologie der deutschen Meinung. Deutsche Antworten auf eine französische Umfrage*. Konstanz 1948.

⁴² MOUNIER, Emmanuel: *Anthologie der deutschen Meinung*, 1948, S. 149.

⁴³ MOUNIER, Emmanuel: *Anthologie der deutschen Meinung*, 1948, S. 149.

⁴⁴ MOUNIER, Emmanuel: *Anthologie der deutschen Meinung*, 1948, S. 6.

sämtliche Besatzungszonen ausgedehntes Einzugsgebiet ergab. In der Redaktion des „Esprit“ in Paris lief eine Fülle von Zuschriften zusammen. Es zeigte sich, dass „alle sozialen Kategorien der deutschen Bevölkerung beteiligt“⁴⁵ waren. Die Auswertung erfolgte in einem Sonderheft des „Esprit“. Als engagiertes Mitglied einer Bewegung, die sich für eine Integration Deutschlands in Europa einsetzte, interessierte sich Mounier für geistige Entwicklungen in Deutschland. Er glaubte nicht an eine Unveränderlichkeit der undemokratischen Auffassungen der Deutschen, sondern an deren Demokratiefähigkeit. Das Ergebnis veröffentlichte er in einem kleinen Band bereits 1948 unter dem Titel „Anthologie der deutschen Meinung. Deutsche Antworten auf eine französische Umfrage“. Viele der Antworten kamen aus dem Gebiet der französischen Besatzungszone. Außer den originalen Einsendungen enthält der Band auch Kommentare des Herausgebers.

Mounier stellte das dominierende Versorgungsproblem an den Beginn der Veröffentlichung: „Die Sorgen um die Ernährung. Wenn Sie auf einer Fahrt durch Deutschland ein offenes Ohr für die Themen haben, mit denen sich die große Masse von sich aus beschäftigt, dann stoßen Sie nicht auf geistige Dinge. Am Anfang steht eine Sorge, eine Plage: der Kampf um die Ernährung.“⁴⁶ Spottlieder und andere Versuche, die Situation durch Parodie und Sarkasmus zu verarbeiten, wurden veröffentlicht. Die Korrespondenten des „Esprit“, so wurden die Autoren der Beiträge auch genannt, berichteten von einem bitteren Lied: „Die Preise hoch, die Zonen fest geschlossen, die Kalorien sinken Schritt für Schritt. Es hungern immer noch die deutschen Volksgenossen, die andern hungern nur im Geiste mit.“⁴⁷ Den Zeitgenossen war geläufig, dass dies sich am sogenannten Horst-Wessel-Lied der Nationalsozialisten orientierte. Kontrafakturen⁴⁸ waren stets ein Medium für politische Aussagen gewesen.

Eine Einsendung illustrierte den Alltag: „Wenn der Gendarm heute am Bahnsteig auftaucht, um die Hamsterer zu kontrollieren, murrst alles: Die Polizei paßt auf, daß wir auch ordnungsgemäß verhungern! Kein gewöhnlicher Sterblicher lebt heute in Deutschland nur von seinen Marken. Die es dennoch tun, werden in der Zeitung genannt. Unter der Rubrik ‚Verstorben‘. Auch der Gendarm besorgt sich nebenbei. Sonst könnte er seinen Schießprügel nicht mehr tragen. Und die Hamsterer nicht verhaften. Darum doppelte Erbitterung. Wir Deutschen sind ein Volk der Dichter und Denker. Dichter und Denker produzieren schlecht bei vollen Bäuchen. Darum laßt uns weiter hungern! In unserem eigenen Interesse. Die letzten fünf Deutschen werden dann fünf Goethes sein. Und die Welt nicht mehr mit V-Waffen sondern mit Lyrik belästigen. Das ist für beide Teile vorteilhafter. Wolfgang Steinberg aus Niederbayern.“⁴⁹ Hier traten in satirischer Form einige der

⁴⁵ MOUNIER, Emmanuel: Anthologie der deutschen Meinung, 1948, S. 7.

⁴⁶ MOUNIER, Emmanuel: Anthologie der deutschen Meinung, 1948, S. 18.

⁴⁷ MOUNIER, Emmanuel: Anthologie der deutschen Meinung, 1948, S. 19.

⁴⁸ Kontrafaktur, hier: Eine bekannte Melodie wird mit einem neuen Text unterlegt, das Verfahren wird häufig in politischen und satirischen Liedern angewandt.

⁴⁹ MOUNIER, Emmanuel: Anthologie der deutschen Meinung, 1948, S. 29.

zeitgemäßen Stereotype auf. Die Situation des Hungers, gefühlte Ungleichheit und vermutete Privilegierung der staatlichen Vollzugsorgane bestimmten den ersten Teil des Beitrags und wurden in satirischer Weise mit dem Extrem des Hungertodes verbunden. Der Rekurs auf die kulturellen Leistungen wurde häufig als Gegenbild zum vergangenen Unrechtssystem aufgeführt, die Absicht, die moralische Schuld zu kompensieren, lag nahe, ebenso die Orientierung an einem klassisch-humanistischen Weltbild. Die abgedruckten Einsendungen wiesen ein breites Spektrum auf, hier sollen diejenigen bevorzugt werden, die einen Bezug zur Ernährungslage hatten. In einigen Zuschriften vertraten die Einsender die Meinung, dass die ehemaligen Nazis scheinbar nach wie vor bessergestellt seien. Darin lag Resignation und Enttäuschung bezüglich der erhofften Gerechtigkeit. Häufig wurde die Kumulation der verschiedenen Notsituationen von Ernährung und Wohnraumangel als „Hunger und Elend“ angesprochen, die zu allgemeiner Verzweiflung führte.⁵⁰ Die Situation Deutschlands wurde angesichts der jüngsten Vergangenheit desillusioniert gesehen.

Die Wahrnehmung war nicht zu trennen von der Positionierung gegenüber den Verbrechen, die die nationalsozialistische Regierung von 1933 bis 1945 begangen hatte. Angeführt wurden dabei Hinweise auf die deutsche Besetzung Frankreichs, verschiedene Beiträge sprachen auch bereits die sich sukzessive verbreitenden Informationen über die Konzentrationslager an. Viele Einsendungen setzten sich damit auseinander und sahen die Besetzung als deren unmittelbare Folge. Carlo Schmid wurde zitiert mit seiner Rede bei der Einweihung der Totenstätte in Schömberg. Er führte dabei aus, dass manchmal ein Gerücht durchs Land gegangen sei über diese Verbrechen und man einfach nicht hinhören wollte und damit mitschuldig geworden sei. Diese Aussage führte zu vielen Diskussionen, denen sich die deutsche Öffentlichkeit stellen musste. Mounier bewertete dies als Zeichen für das „Bewußtsein für die Schuld Deutschlands“, er übersah dabei nicht, dass es „einen nicht weniger eifrigen Fanatismus“ gab, sich gegen die Anerkennung einer Schuld zu positionieren.⁵¹

In dieser Situation richtete der Herausgeber den Blick auf die Deutung und die Konsequenzen. Festzustellen waren aus seiner Sicht das Desinteresse an politischen Themen oder sogar ein Festhalten an der nationalsozialistischen Gesinnung. Die widersprüchliche Aufarbeitung von Vergangenheit und Gegenwart zeigte sich in vielen Äußerungen. Zum Teil standen sie in Verbindung mit Ausreden über ihre Beteiligung („nur mit geballter Faust in der Tasche“), andere sprachen von ihren enttäuschten Erwartungen nach der Befreiung, auch die Variante, die Besetzung sei genauso schlimm wie die Nationalsozialisten, war noch anzutreffen.⁵² Die Einsendungen boten auch Einblicke in Verschwörungstheorien: „So wird behauptet, daß in den von amerikanischen Freunden und Verwandten versandten Liebesga-

⁵⁰ MOUNIER, Emmanuel: Anthologie der deutschen Meinung, 1948, S. 23.

⁵¹ MOUNIER, Emmanuel. Anthologie der deutschen Meinung, 1948, S. 91.

⁵² MOUNIER, Emmanuel. Anthologie der deutschen Meinung, 1948, S. 157.

benpaketen deutsche Butter enthalten sei, obwohl die Qualität derselben unter Beweis stellt, daß es sich in diesem Fall niemals um ein deutsches Erzeugnis handeln kann. Die zweite lügenhafte Behauptung, am 1. Januar 1947 wäre ein Geheimartikel des Potsdamer Abkommens in Kraft getreten, setzt allem die Krone auf. Dieser vorerwähnte Paragraf soll angeblich bestimmen, das deutsche Volk allmählich, aber systematisch, dem Hungertode preiszugeben.⁵³

Die Verbitterung über die Versorgung schlug sich vielfach nieder, unter diesen Aspekten wurde das kulturelle Angebot der Besatzungsbehörden nicht nur positiv wahrgenommen: „Die geistige Aufnahmefähigkeit des deutschen Volkes gerade für ausländische kulturelle Probleme ist außerordentlich groß, aber solange aus einem Lande wie Südwürttemberg ebenso viel Fleisch für die Bedürfnisse der Besatzungsarmee geliefert werden muß, wie die eigene Bevölkerung verzehren darf, bleibt jeder Versuch noch so geschickter Kulturpropaganda einflußlos.“⁵⁴ Durch den Vergleich mit der Versorgung der Besatzer wurde der Hunger der Bevölkerung gegen die kulturellen und politischen Ziele der Besatzungsmacht ausgespielt und deren Glaubwürdigkeit diskreditiert.

Aber insgesamt ergaben sich aus den Einsendungen auch positive Perspektiven. Sie begannen mit der Einsicht „eines jungen Angestellten aus Tübingen“.⁵⁵ Seine Vergangenheit in der HJ voller Begeisterung begriff er als Fehler und sah sich nachträglich als missbraucht.⁵⁶ Dr. Dieter Roser, Mitglied der Kultusverwaltung in Tübingen nach 1945 und mit der Erwachsenenbildung beauftragt, sandte ein längeres Schreiben ein. Im Zentrum stand für ihn, eine Atmosphäre des Vertrauens zwischen den Völkern zu schaffen.⁵⁷ Es wird zwar deutlich, dass die NS-Propaganda nicht ohne Folgen auf die Haltung eines erheblichen Teils der Deutschen geblieben war, aber in seiner Absicht sah sich Mounier ermutigt, eine enge Verbindung Frankreichs mit einem wiederaufgebauten Deutschland anzustreben. Viel Bestätigung zog er daraus, dass auch Deutschland demokratische Wurzeln hatte. Der Schlüssel lag aus seiner Sicht bei der Jugend, die verzweifelt und orientierungslos war, aber er identifizierte genügend Potenzial für eine demokratische Orientierung, die den alten Geist überwinden könne.

Durchzogen wurde das kleine Werk von dem stetigen Bezug auf Hunger und Elend, deren Beseitigung als eine Voraussetzung für eine positive Eingliederung in ein friedliches europäisches System gesehen wurde. Viele dieser Reaktionen gingen aus dem Alltag und der allgemeinen Situation hervor und konnten deshalb als Überblick über die allgemeine Stimmung gelten.

Eine der Fragen, die die Weltöffentlichkeit bewegte, war, wie die Deutschen der Nachkriegszeit über ihre nationalsozialistische Vergangenheit dachten. Die Aussagen der Verantwortlichen in Verwaltung und Politik und ebenso die Meinungsbei-

⁵³ MOUNIER, Emmanuel: Anthologie der deutschen Meinung, 1948, S. 48.

⁵⁴ MOUNIER, Emmanuel: Anthologie der deutschen Meinung, 1948, S. 151.

⁵⁵ MOUNIER, Emmanuel: Anthologie der deutschen Meinung, 1948, S. 181.

⁵⁶ Vgl. MOUNIER, Emmanuel: Anthologie der deutschen Meinung, 1948, S. 181.

⁵⁷ Vgl. MOUNIER, Emmanuel: Anthologie der deutschen Meinung, 1948, S. 158–161.

träge in Zeitungen waren leicht zugänglich, der Konsens dort bestand in der Distanzierung vom Nationalsozialismus. Dabei wurde nicht deutlich, welche Ansichten in der Bevölkerung vorherrschten. Dies ließ sich nur aus privaten Zeugnissen erheben, die nicht öffentlich zur Verfügung standen. Spuren davon konnte man z. B. in dem ausgewerteten Tagebuch von Friedrich Haubensak finden, er hatte als Bürger in seinem Tagebuch seine persönliche Abscheu von der Herrschaft Hitlers dokumentiert.⁵⁸ In einem Zeitzeugendokument aus dem Jahr 1955 lag eine Erinnerung von Pfarrer Hermann Streitberger aus Reutlingen vor, die eine andere Facette zeigte. Er berichtete, dass er auch „Stimmen des Leids über Hitlers Untergang hören konnte“.⁵⁹ Dies gipfelte darin, dass Leute „fest daran glaubten, dass Hitler weiterlebe“.⁶⁰ Es konnte davon ausgegangen werden, dass diese sichtbare Spaltung in der Wahrnehmung der Bevölkerung repräsentativ war. Um weitreichendere gesicherte Aussagen treffen zu können, ist es sinnvoll sich zeitgenössische Umfragen anzusehen. Die US-Behörden hatten die Opinion Survey Section eingerichtet⁶¹, die systematisch die Bevölkerung befragte, zuerst in Baden, Württemberg, Hessen und Bayern. Es ist plausibel, dass der Befund auch auf Südwürttemberg übertragbar war. Der Aussage, dass „der Nationalsozialismus eine prinzipiell gute Idee“ war, die lediglich schlecht ausgeführt wurde, stimmten zwischen November 1945 und Dezember 1946 durchschnittlich 47 Prozent zu, im Jahr 1947 stieg dieser Wert auf 55 Prozent, im Jahr 1948 auf 55,5 Prozent. Gleichzeitig fiel der Wert bei denjenigen, die den Nationalsozialismus für „eine schlechte Idee“ hielten auf 35 Prozent.⁶² Die Parallelität dieser Einschätzung zum Verlauf der Hungerkrise mit dem Höhepunkt im Jahr 1947 kann nicht als zufällig angesehen werden, sondern ist ein Beispiel für eine dynamische Entwicklung der Stimmung in der Krise. Martin Rothland wies in seinem Aufsatz auch auf die Probleme des Wertes dieser Aussagen hin. Verbunden mit der Frage, ob es ihnen von 1933 bis 1939 besser ging, antworteten die meisten Menschen mit ja. Eine Erklärung und Einschränkung der Aussagekraft sah Rothland darin, dass die Auseinandersetzung mit den verbrecherischen Taten der Nationalsozialisten gerade erst begonnen habe. Als problematisch betrachtete er auch die Umstände der Befragung durch eine Besatzungsmacht. Es blieb der Hinweis, dass ein langwieriger Prozess der Aufarbeitung noch bevorstand.

⁵⁸ Vgl. dazu die Auswertung von Haubensaks Tagebuchs im Kapitel 1.1.1 „Wir sind ärmer als Lazarus“.

⁵⁹ Erinnerungen von Hermann Streitberger: Aus meinem Leben. Maschinengeschriebenes Manuskript, 25.10.1958. Kopie im Stadtarchiv Reutlingen, Original bei Fritz Streitberger, S. 77. StadtA Rt S 205 Nr. 25.

⁶⁰ Erinnerungen von Hermann Streitberger: Aus meinem Leben. Maschinengeschriebenes Manuskript, 25.10.1958. Kopie im Stadtarchiv Reutlingen, Original bei Fritz Streitberger, S. 78. StadtA Rt S 205 Nr. 25.

⁶¹ Vgl. ROTHLAND, Martin: Selektive Erinnerung? Meinungsumfrage zum Nationalsozialismus der frühen Nachkriegszeit. In: Die Politische Meinung 53 (2008), S. 55–61.

⁶² ROTHLAND, Martin: Selektive Erinnerung? 2008, S. 56.

1.3 Verwaltung und Politik

In Verwaltung und Politik agierten nach 1945 die von den Besatzungsbehörden getroffene Auswahl von Verantwortlichen, die unbelastet waren, da sie keine aktive Rolle im nationalsozialistischen System eingenommen hatten. Die neuen Amtsträger strebten aus eigenem Antrieb eine neue staatliche und gesellschaftliche Ordnung an. Die Vorstellungen griffen auf die eigenen demokratischen Wurzeln und die Erfahrungen der Weimarer Republik zurück. Auch die Tradition der Revolution von 1848 wurde wachgehalten, dies zeigte eine Sammlung für den Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Paulskirche in Frankfurt, für den die Verwaltung warb. Eine besondere Rolle spielte für viele auch die deutsche Bildungstradition. Die Kooperation mit der französischen Besatzungsmacht gehörte zu den Voraussetzungen ihrer Arbeit. In der Aufarbeitung der Vergangenheit und im Neuaufbau sahen sie sich in einer erziehenden Funktion für die Bevölkerung. Carlo Schmid hatte in seinem Rückblick 1955 auf die Notwendigkeit der Verbreitung demokratischer Ideen und der breiten Akzeptanz hingewiesen: „Jede Demokratie fängt damit an, dass das Volk das Bewusstsein seiner selbst erhält.“⁶³

Am Ende des Jahres 1945 veröffentlichte Carlo Schmid, der in die höchste Regierungsfunktion in Württemberg-Hohenzollern berufen worden war, einen Beitrag in der Stuttgarter Zeitung der Weihnachten zum Anlass nahm, über die Situation im Land nach der Herrschaft der Nationalsozialisten zu reflektieren.⁶⁴ Als Ausgangspunkt nahm er Hunger und Not und rief seine Mitbürger auf, sich nicht als Opfer zu sehen, sondern sich zur eigenen Verantwortung für die entstandene Lage zu bekennen. In seinem Artikel „Weihnachten 1945“ griff er die größten Schwierigkeiten auf, die jedermann vor Augen standen. „Hunderttausende werden hungern an diesem Tag“, danach folgten Schilderungen über die Kälte, über die Gedanken an die vielen Toten und an die Flüchtlinge, die viele Menschen umtrieben.⁶⁵ Er entwickelte daraufhin einen seiner zentralen Gedanken: Selbstmitleid und Opferstatus mögen kurzfristig Erleichterung bieten, könnten aber zur Selbsttäuschung führen, dass „wir selber – du und ich – nur Opfer und nicht Urheber dieses Gestern und Heute sind“. Die Schuld jedes Einzelnen, er sprach dabei durchgehend von „wir“, sah er darin, dass „wir alle“ nicht auf das Gewissen hörten, sondern dass man sich an die menschenverachtende Lehre des Nationalsozialismus gewöhnt habe. Er formulierte dabei einen seiner tragenden Grundgedanken, dass ein vom Staat gesetzter Zweck die Würde des Menschen und dessen Bestimmung überwältige, sein Recht auf Freiheit auszuüben. Diese Stärkung des

⁶³ SCHMID, Carlo: Landrätetagungen, Abschrift, 1955, S. 1. StadtA Rt AdN 19.1957.

⁶⁴ Carlo Schmid agierte bewusst sowohl in der französischen als auch in der amerikanischen Zone, da er auf eine Vereinigung der Teile des Landes Württembergs hinwirkte und keine große Distanz entstehen lassen wollte.

⁶⁵ Dieses und die folgenden drei Zitate: SCHMID, Carlo: Weihnachten 1945. In: DERS.: Die Forderung des Tages: Reden und Aufsätze/Karl Schmid. Stuttgart 1946, S. 133–138. Zuerst erschienen in der Stuttgarter Zeitung am 23.12.1945. Karl Schmid hatte sich nach dem Krieg in Carlo umbenannt.

Individuums gegenüber dem Staat sollte eines seiner zentralen Themen bleiben. Das Gegenmodell sah er im totalitären System des Faschismus, das dem „Gesetz des Dschungels“ folgte, an dessen Ende die Ausrottung von Kranken und Völkern stand.⁶⁶ Damit demonstrierte er seinen Zeitgenossen exemplarisch, wie man sich der Vergangenheit stellen und Schlüsse für die Neuorientierung ziehen könne. Ausgehend von dem in der Vergangenheit herrschenden „Un-willen frei zu sein“ habe man sich mitschuldig gemacht an den Verhältnissen, die den Krieg herbeigeführt haben und die nun wie ein Bumerang zurückkehrten.⁶⁷ Eine Überwindung der Krise sah er nur in harter Arbeit und dem Bauen von Brücken zwischen den Völkern. Diese Sichtweise wandte sich grundlegend gegen die verbreitete Selbstviktimisierung und bot einen Ansatz der Neuorientierung. Die Schuld gesellschaftlicher und politischer Kräfte an der Machtergreifung der Nationalsozialisten war für ihn aktuell sekundär, zentral sei, „daß die Deutschen in personaler Verantwortungsbereitschaft ihre Zukunft gestalteten“, das setzte aus seiner Sicht eine grundlegende Neuorientierung voraus.⁶⁸

Karl Gengler, Präsident der Beratenden Landesversammlung, waren die Nöte des Alltags und deren Gefahren für den Neuaufbau vertraut. In seinem Rechenschaftsbericht in der 1. Sitzung am 22. November 1946 wies er die Parlamentarier darauf hin, „daß die Neuordnung unseres sozialen und politischen Lebens in erster Linie eine geistige Neuordnung sein muß und die Erfüllung der uns hier gestellten Aufgaben nicht unter der Kargheit unserer materiellen Mittel leiden darf.“⁶⁹ Diese Bemerkung stand im Rahmen seines Berichtes über die Finanzpolitik der Provisorischen Regierung. Die Neuordnung betraf die Bildungspolitik, die Schulformen und Lehrerausbildung umfasste, aber auch die sehr schwierige öffentliche Diskussion über die Aufarbeitung der belastenden Vergangenheit. Die Bevölkerung wurde nach der Besetzung mit den Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes und ihren Helfern konfrontiert. Die vorrückenden alliierten Truppen hatten die Lagerinsassen befreit und Massengräber vorgefunden. Die französische Militärregierung richtete in Schömberg eine ehrenvolle letzte Ruhestätte für die Opfer des Konzentrationslagers ein und übergab den Ort der Landesregierung. Carlo Schmid übernahm die Aufgabe, anlässlich der Feierstunde am 23. Oktober 1946 eine Ansprache zu halten. Die führenden nationalsozialistischen Akteure bezeichnete er als „eine[r] Bande von Gangstern“⁷⁰, vor Ort würdigte er die Toten und setzte sich mit der Schuld und der Notwendigkeit des Bekennens und gegen eine „bequeme

⁶⁶ SCHMID, Carlo: Weihnachten 1945, 1946, S. 136.

⁶⁷ SCHMID, Carlo: Weihnachten 1945, 1946, S. 137.

⁶⁸ WEBER, Petra: Carlo Schmid, 1896–1979, 1996, S. 235.

⁶⁹ Verhandlungen der Beratenden Landesversammlung für Württemberg-Hohenzollern vom 22. November 1946 bis 9. Mai 1947. Tuttlingen 1947, S. 13. Online verfügbar unter https://digital.wlb-stuttgart.de/pdf/urn:nbn:de:bsz:24-ltp382442156_001_001_1946-1947_vwhp3 (Letzter Abruf: 26.07.2023).

⁷⁰ Rede von Carlo Schmid am 23.10.1946, Friedhof der Gemeinde Schömberg. In: Carlo SCHMID: Erinnerungen (Gesammelte Werke in Einzelausgaben, Bd. 3), Bern, München, Wien 1979, S. 265–267.

Stummheit“ ein.⁷¹ Er räumte ein, dass fast keiner von diesen Dingen gewusst habe. Dagegen sah er als versäumte Pflicht an, die Gerüchte nicht aufgeklärt zu haben, die als Raunen durch das Land gingen: „Fast keiner wollte Gewisses wissen, denn wir wollten uns alle den Seelenfrieden bewahren.“⁷² Man hätte den Gerüchten nachgehen müssen, dies unterlassen zu haben, sah er als bleibende Schuld. Er leitete daraus die Verpflichtung ab, sich für eine Zukunft einzusetzen, „in der die Menschen unseres Erdteils ein wenig weniger werden zu weinen brauchen“.⁷³

Die Basisarbeit zur Sicherung des Überlebens der Nachkriegsgesellschaft wurde von Beginn an von der Verwaltung geleistet. In diesem Tätigkeitsfeld kreuzten sich die Wahrnehmung der grundlegenden Probleme, der einfachen Alltagspraktiken des Überlebens und der längerfristigen Zielvorstellungen. Als Beispiel können die Ausführungen des am Tag der Besetzung neuernannten kommissarischen Oberbürgermeisters und Landrats von Reutlingen, Oskar Kalbfell, gelten. Bereits wenige Tage nach dem Ende der Kampfhandlungen hielt er Besprechungen mit den Referenten der Stadt und des Kreises ab und sprach das zentrale Thema an: „Die Ernährungslage wird uns im Weiteren am meisten beschäftigen, denn wenn wir nichts mehr zu essen haben, hört alles auf.“⁷⁴ Kalbfell kündigte an, die Rationen zu kürzen, um den Anschluss an die neue Ernte durch eine Streckung der Vorräte zu bekommen. Die Verteilung der Zuständigkeiten ordnete er eindeutig zu: „Augenblicklich müssen wir unser Schicksal – im Einvernehmen mit der französischen Militärregierung – selbst bestimmen.“⁷⁵ Er ließ keinen Zweifel daran, dass aus seiner Sicht die Bemühungen um Verständigung auf der deutschen Seite liegen müssen. Ein immer wiederkehrender Topos in seinen Reden war die Abrechnung mit dem untergegangenen nationalsozialistischen Regime vor Ort und in der großen Politik. Er verwies auf „das gemeinschaftsschädigende Verhalten gewisser Parteigrößen“, die vor ihrer Flucht noch Zerstörungen anordneten und auf die Verbrechen, die nun bekannt wurden.⁷⁶ In seinem Vortrag im Rathaus am 24. April 1945 vor den Referenten kam er auch auf die Taten im näheren Umfeld zu sprechen. Er informierte die Anwesenden darüber, dass amerikanische Truppen 2000 von der abziehenden SS erschossene Opfer in einem Arbeitslager in Vaihingen/Enz entdeckt haben. Deutlich wurde damit für die einheimischen Zuhörer die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit den Verbrechen, die in deutschem Namen verübt worden waren.

⁷¹ SCHMID, Carlo: Rede in Schömberg, 1979, S. 265.

⁷² SCHMID, Carlo: Rede in Schömberg, 1979, S. 265 f.

⁷³ SCHMID, Carlo: Rede in Schömberg, 1979, S. 266.

⁷⁴ Landratsamt Reutlingen: Referentenbesprechung, 27.04.1945. StadtA Rt AdN 2. 1b.

⁷⁵ KALBFELL, Oskar: „Unsere Aufgabe in der gegenwärtigen Lage“. Der Stand der Wiederaufbauarbeit im Kreis Reutlingen – Rede vor Vertretern der Militärregierung und den Einwohnern von Urach. 10.10.1945, S. 13. StadtA Rt AdN 13a.

⁷⁶ KALBFELL, Oskar: Ansprache bei einer Besprechung betr. Ernährungsfragen. 24.04.1945, S. 2. StadtA Rt AdN 2a.

In seiner Ansprache zum 1. Mai 1945 rechnete Oskar Kalbfell öffentlich mit der gesamten Politik der Nationalsozialisten ab und ließ keinen Zweifel an deren Verantwortung für die gegenwärtige katastrophale Lage. Die anwesenden Zuhörer auf dem Reutlinger Marktplatz erinnerten sich noch an die nationalsozialistischen Funktionsträger, die zehn Tage zuvor die allmächtigen Amtsinhaber gewesen waren. An der Bewertung der Vorgänge ließ Oskar Kalbfell keinen Zweifel und erhielt für seine öffentliche Rede Beifall: „Wenn wir in Reutlingen gerade am Geburtstag des sogenannten Führers den Einmarsch der französischen Armee erlebten, so werten wir dieses Erlebnis als eine Wende, mit der die Erlösung aus der Knechtschaft, aus der Knebelung jeder freien Meinungsäußerung ihren Anfang nimmt. Wir fühlen heute schon eine gewisse Befreiung (Beifall), wir dürfen einander wieder als Deutsche in die Augen sehen und uns wieder mit dem alten deutschen „Grüß Gott“ begrüßen (Beifall).“⁷⁷

Mit der von Kalbfell in seinen ersten Besprechungen und Ansprachen vertretenen und verbreiteten Deutung verortete er den Einschnitt sowohl auf der Ebene der Versorgung als auch in der Wahrnehmung der Vergangenheit. Die Aufarbeitung der Verbrechen des NS-Regimes stand aus seiner Sicht auf einer Ebene mit der Bekämpfung der aktuellen Not. Die Betonung der Besetzung als Befreiung von der nationalsozialistischen Unterdrückung eröffnete eine Perspektive für die Kooperation mit der Militärregierung. Dies konnte als Kontrapunkt zu den Gewalterfahrungen verstanden werden. Der Hinweis auf die Zerstörungen durch die geflohenen nationalsozialistischen Amtsträger brachte diese in unmittelbaren Zusammenhang mit der gegenwärtigen Notsituation. Seine Ausführungen an dieser und an weiteren Stellen stellten die aus seiner Sicht bestehenden Zusammenhänge vom gegenwärtigen Hunger und der Notsituation dar. Die Nationalsozialisten seien danach die wesentlichen Verursacher, die Überwindung der Krise müsse auf den Bemühungen der Bevölkerung und ihrer Amtsträger durch alltagspragmatisches Handeln basieren, die Besatzungsmacht solle positiv und als notwendiger Kooperationspartner gesehen werden.

Deutung und Orientierung bot auch die Religion. Christliche Veranstaltungen hatten großen Zulauf, sie boten Anlass zur Hoffnung, die Suche nach Orientierung wurde häufig angesprochen. Explizit religiöse Erklärungen der aktuellen Not, etwa straftheologischer Art, wurden an exponierter Stelle vertreten. Emil Niethammer eröffnete die 1. Landtagssitzung am 3. Juni 1947 als Alterspräsident. Seine Eröffnungsrede fiel in die Zeit der größten Not des Krisenjahres 1947.⁷⁸ Relevante Themen waren für ihn gleichermaßen die Einführung in die neue Verfassung des Jahres 1947 und die „furchtbare Not der Gegenwart“.⁷⁹ Er interpretierte das Geschehen als Teil des Weltgerichtes Gottes: „Ja uns erfaßt die bange Sorge, ob nicht

⁷⁷ KALBFELL, Oskar: Maiansprache vor den Reutlinger Bürgern auf dem Marktplatz (mit franz. Übersetzung). 01.05.1945. StadtA Rt AdN 4a. 4 Blätter, hier Blatt 1.

⁷⁸ Vgl. Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 1. Sitzung vom 03.06.1947, S. 1–6, hier S. 1–3.

⁷⁹ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 1. Sitzung vom 03.06.1947, S. 1.

in unsere Gegenwart herein Gott die letzte und größte Strenge walten läßt, bevor er über die Völker, denen er zuerst die Offenbarung seines Willens als Erziehung zuteilwerden ließ, den Untergang verhängt, wenn sie ihm nicht gehorchen sollten.⁸⁰ In der Fortsetzung seiner Rede betonte er seine politische Funktion und berief sich primär auf die Verfassung und deren Auftrag, die Notsituation zu überwinden. In seinen Ausführungen wies er auf die aktuelle Machtlosigkeit des Parlaments hin und die daraus resultierende Unfähigkeit, dem Hunger wirksam zu begegnen. Nach wie vor standen alle Parlamentsbeschlüsse zu dieser Zeit unter dem Zustimmungsvorbehalt der französischen Militärregierung. Mit seiner Deutung wurde die Gemengelage der Suche nach Neuorientierung, die Notwendigkeit der Überwindung der Not und das Streben nach politischen Möglichkeiten der Umsetzung deutlich.

Noch konkreter ging Karl Gengler das Problem an der gleichen Stelle als Parlamentarier an. Zum Präsidenten des neuen Landtages gewählt, betonte er in seiner Eröffnungsrede am 3. Juni 1947 in Bebenhausen die Schwierigkeit der Aufgabe, in einem Parlament, das von den Besatzern mit geringer Macht ausgestattet worden sei, eine demokratische und soziale Politik zu beginnen, die im Volk Ansehen und Autorität fördern solle: „Der Kampf gegen die Not, in Ursachen und Wirkung, ist wirklich unsere erste Hauptaufgabe.“⁸¹ Er betonte die Notwendigkeit der Einrichtung einer Demokratie auf der Basis der Menschenrechte und der Völkerverständigung. Er verwies dabei auf die Fehler und Irrwege der Vergangenheit und akzeptierte die Forderung nach Wiedergutmachung, Voraussetzung dafür sei eine funktionsfähige Wirtschaft und Landwirtschaft. Die Jahre seit der Kapitulation sah Karl Gengler als Indiz dafür, „daß in Not und Elend die Demokratie nicht wachsen und gedeihen kann“.⁸² Als Desiderat für die nahe Zukunft forderte er eine wirtschaftliche Weiterentwicklung. Untragbar sei der Zustand, dass durch den Fleiß der Einwohner ein Wirtschaftsüberschuss erreicht worden sei, der aber nicht der Bevölkerung zugutekomme, sondern der Besatzungsmacht. Die Kräfte der Gesellschaft konnten sich aus seiner Sicht nur entfalten, wenn die Bevormundung wegfalle. Damit benannte er gravierende sachliche Probleme und formulierte die Ziele der Politik des Landes.

Im Unterschied zu Niethammer stellte er die politischen Entwicklungen von 1933 bis 1945 in der deutschen Gesellschaft in den Mittelpunkt seiner Deutung der Ursachen. Die gegenwärtige Not ging demnach aus der aggressiven und riskanten Expansionspolitik des NS-Regimes hervor. Übergeordnet war für ihn deshalb die Idee, eine staatliche Ordnung anzustreben, die auf Völkerverständigung nach außen und Demokratie nach innen beruhen sollte. Im Rahmen der zugrundeliegenden Konzeption dieser Studie lässt sich dies als „long term adaption“ bewerten.⁸³ Kurzfristige Maßnahmen waren dagegen die Bemühungen, die französische Wirt-

⁸⁰ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 1. Sitzung vom 03.06.1947, S. 2.

⁸¹ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 1. Sitzung vom 03.06.1947, S. 3.

⁸² Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 1. Sitzung vom 03.06.1947, S. 4.

⁸³ Vgl. Kapitel I Stand der Forschung, 2.2 und I. 3 Forschungsziel und -konzept.

schaftspolitik zu kritisieren und zu ändern. Ziel war es, damit die einheimische Wirtschaft zu fördern und von der Besetzung unabhängig zu machen. Lang- und kurzfristige Ziele lassen sich in den Zusammenhang von Vulnerabilität und Resilienz einordnen.⁸⁴ Dazu sind die von Karl Gengler aufgeführten politischen Vorstellungen zu zählen: Der demokratische Neuaufbau, die Anerkennung der Verantwortung für die Vergangenheit, die Abkehr vom untergegangenen nationalsozialistischen System und der Aufbau konstruktiver internationaler Beziehungen. Diese Ausrichtung war geeignet, die Resilienz gegenüber schädigenden Einwirkungen auf vulnerable Strukturen des Ernährungssystems zu stärken und nach Möglichkeit die Wiederkehr einer Not wie in der Nachkriegszeit zu verhindern.

1.4 Französische Stimmen

Die Ernährungsversorgung wurde zum Kristallisationspunkt der öffentlichen Meinung. Die französische Militärregierung konnte über die Missstimmung nicht hinwegsehen und versuchte Einfluss zu nehmen durch eine eigene Informationspolitik, die auch von den deutschen Behörden getragen wurde und einen Beitrag zum Verständnis der Situation leisten sollte. Gerade im Hinblick auf die Versorgungslage musste Aufklärung betrieben werden. Übergeordnetes Ziel für die französischen Institutionen war die Umerziehung und Demokratisierung, im Bereich der Nahrungsversorgung musste es aber auch um Aufklärung und ein adäquates Verständnis der Zusammenhänge gehen. Impulse dazu sollten unter anderem Plakate geben, die von der französischen Propaganda-Abteilung der „Division d’Information“ in Baden-Baden erstellt wurden und angeschlagen werden mussten.⁸⁵ Die Texte waren eindeutig: „Wahrheit und Klarheit! Weil du auf Hitler gehört hast muss jetzt Europa hungern“.

Die Aufschrift eines anderen Plakates informiert noch umfassender. „Augen auf! Jawohl; unser Teller ist kärglich gefüllt. Aber wie sieht es denn in den anderen Ländern aus? Wollen wir unsere Augen etwa vor Tatsachen verschließen?“⁸⁶, gefolgt von Berichten aus den Ländern Frankreich, Holland, Jugoslawien, Ungarn, Griechenland, Polen und der Sowjetunion. Bereits die Aufzählung der betroffenen Länder auf dem Plakat musste jedem das Ausmaß der Folgen vor Augen führen. Diese Informationen deckte sich mit den Aussagen, die in öffentlichen Reden und in den internen Besprechungen der nun Verantwortlichen der lokalen und regionalen Verwaltung zu hören waren. Alle setzten sich dafür ein, dass sich die deutsche

⁸⁴ Vgl. Kapitel I Stand der Forschung, 2.3 und I. 3 Forschungsziel und -konzept

⁸⁵ Jutta Gröschl weist darauf hin, dass der Begriff „Propaganda“ bewusst gewählt wurde, da er in seiner ursprünglichen Bedeutung Teil der Beeinflussung einer Meinung sei, die negative Konnotation trat erst später mit der Verbindung mit Manipulation hinzu. GRÖSCHL, Jutta: Die Deutschlandpolitik der vier Großmächte in der Berichterstattung der deutschen Wochenschaun 1945–1949. Ein Beitrag zur Diskussion um den Film als historische Quelle, Berlin, New York 1997, S. 4.

⁸⁶ Plakat der Division de l’Information, um 1946/47. StadtA Rt S 20, Nr. 28.



Abb. 19: Wahrheit und Klarheit! Plakat 1946/47. Quelle: StadtA Rt S 50, Nr. 17.⁸⁷

Bevölkerung in einer realistischen Weise mit den Folgen des Krieges auseinanderzusetzen. Die Plakate vermitteln nicht nur Informationen, sondern sprechen auch Emotionen an. Hungernde Kinder stehen im Zentrum, die Erwachsenen nehmen eine gebückte Haltung ein, die Gesichtszüge sind verbittert.

Das Spektrum der Meinungen bliebe ohne die Stimmen der Mitglieder der Besatzungsbehörden vor Ort unvollständig. In den Kreisen übte der jeweilige „Délégué de Cercle“ (im Folgenden: Kreisdelegierter) die zentrale politische Funktion als Vertreter der Militärregierung aus. Einige aus dieser Gruppe haben sowohl ihre Aufzeichnungen aus ihrer Dienstzeit als auch Erinnerungen veröffentlicht, darin wurde ihre Position zum Ernährungsproblem deutlich. Der französische Kreisdelegierte für Tuttlingen, Jean Lucien Estrade, sah in seinen Aufzeichnungen in der Landwirtschaft und Versorgung „das schwierigste und heikelste Problem, das sich der Militärregierung stellte.“⁸⁸ Die Gründe waren aus seiner Sicht in der ersten Phase der Besetzung die Zerrüttung des Landes und die gestiegene Zahl der Anwesenden. Er räumte als Grund ebenfalls die hohe Zahl der Stationierungen von französischen Truppen ein, nach seinen Angaben mehr als 10 000 Mann. In der Folge

⁸⁷ Plakat der Division de l'Information um 1946/47. StadtA Rt S 50, Nr. 17.

⁸⁸ ESTRADÉ, Jean Lucien: „Tuttlingen April 1945 – September 1949“, 1990, S. 169.

Augen Auf!

AUGEN AUF!

Jawohl, unser Teller ist kärglich gefüllt!

Aber wie sieht es denn in den anderen Ländern aus?
Wollen wir unsere Augen etwa vor Tatsachen verschließen?

Frankreich hat in den 4 Jahren der Besetzung 2,6 Millionen seiner besten Männer als Deportierte oder Gefangene hienüber müssen. 150000 Gebäude sind zerstört und beschädigt. Ein Großteil seiner Produktion, seiner Maschinen und seiner Nahrungsmittel wurde gestraubt. Die Bevölkerung leidet heute noch unter dem Mangel an Kohle, Strom und Ernährung.

Holland hat unter den ersten großen Vernichtungsangriffen der deutschen Luftwaffe unersäglich gelitten. Ein Drittel des Landes wurde durch die von der Wehrmacht entfesselte Überschwemmung verwüstet, und in Holland herrscht **wirkliche** Hungersnot.

Jugoslawien hat infolge der unarmherzigen Repressalien über eine Million seiner besten Soldaten als Opfer zu beklagen. Trotz Hunger und Band erobert das Volk, ohne zu klagen, an seinem Widerstand.

Ungarn kann den Einwohnern von Budapest nur 400 Kalorien pro Tag bieten!

Griechenland wurde von entsetzlichen Leiden heimgeucht. Tausende von Männern, Frauen und Kinder sind auf der Straße Hungern gestorben.

Polen ist heute ein vollkommen wüstes Land, in dem 5 Millionen Menschen angeblich minderwertiger Rasse katzenbäutig ausgerottet wurden. Goettler Frank erklärt: „Von mir aus kann man aus den Polen ruhig Kadaverfleisch machen.“

Die Völker der Sowjet-Union haben um 17 Millionen Tote, von denen 15 Millionen Zivilisten, Frauen und Kinder, im Namen der germanischen Zivilisation umgebracht wurden. Auf einer Strecke von 2000 km gingen 70000 Dörfer und 170 Städte in Flammen auf. Es gibt dort heute noch 24 Millionen Obdachlose, und der Lebensstandard ist erwiesenermaßen niedriger als der in Deutschland.

Dies sind nur einige Beispiele der großen Hungersnot und des Elends in Europa.

Nazi-Deutschland hat den Krieg entfesselt!
Wir alle sind mitschuldig an der fremden und der eigenen Not!

Dieser Einsicht kann und darf sich niemand verschließen!
Darum nicht Jammern, sondern Widerstand machen!
Nur so werden wir Verständnis bei den anderen Völkern finden!
Nur so werden wir einer besseren Zukunft entgegensehen!

Darum seht über den Rand eures kärglich gefüllten Tellers hinaus!

AUGEN AUF!

Abb. 20: Augen auf! Plakat 1946/47. Quelle: StadtA Rt S 50, Nr. 28.⁸⁹

führte er weitere Gründe an. Als der Motivation zu Ablieferungen abträglich empfand er die wilden Requisitionen durch Armeeangehörige und den „Ablieferungssoll“, der „wahrscheinlich bewusst, über den realen Möglichkeiten festgelegt“ worden seien.⁹⁰ Das zentrale Problem lag aus seiner Sicht darin, dass die Erzeuger wenig Verständnis für die Lage zeigten und nicht gewillt gewesen seien, ihren Beitrag zur Verringerung des Mangels zu leisten. Einen wesentlichen Schritt sah er in der Errichtung einer zentralen Koordinationsstelle im Oktober 1945. Für die Versorgungsschwierigkeiten der Zeit danach machte er die deutschen Zentralämter

⁸⁹ Plakat der Division de l'information. StadtA Rt S 50, Nr. 28.

⁹⁰ ESTRADÉ, Jean Lucien: „Tuttlingen April 1945 – September 1949“, 1990, S. 175.

verantwortlich, die seiner Ansicht nach fehlerhafte Informationen lieferten und die Großerzeuger begünstigen wollten. Möglich wurde dies aus seiner Perspektive durch die mangelnde Qualifikation in den deutschen Ämtern und durch das Versagen der französischen Kontrollbeamten, die von der Militärregierung eingesetzt worden waren. Der Blick auf die Versorgungssituation durch die französischen Behörden wurde damit exemplarisch deutlich. Der Verwaltungsspezialist sah die Schwächen in der deutschen und französischen Administration, in kriminellem Verhalten in den eigenen Reihen aber insbesondere in der Verweigerungshaltung der einheimischen Produzenten. Diese Haltung teilten die Kreisdelegierten landesweit, wie der „Gouverneur“ von Tuttlingen Jean Lucien Estrade ebenso betonte.

Eine Mischung aus sachlichen Schwierigkeiten durch die ungünstigen Voraussetzungen für die landwirtschaftliche Produktion und Unwillen der deutschen Behörden gibt der zuständige Beamte der Militärregierung in Balingen, Jean Brochet, als Gründe der Versorgungsschwierigkeiten an.⁹¹ In dem 1950 verfassten Bericht über die Tätigkeit der Kreisdelegation in Balingen im Bereich der Versorgung wurden die systemischen Probleme deutlich. Der Landkreis hatte nach seinen Erkenntnissen immer zu wenig produziert und war von anderen Regionen abhängig. Als Ursachen nannte er, dass ein Drittel der landwirtschaftlichen Produktionsflächen sich in einer Höhenlage befand, in der wenig Ertrag möglich war. Strukturell behinderte die Kleinteiligkeit der landwirtschaftlichen Betriebe eine effektive Produktion, dazu kamen die Zerstörungen durch den Krieg und die in der Folge angewachsene Zahl von Konsumenten. Die Aufgabenverteilung stellte er wie folgt dar: Die Organisation lag bei den deutschen Ämtern, die französischen Stellen überwachten und übten gegebenenfalls Druck auf die Produzenten aus. Die Repressionen richteten sich gegen Mitglieder der Verwaltung, die als zu passiv wahrgenommen wurden oder gegen Bauern, denen Verschleierung und unvollständige Ablieferungen vorgeworfen wurden. Verschiedentlich führte er die drastischen Strafmaßnahmen auf. Er verwies auf Beispiele, bei denen es den Militärbehörden gelungen sei, zusätzliche Nahrungsmittel einzutreiben, allerdings auch um den Preis der Requirierung von Saatkartoffeln, die in der nächsten Aussaat fehlten. Als nachteilig für die Versorgung nannte er die unrechtmäßigen Requisitionen von Truppen und „Displaced Persons“, gegen die man vorgegangen sei. Grundsätzlich bestätigte er die Schwierigkeiten, die von den deutschen Stellen genannt wurden: Es fehlte an Zugtieren, landwirtschaftlichen Maschinen und Saatgut. Zum Teil räumte er Fehlberechnungen ein. Im Kreis Balingen sei ein Bodennutzungsplan aus dem Jahr 1830 verwendet worden, obwohl in der Zwischenzeit ein erheblicher Teil nicht mehr kultivierbar war, da eine Eisenbahnstrecke und viele Wohnhäuser für die stark angestiegene Bevölkerung gebaut worden waren. Zum permanenten Konfliktpunkt wurde die Frage nach der wirtschaftlichen Organisation. Während das Landwirtschaftsministerium unter der Leitung von Dr. Franz Weiß nach der

⁹¹ Vgl. BROCHET, Jean: Landwirtschaft – Versorgung. In: Andreas ZEKORN (Bearb.): Blau-weiß-rot: Leben unter der Trikolore, 1999, S. 254.

Freigabe der Produkte für den Markt strebte, sah der französische Kreisdelegierte nach wie vor die Lösung in einer streng regulierten Bewirtschaftung. Einen weiteren Punkt brachte Roger Courtois in seinem Bericht über den Kreis Hechingen ein. Er registrierte gegen Ende des Jahres 1947 die Verzweiflung der Bevölkerung, aber auch einen Unwillen der Bauern gegenüber Ablieferungen und ein Zögern der Beamten, „ihre Autorität Mitbürgern gegenüber geltend zu machen“.⁹² Als Grund gab er die innenpolitische Situation in Frankreich mit seiner politischen Spaltung an, „seinem Budgetdefizit, seinen Streiks, seinen Schwierigkeiten in den Kolonien sowie seiner militärischen Schwäche“, alles trage zu einer abwartenden Haltung bei.⁹³ Er schloss mit einer eigenen Einschätzung: „Die Lösung des Problems der französischen Besatzungszone liegt in Paris, nicht in Baden-Baden: Je stärker Frankreich ist, um so einfacher wird die Aufgabe der Militärregierung sein.“ Die Interdependenz der verschiedenen Faktoren vor Ort erkannte der Kreisdelegierte von Rottweil, als auf dem Höhepunkt der Krise Proteste erfolgten: „Es ist schwierig, momentan Fragen der Versorgung oder der Entnahme von Maschinen von den politischen oder den gewerkschaftlichen Vorgängen zu trennen, weil die einen die anderen bewirken.“⁹⁴

Auch in den Kreisen der französischen Beamten vor Ort löste die Hungerkrise Reflexionen aus, die sich mit den Ursachen beschäftigten und zu gegensätzlichen Ergebnissen gelangten. Alle Akteursgruppen waren potenziell in Kontroversen mit allen anderen. Die französischen Offiziere lokalisierten das Problem überwiegend bei den örtlichen Institutionen, denen sie Unwillen oder gar Obstruktion unterstellten. Die einheimische Verwaltung versuchte, die Ablieferungen zu sichern und andererseits wirtschaftliche Handlungsspielräume für die Produzenten zu erreichen. Die Bauern selbst sahen sich privilegiert und als Opfer zugleich. Auf der Ebene der Bevölkerung war noch keine einheitliche Wahrnehmung und Deutung zu erkennen. Zwischen den zahllosen heterogenen Verbrauchern mit den unterschiedlichen Voraussetzungen und Deutungen war ein Diskurs mit den politischen Akteuren im Gange. Themen waren die wirtschaftlichen Lösungen, das Verhältnis zur Besatzungsmacht, das Verständnis der belastenden Vergangenheit und die Eckpunkte einer Neuorientierung. Im Zentrum dieser Prozesse stand die Hungerkrise als Auslöser und Katalysator. Die Überwindung der Krise war die Voraussetzung für die Weiterentwicklung und gleichzeitig prägte diese Bewältigung substanzial das Ergebnis auf allen Ebenen und in allen Bereichen.

⁹² COURTOIS, Roger: Der Kreis Hechingen (April 1945–Dezember 1949). In: Andreas ZEKORN (Bearb.): Blau-weiß-rot: Leben unter der Trikolore, 1999, S. 309–408, hier S. 344.

⁹³ Dieses und das folgende Zitat: COURTOIS, Roger: Der Kreis Hechingen (April 1945–Dezember 1949) 1999, S. 344.

⁹⁴ Stadtarchiv Rottweil (Hg.): Chronique du cercle de Rottweil, 2000, S. 137.

2. „Phase pratique“ – individuelle Erfahrungen und Bewältigung im Alltag

Im Fokus steht im Folgenden, wie die Betroffenen die Bedingungen der Hungerkrise erlebten und wie sie darauf einwirkten. Von besonderer Bedeutung ist der Zusammenhang von Wahrnehmen, Deuten und Handeln durch die betroffenen Akteure. Die Untersuchung findet graduiert nach sozialen Kriterien und Ebenen statt. Die Auswahl der Zeitzeugendokumente und Interviews erfolgte mit dem Ziel, möglichst viele verschiedene Perspektiven einzubeziehen, die den unterschiedlichen Handlungsebenen zuzuordnen sind. Dazu gehören Menschen ohne öffentliche Funktionen (Bevölkerung) aus verschiedenen sozialen Schichten ebenso wie administrativ und politisch Verantwortliche.

Die Analyse ermöglicht Einblicke in die grundlegenden Probleme der Nachkriegsgesellschaft, die Konflikte und den Prozess der Transformation. Aus der Betrachtung der Verflechtung der Ebenen geht hervor, wie sich ein gesellschaftlicher Konsens über die Krisenbewältigung und über die spezifische Form der neuen Ordnung herauskristallisiert. Alle Aktivitäten finden zwar in dem von der Besatzungsmacht vorgegebenen Rahmen statt, dennoch soll durch die Analyse des Handelns der Betroffenen geprüft werden, inwiefern die Akteure durch Erarbeitung von eigenständigen Handlungsoptionen ihre Gegenwart und Zukunft selbst gestalten konnten.

Die Überschriften der Teilkapitel „Phase pratique“ sowie im Folgenden „Phase administrative“ und „Phase politique“ gehen auf Begriffe in den Erinnerungen Carlo Schmid zurück, die Formulierungen waren zum Teil auch Bestandteile der Gespräche der Landesregierung mit General Widmer und Oberst de Mangoux.⁹⁵ Aus französischer Sicht stand dahinter die Idee, das Leben in der Besatzungszone wieder nach eigenen Vorstellungen sukzessive aufzubauen. Aus der Perspektive von Carlo Schmid wurde damit der Ansatz beschrieben, durch die Aktivitäten im Land pragmatische, administrative und politische Tätigkeiten für den Wiederaufbau sinnvoll zu verbinden. Der Begriff der „Phasen“ weist auf die zeitlichen Schwerpunkte der Tätigkeit der Akteure hin. Die Zeitabschnitte sind nicht als streng abgegrenzt zu verstehen, tatsächlich mussten sie sich überlagern, pragmatische Überlebenssicherung war z.B. durchgehend nötig, Verwaltungstätigkeit ebenso. Die analytische Trennung erlaubt allerdings einige Differenzierungen, die einerseits aus den Handlungsoptionen der Akteure mit verschiedener Reichweite, andererseits aus deren unterschiedlicher Wahrnehmung und Deutung hervorgehen.

Individuelles Handeln der Akteure als Selbsthilfe im Alltag orientierte sich an der Erhaltung der eigenen physischen Existenz, das hieß konkret die Sicherung der persönlichen Ernährung. Bezugsgruppe war dabei häufig die Familie. Der bereits zu Kriegszeiten etablierte Modus der Nahrungsmittelzuteilungen ging für die Normalverbraucher über die öffentliche Zuteilung, zunehmend wurden die Ratio-

⁹⁵ Vgl. SCHMID, Carlo: Erinnerungen, 1979, S. 245.

nen nicht nur kleiner sondern deren Zuteilung auch unsicherer. Es geschah nicht selten, dass die Konsumenten enttäuscht wurden, weil die vorgesehenen Mengen in den Ausgabestellen nicht vorrätig waren. Die Bevölkerung war deshalb gezwungen, die offizielle Verteilung ständig zu beobachten und darüber hinaus eigene Wege der Versorgung oder wenigstens eine Linderung der Auswirkungen des Mangels zu finden.

Die individuelle Lage unterschied sich zum Teil erheblich, je nach Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht oder durch den Aufenthalt in unterschiedlichen Regionen, wie in dem Vergleich verschiedener Kreise in Kapitel II. 2.3 gezeigt wird. Die Nähe zur landwirtschaftlichen Produktion entschied mit über die Teilhabe an der in diesem Fall ausreichenden Versorgung. Am anderen Ende der Skala standen die Stadtbewohner, die von Industriearbeit abhängig waren und darüber hinaus über wenig oder gar kein Eigentum verfügten, das getauscht werden konnte. Das zwang sie zur Improvisation oder zu für sie ungewohnten Aktivitäten für ihre eigene Versorgung. In dieser unterschiedlich ausgeprägten Vulnerabilität und Resilienz konnten jedoch auch die Bewohner ländlicher Regionen sich nicht der allgemeinen Unsicherheit und Bedrohung entziehen, als landwirtschaftliche Produzenten waren sie gleichzeitig Subjekt und Objekt im System der Versorgung. Als Selbstversorger waren sie gut ausgestattet, als Lieferanten gerieten sie unter Druck von verschiedenen Seiten, als Bürger des Landes waren sie wie alle anderen der Ungewissheit der politischen Zukunft ausgeliefert. Alle Akteure handelten in einem komplexen, unübersichtlichen, unzuverlässigen und kontingenten Szenario mit nicht vorhersehbaren Interdependenzen und Interaktionen. Dies erforderte häufig kurzfristige, improvisierte Reaktionen auf unerwartete Konstellationen, über denen dominierend das Problem der Hungerkrise stand. Überdies waren zu den genannten Gruppen eine Reihe weiterer Akteure hinzugekommen. Dazu gehörten die militärischen Kräfte der Besatzungsmacht und ihre Angehörigen, die noch anwesenden ehemaligen Zwangsarbeiter, jetzt als „Displaced Persons“ geführt, durchziehende entlassene Kriegsgefangene auf dem Heimweg und, vorläufig noch in geringer Zahl, Flüchtlinge und Vertriebene.

Die Untersuchung der Erfahrungen der Vulnerabilität soll hier mit dem Übergang von der Kriegszeit in die Nachkriegszeit beginnen. Es werden die Fragen nach Ängsten und Hoffnungen gestellt, ebenso nach Möglichkeiten für spezifische Bewältigungspraktiken, damit lässt sich der Spielraum ausloten. Die Menschen erscheinen unter diesem Aspekt nicht nur als Opfer. Ihr Alltagshandeln folgte häufig nicht einem durchdachten Plan, dennoch wurden ihre Praktiken des Überlebens und ihre Erfahrungen zu Bausteinen für die nachfolgende Gesellschaft. Es wird die Frage gestellt, welche Folgen es für die Gesellschaft hatte, dass die Einzelnen permanent vor einer Krise standen, in einer bedrohlichen Situation und der Herausforderung, die für sie richtige Entscheidung zu treffen.

Die reale oder auch die gefühlte Bedrohung durch Nahrungsmangel oder gar -entzug stellte das Primat des Handelns in den Vordergrund. Zum Akteur in der Hungerkrise wurde jeder im Land Württemberg-Hohenzollern Anwesende. Nach

der Volkszählung vom 26. Januar 1946 betrug die Einwohnerzahl 1 059 663, sie war damit im Vergleich zu 1939 geringfügig angestiegen, das führten die Statistiker auf kriegsbedingte Bevölkerungsbewegungen zurück.⁹⁶ Dies war insofern von Bedeutung, als Konsens darüber bestand, dass bereits in der Zeit vor 1939 eine vollständige Selbstversorgung für die nun französisch besetzten Kreise Südwürttembergs nicht möglich war.⁹⁷ Die Werte der Wohnbevölkerung und der Nahrungsmittelbevölkerung wurden ebenfalls verglichen: Die Zahlen der Bewohner, die mit Lebensmittelkarten versorgt werden mussten, überstiegen die Wohnbevölkerung um 13 574 Personen. Diese geringfügige Abweichung ist damit zu erklären, dass die in Lagern internierten durch die nationalsozialistische Vergangenheit Belasteten nicht in der Kategorie Wohnbevölkerung aufgeführt wurden, aber ebenso versorgt werden mussten. Ein Vergleich des Jahres 1946 mit 1948 zeigte einen deutlichen Anstieg auf 1 112 905 gezählte Einwohner. Als Grund gaben die Statistiker die Rückkehr der Kriegsgefangenen und das Eintreffen der ersten Flüchtlingstransporte an.⁹⁸

Jeder, der sich am Ende des Krieges im Land aufhielt, war Teil des Ernährungssystems und wurde zum Akteur: als Produzent, Käufer, Verteiler oder Verbraucher. Es war unmöglich, diese Anzahl von Verbrauchern mit den im Land produzierten Nahrungsmitteln ausreichend zu ernähren. Besonders betroffen waren Menschen, die keinen Zugang zur agrarischen Produktion hatten. Diese in besonderer Weise betroffenen Menschen sollen als erste in ihrem täglichen Überlebenskampf thematisiert werden. Gesondert betrachtet werden die landwirtschaftlichen Produzenten, die im Land einen Anteil von 30,3 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten.⁹⁹

Das Spektrum der Wahrnehmung und Deutung der Nachkriegszeit wird hier anhand von pragmatischen Handlungen und Aussagen ausgeleuchtet, die mit Bezug auf Hunger und Not in den Quellen vorliegen. Die Erforschung im Hinblick auf die expliziten oder immanenten Deutungen gibt den Blick frei auf die von den Beteiligten erlebte Komplexität der Faktoren und den Kontext, in den sie das Phänomen einordneten. Der Fokus liegt jeweils auf der Ernährungssituation, dabei wird deutlich, dass darin nahezu alle gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Bereiche verknüpft waren. Eine besondere Bedeutung erhielt die Verarbeitung der jüngsten Vergangenheit durch die Zeitgenossen.

⁹⁶ Vgl. die neuen Einwohnerzahlen, in: Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1946, Heft 2, S. 17.

⁹⁷ Vgl. Kapitel II. 1.2 Das französisch besetzte Gebiet von Württemberg und Hohenzollern 1945.

⁹⁸ Vgl. Wohn- und Nahrungsmittelbevölkerung in Württemberg-Hohenzollern vom 29.10.1946–31.12.1948. In: Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1948, S. 201–204.

⁹⁹ Vgl. SCHEFOLD, Willy: Landwirtschaft und Ernährung. In: Max GÖGLER/Gregor RICHTER (Hgg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern, 1982, S. 323.

2.1 Überleben nach dem Krieg. Plünderung des Heeresproviantamtes Reutlingen durch „zahlreiche deutsche Volksgenossen“¹⁰⁰

Der Rückgang der Versorgung mit Lebensmitteln und Ernährungsunsicherheit gehörten zu den Erfahrungen der letzten Kriegsmonate, die jeder Einzelne machte. Für die Zeit nach dem verlorenen Krieg und für den Fall der Besetzung wurde das Schlimmste befürchtet, nicht zuletzt angeheizt durch die propagandistischen Darstellungen des Nazi-Regimes. So überraschte es nicht, dass nach dem Zusammenbruch der NS-Herrschaft alle Vorkehrungen getroffen wurden, sich vor den befürchteten Folgen zu schützen. Parteifunktionäre flohen, der große Teil der Stadtbevölkerung erwartete die Besetzer mit Furcht, viele entledigten sich der nationalsozialistischen Symbole. Zur Vorsorge gehörte auch das Anlegen von Vorräten, soweit dies möglich war. Aus vielen Orten Südwürttembergs wurde berichtet, dass dazu die Vorräte der zurückgelassenen Vorratslager der Wehrmacht verteilt oder geplündert wurden, solche Proviantlager waren über das ganze Land verstreut. In Ravensburg wurden zusätzlich die Geschäfte geöffnet, zum ersten Mal seit Jahren konnte man wieder ohne Bezugsscheine einkaufen. Nach Augenzeugenberichten wurde nicht auf die Verkäuferinnen gewartet, die Waren wurden aus den Regalen gerissen.¹⁰¹

Das Beispiel der Plünderung des Heeresproviantamtes vom 19. April 1945 in Reutlingen verdeutlichte die Zusammenhänge und die Einstellung eines großen Teils der Bevölkerung. Das Machtvakuum zwischen Abzug der deutschen Verbände und dem Einrücken der französischen Truppen bot scheinbar eine günstige Gelegenheit, sich die zurückgelassenen Bestände an Lebensmitteln, aber auch andere Waren anzueignen. Die Berichte, die in den Wochen danach entstanden sind, zeigen, dass bereits die Rekonstruktion der Vorgänge nicht gelang, kontrovers waren ebenso die Bewertungen und Interpretationen des Sachverhalts. Konsens war, dass eine erhebliche Anzahl Reutlinger Bürger zusammenströmte und z. T. mit Handwagen die vorhandenen Güter aller Art an sich nahm und wegtransportierte.¹⁰² Später vernommene Beteiligte berichteten, dass das Gedränge sehr groß war. Einer der Zeugen gab an, er habe von einer Verteilung erfahren, sei aber dann zu spät gekommen. Ein anwesender Wachtmeister habe den Ablauf geregelt und sei sogar behilflich gewesen, indem er einen nicht transportfähigen Sack Zucker mit einem Messer geöffnet habe. Dadurch haben die Anwesenden sich kleine Portionen in Mehlsäcke abfüllen können. Die Ende Mai stattfindende Befragung brachte zu

¹⁰⁰ Stadt Reutlingen: Amtliche Bekanntgaben des Bürgermeisteramtes, 2. Mai 1945, S. 1. StadtA Rt Amtsblatt C1 1.

¹⁰¹ Vgl. EMMRICH, Sibylle: Kriegsende und Neubeginn. Das Jahr 1945 in Ravensburg, Weingarten und Umgebung. Ravensburg 1996, S. 37 f.

¹⁰² Vgl. im Folgenden Polizeibehörde Reutlingen: Bericht über die Plünderung des Proviantamtes, 26.05.1945. StadtA Rt AdN Nr. 1870. Die gewaltsame Aneignung von Lebensmitteln wird hier als Bewältigungsstrategie im Kontext eines Hungertumultes gewertet. Vgl. HERRMANN, Bernd: Beiträge zum Göttinger Umwelthistorischen Kolloquium 2009–2010. Göttingen 2010, S. 148.

Tage, dass der Zeuge noch etliche Pfund Zucker vorrätig hatte und ebenfalls seine Verwandtschaft an den Beständen teilhaben ließ¹⁰³ – ein Hinweis auf sein kriminelles Verhalten, aber auch auf noch intakte soziale Netzwerke. Andere Fälle zeigten, dass große Mengen unterschiedlichen Materials abtransportiert worden waren. Eine Hausdurchsuchung bei einem 66-jährigen Reutlinger ergab am 9. Juni 1945 noch u. a. 1,2 Zentner Mehl und 15 kg Roggensuppenwürfel, aber auch 100 Tabakspfeifen und vier Schachspiele neben etlichen Hygieneartikeln. Als Erklärung für das Sortiment gab er an, er wolle „etwas zum Essen“ haben, die anderen Waren sollten zum Tausch auf dem Land gegen Lebensmittel dienen. Im Laufe der Vernehmung wurde deutlich, wie der Vorgang von dem Beschuldigten gesehen wurde: „Wie noch viele andere Leute habe ich auch die Waren im Heeresverpflegungsamt geholt, nachdem die Wehrmacht das Lager im Stich gelassen hatte.“¹⁰⁴ Den Appellen zur Rückgabe hatte er keine große Bedeutung zugemessen, dies kann als Hinweis auf die gefühlte Auflösung der öffentlichen Ordnung gewertet werden. „Die Aufforderungen zur Ablieferung der aus dem Heeresverpflegungsamt geholten Lebensmittel waren mir bekannt.“ Dass es noch nicht dazu gekommen war, begründete er so: „[...] denn ich war in letzter Zeit immer im Wald beim Holzmachen.“ Obwohl seine Wortwahl auf ein anderes Verständnis deutete (er habe die Waren „geholt“), fügte er an: „[I]ch sehe ein, daß ich nicht richtig gehandelt habe.“ Der vernehmende Polizeimeister gab an, dass die Familie aus sechs Personen bestehe, und den Täter schätzte er als Kleptomanen ein. Ein Hinweis darauf, dass er sich die Tat nur als Ergebnis einer psychischen Störung erklären konnte. Die Verwaltung sah die Entnahme als illegal an und verfolgte sie polizeilich und juristisch. Auch wenn es kurzfristig keine funktionierende staatliche Macht gab, verstieß aus ihrer Sicht das Vorgehen gegen die geltenden Gesetze. So beriefen sich spätere Strafverfügungen noch auf das Reichsstrafgesetzbuch. Vermutlich wussten die Delinquenten ebenfalls von der Unrechtmäßigkeit, setzten sich aber nach dem Zusammenbruch jeglicher Ordnung darüber hinweg. In der Notsituation wurden die Normen des Zusammenlebens ignoriert und die eigene Existenzsicherung in den Vordergrund gestellt.

Die Verwaltung konnte solche Vorgänge nicht zulassen. Nach ihrem Selbstverständnis gehörte es zu ihren wichtigsten Aufgaben, die vorhandenen Vorräte zu sichern und gerecht zu verteilen. Unkontrollierte Abflüsse von Nahrungsmitteln waren kontraproduktiv und die Reaktion war entsprechend. Nicht nur in den Äußerungen des führenden Personals der Verwaltung, auch in den folgenden Ausgaben des Amtsblattes, das gleichzeitig das Informationsorgan der Militärregierung war, erschienen mehrfach Hinweise zu der Tat und dringliche Aufrufe: „Rückgabe zu Unrecht angeeigneter Waren. Mit Scham und Zorn muß die Feststellung ge-

¹⁰³ Vgl. Hausdurchsuchungen wegen Nichtablieferung von Lebensmitteln und Gegenständen. Polizeiabteilung Reutlingen, Protokoll vom 26.05.1945. StadtA Rt AdN Nr. 1870.

¹⁰⁴ Hier und im folgenden Absatz: Hausdurchsuchung wegen Nichtablieferung von Lebensmitteln und Gegenständen: Polizeiabteilung Reutlingen, 09.06.1945, Protokoll, S. 1. StadtA Rt AdN 1870.

macht werden, daß zahlreiche deutsche Volksgenossen sich an den Plünderungen in Lagern und Geschäften beteiligten. [...] Die Gegenstände und Waren sind abzuliefern. In der Gewerbeschule (Spitalhof) täglich von vorm. 8–11 Uhr und nachm. von 3–5 Uhr. Reutlingen, den 4. Mai 1945. Der kommissarische Oberbürgermeister.“¹⁰⁵ Die Wortwahl zeigt das Fortbestehen des Vokabulars des vorherigen Systems. Sachlich zeigte der Aufruf vorläufig nicht die gewünschten Folgen. Obwohl dies unmissverständlich formuliert war, wurde kaum etwas zurückgebracht und es musste die Strafverfolgung eingeleitet werden (s. o.). Nach den Hausdurchsuchungen folgten im Oktober Strafverfügungen mit Geldstrafen durch das Rechtsreferat im Auftrag des „K. Oberbürgermeisters und K. Landrat, Reutlingen“, beide Ämter wurden zu dieser Zeit in Reutlingen noch von Oskar Kalbfell in Personalunion ausgeübt.¹⁰⁶ Die sichergestellten Vorräte wurden den Lebensmittelgeschäften zur Verteilung an die Bevölkerung übergeben. Der Vorgang zeigt, dass die Interessen und Methoden großer Teile der Bevölkerung sich von denen der Stadtverwaltung erheblich unterscheiden konnten und, dass Menschen, die sich bedroht fühlten, bereit waren, bisher akzeptierte Normen zu ignorieren. Die Vertreter der Verwaltung dagegen waren mit der Unterstützung der Militärregierung bereit, ihr Verständnis und ihre Vorstellungen der Verteilung rigoros durchzusetzen. Die Haltung der Plünderer im Proviantamt stand auch im Gegensatz zu den Vorstellungen der Besatzungsmacht. Aus Berichten geht hervor, dass bei weiteren Versuchen zu solchen Entnahmen von der Schusswaffe Gebrauch gemacht wurde.¹⁰⁷

Unter dem Gesichtspunkt einer materiellen Versorgung ist festzuhalten, dass dies aus der Sicht der Bevölkerung einer von vielen Bausteinen war, sich einen kleinen Vorrat für die kommende Zeit zuzulegen. Die Aussagen der Quellen sprechen dafür, dass in den ersten Nachkriegsmonaten trotz geringer Zuteilungen kein nennenswerter Hunger herrschte. Allerdings war die Zeit von der Ungewissheit über die Zukunft geprägt und Ernährungsunsicherheit war ein wesentliches Element dieser Existenzangst und ein tragendes Handlungsmotiv. Der Tumult warf ein Schlaglicht auf den Kampf um Nahrungsmittel, der bereits in der Phase der Bedrohung durch Hunger einsetzte. Die Bevölkerung wurde zum Konkurrenten der Verwaltung, die ebenfalls ein Interesse daran hatte, die Lebensmittel unter ihre Kontrolle zu bekommen und nach ihren Maßstäben zu verteilen.

Das Überleben in Trümmern hatte viele Facetten. Die Aufzeichnungen des Bezirksnotars Haubensaks wiesen bereits auf die ambivalente Wahrnehmung der Situation hin.¹⁰⁸ Fatalistische Züge standen neben der Suche nach ersten konstruktiven Ansätzen zum Neuaufbau, der in den ersten Nachkriegstagen große Mühen

¹⁰⁵ Stadt Reutlingen: Amtliche Bekanntgaben des Bürgermeisteramtes, Nr. 2., 5. Mai 1945. StadtA Rt Amtsblatt C1 1.

¹⁰⁶ Vgl. Strafverfügungsakten wegen Lebensmittel-, Hausrats u ä. Plünderungen und Unterschlagungen: Stadt Reutlingen, Rechtsreferat, 1945–1946. StadtA Rt AdN 144.

¹⁰⁷ Vgl. KALBFELL, Oskar: Ansprache bei einer Besprechung betr. Ernährungsfragen, 24.04.1945. StadtA Rt AdN 2a, S. 1.

¹⁰⁸ Vgl. Kapitel II. 1.1 Genese und Kontext der Versorgungsstörung.

verursachte. Im Alltag lagen diese Eindrücke eng beieinander. Friedrich Haubensak beobachtete die ersten Arbeiten der Stadtbewohner zur Wiederherstellung ihrer Häuser. In den Trümmern sah er Menschen nach Holz als Heizmaterial suchen.¹⁰⁹ Heimkehrer und andere Reisende sammelten sich am Bahnhof an einer bekannten Straßenecke, an der sie hofften, Mitfahrgelegenheiten in Autos zu bekommen. Da dort durchfahrende Wagen öfter anhielten, nannte der Reutlinger Volksmund dies bereits den „Anhalterbahnhof“. Mitten im Zusammenbruch mussten die Menschen trotz allem die Kraft finden, ihr Weiterleben zu organisieren. Immer wieder entstanden hoffnungsvolle Ansätze, in jedem Bereich mit den je eigenen Mitteln.

Im ökonomischen Bereich konnte in manchen Betrieben eine fast nahtlose Kontinuität aufrechterhalten werden. Berichtet wurde dies von Zeitzeugen aus Fabriken des ganzen Landes, so versuchten die Arbeiter der Rüstungsbetriebe in Friedrichshafen durch Einführung von Produkten für die Friedenswirtschaft, die Genehmigung zu erhalten, weiter produzieren zu können. Aus Reutlingen liegt ein Beispiel vor, das von Oberingenieur und Betriebsführer R. Schulze überliefert wurde, der in seinen Erinnerungen vom Übergang am Kriegsende unter der Überschrift „Reutlingens Katastrophentage im Kriegsjahr 1945 und deren Folgeerscheinungen“ erzählte.¹¹⁰ Die Kreisleitung hatte in einer letzten Besprechung die Zerstörung der Maschinen angeordnet, damit diese „nicht in Feindeshand fallen“.¹¹¹ Tatsächlich wurden absichtlich nur einige funktional wesentliche Teile ausgebaut und in leeren Carbid-Trommeln versteckt, die als Auffanggefäße in Abortanlagen getarnt wurden. Die Begründung war, dass „sich die Bevölkerung damit ihren Lebensfaden abgeschnitten“ hätte. „Denn ohne Arbeit gibt’s kein Brot!“¹¹² Am dritten Tag nach dem Einmarsch wurden die Teile wieder eingebaut und die Maschinen waren am vierten Tag wieder einsatzbereit. Die nächste Hürde waren die Inspektionen der Besatzungsverwaltung, die die Firmen nach kriegswichtigen Einrichtungen zur Demontage durchsuchten. Sie konnten davon überzeugt werden, dass der Betrieb auf das Zusammenschweißen spezialisiert war und deshalb auch bereits Aufträge der Besatzungsbehörden vorlagen. Die Firma beteiligte sich dann in der Folge mit ihren Spezialkenntnissen an der Wiederherstellung wichtiger Infrastruktureinrichtungen, wie Brücken, die zum Transport von Nahrungsmitteln benötigt wurden, ebenso am Wiederaufbau des Milchwerkes oder den öffentlichen Versorgungsanlagen. Wichtig wurde ihr Anteil z.B. auch bei der sachgemäßen Bergung von zerstörten Eisenträgern aus Trümmerhäusern. Diese wurden wiederverwendet, da nicht mehr mit der Zufuhr von Rohstoffen aus den westdeutschen Produktionsgebieten der anderen Zonen zu rechnen war. Beispiele dieser Art fin-

¹⁰⁹ Vgl. HAUBENSAK, Friedrich: Unsere letzten Tage, S. 13. StadtA Rt S 205 Nr. 3.

¹¹⁰ Vgl. SCHULZE, R. VDI (o. D.): Zur Chronik der Stadt Reutlingen Reutlingens Katastrophentage im Kriegsjahr 1945 und deren Folgeerscheinungen. Maschinengeschriebenes Manuskript. StadtA Rt S 205, Nr. 23.

¹¹¹ SCHULZE, R.: Zur Chronik der Stadt Reutlingen, S. 3. StadtA Rt S 205, Nr. 23.

¹¹² SCHULZE, R.: Zur Chronik der Stadt Reutlingen, S. 4. StadtA Rt S 205, Nr. 23.

den sich über das ganze Land verteilt. Damit konnte ein Teil der Werte und der Kapazität erhalten werden und die Arbeiter konnten die Perspektive bewahren, ihren Lebensunterhalt durch ihre Arbeit zu verdienen. Dies kann auch als kleiner Beitrag zur Kontinuität und zur Sicherung der Produktionsmöglichkeiten gewertet werden, die den Prozess der Rekonstruktion der deutschen Wirtschaft in den kommenden Jahren erleichterten.¹¹³

Allen widrigen Umständen zum Trotz löste der Hunger konstruktive Aktivitäten durch Fortführung der Arbeit aus. Bei aller Beschädigung konnte die Gesellschaft Kräfte für die Resilienz mobilisieren. Durch die drohende Unsicherheit der Ernährungslage wurden wirtschaftliche Aktivitäten mobilisiert, die bereits in der unmittelbaren Nachkriegsphase den späteren Wiederaufbau vorbereiteten. Die Summe der vielen Einzelaktivitäten, Quellen für die Zusatzversorgung an Nahrungsmitteln zu finden, brachte Erfahrungen und materielle Ressourcen hervor, die noch nützlich sein sollten.¹¹⁴

2.2 Selbsthilfe der Normalverbraucher

Reduktion des Konsums – Sparen – war eines der ersten Mittel, die Hungerkrise zu überwinden, das begann bei der Einteilung der kärglichen Zuteilungen. Diese Praxis war durch die Not erzwungen und erforderte Disziplin. „Bei uns auf dem Schrank stand ein Holzteller mit einer den Rand überragenden Papierscheibe, die in 7 Segmente geteilt war. Auf jedes mit Namen gekennzeichnete Segment legte Mutter morgens zwei dünne Scheiben Brot, die Tagesration. [...] Mit diesen geringen Mengen mussten wir auskommen. Kein Wunder, dass mein Magen dauernd unter Volldampf stand.“¹¹⁵ Die Kinder der Familie hatten den Mangel vor Augen, aber auch jeden Tag etwas zu essen. Organisation und Disziplin mussten beim Überleben mithelfen, zuständig waren dafür die Mütter. Zur Erleichterung des Alltags trug die Stadtverwaltung Reutlingen bei und verfügte, dass Mütter bei der Lebensmittelausgabe bevorzugt abgefertigt werden sollten.¹¹⁶

Wie aus anderen Notzeiten auch, wird über Ersatznahrungsmittel berichtet. Die Erinnerungen an minderwertige Lebensmittel blieben lange präsent. Brot, das durch Maismehl gestreckt worden war, brachte geschmackliche Einschränkungen

¹¹³ Vgl. ABELSHAUSER, Werner: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart, 2011, S. 283–295.

¹¹⁴ Eine wichtige Quelle für Zeitzeugenaussagen sind die Gesprächskreise im Vorfeld des 1995 begangenen Jahresjubiläums des Kriegsendes. Hier wurde eine Reihe von Gesprächen geführt und aufgezeichnet. Die Niederschriften sind im Stadtarchiv Reutlingen archiviert. Die Zitate aus den Zeitzeugengesprächen des folgenden Kapitels stammen aus dem Bestand: StadtA Rt S 205.

¹¹⁵ ERDMANN: Aus der Korrespondenz einer Reutlinger Familie, Privatbesitz, 1994. StadtA Rt S 145 Nr. 4/33 WK 50.

¹¹⁶ Bevorzugte Abfertigung für Mütter: Informations du Gouvernement militaire Reutlingen. Amtliche Bekanntgaben für Stadt und Kreis Reutlingen, Nr. 10, 1. Juni 1945. StadtA Rt Amtsblatt C1 1. 1.

mit sich. Die Bevölkerung beobachtete dies genau und es wurde in manchen Landkreisen ein höherer Anteil des minderwertigen Mehls vermutet. Nach Beschwerden im Kreis Sigmaringen teilte das Landratsamt in seinen Berichten an die Militärregierung ironisch mit, dass man keinen Wert auf privilegierte Versorgung mit Maismehl lege. Größere Überwindung kostete die Zubereitung von „Käferlinsen“, Linsen mit einem hohen Anteil von toten oder lebenden Käfern, denn diese mussten vor der Zubereitung herausgelesen werden.

Die anhaltende schlechte Versorgungslage setzte besonders Normalverbraucher unter Druck, aktiv zu werden, um zusätzlich Nahrungsmittel zu beschaffen, denn in vielen Monaten lag die offizielle Zuteilung unter 1000 Kalorien. Da die Lebensmittel vollständig unter staatlicher Bewirtschaftung standen und über diesen Weg verteilt wurden, lag es nahe, alternative Nahrungsquellen zu suchen. Erprobte Zugänge wurden durch die mündliche Kommunikation verbreitet. Legale Erwerbsquellen erforderten persönlichen Einsatz. Erfolgversprechend waren immer Fahrten auf das Land, z. B. zum Hamstern oder auch zur aktiven Mithilfe bei den Bauern. Aber auch die unmittelbare Umgebung bot noch Möglichkeiten.

Bucheckern wurden zur Kompensation des Fettmangels gesammelt. Auch Kinder konnten sich beteiligen und suchten mühselig die kleinen zu Boden gefallen Nüsse zwischen dem Laub und den Gräsern. Die Früchte wurden an einer Ölmühle abgegeben, man erhielt dafür fertiges Speiseöl (nach der Erfahrung der Zeitzeugen gab es im Rhythmus von vier Jahren ein „Bucheckernjahr“). Aus einer Reutlinger Familie wurde aus dem Jahr 1946 berichtet, dass die Bucheckern heimlich über die Zonengrenze in die Ölmühle gebracht wurden.¹¹⁷ Dieses Delikt konnte von der Besatzungsmacht mit einer Gefängnisstrafe sanktioniert werden. Die Überwindung der Zonengrenze konnte auf verschiedene Weisen geschehen, beobachtet wurde dies in den Orten an der Grenze, die man vor und nach der Besatzungszeit problemlos überqueren konnte. In Reutlingen fuhr man z. B. mit der Straßenbahn bis an den Stadtrand nach Altenburg, um von dort durch den Schönbuch zu Fuß den Anschluss an die Filderbahn nach Stuttgart erreichen, in Bempflingen soll es „Schleuser“ gegeben haben, die beim Übertritt halfen. Dies war attraktiv, da es in der amerikanischen Zone einen besseren Tauschsatz gab und das beliebtere „Buchelesöl“ statt Rapsöl eingetauscht wurde. Die Ölmühle in Neckartenzlingen, der Ort war damals Teil der amerikanischen Zone, war deshalb ein beliebtes Ziel. Eine Zeitzeugin berichtete, dass sie, sogar unter abenteuerlichen und riskanten Umständen, die von Reutlingen aus größere Distanz nach Cannstatt in die Ölmühle in Kauf nahm und dabei die kontrollierenden Soldaten im Zug überlisten musste.¹¹⁸ Die Besorgung von Nahrungsmitteln, die über das Übliche hinausging, lag oft bei den Müttern. Es war für sie zumeist selbstverständlich, dass dieses Interesse über den Gesetzen der Besatzungsherrschaft stand, allerdings ging man damit kein geringes Risiko ein. Auch die Konkurrenzsituation der Nahrungssuchenden war all-

¹¹⁷ Zeitzeugengespräch mit der Familie Erdmann, Reutlingen. StadtA Rt S 205.

¹¹⁸ Zeitzeugengespräch mit Frau Wörner, Reutlingen. StadtA Rt S 205.

gegenwärtig. Margarete E. schilderte in ihren Tagebuchaufzeichnungen anschaulich die Szene, aber auch der Ertrag eines solchen Unternehmens wurde deutlich: „6.10.46: Die letzten Wochen hatten einen Hauptinhalt, zeitweise trat überhaupt alles dagegen zurück: Das Bucheles-Lesen!! Die Buchen werfen eine Menge ihrer ölhaltigen kleinen Früchtlein ins Gras oder Laub, und dies ist eine Möglichkeit, das so sehr entbehrte und notwendige Fett, wenigstens etwas, beschaffen zu können. Täglich strömen die Menschen in die Wälder, was laufen kann; wir haben hier glücklicherweise ziemlich Buchen in der Umgebung. Viele gehen auch zu Rad, Zug oder Auto auf die Alb, wo es doch nicht so sehr überfüllt ist mit Buchele suchenden Menschen. Reinhold hat ausgerechnet, dass ein Pfund Buchele aus ca. 1300 Stück besteht, manche Tag brachten wir 6–8 Pfund pro Person heim (meist zu zweit). Bald ist's aber zu abgelesen gewesen, gestern brachte er z. B. nur 1 Pfund, trotzdem er auf den Gielsberg gestiegen war. Zusammen werden wir etwa 1 Ztr. 20 Pfund haben bis jetzt, das gäbe etwa 12l Öl, ein wunderbarer Reichtum [...] wenn man nicht die Hälfte abliefern müsste!“¹¹⁹ Das Sammeln von Bucheckern diente besonders der Kompensation des Fettmangels. Die „Fettlücke“ war bereits vor 1945 bekannt und blieb auch nach dem Krieg „ein ungelöstes Problem der Versorgungsbürokratie“.¹²⁰

Eine zusätzliche Nahrungsquelle konnte man sich durch das Ährenlesen erschließen, ein Blick auf dieses Verfahren zeigt, welches Konfliktpotenzial diese einfache Form der Beschaffung von Lebensmitteln in den Zeiten des Mangels barg. Die Körner, die nach dem Schnitt und Abtransport auf dem Feld liegen blieben, konnten gesammelt und in der Mühle gegen Mehl abgegeben werden. Notfalls wurden sie auch selbst weiterverarbeitet. In Notzeiten war dies geduldet, nach dem Krieg bereits 1945 öffentlich geregelt¹²¹. Die Nahrungsmittelverknappung wurde damit durch ungebräuchliche Verfahren kompensiert, mit denen wenig beachtete, aber leicht verfügbare Rohstoffe durch die eigene Arbeitskraft zugänglich gemacht wurden.

In der Bevölkerung lebte durch das Ährenlesen eine traditionelle und bekannte, aber lange nicht mehr praktizierte Form der Nahrungsmittelbeschaffung auf, die geeignet war, alle verbliebenen Reserven zu nutzen. Die Bewältigungspraxis brachte angesichts des Mangels auch Konflikte hervor, die einen Wertediskurs provozierten. An der Nahtstelle zwischen nicht landwirtschaftlich produzierender Bevölkerung und den Bauern bestand die Möglichkeit für Bedürftige, die bei der Ernte auf dem Feld liegengebliebenen Ähren für den eigenen Verbrauch einzusammeln. In Notzeiten wurde darauf zurückgegriffen, bereits im Alten Testament steht dazu ein eindeutiger Hinweis auf die Rechtmäßigkeit: „Wenn Du auf deinem Acker geerntet und eine Garbe vergessen hast auf dem Acker, so sollst du nicht umkehren, dieselbe zu holen, sondern sie soll des Fremdlings, der Waise und der

¹¹⁹ E., Margarete: „Ach Gott, sieh darein!“, 1998, S. 113.

¹²⁰ GRIES, Rainer: Die Rationen-Gesellschaft, 1991, S. 26.

¹²¹ Ein frühes Beispiel in: Informations du Gouvernement militaire Reutlingen. 24.7.1945, S. 1. StadtA Rt Amtsblatt C1 1.

Witwe sein, auf daß dich der Herr dein Gott, segne in allen Werken deiner Hände.“¹²² Der Brauch wurde nicht vergessen, das Zurückgreifen auf diese Möglichkeit ist aus verschiedenen Zeiten überliefert. Bekannt ist eine künstlerische Darstellung aus dem Jahr 1857 von Jean-François Millet, die realistisch die Arbeitsschritte wiedergibt und die Mühseligkeit des Auflesens zeigt.¹²³

Der allgemeine Mangel führte zu weiteren Problemen, die aus der Konkurrenzsituation hervorgingen. Ein Tagebucheintrag von Margarete E. schildert einen Tag mit diesen Praktiken, die auch Gefahren und Konfliktpotenzial boten: „27.8.46: Einzutragen wäre freilich viel gewesen, z. B. unsere Ährenlese-Tage, Reinhold und ich, wir waren die Kampfgenossen. Jawohl ‚Kampf‘, oft fast um jede Ähre, wenn so 30, 40, ja manchmal über 50 Personen auf dem Acker sind, solange der Wagen geladen wird. Ist der vom Acker, so liegt kaum noch eine Ähre drauf. Auf der Alb war’s besser, wir waren auch einige Tage oben. Gott segne die lieben U’s in W. und Schw. in E. für alle Freundlichkeit, die sie uns tun. Ich war so gern oben und könnte mir nichts Schöneres denken, als auf dem Land zu wohnen. Der Erfolg war im Ganzen etwa 2 Ztr. Weizen- und Korn-Ähren, die als Brotmehl uns ein wenig über den Hunger hinweghelfen sollen. Es will einem manchmal bang ums Herz werden, wenn man immer wieder hört, wie die Kartoffelernte schlechte Aussichten hat. Frühkartoffeln sind fast nicht zu haben, weil es nur ganz wenig gab, so bettelte man sich aus allen möglichen Quellen bis jetzt immer noch meist alte zusammen, aber das ist jetzt doch aus. Wie mancher Bittseufzer stieg auch schon hinauf zum Vater! An seiner Hand wollen wir weitergehen und ihm vertrauen.“¹²⁴ Als sich 1947 die Krisensituation verschärfte, nahmen andere Akteure ebenfalls an der Auseinandersetzung teil. Das „Schwäbische Tagblatt“ griff das Thema in seiner Ausgabe vom 19. August 1947 auf und berichtete von einem aktuellen Anlass, der in einen allgemein vertrauten Hintergrund eingeordnet werden konnte:¹²⁵

„Bilanz des Menschlichen Null

Angenehm halten die Menschen Einkehr nach den Greueln des vergangenen Kriegs. Mit einem einzigen Sprung gelangten sie – nach den Reden zu schließen – vom despotischen wieder zum humanistischen Ideal. Wer aber nicht die Worte, sondern die Taten, an ‚denen ihr sie ja erkennen sollt‘ zum Kriterium nimmt, merkt nichts von dem gepriesenen Wandel selbst in den kleinsten Bereichen. Allein aus unserem Kreis wird berichtet: ‚Ein Landwirt ging mit der Peitsche auf die Aehrenleser los‘ [...] ‚Aehrenleser schnitten einem Bauern die Ähren vom fahrenden Garbenwagen ab‘ [...]. Ein Landwirt fragte Aehrenleser, ob sie verrückt seien, weil sie auf seinem Feld lesen wollten. Das besorgt er selbst mit seiner Familie‘ (Übrigens kein Einzelfall) [...] ‚Die Landwirte der Gemeinde verlangten, daß die Aehrenleser

¹²² 5. Mose 24, 19: Die Bibel oder die ganze Heilige Schrift des Alten und Neuen Testaments nach der deutschen Übersetzung D. Martin Luthers. Stuttgart 1948, S. 212.

¹²³ Siehe das Gemälde in der Web Gallery of Art: https://www.wga.hu/html/m/millet/03_gleaner.html (Letzter Abruf: 22.05.2023).

¹²⁴ E., Margarete: „Ach Gott, sieh darein!“, 1988, S. 112.

¹²⁵ T.: Bilanz des Menschlichen Null. In: Schwäbisches Tagblatt vom 19.08.1947, S. 4.

einige Tage umsonst beim Einbringen der Ernte mithelfen, ehe sie lesen dürfen' [...] ‚Stadtleute stehlen ganze kleine Felder durch Aehrenabschneiden aus.‘ [...] ‚Wir brauchen keine Erntehelfer, sagen die Bauern, denn die wollen sich doch nur ausfressen bei uns.‘ [...] ‚In der Gemeinde G. streuten die Bauern sofort nach dem Abernten dick Kalk auf die Felder, damit den Aehrenlesern ‚das Hamstern verleidet‘ wurde. [...] ‚Aehrenleser sind Diebe und Verrückte. Landwirte Lummel und Neidhammel! So in der gegenseitigen Charakterisierung bei ‚wiedererwachender christlicher Moral und humaner Lebensauffassung und Gesinnung‘. Die Bilanz des Menschlichen ist jedenfalls gleich Null. Die ehemals gepriesene ‚Gemeinschaft‘ ist zum kahlsten Egoismus aller geworden und das mitten in der ‚inneren Wandlung‘ und nach und vor dem fleißigen Kirchengehen [...]. (T.)“

Der Autor, der mit der Abkürzung T. unterzeichnete, nahm einen Vorfall zum Anlass, um am Beispiel des Ährenlesens den materiellen Konflikt und den darin erkennbaren Widerspruch der Neuorientierung aufzuzeigen. Aus dem Bericht ging hervor, dass auch für die Bauern der Nahrungsmittelspielraum enger wurde, sie verwerteten die Reste des Ernteprozesses ebenfalls selbst. Die Krise erreicht im Sommer des Jahres 1947 auf allen Ebenen einen Höhepunkt, daher ist es nachvollziehbar, dass der angesprochene Vorgang häufig zu beobachten war. Den Kontext der allgemeinen Versorgungsstörung musste T. für seine Leser nicht aufrufen, er war jedermann gegenwärtig. Für beide Seiten stellte er fest, dass sich die grundlegenden Normen der Solidarität und der Rechtmäßigkeit im Kampf um das tägliche Brot verschoben hatten. Seine Einordnung in die grundsätzliche Debatte um die „Wandlung“ weist darauf hin, dass die enge Verknüpfung von materiellen Problemen und Neuorientierung allgemein wahrgenommen wurde. Signifikant war der Bezug zu einem der Hauptangebote der Neuorientierung vom despotischen zum humanistischen Ideal: der Hinwendung zur christlichen Religion. Auch das Fortwirken des vorher propagierten Ideals der „Gemeinschaft“ hielt seiner Einschätzung nach nicht an, der Egoismus dominierte. In besonderer Weise klagte er an, dass der Wille, sich nach der Herrschaft des Nationalsozialismus neuen Werten zuzuwenden, der Belastung durch materielle Not nicht standhielt, die neue Entdeckung des Christentums und dessen Vorstellungen der Nächstenliebe sah er in der täglichen Praxis als nicht durchgehalten und damit als eine rein äußerliche Wandlung, manifestiert im eifrigen Kirchengang.

Das Ährenlesen war zu einer wichtigen Bewältigungsstrategie für Nicht-Landwirte geworden. Auch die offiziellen Institutionen hatten sich bereits kurz nach dem Kriegsende damit beschäftigt. Am 24. Juli 1945 erschien im Amtsblatt Reutlingen¹²⁶ der Hinweis, dass dies nur mit einem Erlaubnisschein möglich sei. Diese Berechtigungskarte erlaubte pro Kopf eines Haushaltes 10,5 kg selbstgelesenes Brotgetreide, verbunden waren damit die entsprechenden Mahlkarten. Der Landtag beschäftigte sich ebenfalls mit diesem Thema. Der Minister für Landwirtschaft

¹²⁶ Vgl. Informations du Gouvernement militaire Reutlingen. StadtA Rt Amtsblatt C1 1. 24.07.1945.

und Ernährung, Dr. Franz Weiß, erteilte nach einer kleinen Anfrage im Landtag Auskunft darüber: „Es ist nicht beabsichtigt, die Ährenleser um ihren verdienten Lohn zu bringen oder diesen zu schmälern.“¹²⁷ Danach wurde auf die Regelung durch die Bürgermeisterämter hingewiesen, die die Erlaubnisscheine und die gelese- nen Mengen bestätigen sollten. Besonderen Beifall erhielt im Landtag der Hin- weis, dass diese Erträge nicht auf die Brotration angerechnet würden. Bemerkens- wert war nicht nur die Bestätigung, sondern auch die explizite Würdigung dieses Beitrags zur Ernährung und der damit verbundene Stellenwert in der Wahrneh- mung durch den Landtag. Deutlich wurde dadurch die enge Verbindung der Volks- vertreter mit der Not des Volkes und deren Selbstverständnis der Hilfe.

Das Kernproblem blieb die mangelnde Versorgung mit Nahrungsmitteln, zu- sätzliche Ressourcen konnte man z. B. mit Fahrten auf das Land erschließen. Wer etwas zum Tauschen hatte, konnte einen Bauern finden, der ihm dafür Lebensmit- tel überließ. Da die Verknappung alle Güter betraf, weitete sich der Tauschmarkt stetig aus. Zeitzeugen konkretisierten die Tauschgeschäfte, Besitzer von Textilwa- renläden gaben Hosen gegen Lebensmittel ab oder fertigten Aussteuer für Bauern- töchter gegen Naturalien. Die Besitzer eines Fahrradgeschäfts dagegen konnten mit Mangelware handeln. Sie tauschten die begehrten Fortbewegungsmittel und deren Einzelteile. Das war bei dem Ausfall der öffentlichen Verkehrsmittel nicht überraschend, sogar Fahrradschläuche gehörten zur immer wieder genannten Mangelware und wurden gegen Lebensmittel getauscht, die den heimischen Teller füllten.¹²⁸

Es kann naturgemäß nur schwer berechnet werden, welchen Anteil diese Zusatz- nahrung im Einzelnen an der Versorgung hatte. Für die Nachkriegszeit wurden an anderer Stelle Berechnungen angestellt über den Zugewinn an Lebensmitteln durch Hamstern. Der Historiker Rainer Hudemann nimmt für die vergleichbaren Ver- hältnisse in Rheinland-Pfalz ca. 200 Kalorien täglichen Zugewinn an, Karl-Heinz Rothenberger schätzt dies in seiner Veröffentlichung höher ein.¹²⁹ Angesichts der öffentlich zugeteilten Rationen stellte dies in jedem Fall einen nicht zu unterschät- zenden Beitrag dar.

Das Hamstern konnte fließend in Betteln übergehen, aber das war nicht jeder- manns Sache und kostete Überwindung. „Betteln, noi, lieber hungern“, so eine Zeitzeugin.¹³⁰ Auch Kinder wurden mit Leiterwagen auf das Land geschickt und berichteten noch 50 Jahre später, dass sie durchaus auch von Bauern zurückgewie-

¹²⁷ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 5. Sitzung vom 23.07.1947, S. 70.

¹²⁸ Vgl. Zeitzeugengespräche, StadtA Rt S 205.

¹²⁹ Vgl. ROTHENBERGER, Karl-Heinz: Die Hungerjahre nach dem Zweiten Weltkrieg am Beispiel von Rheinland-Pfalz, 1997, S. 8. Rothenberger bezieht sich auf die Veröffent- lichung: HUDEMANN, Rainer: Sozialpolitik im deutschen Südwesten zwischen Tradition und Neuordnung 1945–1953. Sozialversicherung und Kriegspopferversorgung im Rahmen französischer Besatzungspolitik. Mainz 1988, S. 145.

¹³⁰ Dieses und das folgende Zitat: Zeitzeugengespräche zum Kriegsende (1994). Hier: Ge- spräch mit Frau Wörner am 26.05.1994. StadtA Rt S 205.

sen wurden: „Mit Hunger sind wir losgezogen, mit Hunger kehrten wir zurück“. Zwei damals 14-jährige Mädchen, die später als Zeitzeuginnen berichteten, hatten nur einen leeren Sack für den Transport von Kartoffeln mitgeführt, aber ohne eigene Tauschangebote waren sie auf die Großzügigkeit der Bauern angewiesen. Mit dieser konnte nicht immer gerechnet werden. Immerhin konnten die beiden Zeitzeuginnen nach Jahrzehnten noch das Haus in Reicheneck, einem Dorf in der Nähe Metzingens, nennen, aus dem eine Bäuerin ihnen eine Kartoffel zugeworfen hatte. Das kann als Beispiel dafür gewertet werden, dass die Erfahrung der Not tief im Gedächtnis verankert war. Das wieder neu erschienene „Schwäbische Tagblatt“ widmete dem „Handwägelchen“ als wesentlichem Hilfsmittel einen eigenen Artikel, beschrieb ihn liebevoll und hob insbesondere seine Nebenwirkung hervor, nämlich soziale Schranken zu beseitigen. Der „Herr Professor“ trifft nicht nur seine Kollegen, sondern auch seine Hörer, niemand ist sich zu schade für dieses vielseitige Transportmittel.¹³¹

Im Mittelpunkt stand die Versorgung mit Nahrungsmitteln. Eine zentrale Rolle spielten dabei die Mütter. Das Bemühen um Nahrungsmittel bedeutete zuerst, die zugeteilten Karten einzulösen, neben einer Arbeitstätigkeit und der Organisation einer Familie konnte dies ein aufwändiges und kraftraubendes Unternehmen werden. Nicht zu Unrecht hatten Stadt und Militärregierung darauf mit der Bevorzugung der Mütter im Versorgungsalltag reagiert. Da die ausgegebenen Rationen zumeist 1000 Kalorien nicht überstiegen, mussten sich insbesondere Normalverbraucher zusätzlich versorgen. Tauschgeschäfte, möglicherweise aufwendige Fahrten auf das Land kosteten Zeit und Kraft und waren nur von denen zu bewältigen, die über die entsprechenden Kräfte verfügten. Daraus resultierte die erste Ungleichheit: Kranke, Schwache und Alte konnten an diesem Marktgeschehen nicht teilnehmen. Die zweite Benachteiligung spürten die Besitzlosen, denn Voraussetzung für den Tauschmarkt waren eigene attraktive Waren als Angebote. Besonders Arbeiterhaushalte hatten dies nur in sehr geringem Maße. Reine Bettelei wurde von den Bauern immer schroffer zurückgewiesen, aus manchen Landgemeinden wird berichtet, dass es den Ruf gab: „Machet d’Tüar zua! D’ Hamsterer komat.“¹³² Hierin zeichneten sich massive Spannungen und das Potenzial der Hungerkrise zur Spaltung der Gesellschaft ab.

In der Erntezeit wurde das Hamstern häufig durch Mithilfe bei den Bauern ersetzt. Für Reutlinger war der Landkreis Münsingen ein beliebtes und lohnendes Ziel für diese Aktivitäten. Das dortige Landratsamt konnte für den Juli 1947 vermelden, dass „die Aktivität der Hamsterer [...] jetzt in den Sommermonaten etwas nachgelassen“¹³³ hat, denn die Bauern ließen ihren Erntehelfern Nahrungsmittel zukommen. Für die Stadtbevölkerung ohne eigene Landwirtschaft stellten diese

¹³¹ H. W.: Das Handwägelchen. In: Schwäbisches Tagblatt vom 21.09.1945, S. 4.

¹³² GRAF, Erich: Geschichte der Stadt Reutlingen 1945 bis 1965, 1970, S. 93. StadtA Rt Db 1256.

¹³³ Landratsamt Münsingen: Bericht an die Landesdirektion des Inneren in Tübingen. Bericht für den Monat Juli 1947. StAS Wü 2 T 1 Nr. 1379/033.

Erntehilfen eine nicht unerhebliche Möglichkeit dar, die negativen Folgen der Hungerkrise abzumildern, eine effektive langfristige Bewältigung war damit aber nicht zu erreichen. Zu bedenken ist auch das ungünstige Verhältnis von Aufwand zu Ertrag. Einen großen Anteil nahmen diese Anstrengungen in der Erinnerung ein, das bezeugen die Zeitzeugengespräche, die 50 Jahre nach dem Kriegsende in Gesprächskreisen stattfanden und protokolliert vorliegen. Dabei wurde auch ein weiterer Effekt dieser Unternehmungen deutlich. Kommunikation hatte soziale Bindungswirkung, stärkte das Gefühl der Solidarität und war geeignet, Informationen in dem Netzwerk der Hungrigen zu verbreiten. „Und das war so eine herrliche Gemeinschaft. Wenn einer etwas gewusst hat, da kriegt man was, das hat er nicht für sich behalten, das hat er dem andern gesagt.“¹³⁴

Wenig schmackhafte Gerichte aufzuwerten war dringend nötig, die Kinder waren bereits unterernährt und ein weiteres Absinken ihres Ernährungsstatus führte zu gesteigerter Anfälligkeit für Krankheiten. Um das verbliebene Angebot genießbar zu machen, mussten die Mütter als Köchinnen improvisieren. Die Verbreitung entsprechender Rezepte in den Zeitungen zeigt, dass dafür eine breite Nachfrage entstanden war. Deshalb hatten zu Hause kreative Rezepte Konjunktur, mit denen auch fehlendes Fleisch nahezu ersetzt werden konnte. Das „Schwäbische Tagblatt“ veröffentlichte regelmäßig anregende Rezepte, eines davon waren Karottenbratlinge.¹³⁵ Karotten und Kartoffeln wurden dafür durch die Fleischhackmaschine gedreht und mit Mehl, Haferflocken oder möglicherweise Ei vermischt, gewürzt und geformt und dann in der Pfanne gebraten. Dies entsprach der Versorgungslage, da Gemüse vorhanden, Kartoffeln eingekellert und auch die anderen Zutaten immer wieder greifbar waren. Die weiteren Vorschläge richteten sich auf das Binden von Gemüse ersatzweise ohne Mehl, falsche Salatsaucen ohne Mayonnaise und Rezepte für Gemüsesalat. Aus Zuckerrüben, die man aber auch erst illegal besorgen musste, wurde Sirup als Zuckersersatz gekocht, ein eigens entwickeltes Getränk („Erntequell“) wurde aus Molke gewonnen und in den umliegenden Brauereien zubereitet. Ebenfalls aus Molke wurde ein Essigersatz hergestellt.

Das Bewältigungshandeln der Bevölkerung durch Selbsthilfe ist im Allgemeinen schwieriger zu dokumentieren als z. B. aktenkundiges Verwaltungshandeln. Notpraktiken wurden selten schriftlich überliefert, zumeist treten sie indirekt zu Tage. Die Überlebensökonomie lässt sich aus mündlichen Erzählungen und Hinweisen aus den Zeitungen rekonstruieren und systematisieren, darin sind typische Muster zu erkennen. Eine erste Reaktion bestand in der Reduktion der Nahrungsaufnahme, um gezielt durch Strecken der Vorräte die Mangelzeit zu überbrücken. Parallel wurden alle Möglichkeiten genutzt, die Vorräte zu ergänzen, die Grenzen des Erlaubten wurden dabei in die Illegalität hinein gedehnt. Waren die Grenzen des Angebots erreicht, wurde auf Notnahrung zurückgegriffen. Das Leitnahrungsmittel

¹³⁴ Zeitzeugengespräche zum Kriegsende: Gespräch mit Frau Wörner am 26.05.1994. StadtA Rt S 205.

¹³⁵ Vgl. Für die Küche. In: Schwäbisches Tagblatt vom 19.07.1946.

Brot wurde scheinbar präsent gehalten, indem es mit Zusätzen gestreckt wurde, z. B. mit Mais. Auch durch das Sammeln von Resten (Ähren) konnte man am Brotkonsum vorläufig festhalten. Zuvor verschmähete Getreidearten wurden in das Brot einbezogen. Damit konnte der soziale Abstieg, der mit dem Ende des Brotkonsums verbunden war, verschleiert oder vermieden werden. Auch hier war physische von sozialer Vulnerabilität begleitet. Fleisch wurde kompensiert durch Ersatzstoffe, mit denen man scheinbar am regulären Essen festhalten konnte. Dasselbe galt für beliebte Getränke. Zunehmend griff man auf ungewohnte Nahrung zurück, z. B. Bucheckern. Die Verbreitung des Wissens über diese Praktiken erfolgte über soziale Kontakte oder auch über Zeitungsberichte. Waren diese Möglichkeiten erschöpft, konnte man in die Schattenökonomie eintreten. Der Tauschhandel oder das Hamstern war die erste Stufe, der Übergang in den Schwarzhandel war fließend.

2.3 Schwarzmarkt

„Schwarzmarkt“ ist einer der Begriffe, der in der Erinnerung häufig mit der Nachkriegszeit verbunden wird. Die Bewertung war immer kontrovers, illegal, kriminell, unverzichtbar oder gar eine Einübung in die Logik des freien Marktes. Willi A. Boelcke wies in seinem Standardwerk darauf hin, dass diese „Schattenwirtschaft“ fast ein Jahrzehnt „in Europa während des Zweiten Weltkriegs und unmittelbar danach [...] viele Millionen Menschen miteinander [verband]“ und auch nicht mit drakonischen Maßnahmen zu unterdrücken war.¹³⁶ Noch wenig Tage vor Ende des Krieges wurden Delinquenten wegen der illegalen Beschaffung von Lebensmittelkarten hingerichtet. Die Unfähigkeit, mit staatlichen Mitteln eine Versorgung zu garantieren, führte zu einer ausgedehnten Parallelwirtschaft, die zwar kriminalisiert wurde, aber dennoch unverzichtbar war. Nach der Jahresmitte 1947, als der Hunger den Höhepunkt erreicht hatte, stellte eine französische Kommission fest, dass die Bevölkerung unmöglich von den Zuteilungen allein überleben könne und auf die illegale Versorgung angewiesen sei.¹³⁷ Die Produktion reiche nicht aus, Zulieferung sei wegen der Abschließung des Wirtschaftsgebietes und der internationalen Welternährungskrise nicht möglich, ebenso haben dazu die Devisen gefehlt. Die Nahrungsmittel, die nicht über die Zuteilung der Rationen verteilt werden, gerieten häufig auf den illegalen Markt. Geld als Zahlungsmittel sei weitgehend diskreditiert, die Reichsmark habe extrem an Wert verloren und die Bauern können überdies damit die Güter, die für ihren Alltag notwendig seien, nicht kaufen, da diese auf dem Markt nicht angeboten würden. Also finde Tausch mit Naturalien und Gütern statt. Geschickte „Organisierer“ könnten auf diese Weise fast alles besorgen. Man habe sich bereits während des Krieges daran gewöhnt, alterna-

¹³⁶ BOELCKE, Willi A.: Der Schwarzmarkt. 1945–1948, 1986, S. 11.

¹³⁷ Vgl. Landratsamt Reutlingen: Monatsbericht, September 1947, 09.10.1947. StAS Wü 2 T 1 Nr. 1379/147.

tive Quellen zu finden, der Schwarzmarkt sei 1945 eine bereits vertraute „Institution“. Bereits im April 1944 wusste auch das Reichsfinanzministerium, dass niemand in Deutschland sich ausschließlich von den Lebensmittelkarten ernähren könne.¹³⁸

Die Täter waren bekannt, dies war Teil ihres geschäftlichen Erfolges, aber auch riskant. Die Behörden hatten jedes Interesse daran, solche unkontrollierten Geschäfte zu unterbinden. Diese waren nicht nur ungesetzlich, sondern eine gerechte Verteilung und geregelter Zugang zu Waren lag im Interesse der Behörden. Der kommissarische Oberbürgermeister von Reutlingen kümmerte sich persönlich um die Verfolgung und schrieb am 26. November 1945 an die Polizeidirektion: „Der Kaufmann Ruckgaber, wohnhaft Eisenbahnstraße Betzingen, Schulhaus, ist bekannt als Schwarzhändler. Er verkauft Kaffee, Zigaretten, Uhren zu weit überhöhten Preisen. Die Waren holt er in Stuttgart und auf dem Lande. Er ist unauffällig zu beobachten, damit ihm einige Fälle präzise nachgewiesen werden können. Sobald er als Schwarzhändler erwischt ist, muss er dem Gericht übergeben werden. Gleichzeitig bitte ich, das Café Schmider zu kontrollieren, da dort Schwarzhändler ständig ihre Geschäfte betreiben; auch in einigen anderen Lokalen soll das Geschäft blühen. Ich bitte, mir Meldung von der Überwachung laufend zu übergeben.“¹³⁹ Signifikant für den Zustand der Gesellschaft war das öffentliche Auftreten des Kriminellen, überraschend wirkt die Detailkenntnis des Oberbürgermeister, der sich für die Einhaltung der Ordnung auf der untersten Ebene einsetzen musste.

Die Ergebnisse, die ein unbekannter Informant („B.“) erzielt hatte, lagen einschließlich der zugehörigen Vermerke zur polizeilichen Verfolgung vor. B. nannte eine große Zahl von Schwarzhändlern die meisten beschäftigten sich mit Zigarettenhandel. Aus den aufgeführten Preisen wird die Preisspanne ersichtlich. So konnten 4 ½ Kartons für 925 RM gekauft werden, ein Teil selbst konsumiert und der Rest für 1 800 RM verkauft werden. Der Warenkreislauf konnte immer wieder nachvollzogen werden, so wurde eine Mutter polizeibekannt, als sie mit den von ihrem Sohn gekauften Zigaretten nach Stuttgart fuhr, um diese gegen Lebensmittel einzutauschen.¹⁴⁰ Die Schwarzhändler selbst waren nicht leicht festzumachen, da sie an unterschiedlichen Orten agierten. Andererseits ging aus den Berichten hervor, dass ein wesentlicher Umschlagplatz z. B. Gaststätten sein mussten, was wiederum die Festnahmen erleichterte.

Komplementär dazu waren die landwirtschaftlich geprägten Landkreise, z. B. Ravensburg, zu sehen, Schwarzhändler bezogen dort ihre Waren. Die Situation war widersprüchlich. Die Bauern wurden z. B. in Landtagsverhandlungen immer wieder für ihr Ablieferungsverhalten gelobt, dennoch war davon auszugehen, dass ein Teil der Produktion dem offiziellen Konsum nicht zugeführt wurde. Zum Teil diente dies dazu, die Nahrung im Umfeld der bäuerlichen Familien aufzubessern. Die Struktur der größtenteils mittelgroßen Betriebe erleichterte es, Lebensmittel

¹³⁸ BOELCKE, Willi A.: Der Schwarzmarkt. 1945–1948, 1986, S. 31.

¹³⁹ Oberbürgermeisteramt Reutlingen: Schriftwechsel des Oberbürgermeisters mit der Polizeidirektion Reutlingen, 26.11.1945. StadtA Rt AdN 1874.

¹⁴⁰ Vgl. Polizeidirektion Reutlingen. Protokoll vom 16.01.1946. StadtA Rt AdN Nr. 1870.

nicht vollständig anzugeben. Ironisch sprachen Beobachter von „Milchschwäche“ einiger Kühe oder von Hühnern, die in diesem Jahr einfach nicht legen wollten. Die Bauern konnten auf unterschiedliche Weise Nahrungsmittel illegal abfließen lassen. Sie hatten die Möglichkeit, als Selbstversorger im Selbstbehalt ihre Produkte für den eigenen Konsum zu entnehmen. Darüber hinaus durften sie Familienangehörige im Haushalt und Erntehelfer mit Naturalien versorgen. In welchem Ausmaß dies legal möglich war, war bereits kurz nach der Einführung 1939 und den frühen 40-er Jahren geregelt worden.¹⁴¹ „Naturalberechtigte“ waren die Betriebsinhaber und deren Familienangehörige, soweit sie hauptberuflich im Betrieb tätig waren, für die Helfer war diese Berechtigung im Rahmen ihrer Tätigkeit ebenfalls geregelt. Bereits an dieser Stelle war die tatsächliche Verteilung schwer zu kontrollieren. Ein Teil der landwirtschaftlichen Produkte geriet in die Kanäle des Schwarzmarkts, selbst der Landrat von Ravensburg wusste darum und führte bei der Besprechung der Landräte als Grund an, dass es den Bauern an allen lebenswichtigen Gütern mangle.¹⁴² Dasselbe Argument verwendete Landwirtschaftsminister Dr. Franz Weiß in der Landtagsdebatte über die Ernährungsfrage. Die Schwarzhändler traten in großer Menge auf, dies zeigte die Polizeistatistik und belegt wurde dies durch die Ergebnisse der Straßenkontrollen. Für legale Bewegungen wurden Transportgenehmigungen erteilt, auffällige Häufungen von Anträgen erweckten allerdings Verdacht auf Missbrauch der Erlaubnis.

Dem Vertreter der französischen Militärregierung in Ravensburg wurde der Sachverhalt am 15. November 1946 so mitgeteilt: „Bericht an den Herrn Delegierten des Kreises [...] Abteilung Landwirtschaft. Die Bürotätigkeit war in der Berichtszeit außerordentlich rege. Auf Grund der scharfen Straßenkontrollen durch die französische und deutsche Polizei ist nach wie vor ein großer Andrang wegen Ausstellung von Transportscheinen.“¹⁴³ Im selben Bericht heißt es: „Straßenkontrollen. Am 19.10.1946 und dem darauffolgenden Tagen hat im Kreis Ravensburg auf Anordnung des Landesernährungsamtes Tübingen durch Kontrolleure des Landesernährungsamtes in Verbindung mit dem Kreisernährungsamt sowie mit der französischen und deutschen Gendarmerie Straßenkontrollen durchgeführt. Dabei wurden etwa 8 t Obst und Kartoffeln, die allerdings größtenteils aus Baden oder dem Kreis Saulgau stammten, beschlagnahmt. Ferner kleinere Mengen an

¹⁴¹ Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, 08.03.1940: Betrifft: Selbstversorger. Aktenzeichen: II c 9-231. An die Landesregierungen (Landesernährungsämter), die Preuß. Oberpräsidenten (Provinzialernährungsämter), nachrichtlich an die Regierungspräsidenten und entsprechenden Behörden. StadtA Rv, D 03 Hauptregistratur, Bü 2433. Dieses Dokument befand sich in den Akten des Ernährungsamtes Ravensburg. Datiert war es mit einem Stempel der Jahreszahl 1946. Daraus ist zu schließen, dass nach wie vor danach gehandelt wurde.

¹⁴² Vgl. BENDEL, Alfred: Landrätetagung, Ravensburg, 02.03.1946. StadtA Rt AdN 1957. Vgl. auch Food & Agriculture Group, Bipartite Control Office, Frankfurt. Fundstelle: Berichte des Kreisernährungsamtes Reutlingen: Oktober 1947-Dezember 1948. StadtA Rt 1661.

¹⁴³ Landratsamt Ravensburg: Monatsberichte der Landratsämter für die Zeit vom 15.09.-15.10.1946. 17.10.1946, S. 9. StAS Wü 2T 1 Nr. 1373.

Weizen, Fleisch, Käse, Most und Bier. In diesem Zusammenhang wurden etwa 35 000 RM Geldstrafen ausgesprochen. Außerdem wurden diejenigen Landwirte und Bauern, die bewirtschaftete Produkte ohne Berechtigungsschein abgaben, empfindlich bestraft.¹⁴⁴ Aus dem ganzen Land wurden Aktivitäten dieser Art gemeldet, der Landrat von Saulgau berichtete auf der Tagung der Landräte, dass sein Kreis deshalb der „Heuschreckenkreis“ genannt wurde. Ungenehmigte Lebensmitteltransporte wurden konfisziert.

Zuständig für die Bestrafung war das „Tribunal Sommaire“ der französischen Besatzer. Auch die Strafen in Reutlingen bezogen sich in hohem Maße auf Nahrungsmittelkriminalität, zusätzlich fanden sich weitgehend Delikte, die für die Nachkriegszeit spezifisch sind. Die Urteile des „Tribunal Sommaire“ wurden mit voller Namensnennung im „Amtsblatt für Stadt und Kreis Reutlingen“ veröffentlicht.¹⁴⁵ Vom 1. bis 31. März 1947 fanden sich überwiegend Delikte, die sich auf Nahrungsmittelkriminalität, unerlaubtes Überqueren der Zonengrenze oder andere von der Besatzungsmacht erlassenen Anordnungen beziehen. Beispiele belegen, dass die Delikte hauptsächlich in Zusammenhänge mit der Beschaffung von Nahrungsmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs standen: Passieren der Grenze ohne Passierschein, Nichtablieferung von Geflügel an das Requisitionsamt, unerlaubter Aufenthalt in einem Militärlokal, Nichtanmeldung von Stoffbeständen, Besitz von Gegenständen deutschen Heeresguts, Tätlichkeit gegen einen polnischen Staatsangehörigen, Antreffen ohne Passierschein, Schlagen und Beleidigen einer polnischen Staatsangehörigen, falsche Angaben im Fragebogen, Verheimlichen eines Lastwagens zum Schaden der französischen Behörden, Diebstahl von Militärkleidungsstücken, Nichtübergabe eines Fahrzeugs an die Requisitionsbehörde, Angabe falscher Nationalität, Schwarzschlachtung eines Schweins (mehrfach), Jagdvergehen, Jagdvergehen mit Hehlerei, Fälschung eines Passierscheins, leichte Tätlichkeit gegenüber Deportierten, Einbruch und Geflügeldiebstahl (mehrfach) und Antreffen ohne Passierschein. Die härtesten Strafen wurden für Eigentumsdelikte verhängt (Geflügeldiebstahl ein Jahr Gefängnis), Passieren der Grenze ohne Passierschein führte immerhin noch zu zehn Tagen Haft. Durch die Kriminalisierung des Grenzübertretts zu wirtschaftlichen Zwecken musste die Grenze der Besatzungszone als vordringliches Hindernis für einen Warenaustausch und für die Versorgung mit Lebensmitteln angesehen werden. Weitgehend handelte es sich hierbei nicht um Schwarzhändler mit einem größeren wirtschaftlichen Volumen, sondern diese gesetzwidrigen Aktivitäten wurden häufig von Privatpersonen ausgeübt.

Die Präsenz des illegalen Handelns im öffentlichen Leben spiegelte sich auch in der Presse wider. Im Hungerwinter, am 10. Januar 1947 veröffentlichte die „Schwäbische Zeitung“ unter den Lokalnachrichten für Ravensburg ihre Beobachtungen: „Eine besonders rege Tätigkeit hatte der Schwarze Markt entfaltet. Besonders in

¹⁴⁴ Landratsamt Ravensburg: Monatsberichte der Landratsämter für die Zeit vom 15.09.–15.10.1946. S 11. StAS Wü 2 T 1 Nr. 1373.

¹⁴⁵ Vgl. Informations du Gouvernement militaire Reutlingen. 1.–31. März 1947. StadtA Rt Amtsblatt C1 1.

der Weihnachtszeit blühte der unerlaubte Tauschhandel mit Trikotageartikeln aus dem Kreise Balingen gegen Milch- und Fetterzeugnisse. Ebenso wurden aus der Gegend von Pirmasens gegen Lebensmittel Schuhe aller Art angeboten. Auf dem Schwarzen Markt wurden die 20er Packung Zigaretten, milderer Qualität zu 20–30 RM., 1 kg Butter zu 150 RM., 600 g Bohnenkaffee zu 450 RM., ¼ kg Schokolade zu 70 RM. und ½ kg Kernseife zu 90 RM. abgesetzt.¹⁴⁶ Die Handelstätigkeit wies auf die spezifischen Bedürfnisse und Mangelbereiche hin, wie Nahrungsmittel und Bekleidung. Die öffentliche Meinung unterschied zwischen individuellem Tauschmarkt, der daraus bestand, dass einzeln oder in kleinen Gruppen Güter des allgemeinen Bedarfs den Bauern gegen Lebensmittel überlassen wurden und gewerbmäßigem Schwarzhandel. Der Tauschhandel war eine notwendige Ergänzung der Hungerrationen und wurde allgemein akzeptiert. Stadtbewohner konnten daran teilnehmen, wenn sie über entsprechende Angebote verfügten. Unternehmer gingen zum Teil dazu über, ihre Arbeiter mit Naturalien zu entlohnen: Gegenstände des Alltags, mit denen man auf dem Tauschmarkt auftreten konnte. Als wirtschaftlicher Hintergrund gilt, dass die Währung verfallen war. Die umlaufende Geldmenge übertraf das Warenangebot bei weitem, da die nationalsozialistische Regierung die Aufrüstung mit der Notenpresse finanziert hatte.¹⁴⁷ Mit Reichsmark konnte man zwar einkaufen, attraktiv war dies für beide Seiten nicht, da außergewöhnlich hohe Preise verlangt wurden, abgesehen davon, wurde dieses Zahlungsmittel häufig nicht akzeptiert. Die Bauern hatten kein Interesse an Barmitteln, auf ihrer Seite herrschte Mangel an den Gebrauchsgegenständen des Alltags, besonders an Kleidung und Schuhen, die auch für ihre Arbeit tauglich waren. Diese Tauschprozesse waren geduldet.

Die Waren, die die Arbeiter als Lohn erhalten hatten, tauschten sie gegen Lebensmittel ein. Die Schwarzmarktpreise waren in Reichsmark mit Löhnen nicht zu bezahlen. Ein Facharbeiter mit einem Monatsverdienst von weniger als 200 RM im Monat konnte kein Kilogramm Butter für 150 RM kaufen.¹⁴⁸ Besonders Schuhe waren Mangelware. In den ländlichen Regionen wurden insbesondere Arbeitsschuhe gebraucht, Herstellerregionen aus der französischen Zone schlossen diese Lücke z. T. auch über größere Distanzen hinweg, dies zeigt der Handel mit Pirmasens (s. o.). Lebensmittel waren teuer, Bohnenkaffee wurde zum unerschwinglichen Luxusprodukt. In einem Arbeiterhaushalt wurden durch Arbeit bis zu 200 RM im Monat verdient, mit denen aber die Lebensmittel auf Karten und möglicherweise noch Miete bezahlt werden mussten, daher gab es keinen Spielraum, Waren auf dem Schwarzmarkt zu kaufen. Eine Teilnahme am Tauschhandel war nur durch Besitz von nachgefragten Objekten möglich, die wiederum von persönlichem Reichtum oder dem schon aufgeführten Naturalienverdienst abhängig waren.

¹⁴⁶ Ravensburg und Weingarten: Schwäbische Zeitung, Jahrgang 3, Nr. 3, 10.1.1947, S. 5.

¹⁴⁷ Vgl. BÜHRER, Werner: Schwarzer Markt. In: Wolfgang BENZ (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, 1999, S. 365–367, hier S. 365.

¹⁴⁸ Vgl. den in den Verhandlungen des Landtags genannten Lohn eines Facharbeiters: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 42. Sitzung vom 21.10.1948, S. 674 f.

Das weist auf eine komplizierte Gemengelage von Zugangsrechten („entitlements“) hin und ebenso darauf, in welchen Fällen der Mechanismus des Food Entitlements Decline¹⁴⁹ zum Nachteil für einige Bevölkerungsgruppen wurde. Damit sind auch die Handlungsoptionen der Bevölkerung beschrieben und es wird deutlich, welche Bemühungen möglich und notwendig waren, die Nahrungsmittel so zu ergänzen, dass man Schäden durch Mangelernährung in Grenzen halten konnte oder warum dies in vielen Fällen nicht gelingen konnte.

Den allgemeinen Schaden für die Ernährung berechnete die „Schwäbische Zeitung“ am 28. Mai 1947 aus den beschlagnahmten Lebensmitteln in Württemberg-Hohenzollern im April dieses Krisenjahres. Die Liste begann mit 3900 kg Kartoffeln, 1200 kg Obst, es folgten Hülsenfrüchte, Öl, Fleisch, Wurst, Eier, Geflügel usw. und auch ein Ferkel war darunter. Die Redaktion hatte nun den Wert berechnet und kam auf 35 600 500 Kalorien, „mit denen es möglich wäre, 23 734 Personen an einem Tag 1500 Kalorien zuteilen zu können, oder eine Stadt von 10 000 Einwohnern zwei bis drei Tage lang zu ernähren.“¹⁵⁰ Die beschlagnahmten Nahrungsmittel wurden karitativen Einrichtungen zugeführt. Diese Zahlen zeigen, welche negativen Auswirkungen der Schwarzmarkt hatte und warum mit Razzien dagegen vorgegangen wurde.

Als sich der Landtag damit beschäftigte, wurde in der Diskussion deshalb auch zwischen jenen unterschieden, die in kleinen Mengen in „Köffchen“ zum eigenen Gebrauch auf dem Land für sich gehamstert hatten und jenen, die mit 50 000 Mark in der Tasche festgenommen worden waren. Mit Bezug auf einen aktuellen Vorfall rechnete der Abgeordnete Oskar Kalbfell vor, dass 1 Zentner Kartoffeln für 3,25 RM eingekauft und für 250 RM verkauft werden konnte. Dass dies an der Grenze nach Bayern geschah, erbitterte besonders, da aus dieser Region bisher keinerlei Hilfe zu erwarten gewesen sei.¹⁵¹ Die Versammlung forderte strenge Kontrollen und harte Strafen. Deutlich wurde damit auch die Bedeutung der Zonengrenze für die Versorgung und das legale und illegale Marktgeschehen.

Schwarzhändler, die in größerem Stil handelten, wurden sehr widersprüchlich wahrgenommen, einerseits als kriminell, andererseits als unverzichtbar für die Versorgung. Sie waren ein Teil des Stadtbildes und ihre Standorte und Umschlagplätze waren allgemein bekannt. Der Chronist Erich Graf berichtet über die Begrifflichkeit und die Erscheinungsformen. Das Stichwort war „organisieren“. Für den Autor war es unklar, wie sie die Grenze zur „Ami-Zone“ durchbrechen konnten. Ein Schwarzhändler, bekannt unter dem Namen „Stennes“, konnte kaufen und scheinbar nach Belieben organisieren, er brachte „Öl, Benzin, Autoreifen, Autos

¹⁴⁹ Vgl. die Erläuterungen zu diesem Ansatz in Kapitel I. 2.2 Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Ansätze.

¹⁵⁰ Beschlagnahmte Lebensmittel: Schwäbische Zeitung 3, 28.05.1947 (42), S. 5.

¹⁵¹ Vgl. Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 7. Sitzung vom 01.10.1947, S. 92.

und Käse“, „er war der Tausendsassa“ und konnte alles beschaffen, wenn man bezahlen oder tauschen konnte.¹⁵²

Spätestens mit Beginn des Sommers 1947 wurde der Militärregierung berichtet, dass „die Leute, um sich und ihre Familien vor dem Verhungern zu bewahren, gezwungen [sind], sich auf irgendwelche legale oder illegale Weise zusätzliche Lebensmittel zu beschaffen.“¹⁵³ Schließlich mussten auch die französischen Behörden auf das Thema eingehen, sie führten eine eigene Untersuchung durch, die die negativen Befunde der lokalen Behörden bestätigte. Daraus kann man entnehmen, dass auch die Besatzungsmacht einerseits die Verantwortung für die Versorgung der Bevölkerung akzeptierte, andererseits aber keine Lösung anbieten konnte. Es spricht einiges dafür, dass diese Überforderung maßgeblich zum allmählichen Umdenken in der Besatzungspolitik beigetragen hat. Der Kommissionsbericht wurde im Bericht des Landratsamtes zitiert, kombiniert ist er mit Aussagen über die Sensitivität der Bevölkerung gegenüber der Hungersituation: „Die zahlenmäßigen Ergebnisse der französischen Kommission für die Kontrolle des Ernährungszustandes der Bevölkerung decken sich im Wesentlichen mit den deutschen Feststellungen.

Die Zahlen zeigen folgendes:

a) Die im Juli in der Stadt Reutlingen zugeteilten rationierten Lebensmittel genügen nicht, um das Leben zu fristen. Die Bevölkerung ist also, wenn sie nicht zugrunde gehen will, gezwungen, sich auf irgendwelche Weise zusätzliche Lebensmittel zu beschaffen.

b) Die durchschnittlichen Körpergrößen der Lebensalter unter etwa 40 Jahren übersteigen durchweg wesentlich diejenigen, die vor dem 1. Weltkrieg festgestellt wurden.

c) Die Körpergewichte der Knaben vom 6.–14. Lebensjahr und die Gewichte der Mädchen vom 7.–9. Lebensjahr sind wesentlich niedriger als die Pirquet'schen Zahlen¹⁵⁴. In Anbetracht der durchweg gestiegenen Größen sind außer diesen Jahrgängen aber auch die übrigen Jahrgänge als unterernährt zu bezeichnen. Schulspeisungen sind also weiterhin notwendig.

d) Bei fast allen Erwachsenen, insbesondere bei den Männern, besteht eine starke Unterernährung. Das durchschnittliche Mindergewicht beträgt bei Männern aller Kategorien zwischen 8 und 12 kg. Um den Ernährungs- und Leistungszustand der Bevölkerung auf eine normale Höhe zu bringen und zur Vermeidung eines weite-

¹⁵² GRAF, Erich: Geschichte der Stadt Reutlingen 1945 bis 1960, 1970, S. 62. StadtA Rt Db 1256.

¹⁵³ Landratsamt Reutlingen: Monatsbericht, August 1947, 10.09.1947. StadtA Rt AdN 5.93.

¹⁵⁴ Der österreichische Arzt Clemens von Pirquet entwickelte eine Tabelle, nach der unterernährte Kinder und ihr Bedarf an Zusatznahrung ermittelt wurden. Vgl. <https://www.meduniwien.ac.at/hp/ipa/allgemeine-informationen/geschichte/clemens-von-pirquet/> (Letzter Abruf: 11.05.2023).

ren Absinkens der allgemeinen Moral ist eine wesentliche Erhöhung der Rationen, insbesondere an Eiweiß und Fett, dringend nötig.“¹⁵⁵

Der Bericht ist in verschiedener Hinsicht aufschlussreich. Die Feststellung der materiellen Unterversorgung führte zu Befürchtungen hinsichtlich der Leistungsfähigkeit und der Stimmung in der Bevölkerung.

Die Militärregierung versuchte, durch häufige Kontrollen und harte Strafen auch bei geringen Vergehen, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Dies wurde Teil der leidvollen Alltagserfahrung der Bevölkerung und führte zu verstärkter Ablehnung. Das änderte aber nichts daran, dass viele gerade im Jahr 1947 gezwungen waren, mit hohem Risiko auch illegal an Nahrungsmittel zu kommen. Die Situation zwang sie, die schlimmsten Folgen des Hungers abzumildern und auf diese Weise ihre Chancen zu verbessern, körperlich nicht gänzlich zu verfallen. Die landwirtschaftlichen Produzenten gerieten damit in den Mittelpunkt der Nachfrage. Andererseits hatten sie wirtschaftliche Interessen als Produzenten. Es war nachvollziehbar, dass sie sich Mittel beschaffen mussten, um ihre Produktion durch Reparaturen von Maschinen und Zukauf von Tieren und Arbeitsmaterialien aufrechtzuerhalten, dies war ebenso im Interesse der Allgemeinheit. Dagegen sprach allerdings, dass die illegale Abgabe von Lebensmitteln die Verteilung und Weitergabe durch die offiziellen Stellen einschränkte.

Im Zentrum dieses Dilemmas stand die Versorgungsstörung mit Nahrungsmitteln. Das Bewältigungshandeln des Einzelnen ging zu Lasten der staatlich zu verteilenden Menge an Lebensmitteln und verschlechterte letztlich die Lage insbesondere für die Schwächeren der Gesellschaft. Dass trotz der Verfolgung das Problem nicht beseitigt werden konnte, lag an der hochgradigen Vernetzung der verursachenden Faktoren. Die landwirtschaftliche Produktion war zu gering, die wirtschaftliche ebenfalls, und zwar sowohl für den Eigenverbrauch als auch für den Export. Damit fehlte es an Devisenerlösen für potenzielle Einfuhren von Lebensmitteln. Die rigide Abschottung von den früheren Marktbeziehungen erschwerten den Austausch in jeder Hinsicht. Die Schwarzhändler konnten die Lage für ihren Vorteil am besten nutzen, aber auch manche Verbraucher profitierten, denn für viele wäre eine Bedarfsdeckung an Gütern aller Art ohne diese Parallelwirtschaft nicht möglich gewesen. Die negativen Begleiterscheinungen standen deutlich vor Augen. Der fortdauernde Mangel, die erlebte Ungerechtigkeit, die ungleiche Verteilung, alle diese beeinträchtigenden Faktoren hatten das Potenzial zur sozialen Spaltung. Andererseits kann man davon ausgehen, dass dies eines der letzten Regulative war, das in vielen Fällen dazu beitrug, das Verhungern zu verhindern. Mit der Rückkehr zu einer akzeptierten Währung wurde der Schwarzmarkt eingedämmt und verschwand.

Die Bauern waren als Produzenten in einer besonderen Situation. Sie kannten als Selbstversorger im Rationierungssystem keinen Mangel da sie sich an der Quelle

¹⁵⁵ Landratsamt Reutlingen: Monatsbericht, September 1947, 09.10.1947. StAS Wü 2 T 1 Nr. 1379/147.

der Nahrungsmittel befanden. Es war Teil des Systems, dass auch ihr Haushalt, ihre saisonalen Arbeitskräfte und ihre Verwandtschaft profitierten. Dies waren Beispiele, wie durch soziale Netzwerke Überlebensstrategien griffen. Die Abgaben, die sie zu leisten hatten, sind bereits beschrieben, ihre Produktionshemmnisse angesprochen. Ihnen fehlte Saatgut, Landmaschinen, Handwerker, die diese reparierten und Arbeitskräfte. Der letzte Punkt wurde durch die zunehmende Nachfrage nach Aushilfsarbeiten in der Landwirtschaft in den extremen Zeiten der Krise stark reduziert als Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Fabrikarbeit besonders im Sommer 1947 niederlegten und zu den Bauern gingen. Dennoch war auch in schlechten Zeiten die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft so weit ausreichend, dass z. B. der Landrat berichten konnte, dass im Jahr 1947 die Rationen in Ravensburg (!) wie vorgesehen ausgegeben werden konnten.¹⁵⁶ Das Problem der Überschusskrise bestand im übermäßigen Auftreten der nachfragenden Gruppen aus den anderen Regionen, den Hamstern und den Schwarzhändlern, „besonders durch die mangelnde Disziplin des Publikums, besonders der Käufer und Verkäufer, wodurch den aufsichtführenden Dienststellen die Zügel zu entgleiten drohen.“¹⁵⁷ Damit wurden die Einwohner des Landkreises Ravensburg Akteure in der Hungerkrise, allerdings in vollständig anderer Weise als die Stadtbevölkerung. Das Landratsamt Ravensburg gab zum Jahreswechsel 1947 einen Bericht mit gemischten Eindrücken an die Militärregierung: „Schneebedeckte Felder bringen dem Bauern wohl die Ruhepause in der Feldarbeit.“ Dagegen wurden die fehlenden Futtermittelvorräte und der noch nicht eingetroffene Kunstdünger beklagt. Missstimmung verursachten die als ungerechtfertigt empfundenen Hausdurchsuchungen, die trotz erfüllter Ablieferungspflicht durchgeführt wurden.

2.4 Die Perspektive der Bauern

Unangenehm waren für die Produzenten Anordnungen der Militärregierung, die sie als unsinnig und unsachgemäß empfanden, worauf der Landtagsabgeordnete und Präsident des Landesbauernverbandes Bernhard Bauknecht im Landtag hinwies. Er nutzte die Gelegenheit, die Situation der Landwirte aufzuzeigen und eine Reihe von Vorschlägen einzubringen. Die Aussprache zur Regierungserklärung zur Ernährung im Landtag am 1. Oktober 1947 bot ihm dazu die Möglichkeit als Vertreter des Landkreises Ravensburg. Er stellte sich an die Seite der Regierung und des Landwirtschaftsministeriums, aus seiner Sicht war alles Mögliche für die Versorgung getan worden, in der Presse geäußerte Vorwürfe wies er zurück und er warnte vor einer gesellschaftlichen Spaltung: „Wenn uns heute etwas retten kann, so kann es nur die Eintracht sein.“¹⁵⁸ Er führte aus, dass die Ernte 1947 qualitativ

¹⁵⁶ Vgl. Landratsamt Ravensburg: Monatsbericht an die Staatskanzlei für die Zeit vom 20.11.–20.12.1947, S. 1–7. StAS Wü 2 T 1 Nr. 1379.

¹⁵⁷ Dieses und das folgende Zitat: Landratsamt Ravensburg: Monatsbericht an die Staatskanzlei für die Zeit vom 20.11.–20.12. 1947, S. 1 und S. 5. StAS Wü 2 T 1 Nr. 1379.

¹⁵⁸ BAUKNECHT: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 7. Sitzung vom 01.10.1947, S. 97.

hervorragend sei, ein Verdienst des Einsatzes der Bauern trotz des Mangels an Produktionsmitteln. Er sprach sich dagegen aus, die erzielte Ernte in andere Länder mit geringeren Erträgen zum Ausgleich abzuliefern. Aus seiner Sicht solle die Regierung darauf hinwirken, dass die im Land eingefahrene Ernte auch der einheimischen Bevölkerung zugutekommen solle. Das Solidaritätsgefühl sei noch auf das eigene Land bezogen, ein Indiz für eine sich herauskristallisierende Landesidentität auf der Basis von Inklusion und Exklusion.

Bauknechts Überlegungen richteten sich auf eine rationale landwirtschaftliche Produktion zur sachlich-systemischen Verbesserung der Versorgung. Die Bauern, die er vertrat, seien von der neuen Getreidemarktordnung bedroht, die insbesondere kleine Bauern benachteilige. Die Einschränkung betreffe Betreiber von Viehwirtschaften, denen der begehrte Status als Selbstversorger im Bereich Getreide aberkannt werden solle, die Folge sei eine Herabstufung der Zuteilung an die Gruppe der Normalverbraucher. Aus seiner Sicht müsse dies zu einem wirtschaftlich unsinnigen Verhalten führen. Die Bauern würden gezwungen, unrentable Kleinstproduktionen aufrecht zu erhalten, damit ihnen weiter dieselben Zuteilungen gewährt würden. Ebenso äußerte er Kritik an einer Reihe von Maßnahmen, die sich gegen das Abfließen von Getreide in den Schwarzhandel richteten, für die Bauern aber zu Erschwernissen führten. Das Schließen von Schrotmühlen bewirkte nach seiner Darstellung nur, dass die kleinen Bauern kein Futterschrot mehr erhielten. Er wies auf weitere Unstimmigkeiten hin, die den Produzenten die Arbeit erschwerten, z. B. die reglementierte und reduzierte Versorgung der Hilfskräfte in der Landwirtschaft. Er zeigte damit auch auf, dass die bäuerlichen Betriebe auf diese saisonalen Hilfskräfte angewiesen waren. Als Ausgleich würden diese mit Lebensmitteln entlohnt, die sie mit nach Hause nehmen konnten. Dies sei zu einem Baustein in der Versorgung der Bevölkerung geworden.

Die Ablieferung von Heu dezimiere das Futter für die Viehwirtschaft, das erzeugte Obst sollte seiner Meinung nach im Lande bleiben. Bauknecht schilderte, dass dies in großer Menge in die Schweiz geliefert werden musste und vermutete, dass die Militärregierung damit Kompensationsgeschäfte durchführte. Das Vorgehen der Besitzer auf dem Viehmarkt kritisierte er. Bei den Ablieferungen würden die Tiere aus Sicht der Bauern zu schlecht klassifiziert. Die Folge davon seien überhöhte Ablieferungen und Schmälerung der Erlöse. Seine weiteren Ausführungen zielten auf die bessere Ausstattung der Landwirtschaft mit Arbeitskleidung und mit Landmaschinen. Da berichtet wurde, dass in der amerikanischen Zone Arbeitspferde geschlachtet worden waren, regte Bauknecht an, diese vorher aufzukaufen. Seine Überlegungen, Arbeitskräfte zu gewinnen, zeigten, dass dies nach wie vor ein Engpass in der Landwirtschaft war. Er appellierte an die Regierung, sich für die Freilassung der Kriegsgefangenen einzusetzen. Ein weiterer Gedanke war, junge Menschen zuerst zur Arbeit in der Landwirtschaft zu verpflichten, be-

vor sie „einen geistigen Beruf“ ausüben könnten.¹⁵⁹ Aus seiner Sicht waren dies durchweg geeignete Maßnahmen „um diese Hungerrationen wenigstens nicht um einen bedeutenden Teil, aber doch um so viel zu erhöhen, was in unserer Kraft liegt.“ Einige Beispiele zeigen die Beobachtungen Bauknechts, dass mit Versuchen die Versorgung zu verbessern, das Gegenteil erreicht und die Vulnerabilität erhöht wurde. Er selbst bringt viele Detailverbesserungen ein, um den Bauern Hindernisse aus dem Weg zu räumen, damit sie die Versorgung aufrechterhalten konnten. Alle Ebenen profitierten vom engen Austausch der Vertreter der Bauern und dem Landtag.

In besondere Not kamen die Hofbewohner, wenn französische Soldaten sich eigenmächtig und unrechtmäßig Produkte, zumeist Fleisch, aneignen wollten. Wiederholt wurde von dem Dilemma berichtet, in das die Bauern bei solchen Übergriffen geraten konnten. Sie waren der Einschüchterung durch französische Soldaten ebenso ausgesetzt, wie dem Vorgehen der französischen Behörden, die darauf hinwiesen, dass dies illegal und für alle Involvierten strafbar war. Nach der ersten Welle der unmittelbaren Entnahme nach dem Kriegsende hörte dies nicht auf, sondern verlagerte sich auch auf andere Bereiche der Nahrungsmittelverarbeitung, wie interne Schreiben zeigen. Am 14. November 1945 wies der Ernährungsreferent den Oberbürgermeister der Stadt Reutlingen darauf hin, dass ein Rundschreiben vom Mitglied der Militärregierung, Capitaine Schmitt, über ein neues Vorgehen eingegangen war. Französische Soldaten ließen ihr illegal angeeignetes Vieh nun nicht mehr in den Schlachthöfen verarbeiten, sondern suchten Metzger im Landkreis auf und zwangen sie, die Schlachtung vorzunehmen. Die Militärregierung wies darauf hin, dass dies sofort telefonisch gemeldet werden musste und verlangte: „Die Aufgabe der Metzger muss es sein, unter allen Umständen die Einheit nennen zu können, von der aus die Soldaten das zu schlachtende Stück Vieh antransportieren.“¹⁶⁰ Dies erwies sich als nicht realistisch und die Übergriffe der Soldaten setzten sich fort. Die Militärregierung blieb bemüht, das illegale und undisziplinierte Verhalten der Truppe einzudämmen. Die Schutzlosigkeit und Hilflosigkeit der Bauern wurde dadurch nicht grundlegend beseitigt.

Pferde waren wichtige Arbeitstiere in der Landwirtschaft, aber es herrschte Mangel an diesen Helfern, wie die Statistik des Viehbestands der 1940er Jahre zeigt.¹⁶¹ Während des Krieges hatte die Wehrmacht Pferde eingezogen, nach der Besetzung beanspruchte die französische Armee die Tiere. In der Summe entstand daraus eine Behinderung der landwirtschaftlichen Arbeit. Auf dem Land setzten sich immer wieder Bauern gegen die Entnahmen zur Wehr: „Am Freitag den 29.8. 1947 musste bei der Pferdeumsetzung Amtshilfe durch die Polizei dem Landrats-

¹⁵⁹ Dieses und das folgende Zitat: BAUKNECHT: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 7. Sitzung vom 01.10.1947, S. 99 und S. 100.

¹⁶⁰ Wirtschaftsreferat der Stadtverwaltung Reutlingen, 14.11.1945: Schreiben an Oberbürgermeister. StadtA Rt AdN 1687.

¹⁶¹ Vgl. die Statistik zum Viehbestand im Kapitel II. 1.2 Das französisch besetzte Gebiet von Württemberg und Hohenzollern 1945.

amt Münsingen geleistet werden.“¹⁶² Die Situation eskalierte und die Polizeibeamten wurden von dem betroffenen Landwirt, dem seine Brüder und Schwestern aus Aichelau zu Hilfe gekommen waren, beleidigt. Der Widerstand musste mit Gewalt gebrochen werden, der Vorgang wurde angezeigt. Der Verlust von Arbeitstieren war gravierend und die Bauern riskierten den Konflikt mit der staatlichen Macht. Mangel und Not bargen ein Konfliktpotenzial, das jederzeit aufbrechen und das friedliche Zusammenleben gefährden konnte. Dasselbe Polizeikommissariat musste auch in weiteren Angelegenheiten die außerordentliche Bedrohung der öffentlichen Ordnung durch Nahrungsmittelkriminalität feststellen. Im Bericht an das Innenministerium wurden allein im Kreis Münsingen im Juni und Juli 1947, also zur Zeit des Höhepunktes der Krise, 34 Diebstähle, mehrere Forstdiebstähle, Jagdfrevel, Raubüberfälle, Milchfälschungen und mehrere Schwarzschlachtungen gemeldet.¹⁶³ Man kann davon ausgehen, dass dies nur die Spitze des Eisbergs war. Die gesetzliche Ordnung geriet in der Notzeit in den Hintergrund der Wahrnehmung. Die Bauern konnten sich zwar als Selbstversorger zumeist angemessen ernähren, sie wurden aber nicht davon verschont, in anderer Weise Opfer und Akteure in der Hungerkrise zu werden.

2.5 Kommunale, kirchliche und internationale Solidarität und Hilfe für die Betroffenen im Alltag

Hilfe, die den Einzelnen erreichte, kam zuerst aus der unmittelbaren sozialen Umgebung aus der Familie oder Nachbarschaft oder ging von lokalen Einrichtungen aus. Individuelle Unterstützungen setzten bereits vor der Besetzung in engem Zusammenhang mit den Bombenangriffen ein. Von der Nachbarschaftshilfe für Ausgebombte berichtete bereits Friedrich Haubensak in seinen Aufzeichnungen (vgl. Kapitel III. 1.1). Der Reutlinger Chronist und Journalist Erich Graf berichtete für die unmittelbare Nachkriegszeit, dass Bauern der Umgebung Kinder aus der Stadt zur Erholung aufnahmen.¹⁶⁴ Dass solche Maßnahmen weitergeführt wurden, ergibt sich aus einem Beitrag von Landesdirektor Dr. Franz Weiß auf der Landrätetagung in Haigerloch am 7. Dezember 1946. Darin wurde gefordert, dass die bisher versorgten Kinder aus Berlin, die wieder zu Hause waren, durch einheimische ersetzt werden könnten, da „ein Kind an einem Bauertisch ohne große Belastung noch mitessen kann“.¹⁶⁵

Auch die Gemeinden wurden aktiv. Überregional bekannt wurde die „Reutlinger Spende“, die bereits am 3. Juni 1945 eingerichtet wurde. Die Bürger wurden zu

¹⁶² Landratsamt Münsingen: Bericht an das Innenministerium in Tübingen, 23.09.1947. StAS Wü 2 T 1 Nr. 1379.

¹⁶³ Vgl. Landratsamt Münsingen: Bericht an die Landesdirektion des Inneren in Tübingen. Berichte für die Monate Juni und Juli 1947. StAS Wü 2 T 1 Nr. 1379/033.

¹⁶⁴ Vgl. GRAF, Erich: Geschichte der Stadt Reutlingen 1945 bis 1960, 1970, S. 44. StadtA Rt Db 1256.

¹⁶⁵ Landrätetagung, Haigerloch, 07.12.1946, S. 47. StadtA Rt AdN 1957.

Spenden aufgerufen und es kamen bis zur Währungsreform 3,6 Millionen Reichsmark zusammen. Ein Schwerpunkt war die Unterstützung der „Fliegergeschädigten“, später wurden Heimatvertriebene einbezogen. Ein breites Angebot orientierte sich an den aktuellen Bedürfnissen. So wurden zwei orthopädische Werkstätten finanziert und von 20 Betrieben Möbel hergestellt, die vom „Reutlinger Hilfswerk“ verteilt wurden.¹⁶⁶

Eine Besonderheit der Stadt war ebenfalls der Reutlinger Tauschring, in den auch Geschäfte integriert waren.¹⁶⁷ Die Idee war, Waren abzugeben und sie schätzen zu lassen und in einem der Geschäfte ein Produkt im gleichen Gegenwert zu erhalten. Dies konnte auch als Initiative verstanden werden, eine legale Alternative zum Schwarzmarkt anzubieten.

Den Mangel erlebte die Bevölkerung unmittelbar im Alltag. Manche Kommunen unterstützten besonders Bedürftige, um diesen Mangel auszugleichen. Untersuchungen der Reutlinger Schüler hatten ergeben, dass die 7- bis 14-Jährigen deutlich unterernährt waren. Für sie wurde deshalb eine städtische Schülerspeisung eingerichtet, mit der noch 1946 950 Schülerinnen und Schüler versorgt werden konnten, sie erhielten pro Mahlzeit 50g Brot und ¼ Liter Magermilch. Auch die Untersuchungen in den weiterführenden Schulen zeigten das gleiche Ergebnis, so dass der Gemeinderat beschloss, dies auch in den höheren Schulen durchzuführen. In der Bizone, die 1947 aus dem Zusammenschluss der amerikanischen und englischen Zone entstand, wurde die Hoover-Speisung eingeführt. Der ehemalige amerikanische Präsident hatte nach einer Europareise eine Speisung auch der Kinder im Nachkriegsdeutschland angeregt. Er hatte sich davon überzeugt, dass besonders den Kindern geholfen werden musste. Ab 1949 wurde z. B. auch die Reutlinger Schülerspeisung von dieser Stiftung übernommen. Täglich wurden in Reutlingen 6700 Portionen ausgegeben. Ebenfalls im Jahr 1946 hatte das Reutlinger Sozialamt eine Volksküche für Bedürftige im Gymnasium (heute Friedrich-List-Gymnasium) eingerichtet. Attraktiv war dabei, dass dafür keine Marken abgegeben werden mussten. Auf dem Höhepunkt der Krise im Jahr 1947 stieg die Zahl auf über 1200 Essensausgaben pro Tag. Im Januar wurde berichtet, dass den sich häufenden Anträgen „auf Einreihung in die Volksküchenverpflegung“¹⁶⁸ nicht annähernd entsprochen werden konnte. Im August 1947 waren in Reutlingen bereits 267 155 Essen seit Bestehen der Volksküche verteilt worden.¹⁶⁹

Hilfe erforderte immer auch Engagement und Kreativität, ein Ort dafür waren die christlichen Gemeinden. An vielen Orten entstanden Initiativen, Lebensmittel zu sammeln und zu verteilen. Davon berichtete Pfarrer Streitberger, der Mitglieder

¹⁶⁶ Vgl. BORTH, Wilhelm/BREYVOGEL, Bernd/JUNG, Wolfgang: Reutlingen. Vergangenheit trifft Zukunft: von der Reichsstadtherlichkeit zur selbstbewussten Großstadt. Reutlingen 2013, S. 212.

¹⁶⁷ Vgl. Der Reutlinger Tauschring: Schwäbisches Tagblatt vom 04.10.1946.

¹⁶⁸ Landratsamt Reutlingen: Monatsbericht, Januar 1947, Blatt 13. StadtA Rt AdN 93.

¹⁶⁹ Vgl. 267 155 Essen in zwölf Monaten verabreicht. In: Schwäbisches Tagblatt vom 08.08.1947.

der evangelischen Kirche aus seinem Umfeld und die Hilfe der Stadtverwaltung einbeziehen konnte.¹⁷⁰ Mit Geldmitteln und Lastwagen für den Transport konnte das evangelische Hilfswerk ab 1945 Lebensmittel heranholen. Streitberger hob hervor, dass die Verteilung insbesondere ein Betätigungsfeld für die Pfarrersfrauen und die ihnen zur Seite stehenden Frauen aus dem Gemeindedienst wurde. In größerem Rahmen arbeitete das „Hilfswerk der evangelischen Landeskirchen“¹⁷¹, das eigentlich seinen Sitz in Stuttgart hatte, aber Zweigstellen in vielen südwürttembergischen Orten unterhielt. Man betrieb Kindererholungsheime und eine besondere Aufgabe wurde in der Verteilung von Liebesgaben aus dem Ausland gesehen, damit wurden Spenden bezeichnet. Diese „Notsorge“¹⁷² griff auf Pakete aus Nord- und Südamerika, Südafrika, der Schweiz und weitere Länder zurück, um sie gerecht an Flüchtlinge, Heimkehrer, Kranke und besonders Notleidende weiterzugeben. Das Hilfswerk stand „in ständiger brüderlicher Verbindung mit der katholischen Caritas, dem Roten Kreuz und dem Wohlfahrtsbund“. Viele Hilfen griffen ineinander, um die Not zu lindern und die Krise zu überbrücken. Auch die französische Militärregierung unterstützte mit Spenden.

Die internationale Öffentlichkeit begann, die hungernden Kinder in Deutschland wahrzunehmen und es wurden Spenden organisiert. Die erste Unterstützung kam aus Irland durch Lebensmittelpakete. Aus der Schweiz gingen insbesondere in Ravensburg und den anderen oberschwäbischen Regionen Hilfen ein. In den anderen Kreisen blieben besonders die CARE-Pakete in Erinnerung. Sie bildeten einen Teil der Hilfslieferungen, die von verschiedenen amerikanischen Institutionen geleistet wurden. Die Unterstützung begann, nachdem im Winter 1945/46 eine Kommission aus Vertretern von Wohlfahrtsverbänden Europa bereist und einen Bericht vorgelegt hatten. CARE (Cooperative for American Remittances to Europe)¹⁷³, eine der beiden großen Organisationen wurde zum Symbol der Hilfe. Weitere Hilfe kam von Einzelnen in aufopferungsvollen Aktionen. Ein Bericht liegt in ausgiebiger Dokumentation der Briefe des Quäkers Joel Carl Welty vor, der einige Zeit in den Jahren 1946 und 1947 in der französischen Zone verbrachte und seine Briefe an seine Frau in den USA 1993 unter dem Titel „Das Hungerjahr in der französischen Zone des geteilten Deutschland 1946–1947“ veröffentlichte.¹⁷⁴ Im August 1947

¹⁷⁰ Vgl. Erinnerungen von Hermann STREITBERGER: Aus meinem Leben. Maschinengeschriebenes Manuskript, 25.10.1958. Kopie im Stadtarchiv Reutlingen, Original bei Fritz Streitberger. StadtA Rt S 205 Nr. 25.

¹⁷¹ Vgl. MERZ, Dietmar: Das Evangelische Hilfswerk in Württemberg von 1945 bis 1950. Epfendorf 2002.

¹⁷² Dieses und das folgende Zitat: Südkurier vom 10.2.1948. Zitiert nach KLESSMANN, Christoph/WAGNER, Georg (Hgg.): Das gespaltene Land, 1993, S. 111.

¹⁷³ Vgl. ROTHENBERGER, Karl-Heinz: Die Hunger-Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, 1980, S. 163.

¹⁷⁴ WELTY, Joel Carl: Das Hungerjahr in der Französischen Zone des geteilten Deutschland; 1946–1947. Herausg. von Karl WERNECKE. Koblenz 1995.

konnte das „Schwäbische Tagblatt“ titeln: „Schon 100 000 Carepakete verteilt“.¹⁷⁵ Der Umfang bezog sich auf die ganze französische Zone, in Südwürttemberg wurde in über vier Stationen ausgeteilt: Ebgingen, Friedrichshafen, Reutlingen und Schwenningen. In dem Zeitungsartikel wurde darauf hingewiesen, dass die Organisation keine Gewinne mache und 28 Hilfsorganisationen vereine. Der amerikanische Vertreter Mr. Gerber antwortete auf die Frage, wie lange diese Hilfe gewährt werde: Solange die Europäer sie bräuchten. Aussagen dieser Art waren Hoffnungsschimmer im Jahr 1947.

Der Reutlinger Journalist Erich Graf gab Hinweise, wie man die Begünstigten erkennen könne. „Gegen Ende des Jahres konnte man nach dem Aussehen und der Gesichtsfarbe der Menschen drei Kategorien von Typen unterscheiden. Solche die nur von zugewiesenen Kalorien und Kartoffeln sich ernährten (was man für eine Familie von 4 Personen für die ganze Woche an Lebensmitteln kaufen konnte, war mit 10 RM reichlich bezahlt). Die zweite Gruppe setzte sich aus Bewohnern zusammen, die organisieren und tauschen konnten. Da sich viele Besitzer von Hühnern bei den vorgeschriebenen Kontrollen ‚verzählten‘ waren stets Eier übrig, das Stück zwischen drei und fünf RM. Ein halbes Pfund Butter kam auf 50 RM und ein gut gefütterter Stallhase auf 40 RM. Die dritte Gruppe gehörte aber zu denjenigen, die aus USA „gift“-Pakete erhielten. Es war kein Gift in den eingenahten Kartons, sondern hochwertige Lebensmittel und viel Kaffee.“¹⁷⁶ Dahinter stand ein Perspektivwechsel der Weltöffentlichkeit auf Deutschland. Man begann, die Not nicht mehr als gerechte Strafe für den Zweiten Weltkrieg zu sehen, sondern als humanitären Skandal, der insbesondere nicht auf Kosten der Kinder gehen sollte.

2.6 Arbeiter und Wirtschaft

Es waren vor allem die Arbeiter, die unter dem Mangel an Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs litten. Württemberg-Hohenzollern gehörte zwar nicht zu den industriell dominierten Zentren, aber ein erheblicher Teil der Bevölkerung lebte von der gewerblichen und industriellen Arbeit. Unter den männlichen Personen wurden 1946 34,5 Prozent als Arbeiter und unter weiblichen Personen 23,1 Prozent als Arbeiterinnen gezählt.¹⁷⁷ Die Arbeiter verteilten sich auf regionale Industrieschwerpunkte, dazu konnte man z. B. die Orte Schwenningen, Tuttlingen, Rottweil, Reutlingen und Friedrichshafen zählen. Wie bewältigte diese Gruppe die Hungerkrise? Die Situation war zuerst geprägt von den Arbeitsmöglichkeiten. Nach den Zerstörungen des Krieges wurde versucht, die Fabriken wieder instandzusetzen. Das System der Rüstungsproduktion war zusammengebrochen und es

¹⁷⁵ H.H.: Schon über 100 000 Carepakete verteilt. Zu Besuch in der Zentralstelle dieser humanitären Organisation. Freiburg, im August. In: Schwäbisches Tagblatt vom 19. August 1947, S. 3.

¹⁷⁶ GRAF, Erich: Geschichte der Stadt Reutlingen 1945–1960, 1970, S. 91. StadtA Rt Db 1256.

¹⁷⁷ Vgl. Das Berufsleben in Württemberg und Hohenzollern (franz. Besatzungszone) zu Anfang des Jahres 1946. In: Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1946, Heft 2, S. 26f.

begannen die Versuche, auf Friedensproduktion umzustellen. Der zentrale Auftraggeber wurde die Militärregierung, die die Koordination in vielen Fällen der regionalen Industrie- und Handelskammer übertrug. Dies war häufig die einzige Möglichkeit, Rohstoffe zu bekommen. An vielen Betrieben lässt sich zeigen, wie die Produktion von Kriegswaren, wie z. B. Granatpackungen oder Wehrmachtsbekleidung in Reutlingen oder Fahrzeugketten und Panzer in Friedrichshafen aufgegeben wurde. Neu hergestellt wurden z. B. Textilien für die französische Heeresverwaltung. Im Oktober 1945 hatte die Hälfte der 280 Firmen im Kreis Reutlingen die Arbeit wiederaufgenommen.¹⁷⁸ Für die Arbeiter bedeutete dies ein Einkommen. Der Markt wurde damit allerdings nicht mit Gebrauchsgütern versorgt.

Das Ernährungssystem der industrialisierten Gesellschaft war auf Arbeitsteilung und freien Austausch der Produkte aufgebaut. Die meist arbeitsintensiv produzierten Güter Südwürttembergs sollten auf dem Markt hinreichend Erlöse erzielen, um die Arbeiter mit adäquaten Löhnen für den Erwerb von Nahrungsmitteln auszustatten. Dies war die Grundlage ihrer materiellen Existenzsicherung. Im nationalsozialistischen Wirtschaftssystem wurde diese Verknüpfung bereits außer Kraft gesetzt, die Produktion verfolgte nicht mehr das Ziel des internationalen Warenaustausches und des Exports, sondern war fast ausschließlich an die Aufrüstung gebunden. Die Finanzierungspraktik, Geld zu drucken, sorgte für eine galoppierende Inflation, die dirigistisch durch die Festsetzung von Preisen und Löhnen verschleiert wurde. Das Ungleichgewicht zwischen Geld- und Warenmenge, den 300 Milliarden Reichsmark stand kaum ein Warenangebot gegenüber,¹⁷⁹ bestand nach dem Krieg weiter, deshalb wurde das Preis- und Lohndiktat von der Besatzungsmacht beibehalten, um für die Arbeitenden die Versorgung aufrechterhalten zu können. Für die Existenzsicherung der gewerblich und industriell Beschäftigten wurden die Produktion und die daraus resultierenden Einkommen lebensnotwendig, denn auch die zuteilten Rationen mussten von ihnen bezahlt werden.

Die Arbeiter stellten einen wichtigen Teil der Bevölkerung in einigen Städten dar, bezogen auf das ganze Land waren die Akzente in anderer Weise verteilt. Das Spektrum der Bevölkerungsstruktur des Landes zeigte 1946 wie auch 1939 und 1950 einen Verteilungsschwerpunkt auf ländliche Gemeinden: Ca. 50 Prozent lebten in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern.¹⁸⁰ Nach den Daten des Statistischen Landesamtes war von 1939 bis 1946 zuerst eine Abnahme zu verzeichnen, dann ein leichter Anstieg der Bevölkerungszahl, der aber nicht auf Geburtenüberschuss, sondern auf Zuwanderung aus nördlicheren Regionen und aus Flüchtlingen bestand. In Reutlingen vermerkte der Bericht an die Militärregierung für den Janu-

¹⁷⁸ Vgl. TIMM, Elisabeth: Von der Produktion für die Besatzungsmacht zum „Wohlstand für Alle“: Die Reutlinger Wirtschaft von 1945 bis 1950. In: Stadt Reutlingen (Hg.): Reutlingen 1930–1950, 1995, S. 410–453, hier S. 411.

¹⁷⁹ Vgl. BENZ, Wolfgang: Währungsreform. In: DERS. (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, 1999, S. 190–194, hier S. 190.

¹⁸⁰ Vgl. Gemeindetabellen. Fläche und Wohnbevölkerung der Gemeinden in Württemberg Hohenzollern 1946 und 1939. In: Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1947, S. 86–124.

ar 1947 die Ankunft der ersten größeren Gruppe von 118 Ausgewiesenen aus Dänemark.¹⁸¹ Aufgeführt wurden sie unter der Rubrik „Arbeitsmarkt“ mit dem Hinweis, sie seien arbeitsfreudig. In ländlichen Gebieten bewirkte die enge Verbindung von landwirtschaftlichem Nebenerwerb und industrieller Lohnarbeit für einige Zeit eine gewisse Krisenfestigkeit, den Einschätzungen der örtlichen Stellen und des Staatssekretariats folgend sollte dies jedoch auch nicht überschätzt werden.¹⁸² Probleme bereiteten die Kreise mit stärkerer Bevölkerungsdichte. 1946 lebten pro Quadratkilometer im Kreis Reutlingen 234,4 Einwohner, in Tettngang (Friedrichshafen) 200,7 und in Tübingen 174,5 Personen. Die gering bevölkerten Kreise waren Münsingen (47,8), Sigmaringen (49,4) und Ehingen (64,2). Der Kreis Ravensburg nahm eine Mittelstellung ein (108,2). Die dicht bevölkerten Kreise enthielten die industriell geprägten Städte Reutlingen, Friedrichshafen, Tuttlingen, Schwenningen, Schramberg und in geringerem Maße Tübingen. Hier konzentrierten sich die lohnabhängig Beschäftigten, die den Versorgungsproblemen besonders ausgesetzt waren. Damit sind einige Verschiebungen zu erklären, die Zahl der Industriebeschäftigten ging zurück und in gleichem Maße nahmen die Zahlen der in der Landwirtschaft Beschäftigten zu.¹⁸³ Dies zeigte sich auch in der Zahl der selbstständig Beschäftigten, die landesweit überwog und darauf hindeutet, dass ein größerer Teil der Beschäftigten in landwirtschaftlichen Betrieben angesiedelt war (39,8 Prozent der männlichen Erwerbstätigen gegenüber 34,4 Prozent Arbeitern). Arbeiter und Angestellte überwogen bei den Beschäftigten in den Städten Tuttlingen (55,5 Prozent – 41,7 Prozent), Reutlingen (55,7 Prozent – 52,7 Prozent) und Rottweil (55,1 Prozent – 41,7 Prozent).¹⁸⁴ Die Industriestruktur wies eine Dominanz der klein- und mittelständischen Betriebe auf. Ein großer Anteil entfiel auf Textil und Bekleidung, Maschinenbau und andere Metallverarbeitung. Die Produktion war in einigen Städten sehr spezialisiert, Beispiele waren Uhren, chirurgische Instrumente, Musikinstrumente, Turbinen usw. Diese Bereiche benötigten den Import von bestimmten Rohstoffen, die nun weitgehend ausblieben. Trotz reduzierter Produktion herrschte Arbeitskräftemangel, die durchweg niedere Arbeitslosenquote bewegte sich bis 1948 um ca. 1–2 Prozent, die Nachfrage nach der Arbeit in den Betrieben war gering.¹⁸⁵

¹⁸¹ Vgl. Landratsamt Reutlingen: Monatsbericht, Januar 1947, Blatt 11. StadtA Rt AdN 93.

¹⁸² Vgl. Carlo Schmid relativierte den Beitrag dieser Kleinlandwirtschaften zu der Ernährung stark in seinem Referat bei der Landrätetagung in Biberach am 03.08.1946. StadtA Rt AdN 1957. Er wies dagegen darauf hin, dass die städtische Bevölkerung im Sommer 1946 größtenteils hungerte.

¹⁸³ Vgl. HECKER, Wolfgang: Der Gewerkschaftsbund Süd-Württemberg-Hohenzollern. Zur Gewerkschaftsbewegung in der französischen Besatzungszone 1945–1949, Marburg 1988, S. 31.

¹⁸⁴ Vgl. HECKER, Wolfgang: Der Gewerkschaftsbund Süd-Württemberg-Hohenzollern, 1988, S. 35.

¹⁸⁵ Vgl. den Arbeitsmarkt in Württemberg-Hohenzollern (ohne Lindau) in den Jahren 1946 und 1947. In: Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1947, S. 202.

2.6.1 Wirtschaftliche Entwicklung und Lebenswirklichkeit der Arbeiter nach dem Kriegsende

Während der Besetzung ruhte die Arbeit. Danach begannen die Fabriken mit Aufräumarbeiten, Zugangswege mussten wiederhergestellt werden, z.T. wurden die zuvor wegen der Umstellung auf Kriegswirtschaft ausrangierten Maschinen und Werkzeuge wieder installiert. In der Reutlinger Firma Gminder wurden z.B. ausgelagerte Maschinen wiederaufgebaut. Ende Mai 1945 konnten Textilfirmen in Reutlingen die Arbeit für die französische Heeresverwaltung wieder aufnehmen. Die zuvor näher an der Rüstungsproduktion arbeitende metallverarbeitende Produktion musste sich mit neuen Produkten auf die neuen Verhältnisse einstellen und begann entsprechend verzögert erst im Winter 1945. Die Probleme der Infrastruktur standen einer geordneten Produktion im Weg, wie z.B. häufige Stromausfälle oder nicht funktionierende Telefonsysteme. Die Wiederaufnahme des alltäglichen Lebens wurde durch die zerstörten Verbindungs- und Transportmöglichkeiten behindert. Lastwagen waren in den letzten Kriegstagen für den Volkssturm eingezogen worden und lagen nun zerschossen an Straßenrändern auf der Albhochfläche. Der kommissarische Oberbürgermeister Kalbfell berichtete in den Besprechungen der Verwaltung von den ersten gelungenen Instandsetzungen, die auch zum Transport der Nahrungsmittel notwendig geworden waren.¹⁸⁶

Die industrielle Produktion konzentrierte sich auf Zentren, die im Nordwesten lagen und vor dem Kriegsende an das nordwürttembergische industrielle Ballungszentrum angeschlossen war. Die Zentren Reutlingen, Tübingen, einige Orte um Rottweil und Tuttlingen und schließlich Friedrichshafen mit Großbetrieben hatten sich spezialisiert und waren deshalb auf den Kontakt mit den anderen Produktionsstufen und den Abnehmern angewiesen. Im ganzen Land herrschte bis 1948 Arbeitskräftemangel.¹⁸⁷ Die Wirtschaft kam nur langsam in Gang, wie sich am Beispiel Reutlingen zeigen lässt. Ende 1945 betrug die Produktion zehn Prozent des Vorkriegsniveaus bei einem Wert von drei Millionen Reichsmark, dies stieg an bis 1948 auf elf Millionen Reichsmark. Die Zahl der Beschäftigten betrug vor dem Krieg ca. 29 000, in den ersten Nachkriegsmonaten 7 000 und stieg dann bis zum April 1948 auf 18 000¹⁸⁸. Die Arbeiter litten stark unter der Unterernährung, da sie Leistung erbringen sollten. Bald erschienen in den Berichten an die Militärregie-

¹⁸⁶ Vgl. KALBFELL, Oskar: Ansprache bei einer Besprechung betreffend Ernährungsfragen, 24.04.45. StadtA Rt AdN 2a.

¹⁸⁷ Vgl. HECKER, Wolfgang: Der Gewerkschaftsbund Süd-Württemberg-Hohenzollern, 1988, S. 33.

¹⁸⁸ Die Zahlen für Reutlingen werden aufgeführt in den Kapiteln „Arbeitsmarkt“ in den Monatsberichten. Landratsamt Reutlingen: Monatsbericht, 24. Oktober 1945–8. September 1949. StadtA Rt AdN 93–97. Die Werte für das Land finden sich in verschiedenen Berichten in den Statistischen Jahreshften: Der Arbeitsmarkt in Württemberg-Hohenzollern in den Jahren 1946 und 1947. In: Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1947, S. 202–206. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Württemberg-Hohenzollern vor und nach der Währungsreform. In: Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1948, S. 126–131.

rung die Hinweise, dass die Erfüllung der Anforderungen bei der herrschenden körperlichen Schwäche nicht zu erwarten sei. Gerade die männlichen Arbeiter der mittleren Jahrgänge waren stark dezimiert durch den Krieg oder die Gefangenschaft. Die rückkehrenden Kriegsgefangenen waren ausgezehrt, die Kriegsversehrten nur bedingt einsetzbar. Ab 1. September 1945 übernahmen die französischen Behörden durch die Verfügung Nr. 5 die Kontrolle über das Wirtschaftsleben. Dadurch konnte die Produktion auch offiziell wieder aufgenommen werden und die Bewirtschaftung wurde durch Zuteilung von Rohstoffen und Herstellung zu meist für französische Bedürfnisse wieder reguliert. Für die Arbeiter bedeutete dies, dass sie wieder Lohn erhielten, den sie benötigten, um auch die knappen Lebensmittelzuteilungen bezahlen zu können.

Auch an anderen Orten konnte man gleichartige Entwicklungen feststellen. In Friedrichshafen mussten die enormen Zerstörungen kompensiert werden, die Initiativen erhielten besondere Bedeutung bei der Sicherung von Produktionskapazitäten.¹⁸⁹ Der Wiederaufbau der Zahnradfabrik Friedrichshafen erfolgte ab Mai 1945.¹⁹⁰ Die Kommandantur hatte die ersten Arbeitsgenehmigungen ausgestellt und ehemalige Arbeiter konnten mit den Aufräumarbeiten der zerstörten Friedrichshafener Fabrik beginnen, ihr Lohn wurde aus Rücklagen bezahlt. Zunächst wurde die Produktion umgestellt auf Landmaschinengetriebe, was von der örtlichen Militärregierung genehmigt wurde. Im Herbst wurde ein Betriebsrat gewählt, der durch seine antifaschistische Haltung auch das Vertrauen der aufeinander folgenden Kreisgouverneure erhielt. Dies trug dazu bei, Maschinenentnahmen abzuwenden. Dies zeigt, welche entscheidende Rolle die Besatzungsoffiziere vor Ort einnahmen. In diesem Fall nutzte Kreisgouverneur Ulmer seinen Spielraum zum Einsatz für die Interessen der örtlichen Arbeitnehmer. Dies lag ihm vermutlich auch deshalb nahe, weil er als „gesinnungsmäßig ‚linkes‘ Résistancemitglied der Arbeiterbewegung aufgeschlossen gegenüber“¹⁹¹ war. Er empfahl den Betriebsräten, das Werk selbst zu übernehmen. Sie zögerten, da ihnen nach eigener Einschätzung die notwendigen Kenntnisse fehlten.¹⁹² Signifikant war, dass die Sicherung der Produktionsstätten mit dem Wunsch nach strukturellen Veränderungen einherging. In der ersten Nachkriegszeit waren dies unter anderem sozialistische Ansätze, eine grundlegende Entscheidung war hierüber noch nicht gefallen. Es gelang langfristig, alle vier großen Werke – Dornier, Zeppelin, Maybach und die Zahnradfabrik – zu sichern. In teilweise veränderten Gesellschaftsformen produzieren sie noch heute.

¹⁸⁹ Vgl. HÄFFNER, Michaela: Nachkriegszeit in Südwürttemberg, 1999, S. 82–84.

¹⁹⁰ Zahnradfabrik Friedrichshafen, im Krieg wurden hier Rüstungsgüter hergestellt.

¹⁹¹ RIEMER, Hendrik: Gewerkschaftlicher Wiederaufbau in Friedrichshafen, 1945–1948. Gewerkschaftliche Entwicklung unter Berücksichtigung kommunaler Aspekte. Friedrichshafen 1985, S. 170.

¹⁹² Dies äußerte Hermann Metzger, ab 1946 Betriebsratsvorsitzender, in einem Interview am 19.04.1985. Berichtet wird dies bei RIEMER, Hendrik: Gewerkschaftlicher Wiederaufbau in Friedrichshafen, 1945–1948, 1985, S. 171.

Exemplarisch wurden die Lebensbedingungen in einem industriell orientierten Landkreis vom Vertreter des Landkreises Tuttlingen verdeutlicht, die Tagung fand in Trossingen statt.¹⁹³ Regierungsassessor Lehmann stellte die ungünstigen Bedingungen für den Landbau dar. Danach war das Klima am ungünstigsten in ganz Südwürttemberg. Der Boden wurde als karg und die Vegetationszeit als kurz beschrieben. Die Flächen konnten deshalb weitgehend nur als Wiesen und Weiden genutzt werden. Für den Erwerb des Lebensunterhalts bedeutete dies, dass nur 23,5 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeiteten, 58 Prozent in der Industrie, Handwerk und Handel. Die Versorgungsstatistik wies nur 13 000 Selbstversorger gegenüber 35 000 Normalverbrauchern auf, dazu kamen 7 800 Teilselbstversorger. Für den Landkreis Tuttlingen bedeutete dies einen überproportionalen Umfang an amtlichen Zuteilungen, die Betroffenen waren dem Risiko des Nahrungsmittelmangels ausgesetzt. Die Menschen dieser Regionen mussten weitgehend von der Industrie leben. Führend waren Produzenten von hochspezialisierten chirurgischen Instrumenten, die Musikinstrumentenherstellung (Hohner in Trossingen), die Möbelindustrie und die Uhrenherstellung. Es handelte sich weitgehend um Produkte mit einem weitgestreuten Absatzmarkt. Die Fabriken konnten ihren Verkauf nicht selbst vornehmen, dies war den französischen Stellen vorbehalten, die die Lieferungen und den Erlös kontrollierten. Alle Fabrikationen litten zusätzlich unter den Maschinenentnahmen. Es ist leicht nachzuvollziehen, dass unter diesen Bedingungen gerade die Gruppe der Arbeiter am meisten zu leiden hatte und auf Grund der natürlichen Voraussetzungen wenig Möglichkeiten zur Kompensation des Nahrungsmittelmangels zur Hand hatten.

Die Rahmenbedingungen für die Arbeitswelt, die sich ab September 1945 überregional durch die Auswertung der Tageszeitungen erheben lassen, spiegeln die Bedürfnisse der Zeit. Im Winter 1945/46 setzten die Berichte an die Militärregierung ein und ergänzten die Informationen. Die Berichte aus der Wirtschaft waren auf der letzten Seite des „Schwäbischen Tagblattes“ zu finden und bezogen sich auf das ganze Land, zum Teil auch auf die anderen Zonen. Die guten Nachrichten kamen zumeist aus der amerikanischen Zone. Die Berichte und Anzeigen vermittelten die Bedürfnisse der Wirtschaft. Dies zeigte exemplarisch ein Blick in das ab 21. September 1945 in Tübingen erscheinende „Schwäbische Tagblatt“. Auf der ersten Seite wurden von der Redaktion die zentralen Probleme angesprochen: „[...] das Wirtschaftsleben erstickt – wo man hinsieht, Hilflosigkeit, Not und Sorgen.“¹⁹⁴ Der Bericht aus der Wirtschaft und die Anzeigen legten den Mangel offen. Unter dem Titel „Aus unserer Wirtschaft“ wurde der Mangel an den für den Wiederaufbau notwendigen Bauhandwerkern und landwirtschaftlichen Arbeitern aufgeführt. Die kaufmännischen Berufe waren nicht gefragt, dies bildete sich auch in den Suchanzeigen im Wirtschaftsteil ab. Bereits die erste Ausgabe verzeichnete

¹⁹³ Vgl. Landrätetagung, Trossingen, 15.03.1947, S. 4 f. StadtA Rt AdN 1957.

¹⁹⁴ FORDERER, J./HEBSACKER, Will Hanns/WERNER, Hermann: Vor neuen Aufgaben. In: Schwäbisches Tagblatt vom 21.9.1945. S. 1.

26 Anzeigen mit der Suche nach Arbeitskräften und nur drei, die selbst Arbeit suchten.¹⁹⁵ Die Zahlen stiegen in den folgenden Ausgaben, das Verhältnis blieb für einige Zeit gleich. Einige Tübinger Betriebe, die nicht auf Kriegswirtschaft umgestellt worden waren, meldeten in der folgenden Zeit, dass eine Friedensbelegschaft von 30 Prozent wieder arbeite. Als nachteilig für die Produktion berichtete die Zeitung von der Unsicherheit der Währung und von beginnenden Demontagen. Beides trug zur Verunsicherung bei.

Informationen erhielten die Leser durch die Auswertung internationaler Zeitungen von Redakteuren des „Schwäbischen Tagblattes“. Der „Manchester Guardian“ vom 9. Oktober 1945 sah demnach das Hauptinteresse der französischen Besatzung an der Kohleförderung im Saarland, deren Erträge für die Stahlproduktion in Lothringen gebraucht wurden. Prekär wurde dies durch die angespannte Lebensmittellage im Saarland, die durch Lieferungen aus anderen Landesteilen der französischen Zone ausgeglichen werden sollte. In Frage kam dafür insbesondere das Land Württemberg-Hohenzollern.¹⁹⁶ Der Beginn der Holzeinschläge im Schwarzwald verdeutlichte den Wert Südwürttembergs für die Besatzungsmacht.¹⁹⁷

Der nicht geringe Bedarf im Land musste anderweitig gedeckt werden. In einer Großaktion unternahm z. B. die Reutlinger Stadtverwaltung eine landesweit vielbeachtete Holzaktion. Es wurde nach Vereinbarungen Holz auf der Alb gefällt und in die Stadt transportiert. „5 000 Männer aus allen Schichten der Bevölkerung“ konnten auf das Ergebnis von 2 000 Raummetern blicken, die nun verteilt werden konnten.¹⁹⁸ Der Berichterstatter verband damit die Hoffnung, dass im kommenden Winter niemand frieren müsse. Auch die allgemeine Regenerationsfähigkeit werde durch Umstellungen in der Produktion gestärkt: „Die großen deutschen Flugzeugfabriken wie ‚Dornier‘, ‚Messerschmitt‘ und ‚Lufthansa‘ haben ihre Produktion umgeschaltet und stellen jetzt Nähmaschinen, Küchengeschirr aus Aluminium und Möbel her.“¹⁹⁹

Eine angemessene Haltung zu den „Displaced Persons“ musste unter den neuen Bedingungen von den Arbeitskolleginnen und -kollegen unter schwierigen Bedingungen neu entwickelt werden. Die Anwesenheit der Zwangsarbeiter und ihr Arbeitseinsatz ging auf gewaltsames und rechtswidriges Verhalten der deutschen Regierung zurück. In der Nachkriegszeit wurden sie zu privilegierten Nahrungskonkurrenten und in der Wirtschaft nahmen sie einen ungeklärten Status ein. Das

¹⁹⁵ Vgl. SCHWENGER, A.: Handwerkliche Kräfte stark gefragt. Und Anzeigen. In: Schwäbisches Tagblatt vom 21.9.1945, S. 4.

¹⁹⁶ Vgl. Die wirtschaftliche Lage in unserer Besatzungszone. In: Schwäbisches Tagblatt vom 09.10.1945, S. 3.

¹⁹⁷ Vgl. Große Anfrage des Abgeordneten Bäßler bezüglich der immer rascher fortschreitenden Abholzung der Wälder: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 24. Sitzung vom 28.04.1947.

¹⁹⁸ Landräte Süd-Württembergs tagten in Wangen. In: Schwäbisches Tagblatt vom 11.11.1945, S. 3.

¹⁹⁹ Aus dem Wirtschaftsleben. Betriebe stellen um. In: Schwäbisches Tagblatt vom 16.10.1945, S. 4.

erzeugte Reibungsflächen und Konflikte, die regelmäßig aufflammten. Bauern, Mitglieder der Verwaltung und Landräte berichteten, dass „Displaced Persons“ gewaltsam Nahrungsmittel und andere Güter forderten und sich aneigneten. Die Aussage von Landrat Krauß steht stellvertretend für viele Beschwerden: „Polen! Klagen über Diebstähle usw. sind in allen Kreisen gleich.“²⁰⁰ Die Besatzungsbehörden stellten sich gegen das unrechtmäßige Verhalten, bezeugt ist dies dennoch für viele Monate nach der Besetzung. Die Folge waren Spannungen mit der Bevölkerung.

Den als „Displaced Persons“ geführten Menschen stand es nun frei, in ihre Heimatländer zurückzukehren. Viele nahmen das allerdings nicht wahr. Häufig suchten die „Displaced Persons“ die Möglichkeit zur Auswanderung, die sie der Repatriierung vorzogen. Um diese Gruppe kümmerte sich ab 1946 die IRO (International Refugee Organisation), die die UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration) ablöste. In der ersten Zeit war die Verpflegung und deren Zuständigkeit unklar, das führte deshalb zu Kontroversen über die Zuständigkeit zwischen Betrieben und der Gemeinde. Am 16. Mai 1945 schrieb die Firma Emil Adolff aus Reutlingen an den kommissarischen Oberbürgermeister: „Auch bezüglich der Verpflegung einer solchen großen Anzahl von Leuten stehen wir großen Schwierigkeiten gegenüber. Wir erhalten wohl Bezugsscheine, aber nicht in allen Fällen die darauf verzeichneten Waren selbst. Außerdem können wir nicht so viel Gemüse und Nahrungsmittel usw. auftreiben. Dampf für die Werkküche steht uns noch für ca. 8 Tage zur Verfügung. Die ganze Verpflegung ist dann sowieso in Frage gestellt.“²⁰¹

Diese Nachricht aus der Arbeitswelt zeigt, wie prekär die Versorgungslage war und wie sie zusätzlich durch die Anwesenheit weiterer Gruppen verschärft wurde. Ein Brief der Industrie- und Handelskammer vom 7. Juni 1945 weist darauf hin, dass die Lage dadurch schwierig wurde, dass die „Displaced Persons“ Forderungen erhoben und schriftliche Anweisungen russischer Offiziere dazu vorlegten.²⁰² Auch die Finanzierung und Kompetenzverteilung zwischen Firmen und Gemeindeverwaltung auf deutscher Seite waren strittig. Angesichts des Mangels blieb die Versorgung häufig ungeklärt und die Betroffenen griffen zur Selbsthilfe, d. h. Nahrungsmitteldiebstahl nahm zu. Die deutschen Stellen und die Bevölkerung standen diesem Verhalten häufig hilflos gegenüber, Beschwerden bei der Besatzungsmacht schufen nur zum Teil Abhilfe. Die Landräte berichteten auf ihren Tagungen von äußerst schwierigen und gefährlichen Situationen. Manche der ehemals Verfolgten

²⁰⁰ Landrätetagung, Balingen, 02.02.1946, S. 25. StadtA Rt AdN 1957.

²⁰¹ Bitte der Firma Emil Adolff an den kommissarischen Oberbürgermeister um Internierung ehemaliger Ostarbeiter, 16. Mai 1945. StAS Wü 65/27, Bü 5563. Zitiert nach IG Metall, Verwaltungsstelle Reutlingen (Hg.): Wir lernen im Vorwärtsgehen, 1990, S. 531.

²⁰² Bitte der Industrie- und Handelskammer Reutlingen an die Stadtverwaltung um Übernahme der Versorgung ehemaliger ausländischer Arbeitskräfte, 7. Juni 1945. StAS Wü 65/27, Bü 5563. Zitiert nach IG Metall, Verwaltungsstelle Reutlingen (Hg.): Wir lernen im Vorwärtsgehen, 1990, S. 532.

der Arbeiterbewegung zeigten Verständnis für die Lage der Zwangsarbeiter, überwiegend blieb das Verhältnis angespannt aus den angeführten Gründen. Die Privilegierung der „Displaced Persons“, deren Ausschreitungen und die eigene katastrophale Versorgungslage bestimmten die Stimmung der Bevölkerung.²⁰³

2.6.2 Das besondere Jahr 1947

Arbeiter waren auf die kontinuierliche Beschäftigung angewiesen, die Störungen des Jahres 1947 durch klimatische Extreme betrafen sie in besonderer Weise. Schwierige Wohnverhältnisse und die eingeschränkte Nahrungsmittelherstellung und -lieferung verschärften ihre Situation. Auch im Arbeitsleben zeigten sich die Verwerfungen.

Der Januarbericht des Landratsamtes Reutlingen an die Militärregierung wies auf die komplexen Folgen der Versorgungsprobleme hin.²⁰⁴ Ausgangspunkt waren Kurzarbeit und vorübergehende Betriebsschließungen wegen Rohstoffmangels, ausbleibende Kohlelieferungen und Stromabschaltungen. Aus der Sicht des Berichterstatters hätte dies zur Suche nach neuen Beschäftigungsmöglichkeiten führen müssen, um den Lohnverlust auszugleichen. Diese Bewegung am Arbeitsmarkt war jedoch nicht festzustellen. Die Erklärung des Beobachters klingt plausibel: „In erster Linie ist dies auf die mangelhafte Ernährung zurückzuführen und nicht auf einen Geldüberhang, wie man bei oberflächlicher Betrachtung denken könnte.“²⁰⁵ Der weitere Bericht zeigt die Komplexität der Versorgungslage und die Interdependenzen der einzelnen Faktoren: „Zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten kommt die Verschlechterung der persönlichen Verhältnisse mit der in den früheren Monatsberichten immer wieder erwähnten völlig ungenügenden Ernährung, der mangelhaften Versorgung mit Arbeitskleidung und Schuhen, sowie die ungünstigen Verkehrsverhältnisse. Die Ernährungslage ist sehr ernst. Arbeitskraft und Gesundheit lassen täglich nach. Die ungenügende Versorgung mit Kartoffeln, Fett, Brot usw. führt zu einer zunehmenden Abnahme der Leistungsfähigkeit, die sich vor allem bei schweren körperlichen Arbeiten bemerkbar macht.“ Die Versorgungsstörung machte sich damit unmittelbar in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bemerkbar. Die aus dem Bericht hervorgehenden Zusammenhänge demonstrieren die zentrale Bedeutung der Ernährungssituation. Die Verletzlichkeit der Arbeitenden stellt das ökonomische System in Frage und führte zu Störungen im Produktionsprozess, die die ordnungsgemäße Produktion und Verteilung der Nahrungsmittel behinderten.

Im ganzen Land war unter den Industriearbeitern eine Stimmung der Unzufriedenheit entstanden. Dies schlug sich greifbar in den Versammlungen und Proto-

²⁰³ Vgl. IG Metall, Verwaltungsstelle Reutlingen (Hg.): Wir lernen im Vorwärtsgehen, 1990, S. 510.

²⁰⁴ Vgl. Landratsamt Reutlingen: Monatsbericht, Januar 1947, 08.02.1947. StadtA Rt AdN 93.

²⁰⁵ Dieses und das folgende Zitat: Landratsamt Reutlingen: Monatsbericht, Januar 1947, 08.02.1947, Blatt 11. StadtA Rt AdN 93.

kollen der organisierten Arbeiterschaft nieder. Im Juli 1947 stellte der Berichterstatter des Landratsamtes Reutlingen eine gravierende Verschlechterung der Lage fest. Die Zuteilungen waren auf den niedrigsten Stand gesunken, alle Symptome der dauerhaften Unterernährung mussten aufgeführt werden: „[...] körperliche und geistige Leistungsschwäche, Arbeitsunfähigkeit infolge von Erschöpfung ohne eigentliche Krankheit, vorzeitige Invaldität.“²⁰⁶ Das Einsetzen der Ernte führte dazu, dass die Arbeitenden vorzogen, den Bauern unmittelbar gegen Naturallohn zu helfen oder wenigstens die übriggebliebenen Ähren zu sammeln, das bekannte „Ährenlesen“. Für die Fabrikarbeit fanden sich keine Interessierten mehr. Für schwere Arbeit waren viele nicht mehr geeignet, Frauen verschwanden fast vollständig vom Arbeitsmarkt. Der Berichterstatter stellte fest, dass sie früher neben Hausarbeit und Mitwirkung bei der Landwirtschaft häufig bereit waren, Fabrikarbeit zu verrichten. Diese Kombination war fast vollständig verschwunden, kurzfristig wurde damit eine strukturelle Verschiebung innerhalb der Arbeiterschaft eingeleitet. „Werbemaßnahmen zur Gewinnung von weiblichen Arbeitskräften [...] zeitigen kaum noch Erfolge.“ Die Zahl der registrierten Arbeitslosen sank von 183 im Juni auf 167 im Juli, davon waren 175, bzw. 161 Männer und 8, bzw. 7 Frauen. Die noch verbliebenen Nicht-Beschäftigten waren aus Sicht des Berichterstatters weitgehend nicht arbeitsfähig (Überalterung, Krankheit, Körperbehinderung). Die offenen Stellen betragen im Vergleich für Juni und Juli für Männer 1719, bzw. 1641, für Frauen 2490, bzw. 2411, also insgesamt 4209, bzw. 4052. Als „Zahl der deutschen Bevölkerung“ wurde für den Kreis Reutlingen 104673 angegeben. Die Versorgungsstörung hatte gravierend in das Arbeitsleben eingegriffen. Die geordnete Produktion war durch die Abwesenheit der Arbeiter und insbesondere der Arbeiterinnen gestört. Die verbliebenen Arbeitskräfte waren häufig zu schwach, um volle Leistung zu bringen. Die Herstellung von Gütern und die Reparaturen durch Handwerker waren durch mangelnde Rohstoffzuteilungen behindert. Die Arbeiterschaft selbst war ungenügend mit Verbrauchsgütern für ihre Arbeit, z. B. „Blauanzügen, Arbeitsschuhen und Schutzanzügen“ ausgestattet. Der Mangel an Arbeitskräften wurde durch Arbeitsverpflichtungen ausgeglichen. Im August 1947 betraf dies im Kreis Reutlingen 61 Personen, die für die Instandsetzung der Umgehungsstraße bei Dusslingen, als Hausgehilfinnen und auch für französische Dienststellen verpflichtet wurden, weitere wurden für die Aufbereitung des Tresters und andere Arbeiten rekrutiert. Der Berichterstatter merkte an, dass dies bei den Betroffenen Widerstand hervorrief, „der in erster Linie in Grobheiten und Beleidigungen gegenüber den mit dieser Aufgabe betrauten Beamten und Angestellten zum Ausdruck kommt. Um des lieben Friedens willen werden die Beleidigungen vom Personal des Arbeitsamtes überhört.“²⁰⁷ Die Verschärfung der Krise im Sommer 1947 hatte zu unzumutbaren Zuständen für alle Beteiligten

²⁰⁶ Dieses und die folgenden drei Zitate aus: Landratsamt Reutlingen: Monatsbericht, Juli 1947, S. 8–12. StadtA Rt AdN 93.

²⁰⁷ Landratsamt Reutlingen: Monatsbericht, August 1947, S. 13. StadtA Rt AdN 93.

geführt, die in Konflikten auch auf der untersten Ebene ausgetragen wurden. Er wies ebenfalls darauf hin, dass dies auf Dauer nicht mehr hingenommen werden könne und riet, auf Arbeitsverpflichtungen in Zukunft zu verzichten. Kritik an den Maßnahmen der Militärregierung wurde 1947 immer wieder auf diese Weise in die Berichte eingeflochten, z. B. auch durch den dringenden Appell, die Versorgung mit Lebensmitteln zu erhöhen, „zur Verringerung gesundheitlicher Schäden“.²⁰⁸ Die Daten der Versorgung und der Arbeit zeigen die enge Verflechtung der wirtschaftlichen Prozesse mit dem Ernährungssystem. Viele Arbeiter machten dieselben Erfahrungen der Entkräftung und Leistungsschwäche. Die Versorgung erhielt in den individuellen Entscheidungen Priorität, auf der anderen Seite konnte ein geordnetes Wirtschaftsleben mit geschwächten oder abwesenden Arbeitern nicht aufrechterhalten werden. Die Folgen waren die Verlagerung der Nahrungsmittelbeschaffung auf illegale Wege. Die Bereitschaft zu Konflikten auch auf der individuellen Ebene war unübersehbar eine Bedrohung für die Gesellschaft.

2.6.3 Arbeiter, Betriebsräte und Gewerkschaften als Akteure

Betriebsräte bildeten sich in einigen Betrieben spontan nach dem Kriegsende und engagierten sich unmittelbar für den Wiederaufbau oder die Erhaltung der Produktionsmöglichkeiten bei einer Umstellung auf Friedensprodukte, ein Beispiel dafür war Friedrichshafen, zur Zeit des Nationalsozialismus ein Zentrum der Rüstungsindustrie. In seiner Veröffentlichung über die Ereignisse in Friedrichshafen trug Hendrik Riemer Berichte von Betriebsräten und Dokumente der sich neu formierenden Gewerkschaftsbewegung zusammen.²⁰⁹ Darin wird deutlich, dass die Akteure aus der Arbeiterbewegung sich für die Erhaltung der Arbeitsmöglichkeiten und ihrer Existenzgrundlage einsetzten. Das antifaschistische Engagement wurde von den lokalen französischen Besatzungsbehörden gestützt und eröffnete den Akteuren in der Folge auch, die materielle Situation der Arbeiter öffentlich anzusprechen. Ein zentrales Interesse der örtlichen Betriebsräte war es, die ehemaligen Wirtschaftsführer im Rahmen der Entnazifizierung bestraft zu sehen. Es rief Erbitterung hervor, dass sich führende Mitglieder der Firma Dornier noch 1947 mit eigenem Wagen und einer von den französischen Behörden ausgestellten Genehmigung frei auch zu Besprechungen mit der Gewerkschaft bewegen konnten. Ende des Jahres 1947 wurden viele Mitglieder der Leitung der genannten Firmen, die im Nationalsozialismus Rüstungsgüter produziert hatten, schuldig gesprochen und bestraft, allerdings wurden 1949 die Urteile wieder aufgehoben. Das wurde in verschiedenen Regierungsblättern des Landes Württemberg-Hohenzollern 1949 und 1950 verkündet.²¹⁰

²⁰⁸ Landratsamt Reutlingen: Monatsbericht, Januar 1947, Blatt 14. StadtA Rt AdN 93.

²⁰⁹ Vgl. RIEMER, Hendrik: Gewerkschaftlicher Wiederaufbau in Friedrichshafen, 1985.

²¹⁰ Vgl. RIEMER, Hendrik: Gewerkschaftlicher Wiederaufbau in Friedrichshafen, 1985, S. 157f.

Die französische Politik gegenüber den Arbeitnehmervertretern eröffnete Handlungsoptionen. Die Darstellung von Riemer legt nahe, dass sich insbesondere in der Anfangszeit Spielräume für Kreisdelegierte ergaben, die den Arbeitern vor Ort zugestanden, antifaschistische Gruppen zu bilden. Die allgemeinen Richtlinien der zentralen Stellen in Baden-Baden oder Paris unterschieden sich zum Teil von diesen Zugeständnissen, allgemeine französische politische Interessen schränkten die Tätigkeit von deutschen Stellen zu Beginn der Besatzungszeit stärker ein. Aus den Überlegungen zur Sicherheit Frankreichs vor zukünftigen deutschen Aggressionen wurde abgeleitet, keine zentral gelenkten großen Institutionen entstehen zu lassen. So bestand gegenüber den Bemühungen, eine Einheitsgewerkschaft zu gründen, Misstrauen, das sich im Verbot von zentralistischen Strukturen manifestierte. Die Zulassung von basisnahen Organisationen nach dem Berufsprinzip wurde als Förderung der Demokratie akzeptiert. Gewerkschaftliche Unterstützung war bei der Wiedergutmachung erwünscht, die wiederum nur auf der Basis einer wieder in Gang kommenden Produktion möglich war. In diesem Zusammenhang wurde die Einstellung positiver, da deutlich geworden war, dass die Gewerkschaften auch ihrerseits auf Kooperation setzten. Dies kennzeichnete die Phase bis 1947, danach war eine allmähliche Veränderung der Besatzungspolitik spürbar. Nun waren auch übergreifende Besprechungen innerhalb der Zone möglich. Insgesamt muss die französische Politik gegenüber der Gewerkschaft differenziert betrachtet werden. Die lokalen Berichte zeigen, dass es häufig gelang, Handlungsspielräume zu öffnen. Positiv hatte sich ausgewirkt, dass die Gewerkschaft in Südwürttemberg traditionell einen sozialpartnerschaftlichen Ansatz verfolgte.²¹¹

Die Bedrohung der Arbeitsplätze und damit der Existenzgrundlage war stets präsent. In der Jahresmitte 1946 war die Zahnradfabrik Friedrichshafen wieder für eine Liquidation vorgesehen, das Überleben wurde nach Verhandlungen damit verbunden, dass die belastete Geschäftsführung ausscheiden sollte und eine deutliche Abgrenzung von den Werken des Zeppelin-Konzerns und Maybach erfolgen sollte. Der Betriebsrat führte auf sein Betreiben zurück, dass eine neue Geschäftsleitung installiert wurde. In Abstimmung mit dem Gewerkschaftsbund gelang eine genossenschaftliche Regelung unter Führung der Stadt Friedrichshafen, diese bekam 1950 89,8 Prozent der Aktien übertragen. Für die unmittelbare Nachkriegszeit nahm der örtliche Betriebsrat die entscheidende Rolle für sich in Anspruch. Wie dieser die ehemaligen Inhaber und die Geschäftsführung wahrnahm, zeigt ein Schreiben des Gewerkschaftskartells vom 12. Februar 1947: „Immer noch ist es

²¹¹ Gut erforscht sind diese Zusammenhänge in: LATTARD, Alain: Gewerkschaften und Betriebsräte in Rheinland-Pfalz 1945–1947. Zur französischen Gewerkschaftspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Claus SCHARFS/Hans-Jürgen SCHRÖDER (Hgg.): Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone. Wiesbaden 1983, S. 155–184; und HECKER, Wolfgang: Der Gewerkschaftsbund Süd-Württemberg-Hohen-zollern, 1988.

nicht gelungen, die Einflussnahme Dr. Eckeners²¹² und seines Klüngels auszuschalten. [...] Privatkapitalistische Interessenten, bestimmt unterstützt von Eckeners Clique, wittern Beute. [...] Die idealste Lösung für uns würde bedeuten, wenn der Gewerkschaftsbund für den ganzen Konzern als Käufer auftreten könnte und einzelne Betriebsgenossenschaften bilden würde. [...] Besonders hinweisen möchten wir noch darauf, daß die Zeppelin Stiftung mit der Spende des deutschen Volkes in der Hauptsache errichtet wurde. (Katastrophe Echterdingen RM 700 000 gespendet). Hierzu kommen dann Privatbeteiligungen, besonders Gräfin Brandenstein (Tochter des Grafen Zeppelin), Dr. Maybach und andere Fürstlichkeiten. Der Anteil dieser privaten Teilhaber steht jedoch in keinem nennenswerten Verhältnis zur Volksspende. Trotzdem waren ausschließlich sie die Träger des gesamten Aufsichtsrates. Die Ausbeutung ging konstant nach privatkapitalistischen Denkformen.²¹³ Die Diktion wies auf die Dominanz der Mitglieder aus dem linken Spektrum hin. Der klassenkämpferische Grundton bestimmte die Deutung und das Handeln.

Zu den Ersten, die sich nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft für die Bewältigung und den Wiederaufbau engagierten, gehörten Aktive aus dem Umfeld der Arbeiterbewegung. Lange Zeit war Konsens in der Überlieferung, dass die Gewerkschaften in der französischen Zone verspätet zugelassen wurden, genannt wurden die Daten 10. September 1945 für die Vereinigung auf fachlicher und lokaler Ebene und 12. April 1946 für Zusammenschlüsse auf Orts- und Landesebene.²¹⁴ Dies traf auf die formalen Genehmigungsprozesse zu. Tatsächlich entstanden unmittelbar nach dem Kriegsende eine Reihe von Vereinigungen und Ausschüsse, die sich mit der Aufarbeitung der Vergangenheit und für die Interessen der Arbeiter einsetzten. In einigen Produktionsstätten hatten sich z. B. Betriebsräte gebildet und ehemalige Gewerkschafter aus der Zeit der Weimarer Republik versuchten an die vertrauten Organisationen anzuknüpfen. Bedeutsam ist, dass insbesondere die jüngere Forschung auf die Bedeutung des Arbeiterwiderstandes und die Erhaltung der Fähigkeit zum Wiederaufbau hingewiesen hat. Danach war es den Nationalsozialisten zwar gelungen, die Arbeiterbewegung im Reich weitgehend öffentlich unsichtbar zu machen, nicht aber sie vollständig zu zerschlagen. Weiteres Potenzial fand sich in den aus dem Exil oder aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrenden Aktiven.

Aus den jeweiligen Deutungen der aktuellen Katastrophe durch die Akteure der Arbeiterbewegung entwickelten sich die Argumentationsstränge und Schwer-

²¹² Dr. Hugo Eckener (1868–1954) war Nachfolger des Grafen Ferdinand von Zeppelin und leitete lange Zeit den Luftschiffbau.

²¹³ Schreiben des Gewerkschaftskartells Friedrichshafen an den Gewerkschaftsbund Süd-Württemberg, Tuttlingen, Uhlandstr. 3, FN, 12. Febr. 1947, Betr.: Schließung des Zeppelin Konzerns in Friedrichshafen, GSW 3.2.3./DGB-FN. Zitiert nach RIEMER, Hendrik: Gewerkschaftlicher Wiederaufbau in Friedrichshafen, 1985, S. 174 f.

²¹⁴ Vgl. NÜSKE, Gerd Friedrich: Gewerkschaften. In: Max GÖGLER/Gregor RICHTER (Hgg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern, 1982, S. 189–193.

punkte ihrer Tätigkeit. Einig waren sich alle in der Notwendigkeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen für Arbeiterinnen und Arbeiter, das Hauptproblem bildete auch hier die Versorgung mit Lebensmitteln. Das Vorgehen und die Reichweite der angestrebten Lösungen waren sehr unterschiedlich. Pragmatische Basisarbeit kümmerte sich um materielle Verbesserungen, Hilfen vor Ort und höhere Zuteilungen. Stand die faschistische Ideologie im Zentrum der Analyse, engagierte man sich für Entnazifizierung, häufig in antifaschistischen Ausschüssen. Da man im Kapitalismus das verursachende Übel sah, setzte man sich für die Veränderung der wirtschaftlichen Strukturen ein: Zu parteiübergreifenden Stichworten gerieten Sozialisierung und Sozialismus. Konzentrierte man sich auf Entwicklungen innerhalb des bestehenden Systems standen Mitbestimmung und Streikrecht im Programm. Häufig überlagerten sich die Teilbereiche dieser Forderungen innerhalb einer Organisation. Am Ende stand in jedem Fall das Bemühen um eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterinnen und Arbeiter. Als sich der Konsens herausbildete, dass die nach wie vor angestrebte Einheitsgewerkschaft mit den westlichen Vorstellungen von Freiheit und Demokratie vereinbar sein sollte, wurde der Gegensatz zwischen kommunistisch und sozialdemokratisch orientierten Gruppen nicht mehr zu überbrücken.

Die auf lange Sicht bedeutsamste Gruppe war die sozialdemokratisch orientierte Gewerkschaftsbewegung. Der Neuaufbau erfolgte oft spontan, konnte aber die klar formulierten Prinzipien der französischen Besatzer nicht übergehen. Die Sicherheitsüberlegungen der französischen Politik ließen keine zentrale Organisation zu, der dezentrale Aufbau sollte in einem „Drei-Phasen-Verfahren“ von unten nach oben vor sich gehen.²¹⁵ Für die Institutionalisierung der Vertreter der Arbeiter bedeutete dies, in einem ersten Schritt Betriebsräte zu bilden, danach Fachgewerkschaften aufzubauen und diese dann auf regionaler Ebene zusammenzuschließen. Entgegen früheren Annahmen in der Forschung, die davon ausgingen, die französischen Behörden hätten den gewerkschaftlichen Aufbau verzögert, arbeitete Edgar Wolfrum heraus, dass mit Beginn der Besetzung Antifa Aktivitäten und ab Herbst 1945 die wiederzugelassenen Gewerkschaften ermuntert wurden.²¹⁶ Als Motiv wird angenommen, dass die Gewerkschaften als Ordnungsfaktor in den Betrieben gebraucht wurden und, dass die Besatzung damit die Regeln für den Aufbau setzen konnte. Angestrebt waren primär Einzelgewerkschaften, während die Arbeiterbewegung nicht zuletzt wegen der Erfahrungen der Schwäche aus der Zeit der Weimarer Republik nach Einheitsgewerkschaften strebte, wie dies bereits am 11. Mai in Stuttgart gelungen war.²¹⁷ Das Beispiel Reutlingen zeigt, welche Komplikation und Kontroversen mit und auch innerhalb der Militärregierung aus

²¹⁵ Vgl. WOLFRUM, Edgar: Französische Besatzungspolitik und deutsche Sozialdemokratie, 1991, S. 65.

²¹⁶ Vgl. WOLFRUM, Edgar: Französische Besatzungspolitik und deutsche Sozialdemokratie, 1991, S. 39–50.

²¹⁷ Die Darstellung folgt den Dokumenten in der Publikation: IG Metall, Verwaltungsstelle Reutlingen (Hg.): Wir lernen im Vorwärtsgen, 1990, S. 512–520.

diesen unterschiedlichen Vorstellungen hervorgingen.²¹⁸ Die Reutlinger gründeten einen Württembergischen Gewerkschaftsbund für Stadt und Landkreis Reutlingen am 11. September mit Unterstützung des Kreisdelegierten Palud, der sich damit allerdings über die Verordnung Nr. 6 der Militärregierung in Baden-Baden vom 10. September hinwegsetzte. Nach einer Rüge durch die Tübinger Militärregierung wurde die Regelung dennoch legitimiert, allerdings mit der Auflage, nachträglich Einzelgewerkschaften zu gründen. Diese erhielten am 22. Februar 1946 eine Zulassung und das Recht, sich im WGB zu vereinigen.

Insgesamt verlief der Aufbau im Land indessen schleppend, so dass Carlo Schmid auf der Landrätetagung in Balingen am 2. Februar 1946 die Landräte aufforderte, in die Betriebe zu gehen und gewerkschaftliche Tätigkeit anzuregen.²¹⁹ Auch wenn aktuell kein Bedürfnis empfunden werde, solle man den Aufbau dieser wichtigen Organisation nicht versäumen.

Nach Alain Lattard entsprach der Stufenplan dem französischen Umerziehungsplan für die Deutschen, dem ein Misstrauen gegenüber der Generation zugrunde lag, die während der Zeit des Nationalsozialismus aufgewachsen war.²²⁰ In dieser Hinsicht unterschied sich die Besatzungspolitik von dem Vorgehen der anderen beiden Westmächte, die eine liberalere Haltung zeigten. Andererseits betonte die Militärregierung die Bedeutung der Gewerkschaften beim demokratischen Neuaufbau. Die Bevölkerung nahm den Anspruch auf Demokratisierung und die gleichzeitig engen und dirigistischen Vorgaben als Widerspruch wahr. Das Demokratisierungskonzept muss ebenfalls vor dem Hintergrund der Position französischer Gewerkschafter gesehen werden. Hier fanden sich Ansichten, dass die deutsche organisierte Arbeiterbewegung von großer Bedeutung für einen demokratisch orientierten Neuaufbau war. Es äußerten sich jedoch auch Stimmen, die noch nicht frei von Misstrauen waren, da die Arbeiterbewegung nicht in der Lage gewesen sei, den Nationalsozialismus erfolgreich zu bekämpfen. Ein weiteres Argument formulierte Louis Saillant, Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes auf einer Konferenz in Mainz 1946: „Aber das von Nationalsozialisten verursachte Übel ist derart tief gewesen, dass es großer Energie und Kraft bedarf, um dessen Spuren zu beseitigen.“²²¹ Diese Positionen verdeutlichen, wie es zur „liberté surveillée“ kam, die die Militärregierung vertrat. Ergänzt wurde dies durch eine generelle Politik der Dezentralisierung auch in anderen Bereichen.

²¹⁸ Vgl. GLAUNING, Christine: „Die Umstellung geschieht fast zu geschwind.“ Politischer Neubeginn nach Krieg und Nationalsozialismus. In: Stadt Reutlingen (Hg.): Reutlingen 1930–1950. Nationalsozialismus und Nachkriegszeit. Reutlingen, 1995, S. 291–315, hier S. 302f.

²¹⁹ Vgl. Landrätetagung, Balingen, 02.02.1946, S. 2. StadtA Rt AdN 1957.

²²⁰ Vgl. LATTARD, Alain: Gewerkschaften und Betriebsräte in Rheinland-Pfalz 1945–1947, 1983, S. 155–184, hier S. 165.

²²¹ Dieses und das folgende Zitat: LATTARD, Alain: Gewerkschaften und Betriebsräte in Rheinland-Pfalz 1945–1947, 1983, S. 165.

Der Mangel an Nahrung machte sich, wie zu erwarten, in den Betrieben bemerkbar.²²² Arbeiterinnen und Arbeiter erschienen unterernährt und kraftlos zur Arbeit, Schwächeanfälle mussten gemeldet werden. In den Zeiten der Ernte zogen Arbeitende es vor, nicht zur Arbeit, sondern zu den Bauern zu gehen, um durch Mithilfe unmittelbar Lebensmittel zu erhalten, und nach Beendigung des Urlaubs nahm nur 1/3 der Belegschaft die Arbeit wieder auf: „Die Sorge um das tägliche Brot ist stärker als alle Rechte und Pflichten.“²²³ Die Arbeitenden bevorzugten Firmen, die sie mit Produkten entlohnten, die bei den Bauern eingetauscht werden konnten. Das Thema Hunger und Not wurde anlässlich öffentlicher Reden z. B. am 1. Mai thematisiert. Die französische Militärregierung war in Sorge vor Unruhen in der Bevölkerung, öffentliche Kritik an den Besatzungsbehörden wurde ebenso verboten wie Streiks. Betriebsräte waren jedoch täglich mit der Not der Kolleginnen und Kollegen konfrontiert. Sie strebten nach tauglichen Lösungen und suchten Perspektiven.

Das Ortskartell der Gewerkschaften Friedrichshafen berichtete an die Militärregierung aus einer ihrer Sitzungen Anfang 1947 über die Stimmung und die Bedürfnisse in den Betrieben. Deutlich wird dabei der enge Zusammenhang der verschiedenen Versorgungsbereiche und der Arbeitsleistung: „Bei Fortgang des gegenwärtigen wirtschaftlichen Lebens gehen wir mit absoluter Sicherheit mit Riesenschritten dem totalen, wirtschaftlichen Zusammenbruch entgegen. Erwähnt sei auch an dieser Stelle der hoffnungslose materielle Zustand der Schaffenden in der Ernährungs- und Bekleidungsfrage. Dadurch macht sich nicht zuletzt eine Lähmung der Produktivität bemerkbar, die in ihrer Wirkung das aktuelle Chaos beschleunigen wird. Allen Betriebsratsvorsitzenden wird seitens der Belegschaften immer nur eine Antwort entgegengehalten, wie: Hunger, gebt uns zu essen, gebt uns Schuhe, gebt uns Kleider, gebt uns Bedarfsgegenstände. In den Betrieben, die restlos unter Betriebsmittelmangel (Maschinen) leiden, kann schwer von Vernunft geredet werden.“²²⁴ Die Versorgungsstörung wirkte sich auf alle Bereiche des täglichen Lebens aus, die Ernährungsfrage nahm dabei eine Schlüsselstelle ein, da die Beseitigung des Ernährungsmangels die Grundvoraussetzung für eine Besserung der Gesamtsituation war.

Unmittelbar nach Kriegsende musste bereits darauf reagiert werden, dass die Betriebe in Friedrichshafen als ehemalige Zentren der Rüstungsindustrie von vollständiger Demontage bedroht waren. Im Mittelpunkt der Bewältigung standen häufig die Betriebsräte. Die Entwicklung von langfristigen Perspektiven baute auf den Erfahrungen der Arbeiter und deren Deutung der Zusammenhänge auf. In der

²²² Vgl. im Folgenden die Kapitel „Arbeitsmarkt“ in: Landratsamt Reutlingen: Monatsberichte, Juli und August 1947. StadtA Rt AdN 96.

²²³ Landratsamt Reutlingen: Monatsbericht, August 1947, S. 10. StadtA Rt AdN 96.

²²⁴ Gewerkschaftskartell Friedrichshafen-Tettngang an Herrn Capitaine Wihlm, Attache de Mission pur questions sociales, Ravensburg, Bericht über Betriebsräte-Tagungen, Friedrichshafen 30.05.1947, S. 2; 5a/DGB-FN. Zitiert nach RIEMER, Hendrik; Gewerkschaftlicher Wiederaufbau in Friedrichshafen, 1985, S. 153.

Kausalkette standen aus der Sicht sozialistisch ausgerichteter Arbeiter und Betriebsräte am Beginn der negativen Entwicklung die Rüstungsprojekte, für die die nationalsozialistische Regierung die lokalen Unternehmer instrumentalisiert hatte. Die Reaktion war nun darauf gerichtet, diesen Prozess zu beenden bzw. für die Zukunft auszuschließen. Das Mittel hierzu schien in der Theorie die Sozialisierung und die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter. Die konstruktive Weiterentwicklung dieser Idee führte z.B. zu einem Plan, die Fertigung in kleinere Einheiten zu zerlegen und gleichzeitig eine Möglichkeit zu schaffen, die spezifischen Fähigkeiten der Arbeiter vor Ort weiter zu nutzen und ihnen Arbeitsmöglichkeiten zu bieten.²²⁵

Alle lokalen Institutionen und die Arbeitervertretungen bemühten sich gegenüber der Militärregierung um eine Lösung, die Arbeitsplätze zu bewahren: „Die Erhaltung der Friedrichshafener Industrie auf friedensmäßiger Grundlage ist die Lebensfrage unserer Stadt. [...] Die Garantie absoluter Friedensproduktion sehen wir in der Sozialisierung unserer mit dem Begriff Rüstung belasteten Industrie. [...] Nach der Auffassung von Bürgermeister Mauch, der beizustimmen ist, kann nur die Errichtung von Klein- und Mittelbetrieben in Frage kommen, die allerdings auch wieder der Metallindustrie angehören müssen, damit die Fähigkeiten der in Friedrichshafen ansässigen Fachkräfte ausgenutzt werden.“²²⁶ Ebenso schaltete sich die Landesregierung ein, worüber Carlo Schmid in seinen Erinnerungen schrieb. Er sah einen entscheidenden Anteil am Erfolg der Erhaltung der Zeppelin-Stiftung in seinem Bemühen darin, dass das Vermögen der Zeppelin-Stiftung durch die Stadt Friedrichshafen verwaltet wurde und damit die Fabrik und die Arbeitsplätze erhalten werden konnten. „Ich sah nur eine Möglichkeit, wenigstens die bedrohtesten Betriebe zu schützen, zum Beispiel die Zeppelinwerft in Friedrichshafen. Es gelang mir, Dr. Hugo Eckener zu überzeugen, daß ihre Einbringung in eine zu gründende Stiftung mit erheblicher Beteiligung der Belegschaft vielleicht das Unternehmen vor der Demontage retten könnte. Die Stiftung wurde errichtet, und damit blieben viele Arbeitsplätze erhalten. Es gelang mir auch, die Zahnradfabrik vor dem Abtransport zu bewahren.“²²⁷

Für die Arbeitenden ging es an die existenzielle Substanz, wenn immer wieder aufs Neue weitere Demontagen erfolgten. Dadurch wurde ihnen die Existenzgrundlage genommen und jegliche Möglichkeit, sich materiell zu versorgen. Die Festlegung der Stückzahl an demontierten Maschinen erfolgte durch die Alliierten, die Auswahl durch eine Kommission, der auch Betriebsräte und Gewerkschafter angehören sollten. Nach den vorgegebenen Kriterien der Besatzungsstellen

²²⁵ Vgl. RIEMER, Hendrik: Gewerkschaftlicher Wiederaufbau in Friedrichshafen, 1985, S. 159–166.

²²⁶ Landesdirektion des Innern, Hauptabteilung IV, i.A. gez. Weinmann, Bericht über die Lage der schwerkriegsbetroffenen Stadt Friedrichshafen, Tübingen, am 29.09.1946, S.6. Zitiert nach RIEMER, Hendrik; Gewerkschaftlicher Wiederaufbau in Friedrichshafen, 1985, S. 153.

²²⁷ SCHMID, Carlo: Erinnerungen, 1979, S. 256.

sollten bevorzugt Maschinen von Handwerksbetrieben, deren Leitung nationalsozialistisch aktiv gewesen war und Firmen, „die seit 1938 im Rahmen der Kriegsvorbereitungen einen besonderen Aufschwung genommen haben,“ entnommen werden.²²⁸ Diese Anordnungen erfolgten in Wellen, besonders im Jahre 1947, und führten durch das Ausmaß zu einer ernststen Bedrohung für die Firmen und die arbeitende Bevölkerung. Das Gewerkschaftskartell verfasste dazu am 13. November 1947 eine Resolution: „Durch beträchtliche Vorwegnahme von Maschinen, besonders in unserem Kreisgebiet, ist die Möglichkeit zur dauernden, nur friedlichen Arbeitsbetätigung bereits auf ein Minimum zusammengeschrumpft. [...] Weitere Ausräumungen könnte nur völliges Chaos auf allen Gebieten als Folge zeitigen, das sich auf die Dauer gesehen, ganz abgesehen von unserer eigenen, endgültigen, unabänderlichen Verelendung, in seiner Auswirkung zweifellos gegen Frankreich selbst und darüber hinaus ganz Europa kehren würde. [...] Die Verantwortung für das Geschehen spielt sich damit außerhalb der Gewerkschaften ab und muß vor der Geschichte von denen übernommen werden, welche heute als Mächtige dieser Zeit Vernunft oder Unvernunft in ihren Händen halten.“²²⁹ Bemerkenswert ist, dass in dem Argumentationsgang ein für Frankreich und die Völkerverständigung negatives Deutungsmuster angeführt wird und an die Vernunft und das Verantwortungsgefühl der politisch Mächtigen appelliert wird. Die Arbeitervertreter sahen in den Demontagen nicht nur eine Bedrohung ihrer Arbeitsplätze, sondern ebenso eine Gefahr für den zukünftigen Frieden.

Das Ausmaß der Demontagen, auch in einer Zeit, in der die anderen Westmächte schon lange von dieser Praxis abgerückt waren, riefen immer stärkere Gegenreaktionen hervor. Auch die Erklärung der Maßnahmen verlagerte sich vom ursprünglichen Verständnis für die Wiedergutmachung auf andere Zusammenhänge. In der Gewerkschaftszeitung „Die Schaffenden“ vom 30. Juni 1948 wurde dies im Namen des Bundesvorstandes des Gewerkschaftsbundes Südwürttemberg-Hohenzollern so formuliert: „Wir können also für Südwürttemberg und Hohenzollern wohl sagen, daß es sich bei uns nicht um Ausmerzungen eines Kriegspotentials bzw. der Rüstungsindustrie handelt, sondern – wenn wir auch die Liste aus unserer badi-schen Nachbarindustrie betrachten – um die völlige Vernichtung und Beseitigung der unbequemen Konkurrenz. Wir Gewerkschaften können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß eine ausländische kapitalistische Clique drauf und dran ist, aus dem Blut und Tränen des vergangenen Krieges ihre Profitinteressen zu sichern. Dagegen wehren wir uns, und ich möchte das ausdrücklich herausstellen: Wir rechnen dabei auch auf das Verständnis und die Hilfe der internationalen Arbeiter-

²²⁸ Aus dem Archivmaterial des DGB/FN, ohne Verfasserangabe, datiert mit 10.04.1947. Zitiert nach RIEMER, Hendrik: Gewerkschaftlicher Wiederaufbau, 1985, S. 163.

²²⁹ An die Französische Militärregierung z. Hd. Gouverneur Merglen, Tettngang, Resolution des Gewerkschaftskartells FN-Tettngang zur Demontage, FN, den 13.11.1947, 1.4/14/DGB-FN. Zitiert nach RIEMER, Hendrik; Gewerkschaftlicher Wiederaufbau, 1985, S. 173.

schaft und des Weltgewerkschaftsbundes.²³⁰ Das Argument der Beseitigung einer unliebsamen Konkurrenz wiederholte sich auf verschiedenen Ebenen.

Am 9. August 1948 griff die Gewerkschaft zum letzten Mittel, dem Streik, als die neue Demontageliste einen vollständigen Abbau der Werke „Maybach Motorenbau“ vorsah.²³¹ Der Streik wurde von den gewerkschaftlichen Institutionen als erfolgreiche Aktivität im Hinblick auf die Mobilisierung beschrieben. Die Erfolge bestanden nicht in der vollständigen Aufhebung der Demontagebeschlüsse, erreicht wurden nur Zugeständnisse. Aus dem Briefwechsel des Gewerkschaftskartells geht hervor, dass ein Notstandsprogramm bei der Firma Maybach nach dem Abtransport von Maschinen eingerichtet wurde. In den Handlungen von Arbeitern und ihren Vertretern in den Betrieben lässt sich die Verknüpfung der Arbeitsmöglichkeit mit der materiellen Versorgung mit Nahrungsmitteln erkennen. Ohne die erfolgreiche Sicherung ihrer Arbeitsplätze waren diese Gruppen existenziell bedroht. Die Verelendung einer großen Gruppe der Bevölkerung hätte die Gesellschaft und auch die Militärregierung vor eine große Herausforderung gestellt. Die Sicherung ihrer Existenz, wie hier exemplarisch für die Arbeiter in Friedrichshafen aufgezeigt, bedeutete einen großen Anteil an der Bewältigung der Hungerkrise.

Auch in anderen Orten Südwürttembergs entstanden 1945 bereits Initiativen und Zusammenschlüsse, die von der Arbeiterbewegung inspiriert waren. Das noch nicht in allen Details reglementierte öffentliche Leben ließ die Entstehung von Organisationen und Ausschüssen zu. Deren Diktion legte den Anschluss an Tätigkeiten und Positionen nahe, die bereits in der Zeit der Weimarer Republik entstanden waren.

Ein „Stadtausschuss der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft Unterbezirk Reutlingen“ stellte im August 1945 sein Selbstverständnis und seine Ziele dar:

„1. Allgemeines

Kein Stand des deutschen Volkes hat sich in den letzten 12 Jahren das Gefühl der Solidarität am meisten bewahrt, wie gerade die werktätige Klasse; sie ist heute, im besten Sinne des Wortes, die nationalste Vertretung unseres Volkes. Kein Stand des deutschen Volkes ist am ehesten in der Lage, die von den Nazis in den Schmutz getretene nationale Ehre und die vernichtete wirtschaftliche und kulturelle Existenz wiederherzustellen.“²³²

Dazu rechnete sich auch ein Vollzugsausschuss der „Unterbezirksleitung Reutlingen des Nationalkomitees Freies Deutschland“, der sich 1945 mit einem Aufruf bemerkbar machte.²³³ Diese Vereinigung ging auf eine Gruppe deutscher Offiziere

²³⁰ Die Schaffenden. Gewerkschaftszeitung für das Land Südwürttemberg und Hohenzollern, Nr. 11, Tuttlingen, 30. 06.1948, 3. Jg. Zitiert nach RIEMER, Hendrik: Gewerkschaftlicher Wiederaufbau, 1985, S. 165.

²³¹ Vgl. RIEMER, Hendrik: Gewerkschaftlicher Wiederaufbau, 1985, S. 165.

²³² Zitiert nach IG Metall, Verwaltungsstelle Reutlingen (Hg.): Wir lernen im Vorwärtsgen, 1990, S. 537.

²³³ Vgl. IG Metall, Verwaltungsstelle Reutlingen (Hg.): Wir lernen im Vorwärtsgen, 1990, S. 534.

zurück, die in sowjetischer Kriegsgefangenschaft versucht hatte, militärischen Widerstand gegen die Nationalsozialisten zu organisieren. In der kritischen Ernährungslage traten sie ebenfalls mit verbraucherorientierten Forderungen auf, wie z. B. der Ausschaltung des Zwischenhandels oder dem Horten von Waren.

Die Zeit war von einer Vielfalt an Initiativen gekennzeichnet. Spontan gebildete Betriebsräte an den Arbeitsstätten konnten andere Interessen haben als Pioniere der gewerkschaftlichen Institutionen, oft ehemalige Funktionäre aus der Weimarer Zeit. Kompliziert wurde dies zusätzlich dadurch, dass auf allen Ebenen unterschiedliche politische Richtungen konkurrierten, getragen von sozialdemokratischen, kommunistischen oder christlichen Gewerkschaftern. Anlässlich von spontan aufflammenden Unruhen wegen der schlechten Versorgung 1947 in Tuttlingen oder Streikgefahr wegen der Demontagen 1948 setzte die Militärregierung auf die mäßigende Einwirkung durch die organisierte Gewerkschaft. Fritz Fleck war nach 1945 mit dem Wiederaufbau in Tuttlingen beschäftigt, vor 1933 war er Gewerkschaftssekretär gewesen und danach wurde er von den Nationalsozialisten verfolgt. Ein Schlaglicht auf seine Tätigkeit wird durch die Aufzeichnungen des örtlichen Kreisdelegierten geworfen.²³⁴ Der 1990 erschienene Bericht über die Nachkriegszeit in Tuttlingen besteht aus Erinnerungen des „Gouverneurs“ Estrade, gestützt auf seine Aufzeichnungen. Zusätzlich sind wörtlich wiedergegebene Berichte enthalten, die an seine vorgesetzten Behörden adressiert waren. Tuttlingen erscheint hier als die Wiege der regionalen Gewerkschaftsbewegung und Fritz Fleck als eine wesentliche Antriebskraft. Genau verzeichnet wird der Aufbau der verschiedenen Berufsgewerkschaften und ihrer Vertreter, es zeigt sich ein reichhaltiges gewerkschaftliches Leben am Industriestandort. Fleck tritt hier als Akteur auf, als SPD-Abgeordneter und stellvertretender Vorsitzender in der Beratenden Landesversammlung und später im Landtag, wo er bis 1952 Parlamentsvizepräsident war. An der Spitze des Gewerkschaftsbundes Württemberg Hohenzollern stand er von 1947 bis 1955. Der Blick auf die verschiedenen Ansätze, die zum Teil neu entstanden waren oder auch an die Traditionen der Arbeiterbewegung anknüpften, zeigt die Vielfalt der Meinungen und Konzepte.

2.6.4 Protest und Streiks: „Gebt uns zu essen“

Das Verhalten Fritz Flecks und seine Reden im Parlament in einer Zeit, als die Stimmung wegen zunehmender Nahrungsmittelknappheit eskalierte, ermöglichen differenzierte Einblicke in diese Ära des Hungers und den Umgang mit den daraus resultierenden Problemen. Zum ersten Mal in der Nachkriegszeit reagierten die Arbeiter in Württemberg-Hohenzollern mit dem Mittel des Arbeitskampfes. Jean Lucien Estrade berichtete in den Jahren 1947 und 1948 an seine vorgesetzten Behörden von drei Streiks in Tuttlingen.²³⁵ Der erste wurde im Juli 1947 wegen der

²³⁴ Vgl. ESTRADE, Jean Lucien: „Tuttlingen April 1945–September 1949“, 1990, S. 88–132.

²³⁵ Vgl. ESTRADE, Jean Lucien; „Tuttlingen April 1945–September 1949“, 1990, S. 122–131.

Lebensmittelversorgung durchgeführt, der zweite am 13. Mai 1948, als sich die Arbeitgeber weigerten, Lohn für den arbeitsfreien 1. Mai zu bezahlen und der dritte richtete sich am 9. August 1948 gegen die Demontagen durch die Besatzungsmacht.

Die Ereignisse lassen sich aus den Aufzeichnungen der französischen Behörden detailliert nachvollziehen. Dem Kreisgouverneur fiel auf, dass solche Unruhen immer dann auftraten, wenn Fleck, also der Vertreter der organisierten Gewerkschaft, abwesend war. Aus dem Auftreten und den Reden während der Aktionen ließen sich durch die Untersuchung der Orts- Sûreté, eine selbstständige französische Einheit der Sicherheitspolizei, einige Rädelsführer ausmachen, sie waren dem linken Spektrum der Arbeiterbewegung zuzuordnen: „Von 13 Personen sind es 8 KPDler, 2 Sympathisanten der SED und 2 SPDler.“²³⁶ Ein ortsbekannter Redner wies in eine andere Richtung: „Er bekräftigte dann, daß es ehemalige Nazis, von denen sich noch viele am Ruder befänden – seien, die ‚Öl ins Feuer gießen‘ – anstatt zu versuchen, es zu löschen.“ Konkreter wurde er nicht. Es war nicht zu erkennen, inwiefern die französischen Sicherheitsbehörden diesem Hinweis nachgingen.

Der erste Tag des Streiks begann scheinbar wenig spektakulär: „Am 28. Juli 1947 gegen 15.30 Uhr stellte ein Ingenieur der Firma Jetter und Scheerer bei einem Rundgang in zwei der von ihm besichtigten Werkstätten einen Bummelstreik des Personals fest. Nach den Gründen der Arbeitsniederlegung befragt, erläuterte der Wortführer der Arbeiter, daß die Versorgung unzureichend sei, und man künftig nicht mehr arbeiten könne. Der Streik griff allmählich um sich und kurz vor 17 Uhr hatten alle Arbeiter (ca. 1000) die Arbeit niedergelegt.“²³⁷

Dieser Vorgang löste Aktivitäten bei der örtlichen Gewerkschaft aus, da niemand informiert war. Der Kreisbeauftragte alarmierte die Militärregierung und die französischen Behörden des Nachbarkreises Rottweil, da man befürchtete, dass sich der Streik ausweiten könnte. Für den nächsten Tag war eine Generalversammlung der Betriebsräte angekündigt. Am Morgen wurde die Arbeit zwar wieder aufgenommen, doch schon nach einer Stunde begann ein Sitzstreik von 200 Arbeitern. Fleck, der in der Zwischenzeit von einer Reise zurückgekehrt war, versuchte sich zu informieren. In der Zwischenzeit umfasste der Streik das Personal von vier Werken. Die Generalversammlung der Betriebsräte führte zu Beschlüssen, die von der Sûreté auf Antrag der Militärregierung aufgezeichnet wurde: „Ein Ausschuß von 4 Personen wird am 29.7.1947 beim Kreisbeauftragten vorsprechen, um ihn darüber aufzuklären, was wirklich passiert ist, und um ihm einige Wünsche bezüglich der Versorgung und der Gewerkschaften zu unterbreiten.“²³⁸

Auf der Betriebsratssitzung vom 30.7.1947 wurde eine Reihe von Vorwürfen geäußert.²³⁹ KPD Vertreter argumentierten, dass die Besatzungstruppen für die Ver-

²³⁶ Dieses und das folgende Zitat: ESTRADÉ, Jean Lucien; „Tuttlingen April 1945–September 1949“, 1990, S. 124 und 125.

²³⁷ ESTRADÉ, Jean Lucien: „Tuttlingen April 1945–September 1949“, 1990, S. 122.

²³⁸ ESTRADÉ, Jean Lucien: „Tuttlingen April 1945–September 1949“, 1990, S. 122–129.

²³⁹ Vgl. ESTRADÉ, Jean Lucien: „Tuttlingen April 1945–September 1949“, 1990, S. 124.

pflege der Arbeiter zuständig seien, da für sie gearbeitet werde. Wenn dem nicht entsprochen werde, könne nicht gearbeitet werden. Ein anderer erhob den Vorwurf, dass regelmäßig Versprechungen über die Erhöhung der Zuteilung abgegeben würden, ohne sie einzuhalten. Ein strategischer Vorschlag ging dahin, dass erst ein Generalstreik die Probleme lösen könnte. Estrade akzeptierte in seinem Kommentar die Versorgungslage nicht als Grund, räumte aber ein, dass weniger Fett ausgegeben worden war, Zucker nur an unter 18-jährige und die Versorgung mit Kartoffeln „katastrophal“ sei. Die Besprechung des Ausschusses mit der Militärregierung stellte die Lebensmittelversorgung in den Mittelpunkt und trug auch weitere Versorgungsprobleme vor. Es wurde bemängelt, dass versprochene und vorhandene Schuhe nicht ausgeteilt worden seien. Als Provokation empfanden die Arbeiter, dass ein Mitglied der französischen Verteilungsbehörden die zusätzlichen Lebensmittelkarten der Arbeiter zerrissen habe, als er von dem Streik erfuhr. Eine Beruhigung der Lage trat erst ein, als weitere politische Kreise einbezogen wurden. Gespräche mit Staatspräsident Bock und Wirtschaftsminister Wildermuth führten zu einer Entspannung der Lage und die Gewerkschaftsvertreter wirkten beruhigend auf die Arbeiter ein.

Der Vorfall weist darauf hin, dass sich die Lage im Juli 1947 deutlich verschlechtert hatte. Der Hungerwinter 1946/47 hatte an den Kräften gezehrt, der Sommer war extrem heiß und trocken. Die Ernte war noch nicht eingebracht und man war am Tiefpunkt der Versorgung angelangt. Das musste die Arbeiter belasten, gerade auch angesichts der Tatsache, dass sie für die französischen Bedürfnisse produzieren mussten. Dieses reale materielle Problem wurde gerne von konkurrierenden Organisationen aufgenommen, um unabhängig von der schon etablierten Gewerkschaft eigene Aktivitäten voranzubringen, die in der sozialdemokratischen Ausrichtung keinen Platz fanden, sondern sich an der KPD, bzw. SED orientierten. Der Verlauf zeigt, dass in der Arbeiterschaft ein gewisser Rückhalt dafür zu finden war. Auch die Gewerkschaften hatten Einfluss und setzten diesen mäßigend ein. Fleck verfolgte eine kooperative Linie mit der Militärregierung. Deren offizielle Genehmigungen hatten der Gewerkschaft einen Aufbau ermöglicht, der nicht in Frage gestellt werden sollte. Die Militärregierung versäumte auch nicht, auf diesen Zusammenhang hinzuweisen. Die Besatzungsbehörden zeigten Nervosität bei diesen Vorgängen und waren sich bewusst, dass eine weitere Eskalation schwer zu kontrollieren gewesen wäre. Das Aufbieten der Sûreté, wies darauf hin, dass man kein Risiko eingehen wolle. Estrade sah politische Motive als Ursachen und keine realen Versorgungsprobleme. Allerdings riefen die folgenden Streiks immer die Befürchtung hervor, die Unruhen könnten mit dem Lebensmittelproblem verknüpft werden.

„Streik vom 13. Mai 1948

Um 12 Uhr: Fleck spricht bei der Militärregierung vor und bestätigt das bereits am Telefon Gesagte. [...] Er empfahl ihm, den Minister dahingehend zu beeinflussen, daß dieser eine Verordnung erlässt, die die Arbeitgeber verpflichtet, den 1. Mai ganz zu bezahlen. Bei einer Nichterfüllung der Forderung der Arbeiter befürchtet

Fleck nicht nur eine Ausbreitung des Konflikts, sondern ein Übergreifen auf das Problem der Lebensmittelversorgung.“²⁴⁰

Die Dramatik nahm weiter zu. Es wurde gemeldet, in welchen Betrieben gestreikt wurde. Folgende Zahlen wurden übermittelt: Firma Rieker 900, Karl Henke 100, Kurt Binder 50, J. G. Reichle 42, Neipp & Faul 80 und bei Christ. Binder 60 Arbeiter. Die Weiterleitung an die „Délégation Supérieure“ ergab, dass für 16 Uhr eine Unterredung zwischen Staatspräsident Bock und Gouverneur Widmer angesetzt worden war. Im Laufe des Nachmittags wurden weitere sechs Betriebe mit 415 streikenden Arbeitern gemeldet. Die Beteiligten begannen zu recherchieren, wie der Streik in Reutlingen begonnen hatte und „auf Tuttlingen übergegriffen hat“.²⁴¹ Es wurde darüber gesprochen, dass der dortige Kreisdelegierte scharf und ungeschickt vorgegangen sei und damit den Konflikt verschärft habe. Fleck setzte sich bei den Arbeitern ein, die Arbeit wiederaufzunehmen. Der Berichterstatter Estrade kommentiert dies durchgehend wohlwollend. Es hatte sich erkennbar ein Konsens zwischen Militärregierung und Gewerkschaft gebildet, der sich letztlich durchsetzte. Der Kreisdelegierte und Fleck waren sich darin einig, dass es sich um eine versuchte Machtdemonstration der Arbeitgeber gehandelt habe und sich der Verlauf positiv auf die Anerkennung der Gewerkschaften bei den Arbeitern ausgewirkt habe. Die Lösung des Konflikts bestand darin, dass die Arbeitgeber den arbeitsfreien 1. Mai bezahlen mussten. Es wurde besprochen, dass Fleck auf der Versammlung, die den Aufstand beendete, auch darüber berichten sollte, dass aktuell eine Kalorierhöhung der Rationen stattfinde und „dass die französische Militärregierung und die deutsche Regierung zur Zeit das Versorgungsproblem erörtern, mit dem beiderseitigen Wunsch, eine Verbesserungsmöglichkeit zu finden“.²⁴² Die französischen Behörden versuchten, die angespannte Situation durch Entgegenkommen im Ernährungsbereich zu lindern.

Das Verhalten und die Kommunikation in diesem Vorgang zeigten, dass die französischen Stellen empfindlich auf potenzielle Unruheherde reagierten und sich der gefährdeten Ordnung bewusst waren. Dies ist aus der Beobachtung der Vernetzung der Arbeiterstädte zu schließen: „Wir werden sicher keine Streikbewegungen in dem Umfang haben, wie sie in Nachbarzonen auftreten.“²⁴³ Estrades Bericht ist geprägt davon, seine Strategie als Erfolg darzustellen. Diese beruhte danach auf genauer Überwachung und Beobachtung. Im richtigen Moment zog er sich zurück und überließ den Gewerkschaften die abgesprochenen Aktionen, nicht ohne dies als Förderung der Selbstständigkeit deutscher Institutionen zu deklarieren. Die Gewerkschaftsinstitutionen hatten in seinen Augen Pazifizierungsfunktion, auch wies er auf die bisherige wohlwollende Genehmigungspraxis hin, die jederzeit anders gehandhabt werden könne.

²⁴⁰ ESTRADÉ, Jean Lucien: „Tuttlingen April 1945–September 1949“, 1990, S. 127.

²⁴¹ ESTRADÉ, Jean Lucien: „Tuttlingen April 1945–September 1949“, 1990, S. 128.

²⁴² ESTRADÉ, Jean Lucien: „Tuttlingen April 1945–September 1949“, 1990, S. 129.

²⁴³ ESTRADÉ, Jean Lucien: „Tuttlingen April 1945–September 1949“, 1990, S. 130.

Streiks und Protestkundgebungen traten mit verschiedenen Adressaten und Motivationen auch an anderen Orten auf. Am 1. Mai 1947 forderten die Arbeiter Verpflegungsmarken für Schwerstarbeiter und drohten mit Streik, der nur durch Entgegenkommen der Behörden abgewendet werden konnte.²⁴⁴ Am 12. November 1947 versammelten sich in Schwenningen „2000 Menschen“, um gegen die angekündigten Demontagen zu demonstrieren.²⁴⁵ Im Landtag wurde mehrfach gegen Streiks und zur Mäßigung aufgerufen.²⁴⁶

Fleck war Gewerkschafter und vertrat seine Institution konsequent nach allen Seiten. Er grenzte sich von den in dieser Zeit auch im Westen auftretenden SED-Sympathisanten und deren Forderung nach einem Generalstreik ab. Offener war er gegenüber den angestammten KPD-Betriebsräten und auch deren Partei. Er setzte sich im Rahmen seiner Abgeordnetentätigkeit dafür ein, dass ihnen ein Platz in der Landesregierung eingeräumt werden sollte. Seine Handlungen zielten auf eine breite Solidarität ohne unnötige Konfrontation mit der Militärregierung ab. Andererseits schreckte er nicht davor zurück, auf die Missstände deutlich hinzuweisen, wie in dem Gesprächsprotokoll zu erkennen ist. Er schätzte die Anlässe (1. Mai) als oberflächliches Symptom ein, das zugrundeliegende Dauerproblem war für ihn die Versorgungslage, wie dies auch von den streikenden Arbeitern angeführt worden war. An verschiedenen Stellen arbeitete er für dieses Ziel. Im Landtag trug er die Idee vor, dass sich Landwirte und Arbeiter solidarisieren sollten. Auch den Bauern fehlten Güter, die in den Fabriken zu erhalten waren. Auf diese Art wollte er unter anderem dem Schwarzmarkt die Grundlage entziehen. Die Entwicklung der Arbeiterbewegung und deren Kommunikation zeigen, dass das Hungerthema dominierte und ihre Mitglieder und Funktionäre mit vielen Aktivitäten eine Lösung anstrebten.

2.6.5 Deutung und Bewältigungshandeln aus der Perspektive der Arbeiterbewegung

Die Gewerkschaften waren nicht nur Interessenvertreter der Arbeiter, ihre Bemühungen um die Lösung der Probleme richteten sich auf die Lage der gesamten Bevölkerung und den Neuaufbau des Staates. Karl Gengler verband diese Bereiche in seinem Engagement. Er war sowohl Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der Gewerkschaften in der französischen Besatzungszone Württembergs als auch Präsident des Landtages von Württemberg-Hohenzollern. In seiner Antrittsrede bei der 1. Sitzung des Landtags verband er die grundlegenden Elemente der materiellen Sicherung der Bevölkerung mit der politischen Entwicklung. Als „größte und wichtigste Aufgabe“ sah er den „Kampf gegen die Not“ und den „Aufbau des demokratischen Staates“ und betonte: „Diesem demokratischen und sozialen Staat

²⁴⁴ Vgl. Stadtarchiv Rottweil (Hg.): *Chronique du cercle de Rottweil*, 2000, S. 133.

²⁴⁵ Stadtarchiv Rottweil (Hg.): *Chronique du cercle de Rottweil*, 2000, S. 139.

²⁴⁶ Vgl. BOCK, Lorenz: *Verhandlungen des Landtags, Protokolle*, 6. Sitzung vom 30.09.1947, S. 83.



Abb. 21: Karl Gengler (in der Mitte). Geschäftsführender Vorsitzender des Landkartells der Christlichen Gewerkschaften für Württemberg-Hohenzollern. Mitglied des Landtags für die CDU und Landtagspräsident. Hier im Gespräch mit dem FDP-Politiker Theodor Heuss (links) und Fritz Eberhard (rechts), Mitglied der SPD und ehemaliger Widerstandskämpfer bei der Abschlussveranstaltung des Parlamentarischen Rates in Bonn am 23. Mai 1949. Quelle: Bestand Erna Wagner-Hehmke, Stiftung Haus der Geschichte, Bonn.²⁴⁷

sind wir verpflichtet.²⁴⁸ Auf diese Weise entstanden ebenenübergreifende Verflechtungen zwischen den Alltagsnöten der Bevölkerung, deren organisierten Vertretern und den Institutionen des demokratischen Neuaufbaus. Die Lösung der Versorgungsprobleme wurde zur Bewährungsprobe für die politische Ebene und trug letztlich zur Akzeptanz des Neuaufbaus und dessen Repräsentanten bei.

In einer EntschlieÙung der Landeskonzferenz der Gewerkschaften Südwürttemberg-Hohenzollerns am 5. Oktober 1946 wurden Forderungen zusammengestellt, deren Begründung und Kontextualisierung die zunehmende Dramatik der Situation verdeutlichen. Zuerst wurde festgehalten, dass die traditionellen Arbeitsbereiche, wie z. B. Sicherung der Löhne und Arbeitsbedingungen nicht mehr isoliert angegangen werden können. Die wesentlichen Ziele des Wiederaufbaus und der Neugestaltung Europas, aber auch der Besserung der Lebenslage der Bevölkerung

²⁴⁷ Das Foto ist aus dem Bestand Erna Wagner-Hehmke: Haus der Geschichte, Bonn: <https://www.fu-berlin.de/presse/publikationen/tsp/2019/tsp-april-2019/fritz-eberhardt/index.html> (Letzter Abruf: 11.05.2023).

²⁴⁸ GENGLER, Karl: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 1. Sitzung vom 03.06. 1947, S. 3.

seien nur im Zusammenhang mit der Errichtung einer anderen „Wirtschaftsgestaltung“ denkbar.²⁴⁹ Diese müsse nach der Resolution planwirtschaftlich sein. Betont wurde die Verstaatlichung der „Großunternehmungen, die Monopolcharakter besitzen“. Die weiteren Forderungen entsprachen z.T. auch denen der aktiven Politiker und hatten das Ziel, die einheimische Wirtschaft zu stärken, so z.B. den eigenständigen Außenhandel oder die Aufhebung der Zonengrenzen. Die Lebensmittelversorgung nahm einen zentralen Teil neben der Wirtschaftspolitik und der Forderung nach Rückkehr der Kriegsgefangenen ein. Die ausreichende Verfügung über Nahrungsmittel wurde als Grundvoraussetzung für jeden weiteren Aufbau gesehen. Den Widerspruch zwischen Ankündigungen und tatsächlich eingehaltenen Lieferungen empfand man als dramatisch und sah ihn „mit größter Sorge“.

„Es hat sich erwiesen, daß alle Ankündigungen von Besserungen der Lebensmittelzuteilungen bisher mit der Wirklichkeit nicht in Einklang gebracht werden konnten. Darum sind die Gewerkschaften von der Tatsache, daß gegenwärtig Versorgungsberechtigten nur ein Zentner Winterkartoffeln zugestanden wird, viel mehr beeindruckt als von dem Umstand, daß in der Presse Pläne über eine Verbesserung der Nahrungsverhältnisse veröffentlicht werden.“²⁵⁰ Die Gewerkschafter wiesen im Folgenden darauf hin, dass das Land „erhebliche Mengen von Nahrungsmitteln“ produzierte und dennoch die Bevölkerung nicht ausreichend versorgt war. Ein geradezu drohendes Szenario wurde mit dem Hinweis entworfen, dass die Gewerkschaften die Verantwortung ablehnten „für jene katastrophalen Zustände, die zwangsläufig eintreten, wenn die Versorgung der Werktätigen mit Nahrung, Kleidung und Schuhwerk nicht ausreichend verbessert wird.“²⁵¹ Zum Abschluss appellierte die Versammlung mit Bezug auf die aus ihrer Sicht offensichtlichen Zusammenhänge an die verantwortlichen Stellen.

Die Entschließung der Landeskonferenz wies die Merkmale des Versuchs zur Bewältigung der Notsituation auf. Am Ende des Jahres 1946 wurde noch keine Besserung gesehen. Alle Texte dieser Art folgten einem Muster und durch den konstruktiven Ansatz und die Benennung von Lösungsmöglichkeiten und Forderungen bildeten sie eine Form, die man als Bewältigungskommunikation bezeichnen kann.²⁵² Deren Merkmale waren ebenfalls in den weiteren Reden, Resolutionen

²⁴⁹ Dieses und die beiden folgenden Zitate: Archiv des DGB Bezirks Stuttgart, Aktenordner GB SWH. 5.10.1946. Zitiert nach IG Metall, Verwaltungsstelle Reutlingen (Hg.): *Wir lernen im Vorwärtsgen*, 1990, S. 552.

²⁵⁰ Entschließung der Landeskonferenz der Gewerkschaften Südwürttemberg-Hohenzollern. Zitiert nach IG Metall, Verwaltungsstelle Reutlingen (Hg.): *Wir lernen im Vorwärtsgen*, 1990, S. 553.

²⁵¹ Entschließung der Landeskonferenz der Gewerkschaften Südwürttemberg-Hohenzollerns. Zitiert nach IG Metall, Verwaltungsstelle Reutlingen (Hg.): *Wir lernen im Vorwärtsgen*, 1990, S. 553 f.

²⁵² Dieser Begriff schließt an das Konzept der „Bedrohungskommunikation“ an, der in Teilen hier ebenfalls anwendbar ist, vgl. Kapitel I. 2.4 Kulturgeschichtliche Ansätze zum Verständnis des Hungers. In den vorliegenden Aussagen der Gewerkschaftsvertreter dominiert das Element der konstruktiven Neuorientierung und Bewältigung.

und Erklärungen zu finden. Sie enthielten eine deutliche Situationsschilderung oder -beschreibung, waren oft sprachlich und rhetorisch akzentuiert, mit signifikanten sprachlichen Mitteln der Verstärkung, enthielten einen Hinweis auf die kurzfristigen Ursachen und ebenfalls grundlegende langfristige Erklärungsansätze. Der Ausblick auf eine mögliche negative Entwicklung führte zu Bewältigungsempfehlungen oder -forderungen. Die Ansprache eines Adressaten war unverzichtbar. Zur Analyse und Einordnung der Deutung waren die Erklärungsansätze, die Handlungsempfehlungen und der Adressat von besonderer Bedeutung. Der Appell richtete sich an die verantwortlichen Stellen der französischen Militärregierung. Die regionalen Landwirtschaftsämter (Kreis, Land) wirkten aus der Sicht der Gewerkschaften lediglich durch die Informationen über die Ablieferungen mit. Die Unbestimmtheit in der Bezeichnung „verantwortliche Stellen“²⁵³ trug dieser Situation Rechnung, eine konkrete Zuweisung der Verantwortung wurde vermieden, Kritik an der Militärregierung war verboten. In der Erklärung der Zustände überwog die Betonung systemischer Zusammenhänge unter der Überschrift „Wirtschaftspolitik“. Daraus resultierten die Forderungen nach selbstbestimmter wirtschaftlicher Tätigkeit in der Produktion und beim Export. Eine Aufhebung der Grenzen, die den Austausch der Güter und die Zufuhr von Rohstoffen verhinderten, gehörte ebenfalls zu den Forderungen. Im streng gewerkschaftlichen Interesse war die Überwachung der Preise, um den Lohnstopp nicht zur zunehmenden Benachteiligung der Arbeitnehmer werden zu lassen. Damit standen deutliche negative Charakterisierungen der Versorgungssituation neben einem gemäßigten Deutungsmuster, das auf eine konstruktive pragmatische Lösung innerhalb der vorgegebenen Umstände zielte.

In ähnlicher Weise waren die Kundgebungen und Ansprachen bei den eingeführten Formaten gestaltet, z. B. bei den Maifeiern. Verknüpft wurden die Forderungen bei den größeren Anlässen häufig mit den Zielen der Demokratie, der Völkerverständigung, der Internationalität und dem Wunsch nach Frieden. Auffällig waren die unmittelbar damit verbundenen Forderungen nach einer ausreichenden Versorgung. Die Textsorten und die Anlässe brachten situationsgebunden unterschiedliche Schwerpunkte hervor. Plakate und Aufrufe zum 1. Mai sprachen alle Bürger an und waren kurz und prägnant bei den Forderungen. Am 30. April 1947 rief das Kreiskartell Reutlingen zur Feier des 1. Mai auf. Betont wurde die Gemeinsamkeit der „deutschen Schaffenden“ mit den „Millionen anderer Länder“ in dem Kampf „für die langersehnte Einheit, für Freiheit, Brüderlichkeit und Völkerfrieden, für Sozialismus und Demokratie [...] An diesem Tag aber wollen auch wir wieder aufs Neue den Kampf aufnehmen gegen jede Diktatur und Reaktion, gegen Faschismus und Militarismus, gegen Knechtschaft und Ausbeutung, gegen Verdummung und

²⁵³ Entschließung der Landeskonferenz der Gewerkschaften Südwürttembergs-Hohenzollerns, 5. Oktober 1946. Zitiert nach IG Metall, Verwaltungsstelle Reutlingen (Hg.): *Wir lernen im Vorwärtsgen*, 1990, S. 554.



Abb. 22: 1. Mai 1946. Erste Großdemonstration in Reutlingen, Karlstraße. Quelle: StadtA Rt S100 Nr. 11376, Foto: Dohm.²⁵⁴

Verelendung, gegen Wucher und Schwarzhandel.“²⁵⁵ Signifikant ist die Verbindung der unterschiedlichen Forderungen. Das gewerkschaftsspezifische Ziel, Mitbestimmung zu erlangen, steht neben dem allgemeinpolitischen nach Demokratie und Freiheit. Durchgehend sind die elementaren Anliegen eingewirkt: „Wir fordern gerechte Verteilung der vorhandenen Nahrungs- und Bekleidungsmittel.“

Der Blick auf die verschiedenen Ansätze, die zum Teil neu entstanden waren oder auch an die Traditionen der Arbeiterbewegung anknüpften, zeigt die Offenheit der Situation durch die Vielfalt der Meinungen und Konzepte. Sichtbar wurden auch die Konfliktlinien und Anknüpfungspunkte zwischen den einzelnen Gruppen und gegenüber der Militärregierung. Dem Handeln der Arbeiter musste als der am stärksten betroffenen Gruppe besondere Bedeutung zukommen. Sie mussten unmittelbar auf die Versorgungsproblematik reagieren, da sie nicht über eine eigene Produktion verfügten. Auf dem Höhepunkt der Krise konnte dies auch das Verlassen des Arbeitsplatzes zu Gunsten der Landwirtschaft bedeuten. Die intensive Betonung der Wahrnehmung des Hungers mit den Begriffen Not, Hunger oder Probleme der Lebensmittelverteilung war in allen Veröffentlichungen der Arbeitervertretungen zu finden. Neben ihrer alltäglichen lebenserhaltenden

²⁵⁴ Der 1. Mai 1946. In: Stadt Reutlingen (Hg.): Reutlingen 1930–1950, 1995, S. 301.

²⁵⁵ Dieses und das folgende Zitat: Aufruf der Gewerkschaft. In: Schwäbisches Tagblatt vom 30.4. 1947.

Selbstversorgung richtete sich ihr Interesse auf die Bewahrung ihrer Arbeitsfähigkeit und des Arbeitsplatzes als ihre spezifische Form des Lebensunterhalts. Damit wurden auch ihre Organisationen und Vertretungen bedeutsam. Deren Ansätze zur Lösung deckten ein breites und heterogenes Spektrum ab: Konstruktivität beim Wiederaufbau, Engagement für die Versorgung der Beschäftigten, Aufarbeitung der aus ihrer Sicht grundlegenden Ursachen des Nationalsozialismus und Beseitigung der Reste der faschistischen Herrschaft. In der Frage des Neuaufbaus mussten die Widersprüche zwischen der kommunistischen und der sozialdemokratischen Linie sichtbar werden. Die heterogenen Facetten der Arbeiterbewegung waren noch eine Zeit lang nach dem Krieg zu beobachten, dies sprach für die Offenheit der Situation. Die Entscheidung für eine westlich orientierte Konzeption der Demokratie und Wirtschaft wurde durch mehrere Ereignisse unterstützt. In den Landtagswahlen konnte die KPD keine entscheidenden Anteile erringen, was mehrere Gründe hatte: Führende Akteure der Partei siedelten in die sowjetisch besetzte Zone über und nach einer Neuausrichtung der französischen Politik, beeinflusst durch die für Frankreich enttäuschende Haltung der Sowjetunion in der Saarlandfrage und durch den Kalten Krieg, der sich immer stärker bemerkbar machte, wurden die Kommunisten zunehmend zu unwillkommenen Partnern in der französisch besetzten Zone. Dazu kam, dass die unerwünschten Streiks von den französischen Behörden überwiegend den Kommunisten zugeschrieben wurden. Die Widerstandsformen der Arbeiter erstreckten sich auf viele Missachtungen der offiziellen Regelungen und handelten damit bewusst außerhalb der Legalität. Noch gravierender waren die öffentlichen Protestformen im Rahmen gewerkschaftlicher Aktivitäten und zuletzt illegale Streiks. Die Arbeiterbewegung nutzte die in ihrer Organisation geläufige Form der Aufmärsche, 1. Mai-Veranstaltungen oder Streiks, um Protest zu artikulieren. Immer wieder wurden kleine Zugeständnisse erreicht, die permanent geäußerte Unzufriedenheit trug neben anderen Gründen dazu bei, dass die französische Militärregierung ihre Wirtschaftspolitik revidierte. Es waren nicht nur die Ereignisse im Land, sondern die Streikbewegungen flammten seit 1946 auch im Ruhrgebiet immer wieder auf und deren Potenzial zur Ausbreitung war gefürchtet.

Die Erholung der gewerblichen und industriellen Produktion wurde ausschlaggebend für die Lösung der Hungerkrise. Dadurch konnte die Grundlage geschaffen werden, die Menschen der industrialisierten Gesellschaft zu ernähren. Der Blick auf die Lebensbedingungen der Arbeiter zeigt, dass die Auswirkungen für diese Gruppe besonders gravierend waren. Eine Beseitigung ihres Nahrungsmittel mangels war nur durch die Förderung der ganzen Wirtschaft möglich. Kurzfristig mussten sich die Forderungen gegen die Hortung von Lebensmitteln und auf die Überwachung der Preisvorschriften richten, eine ständige Forderung wurde mit der Partizipation und Mitgestaltung im Wirtschaftsleben erhoben. Eine institutionell gesicherte Mitbestimmung als zentraler Schritt zu einer Wirtschaftsdemokratie blieb in diesem Zeitraum noch unerfüllt. Das beständige Wirken der Arbeiter und ihrer Vertreter trug dennoch substanziell zu einer kontinuierlichen

Verbesserung der Lebensbedingungen und der Erholung der Wirtschaft bei, und war somit ein fundamentaler Beitrag zum Wiederaufbau. Ein verlässlicher Markt und die Freigabe von zurückbehaltenen Produkten wirkten sich günstig auf die Nahrungsmittelversorgung aus und das Ende der Hungerkrise wurde durch die sich erholende Allgemeinwirtschaft eingeleitet. Die sozialen Bedingungen änderten sich für die Arbeiter aber nicht unmittelbar. Die Landratsämter berichten über ein besseres Warenangebot, dem ein Mangel an Geldmitteln auf der Seite der Arbeiter gegenüberstand, das durch Arbeitsverdienste ausgeglichen werden musste. Die spürbare Erholung verzögerte sich noch.

3. „Phase administrative“ – die zentrale Funktion der Verwaltung

Während der Besatzungszeit musste die Minimalversorgung für die Bevölkerung aufrechterhalten bleiben. Im Kapitel II. 2. wurden in der Darstellung des Verlaufs der Hungerkrise viele Aktivitäten der Verwaltung herausgearbeitet, die auf die Sicherung der Versorgung zielten. Es konnten dabei viele konkrete Operationen und Maßnahmen aufgezeigt werden. Die französische Militärregierung ließ deshalb Kontinuität in der Verwaltungstätigkeit kontrolliert zu, im Gegensatz zur politischen Betätigung, deren Aufbau später sukzessiv folgte. Die französischen Besatzer kooperierten mit Teilen der deutschen Verwaltung, um die Versorgung mit Nahrungsmitteln zu gewährleisten, da es sich abzeichnete, dass die französische Zone das Problem des Nahrungsmittelmangels nicht allein lösen konnte. Die „Phase administrative“ verlief zeitlich parallel zur „Phase pratique“. Auch war die Verflechtung mit der politischen Ebene des Landes sehr eng, das wird hier auch dadurch deutlich, dass neben Aktivitäten der Verwaltung auch die der Politik durch entsprechende Diskussionen in den Verhandlungen des Landtags einbezogen werden. Der Mangel erforderte besondere Maßnahmen zur Bewältigung der Not auf allen Ebenen. Unter diesen Voraussetzungen setzten die Verwaltungen unmittelbar nach der Besetzung ihre Arbeit fort. In der ersten Besprechung über Ernährungsfragen am 24. April 1945 mit der neugebildeten „Gruppe Ernährung“, die aus Referenten der Stadt Reutlingen und Vertretern des Lebensmittelhandels bestand, formulierte dies der neuernannte kommissarische Oberbürgermeister Oskar Kalbfell in Reutlingen pointiert als „die Ernährungsfrage“.²⁵⁶

3.1 Die Institutionen: Sukzessiver Aufbau von unten

Den unteren und mittleren Verwaltungsebenen kam in der ersten Phase der Nachkriegszeit eine Schlüsselrolle zu. Für einige Zeit gingen die Handlungen von diesen Ämtern aus. Über die Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung der Kontinuität wird

²⁵⁶ KALBFELL, Oskar: Ansprache bei einer Besprechung betr. Ernährungsfragen. 24.04.1945. StadtA Rt AdN 2a, S. 1 und S. 3.

unterschiedlich berichtet. Die kleineren Gemeinden konnten sich „verhältnismäßig leicht helfen“, in der Stadt herrschten größere Schwierigkeiten, „da die maßgebenden Personen es vielfach vorgezogen haben, das Weite zu suchen oder zum mindesten ihrem Arbeitsplatz möglichst lange fern zu bleiben“.²⁵⁷ Unmittelbar nach der Besetzung setzte die Militärregierung neue Verantwortliche in der lokalen Verwaltung ein. Nach dem Zusammenbruch aller Reichs- und Länderinstanzen war die oberste Staatsgewalt an die alliierten Siegermächte übergegangen. Der südöstliche Teil der französischen Besatzungszone bestand aus 15 württembergischen, zwei hohenzollerischen Kreisen und dem Kreis Lindau. Darauf war vorläufig das Leben beschränkt.

Der Alltag wurde durch die unteren Verwaltungsbehörden aufrechterhalten, an deren Spitze nun nicht belastete Personen eingesetzt worden waren. Die bisherigen Bürgermeister und Landräte wurden entlassen, wenn sie NSDAP-Mitglieder waren, nur in Ausnahmefällen konnten sich Einzelne noch einige Monate halten. Die Landkreise wurden zur wichtigsten Verwaltungseinheit, die selbstständig wirtschaften musste. Für alles waren Genehmigungen durch die Militärregierung erforderlich, z. B. für das Verlassen des Kreisgebietes und für die Ausfuhr von Waren. Eine ähnlich starke Stellung wie die Landräte hatten die Bürgermeister der großen Städte mit über 20000 Einwohnern, dazu zählten in der ersten Phase nach dem Krieg Ravensburg, Reutlingen, Schwenningen und Tübingen. In Balingen, Reutlingen und Tübingen wurden beide Ämter eine Zeit lang in Personalunion ausgeübt. Von diesen Stellen ging die Verwaltungstätigkeit aus, man charakterisierte die Landkreise der ersten Zeit als „Wirtschaftsrepublik“, die auf eigene Rechnung arbeiteten.²⁵⁸ Die oberste Staatsgewalt war nach der Kapitulation an die Alliierten übergegangen. Alle Anordnungen wurden von der Militärregierung, bzw. vor Ort von den Kreisdelegierten nicht nur gegeben, „sondern auch überwacht“, die Landräte mussten „sowohl gegenüber der Besatzung, als auch gegenüber der deutschen Verwaltung geradestehen“.²⁵⁹ Das erzeugte besonders bei unpopulären Maßnahmen Reibungen: Requirierung von Wohnungen, Ablieferungen, Ernteschätzungen, Hofbegehungen, Festsetzung von Strafen usw. Da die Anweisungen von verschiedenen Stellen kommen konnten, ergaben sich für die lokalen Beamten immer wieder widersprüchliche Vorgaben, die schwer erfüllbar waren. Die Stelleninhaber wurden überwacht und gegebenenfalls zur Verantwortung gezogen, so wurden z. B. die Landräte von Münsingen und Ehingen abgesetzt, als ihre Kreise den festgesetzten Ablieferungspflichten nicht nachgekommen waren, aus anderen Gründen wurden Bürgermeister zum Teil von „Säuberungskommissionen“ in den Ruhestand versetzt.²⁶⁰ Der Ratschlag von Carlo Schmid auf einer Landrätetagung war bezeichnend für die Haltung, mit diesen Gegensätzen umzugehen: „Nachsicht ist

²⁵⁷ Ernährungsreferat Reutlingen: Bericht über die Ernährungslage seit der Besetzung, 16.05.1946. StadtA Rt AdN 1655.

²⁵⁸ SPEIDEL, Hans: Neubeginn von unten, 1982, S. 47.

²⁵⁹ SPEIDEL, Hans: Neubeginn von unten, 1982, S. 50.

²⁶⁰ SCHMID, Carlo: Landrätetagung, Biberach, 03.08.1946, S. 8. StadtA Rt AdN 1957.

ein gutes Mittel, die bösen Zeiten zu überbrücken.“²⁶¹ Nach dem Prinzip des Aufbaus von unten, wurden beratende Gremien eingesetzt, später auch gewählte, die zunehmend Befugnisse hatten. 1947 schließlich entstanden der Landtag und die Landesregierung.

Die Akteure der Verwaltung und Politik auf lokaler und auf Landesebene handelten nach 1945 an den Schnittpunkten aller Lebensbereiche. Vulnerabilität war überall erfahrbar und die Maßnahmen mussten die Faktoren auf allen Ebenen tangieren. Hier wurden die Probleme wahrgenommen, artikuliert, diskutiert und es wurde nach Lösungen gesucht. Der Austausch darüber fand in den jeweils zentralen Institutionen statt. Dazu gehörten insbesondere die gemeindeinternen Besprechungen der Referenten und die Bürgermeistertagungen innerhalb der Kreise.

Die Verwaltung stand vor großen Aufgaben und musste täglich Maßnahmen ergreifen, die nicht jedermann gefielen. Die öffentlichen Stellen wurden zur Anlaufstelle für Beschwerden. Zwischen den Zeilen eines Aufrufs der Stadtverwaltung Reutlingen ist deutlich erkennbar, dass mit diesen Beschwerden ruppiges Verhalten verbunden war.²⁶² Die Stadtverwaltung Reutlingen sah sich veranlasst, auf Akzeptanz in der Bevölkerung hinzuwirken. In einem Artikel im Amtsblatt forderte sie bereits in der Überschrift zu „mehr Verständnis für die Arbeit der Stadtverwaltung“ auf.²⁶³ Darauf folgten Klarstellungen und Erklärungen: „Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung hat offensichtlich wenig Ahnung von den Sorgen, die die Stadtverwaltung bewegen, und von den vielfältigen Nöten, die – als Folge des von der früheren Regierung hinterlassenen Chaos – täglich gemeistert werden müssen. [...] Er bedenkt nicht, wie schwer die Aufgaben [...] auf den verantwortlichen Männern lasten, die das Erbe einer Vergangenheit übernommen haben, dessen Konsequenzen den meisten erst nach und nach klar werden dürfte.“ Die Folgen wurden der Bevölkerung mit den Hinweisen verdeutlicht, „daß der Krieg, der nun zu Ende ist, nicht nur alle Rohstoffe, die Deutschland besaß, sondern auch die Grundsubstanz weitgehend verschlungen hat. [...] [und] daß zu den materiellen Schäden und den geistigen Verwüstungen, die der Krieg mit sich gebracht hat, Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Ernährung kommen, deren Auswirkungen sich noch nicht übersehen lassen und daß wir vorläufig mit Rationen auskommen müssen, die unter dem liegen, was zur Erhaltung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit erforderlich wäre.“ Im Folgenden wurde noch auf den Geldmangel, die Transportschwierigkeiten und die Probleme der Industrie hingewiesen. Dazu gehörte der ökonomische Kreislauf, denn die Industrie könne nur nach Anlieferung von Kohle arbeiten. Das wiederum war nur nach Reparatur der Gleise möglich, die nur mit

²⁶¹ SCHMID, Carlo: Landrätetagung, Biberach, 03.08.1946, S. 8. StadtA Rt AdN 1957.

²⁶² Vgl. Gouvernement militaire de Reutlingen: Informations de Gouvernement Militaire de Reutlingen. Amtliche Bekanntgaben für Stadt und Kreis Reutlingen, 21.08.1945, S. 1, StadtA Rt., Amtsblatt C1 1.

²⁶³ Dieses und die folgenden zwei Zitate: Gouvernement militaire de Reutlingen: Informations de Gouvernement Militaire de Reutlingen. Amtliche Bekanntgaben für Stadt und Kreis Reutlingen, 21.08.1945, S. 1. StadtA Rt., Amtsblatt C1 1.

den von der Industrie bereitgestellten Produkten erfolgen konnte. Die Verwaltung benannte damit klar die Zusammenhänge.

Dem Beispiel der Bürgermeistertagungen folgend wurden im November 1945 Landrätetagungen eingerichtet. Der Aufbau des Parlaments erfolgte später mit dem Beginn der Verhandlungen des Landtags im Juni 1947. Die Protokolle legen offen, dass die Themen der Hungerkrise alle Ebenen gleichermaßen bestimmten. Es mussten die Erfahrungen und das Sachwissen ausgetauscht und gemeinsame Strategien entwickelt werden. Dabei ging es um die Sicherung und Verbesserung des Nahrungsmittelangebots, die Regelung der Zugangsrechte, flankierende Maßnahmen zur Produktion und Verteilung, Förderung der Wirtschaft, Information der Öffentlichkeit, übergeordnete strategische politische und ökonomische Konzepte und das Verhältnis zur Besatzungsmacht.

Zuerst richtete Frankreich in Stuttgart eine Militärregierung ein und diese wurde Anfang Juli 1945 zunächst nach Freudenstadt verlagert, Ende Juli 1945 wurde Baden-Baden der Sitz der zentralen Militärregierung. Im September wurde die regionale Militärregierung in Tübingen eingerichtet. Dort schuf die französische Militärregierung das „Staatssekretariat für das französisch besetzte Gebiet Württemberg und Hohenzollerns“ als provisorische deutsche Regierung. Vor Ort handelten die Kreisdelegierten in den Kreisstädten.

Die Landräte und Bürgermeister waren politisch nachgeordnet und weisungsgebunden, als wichtige Berater der Besatzungsbehörden und durch ihr jeweiliges Verhandlungsgeschick konnten sie andererseits Handlungsspielräume eröffnen und für die Bevölkerung Erleichterungen erreichen. In der Anfangszeit mussten sie häufig nach eigenem Ermessen agieren. Carlo Schmid bezeichnete dies als „aus dem Sattel regieren“²⁶⁴, da die Besatzungsbehörden sich kurz nach der Besetzung noch nicht zu allen Problemen geäußert hatten. Staatsrat Carlo Schmid stellte dies später als Zeit einer „gesetzesfreien Verwaltung“ dar, eine Gemeinde- und Kreisordnung wurde im Jahr 1946 verabschiedet.²⁶⁵

3.2 Die Verwaltung, Krisenwahrnehmung und Handlungsspielräume

Große Bedeutung für die kommenden Handlungen kam dem Verständnis der Situation durch die Amtsträger zu: Ihre Analyse der aktuellen Probleme und die Interpretation der Vergangenheit sollte ihre Strategien prägen und eine Basis für das Verhältnis zur Besatzungsmacht bilden. Aus der Perspektive der Verantwortlichen in Verwaltung und Politik bestand ein weitgehender Konsens in der Wahrnehmung und Deutung der Lage und der verursachenden Faktoren – das traf auf Mitglieder aller Ebenen, Bürgermeister, Landräte und Abgeordnete zu. Die Wahrnehmung der Dramatik des Versorgungsmangels und seiner Folgen wird in der Wortwahl der Zeitgenossen deutlich: „Not“, „Hunger“, „Notstand“ betonten die Erfahrung

²⁶⁴ SPEIDEL, Hans: Neubeginn von unten, 1982, S. 48.

²⁶⁵ Landrätetagung, Balingen, 02.02.1946, S. 1. StARt AdN 1957.

gen der Betroffenen. Den Stellenwert beschrieb Oskar Kalbfell in der ersten Besprechung mit den Referenten: „[...] die Ernährungsfrage wird uns im weiteren am meisten beschäftigen; denn wenn wir nichts mehr zu essen haben, hört alles auf.“²⁶⁶ Die Begriffe weisen sowohl auf die emotionale Seite der Bedrohung als auch auf die verwaltungstechnische lösungsorientierte Seite hin. Die Ernährungsfrage war das Leitmotiv aller Besprechungen.

In der Deutung wurden durchgehend der Krieg und die nationalsozialistische Herrschaft von 1933 bis 1945 als Hauptgründe angeführt, das entsprach der Erfahrung dieser Gruppe, in der die Biografien häufig demselben Muster folgten. Danach waren sie weitgehend in der Weimarer Republik aktiv gewesen, wurden 1933 aus ihren Ämtern entfernt und hatten die folgende Entwicklung als Zeitzeugen oder sogar als Opfer erlebt. Stellvertretend sei hier der Beitrag des Abgeordneten Ludwig Wieland (KPD) in den Verhandlungen des Landtags angeführt, für den es viele weitere Entsprechungen gibt: „Man darf bei der Gesamtsituation aber niemals übersehen und muß es immer und immer wieder auch an dieser Stelle betonen, daß diese Situation, in der wir heute auch in ernährungspolitischer Beziehung stehen, nichts anderes ist als eine Folge der Nazipolitik, die Deutschland in diese unheilvolle Lage überhaupt gebracht hat.“²⁶⁷ Auch die Probleme des Frühjahrs 1945 wurden auf die NS-Amsträger zurückgeführt. Jeder war Augenzeuge der sinnlosen Zerstörungen bei Kriegsende, als sich die nationalsozialistischen Funktionäre und Teile der Wehrmacht zurück zogen. Auch in den lokalen Besprechungen wurde dies thematisiert. Der kommissarische Oberbürgermeister von Reutlingen prangerte immer wieder die Hauptschuldigen an und berichtete konkret von Gesprächen mit Kreisleitern und Bürgermeistern, die nun unter Bewachung in Internierungslagern lebten. Er hob ihr verändertes Verhalten hervor, das in krassem Gegensatz zu ihrem früheren herrischen Auftreten stand. Kalbfell hatte sie in Lagern aufgesucht und befragt. Er verband damit die Frage nach der Orientierung der Jugend, die neue Angebote von Menschlichkeit, Frieden, Freiheit und europäischer Gemeinsamkeit erhalten sollte. Als Basis der gemeinsamen Arbeit definierte er, sich nicht nach Parteien zu richten, sondern „nach dem Grundsatz höchster sittlicher Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit. [...] Wir wollen alle zusammen eine Gemeinschaft bilden, die alle Kräfte einsetzt für das große Ziel, ein neues, schöneres und besseres Deutschland zu schaffen. Wir wollen den europäischen Menschen, der achtet und ehrt, was Menschenantlitz trägt.“²⁶⁸

Ein Vergleich mit der Position des Landrats Alfred Bendel aus Ravensburg zeigt den Grundkonsens und die Nuancen in der Interpretation. Der Referent kam bei der Vorstellung seines Landkreises am 2. März 1946 auch auf die Vergangenheit zu sprechen, die „verflossenen zwölf dunklen Jahre“ sollten Gegenstand der Reflexion

²⁶⁶ Besprechung des kommissarischen Oberbürgermeisters Oskar Kalbfell mit den leitenden Beamten des Kreises Reutlingen am 27.04. 1945, S. 2. StadtA Rt AdN 1b-31b.

²⁶⁷ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 7. Sitzung vom 01.10.1947, S. 94.

²⁶⁸ KALBFELL, Oskar: Maiansprache vor den Reutlinger Bürgern auf dem Marktplatz (mit franz. Übersetzung), 01.05.1945. StadtA Rt AdN 4a. 4 Blätter, S. 4.

für die Zukunft sein, er wählte dafür das Bild des „heilenden Arztes“, der die Krankengeschichte kennen müsse.²⁶⁹ Vor Augen stand ihm dabei, dass gerade Notzeiten die Erinnerung notwendig machten. Er ließ keinen Zweifel an dem „nazistischen System [...] der Lüge, des Terrors und der Verantwortungslosigkeit“ und zeigte dies am Schicksal seiner Kreisbewohner auf. Diese hatten überwiegend am christlichen Bekenntnis festgehalten und wurden deshalb von den Nationalsozialisten bedrängt und schikaniert. Spott und Hohn seien die noch geringeren Auswirkungen gewesen. Verfolgung, Vernichtung von Existenzen und die Verpflichtung zu Schanzarbeiten in Kampfgebieten seien manifeste Folgen. Das „Gerechtigkeitsgefühl“ erfordere, „daß der Geist des verbrecherischen und schuldhaften Nazisystems ausgerottet wird“.²⁷⁰ Beide Beispiele zeigen, dass eine Gruppe von Engagierten im ganzen Land sich für eine grundsätzliche Neuausrichtung einsetzte, an deren Beginn die Aufarbeitung der Vergangenheit stehen musste. Die Unterschiede in der Deutung, die sich zwischen den Parteien bei genauerer Betrachtung christlicher oder sozialistischer Positionen herausstellte, blieben vorläufig im Hintergrund, angesichts der Erinnerung an die schrecklichen Vorgänge der jüngsten Vergangenheit und der enormen Aufgaben, die die tägliche Bewältigung der Not erforderten. Zu dem übergreifenden Gefühl einer Schicksalsgemeinschaft gehörte auch, dass sowohl sozialdemokratische Politiker sich auf christliche Werte beriefen als auch Vertreter der CDU von christlichem Sozialismus sprachen. Diese Einstellungen basierten auf der spezifischen Ausprägung des Landes und bauten auf den gemeinsamen Erfahrungen auf. Sie sollten noch für einige Zeit eine Basis für parteiübergreifendes Handeln bleiben, auch die Vertreter der liberalen und kommunistischen Richtung agierten in Vielem in diesem Rahmen.

Auf die neue Situation wurde in den ersten Besprechungen der Ämter eindringlich hingewiesen. Das Personal in diesen Verwaltungsstellen blieb weitgehend im Amt und führte seine Tätigkeit fort, dies war ein bedeutender Faktor in der Sicherung der Versorgung vor Ort.²⁷¹ Die z. T. neu institutionalisierten Bürgermeister und Landräte waren von den französischen Behörden ausgewählte und von einer NS-Vergangenheit unbelastete Personen. Häufig waren sie politisch Aktive aus der Zeit der Weimarer Republik. Unter ihnen bestand Konsens darin, einen demokratischen und freiheitlichen Staat anzustreben. Dies deckte sich mit den erklärten Zielen der Besatzungsmächte. Daraus ergab sich die Akzeptanz der Besatzungssituation, von manchen als Befreiung angesehen, und die Konsequenz einer positiven Haltung zur Kooperation im Rahmen der grundlegenden Entscheidungen der westlichen Besatzungsmächte.

²⁶⁹ Dieses und das folgende Zitat: Landrätetagung, Ravensburg, 02.03.1946, StAS Wü 2 T 1. Heinz Alfred Bendel war bis 1933 Gemeinderat für das „Zentrum“ in Ravensburg, von 1945 bis 1947 übte er kommissarisch das Amt des Landrats aus, 1947 wurde er Präsident des Landgerichts Tübingen.

²⁷⁰ Landrätetagung, Ravensburg, 02.03.1946. StAS Wü 2 T 1.

²⁷¹ Vgl. SPEIDEL, Hans: Neubeginn von unten, 1982, S. 52.

Zusammenfassend können die Übereinstimmungen festgehalten werden: Die Überwindung der Not konnte sich nach Ansicht der Verantwortlichen nicht auf die Überbrückung der materiellen Probleme beschränken. Es bestand Konsens darüber, dass eine erfolgreiche Bewältigung nur im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der belastenden Vergangenheit möglich war. Die Zeugnisse der Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes, die zum Teil auch im Land zu finden waren, wurden zunehmend bekannt und verbreitet, sie führten zu einer Auseinandersetzung mit der Zeit von 1933 bis 1945 unter den Fragestellungen der Schuld, der Mitschuld und der Verantwortung.²⁷² Deutlich war damit die Belastung durch die Vergangenheit und die Schwierigkeit, langfristig wieder unter den Völkern akzeptiert und ein gleichberechtigter Partner zu werden. Die Amtsträger standen nun auch vor der Aufgabe, diese Informationen und die Diskussion in die Öffentlichkeit zu tragen. Vor welchem Hintergrund und mit welcher Zielrichtung dies geschehen konnte, zeigte der Vergleich zwischen den verschiedenen Landräten aus den unterschiedlich geprägten und strukturierten Kreisen Ravensburg und Reutlingen.

Über den Kontext der Versorgungslage, nämlich die europa- und weltweite Ernährungs Krise, waren die Verantwortlichen informiert. Im Landtag referierte Landwirtschaftsminister Dr. Weiß im Rahmen der Regierungserklärung zur Ernährung über diese „Weltfrage“.²⁷³ Eine der Konsequenzen für die Versorgung war, dass Hoffnung auf Hilfe von außen vorerst gering war. Unter diesen Bedingungen und Voraussetzungen begannen die zumeist neu eingestellten Verantwortlichen ihre Bemühungen, der Bevölkerung das Überleben zu ermöglichen. Im Mittelpunkt standen die Sicherung des Angebotes an Nahrungsmitteln und die Steuerung der Nachfrage. Es zeigte sich, dass die Versorgung in ein Netz von nun beschädigten Voraussetzungen und dysfunktionaler Infrastruktur eingebettet war. Flankierende Maßnahmen waren auf vielen Ebenen notwendig, dazu gehörte die Instandsetzung von Transportfahrzeugen, zusätzlich fehlten Betriebsstoffe und Ersatzteile. Die stark gestörte Energieversorgung machte sich negativ bemerkbar auf allen Stufen der Produktion. Der intensive Zusammenhang mit der Allgemeinwirtschaft wurde immer deutlicher. Der Mangel an vielen notwendigen Produkten wurde offensichtlich und die Möglichkeiten, sich in der nur langsam in Gang kommenden Wirtschaft selbst zu versorgen, war begrenzt. An eine Produktion für den Export zur Gewinnung von Devisen war in dieser Phase nicht zu denken.

Die Handlungsspielräume waren vorläufig gering, die Besatzungsbehörden erließen Verordnungen, die sich auf ihre Sicherheit und die Erfassung der Bevölkerung richteten.²⁷⁴ Auf dem Gebiet der Ernährung beschränkten sie sich auf allge-

²⁷² Vgl. z. B. die Hinweise auf die Erschießungen durch die abziehende SS in Vaihingen/Enz auf der ersten Besprechung der Referenten der Stadtverwaltung Reutlingen. Vgl. KALBFELL, Oskar: Ansprache bei einer Besprechung betr. Ernährungsfragen. 24.04.1945, S. 2. StadtA Rt AdN 2a.

²⁷³ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 6. Sitzung vom 30.09.1947, S. 83.

²⁷⁴ Einen Überblick über die Anweisungen in: SCHMOLLER, Gustav von: Württemberg-Hohenzollern unter der Last der französischen Besetzung. In: Max GÖGLER/Gregor RICH-

meine Anweisungen und versuchten, die Funktionsfähigkeit des lokalen Verwaltungsapparats aufrecht zu erhalten. Die ersten Anweisungen kamen von den Truppenoffizieren. In der ersten Zeit der Besatzung gab es eine Phase der Ungewissheit, da die französischen Behörden noch nicht zu allen Problemen Anordnungen erlassen hatten. Staatsrat Carlo Schmid stellte dies später als eine Zeit der „gesetzesfreien Verwaltung“ dar.²⁷⁵ Erste Verordnungen zu den Gemeinde- und Kreiswahlen wurden im Jahr 1946 verabschiedet, eine Gemeindeordnung trat am 1. April 1947 in Kraft.²⁷⁶ Daher beruhten zuvor viele Maßnahmen auf individuellen Engagement und einem positiven und vertrauensvollen Verhältnis der örtlichen Verantwortlichen mit den für sie zuständigen Besatzungsbehörden.

Mit der unmittelbaren Aufnahme der Verwaltungstätigkeit wurden nicht nur Informationen ausgetauscht und Anordnungen getroffen, sondern die Kommunikation erhielt eine formative Funktion. Damit wurde ausgehandelt, worin die Gemeinsamkeit des Verständnisses der Krise bestand, welche Teilaspekte ihr zugeordnet waren und, wer von ihr betroffen, bzw. den Regelungen unterworfen war und, wer die Ansprechpartner waren. Entscheidend war außer den Maßnahmen die Form der Kommunikation und die Möglichkeit, bestimmte Medien und Kanäle zu nutzen. Die Verwaltung begann, in den Kreisen und Orten mit dem Aufbau von unten. Die ersten Besprechungen der Verwaltung des Kreis Reutlingen fanden zwischen den Verwaltungsreferenten unter Einbeziehung der Lebensmittelgroß- und -einzelhändler statt. Die Feststellung einer gravierenden Versorgungskrise und der Appell an die Gemeinschaft, die durch „entschlossenes Handeln und systematische Zusammenarbeit [...] die Fragen, vor denen wir alle stehen“ lösen könnte, bestimmte den Rahmen.²⁷⁷ Die Besprechung enthielt eine klare Rollenzuweisung: Neben den einheimischen Mitarbeitern stand als Hauptkoordinationspartner die Besatzungsmacht, die ehemaligen „Parteigrößen“ wurden als gemeinschaftsschädlich gekennzeichnet, vor der Teilnahme bei den Wehrwölfen wurde gewarnt. Als Hauptverantwortlicher wurde das NS-Regime benannt, das bis zum Schluss Grausamkeiten begangen hatte. Der kommissarische Oberbürgermeister informierte die Zuhörer über die bekanntgewordenen Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes. Kalbfell war der Ansicht, dass die Entnazifizierung flexibel gehandhabt werden sollte, denn wer nur unter Zwang bei der Partei gewesen sei, könne am Aufbau teilnehmen. Immer wieder hob er die Schwierigkeiten bei der Aufgabe hervor, „den deutschen Menschen überhaupt nur das Lebensminimum zu garantieren und ein Deutschland zu schaffen, in dem wir uns gegenseitig wieder offen und ehrlich in die Augen sehen können“.

TER (Hgg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern. 1945–1952. Darstellungen und Erinnerungen, 1982. S. 217–233.

²⁷⁵ Landrätetagung, Balingen, 02.02.1946, S. 1. StadtA Rt AdN 1957.

²⁷⁶ Vgl. SPEIDEL, Hans: Neubeginn von unten, 1982, S. 69.

²⁷⁷ Dieses und die folgenden zwei Zitate: KALBFELL, Oskar: Ansprache bei einer Besprechung betreffend Ernährungsfragen, 24.04.1945 S. 1–3. StadtA Rt AdN 2a.

Kommunikativ waren damit nicht nur die Verantwortlichen erreicht, es wurde auch davon ausgegangen, dass sie das Verständnis der Krise in die Bevölkerung tragen würden. Die Militärregierung erhielt das Protokoll und war dadurch eingebunden. Sehr schnell, am vierten Tag nach der Besetzung, waren die Konstituenten der Krise aus der Sicht der Verwaltung fixiert und kommuniziert.

Diesem Muster folgte mit Variationen der kommissarische Oberbürgermeister und Landrat in einer Serie von Reden vor verschiedenen Adressaten. Es liegen vom Kriegsende im April 1945 bis zum Jahresende 1948 48 Manuskripte von Reden vor. Deren Schwerpunkt lag auf dem Zeitraum 1945 und 1946, danach wurden die Abstände größer, was vermutlich auf sein Engagement als Landtagsabgeordneter zurückzuführen war, denn aus den darauf folgenden Protokollen des Landtags lässt sich ebenfalls eine umfangreiche Sammlung seiner Beiträge zusammenstellen.²⁷⁸ Aus der Zeit der Verwaltungstätigkeit Kalbfells lassen sich die Adressaten und Kommunikationskanäle erkennen, die durchweg geeignet waren, ein Verständnis der Krise auf der untersten Verwaltungsebene und für die Bevölkerung aufzubauen, für einige Reden wurden eigens französische Übersetzungen angefertigt. In der amtlichen Funktion wurden Ansprachen an Beamte, Angestellte und Dienstleitern, aber auch an die städtischen Arbeiter gehalten. Die Welt der Unternehmen wurde durch Vorträge vor Betriebsführern, Geschäftsleuten, Handwerkern und Vertretern der Industrie- und Handelskammer erreicht. In den Jahren 1945 und 1946 nahm Oskar Kalbfell die gewerkschaftliche Tradition der Ansprachen zum 1. Mai wahr und sprach zusätzlich vor den Arbeitern einzelner Betriebe, z. B. der Firma Emil Adolff. Er richtete seine Reden gezielt an alle Gruppen der Bevölkerung, z. B. auch eigens an die Reutlinger Frauen. Ein besonderes Interesse galt der Erziehung und Jugend. Kalbfell richtete eine Vielzahl von Ansprachen an Lehrer und Schüler verschiedener Schulen. Die Bildung der Jugend, die noch unter dem Eindruck des Nationalsozialismus stand, verfolgte er nachdrücklich mit dem Ziel, sie für die Demokratie und ein humanistisches Weltbild zu gewinnen. Ausführlich stellte er die Herrschaftszeit der Nationalsozialisten dar, um die Jugend aufzuklären, die die Vorgänge nur aus der Perspektive der Hitlerjugend kannte und er warb für eine Welt „ohne Völker- und Rassenhass“.²⁷⁹

Auf den nächsten Ebenen der Vernetzung und Kommunikation wurde die Verständigung über die Krise fortgesetzt. Bürgermeistertagungen wurden zur festen Institution und bewirkten, dass nicht nur gegenseitige Hilfe und Beratung stattfand, sondern ein gemeinsames Verständnis der Situation entstehen konnte, aus dem gemeinsames Handeln hervorging. Als im Herbst 1945 die Landrätetagungen zur festen Institution wurden und eine landesweite Vernetzung etablierten, wurde die Begrüßung durch Carlo Schmid in seiner führenden Funktion in der Landesre-

²⁷⁸ Vgl. StadtA Rt AdN 00.1.1–47a.

²⁷⁹ KALBFELL, Oskar: Rede des Oberbürgermeisters Oskar Kalbfell vor dem Lehrerkollegium und den Schülern der Oberklassen des Johannes-Kepler-Gymnasiums und der Friedrich-List-Oberschule (Gymnasium) in der Johannes-Kepler-Oberschule am Mittwoch, den 14. November 1945. StA Rt AdN 00.1.14a. Manuskript der Rede, S. 22.

gierung mit dem Hinweis auf die drängende Ernährungslage begonnen, aber auch die anderen Aspekte der Not und des Neuaufbaus wurden thematisiert. Dasselbe Muster war erkennbar, wie bei den ersten Nachkriegsreden der Gegner des Nationalsozialismus, die nun die Chance zum Aufbau einer demokratischen Gesellschaft erhielten. Alle Beteiligten gingen davon aus, dass die Hungerkrise nur überwunden werden könne, wenn ein neues Gesellschaftssystem akzeptiert werde.

3.3 Handeln der Verwaltung: Sicherung des Angebots und Verteilung

Die Handelnden in Verwaltung und Politik ließen von Beginn an keinen Zweifel daran, dass die Bewältigung des Hungers als dringlichste öffentliche Aufgabe verstanden wurde. Bereits am 27. April 1945, wenige Tage nach der Besetzung der Stadt, hielt der Reutlinger kommissarische Oberbürgermeister und Landrat Oskar Kalbfell eine Besprechung mit den leitenden Beamten des Kreises ab. Im Mittelpunkt stand ein „umfassendes Bild der Not, die jetzt von uns allen gemeinsam überwunden werden muss“.²⁸⁰ Er sprach von einer „Revolution von unerhörtem Ausmass“ und davon, dass man das Schicksal in die Hand nehmen müsse, „soweit dies von uns bestimmt werden kann“. Damit war das Problem aus seiner Sicht umrissen. Mit der örtlichen Militärregierung pflegte er bereits gute Kontakte. Dies ergab sich auch aus den Umständen der Übergabe der Stadt, die von ihm ausgegangen war. Einer der ersten Verwaltungsakte, mit dem eine Reihe von umliegenden Orten eingemeindet und ein „Groß-Reutlingen“ geschaffen wurde, wurde auf Anregung von Kalbfell von der örtlichen Militärregierung verfügt.²⁸¹ Die Begründung war die Vereinfachung der Verwaltung und des Zugangs zu den landwirtschaftlichen Produkten der ländlichen Gemeinden. Das zentrale Problem und die Folge eines Scheiterns waren für alle äußerst bedrohlich.

Die Dominanz des Themas der Hungerkrise bildete sich in allen Treffen ab, und das Wissen um die Problematik sorgte für ein Verständnis der Krise aller Beteiligten, so dass alle Kräfte zielgerichtet eingesetzt werden konnten. Netzwerke der Verwaltung sorgten für eine Koordination über die einzelnen Verwaltungsstellen hinaus. Jede Gemeinde des Landkreises musste sich mit dem Nahrungsmittelmangel beschäftigen, daher bot sich ein Austausch an, bei dem Probleme und Lösungsansätze diskutiert wurden. Institutionalisiert wurde dies durch die kreisinternen Bürgermeistertagungen. Diesem Treffen folgten auf Landesebene ab November 1945 regelmäßige Tagungen der Landräte. Eine andere landesübergreifende Institution war vorläufig nicht vorhanden. Da es sich um kein demokratisch gewähltes Gremium handelte, wurde die Institution bedeutungslos, als der demokratisch gewählte Landtag im Juni 1947 mit seiner Arbeit begann.

²⁸⁰ Dieses und die folgenden zwei Zitate: Landratsamt Reutlingen: Besprechung des k. Oberbürgermeisters Kalbfell mit den leitenden Beamten des Kreises Reutlingen am 27. 04.1945. StadtA Rt AdN 1b.

²⁸¹ Vgl. KALBFELL, Oskar: Ansprache bei einer Besprechung betr. Ernährungsfragen. 24.04.1945, S. 4. StadtA Rt AdN 2a.

Zum Leitmotiv der Landräte wurde das immer wieder vom politischen Leiter Carlo Schmid aufgerufene Thema: „Das wichtigste Problem, das wir alle miteinander zu lösen haben, ist und wird bleiben: die Ernährungsfrage.“²⁸² Auch der Landtag des Landes Württemberg-Hohenzollern hat sich später in der siebten Sitzung nach seiner Konstituierung mit einer Regierungserklärung zur Ernährungsfrage und in einer ausführlichen Aussprache damit befasst. Es gab keine Tagung und keine Verhandlung, bei der auf dieses Thema verzichtet werden konnte, auch nicht als der Bürgermeister von Urach resigniert in der Bürgermeistertagung in Reutlingen beantragte, dieses Thema nur noch kurz abzuhandeln, da dadurch keine Besserung zu erwarten sei.²⁸³ Die Frage der Versorgung mit Nahrungsmitteln überlagerte die weiteren Kommunikationsthemen auf allen Ebenen der Gesellschaft.

Mittelfristig musste in den Bereichen Landwirtschaft, Wirtschaft und Politik eine Verbesserung der Lage erreicht werden. Kurzfristig beschränkten sich die Handlungsoptionen auf die Verwaltung des Mangels auf der Basis der Ressourcen, die die Landwirtschaft bereitstellte. Erforderlich waren die Erfassung des Angebots und die gleichmäßige Verteilung. Beides sollte nach den Anweisungen der Besatzungsmacht, wie auch in den anderen Zonen, mit der Fortführung des Systems der Zwangsbewirtschaftung geleistet werden.²⁸⁴ Die Ablieferung durch die Bauern folgte einem eingespielten Verfahren. Die Anrechte auf die Zuteilungen wurden von der Militärregierung festgelegt und vom Landesernährungsamt weitergegeben. Die daraus hervorgehenden Rationen wurden mittels Lebensmittelkarten vor Ort ausgegeben.

Die Voraussetzungen für die Lebensmittelausgaben mussten vor Ort geschaffen werden, dazu war es notwendig, die Bestände zu inventarisieren und eine realistische Einschätzung und Planung zu erstellen. Die Bürgermeister sollten mithelfen, Milch besonders für die Kinder heranzuschaffen. Brot und Hafer mussten erfasst und zur Verarbeitung und Verteilung angeliefert werden. Zur Steigerung der Fleischrationen sollte nun an mehr Tagen in der Woche Vieh angenommen werden können. Die Bürgermeister sollten die Bestände an vorhandenen Lebensmitteln und Vieh erheben und melden. Die vorher zuständigen Ortsbauernführer wurden durch landwirtschaftliche Obmänner ersetzt. Die Aussichten für die verschiedenen Kreise unterschieden sich erheblich. Der Ernährungsreferent des Kreises Reutlingen berechnete, dass die Eigenproduktion ohne Zulieferung „schwache drei Monate“ im Jahr für die Versorgung reiche.²⁸⁵ Der Kreis Ravensburg ging von 60 Prozent aus, eine vollständige Deckung war in keinem Kreis im Land zu erreichen. Dies erforderte Solidarität zwischen den Landkreisen. Wegen der ungleichen

²⁸² Landrätetagung, Haigerloch, 07.12.1946, S. 6. StadtA Rt AdN 19. 1957.

²⁸³ Vgl. Landratsamt Reutlingen: Bürgermeistertagungen 1946–1947, 22.01.1947, S. 1. StadtA Rt AdN 18.1956.

²⁸⁴ Vgl. SCHEFOLD, Willi: Landwirtschaft und Ernährung. In: Max GÖGLER/Gregor RICHTER (Hgg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern, 1982, S. 327.

²⁸⁵ Ernährungs- und Wirtschaftsreferat: Ernteertrag und Ernährungslage 1945, 22.09.1945. StadtA Rt AdN 1655.

Ressourcen und der Situation in den Industrieorten und den landwirtschaftlich geprägten Kreisen war ein System aus Überschuss- und Zuschusskreisen entstanden. Die Überschusskreise wurden anhand des pro Kopf Ertrages der wichtigsten Feldfrüchte ermittelt, wobei es unterschiedlich hohe Erträge an Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Kartoffeln in den einzelnen Kreisen gab. Durch ihre Produktion von Feldfrüchten wurden Biberach und Saulgau generell als Überschusskreise geführt, für einzelne Früchte wurden in Ehingen, Horb, Sigmaringen und Münsingen Überschüsse verzeichnet.²⁸⁶ Für den Landkreis Reutlingen waren Zulieferungen aus den Kreisen Münsingen, Ehingen und Biberach vorgesehen, für Rottweil z. B. aus Saulgau. Diese waren verpflichtet, festgelegte Kontingente abzutreten.

Das Überleben der Gesellschaft war von vielen Seiten bedroht. Die Besprechung im Landratsamt Reutlingen mit dem kommissarischen Oberbürgermeister Oskar Kalbfell zeigte die Vielfalt der Probleme, die gleichzeitig auf die Referenten einströmten.²⁸⁷ Die Erwartungen an die Behörde waren ungeheuer groß, durch den Zusammenbruch waren viele andere Routinen zusammengebrochen und wurden nun von der örtlichen Verwaltung verlangt. Tagesordnungspunkte der Besprechung waren der Wohnraummangel, Hilfe für die Bombengeschädigten und die Wiederinstandsetzung des Brief- und Paketverkehrs als Notpost. Gegen den Geldmangel sollte Notgeld in einer örtlichen Druckerei hergestellt werden. Der Gedanke wurde aber wieder verworfen, da man befürchtete, dass dies der Inflation Vorschub leisten könnte und man vermutete, dass dies außerdem durch die Besatzungsbehörden genehmigungspflichtig sei. Die besondere Sorge galt der befürchteten Verwahrlosung der orientierungslosen Jugend. Der kommissarische Oberbürgermeister kündigte an, sich an die Öffentlichkeit und insbesondere an die Jugend zu wenden. Auf diese musste aus seiner Sicht besonders geachtet werden, „weil sie sich vielleicht als Wehrwölfe usw. herumtreiben“.²⁸⁸ Aber die Sorge um die Sicherung des Nahrungsmittelangebots war vordringlich. Dafür mussten Hilfskräfte für die Landwirtschaft gefunden werden, gegen den Arbeitskräftemangel sollte das neue Arbeitsamt Wege finden. Die anwesenden Referenten standen vor einer großen Aufgabe, dem Versammlungsleiter sprachen sie Dank für die „stärkenden Worte“ aus.²⁸⁹ Die Stimmung in der Zusammenkunft war zwar von der Einsicht in eine dramatische Not geprägt, die Aussicht, diese zu lösen, wurde dennoch von den Anwesenden optimistisch betrachtet.

²⁸⁶ Die Landwirtschaft in Württemberg und Hohenzollern (französische Besatzungszone): Vgl. Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1949, Nr. 4, S. 122.

²⁸⁷ Vgl. Besprechung des kommissarischen Oberbürgermeisters Kalbfell mit den leitenden Beamten des Kreises Reutlingen am 27.04.1945. StadtA Rt AdN 1b.

²⁸⁸ Besprechung des kommissarischen Oberbürgermeisters Kalbfell mit leitenden Beamten des Kreises Reutlingen am 27.04.1945. StadtA Rt AdN 1b.

²⁸⁹ Besprechung des kommissarischen Oberbürgermeisters Oskar Kalbfell mit den leitenden Beamten des Kreises Reutlingen am 27.04.1945, S. 8. StadtA Rt AdN 1b.

Beide Seiten der Bewirtschaftung, Angebot und Nachfrage, mussten geplant und koordiniert werden. Sollten die Vorräte bis zur nächsten Ernte reichen, musste sorgfältig, aber auch gerecht auf beiden Ebenen gewirtschaftet werden. Das Ziel war es, den Mangel so zu verwalten, dass niemand verhungern musste. Bedingt durch den begrenzten Vorrat, musste eine strikte gleichmäßige Verteilung erfolgen. Die Zwangsbewirtschaftung erhielt nun eine neue Bedeutung. Diese Maßnahme war im August 1939 von der nationalsozialistischen Regierung unter dem Aspekt der Kriegsvorbereitung bzw. der Gewährleistung der Versorgung der Bevölkerung während des Krieges eingerichtet worden.²⁹⁰ Die Absicht war damals, eine Demoralisierung durch Nahrungsmittelengpässe zu verhindern. Dies ging auf die Erfahrung des Ersten Weltkrieges zurück, denn die schlechte Versorgungslage wurde von der NS-Regierung als mitverantwortlich für den Einbruch der Stimmung in der Bevölkerung 1917 und für die folgende Niederlage angesehen. Nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt die Bewirtschaftung eine soziale Funktion, um eine Grundversorgung für alle gleichermaßen zu ermöglichen. Ein freier Markt für Lebensmittel hätte zu ungleichem Zugang und Unruhen oder sogar zur Katastrophe geführt, da sozial Schwache vermutlich nicht ausreichend Nahrung hätten kaufen können. Gleichmäßige Verteilung bedeutete, die Kalorienzufuhr für den Einzelnen an das Angebot anzupassen, also zu reduzieren. Das übergeordnete Ziel war, die nächste Ernte zu erreichen. Das wurde zum Beispiel bereits wenige Tage nach der Besetzung vom kommissarischen Oberbürgermeister schriftlich fixiert.²⁹¹

Die Anrechte auf Nahrungsmittel wurden als Rationen zur Zuteilung in Kalorienangaben bestimmt, sie wurden nach den Voraussetzungen und den Bedürfnissen gestaffelt. Selbstversorgern wurde eine volle Ration zugestanden, Teilselbstversorger entsprechend anteilig. Deutlich erhöht waren die Zuteilungen für Schwerarbeiter nach verschiedenen Kategorien. Besondere Rationen waren für Kinder und Jugendliche nach Alter festgelegt, ebenso erhielten Schwangere besondere Mengen. Eine besondere Gruppe waren die „Displaced Persons“, die dieselbe Ration wie Schwerarbeiter erhielten.²⁹²

Festgelegt wurde die Höhe der Zuteilungen von der Besatzungsbehörde nach einer Absprache mit den Ernährungsämtern über den möglichen landwirtschaftlichen Ertrag.²⁹³ Dies führte immer wieder zu Unstimmigkeiten, da diese Einschätzungen umstritten waren. Die Bauern, oft unterstützt von den örtlichen Beamten

²⁹⁰ Vgl. GRIES, Rainer: Die Rationen-Gesellschaft, 1991. 1. S. 21–28.

²⁹¹ Vgl. KALBFELL, Oskar: Ansprache bei einer Besprechung betreffend Ernährungsfragen, 24.04.1945. StadtA Rt AdN 2a.

²⁹² Die übergeordneten Regelungen sind detailliert beschrieben von der Landesdirektion für Landwirtschaft und Ernährung. Exemplare finden sich im Stadtarchiv Ravensburg aus dem Jahr 1947. Landesdirektion für Landwirtschaft und Ernährung: Ausgabe der Lebensmittel. StadtA Rv, Akten betr. Ernährungswirtschaft 2433. Die Differenzierungen lassen sich in den jeweiligen Berichten der Kreise an die Militärregierung im Kapitel „Ernährung“ und den Veröffentlichungen in den Amtsblättern nachvollziehen.

²⁹³ Vgl. SCHEFOLD, Willi: Landwirtschaft und Ernährung. In: Max GÖGLER/Gregor RICHTER (Hgg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern, 1982, S. 328.

des Ernährungsreferats, fanden die angesetzten Ablieferungswerte meistens zu hoch oder sogar unerfüllbar. Die Besatzungsbehörden vermuteten oft Täuschung und bewusste Untertreibung bei den Angaben. Ihr Interesse an hohen Nennwerten führte zu überhöhten Werten, die nicht den tatsächlichen Erträgen entsprachen. Die Enttäuschung der Erwartungen führte zu Frustrationen in der Bevölkerung und einem wachsenden Misstrauen auch in die eigenen Behörden. Deshalb versuchten Beamte des Ernährungsreferats, realistische Werte durchzusetzen, dies blieb meistens vergeblich.

Die Durchsetzung einer niedrigen Tagesration war nicht populär, sie wurde dennoch von Carlo Schmid auf einer Landrätetagung als Erfolg der Ernährungspolitik im Lande vorgetragen. Im August 1946 legte er seine Sicht der Dinge dar und zog eine positive Bilanz, die allerdings auch, wie er einräumte, ihre Schattenseiten hatte: „Wir sind wahrscheinlich das einzige Land in ganz Europa, das dieses Jahr überstehen konnte, ohne irgendwelche Zufuhr von außen.“²⁹⁴ Er entwickelte daraufhin die Strategie der Landesregierung, die Zuteilung ausschließlich auf den eigenen Vorräten aufzubauen, ohne auf Versprechungen von Zulieferungen zu vertrauen. Dadurch wurde der Bevölkerung zwar zugemutet, weniger als in anderen Zonen zur Verfügung zu haben, aber insgesamt ging aus seiner Sicht die Kalkulation auf, da damit die nächste Ernte erreicht worden war. Das Argument, die Bevölkerung habe nur überlebt, da sie sich durch Beziehungen zu landwirtschaftlichen Erzeugern Ausgleich verschaffen konnte, ließ er nicht gelten. Dies könne nur in wenigen Fällen so gesehen werden: „Unsere städtische Bevölkerung hungert zum großen Teil.“ Das Jahr konnte nur überstanden werden, weil man auf Vorräte zurückgreifen konnte, „sowohl das, was in Küche und Keller lag, als auch, was als Reserve im Menschen war“. Bei allem Stolz verdeutlicht er seinen Kollegen aber auch, dass ein weiteres Jahr in dieser Art nicht in Kauf genommen werden könne, und er appellierte dabei an alle „als verantwortliche Lenker unseres Landes“. Die Reduzierung der Kalorien für den Einzelnen hatte die erste Not für die Gesellschaft überbrückt, aber es ging allen an die Substanz und es blieb offen, wie lange geschwächte Menschen widerstandsfähig und ruhig bleiben würden.

3.4 Im Fokus der Konflikte

Die Grundlage dieser Bilanz waren die fortwährenden Bemühungen um die Angebotsseite der Nahrungsmittel. Die Organisation der Zufuhr sollte durch die Erstellung von Ablieferungsplänen für die Ortschaften erreicht werden, verantwortlich waren die Bürgermeister. Die Ernährungsämter führten Listen über die Abgaben. Ablieferungspflichtig waren prinzipiell alle landwirtschaftlichen Produkte. Die Ablieferungen wurden in Sammelstellen erfasst und von Großhändlern an Einzelhändler weiterverkauft, die die Produkte gegen Lebensmittelkarten und der Be-

²⁹⁴ Dieses und die folgenden drei Zitate: SCHMID, Carlo: Landrätetagung, Biberach, 03.08.1946, S. 5. StadtA Rt AdN 1957.

zahlung in Reichsmark zu einem festgesetzten Preis abgaben. Es galt noch immer der im Krieg festgesetzte Lohn- und Preisstopp, der ein Sinken des Reallohnes und der Kaufkraft verhindern sollte.

Das System war abhängig von der ordnungsgemäßen Ablieferung durch die Bauern, dies wurde offensichtlich als potenzielle Schwachstelle empfunden. Immer wieder erschienen Appelle an die Solidarität im Amtlichen Mitteilungsblatt: „An unsere Landwirte. Im Interesse der Ernährung des Volkes ist es notwendig, daß die Landwirte alles tun, um die Erzeugung auf der Höhe zu erhalten. Die bisherigen Ortsbauernführer tragen die Verantwortung für die weitere Durchführung aller dafür notwendigen Maßnahmen. Die Ablieferungen der Erzeugnisse unterliegen den bisherigen Anordnungen. Jeglicher Tauschhandel, Schwarzschlachtung usw. ist wie bisher verboten und wird streng bestraft.“²⁹⁵ „Es ist eine grobe Pflichtverletzung, ja ein Verbrechen jetzt in der Zeit großer Not seinen deutschen Mitmenschen das vorzuenthalten, was sie zum Leben brauchen. [...] Alle Fälle solcher Sabotage sind mir – amtlich oder privat – sofort zu melden und ich werde hart zufassen. [...] Es ist Notzeit und wir müssen alle ohne Ausnahme zusammenstehen“, gab Oberbürgermeister Kalbfell bekannt.²⁹⁶ Die Ablieferung wurde zur moralischen und gesellschaftlichen Norm erhoben, eine Verletzung dieser Pflicht wurde mit Sanktionsdrohungen versehen. Dadurch wurde die Bewältigung des Hungers zur gesellschaftlichen Aufgabe erklärt, und die Missachtung der Anordnungen kriminalisiert. Sprachlich und moralisch wurden die stärksten Mittel eingesetzt, da es um das Leben der deutschen Mitmenschen ging. Die Drohung wurde auf die Beamten ausgedehnt. Aufgefordert wurde zur Denunziation. Damit wurde deutlich gemacht, dass eine Bedrohung der Versorgung durch dieses Verhalten unter keinen Umständen hingenommen werden würde.

Die regelmäßige Wiederholung dieser Appelle und Drohungen war ein Indiz dafür, dass der Erfolg nicht als gesichert angesehen werden konnte. Die Verantwortlichen vermuteten bei den Bauern eine geringe Motivation für die Ablieferung. Tatsächlich war es wirtschaftlich betrachtet wenig einträglich, die Lebensmittel gegen eine Bezahlung in Reichsmark mit einer geringen Kaufkraft abzugeben. Bekannt war, dass es einen großen Mangel an Kleidung und Arbeitsgeräten in der Landwirtschaft gab. Diese waren auf dem legalen Markt nicht erhältlich, und um sich zu versorgen, mussten die Kunden auf den Schwarzmarkt ausweichen. Der ständige Verdacht auf Hinterziehung von Nahrungsmitteln führte zu Kontrollen und Repressalien, aber auch zu Diskussionen, die das Problem von einer anderen Seite zeigten. Bei einer Landrätetagung berichtete selbst Staatsrat Schmid, sonst von eher moderatem Naturell, von einem drastischen Fall und drohte, „daß wir vor

²⁹⁵ Stadt Reutlingen: Amtliche Bekanntgaben des Bürgermeisteramtes, Nr. 2, 05.05.1945. StadtA Rt AdN Amtsblatt C1 1.

²⁹⁶ KALBFELL, Oskar: An unsere Landwirte. In: Stadt Reutlingen: Amtliche Bekanntgaben des Bürgermeisteramtes, Nr. 2, 05.05.1945. StadtA Rt AdN. C1 1.

keiner Maßnahme zurückschrecken werden“.²⁹⁷ Den Vorgang stellte er so dar: Nach Stichproben in einem Tübingen benachbarten Kreis hatten sich Unregelmäßigkeiten ergeben, nachdem man sich vorher auf die Angaben der Bauern verlassen hatte. Man wurde aber „schlicht angelogen“. Es waren für den Durchschnittsertrag sieben Doppelzentner pro Hektar angenommen worden, tatsächlich wurden aber zwölf erreicht. Die Differenz von fünf wurde „für den Schwarzhandel zurückgelegt“. Die Sünder wurden bestraft, auch in der Hoffnung, die anderen dazu zu bewegen „ihre Rechnung in Ordnung zu bringen“. Der Vorgang führte dazu, dass die Landräte landesweit aufgefordert wurden, Stichproben durchzuführen. Das Ziel wurde ebenso eindeutig benannt, nämlich „um unserer städtischen Bevölkerung das täglich Brot zu sichern“. Ein Vertreter der Erzeuger, Landrat Renz aus Ehingen, widersprach dieser Sichtweise. Er führte die Differenz in seinem Kreis auf falsche Annahmen der Sachverständigen, die die Schätzungen vorgenommen hatten, zurück. Grund dafür waren aus seiner Sicht die unrichtigen Angaben, die nach dem Zusammenbruch erstellt worden waren, nicht mit Absicht, sondern aus Unkenntnis. Danach waren die Bauern aufgefordert worden, Ernteanbaustatistiken anzufertigen. Diejenigen, die kompetent gewesen wären, waren nicht vor Ort, stattdessen wurden die Zahlen von alten Bauern ohne große Sachkenntnis angegeben. Das führte zu einem verzerrten Bild, zum Teil auch zu Lasten der Bauern. Die Situation war voller Spannungspotenzial und Misstrauen zwischen Landwirten, Verwaltung, Verbrauchern und Besatzungsbehörden. Daraus resultierte eine mangelnde Bereitschaft zu solidarischem Handeln und der Gefährdung der Ernährungssicherung. Die Krise konnte damit eine negative Eigendynamik entfalten.

Da der Konflikt wegen der andauernden Verknappung der Ressourcen nicht lösbar war, griffen Akteure aller Seiten zu drastischen Maßnahmen bei der Verfolgung ihrer eigenen Interessen. Dies zeigten die Besprechungen und Verhandlungen, in denen die jüngsten Entwicklungen vor Ort kommuniziert wurden. Der unmittelbare Kontakt der verantwortlichen Stellen mit den Produzenten war durch die Bürgermeisterbesprechungen der Landkreise gegeben. Diese Institution wurde eingerichtet, um auf der unteren Ebene Koordination und Austausch zu ermöglichen. Hier wurden auch konkrete Beispiele diskutiert, bis hin zu einzelnen Höfen, die auffällig geworden waren: „Wenn z. B. ein Bauer Schmid in Münsingen kürzlich verhaftet wurde, weil er seit Jahren nichts abgeliefert hat und erklärte, wer in seinen Hof komme sei hin, so ist das so unglaublich, dass hier die schärfsten Maßnahmen angebracht sind. Der Mann hatte 200 Ztr. abzuliefern, die er restlos verschoben hat. Solche asozialen Elemente verdienen nicht, Bauern genannt zu werden. Ähnlich liegen die Dinge auf einem Hofgut, das ich nicht nennen will. Dort stehen 25 Mutterschweine ohne Nachwuchs und statt 70 Kühen nur 25, die keine Kälber haben und keine Milch geben. Hier ist es Sache der Staatsführung, die Leiter solcher Betriebe zu enteignen (Zustimmungsrufe: Sehr richtig!) und einen zu-

²⁹⁷ Dieses und die folgenden vier Zitate: Landrätetagung, Balingen, 02.02.1946, S. 19. StadtA Rt AdN 1957.

verlässigen Verwalter auf das Gut zu setzen, damit es zum Nutzen der Allgemeinheit bewirtschaftet wird.“²⁹⁸ Der Delinquent wurde verbal aus der Gesellschaft ausgeschlossen („asozial“), sein Verhalten als kriminell eingestuft und mit harten Sanktionen bedroht. Das allgemeine Wohl bestand aus der Versorgung mit Essen für alle. Der Nutzen der Allgemeinheit wurde zum bestimmenden Prinzip, dafür wurde auch eine Verstaatlichung als Möglichkeit angeführt. Die Enteignung von Betrieben, also der Wunsch nach Sozialisierung, wurde in vielen Bereichen angesichts der Versorgungsprobleme auf die Tagesordnung gesetzt, nicht zuletzt wurde dies zum Motiv für die Bodenreform. Offen blieb, wer in dieser Sache die höchste Instanz war. Im Mai 1946 konnte damit nur die Militärregierung gemeint sein, die hinzugezogen wurde, wenn dies nötig schien.

In besonderen Fällen griffen die Besatzungsbehörden aus eigener Initiative ein. Dann fielen die Maßnahmen im Allgemeinen sehr viel härter aus. Die deutschen Stellen waren dabei oft nur am Rande involviert und zugelassen, damit wurde auch deren geringe Bedeutung verdeutlicht. In den Verhandlungen des Landtags wurde von einer Aktion der französischen Behörde auf der Schwäbischen Alb in Württemberg berichtet. Das Verfahren schien diskussionswürdig, es wurde vom Abgeordneten Kalbfell eingebracht und von Innenminister Renner kommentiert.²⁹⁹ Nach dem Bericht im Landtag war folgendes vorgefallen: Das Dorf wurde umstellt und nach Lebensmitteln durchsucht, obwohl die Bevölkerung sich bei der Ablieferung nach der Aussage des Berichterstatters nichts hatten zuschulden kommen lassen. Französische Sicherheitsbeamte zwangen deutsche Prüfer, mit ihnen die Häuser zu durchsuchen. Soldaten durchkämmten in der Zwischenzeit den Wald, um eventuell versteckte Tiere zu finden. Die Bewohner waren auf der Straße zusammengetrieben worden: „Eine große Erregung hatte sich der Gesamtgemeinde bemächtigt.“³⁰⁰ Die Betroffenen kommentierten: „So etwas hat nicht einmal der Kreisleiter gemacht.“ Deutsche Polizisten mussten ebenfalls anwesend sein, durften aber nicht bei den Untersuchungen dabei sein, sondern fungierten nur als Kuriere. Innenminister Renner, der damit im Landtag konfrontiert wurde und dazu Stellung nehmen sollte, wies darauf hin, dass dies eine rein französische Entscheidung gewesen sei und für solche Fälle genau dieses Verhalten der deutschen Polizisten vorgeschrieben sei, insofern sei formal alles korrekt verlaufen. Die Wahrnehmung der Bewohner wird durch die Aussagen deutlich und zeigt exemplarisch, wodurch und in welcher Weise die Beziehung zur Besatzungsmacht belastet wurden. Die Parlamentarier waren gezwungen, ihre ambivalente Position auszuhalten, denn grundsätzlich waren sie bereit zur Kooperation mit der Besatzungsmacht, aber in diesem Einzelfall waren sie über das Vorgehen der Besatzer entsetzt. Dementsprechend hatte der Abgeordnete seine Schilderung mit dem Hinweis begonnen, dass es

²⁹⁸ Landratsamt Reutlingen: Bürgermeistertagungen 1946–1947, 07.05.1946. StadtA Rt AdN 18.1956.

²⁹⁹ Vgl. Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 9. Sitzung vom 6.11.1947, S. 143 und 144.

³⁰⁰ Dieses und das folgende Zitat: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 9. Sitzung vom 06.11.1947, S. 143.

manchmal nötig sei, die Bauern zu kontrollieren, bezeichnete aber das konkrete Vorgehen als „Skandal“.³⁰¹

Vorfälle dieser Art brachten die deutschen Behörden tatsächlich in eine schwierige Lage. Nach wie vor handelte die Besatzungsmacht ohne Rücksprache und rücksichtslos, auch entgegen den gleichzeitig geäußerten Beteuerungen, den deutschen Stellen wieder mehr Entscheidungen zu überlassen. Hier war die Ohnmacht der deutschen Behörden offenkundig: Sie waren Statisten oder Erfüllungsgehilfen. War das Eingreifen der Besatzer in früheren Fällen erwünscht, wurde es zunehmend zum Problem. Der Vorgang fällt in die Zeit, in der die Landesinstitutionen nach mehr Selbstständigkeit strebten und dieser Vorfall musste deshalb im Landtag die Bestrebungen der Abgrenzung verstärken. Die Reaktion der Bevölkerung wies auf das angespannte Verhältnis zu den Besatzern hin und zeigte, dass es möglich war, dass umgehend der Vergleich mit der Zeit der Nationalsozialisten gezogen wurde. Die politischen Vertreter befürworteten die Kooperation mit den französischen Stellen, zunehmend wurde aber auch die Notwendigkeit gesehen, eigene Positionen zu akzentuieren, um den rechtlichen Rahmen zu erweitern und von der Bevölkerung als legitime Vertreter akzeptiert zu werden. Dies verstärkte sich, als die Krise sich 1947 weiter verschärfte.

3.5 Die Verknüpfung der Institutionen: Landrätetagungen und Politik

Die Landrätetagungen wurden zu einer der wichtigsten Institutionen in den Jahren von 1945 bis 1947. Im Oktober 1945 bildete die französische Militärregierung eine Landesregierung, das „Staatssekretariat für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns“. Allerdings bestanden noch Lücken in der Landesverwaltung, vor allem zwischen der Regierung und den Landkreisen. Carlo Schmid lud als Präsident die Landräte zu Zusammenkünften zum Austausch und zur Beratung ein. Die erste Sitzung fand am 3. November 1945 in Tübingen statt, es folgten die weiteren Sitzungen, so dass jeder Kreis mindestens einmal berücksichtigt wurde. Die Institution behielt ihre zentrale Bedeutung bis zum Zusammentreten des Landtags 1947, danach folgten nur noch einzelne Sitzungen. Vertreten waren alle Landkreise und die Mitglieder des Staatssekretariats in Begleitung von einflussreichen Beamten, die mit den zu besprechenden Themen vertraut waren. Insgesamt kamen dadurch 50 bis 60 Personen zusammen. Die französische Militärregierung war an der Veranstaltung sehr interessiert. Auf der zweiten Tagung erschienen ihre Vertreter als Besucher und stille Beobachter. Zu den folgenden Veranstaltungen sprachen die jeweiligen Kreisdelegierten ein Grußwort und verließen die Versammlung wieder. Dadurch konnte offen über die anstehenden Probleme gesprochen werden. Die Regierung (das Staatssekretariat) nutzte die Landräte als wichtiges Beratergremium, die Verwaltungsvertreter konnten ihre Probleme einbringen und mit Kollegen erörtern. Gleichzeitig entstand ein Konsens über Demo-

³⁰¹ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 9. Sitzung vom 06.11.1947, S. 143.

kratie im Alltag und über eine einheitliche Verwaltung im ganzen Land. Carlo Schmid erinnerte die Landräte daran, dass nunmehr eine Regierung vorhanden sei. In ihren Kreisen hatten die Verwaltungsbeamten sich an ein sehr selbstständiges Handeln gewöhnt.³⁰²

In der Zeit von November 1945 bis zur Wiedereinführung eines Landtages wurden die Landrätetagungen der Ort der Diskussion und des zentralen Austausches im Land. Bei den Tagungen war es üblich, dass zuerst der Präsident über die aktuelle Lage sprach und dann der gastgebende Landkreis in einem Referat seinen Kreis vorstellte. Einen wichtigen Teil bildete die Aussprache über die anstehenden Probleme, zu denen jeder aus seinem Umfeld Beobachtungen und Ideen einbrachte: „Keine der folgenden Tagungen konnte an dem Ernährungsproblem, wohl der schwierigsten Aufgabe der ersten Nachkriegsjahre, vorbeigehen.“³⁰³ Im Zentrum stand die freimütige Aussprache, oft ging es „lebhaft, ja stürmisch“ zu, weder die Staatsregierung noch die Militärregierung blieb von Kritik verschont.³⁰⁴ Die Sitzungen wurden zunehmend besser vorstrukturiert und können deshalb als wichtige Einübung in demokratisch-parlamentarische Praktiken gesehen werden. Es wurde zur Stärke der Versammlung, dass keine Entscheidungen getroffen werden mussten, aber die Institution der Landrätetagung als „körperschaftliches Beratungsorgan“ an der Regierungspolitik teilnahm, daraus entwickelte sich „extra legem eine politische Verantwortung“.³⁰⁵ Die Bedeutung für das Land kann kaum überschätzt werden. Es ging daraus eine solide Verwaltung hervor. Aus der gemeinsamen Notzeit entstand ein besonderes Zusammengehörigkeitsgefühl und viele Lösungen wurden konstruktiv entwickelt. Die Behörden entwickelten ein eigenes Selbstverständnis. Im Austausch wurden die kritischen Punkte herausgearbeitet und konnten gezielt angegangen werden. Langfristig sollte sich das Gremium als Schule der Demokratie erweisen, etliche der Anwesenden nahmen später exponierte Stellen in der Politik ein. Die Landräte hatten die Möglichkeit erhalten, an der politischen Willensbildung dadurch mitzuwirken, „daß die Regierenden den Landräten antworten mußten, und diese deren Antwort nicht einfach hinzunehmen brauchten“.³⁰⁶ Carlo Schmid hob rückblickend die Bedeutung dieser Tagungen hervor: „Was ist der Sinn dieser Landrätetagungen gewesen, die wir vor 10 Jahren begonnen haben? Der Sinn war nicht nur der, dass man wegen der schlechten Post- und Bahnverbindungen auf praktische Weise, wenn auch nur einmal im Monat zusammenkam, um sich gegenseitig zu sagen, was man falsch ge-

³⁰² Vgl. SPEIDEL, Hans: Neubeginn von unten, 1982, S. 58–60. Der Aufsatz von Hans Speidel ist von besonderer Bedeutung. Als Landrat von Hechingen war er bei den Besprechungen anwesend, so dass er auch als Zeitzeuge über die Stimmung und Details berichten kann.

³⁰³ SPEIDEL, Hans: Neubeginn von unten, 1982, S. 59.

³⁰⁴ SPEIDEL, Hans: Neubeginn von unten, 1982, S. 60.

³⁰⁵ SPEIDEL, Hans: Neubeginn von unten, 1982, S. 61.

³⁰⁶ ESCHENBURG, Theodor: Aus den Anfängen des Landes Württemberg-Hohenzollern. In: DERS: Festgabe für Carlo Schmid zum fünfundsechzigsten Geburtstag, Tübingen 1962, S. 74.

macht hatte. Der Sinn ging weiter. Es ging uns darum, ein erstes formendes Prinzip zu schaffen [...].³⁰⁷

Die Besucher der Tagung erhielten bevorzugt Informationen direkt von der Regierung, so zum Beispiel am Tiefpunkt der Versorgung im Jahr 1947. Die Sitzung im Februar 1947 zeigte exemplarisch die Situation auf dem Höhepunkt des Hungerwinters und die Strategien, der Bevölkerung das Überleben zu ermöglichen. Diese Sitzung nutzte Staatssekretär Dr. Franz Weiß³⁰⁸, um die zentralen Probleme aus seiner Sicht darzustellen und seine Zuhörer auf das kommende Jahr vorzubereiten: Die Regierung nutzte den unmittelbaren Kontakt mit den Landräten. Aus seiner Sicht könne am Beginn des Jahres 1947 die landwirtschaftliche Produktion nicht mehr gesteigert werden, aber es werde alles getan, die letzten Möglichkeiten auszuschöpfen und alle verfügbaren Ressourcen zugänglich zu machen. Weiß ließ erkennen, dass diese Einschätzung von der Militärregierung nicht geteilt werde. Dort vertrat man die Position, dass sowohl bei der Herstellung selbst als auch bei der Ablieferung noch Spielräume vorhanden seien. Weiß, später Minister für Landwirtschaft und Ernährung, befand sich in permanenter Auseinandersetzung mit der Militärregierung. Hier zog er eine düstere Bilanz, und zeigte die Probleme der Versorgung. Er fand deutliche Worte von einer „Ernährungskrise“, die „auf uns einstürzt und nachgerade seelisch und physisch nicht mehr lange zu ertragen“ sein werde.³⁰⁹ Als zentrale Probleme sah er den Arbeitskräftemangel und das Fehlen von Saatgut und Düngemitteln. Die einseitige Zuweisung von Kalk, deutlich zu wenig an Phosphor und Stickstoff führte er darauf zurück, dass dies von einer Stelle vorgenommen wurde, „die keine Ahnung von diesen Dingen hat“. Damit fehlten die Voraussetzungen, die Versorgung durch eine Steigerung der Produktion zu lindern oder zu lösen.

Der außerordentliche Mangel an Kartoffeln stand für Weiß im Zentrum der Unterversorgung, zum Vergleich führte er verschiedene Jahresernten an: 1946 brachte 250 000 t, 1945 waren dies noch 440 000 t gewesen. Davon wurden 120 000 t abgeliefert. Er hielt dies für eine außerordentliche Kraftanstrengung der Bauern und des Landes angesichts dessen, dass in Baden, bei gleicher Anbaufläche 81 000 t abgelie-

³⁰⁷ SCHMID, Carlo: Landrätetagungen, Abschrift, 1955, S. 1. StadtA Rt AdN 19.1957.

³⁰⁸ Dr. Franz Weiß war ein bedeutender Agrarexperte und Politiker, der im Bereich Landwirtschaft und Ernährung in und nach der Besatzungszeit eine führende Stellung hatte. Seine Amtsbezeichnung änderte sich dem Status der Landesregierung folgend: Landesdirektor für Ernährung und Landwirtschaft in der von den französischen Behörden eingesetzten Landesverwaltung; Ministerialdirigent bei der Landesdirektion der Wirtschaft im Staatssekretariat für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns; Präsident des Landesernährungsamtes; Staatssekretär für Landwirtschaft und Ernährung im Staatssekretariat für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns; mit der Konstituierung des Landes wurde er von Juli 1947 bis 1952 Minister für Landwirtschaft und Ernährung. In Protokollen des Landtags wird er als Landwirtschaftsminister bezeichnet.

³⁰⁹ Hier und das folgende Zitat: Landrätetagung, Sulz am Neckar, 17.02.1947, S. 28–41. StadtA Rt AdN 1957.

fert wurden. Dies sei bedeutsam, da die französische Militärregierung beharrlich davon ausging, dass die Ernte 398 000t betragen habe. Dies beruhe auf eigenen Berechnungen der Militärregierung, die er nicht für sachlich begründet halte. Weiß wies dies mit dem Hinweis auf zahlreiche Kellerbegehungen zurück, die zur Kontrolle auf den Dörfern stattgefunden haben und die zu keinen höheren Ergebnissen geführt haben. Gleichzeitig war eine Abgabe von 12 000t für den französischen Sektor von Berlin verfügt worden, dies minderte zusätzlich die zur Verfügung stehende Menge an Kartoffeln. Die einheimischen Haushalte sollten laut Plan jeweils einen zweiten Zentner für den Winter erhalten. Diese Ansprüche seien nach seinen Berechnungen nun nicht mehr zu erfüllen. Für das kommende Jahr war wegen fehlender Saatkartoffeln das Schlimmste zu befürchten, „denn sonst wird der Ernteertrag im nächsten Jahr noch geringer“.³¹⁰ Dagegen war Getreide im Herbst abgeliefert worden und hierin sah er eine gewisse Ausgleichsmöglichkeit. Zusätzlich wurde Maismehl versprochen, mit dem das Brot gestreckt werden solle. Die Versorgung mit Fleisch war nominell möglich, bei einer Reduzierung der Abgaben an die französische Armee wäre sogar eine Erhöhung für die Bevölkerung möglich. Dass dies in Baden-Baden zwar zugesagt, aber nicht eingehalten worden war, verbitterte ihn: „Ich habe dagegen Einspruch erhoben, nicht deshalb, weil wir es nicht aufbringen können, sondern weil wir es nicht ertragen können.“³¹¹ Der Verteilungskonflikt zu Lasten der Zivilbevölkerung trat immer mehr zu Tage.

Sein Ministerium hatte andererseits gegenüber den Bauern einige unpopuläre Maßnahmen ergriffen, um den Mangel zu verwalten und die Vorräte zu strecken mit dem Ziel, das nächste Jahr bis zur Ernte zu überstehen.³¹² Das war nur mit Hilfe stark repressiver Maßnahmen umzusetzen. Viele Mühlen wurden vom 1.1. bis zum 1.4. 1947 geschlossen, damit konnten die Bauern ihr Getreide nicht mehr privat verwerten. Diese Maßnahmen hatten große Wellen geschlagen und wurden auch zum Thema in den lokalen Besprechungen. Im Kreis Reutlingen führte dieser Vorgang zu Angriffen auf den Landrat. Es wurde der Verdacht der Bauern kolportiert, dass Landrat Kalbfell diese Regelung gemeinsam mit der KPD initiiert habe. Dies war ein Anzeichen für eine vergiftete Atmosphäre in diesem Verteilungskonflikt. Schlachtverbot in etlichen Schlachthäusern machte ebenfalls für die Selbstversorger die unmittelbare eigene Nutzung unmöglich. Auch die Ablieferungen konnten nur noch durch Eingriffe in die Selbstversorgung realisiert werden: Den Bauern wurden ihnen zustehende Tiere abgenommen und an die Armee abgeliefert. Durch die Engpässe in der Energieversorgung mussten die Zulieferungen an Betriebe auf das Lebensnotwendige beschränkt werden. Die Ausgabe von Holz an Bäckereien wurde deutlich reduziert, so dass in weniger Betrieben gebacken wurde und die anderen nur noch als Verkaufsstellen fungierten.

³¹⁰ WEISS, Franz: Landrätetagung, Sulz am Neckar, 17.02.1947, S. 46. StadtA Rt AdN 1957.

³¹¹ WEISS, Franz: Landrätetagung, Sulz am Neckar, 17.02.1947, S. 47. StadtA Rt AdN 1957.

³¹² Vgl. Landratsamt Reutlingen: Bürgermeistertagungen 1946–1947, 22.01.1947, S. 1–3. StadtA Rt AdN 18.1956.

Die Einführung des von Franz Weiß angekündigten Mais als Ersatzstoff wurde im Laufe des Jahres umgesetzt und wurde, wie zu erwarten war, von der Bevölkerung abgelehnt. Dazu kam, dass aufmerksame Bewohner im Kreis Sigmaringen festgestellt hatten, dass der Maisanteil höher war als in den Kreisen Tuttlingen, Ehingen und Saulgau, was zu deutlichen Protesten und Forderung nach Gleichbehandlung führte. Dieser unbeliebte Ersatzstoff sollte ab Herbst 1947 separat ausgegeben und nicht mehr als Anteil im Brot beigemischt werden. Die Tatsache, dass der höchste Ernährungsbeamte des Landes unmittelbar mit den Landräten sprach, die vor Ort die Maßnahmen vertreten und multiplizieren mussten, war ein Beleg für die Vernetzung der verschiedenen Ebenen des Ernährungssystems.

Die Tagungen der Landräte waren der Ort, an dem die Interessen der Kreise vorgetragen und diskutiert wurden. Wiederholt kamen Klagen über unzureichende Zulieferungen aus den Überschusskreisen zur Sprache, auch die Gegenposition kam zu Wort, dadurch wurden die Strukturen und Probleme deutlich. Nachdem der Landrat von Rottweil auf die mangelhafte Lieferung aus Saulgau hingewiesen hatte, antwortete der Landrat dieses Kreises, dass das Dreschen massiv durch den Engpass an Strom behindert worden sei. Die Bauern hatten ihm berichtet, dass bereits die Ernte um ein Drittel schlechter ausgefallen sei und nun noch ein Drittel des Vorhandenen durch die schlechten Bedingungen beim Dreschen verloren gegangen sei. Damit sei die mangelhafte Lieferung erklärt. Der Landrat von Rottweil wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es ihm dadurch nicht möglich gewesen sei, die Rationen in seinem Kreis wie offiziell angesetzt zu erhöhen. Die Industriestandorte, also auch Orte dieses Kreises, waren abhängig von den Zulieferungen, auch die Militärregierung hatte kein Interesse an dauerhaft unterversorgten Regionen und übte Druck aus, damit die Verpflichtungen erfüllt wurden. Die Besatzungsbehörden wollten einerseits Unruhen vermeiden und andererseits verhindern, dass Betriebe, die für den französischen Bedarf produzierten, vom Mangel betroffen waren.

Die komplexen Zusammenhänge zeigen die Verflechtung der Probleme. Ein Engpass an einer Stelle hatte gravierende Auswirkungen auf die Versorgung an anderen Stellen. Ein Beispiel ist die Stromversorgung. Die Energieversorgung stand generell im Mittelpunkt des Alltags und der Wirtschaft. Kraftwerke der Industrie und die städtisch öffentliche Versorgung musste nach Kriegsende wieder in Gang gesetzt werden, da sie von den sich zurückziehenden Verbänden der Wehrmacht und den fliehenden Nazi-Funktionären gesprengt worden waren. Der Strommangel wirkte sich so aus, dass zu Beginn der Besatzungszeit verordnet wurde, dass z. B. in Reutlingen in jeder Wohnung nur zwei Glühlampen brennen durften, Betriebe konnten noch nicht auf Strom zugreifen.³¹³ Auch der Straßenbahnbetrieb musste immer wieder stillgelegt werden. Erst im Oktober 1945 konnte ein positives Fazit zur Versorgung gezogen werden, dennoch war die Spannung im Überlandnetz noch ziemlich niedrig. In der folgenden Zeit war diese Energie von

³¹³ Vgl. Stadtverwaltung Reutlingen: Unser Reutlingen gestern und heute, 1965, S. 30f.

der Zulieferung von Kohle abhängig, diese wiederum schwankte stark. Sowohl die Förderung als auch die Anlieferung hatte noch Schwächen. Die Probleme in den Schlüsselbereichen der Energieversorgung hemmten die Nahrungsmittelproduktion und -verteilung. Dies waren nicht die einzigen Faktoren, die sich in ihrem komplexen Zusammenspiel schädlich auswirkten.

In ihren Sitzungen trugen die Landräte und in den Verhandlungen des Landtags die Abgeordneten die Informationen zusammen, um ein gemeinsames Verständnis der Hungerkrise und ihrer maßgeblichen störungsverursachenden Faktoren zu erstellen. Die Sicherung oder sogar Steigerung der Produktion war das Ziel. Die Landwirtschaft konnte nicht, wie gewünscht, produzieren. Zentrale Produktionshemmnisse bestanden außer den bereits genannten Gründen im Fehlen von Dünger und Saatgut, die Zulieferer dazu lagen in anderen Zonen und es war sehr schwierig, dies zu beschaffen. Die rigide Abschottung der Zonen konnte von den deutschen Stellen nicht beeinflusst werden, erst eine spätere politische Lösung war dazu in der Lage. Der Arbeitskräftemangel wurde durch den Krieg verursacht, zuerst durch die Rekrutierung der Männer und nun durch das Festhalten als Kriegsgefangene, zumeist in Frankreich. Also lagen Appelle an die Militärregierung nahe. Vertreter des Landes wiesen regelmäßig darauf hin, dass man doch alles versuchen sollte, „daß unsere kriegsgefangenen Bauernsöhne zurückkommen“.³¹⁴ Flüchtlinge, von denen man sich Abhilfe erhoffte, trafen in Südwürttemberg durch die restriktive Politik der Besatzungsmacht spärlich und dann verstärkt erst ab 1947 im Land ein. Hilfen bei der Arbeit waren die Landmaschinen, aber beschädigte Maschinen konnten oft wegen fehlender Ersatzteile nicht repariert werden. Unter diesen Bedingungen waren viel Engagement und Erfindungsreichtum von den Bauern verlangt und dies wurde eingesetzt, und dennoch konnten sie die Erwartungen nicht erfüllen.

Dr. Franz Weiß wies darauf hin, dass das Land auch in Friedenszeiten sich nicht vollständig selbst versorgen könne. Dennoch führte dies zu Vorwürfen gegenüber den Bauern von verschiedenen Seiten, gegen die sie die Verantwortlichen in Verwaltung und Politik in Schutz nahmen, da sie die Zusammenhänge kannten. Landrat Alfred Bendel aus dem landwirtschaftlich geprägten Kreis Ravensburg, hielt die Angriffe angesichts des beruflichen Ethos der Bauern für nicht gerechtfertigt. Nach seiner Einschätzung war es ihnen gar nicht möglich, ihre Felder ordentlich zu bestellen. Auch in den Verhandlungen des Landtags stellten sich später Abgeordnete trotz aller Störungen schützend vor die Bauern. „Hat in der Erzeugung und Ablieferung der schwäbische Bauer versagt?“, fragte rhetorisch der Abgeordnete Thomas Schwarz (CDU) in einer Sitzung des Landtags.³¹⁵ Er bezog sich damit auf eine Diskussion, die auch in der Öffentlichkeit stattfand. Schwarz bezeichnete es als unverantwortlich, wenn „ein Teil unserer Presse durch tendenziöse und

³¹⁴ BENDEL, Alfred: Landrätetagung, Ravensburg, 02.03.1946, S. 13. StadtA Rt AdN 1957.

³¹⁵ SCHWARZ, Thomas: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 7. Sitzung vom 01.10.1947, S. 89.

oberflächliche Berichte noch mehr Unruhe in die Bevölkerung hineinträgt“ und damit sowohl die Bauern als auch die Verwaltung und die Regierung diskreditiert würden.³¹⁶

Thomas Schwarz, selbst Landwirt, nutzte hier die Möglichkeit, auf die Leistung der Bauern hinzuweisen und auf deren selbstlose Art, in der sie aus ihren Selbstversorgerbeständen andere mitversorgt haben. Er führte die besonderen Produktionsschwierigkeiten durch fehlenden Dünger und Arbeitskräftemangel an, aber auch, dass aus seiner Sicht das Problem darin bestehe, dass man die selbst erzeugten Produkte nicht selbst verwerten dürfe, daher sollte die Regierung auf eine Änderung hinwirken. Dies zielte auf eine Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung zugunsten eines freien Marktes. Auch in den anderen Redebeiträgen wurden die Leistungen der Landwirtschaft und Verwaltung hervorgehoben: Die Bauern haben „unter ungünstigsten Verhältnissen eine Produktion herausgebracht, die uns zu großem Dank an die Bauernschaft verpflichtet“.³¹⁷ Da dies von einem Vertreter der SPD ausgesprochen wurde, herrschte offenbar in diesem Punkt Konsens über die Parteien hinweg. Die Wünsche der Bauern selbst waren sachlicher Art, denn sie verlangten eine bessere Ausstattung auf allen Ebenen: Saatgut, Maschinen und zum Beispiel verfügbare Handwerker, die ihre Maschinen reparieren konnten. Aber in der Diskussion wurden auf der Suche nach Linderung der Symptome auch grundsätzliche Themen angesprochen, die nun auf der gesellschaftlichen und politischen Agenda standen.

Dieselben Stellen, die sich schützend vor die Produzenten stellten, konnten aber auch nicht übersehen, dass es illegale Wege gab, auf denen landwirtschaftliche Produkte in den Tausch- oder Schwarzhandel abfließen. Durch verschiedene Mittel, die über die Appelle hinausgingen, versuchten sie, Einfluss auf das Ablieferungsverhalten zu nehmen, wenn sie auch nicht über die drastischen Instrumente verfügten, wie die Militärregierung. Mit ihren Maßnahmen wurde versucht, die Bauern durch Eingriffe in ihre Produktion und den Verbrauch zu lenken, dazu gehörte die Schließung der Mühlen im Januar 1947.³¹⁸ Als am Ende des Jahres 1947, eine Zeit der größten Not, alle Erträge für die Weiterverarbeitung und Ausgabe dringend erwartet wurden, wurde die Genehmigung zur Hausschlachtung für die Landwirte an die ordnungsgemäße Ablieferung gekoppelt.³¹⁹ Das Landratsamt Reutlingen konnte dies im November 1947 verfügen und im Dezember positive Rückmeldung dazu geben: „Die Getreideablieferung war befriedigend; die Anordnung, Hausschlachtung nur dann zu erlauben, wenn die Erzeugerbetriebe ihrer Ablieferungs-

³¹⁶ SCHWARZ, Thomas: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 7. Sitzung vom 01.10.1947, S. 90.

³¹⁷ KALBFELL, Oskar: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 7. Sitzung vom 01.10.1947, S. 90.

³¹⁸ Vgl. Landratsamt Reutlingen: Bürgermeistertagungen 1946–1947, 02.02.1947, S. 1. StadtA Rt AdN 1956.

³¹⁹ Vgl. Landratsamt Reutlingen: Bürgermeistertagungen 1946–1947, 11.12.1946, S. 2. StadtA Rt AdN 1956.

pflcht nachgekommen sind, hat sich weiterhin bewährt.³²⁰ Die Verwaltung schätzte die Interessen der Bauern richtig ein und zog es vor, mit kleinen Steuerungsmaßnahmen den Zufluss der Nahrungsmittel zu lenken. Man entwickelte ein System, mit dem immer wieder steuernd eingegriffen werden konnte und das den Bauern nahelegen sollte, ihre Pflichten zu erfüllen.

Die Vorfälle zeigen auch, dass die Gesellschaft stark gespalten war und, dass die sozialen Gegensätze nicht nur zwischen Konsumenten und Verbrauchern bestanden, sondern dass auch die tradierte politische Gegnerschaft schnell zum Tragen kommen konnte, wenn es um die materiellen Interessen ging. Dazu gehörte auch, dass der Vorschlag auf einer Bürgermeisterbesprechung zur Zusammenlegung von Feldern zur besseren Bewirtschaftung, sofort den Verdacht der Zwangskollektivierung unter kommunistischen Vorzeichen hervorbrachte. Dies zeigt, dass über grundlegende Themen, wie die Neuordnung der Wirtschaft, auch lokal diskutiert wurde. Obwohl sie diese Lösung ablehnten, gaben allerdings auch einige Bauern zu, dass kleine Felder ohne Zugang zu Feldwegen für Ertragseinbußen sorgten. Pragmatisch fanden sich hier vor Ort auch Lösungen, effektiver zu produzieren und damit die Erträge zu steigern.³²¹ Der Verlauf der Diskussionen zeigt einerseits die prinzipielle Offenheit der Nachkriegsgesellschaft, aber auch die Kontroversen der Gruppen als Indiz der sozialen Spaltung.

Die Möglichkeiten der Produktionssteigerung waren gering, dennoch wurde alles versucht. Die Gemeinden wiesen innerhalb der Orte nicht nur auf noch freie öffentliche Flächen hin, sondern riefen auch zur eigenen Suche auf: „Unbebautes Land darf es in diesem Jahr nicht mehr geben. Wo irgendwo in Stadt und Land noch unbebaute Flächen sind, mag es sich um Gemeinde-, Industrie- oder Privatbesitz handeln, wird sofortige Meldung verlangt mit möglicher Angabe von Lage, Besitzer und ungefährer Größe. [...] Wer solche Flächen zugewiesen wünscht und in Ausbau nehmen will, wolle sich sofort bei den gleichen Stellen melden. Auch Grasflächen können noch umgebrochen werden. Bei raschem Zugreifen ist noch Zeit zum Anbau von Kartoffeln und spätem Gemüse.“³²² In weiteren Ausgaben der amtlichen Bekanntmachungen Reutlingens wurde darauf hingewiesen, dass es Pflicht sei, Sportflächen und Zierrasen zum Lebensmittelanbau zu nutzen.³²³ Ein weiterer Weg, die Erträge zu steigern, bestand darin, die Pflanzen vor Schädlingen zu schützen. Über das Reutlinger Amtsblatt wurde ein Schülereinsatz organisiert, der Ernteeinbußen durch Kartoffelkäfer verhindern sollte. Ein späterer Artikel an der gleichen Stelle wies auf den Erfolg hin. Punktuell bemühten sich auch einzelne

³²⁰ Landratsamt Reutlingen: Monatsbericht, Dezember 1947, 09.01.1948. Der Bericht des Monats November enthält die Ankündigung dieser Regelung, der Dezember die erfolgreiche Umsetzung. StAS Wü 2 T 1 Nr. 1379/147.

³²¹ Vgl. Landratsamt Reutlingen: Bürgermeistertagungen 1946–1947, 25.02.1947, S. 2. StadtA Rt AdN 1956.

³²² Stadt Reutlingen: Amtliche Bekanntgaben des Bürgermeisteramtes, Nr. 2., 02.05.1945. StadtA Rt AdN.

³²³ Vgl. Unbebautes Land: Stadtpflege Reutlingen, Amtsblatt Informations du Gouvernement militaire Reutlingen. 9. Mai 1945. StadtA Rt Amtsblatt C1 1.

Ernährungsämter um Verbesserungen und suchten auf den altbekannten Zulieferwegen nach Saatgut, behindert wurde dies durch die Zonengrenzen und den bürokratischen Aufwand für Lieferungen auf der Basis der Kompensation. Das gleiche galt für Kunstdünger, dessen Fehlen auf allen Ebenen beklagt wurde. Die Rohstoffe dazu lagen allerdings weitgehend im Gebiet der sowjetisch besetzten Zone. Auch in der Verwaltung waren individuelles Engagement und Kreativität die Voraussetzung, um auch im Mikrobereich Ressourcen zu mobilisieren. Dies konnte allerdings nur der kurzfristigen Überbrückung dienen, das übergeordnete und realistische Ziel blieb immer, die nächste Ernte ohne Hilfe von außen zu erreichen.

3.6 Flankierende Maßnahmen – Wirtschaft und Landwirtschaft

Die Versorgung basierte nicht nur auf der landwirtschaftlichen Produktion. Immer wieder mussten flankierende Maßnahmen auf vielen Ebenen durch das Verwaltungspersonal ergriffen werden, dazu gehörten z. B. die Transportfahrzeuge, deren Instandsetzung, Ersatzteile und Betriebsstoffe. Die stark gestörte Energieversorgung machte sich auf allen Stufen der Produktion negativ bemerkbar. Bäcker konnten ohne Heizmaterialien nicht arbeiten, für jede industrielle Produktion war eine intakte Stromversorgung notwendig. Den Handwerkern mussten die Grundstoffe für Reparaturen beschafft werden.

Mangel gab es an allen Stellen und dies behinderte die Arbeit und den Wiederaufbau. Es fehlte geeignete Arbeitskleidung, insbesondere Schuhe waren für Tätigkeiten im Freien notwendig. Die Ravensburger Schuster klagten über fehlende Nägel und die Unterversorgung an Leder für die auf den Feldern arbeitenden Bauern. Die Produktion von Gütern aller Art war stark eingeschränkt durch den Mangel an Rohstoffen, diese waren zwar zum Teil vorhanden, mussten aber von der Militärregierung freigegeben werden. Es war eine Forderung der deutschen Stellen, dass diese „Déblockage“ auch von der örtlichen französischen Behörde ermöglicht werden sollte und nicht nur von der Militärregierung in Tübingen. Umständlich war dabei auch, dass die Anträge über die Industrie- und Handelskammer Reutlingen eingereicht werden mussten. So verhinderte nicht nur der Mangel, sondern auch die Bürokratie eine Produktion, die der Bevölkerung zugutekommen konnte und damit auch der Herstellung notwendiger Waren. Das gleiche galt für Reparaturen durch Handwerker, denen Materialien fehlten. Die Diskussion erreichte den Landtag am 5. November 1947 durch einen Antrag des Wirtschafts- und Sozialausschusses, vorgetragen vom Abgeordneten Fritz Schuler aus Calw. Er untermauerte seine Forderung nach Leder für die Schumacher mit drastischen Beispielen. Danach waren besonders die Kinder durch den starken Verschleiß und das Hinauswachsen von diesem Mangel betroffen. Im letzten Winter „mussten viele Mütter ihre Kinder huckepack zur Schule tragen und wieder abholen“.³²⁴ Nach seinen Berechnungen reichte es mit der aktuellen Zuteilung für einen Kunden in zehn Jahren

³²⁴ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 8. Sitzung vom 05.11.1947, S. 112.

für ein Paar Schuhe. Besonders nachteilig waren danach die Folgen für die Kriegsverehrten, die keine orthopädischen Schuhe erhalten konnten. Der Wirtschaftsminister wurde aufgefordert, sich für eine Besserung einzusetzen.

Die Forderung nach Versorgung der Bauern wurde auch im Zusammenhang mit dem Schwarzmarkt gestellt. Sie wurden durch den Mangel an alltäglich benötigten Gütern nach Ansicht der Beobachter regelrecht in die illegalen Tauschgeschäfte gezwungen, da sie sich nicht auf dem freien Markt versorgen konnten. Die Verwaltung musste zur Kenntnis nehmen, wie die Bedingungen, die sie nicht verändern konnte, die Bevölkerung in die Illegalität trieb, gleichzeitig musste sie mit Sanktionen gegen die Täter vorgehen. Dies war einer der vielen Widersprüche, die die Verwaltung und ihre Tätigkeit prägten und die nicht durch die deutsche Verwaltung und auch nicht durch den Landtag aufgelöst werden konnten.

3.7 Handlungsspielräume und Grenzen der Verwaltung zur Stärkung der Resilienz

Die tägliche Arbeit der Verwaltung wurde zu einer der Schlüsselstellen bei der Bewältigung der Hungerkrise. Mit der Organisation der Ablieferungen und der Verteilung stellten sie die Grundstruktur der öffentlichen Zuteilung dar. Gleichzeitig standen sie im Fokus aller aufkommenden Konflikte: mit den Bauern über die Ablieferung, mit der Militärregierung über die richtigen Beträge der Ablieferung und der Zuteilung und mit den Verbrauchern wegen der Klagen über zu geringe Zuteilung. Das Erscheinungsbild der Verwaltung in der Öffentlichkeit war kompliziert, die Zuständigkeiten waren so verteilt, dass die französischen Behörden entschieden und die deutsche Verwaltung die Ergebnisse exekutieren musste. Landräte und Bürgeremister „waren im Wesentlichen Befehlsempfänger der Militärregierung“.³²⁵ Dennoch bemühten sich die Verantwortlichen um eine stetige Ergänzung der geringen Ressourcen zum Teil auf abenteuerlichen und illegalen Wegen.

Entscheidende Bedeutung kam der Verwaltung bei einer gemeinsamen Krisenbewältigung zu. Die Referenten, die Bürgermeister und die Landräte waren im Zentrum der Kommunikationsnetze, setzten die Themen und beeinflussten deren Interpretation. Die Vernetzung, die sich das Verwaltungspersonal unter der Führung von Carlo Schmid geschaffen hatte, war nicht nur geeignet, praktische Absprachen zu treffen, sondern diese Besprechungen waren integraler Teil der Krise. Es wurde gemeinsam darüber beraten und sichtbar gemacht, was nicht hinnehmbar und damit krisenhaft war. Auch die Kommunikation mit der Besatzungsregierung war nicht auf direkte Gespräche und Beratungen begrenzt, sondern mit den Berichten an die Besatzungsbehörden und durch die Protokolle der Besprechungen und Tagungen konnten die Lage und die Einschätzung kommuniziert werden.

³²⁵ MÜLLER, Gebhard: Württemberg-Hohenzollern 1945 bis 1952. In: Max GÖGLER/Gregor RICHTER (Hgg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952, 1982, S. 13–31, hier S. 14.

Vertreter der örtlichen Kreisregierung besuchten die Landrätetagungen und erhielten die Protokolle. Darin bestand die Möglichkeit für die Landräte, der Militärregierung ihre Wahrnehmung und Deutung der Krise zu vermitteln, die die Grundlage für das Handeln der Verwaltung war. Als zentrale Botschaft wurde eindringlich vermittelt, dass der Hunger immer stärkere Ausmaße annahm und nicht länger hinnehmbar war. In der Deutung der Hungerkrise wurden die Probleme auf der Seite des Angebots und in der Verteilung gesehen. Die Bemühungen richteten sich auf die Förderung der Produktion und die Sicherung des Angebots durch Ablieferung der landwirtschaftlichen Erträge. Daraus entstanden gleichermaßen Konflikte mit den Erzeugern und mit der Militärregierung. Eine besondere Schwierigkeit ergab sich aus dem Bemühen, den illegalen Abfluss von Nahrungsmitteln zu verhindern. Hier zeigte sich die enge Verknüpfung mit der allgemeinen Wirtschaft, denn ohne Versorgung des Marktes mit Gebrauchsgütern war der Schwarzmarkt nicht erfolgreich einzudämmen. Alle Institutionen verfolgten auch soziale Ansätze. Als eine zentrale Aufgabe wurde die gerechte Verteilung der Rationen angesehen, parallel wurden Unterstützungssysteme durch Volks- und Suppenküchen aufgebaut. Im Bereich der politischen Zielvorstellungen bestand in der Gruppe Konsens über die Errichtung demokratischer Strukturen und einer entsprechenden Erziehung des Volkes. Es blieb nicht bei der Willenserklärung. Nicht zuletzt sollte das große Ziel Demokratisierung gefördert werden. Landrat Wagner aus Calw stellte auf der Landratssitzung in Balingen vor, mit welchen Verfahrensweisen die Verwaltung dazu Beiträge leisten könne.³²⁶ Er stellte exemplarisch dar, dass er wesentliche Entscheidungen in Komitees verlagerte, in denen es freie Aussprachen gab. Als Grundlage informierte er großzügig in seinem Kreis über die aktuellen Probleme durch allgemeine Mitteilungen. An den Wochenenden lud er Vertreter aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in ein Häuschen im Schwarzwald ein, um zu informieren und zu diskutieren, um in eine demokratische Lebensform einzuführen. Staatsrat Dr. Schmid dankte ihm dafür, da dieses Vorgehen geeignet sei, eine demokratische Staatsform nahe zu bringen, die „von den Regierten verstanden wird und gebilligt oder kritisiert wird aus dem wirklichen Verstehen heraus“.³²⁷

Alle Bemühungen um Resilienz konnten sich nicht auf die Milderung von Schäden durch Aktivitäten mit begrenzter Auswirkung beschränken, die das grundlegende Problem nicht angingen und bei unveränderten Verhältnissen nur auf Symptome reagierten. Diese Form der Anpassung (adjustment) musste durch langfristig wirkende Verbesserungen im Sinne der langfristige und strategisch angelegten Bemühungen (adaption)³²⁸ ergänzt werden. Dies überstieg die Möglichkeit der Verwaltung, deshalb engagierten sich viele Akteure auf der politischen Ebene.

³²⁶ Vgl. WAGNER, Emil: Landrätetagung, Balingen, 02.02.1946, S. 7–11. StadtA Rt AdN 19. 1957.

³²⁷ SCHMID, Carlo: Landrätetagung, Balingen, 02.02.1946, S. 11. StadtA Rt AdN 19. 1957.

³²⁸ Die Unterscheidung zwischen „short-term adjustments“ und „long-time adaption“ treffen Sara Milmann und Robert W. Kates, deren Konzept in Kapitel I. 2.3 Vulnerabilität

4. „Phase politique“ – die Verhandlungen des Landtags

Auf der Ebene der Politik verknüpften sich die Fragen der Ernährung, die durch politische Entscheidungen beeinflusst werden mussten, mit der demokratischen Selbstbestimmung sowie der wirtschaftlichen Entwicklung und Prosperität. Dieser Zusammenhang nahm entscheidenden Einfluss auf die Versorgungssituation, damit wurde das politische Handeln von zentraler Bedeutung bei der Überwindung der Hungerkrise. Das Problembewusstsein der Abgeordneten und ihre Verpflichtung, für das Wohl der Bevölkerung zu sorgen, beruhten auf der engen Vernetzung aller Ebenen. Das Personal der Verwaltung war mit den Anforderungen der Alltagspraxis konfrontiert und konnte nun diese Erfahrungen zum Teil persönlich oder vermittelt durch Abgeordnete auf der politischen Ebene zur Geltung bringen.

4.1 Der Landtag und die Landesregierung

Die von der französischen Militärregierung und den politischen Akteuren in den Städten und Landkreisen angestrebte Demokratisierung erhielt mit der Wahl einer Beratenden Landesversammlung durch 650 Kreis- und Gemeinderäte eine neue Qualität. Das Ziel war die Ausarbeitung einer Landesverfassung. Das Ergebnis sollte in einer Volksabstimmung den Wählern vorgelegt werden. Die Abgeordneten arbeiteten vom 22. November 1946 bis zum 9. Mai 1947 in Schloss Bebenhausen. Vertreten waren alle Parteien, zum Präsidenten wurde Karl Gengler (CDU) gewählt, Vizepräsidenten wurden Fritz Fleck (SPD) und Karl Kübler (DVP). Die Versammlung hatte die Aufgabe „im Einvernehmen mit der provisorischen Regierung einen Verfassungsentwurf aufzustellen, der einer Volksabstimmung zu unterwerfen ist.“³²⁹ Karl Gengler erinnerte in seiner Eröffnungsrede an die Verfassungsstradition in Württemberg und wies auf die Jahre 1482 und den Tübinger Vertrag von 1514 hin. Er leitete daraus die Notwendigkeit der Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten her, die in einer „Fackelnacht“³³⁰ untergegangen seien. Nach dem Verlust von Freiheit und Würde durch den Nationalsozialismus bekomme man nun von der siegreichen Besatzungsmacht die Möglichkeit, die Freiheiten und Rechte zurückzuerhalten. Die Versammlung sah er als Vorstufe einer demokratischen Vertretung. Mehrfach wies er auf das Grundproblem der nicht ausrei-

und Resilienz – Erfahrung und Forschungsperspektive dargestellt wird. Daniel Krämer nahm diese Begriffe in seinem Konzept der Vulnerabilität auf als Anpassungen (adjustment), die kurzfristig die Folgen der Störung eines Systems lindern und Adaption, die mit fundamentalen Maßnahmen die Resilienz eines Systems erhöhen. Vgl. KRÄMER, Daniel: Vulnerabilität und die konzeptionellen Strukturen des Hungers. Eine methodische Annäherung. In: Dominik COLLET/Thore LASSEN/Ansgar SCHANBACHER (Hgg.): Handeln in Hungerkrisen, 2012, S. 45–65, hier S. 56.

³²⁹ Verhandlungen der Beratenden Landesversammlung, 1. Sitzung vom 22.11.1946, S. 5.

³³⁰ Verhandlungen der Beratenden Landesversammlung, 1. Sitzung vom 22.11.1946, S. 5.



Abb. 23: Das zweite Staatssekretariat Schmid, 1947: v. l. Franz Weiß (Landwirtschaft), Eberhard Wildermuth (Wirtschaft), Albert Sauer (Kultus und Erziehung), Carlo Schmid (Präsident des Staatssekretariats und Justiz), Victor Renner (Inneres). Quelle: HStAS 3-161 – Zweites Staatssekretariat Schmid.³³¹

chenden Ernährungsbasis und die erschwerenden Auflagen hin, weitere Gebiete der französischen Zone versorgen zu müssen. Als Präsident der Provisorischen Regierung gab Staatsrat Prof. Dr. Schmid einen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Landesverwaltung seit der Besetzung. Auch er wies auf die Versorgungslage hin: 1946 wurde die Brotzuteilung von 9 kg auf 6 kg Brot pro Kopf der Normalverbraucher gesenkt. Kompensationsmöglichkeiten sah er ebenfalls nicht, da Fleisch und Milchprodukte in großen Mengen an die französischen Besatzer abgegeben werden müssten. Diese Bemerkung führte zu einer Vorladung nach Baden-Baden, die Militärregierung drängte auf eine Korrektur. In der nächsten Sitzung trug er auftragsgemäß vor, dass eine Entstellung der Wahrheit zum Nachteil der Besatzungsregierung sei, es „werden Maßregelungen erfolgen“.³³² Mit Hinweis auf die Besatzungsbehörden verlas er die Richtigstellung, dass nicht der Eindruck entstehen solle, dass die „Abgaben für die Besatzungsmacht bestimmt seien“.³³³ Im Übrigen sei geplant, dass die Entnahmen reduziert werden sollten.

In der Diskussion um die Verfassung stand zur Wahl, den Entwurf, den Carlo Schmid für Württemberg-Baden kurz zuvor mitformuliert hatte, zu übernehmen.

³³¹ Die Abbildung stammt aus dem Band GÖGLER, Max/RICHTER, Gregor (Hgg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern, 1982, S. 483.

³³² Verhandlungen der Beratenden Landesversammlung, 1. Sitzung vom 22.11.1946, S. 2.

³³³ Verhandlungen der Beratenden Landesversammlung, 2. Sitzung vom 02.12.1946, S. 2.

Nachdem dieser Vorschlag abgelehnt worden war, wurde ein neuer Entwurf von der CDU-Fraktion unter Führung von Lorenz Bock und Emil Niethammer vorgelegt. Er wurde von allen anderen Parteien abgelehnt. SPD, KPD und DVP zogen aus dem Ausschuss aus und der CDU-Minderheitenentwurf wurde der Militärregierung vorgelegt, die ihn ebenfalls ablehnte, u. a. da sie den Volkswillen als nicht genügend berücksichtigt sah. In sehr kurzer Zeit musste ein neuer Entwurf vorgelegt werden. Carlo Schmid und Gebhard Müller arbeiteten innerhalb von drei Tagen an einem Kompromiss, der beiden Seiten Zugeständnisse abverlangte, dann aber akzeptiert wurde.³³⁴ Neu war das konstruktive Misstrauensvotum, die individuellen Grundrechte standen über den Staatszielen, Enteignungen waren möglich und damit war der Weg z. B. für eine Bodenreform frei. Präsident Karl Gengler sah darin den Weg zur Demokratie geebnet und betonte den „scharfen und grundlegenden Trennungsstrich gegenüber der Vergangenheit“ mit den wesentlichen Elementen des Schutzes der Menschenrechte und der sozialen Verpflichtung des Einzelnen gegenüber den „Nebemenschen“ und dem Staat.³³⁵ Die Militärregierung akzeptierte und in der Volksabstimmung stimmten 69,8 Prozent der Bevölkerung zu, damit war der Staat Württemberg-Hohenzollern entstanden. Carlo Schmid fand die Bezeichnung „Staat“ und „Staatspräsident“ für ein Land mit einer Million Einwohner überzogen, während die anderen Länder Ministerpräsidenten an ihrer Spitze hatten.³³⁶ Den Grund sah er in dem Wunsch, nicht einen Bundesstaat, sondern einen Staatenbund in Deutschland zu gründen. Am Tag der Volksabstimmung fanden auch die ersten und einzigen Landtagswahlen statt, da der Staat 1952 im Bundesland Baden-Württemberg aufging. Zur größten Partei wurde 1947 die CDU mit 54,2 Prozent, die SPD erhielt 20,8 Prozent, die DVP 17,7 Prozent und die KPD 7,5 Prozent. Landtagspräsident und die Vizepräsidenten wurden wie in der Beratenden Versammlung Karl Gengler, Fritz Fleck und Karl Kübler, zum Staatspräsidenten wählte der Landtag den Anwalt Lorenz Bock aus Rottweil.³³⁷ Die Zusammensetzung entsprach dem Wahlergebnis. Dies gab die Struktur des Landes wieder, die von verschiedenen Faktoren geprägt war. Dazu gehörten die öffentlichen Gewalten, die konfessionellen Bekenntnisse, die Bräuche, die sich auf das Vererben von Eigentum auswirkten (Anerbenrecht oder Realteilung) und die wirtschaftliche Entwicklung, die im Zusammenhang mit der Industrialisierung Bevölkerungsverschiebungen bewirkte. Dadurch entstanden heterogene Gemeinden und Regionen, insgesamt überwog dennoch im südlichen Teil das konservative Wahlverhalten und eine christlich-katholische Prägung. In den nordwestlichen

³³⁴ Vgl. NÜSKE, Gerd Friedrich: Neubeginn von oben: Staatssekretariat und Landesregierungen. In: Max GÖGLER/Gregor RICHTER (Hgg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952, 1982, S. 81–111, hier S. 89–91.

³³⁵ Verhandlungen der Beratenden Landesversammlung, 12. Sitzung vom 09.05.1947, S. 36.

³³⁶ Vgl. SCHMID, Carlo: Erinnerungen, 1979, S. 275.

³³⁷ Vgl. SCHÖNTAG, Wilfried: Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945–1952. In: Hansmartin SCHWARZMAIER (Hg.): Vom Ende des alten Reiches bis zum Ende der Monarchien, Bd. 4., Stuttgart 2003, S. 441–476.

industriell und gewerblich gerägten Landesteilen konnten SPD und KPD größere Anteile erzielen. Für das gesamte Land war von Bedeutung, dass der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten deutlich überwog. 1946 arbeiteten von 476 022 Erwerbstätigen 209 407 Personen in der Landwirtschaft und 162 060 in Industrie und Handwerk.³³⁸ Es ist anzunehmen, dass sich diese strukturelle Verteilung auf die politische Orientierung und das Wahlergebnis auswirkte.

Die Verhandlungen der Landesversammlung spiegelten die Komplexität und die Widersprüchlichkeit der Verhältnisse auf der politischen Ebene wider, denn die neugeschaffenen Institutionen Landesregierung und Landtag waren den Anordnungen der Militärregierung unterworfen und waren gleichzeitig verpflichtet, die Interessen der Bevölkerung zu wahren. Die Bürger setzten hohe Erwartungen in ihre demokratischen Vertreter. Die Ernährungssituation war unauflöslich mit allen Aspekten des Lebens verknüpft, die Abgeordneten waren gut informiert, da sie intensiven Kontakt mit den Gemeinden und Landkreisen pflegten. Die Versorgung war z. B. untrennbar mit der Allgemeinwirtschaft verbunden: Die industrielle Produktion sollte die Grundlage für den Export bilden, der Devisen für die Einfuhr von Lebensmitteln erwirtschaften sollte. Die landwirtschaftlichen Produzenten waren abhängig von Betriebsstoffen, Landmaschinen und Energieträgern, aber auch von Gütern des täglichen Bedarfs. Konnten sie das nicht auf dem legalen Markt erwerben, lag die illegale Beschaffung auf dem Schwarzmarkt nahe, der ein geordnetes Wirtschaftsleben behinderte. Die Diskussionen des Landtags zeigen eine detaillierte Kenntnis der Verhältnisse und das Entstehen eines gemeinsamen Verständnisses der Krise. Die Besserung der Versorgungssituation wiederum hing lange Zeit vom Wohlwollen und den Absichten der Militärregierung ab. Einige Zeit verharrte die Ernährungssituation in einem Schwebезustand, Landtag und Landesregierung mussten alles daransetzen, dies zu ihren Gunsten zu klären, um ihrem Anspruch, die Versorgungskrise zu beseitigen, gerecht zu werden.

Das erklärte Ziel der Militärregierung war die Demokratisierung. Der Aufbau sollte nach ihren Vorstellungen und unter ihrer Überwachung erfolgen. Unter dem immanenten Widerspruch zwischen Weg und Ziel litt das Verhältnis zu den Landespolitikern lange Zeit. Das Führungspersonal in Verwaltung und Politik war an demokratischen Vorstellungen orientiert, z. T. vor dem Hintergrund der eigenen politischen Aktivität in der Zeit der Weimarer Republik oder aufgrund persönlicher Erfahrungen in anderen Organisationen, z. B. den Gewerkschaften. Davon profitierte die beratende Landesversammlung, die die Verfassung ausgearbeitet hatte. Mit deren Einführung wurde der Landtag gewählt und die Landesregierung gebildet. Damit waren die Grundlagen für Beratungen und das Erlassen von Gesetzen geschaffen, die allerdings nur mit der Zustimmung der Militärregierung in Kraft treten konnten. Die oberste Souveränität lag bei der Militärregierung, die die Übertragung der Zuständigkeiten durch die Ordonnance Nr. 95 verkündet hatte,

³³⁸ Vgl. die Erwerbspersonen der Kreise in Württemberg-Hohenzollern nach Wirtschaftsabteilungen. In: Württemberg-Hohenzollern in Zahlen, 1947, S. 80.

sich gleichzeitig aber so viele Vorbehaltsrechte reservierte, dass in vielen Bereichen der Wirtschaft und der Ernährung keine Möglichkeiten zur erfolgreichen selbstständigen Tätigkeit für die Landesstellen bestand.³³⁹ Die Landesregierung hätte nur mit solchen Befugnissen, z.B. mit der Verfügung über die Produktion, die Notsituation bekämpfen können, daher strebte sie die Erweiterung der Zuständigkeiten an. Dies führte zum Konflikt. Das Ziel war, einen größeren Handlungsspielraum für die Beseitigung der Hungerkrise zu erlangen. An der Argumentation in den Verhandlungen des Landtags lassen sich die Haltung und übergeordneten Motive der Parlamentarier und der Regierung ablesen: eine starke Bindung an die Verfassung sowie die Wahrung der Interessen und des Wohls der Bevölkerung. Als grundlegende Problematik wurde die Hungerkrise aufgeführt. In der politischen und parlamentarischen Praxis musste deren Überwindung mit dem Kampf um die Erweiterung der Zuständigkeiten und Rechte für das Parlament verknüpft werden. Darin wurde die enge Verflechtung der Hungerkrise mit der politischen und der ökonomischen Entwicklung deutlich, die dadurch eine spezifische Prägung erfuhr.

Durch die Kenntnisse des Alltags und der Lebensbedingungen in den Landkreisen brachten die Abgeordneten Vorstellungen darüber mit, was aus ihrer Sicht notwendige Regelungen sein sollten. Konkrete Lösungen, aber auch übergeordnete Arrangements mussten auf der politischen Ebene bewirkt werden. Die Plattform und das Instrument dazu bot der neu gewählte Landtag, der seit dem 3. Juni 1947 in Bebenhausen tagte. Die Parlamentarier berieten die Landesregierung, die den Kontakt zur Militärregierung hielt, und formulierten und beschlossen Anträge. Nach der Verfassung bedurfte „die Regierung für ihre Amtsführung des Vertrauens des Landtags“.³⁴⁰ Dies trug dazu bei, ihren Forderungen gegenüber der Militärregierung Gewicht zu verleihen, da in ihren Verhandlungen der demokratisch legitimierte Willen des Volkes artikuliert wurde und dies nicht ohne Weiteres ignoriert werden konnte. Dennoch zögerte die Militärregierung lange, der Landesregierung juristische Zugeständnisse zu machen.

Das Bemühen um eine Verbesserung der Ernährungslage war auch hier ein Kristallisationspunkt für die gesamte Politik. Immer wieder rückten die Abgeordneten das Thema in den Fokus, um Lösungen zu finden, oder Beschlüsse als Basis für die Gespräche mit der Militärregierung zu fassen. Das Ringen um die Ausweitung der Kompetenz, selbstständig geltende Beschlüsse fassen zu können, wurde ein wesentlicher Teil der Besprechungen und Diskussionen der Mitglieder der Landesre-

³³⁹ Siehe die Regelung der Befugnisse der Landesregierung von Württemberg-Hohenzollern und der französischen Militärregierung vom 09.07.1947. Ordonnance Nr. 95 relative aux pouvoirs des Länder de la Zone Française d'Occupation vom 9.7.1947 Journal Officiel S.783f. Zitiert nach KONSTANZER, Eberhard: Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg, 1969, S. 58.

³⁴⁰ Verfassung für Württemberg-Hohenzollern vom 18. Mai 1947. Artikel 51. Dr. SCHMID u. a. (Hgg.): Verfassung für Württemberg-Hohenzollern, 1947. Online verfügbar unter <https://www.verfassungen.de/bw/wuerttemberg-hohenzollern/verf47-i.htm> (Letzter Abruf: 02.06.2023).

gierung mit der Militärregierung in Baden-Baden unter General Koenig. Immer wieder wurden von dieser Seite Zugeständnisse in allgemeiner Form eingeräumt und danach wieder eingeschränkt, so dass sie wertlos wurden.³⁴¹ Die Befugnisse für alle wichtigen Bereiche blieben bei der Militärregierung, damit konnte diese ihre Wirtschaftspolitik unverändert fortführen.

Die Forderungen der Landesregierung bestanden in einer landeseigenen Verwaltung, Einschränkung der Weisungsmacht der Militärregierung und der selbstständigen Wirtschaftsverwaltung. 1947 mussten selbst die zu diskutierenden Themen vorab genehmigt werden. Präsident Karl Gengler bezeichnete dies in seiner Antrittsrede als „eine schmale und bescheidene Plattform für den Aufbau des neuen demokratischen Staates und dessen Autorität“.³⁴² Angesichts der „in vielem fast trostlose[n] Lage“ in der Wirtschaft und der Versorgung sah er die „Grenzen unserer Möglichkeiten“ und suchte nach neuen Handlungsspielräumen in „Freiheit und Selbstverantwortung“.³⁴³ Der Landtag nahm dabei eine Mittlerposition ein, da es Stimmen gab, die Gefahr liefen die Möglichkeiten zu überschätzen und sich „in gefährlichen Trugschlüssen“ ergingen.³⁴⁴ Er warnte deshalb die Bürger: „Enttäuscht sind in erster Linie diejenigen, die mehr verlangen, als sie nach der wahren Lage verlangen dürfen.“ Damit drückte er die schwierige Aufgabe aus, in einer Position der weitgehenden Machtlosigkeit und angesichts des schwierigen Erbes der Vergangenheit, die Erwartungen der Wähler zu erfüllen. In der anschließenden Antwort nahm der neugewählte Staatspräsident Lorenz Bock das zentrale Thema auf, die Sorge um die Ernährung. Der politische Ertrag war oft nicht zufriedenstellend, Konflikte waren damit vorprogrammiert. Die Diskussionen dienten primär der Erarbeitung eines gemeinsamen Verständnisses der Krise, auf dessen Basis Strategien erörtert werden konnten. Von Beginn an arbeiteten Landesregierung und Abgeordnete an einem Konsens über ein gemeinsames Vorgehen, als Kontrahent galt die Militärregierung. Aber auch die Bevölkerung musste beachtet werden, Lösungen wurden nicht nur durch Widerstand in Frage gestellt, sondern auch durch überzogene Erwartungen. Die Beachtung beider Gefahren war kräftezehrend und erforderte parlamentarische Kreativität und diplomatisches Geschick.

In der Frage der Besetzung der Regierung konnte sich der Landtag durchsetzen. Als Minister für Landwirtschaft und Ernährung war Dr. Franz Weiß vorgeschlagen worden, dagegen erhob die Besatzungsbehörde Bedenken, möglicherweise weil er immer wieder durch Widerspruch in Ernährungsfragen, z. B. bei der Einschätzung der Ablieferungsmengen der Bauern, aufgefallen war. Er konnte als ei-

³⁴¹ Vgl. KONSTANZER, Eberhard: Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg, 1969, S. 65–69. Diese Arbeit wird besonders dadurch wertvoll, dass der Autor noch mit Mitgliedern der Regierung und Abgeordneten Kontakt hatte, z. T. sogar Materialien aus deren Privatbesitz verwenden konnte.

³⁴² Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 1. Sitzung vom 03.06.1947, S. 3.

³⁴³ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 1. Sitzung vom 03.06.1947, S. 4.

³⁴⁴ Dieses und das folgende Zitat: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 1. Sitzung vom 03.06.1947, S. 4.

ner der zähesten Kontrahenten der Militärregierung angesehen werden. Die Fraktionen blieben bei ihrem Votum, so dass er das Amt antreten konnte.³⁴⁵ Auch die folgenden politischen Auseinandersetzungen erwiesen sich als schwierig.

Die Landesregierung trug in Gesprächen mit Gouverneur Widmer ihre Anliegen vor, dabei wurden Details aller Art besprochen, die die Gesellschaft und ihren Alltag bewegten und die Lösungen verlangten, wie z. B. Zuteilung von Kleidung, Umgang mit ehemaligen NSDAP-Angehörigen, Jugendschutz und Versorgung der Kriegsoffer. Die Themen, die permanent auf der Tagesordnung standen, waren die Ernährung und die Wirtschaft.³⁴⁶ In diesen existenziell wichtigen Bereichen wurden die Grenzen des Einflusses zur Verbesserung der Lage als besonders bedrückend empfunden. Das Parlament und die Regierung strebten nach Ausweitung der Zuständigkeiten, vorläufig in kleinen Schritten. Von Selbstständigkeit konnte erst nach der Gründung der Bundesrepublik 1949 gesprochen werden. Vorstöße mit dem Ziel, etwas bei der Militärregierung zu erreichen, mussten als Ersuchen an die Regierung formuliert werden. Der Erfolg von Anträgen war ungewiss. Der Antrag zur Eindämmung des Schwarzmarktes zeigt bereits sprachlich das komplizierte Verfahren: „Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Militärregierung vorstellig zu werden, daß der Anteil der deutschen Zivilbevölkerung an der gewerblichen Produktion im Inland wesentlich erhöht wird, um dem Tauschhandel zu begegnen, und den Abfluß in unzulässige Kanäle zu verhindern.“³⁴⁷ Sachlich hätte dies ein Marktgeschehen gefördert, das die ordnungsgemäße Verteilung der Lebensmittel auf der Basis einer zuverlässigen Ablieferung wahrscheinlicher gemacht hätte. Voraussetzung dafür war, dass die Militärregierung auf ihr Vorbehaltsrecht in allen wirtschaftlichen Fragen verzichtet hätte, dazu war sie im November 1947 noch nicht bereit.

Gültige Regelungen waren vorläufig durch eigene Beschlüsse nicht möglich, sie waren der Militärregierung vorbehalten. Sie konnte die Landesregierung aber dazu anweisen. Auf den unteren Ebenen war es üblich geworden, dass die Befehle von den örtlichen Kreisdelegierten kamen und von der Verwaltung verkündet und ausgeführt werden mussten, dies wurde als Widerspruch zur Demokratisierung empfunden. Als Kernproblem blieb, dass auf der politischen Ebene Fortschritte erzielt werden mussten, um die Lebensbedingungen der Bevölkerung effektiv zu verbessern. Dazu mussten die Kompetenzen nach Ansicht des Landtags erweitert werden. Der zitierte mehrfache Umweg der Landesregierung als Bittsteller verdeutlicht die Machtlosigkeit, gegen die die Abgeordneten vorgehen wollten. Die Konflikte zwischen den Vertretern des Landes und der französischen Besatzungsbehörden entzündeten sich zwar an verschiedenen Themen, Ausweitung der Zuständigkeiten, Demontagen oder Abholzung der Wälder, aber alle standen implizit und explizit im Zusammenhang mit der katastrophalen Ernährungslage im Jahr 1947.

³⁴⁵ Vgl. KONSTANZER, Eberhard: Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg, 1969, S. 56.

³⁴⁶ Vgl. WEBER, Edwin Ernst (Hg.): Gouverneursbesprechungen, 2007.

³⁴⁷ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 7. Sitzung vom 1.10.1947, S. 101.

4.2 Die erste Phase der Verhandlungen des Landtags

Die ersten Sitzungen des Landtags sind als Eröffnungsphase anzusehen, in der die Probleme und Ziele benannt wurden und die Militärregierung den Rahmen der Selbstständigkeit des Gremiums definierte. Die Reden waren bestimmt von der Bekräftigung des demokratischen Selbstverständnisses, der schmerzlich empfundenen politischen Schwäche und der Konzentration auf das dominante Problem der Ernährungslage. In der ersten Sitzung am 3. Juni 1947 bezog sich Alterspräsident Prof. Dr. Niethammer auf die Verfassung, in der die wesentlichen Elemente verankert seien: Menschenrechte und die Gewaltenteilung. In den Mittelpunkt des Auftrags stellte er die „Not, die das ganze deutsche Volk furchtbar bedrängt und in einzelnen Gebieten einen Grad erreicht hat, der zur Verzweiflung treibt. (Abg. Hermann: Sehr richtig!). Der Kampf gegen diese Not ist innerstes Anliegen der Verfassung. Da, wo die Not am größten ist, da, wo die größten Gefahren und größten Leiden auf einem Teil des Volkes lasten, da muß zuerst und mit größtem Nachdruck eingegriffen werden.“³⁴⁸ Die Verknüpfung der Bekämpfung der Not mit der Verfassung wies auf den hohen Stellenwert des Themas und die Verpflichtung hin. Niethammer sah die Machtlosigkeit des Parlaments und stellte fest, dass die Verfassung in Unfreiheit geschaffen worden sei. Der neugewählte Landtagspräsident Karl Gengler schloss daran an und sah eine lediglich „schmale und bescheidene Plattform für den Aufbau des Staates“.³⁴⁹ Dazu gehöre auch eine realistische Sicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Ansicht, dass ein „ausgeschlachtetes Deutschland“ in Not und Elend keine Demokratie hervorbringen könne. Auch für ihn war der Neuaufbau mit einer Aufarbeitung der Vergangenheit verknüpft und er hob „unsere Fehler, unsere Irrwege und unsere Schuld“ hervor.³⁵⁰ Damit waren die Themenfelder abgesteckt, auf die sich auch der kurz danach gewählte Staatspräsident Lorenz Bock bezog. Über die notwendige Kooperation mit der Militärregierung bestand Konsens.

In der zweiten Sitzung am 12. Juni 1947 wurde General Widmer als Gouverneur begrüßt, der auf die Bedeutung des Parlaments für den demokratischen Aufbau hinwies.³⁵¹ Deutlich wurde aber auch der geringe Spielraum, als er eine Erklärung und Verfügung von General Koenig verlas. In dieser Ordonnance 95 behielt sich die Militärregierung Entscheidungen in wesentlichen Bereichen vor.³⁵² Außer den Rechten, die sich aus den allgemeinen Bestimmungen der Alliierten ergaben, waren die Vorbehalte im Bereich der Wirtschaft besonders relevant. Beschlossene Gesetze und Verordnungen durften demnach erst nach Genehmigung durch die Militärregierung verkündet werden. General Widmer stellte die Übertragung weiterer Ver-

³⁴⁸ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 1. Sitzung vom 03.06.1947, S. 1.

³⁴⁹ Dieses und das folgende Zitat: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 1. Sitzung vom 03.06.1947, S. 1.

³⁵⁰ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 1. Sitzung vom 03.06.1947, S. 1.

³⁵¹ Vgl. Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 2. Sitzung vom 12.06.1947, S. 1–8.

³⁵² Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 2. Sitzung vom 12.06.1947, S. 3.

antwortung in Aussicht, allerdings schränkten die darauffolgenden Verfügungen die Möglichkeiten selbstständigen Handelns ein. In kurzer Zeit wurde die Anordnung durch weitere Erklärungen und Verfügungen so weit eingeschränkt, dass die Verfassung nahezu gegenstandslos wurde, weil die Besatzungsmacht nach wie vor über die wesentlichen Zuständigkeiten verfügte.³⁵³

Das Thema Ernährung war auch in den interzonalen Beziehungen präsent. In der zweiten Sitzung wurde Carlo Schmid aufgefordert, von der Münchner Ministerpräsidentenkonferenz zu berichten, an der er als Vertreter des Landes teilgenommen hatte.³⁵⁴ Die Anwesenheit der ausländischen Presse machte es möglich, ein internationales Publikum auf die Probleme hinzuweisen. Das Treffen erhielt deutschlandpolitisch dadurch eine besondere Bedeutung, dass der Versuch einer gesamtdeutschen Einigung scheiterte und die ostdeutschen Vertreter wieder abreisten, als sich abzeichnete, dass nicht über eine wirtschaftliche und politische Einheit gesprochen werde. Dieses Ziel der Sowjetunion war damit nicht mehr umsetzbar. Für Deutschland bedeutete dies die Teilung. Auf dem Treffen der Ministerpräsidenten aller Länder sollten Vorschläge entwickelt werden, die der Militärregierung vorgelegt werden sollten, um das Abgleiten Deutschlands in ein wirtschaftliches Chaos zu verhindern. Als Themen waren Wohnungsnot, Hunger und Flüchtlingsprobleme vorgesehen. Dies war auch im Sinne der französischen Militärregierung, die dagegen war, weitere Themen in die Diskussion aufzunehmen. Der französische Militärgouverneur hatte der Reise der Vertreter aus der französischen Zone nur unter der Bedingung zugestimmt, dass ausschließlich wirtschaftliche Themen besprochen werden sollten.³⁵⁵

Carlo Schmid hatte als einer der Delegierten die Gelegenheit genutzt, um vor internationalem Publikum und vor der deutschen politischen Öffentlichkeit über die tatsächliche Situation in der französischen Zone in dem Krisenjahr 1947 zu informieren. Im Allgemeinen versuchte die französische Militärregierung Einblicke dieser Art in ihre Zone zu verhindern. In seinem Bericht im Landtag kam er darauf nur indirekt zu sprechen, vermutlich war das ein Ergebnis seines Gesprächs mit den französischen Behörden, die eine Verbreitung in der Zone nicht wünschten. Aus seinen „Erinnerungen“ und einem Bericht von Theodor Eschenburg lassen sich die Ereignisse rekonstruieren.³⁵⁶

Da das Thema Ernährung angesprochen wurde und die Vertreter der anderen Zonen berichteten, ergriff Carlo Schmid ebenfalls das Wort, obwohl er nicht auf der Referentenliste stand, „damit auch unsere Zone zum Worte kam und die Teil-

³⁵³ Vgl. KONSTANZER, Eberhard: Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg, 1969, S. 57–59.

³⁵⁴ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 2. Sitzung vom 12.06.1947, S. 5.

³⁵⁵ Vgl. KRIEGER, Karsten: Parteien. In: Wolfgang BENZ (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55. Ein Handbuch. Berlin 1999, S. 150–158, hier S. 154 ff.

³⁵⁶ ESCHENBURG, Theodor: Erinnerungen an die Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz 1947. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1972 (4), S. 154–174.

nehmer auch wüssten, wie es in unserer Zone ernährungsmäßig aussieht“.³⁵⁷ Da er das Ziel hatte, Änderungen zu erreichen, sprach er mit sehr deutlichen Worten über die katastrophale Ernährungssituation. Bekannt ist dies aus den Erinnerungen Theodor Eschenburgs, der ihn begleitete. Die Kollegen Schmid, Leo Wohleb und Hans Ehard, waren „sichtlich konsterniert“ und fürchteten „Unheil“.³⁵⁸ Tatsächlich war dies eine Provokation für die französische Militärregierung, als Reaktion reiste ein hoher Beamter aus Paris an. Auf der Pressekonferenz wurde dies von ausländischen Journalisten angesprochen und Carlo Schmid äußerte sich gelassen, da es kein Gesetz gebe, nach dem er verurteilt werden könne. Die anwesenden Pressevertreter fürchteten schlimmere Konsequenzen und solidarisierten sich mit ihm: „Ein Journalist aus den USA, der mir zurief: ‚Wenn man Ihnen etwas tut – wir werden Lärm schlagen!‘ fand die einmütige Zustimmung seiner Kollegen.“³⁵⁹ Es war Schmid gelungen, die Aufmerksamkeit auf die Ernährungslage in der französischen Zone zu lenken. Das Gespräch mit dem eigens angereisten französischen Beamten verlief positiv und das Ergebnis war, dass dieser versprach, einen entsprechenden Bericht nach Paris zu schicken. Dies trug wesentlich dazu bei, dass keine weiteren gravierenden Konsequenzen folgten.

Damit bestand für Carlo Schmid auch kein Anlass, diesen Vorfall in seinem Bericht vor dem Landtag über das Gesagte hinaus zu vertiefen, sein Ziel hatte er erreicht. Er wies in seinem Vortrag im Landtag auf die sachlichen Vereinbarungen hin und betonte, dass aus seiner Sicht der Austausch zwischen den Zonen in Gang gekommen sei. Über sein Gespräch mit den Besatzungsbehörden berichtete er nicht. Sein Fazit war, dass zwei Tugenden nötig seien, um an der „Zukunft nicht zu verzweifeln [...]“. Die eine dieser Tugenden ist die Geduld, eine schwer zu erlernende Tugend und eine mühselige Tugend. Die andere dieser Tugenden ist der Mut.“³⁶⁰ Der Vorgang zeigt, dass die politischen Vertreter des Landes in der Frage der existenziellen Not bereit waren, auch unter großem persönlichen Risiko an die internationale Öffentlichkeit zu treten. Mit dieser Form des Protestes traf Carlo Schmid einen wunden Punkt der Besatzungsbehörden, die durch ihre Informationspolitik stets versuchten, die Verhältnisse in ein positives Licht zu rücken. Der Journalist Richard Tüngel aus der Redaktion der „Zeit“ sprach von einem „seidenen Vorhang“, hinter dem sich die französische Zone seiner Meinung nach befinde.³⁶¹

³⁵⁷ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 2. Sitzung vom 12.06.1947, S. 6.

³⁵⁸ SCHMID, Carlo: Erinnerungen, 1979, S. 290–292.

³⁵⁹ SCHMID, Carlo: Erinnerungen, 1979, S. 291.

³⁶⁰ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 2. Sitzung vom 12.06.1947, S. 7.

³⁶¹ TÜNGEL, Richard. Der Seidene Vorhang. In: Die Zeit Nr. 51. vom 18.12.1947, 5 S.



Abb.24: Carlo Schmid im Gespräch mit General Koenig, Generalgouverneur der französischen Besatzungszone in Deutschland. Quelle: HStAS 3-161 Bue 956.³⁶²

4.3 Die Lage im Spiegel der Regierungserklärung von Staatspräsident Bock und der Aussprache im Landtag

In der vierten und fünften Sitzung am 22. und 23. Juli 1947 gab Staatspräsident Bock seine Regierungserklärung ab. Nach seiner Vereidigung ergriff der Präsident des Landtags Karl Gengler das Wort und wies auf die „trostlose Lage“, die Not und Hoffnungslosigkeit hin, er sah auch die „Grenzen unserer Möglichkeiten“ und wünschte dem neuen Amtsträger „Kraft, Besonnenheit und Gottvertrauen“.³⁶³ Der Staatspräsident griff diese Motive auf und erklärte die Sorge um das tägliche Brot zum zentralen Problem und sprach von der „Vaterunserbitte ‚Unser täglich Brot gib uns heute‘“³⁶⁴, er vergaß auch nicht die weiteren Sorgen um Kleidung und Brennstoffe. Zum Abschluss sprach er die Eintracht der Parlamentarier und die Hoffnung auf Gottes Beistand an. Darin wurde sein Verständnis der Situation sichtbar. Nach einem Blick auf die Lage Deutschlands nach dem Krieg sprach er die

³⁶² GÖGLER, Max/RICHTER, Gregor (Hgg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern. 1945–1952, 1982, S. 479.

³⁶³ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 2. Sitzung vom 12.06.1947, S. 3.

³⁶⁴ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 3. Sitzung vom 08.07.1947. S.3.

Hoffnung aus, dass auch in Zukunft für das Land die Möglichkeit bestehen solle auf „Fristung des Lebens“.³⁶⁵ Die zukünftige Organisationsform sah er in einem Bundesstaat, damit verhindert werde, dass wieder ein zentralisierter Machtstaat für ideologische Zwecke instrumentalisiert werden könne. Damit wandte er sich gegen ein potenzielles Wiedererstehen eines totalitären Staates, der Europa wieder in eine Katastrophe stürzen und zu einer vergleichbaren Not für die Bevölkerung führen könne. Bock bekannte sich damit als überzeugter Föderalist und war affin zu den Zielen der Militärregierung im Rahmen der allgemeinen französischen Deutschlandpolitik, die in hohem Maß von einem Sicherheitsgedanken ausging. Der wiederholt von ihm hergestellte Bezug zur christlichen Religion bildete ein wesentliches Element seiner Weltanschauung und weist auf seine Bindung an den Katholizismus hin, der besonders in Oberschwaben verwurzelt war.

Die gegenwärtige Lage nahm er als katastrophal und einzigartig in der deutschen Geschichte wahr. Dieses Bild der Singularität fand häufig Verwendung in Reden. An der Spitze der Aufgaben stand die „Sicherstellung der Volksernährung“, auch sprachlich dominierte der Hunger.³⁶⁶ Mit der Sensitivität der Menschen des Landes war er vertraut und leitete aus seinen Erkenntnissen ebenfalls Empfehlungen zur Bewältigung ab. Aus seiner Kenntnis der Lebenswirklichkeit konnte er eine Reihe von konkreten Folgen des Mangels an Nahrungsmitteln aufzählen, z. B. den Verfall der Arbeitsfähigkeit und die auffallend rasch angestiegene Zahl tuberkulosekranker Kinder. Die Mittel zur Verbesserung sah er darin, dass der landwirtschaftliche Ertrag gesteigert werden müsse, sowie dessen korrekte Erfassung und dessen gleichmäßige Verteilung. Zur Steigerung der Erträge regte er eine qualifizierte Ausbildung der landwirtschaftlich Arbeitenden an, das quantitative Defizit an Arbeitskräften solle durch die Entlassung von Kriegsgefangenen behoben werden. Für die Engpässe sah er pragmatische Lösungen: Der Mangel an Zugkräften und Zugmaschinen solle durch Freigabe durch die Militärbehörden beseitigt werden, mit Lieferungen von landwirtschaftlich relevanten Materialien wie Saatgut und Unkrautbekämpfungsmittel sei die Krise zu überwinden. Die Freigabe von Bedarfsgegenständen für den legalen Markt könne dem Schwarzmarkt die Grundlage entziehen. Die Bauern nahm er in Schutz, angesichts ihrer vorbildlichen Erfüllung der Ablieferungspflicht können die Strafen und Kontrollen beschränkt und die Festsetzung der Abgaben auf erfüllbare Mengen reduziert werden. Die Herabsetzung der Abgabemengen für die Besatzungsmacht sei von besonderer Bedeutung. Die Forderung wurde mit „Sehr richtig!“ aus den Reihen der Abgeordneten kommentiert.³⁶⁷ Zum effektiveren Einsatz der Arbeitsmittel regte er die Zusammenlegung kleiner Parzellen „auf genossenschaftlicher Grundlage“ an, aber auch in größeren Dimensionen sprach er hier Änderungen in einer Bodenreform an.³⁶⁸ Der

³⁶⁵ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 4. Sitzung vom 22.07.1947, S. 21.

³⁶⁶ Bock, Lorenz: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 4. Sitzung vom 22.07.1947, S. 21–28.

³⁶⁷ Bock, Lorenz: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 4. Sitzung vom 22.07.1947, S. 22.

³⁶⁸ Bock, Lorenz: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 4. Sitzung vom 22.07.1947, S. 23.

Staatspräsident entwickelte ausgehend von einer sachlichen Analyse umsetzbare Handlungsempfehlungen, die in der Praxis verankert waren. Die Diskussion der folgenden Monate sollte zeigen, dass häufig die Macht zur Durchsetzung wegen der politischen Machtverhältnisse fehlte. An anderer Stelle widersprachen die Intentionen den Interessen der Besatzungsmacht. Es wurde deutlich, dass eine Lösung nur im Zusammenhang mit einer politischen Weiterentwicklung zu einer größeren Selbstständigkeit umgesetzt werden konnte.

Die Erklärung zur Ernährung nahm einen bemerkenswert großen Anteil an der Grundsatzrede ein. Ihre Bedeutung wurde auch dadurch unterstrichen, dass sie die ersten großen zusammenhängenden Ausführungen in den Sitzungen darstellte. Auslöser waren die sichtbaren Auswirkungen auf die Gesellschaft und ihre schwächsten Glieder, die Kinder. Bocks Programmpunkte richteten sich sowohl auf kurzfristige, pragmatische Anpassungen, um das Leben zu erleichtern, als auch auf langfristige Adaptionen im Sinne fundamentaler struktureller Reformen, die in die Eigentumsverhältnisse eingreifen sollten. Damit näherte man sich zumindest in der Diskussion einer grundlegenden Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Landwirtschaft an.

Bock ging im Folgenden intensiv auf die Bedeutung der Forstwirtschaft ein. Es gehörte zu den Besonderheiten des Landes, dass ein Drittel der Bodenfläche mit Wald bedeckt war. Was die Eigentumsverhältnisse anbetraf, so war er gleichermaßen in Staatswald, Körperschafts- und Privatwald aufgeteilt. Die Bedeutung der Wälder war vielfältig: Als Holzlieferanten und Arbeitsplatz bildeten sie die Lebensgrundlage für Zehntausende von Menschen. Darüber hinaus bestand eine regulierende Funktion für das Klima, als Widerpart gegen die Bodenabwehung und als Stabilisator der Wasserversorgung. Bei der Bewirtschaftung wurde die Nachhaltigkeit seit Jahren ignoriert. Bereits der nationalsozialistische Vierjahresplan von 1936 griff auf 150 Prozent der vorgesehenen Menge zu, nach dem Krieg wurden Holzhiebe von der Besatzung angeordnet. „Die starke Ausfuhr von Holz verzehrt die Substanz unseres Waldes und droht zu einer Gefahr für die Zukunft unserer Holzindustrie zu werden, mit einer Größenordnung von „350 Prozent der nachhaltigen Hiebsätze“.³⁶⁹ Durch zusätzliche Anforderungen und die Borkenkäferplage verschlechterte sich die Situation zusätzlich. Der Staatspräsident wies darauf hin, dass eine Erholung mehr als hundert Jahre dauere.

Die Allgemeinwirtschaft sah er als vielfach mit der Ernährungssituation verbunden. Dies war in der sinkenden Arbeitsleistung zu sehen und in der unseligen Verquickung des Mangels an Gütern mit dem immer stärker werdenden Tausch- und Schwarzhandel. Die unzureichende Versorgung mit Gebrauchsgütern hatte nach seiner Darstellung bereits mit dem Beginn der Aufrüstung der Nationalsozialisten ihren Anfang genommen und hatte dann mit dem „Zusammenbruch fast gänzlich aufgehört“.³⁷⁰ Die notwendige Steigerung der Produktion hatte im Winter 1946/47

³⁶⁹ BOCK, LORENZ: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 4. Sitzung vom 22.07.1947, S. 24.

³⁷⁰ BOCK, LORENZ: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 4. Sitzung vom 22.07.1947, S. 23.

nach vorheriger kurzfristiger Besserung einen vollständigen Einbruch erlitten und lag nach seinen Zahlen bei 25 Prozent der Leistung von 1936. Er wies darauf hin, dass dies ein schlechterer Wert sei als in den anderen Westzonen. Die notwendige Steigerung der Produktion setze allerdings voraus, dass Rohstoffe und Arbeitskräfte in genügendem Umfang zur Verfügung stünden. Hier hoffte er auf die Mitwirkung der Militärregierung bei der Freilassung weiterer Kriegsgefangener. Das heikle Thema der Maschinenentnahmen stellte sich aus seiner Sicht so dar, dass die Landesdirektion für Wirtschaft und die Kreise bei der Auswahl mitgewirkt haben, um die Interessen der Erwerbstätigen und der Unternehmer zu schützen. Die Teilnahme an dieser „schwere[n] Aufgabe“ bedeutete nicht die Zustimmung zur Entnahme.³⁷¹

Die Darstellung Bocks an dieser Stelle zeigt, zwischen welchen Positionen sich der Staatspräsident und die Landesinstitutionen bewegen mussten. Sie waren der Kritik der betroffenen Firmen und deren Arbeiter ausgesetzt, mussten auf die Militärregierung mäßigend und überzeugend einwirken und sich bei dieser letztlich für das Verständnis bedanken, ohne wirklich hinter ihrem Einsatz zu stehen. Daran zeigte sich die Linie des Staatspräsidenten. Er versuchte, mäßigend und vermittelnd zu wirken und vertraute lange Zeit darauf, dass die Militärregierung letztlich Entgegenkommen in konkreten Problemen zeigen würde. Seine Bemühungen wurden sichtbar in den Gouverneursbesprechungen mit General Widmer.³⁷² Seine positive Einstellung gegenüber den Besatzungsbehörden schlug sich in wiederholten freundlichen Erwähnungen im Landtag nieder.³⁷³ Damit hatten sich in der Regierung zwei Richtungen herauskristallisiert, eine konfliktbereitere und eine entgegenkommendere auf der Basis einer Gesprächsdiplomatie. Eine Rücknahme einiger Einschränkungen des Parlaments wurde dem Staatspräsidenten am 1. Juni in einem Gespräch mit General Widmer mitgeteilt. Nach der Vertagung des Landtags und der Forderung nach unbeschränkter Aussprache erhielt er in der Gouverneursbesprechung vertraulich Einsicht in noch unveröffentlichte Papiere, die Zugeständnisse von General Koenig über freie Debatten und Abstimmungen im Parlament enthielten.³⁷⁴

Zur wirtschaftlichen Entwicklung informierte Bock den Landtag mit einer Reihe von konkreten Zahlen. Danach nahm das Verhältnis von Ex- und Import einen sehr negativen Verlauf. Im Vergleich zu den Jahren 1936 und 1937 zeigte sich der außerordentliche Anstieg der Ausfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen bei gleichzeitigem Absinken der Fertigwaren. Er bezeichnete dies als einen Substanzverlust mit großen Gefahren für die Zukunft. Die Rohstoffe standen überdies nicht der einheimischen Wirtschaft zur Verfügung, sondern wurden für die französischen Bedürfnisse beschlagnahmt. In der Binnenwirtschaft musste aus seiner Sicht alles darangesetzt werden, den Preis- und Lohnstopp aufrechtzuerhalten. Die ne-

³⁷¹ BOCK, LORENZ: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 4. Sitzung vom 22.07.1947, S. 23.

³⁷² Vgl. WEBER, Edwin Ernst (Hg.): Gouverneursbesprechungen, 2007, S. 68–207.

³⁷³ BOCK, LORENZ: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 4. Sitzung vom 22.07.1947, S. 22.

³⁷⁴ Vgl. WEBER, Edwin Ernst: Gouverneursbesprechungen, 2007, S. 174.

gative Folge war, dass Exporte keine nennenswerten Erlöse brachten. Die Einschränkungen der Ordonnance Nr. 95 stellte er als besonders auf dem Gebiet der Wirtschaft spürbar dar und seine Hoffnungen ruhten auf einer Überarbeitung durch die französischen Behörden. Er betonte, dass er sich größere Zuständigkeiten wünsche und hoffe nun, dass die Regelungen wohlwollend ausgelegt werden.

Bock sprach das tägliche Überleben der Bevölkerung ebenso an, wie grundlegende Gedanken der Neuorientierung, die den Aufbau in Politik und Gesellschaft leiten sollten. Die Erklärung zur Ernährung stand an einer hervorgehobenen Stelle der Rede. Besonders betonte er die sichtbaren Auswirkungen auf die Gesellschaft und ihre schwächsten Glieder, die Kinder. Bocks Programmpunkte richteten sich sowohl auf kurzfristige, pragmatische Verbesserungen, um das Leben zu erleichtern, als auch auf langfristige Veränderungen im Sinne fundamentaler struktureller Reformen, die in die Eigentumsverhältnisse eingreifen sollten. Diese Diskussion entsprach dem verbreiteten Bewusstsein über die Notwendigkeit einer umfassenden Transformation der Gesellschaft.

Mit dem föderalen Staatsaufbau hatte er einen zentralen Punkt angesprochen, der aus seiner Sicht das Land in diese Situation gebracht habe und der sich letztlich als eine Ursache für Vulnerabilität erwiesen habe. Der zentralisierte Machtstaat beinhalte nach dieser Position das Risiko der Machtübernahme einer ideologisch dominanten Gruppe, die den Staat für ihre Zwecke instrumentalisieren könne. Um dem vorzubeugen, sprach er sich für den Gedanken eines föderativen Staatsaufbaus aus und positionierte sich und sein Land damit in der Diskussion über eine angemessene Staatsform, in der die Lehren aus der nationalsozialistischen Herrschaft gezogen werden sollten. Dies kam auch den Forderungen der Militärregierung entgegen, die im Rahmen der französischen Deutschlandpolitik aus Sicherheitsgründen einen starken deutschen Zentralstaat ablehnte.

Die Ausführungen zeigten das Verständnis der Krise von Lorenz Bock. Im Zentrum standen die Erfahrungen, die das Land mit der Not machte. Als Ursachen sah er verschiedene Faktoren, denen er Lösungen entgegensetzte. Der überwiegend agrarischen Ausrichtung des Landes Württemberg-Hohenzollern entsprechend, spielte die Bodenreform eine große Rolle. Sie sollte durch eine Umorganisation der Agrarverfassung verschiedene Probleme lösen. Bei seinem Erlass 1948 sollte das Gesetz „einer gerechteren Verteilung des land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitzes dienen und im Zusammenhang damit die Lösung des Flüchtlingsproblems erleichtern, sondern auch gewisse Voraussetzungen für eine Steigerung der Erzeugungsleistungen in der Landwirtschaft schaffen“.³⁷⁵ Die Umsetzung erfolgte später über verschiedene Stationen bis zum Jahr 1952. Bis zu diesem Zeitpunkt waren sieben Vollbauernstellen und 400 Nebenerwerbssiedlungen geschaffen. Nach dem Übergang in das Land Baden-Württemberg entschied der Landtag 1957 über Entschädigungen, die sich für Südwürttemberg aber „als kaum mehr notwendig erwie-

³⁷⁵ SCHEFOLD, Willy: Landwirtschaft und Ernährung. In: Max GÖGLER/Gregor RICHTER (Hgg.): Das Land Württemberg Hohenzollern, 1982, S. 325.

sen“.³⁷⁶ In den anderen Besatzungszonen hatte eine Bodenreform z. T. eine größere Bedeutung, z. B. besonders in der sowjetisch besetzten Zone. In Württemberg-Hohenzollern war der Großgrundbesitz nicht dominierend. Ein wesentlicher Punkt war allerdings die kleine Stückelung in einigen Landesteilen, die eine effektive Bearbeitung verhinderte, von einer Neuorganisation konnten viele profitieren.

Die Ausführungen von Lorenz Bock wiesen einen konsistenten Ansatz auf, der die Verflechtung der ökonomischen Prozesse mit dem Ernährungssystem betonte. Er sah ein wesentliches Problem in der Kontrolle durch die französische Militärregierung, sowohl über den Im- und Export als auch in der Lenkung der Rohstoffe primär für den französischen Bedarf. Dem setzte er den Wunsch nach einer selbstständig organisierten Wirtschaft und die Verfügung über die Erlöse des Exports entgegen. Die gegenwärtige Not musste aus seiner Sicht durch einen politischen Neuaufbau gelöst und gesichert werden. Eine langfristige Lösung zur Verhinderung zukünftiger Katastrophen sah er im neuen Staatsaufbau unter stark föderalistischen und demokratischen Gesichtspunkten. Dies sollte die Instrumentalisierung des Staates für aggressive Kriege verhindern. Mit dieser Vorstellung sah er sich mit den französischen Behörden einig. Sein Verständnis der Hungerkrise mit einer engen Verflechtung von Landwirtschaft, allgemeine Wirtschaft und Politik wurde von vielen Mitgliedern des Landtags ebenfalls getragen.

4.4 Normalverbraucher in der Landtagsdiskussion: „Hier ist Not.“³⁷⁷

In der Aussprache über die Regierungserklärung am folgenden Sitzungstag, dem 23.07.1947, wurden viele der Aspekte noch einmal detailliert beleuchtet und vertieft. Die Abgeordneten aller Parteien kannten die tatsächlichen Lebenshaltungskosten, konnten aus ihrer Kenntnis auf Härten hinweisen und ihre Forderung nach Stärkung der Wirtschaft und Anhebung der Löhne untermauern. So rechnete der SPD Abgeordnete Oskar Kalbfell vor, dass ein Hilfsarbeiter 126 RM brutto im Monat verdiene, ein bessergestellter Arbeiter 162 RM bis 198 RM. Die amtliche Zuteilung von 900 Kalorien musste mit 64 Mark bezahlt werden, dazu kamen Kosten für die Wohnung und alle notwendigen Ausgaben für den Alltag. Der Abgeordnete kam in seiner Rechnung auf 190 Mark Ausgaben für den Lebensunterhalt im Monat: „Hier ist Not. Heute sind viele schon nicht mehr im Stande, mit dem ihnen zustehenden geringen Einkommen, das ihnen wenige Zustehende zu kaufen.“³⁷⁸ Dieselbe Lage ergab sich für die Bauern, die nicht die entsprechenden Preise erzielen, um sich mit Gebrauchsgütern versorgen zu können. Es bestand Konsens darüber, dass dies im Mittelpunkt für alle stehen müsse und, dass die Menschen in der

³⁷⁶ SCHEFOLD, Willy: Landwirtschaft und Ernährung. In: Max GÖGLER/Gregor RICHTER (Hgg.): Das Land Württemberg Hohenzollern, 1982, S. 326

³⁷⁷ KALBFELL, Oskar: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 5. Sitzung vom 23.07.1947, S. 38.

³⁷⁸ KALBFELL, Oskar: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 5. Sitzung vom 23.07.1947, S. 38.

Stadt die größten Nachteile haben. Sie müssen sich permanent fragen, „was werde ich heute essen, wie werde ich heute meine nötigen Lebensmittel mir beschaffen können?“³⁷⁹ Das Parlament erwies sich in allen Punkten als gut vertraut mit den Problemen der Bevölkerung und sah als Auftrag der Verfassung, sich für deren Interessen einzusetzen. Diese enge Vernetzung war geeignet, das demokratische Bewusstsein zu fördern.

Obwohl die alltäglichen Probleme noch alle anderen Themen dominierten, diskutierte man neue Verhältnisse zu den benachbarten Nationen. Eine übergeordnete politische Lösung wurde von allen Parteien vertreten. Der Vertreter der liberalen DVP, Dr. Eduard Leuze, wies auf den Schwerpunkt der Völkerverständigung hin. Im Zentrum stehe für ihn ein geeintes Europa als „gebieterische Forderung“, als getreuer Sachwalter des Volkes solle das Parlament die Beendigung der Feindschaft mit Frankreich anstreben, und die „Folgen eines mit frevelhaftem Übermut begonnenen Krieges auf uns nehmen“.³⁸⁰ Darin sah er einen wesentlichen Ausgangspunkt der Lösung aller Probleme. Ebenso betonte er den Zusammenhang der Überwindung der Krise mit einer gelingenden Demokratisierung. Er fasste dies in drei Punkten zusammen: Er wünsche sich erstens ein transparentes Besatzungsrecht, um die Ansprüche der Besatzungsmacht zu fixieren, zweitens forderte er für die Bevölkerung eine menschenwürdige Existenz. Drittens sollten Landtag und die Landesregierung so ausgestattet sein, dass sie „nicht zur lächerlichen Figur“ würden.³⁸¹

Die CDU wurde in der Debatte von Bernhard Bauknecht aus Ravensburg vertreten, der gleichzeitig Präsident des Landbauernverbandes war. Er brachte die Sicht der Bauern ein. Aus ihrer Perspektive sei nicht nachvollziehbar, dass der Bedarf an Lebensmitteln und Kapazitäten vorab nicht richtig bestimmt werde. Bauknecht bemängelte, dass im Herbst zuvor die Ablieferungsmenge verspätet nach der Ernte bekanntgegeben worden sei. Gleichzeitig wurden drei Zentner Kartoffeln pro Familie angekündigt, diese wurden auf zwei reduziert und ausgegeben wurde einer. Diese Mengenangaben beruhten auf Vorgaben der Militärregierung, die von den deutschen Stellen ausgegeben werden mussten, aber letztlich richtete sich der Unmut der Bevölkerung gegen die Bauern. Besonders enttäuschend sei es, wenn Ankündigungen und Versprechungen nicht eingehalten werden. Die Verwaltung wies deshalb die Besatzungsbehörden darauf hin, mit den Ankündigungen zurückhaltend zu sein, fand aber nicht immer Gehör. Ein anderes Problem sei die Verteilung der Lebensmittel in der Zone. In Ravensburg beobachteten die Produzenten genau, wie mit ihren Erzeugnissen verfahren werde. Aus ihrer Sicht blieb unklar, welcher Anteil ihrer Produkte in Südwürttemberg verblieb: „Je höher unsere Ablieferungen waren, desto mehr mußte nach auswärts an Butter abgegeben werden.“³⁸² Daraus resultierte z. B. nach Bauknechts Berechnungen, dass die Zivil-

³⁷⁹ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 5. Sitzung vom 23.07.1947, S. 43.

³⁸⁰ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 5. Sitzung vom 23.07.1947, S. 43.

³⁸¹ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 5. Sitzung vom 23.07.1947, S. 44.

³⁸² Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 5. Sitzung vom 23.07.1947, S. 43–48.

bevölkerung in Südwürttemberg 125 g Fett im Monat bekomme und das Saargebiet, in das die Ablieferungen gingen, 400 g. Der Abgeordnete Bauknecht betonte, dass zu dieser Zeit diese Region wirtschaftlich bereits abgetrennt sei, also nicht mehr zu der französischen Zone gehöre. Intransparenz und Ungerechtigkeit führten zu Missstimmungen bei Verbrauchern und Erzeugern. Das Aufzeigen der Missstände zeigte die Vertrautheit der Institution mit der Situation vor Ort und den Interessen der Bevölkerung. Sachlich konnten die Verhältnisse durch die Abgeordneten präzise bestimmt werden, für die effektive Lösung fehlte ihnen die politische Macht. Das Thema der Transparenz und der Ausweitung der Rechte wurde in der Sitzung mehrfach angesprochen. Die Akzeptanz der Demokratie in der Bevölkerung war eng mit dem Auftreten und dem Erfolg der parlamentarischen Vertreter verbunden.

4.5 Die Regierungserklärung zur Ernährungsfrage zwischen Unruhe und Beschwichtigung

Bereits im September und Oktober 1947 wurde das Thema der Versorgung wieder in den Mittelpunkt gestellt. Die „Regierungserklärung zur Ernährungsfrage“ war von allgemeinem Interesse.³⁸³ Ihren Anfang hatte sie in einer Erklärung von Staatspräsident Lorenz Bock, die bereits sehr detailreich war. Danach folgte die Ergänzung durch Landwirtschaftsminister Dr. Franz Weiß, der die Informationen sachlich erläuterte und Perspektiven für die unmittelbare Zukunft entwickelte. Die Aussprache der Parlamentarier wurde eigens wegen der Wichtigkeit der zu erwartenden Beiträge auf die nächste Sitzung verschoben. Damit erhielt jenes Thema die längste Besprechungszeit, das „unausgesetzt den Gegenstand ernster Aufmerksamkeit der Regierung“³⁸⁴ bildete. Der Abgeordnete Wieland betonte: „[...] es geht buchstäblich um unser nacktes Leben!“³⁸⁵ Das war nicht übertrieben, wenn man sich den Kontext vor Augen hält. Der Sommer 1947 zeigte mit seinen Klimaextremen ähnlich negative Auswirkungen wie der Winter.³⁸⁶ Die Hitze und Dürre hatte sich katastrophal auf die Vegetation ausgewirkt und die zugeteilten Kalorien lagen bis Dezember 1947 in den Städten konstant weit unter 1000 (zumeist 700 und 800). Dazu kam, dass es sich um das dritte Hungerjahr handelte, die Bevölkerung war zermürbt und ausgezehrt. Erst im November/Dezember 1947 wurde eine leichte Erholung spürbar, als die Ernte abgeliefert, verarbeitet und verteilt worden war.

Am Anfang seiner Rede informierte Bock über die gesicherten Notrationen, damit wollte er beruhigen und „ver zweifelnder Betrachtung“ vorbeugen.³⁸⁷ Unter Berufung auf die Zusicherung der Militärregierung führte er die bekannte mini-

³⁸³ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 6. Sitzung vom 30.09.1947, S. 82.

³⁸⁴ BOCK, LORENZ: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 6. Sitzung vom 30.09.1947, S. 82.

³⁸⁵ WIELAND, LUDWIG: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 7. Sitzung vom 1.10.1947, S. 96.

³⁸⁶ Vgl. Kapitel II. 2.4.

³⁸⁷ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 6. Sitzung vom 30.09.1947, S. 83 f.

male Ernährungsbasis auf, die im September 1947 zu erwarten war. Dazu gehörten 200 g Brot täglich, also die bekannten fünf Scheiben pro Person, geringe zusätzliche Abgaben für Arbeitende in gewerblichen Betrieben, als Besonderheit wurde als Vergünstigung die Beimischung des ungeliebten Maismehls herabgesetzt. Viele weitere Nahrungsmittelzuteilungen mussten mit Vorbehalten angekündigt werden, „wenigstens für die nächsten Monate“ oder „wenn die Ablieferungen aus der eigenen Ernte den Erwartungen entsprechen“.³⁸⁸ Diese Einschränkungen betrafen Teigwaren und Hülsenfrüchte, Kartoffeln konnten dagegen erhofft werden. Fleisch konnte zugeteilt werden, da eine erhebliche Anzahl von Tieren wegen Futtermangels geschlachtet werden musste. Die für die Ernährungsqualität bedeutsamen Stoffe, wie Fett und Zucker, sowie Lebensmittel wie Käse und Vollmilch für Erwachsene waren für die nächste Zeit nicht oder sehr unzureichend vorhanden. Immerhin konnten Kranke und Kinder mit Milch versorgt werden. Dieser Zustand bedurfte der Erklärung. Wintergemüse und Pflanzen, aus denen Fett gewonnen werden konnte, hatten wegen der Dürre und Trockenheit des Sommers starke Ausfälle. Zucker war seit langem ein Importprodukt und konnte wegen der Lage auf dem Weltmarkt nicht an die Bevölkerung ausgegeben werden, außerdem verwies Bock auf die „Weltzuckerknappheit“.³⁸⁹ Er schloss seine Rede mit dem Hinweis, dass dies als Tagesration nicht annähernd ausreiche. Er legte Wert auf die Mahnung, dass dennoch kein Grund zur „Panik oder zu alarmierenden Gerüchten“ bestehe. Dies bekräftigte er in einer weiteren Passage seiner Rede: „Die Verbraucher werden ermahnt, Ruhe und Disziplin zu bewahren. Störungen der Ordnung bessern die Ernährungslage nicht im geringsten. Das gleiche gilt von Streiks, besonders wenn sie obendrein noch inszeniert werden. Die Verbraucherschaft darf wirklich die Überzeugung haben, daß sowohl die Militärregierung wie die deutsche Verwaltung um die Besserung der Ernährungslage sich mit allem Nachdruck bemühen.“ Wenige Monate zuvor hatten in den Industriestädten Schweningen, Tuttlingen und Reutlingen Arbeitsniederlegungen stattgefunden in Verbindung mit der Forderung, die Versorgung zu verbessern. Initiiert wurden die Streiks von verschiedenen Stellen, z. B. von Betriebsräten, von Parteivertreter der KPD und z. T. stellten die Arbeiter dies auch als spontane Aktionen dar.³⁹⁰ Aus welchen Gründen er die Streiks als inszeniert bezeichnete, ist angesichts der bekannten Ernährungslage schwer zu erklären. Der Linie des Regierungschefs entsprach es, in einer ruhigen Atmosphäre die Verhandlungen mit der Militärregierung zu führen. Es ist zu vermuten, dass Lorenz Bock nicht vor dem Hintergrund einer aufgewühlten und unkontrollierten Öffentlichkeit agieren wollte. Seine Überlegungen zur Lösung des Ernährungsproblems bauten auf Kooperation auf. Er bat die Besatzungsbehörden um eine Genehmigung zur unverzüglichen Verteilung der Lebens-

³⁸⁸ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 6. Sitzung vom 30.09.1947, S. 83 f.

³⁸⁹ Dieses und die beiden folgenden Zitate: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 6. Sitzung vom 30.09.1947, S. 83 f.

³⁹⁰ Vgl. III. 2.6.4 Protest und Streiks: „Gebt uns zu essen“, besonders: ESTRADÉ, Jean Lucien: „Tuttlingen April 1945–September 1949“, 1990, S. 122–125.

mittel, allerdings setzte dies eine funktionierende Verwaltung und die Beseitigung des Transportproblems voraus. Grundlage war, das hob er hervor, dass die Landwirte ihre Ablieferungspflichten gewissenhaft erfüllen. Es wird deutlich, wo der Staatspräsident Möglichkeiten sah, die Ernährungslage zu verbessern, aber auch, welches komplizierte Zusammenspiel von Faktoren notwendig war. Er musste einerseits das Angebot sichern, dann mussten die Verbraucher beruhigt werden, um andererseits nicht die Besatzungsbehörden zu beunruhigen und, um nicht diese als oberste Ordnungsmacht auf den Plan zu rufen. Die Sorge des Staatspräsidenten galt auch der Pressearbeit, hier sah er die Verpflichtung zur wahrheitsgetreuen und ausgewogenen Berichterstattung. Der Militärregierung war sehr an der Vermeidung von Unruhen gelegen, um das Bild einer zufriedenen Bevölkerung und einer ordnungsgemäßen Besatzungsherrschaft zu vermitteln.

Auch der Minister für Landwirtschaft und Ernährung, Dr. Franz Weiß, hatte in seinen unmittelbar der Regierungserklärung folgenden Ausführungen die Absicht, zur Beruhigung beizutragen und stellte sachliche, systemische und ökonomische Erklärungen mit dem folgenden Gedankengang dar: Er wies auf die globale Ernährungslage hin, die durch den Zweiten Weltkrieg verursacht worden war. Danach seien gerade die landwirtschaftlichen Produzenten in Asien betroffen, die als Folge zu wenig Reis für ihre Bevölkerung zur Verfügung stellen konnten und nun als Abnehmer von Getreide aus den USA auftraten, dadurch wurde das zur Verfügung stehende Angebot auf dem Weltmarkt reduziert. Für das kommende Jahr sah er eine leichte Verbesserung für die Reis produzierenden Länder, so dass Entspannung zu erwarten sei. Die Fett-Lücke solle durch Ölfruchtanbau geschlossen werden, der aber von günstigen Klimabedingungen abhängig sei, die gerade im letzten Jahr nicht vorhanden seien. Der angestrebte Walfang traf auf den Widerstand der Fischernationen Großbritannien und Norwegen. Auch die Versorgung mit Eiweiß konnte vorerst nicht zufriedenstellend mit der ausreichenden Erzeugung von tierischen Produkten gewährleistet werden, „da wird uns nichts anderes übrigbleiben, ob wir wollen oder nicht, zu einem großen Teil in der Zukunft vegetarisch zu leben“.³⁹¹ Die weiteren negativen Nachrichten des Staatspräsidenten musste er bestätigen. In seinen Ausführungen wurde deutlich, dass das Nahrungsangebot auf Zulieferungen von außen bestand, aber auch auf die Eigenproduktion angewiesen war.

Zur Verdeutlichung führte Weiß Vergleichszahlen über die Produktion vor und nach dem Krieg an. Bis 1938 betrug die Brotgetreideernte 150 000 t im Jahresdurchschnitt, nach 1945 nur noch 100 000 t. Die Kartoffelerträge waren von 500 000 um 100 000 bis 200 000 t zurückgegangen. Den Unterschied bewirke aus seiner Sicht der Mangel an Kunstdünger und Arbeitsgeräten. Verbesserung versprach er sich ebenfalls von einer Bodenreform, warnte aber vor allzu großen Hoffnungen, da die großen Betriebe über 100 ha nur 1,52 Prozent ausmachten. Als negative Faktoren sah er die schlechte Versorgung mit Gütern und deren Zusammenhang mit dem

³⁹¹ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 6. Sitzung vom 30.09.1947, S. 84.

Tauschhandel der Bauern und ihrer Nachfrage nach Alltagsprodukten, umso mehr lobte er die Ablieferungsdisziplin der Bauern, die deutlich besser sei als die der anderen Länder der französischen Zone. Brisant war seine Aussage, dass man im Land auf eine Zuteilung von aktuell ca. 1000 Kalorien komme, wenn „wir alle Lebensmittel im Lande behalten könnten, würden wir auf über 2000 Kalorien kommen. (Zurufe: Hört, hört!)“.³⁹² Er machte folgende Rechnung auf: Die Produktion des Landes käme zu zwei Dritteln auf den Markt und bliebe zu einem Drittel bei den Bauern. Von diesem Marktanteil kämen 40 Prozent der Bevölkerung zugute, 60 Prozent gingen an die Besatzungsmacht und an andere Länder. Die Aufstellungen der Ablieferungen in Ravensburg und deren Bestimmungsorte bewiesen dies insbesondere für die Fleischproduktion.³⁹³ Alle Angaben des Staatspräsidenten musste Weiß untermauern und damit die düstere Perspektive für die kommende Zeit bestätigen, wobei er die Hoffnung ausdrückte, wenigstens dieses untere Niveau halten zu können. Zum Abschluss wies er auf die Volksküchen hin, die er besonders durch den garantierten Erhalt von Zuteilungen fördern wolle. Seine Erklärung des Mangels umfasste sowohl das Angebot als auch die Verteilung der Nahrungsmittel und die Entnahmen durch die Besatzungsmacht. Die angestrebten Lösungen zielten darauf, die landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen und neue Verhandlungen mit der Militärregierung über neue Regelungen der Verteilung der Nahrungsmittel führen zu können. Mit seiner sachorientierten Darstellung vermied er eine Beschönigung der Lage und vermittelte den Zuhörern eine Perspektive, die realisierbare Ziele enthielt.

In der Aussprache brachten die Abgeordneten viele ihrer detaillierten Beobachtungen und Anregungen zur Verbesserung ein. Zu Wort meldeten sich Vertreter aller Parteien und auch noch einmal Wirtschaftsminister Wildermuth und der Minister für Landwirtschaft und Ernährung, Dr. Franz Weiß. Die Aussprache wurde als Tagesordnungspunkt mit dem Antrag einiger Abgeordneter verbunden, den „Anteil der deutschen Zivilbevölkerung an der gewerblichen Produktion im Inlande“ zu erhöhen.³⁹⁴ Damit war die enge Verzahnung der Ernährungsfrage mit den Prozessen der Allgemeinwirtschaft dokumentiert und es wurde für die Produktion für den eigenen Verbrauch und damit für einen eigenständigen Wirtschaftskreislauf argumentiert. Wirtschaftsminister Wildermuth ordnete dies auch so ein und kommentierte, „der Antrag geht den Dingen auf den Grund“.³⁹⁵

Die politisch getroffenen Regelungen wurden auf den Prüfstand gestellt und zum Teil ergaben sich Anregungen zur Korrektur durch die Erfahrungen aus der Praxis. Diskutiert wurde der Status der Sonderstädte: Ravensburg, Reutlingen,

³⁹² Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 6. Sitzung vom 30.09.1947, S. 84.

³⁹³ Vgl. dazu die Darstellung in Kapitel II. 2.3 Stadt und Land – kontrovers oder komplementär? Der Kreis Ravensburg und der Kreis Reutlingen im Vergleich und die Informationen aus: Landratsamt Ravensburg: Monatsberichte der Landratsämter für die Zeit vom 15.09.–15.10.1946. (17.10.1946). Wü 2T 1 Nr. 1373. StA Sig.

³⁹⁴ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 7. Sitzung vom 1.10.1947, S. 89.

³⁹⁵ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 7. Sitzung vom 1.10.1947, S. 100.

Schwenningen und Tübingen. Diese Praxis privilegierte die größten Städte des Landes, die überwiegend gleichzeitig Industriestandorte waren. Die ursprünglich vier Orte wurden im Lauf der Zeit auf 24 ausgeweitet. Grundlage war eine Anordnung der französischen Militärregierung, damit erhielten die Städte eine Sonderstellung in der Verwaltung.³⁹⁶ Als Motiv wurde angenommen, dass dies die Produktionsstandorte waren, die für die Lieferungen nach Frankreich besondere Bedeutung hatten. Ein weiterer Effekt war, dass die Arbeiter, die wenige Möglichkeiten hatten, sich mit Nahrungsmitteln auf dem Land zu versorgen, bevorzugt Zuteilungen erhielten. Kritik war immer wieder aufgekommen: „Für die Einteilung in sogenannte Sonderstädte hat der Kreis der Verbraucher mit Ausnahme der Begünstigten kein Verständnis.“³⁹⁷ Der Abgeordnete Jakob Schlotterbeck wies darauf hin, dass einige Orte, z. B. Ebingen und Schramberg, zwar das Kriterium der vorgegebenen Bevölkerungszahl nicht erfüllen, allerdings beanspruchten, als Industriestandorte nicht in anderer Weise behandelt zu werden. Das gleiche galt für noch kleinere Arbeiterwohngemeinden. Die dort wohnenden Beschäftigten wurden auf der Basis ihrer Heimatgemeinden versorgt, lebten aber unter den Bedingungen der Industriearbeiter. Die Landesregierung war immer wieder erfolglos bei der Militärregierung vorstellig, hier alle Gemeinden gleich zu behandeln. Es wurde lediglich die Zahl der Privilegierten erhöht. Das Problem der Gleichbehandlung zog sich durch viele Diskussionen. Die allgemeine Not brachte nicht nur Klagen über das eigene Schicksal hervor, sondern führte zu Beobachtungen der anderen Verbraucher und zu einer Vergleichsmentalität.

Die Situation der Arbeiter wurde aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Die Auswirkungen der Unterversorgung – zu dieser Zeit mit der Zuteilung von 800 Kalorien – hatten „alliierte Ärztekommisionen in den verschiedensten Städten und bei den verschiedensten Menschen durchgeführt“, mit dem Ergebnis, dass ein Untergewicht von 20 bis 25 kg bei den arbeitenden Menschen festgestellt wurde.³⁹⁸ Dieser Verlust an Körpersubstanz führe zu einem Abfall der Leistungsfähigkeit und zu langfristigen Schäden. Der Abgeordnete Oskar Kalbfell berichtete, dass der Hinweis auf die zu geringe Zuteilung zu einer Kontroverse mit der Militärregierung über die Richtigkeit der Zahlen geführt habe: „Sie sind aber richtig, denn es gibt Tausende Menschen in den Städten, die keine Tausch- und Schwarzmarktlebensmittel sich zuführen können, sondern die ausschließlich darauf angewiesen sind, das zu kaufen, was amtlich aufgerufen wird.“ Der Abgeordnete Wieland (KPD) bekräftigte dies und befürchtete, „daß er [der Arbeiter] eines schönen Tages an der Maschine umfällt, wie es tatsächlich schon passiert ist“. Konsequenz forderte er soziale Maßnahmen für die Arbeiter zu forcieren und die Einrichtung der Volksküchen durch Werksküchen zu erweitern.

³⁹⁶ Vgl. SPEIDEL, Hans: Neubeginn von unten, 1982, S. 54.

³⁹⁷ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 7. Sitzung vom 1.10.1947, S. 89–101.

³⁹⁸ Dieses und die beiden folgenden Zitate: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 7. Sitzung vom 1.10.1947, S. 89–101.

Die Sicht der landwirtschaftlichen Produzenten wurde verschiedentlich eingebracht. Zu Kontroversen führten die Ablieferungspflichten, die aus Sicht der Produzenten von der Militärregierung wiederholt zu hoch angesetzt wurden. Die Abgeordneten stützten dies mit Berechnungen und vertraten die Position der Bauern. So wurde berichtet, dass im Kreis Reutlingen 1946 921 t Getreide erwirtschaftet wurden, im kommenden Jahr waren auf der gleichen Fläche 2 200 t zur Ablieferung angesetzt. Der Abgeordnete Kalbfell bezeichnete dies als „Phantasiezahl“.³⁹⁹ Die Vertreter der Bauern führten aus ihren Beobachtungen eine Reihe von Missständen an und forderten die Regierung auf, sich hier für Verbesserungen einzusetzen. Kritisiert wurde die Regelung der Schuldhafte einer Gemeinde: Dies bedeutete, dass bei zu geringer Ablieferung, die ganze Gemeinde mit Zuchthaus bedroht werde und gleichzeitig die Selbstversorgungsaufhebungen aufgehoben werden und damit die Bauern auf den Normalverbraucherstatus gesetzt werden.⁴⁰⁰ Unmut rief auch hervor, dass zunehmend auf den Schlachtviehmärkten, auf denen für die Besatzungsmacht angeliefert wurde, die Bewertung durch die französischen Kontrolleure immer schlechter wurde. Dies führte zu einer stetigen Erhöhung der Ablieferungen. Unverständlich war für die Erzeuger, dass abgeliefertes Obst in die Schweiz geliefert werden musste, sie dafür aber deutlich weniger Birnen erhalten sollten. Da es um die Ernährung des Volkes ging, waren solche Kompensationsgeschäfte für den Abgeordneten Bauknecht (CDU) nicht nachvollziehbar. Viele weitere Missstände wurden im Lauf der Diskussion aufgezeigt und zumeist mit konstruktiven Verbesserungsvorschlägen verbunden. Die Detailtiefe, mit der im Landtag verhandelt wurde, zeigte ein Politikverständnis, das dem Anspruch verpflichtet war, Kenntnisse aus der Praxis mit dem Verfassungsauftrag, sich für das Wohl der Bevölkerung einzusetzen, zu verbinden.

Bei der angespannten Lage war es nicht verwunderlich, dass in der Öffentlichkeit massive Kritik geäußert wurde und Schuldige gesucht wurden. Verantwortlich gemacht wurden wahlweise die Bauern, die Verwaltung, die Politiker oder die französische Militärregierung. Dagegen wandten sich die Sprecher aller Fraktionen und bemühten sich mit sachorientierten Argumenten, die aus ihrer Sicht zu Unrecht Angegriffenen zu verteidigen. Präsident Gengler kommentierte, dass es wohl heute üblich geworden sei, dass immer irgendeiner schuldig sein müsse. Der Abgeordnete Schwarz stellte die rhetorische Frage „Hat der schwäbische Bauer versagt?“⁴⁰¹ und verneinte sie deutlich. Auch die anderen Redner lobten die Ablieferungsmoral der Produzenten. Die Anstrengungen der Verwaltung fanden ebenfalls Anerkennung, da sie mit geringer Ausstattung eine große Leistung erbracht habe, das gleiche galt für die Mitglieder der Regierung. Die Abgeordneten stellten sich hinter Verwaltung und Produzenten, um gemeinsam die angespannte Situation zu bewältigen, darin zeigten sie parteiübergreifend und konsequent Solidarität:

³⁹⁹ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 7. Sitzung vom 1.10.1947, S. 91.

⁴⁰⁰ Vgl. BAUKNECHT, Bernhard: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 7. Sitzung, vom 01.10.1947, S. 97.

⁴⁰¹ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 7. Sitzung vom 01.10.1947, S. 89.

„Wenn uns etwas retten kann, dann ist es nur die Eintracht.“⁴⁰² Der Einblick in die sachlichen Zusammenhänge und Möglichkeiten führte sie zu dem Standpunkt, dass in dem gegenwärtigen Status nicht mehr zu erreichen sei und, dass eine Verbesserung nur durch eine politische Weiterentwicklung der Lage möglich sei. Der Antrag, der mit der Aussprache verknüpft worden war, zeigte, dass die Abgeordneten mehr politische Handlungsfähigkeit und eine Förderung des wirtschaftlichen Aufbaus anstrebten.

Die Aussprache brachte auch weitreichendere strategische Überlegungen im Hinblick auf das Angebot an Nahrungsmitteln hervor, in deren Mittelpunkt die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion stand. Dazu kann die schon besprochene Bodenreform gerechnet werden, ebenso der Antrag, sich stärker für eine Aufhebung der Besatzungsgrenzen und einen gesamtdeutschen Austausch von Waren und Lebensmitteln einzusetzen. Eine grundsätzliche Änderung des Wirtschaftssystems hätte bedeutet, nicht nur die Erzeugnisse der Landwirtschaft, sondern ebenso die Industrieerzeugnisse zu erfassen, um alle Produktivkräfte für einen Neuaufbau zu nutzen. Diese planwirtschaftlichen Anregungen des KPD-Abgeordneten Wieland zeigen, dass die Diskussion um die zukünftige wirtschaftliche Ordnung noch nicht abschließend geklärt war. Die Stellung der KPD war in einigen Industriezentren stark, z. B. in Schwenningen und Tuttlingen, die Wahlergebnisse im ganzen Land blieben hinter denen in diesen beiden Städten zurück, so dass die Partei nicht an der Regierung beteiligt war. Dennoch boten Vertreter der anderen Fraktionen den KPD-Abgeordneten Mitwirkungsmöglichkeiten in der Regierung an, denn das gemeinsame Ziel stand über den Parteigegegensätzen. Einige der KPD-Forderungen trugen deutlich die Handschrift der Sowjetunion, was die potenziellen Partner abschreckte. Wenig Verständnis fand ihre Position, den Marshall-Plan abzulehnen, da dies zur Abhängigkeit führen würde.

In seiner abschließenden Antwort nahm der Minister für Landwirtschaft und Ernährung, Dr. Franz Weiß, alle Anregungen auf und versicherte, sich bei der Militärregierung dafür einzusetzen. Auch zu den Rationen nahm er noch einmal Stellung und wies auf die Grenzen seines Einflusses hin. Er belegte dies am Beispiel der vorgesehenen 1348 Kalorien, die aus einer Aufstellung und dem Entschluss der Militärregierung hervorgingen, allerdings äußerte er Zweifel, dass diese Zuteilung erfüllbar sein werde. Abschließend bedankte sich der Minister für die konkreten Anregungen und versicherte, dass „wir angesichts der unbeschreiblichen Not nach wie vor unser Bestes geben, um unserem hungernden Volk zu helfen so gut als möglich. (Bravo-Händeklatschen)“⁴⁰³

Die Aussprache hatte die zentrale Bedeutung des Themas mit vielen Facetten verdeutlicht und es wurde Konsens über die Krise und deren Ursachen entwickelt. Ein wesentlicher Faktor war die Verflechtung der Landwirtschaft mit den anderen wirtschaftlichen Bereichen. Der Agrarsektor konnte nur eingebettet in eine funk-

⁴⁰² Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 7. Sitzung vom 01.10.1947, S. 90.

⁴⁰³ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 7. Sitzung vom 01.10.1947, S. 101.

tionsfähige gewerbliche Produktion seine Aufgabe erfüllen, die industriell Arbeitenden waren auf eine qualitativ und quantitativ angemessene Ernährung angewiesen. Das willkürlich entstandene Land wurde vor besondere ökonomische Schwierigkeiten gestellt. Die Abtrennung von bisherigen wirtschaftlichen Partnern brachte mehr Nach- als Vorteile, denn sie führte zu Hindernissen in der Produktion durch fehlende Rohstoffe und Verbindungen zu den bisherigen Zulieferern und Abnehmern. Andererseits erwies sich die entstandene Mischung aus industriellen Orten mit landwirtschaftlich produzierenden Regionen bei der Notversorgung als hilfreich, da überschussproduzierende Kreise ausgewiesen werden konnten, die den Industriestandorten zuliefern konnten. Arbeiter konnten auch die Nähe der Landwirtschaft für eine Zusatzversorgung nutzen, sei es als Hilfen bei der Arbeit oder als Hamsterer. Damit konnten immer wieder Lücken in der Versorgung geschlossen werden. Das führte andererseits auch zu Spannungen und zu Konflikten, aber auch zu Akten der Solidarität. Die Situation unterschied sich damit positiv von den reinen Industriezentren anderer Besatzungszonen, in denen der Hunger noch dramatischer erlebt wurde, wobei kein Zweifel daran besteht, dass die Lage im Jahr 1947 im Land katastrophal war.

Die Institutionen Landtag und Landesregierung befanden sich in einer schwierigen Mittlerposition zwischen Bevölkerung und Militärregierung. Sie mussten effektive Lösungen finden und beide Seiten von ihren Ansätzen überzeugen. Der Bevölkerung musste beständig verdeutlicht werden, dass die Handlungsoptionen aus einer Reihe von Gründen sehr begrenzt waren und, dass es aktuell nur um das Überleben auf unterstem Niveau gehen konnte. Dies bedeutete Einschränkungen und Zumutungen für alle. Die Militärregierung musste von den Verbesserungsvorschlägen überzeugt werden, denn die Entscheidung lag bei den französischen Behörden. Die Erfahrung zeigte, dass diese auf der obersten Ebene, die in Baden-Baden angesiedelt war, zumeist ihren besatzungspolitischen Vorgaben und wirtschaftlichen Interessen folgten und sich nur langsam auf die deutschen Selbstständigkeitsbemühungen einließen. Landtag und Landesregierung konnten sich durch den ausführlichen Austausch auf eine gemeinsame Haltung verständigen, was für die Weiterentwicklung zentraler Positionen der politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen der Verantwortlichen der Landespolitik von entscheidender Bedeutung war. Die Akteure mit sehr unterschiedlichem Hintergrund fanden trotz der divergierenden Vorstellungen beim existenziellen Problem des Hungers gemeinsame Grundauffassungen. Das kleine Land brachte das Ganze zu der Zeit denkbare politische Spektrum hervor: Christlich-katholische Politiker, häufig aus der ehemaligen Zentrumsparterie und mit dem Schwerpunkt in Oberschwaben, saßen im selben Parlament wie die KPD-Vertreter eines orthodoxen Marxismus, die an ihrer Tradition orientierten Sozialdemokraten vertraten ebenfalls die Interessen der Arbeiter und der Liberalismus, der schon lange starke Wurzeln im Land hatte, war ebenfalls durchgehend durch die Abgeordneten der DVP vertreten. Dieses Spektrum sollte noch einige Zeit die Parteienlandschaft prägen.

Die Verfassungsdiskussion hatte zuvor noch in der verfassungsgebenden Versammlung zu schärferen Gegensätzen geführt,⁴⁰⁴ aber angesichts der Hungerkrise traten die Gemeinsamkeiten der Interessen deutlicher hervor. Das gemeinsame Handeln war entscheidend für das Überleben in der Krise, nur mit zum Teil harten Entscheidungen für eine verschärfte Kontrolle und einer disziplinierten Durchführung konnte die eingeschlagene ernährungspolitische Linie durchgehalten werden. Die Bereitstellung von minimalen Rationen für jedermann, erreicht durch überwiegend zuverlässige Ablieferung durch die Produzenten bewirkte, dass viele Menschen unter Unterernährung und deren Folgen litten, aber niemand dem unmittelbaren Hungertod ausgeliefert war.

Die Ernährungslage hatte sich im Jahr 1947 so zugespitzt, dass eine weitere Verschlechterung nicht mehr erträglich schien. Diese Tatsache ist untrennbar mit den Vorgängen im Parlament verknüpft. Die Debatte zur Ernährungslage und die laufenden Entwicklungen führten zur Einsicht, dass die Versorgung nicht von der allgemeinwirtschaftlichen Situation zu trennen war. Die Bevölkerung brauchte die gewerblichen Erzeugnisse für ihren Alltag, Arbeiter und Unternehmer mussten die Möglichkeit zu eigenem Einkommen bekommen, um damit sich selbst und die öffentlichen Kassen zu finanzieren. Der Verlauf der Krise hatte verdeutlicht, dass sich das Land nicht durch eigene landwirtschaftliche Produktion ernähren konnte. Dieser Vulnerabilitätsfaktor war auch Ausdruck der industrialisierten Gesellschaft, die vom Markt abgeschnitten wurde. Durch das langfristige Bevölkerungswachstum, z. B. durch den erwarteten Zuzug von Flüchtlingen, die internationale Arbeitsteilung der industrialisierten Welt und die Spezialisierung gerade der südwürttembergischen Produktion wurde verdeutlicht, dass eine eigene Herstellung mit Möglichkeiten zum Export notwendig war, um Devisen zu erwirtschaften, mit denen international Nahrungsmittel erworben werden konnten. Voraussetzung dafür war eine funktionsfähige Wirtschaft. Diese war durch die Entnahmen von Maschinen oder der Demontage ganzer Fabriken gefährdet. Am Ende des Jahres 1947 rechnete die Öffentlichkeit nicht mehr mit größeren Eingriffen. Als diese dennoch drohten, entzündete sich daran ein Konflikt.

4.6 Konflikte: Die neue Demontageliste und die Rechte des Parlaments

Der Landtag hatte sich dafür ausgesprochen, die Kompetenzen zu erweitern und die Wirtschaft zu stärken, um die Krise zu überwinden. Dies rückte durch eine neue Entwicklung in weite Ferne. Am 7. November 1947 erschien die neue Demontageliste für ganz Westdeutschland und führte für die französische Besatzungszone zur Überraschung der südwürttembergischen Öffentlichkeit 60 Betriebe zur

⁴⁰⁴ In dem Verfassungsausschuss der Beratenden Landesversammlung prallten die Interessen der CDU und der anderen Parteien sehr kontrovers aufeinander (s. o.). Der erste Entwurf der CDU wurde von der SPD, DVP und KPD abgelehnt.

Volldemontage und zehn zur Teildemontage auf.⁴⁰⁵ Der unüberbrückbare Konflikt zeigte sich bereits in der Terminologie. Französische Quellen sprachen durchgehend von Reparationen, in der deutschen Öffentlichkeit wurde Demontage zum Reizwort. Hintergrund des Vorgangs war der Beschluss der Alliierten, Reparationen nicht mehr durch Geldzahlungen zu verlangen, wie dies nach dem Ersten Weltkrieg geschehen war und zu Verwerfungen in der Finanzwelt geführt hatte. Stattdessen sollten die Reparationen durch Entnahmen von Sachleistungen und Maschinen erfolgen. Bereits mit Beginn der Besetzung standen Requisitionen an der Tagesordnung. Die französischen Behörden hatten zu Beginn der Besetzungszeit eigene Kommandos aufgestellt, die im ganzen Land ausgewählte Güter an sich nahmen und abtransportierten, bis zum 1. September 1945 galt dies als Kriegsbeute und musste nicht abgerechnet werden.⁴⁰⁶ Einer zweiten Welle an unilateralen Demontagen folgte ein durch den Alliierten Kontrollrat festgelegtes Kontingent ab Juni 1946. Gustav von Schmoller führte im Auftrag der Landesregierung alle Besatzungslasten auf, dazu gehörten Pauschzahlungen, Requisitionen, Besatzungsfolgekosten, Entnahmen aus der laufenden Produktion und Reparationsleistungen als Abgabe von Rohstoffen und Fertigwaren, Maschinenentnahmen, Restitutionsen, Demontagen und außerordentliche Holzeinschläge.⁴⁰⁷ Der Wert der entnommenen Güter und Maschinen ließ sich nie ermitteln, da auch in dieser Zeit wilde Entnahmen stattfanden, Hinweise darauf gaben die häufigen Klagen auf den Besprechungen der Landräte. Die neue Liste führte nun zu großer Empörung. Betroffen waren große und wichtige Firmen und damit die Existenzgrundlage vieler Arbeiter, z. B. der Mauser-Werke in Oberndorf, in Friedrichshafen die Dornier-Werke, die Zeppelin-Werft und die Fahrradfabrik Friedrichshafen.

Im Landtag fand am 7. November eine außergewöhnliche Sitzung statt.⁴⁰⁸ Landtagspräsident Gengler hielt nach der Begrüßung eine außerordentliche Ansprache zur Demontage. Dabei betonte er, dass bereits die Entnahmen der letzten Jahre weit über das übliche Maß hinausgegangen sei und die Wirtschaft in ihrer Substanz getroffen habe. Man habe deshalb nicht mit einem so weitgehenden neuen Eingriff gerechnet, für ihn gehe es „um unser Sein oder Nichtsein, um unsere nackte Lebensexistenz“.⁴⁰⁹ Darüber hinaus sehe er die gesamte Arbeit gefährdet, die bisher geleistet worden sei und stelle insbesondere den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft als nicht mehr gesichert dar. Er zitierte den Ältestenrat, der Stellung ge-

⁴⁰⁵ Vgl. die Ansprache des Präsidenten zur neuen Demontageliste: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 10. Sitzung vom 10.11.1947.

⁴⁰⁶ Vgl. ABELSHAUSER, Werner: Wirtschafts- und Besatzungspolitik in der französischen Zone 1945–1949. Ein Nachwort von Werner Abelschauser. In: Mathias MANZ: Stagnation und Aufschwung in der französischen Besatzungszone 1945–1948, 1985, S. 90–117, hier S. 104.

⁴⁰⁷ Vgl. SCHMOLLER, Gustav von: Württemberg-Hohenzollern unter der Last der französischen Besetzung. In: Max GÖGLER/Gregor RICHTER (Hgg.): Das Land Württemberg-Hohenzollern, 1982, S. 217–233.

⁴⁰⁸ Vgl. Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 10. Sitzung vom 07.11.1947, S. 145–147.

⁴⁰⁹ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 10. Sitzung vom 07.11.1947, S. 145.

nommen hatte. Dieser betrachte die Lebensgrundlagen als bedroht und fordere auf, alles für die Erhaltung der Existenzmöglichkeiten zu tun. Zum weiteren Verfahren schlug er vor, über die Demontageliste nicht zu debattieren, sondern in den Fraktionen zu besprechen und Stellung zu nehmen.

Der Hintergrund dieses Vorgehens wurde erst durch einen Antrag zur Geschäftsordnung deutlich. Präsident Gengler hatte bereits den nächsten anstehenden Tagesordnungspunkt zur Bekämpfung der Borkenkäferplage aufgerufen, als sich der Abgeordnete Dr. Binder (CDU) zur Geschäftsordnung meldete.⁴¹⁰ Wortmeldungen dieser Kategorie mussten vorrangig vor der Klärung von Sachfragen zugelassen werden. Er fragte an, ob es stimme, dass die Militärregierung die Diskussion über den Gegenstand verboten habe. Der Präsident musste dies einräumen und fügte hinzu, dass sich General Koenig auf die Direktive Nr. 95 bezog, nach der dies zu den Vorbehaltsrechten der Militärregierung gehöre, und zwar sowohl über die Demontage zu entscheiden als auch darüber, ob der Landtag das Thema diskutieren dürfe.⁴¹¹ Binder entwickelte dann seine Position weiter. Er zweifle nicht die Vorbehaltsrechte an, halte es aber dennoch für die Aufgabe des Landtags, darüber zu diskutieren, damit die Landesregierung die Möglichkeit habe, die Militärregierung darüber zu informieren. Er beantragte, dass sich der Ältestenrat primär mit der Militärregierung darüber auseinandersetzen solle, wie die Befugnisse zwischen Landesinstitutionen und Besatzung abzugrenzen seien. Er setzte sich dafür ein, bei allen Beschränkungen durch die festgelegten Vorbehaltsrechte der Militärregierung, „daß die wenigen Rechte [...] bis zur äußersten Grenze von uns wahrgenommen werden. (Bravo!)“.⁴¹² Dann griff Staatspräsident Bock ein, um dies abzulehnen und vorzuschlagen, alles Weitere dem Ältestenrat zu überlassen. Der Präsident des Landtags beendete diesen Tagesordnungspunkt und rief den verschobenen Punkt zur Bekämpfung der Borkenkäferplage auf, der bereits vorherberaten war und zu einer zweiten und dritten Lesung vorgelegt wurde. Es wurde jeweils auf eine Aussprache verzichtet und das Gesetz schließlich verabschiedet. Die Sitzung am 7. November 1947 hatte von 9.54 Uhr bis 10.11 Uhr gedauert, die Kürze war auf den Wegfall jeglicher Debatten zurückzuführen. Die Parlamentarier waren an einem entscheidenden Punkt angekommen: Sie wollten sich das Recht zur Aussprache nicht nehmen lassen. Formal konnte sich die Militärregierung auf die Ordonnance 95 berufen, dagegen setzten die Abgeordneten die demokratische Notwendigkeit zur Diskussion und zur Beratung der Regierung. Sie konnten auf die Verfassung verweisen, in der die Landesregierung vom Vertrauen des Parlaments abhängig war. Staatspräsident Bock, der schon häufiger die Linie der Konfliktvermeidung verfolgt hatte und versucht hatte, in Gesprächen mit General Widmer Lösungen zu finden, allerdings mit enttäuschenden Ergebnissen, lehnte diesen Weg ab.

⁴¹⁰ Vgl. Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 10. Sitzung vom 07.11.1947, S. 146.

⁴¹¹ Vgl. Ordonnance Nr. 95 relative aux pouvoirs des Länder de la Zone Française d'Occupation vom 09.07.1947 Journal Officiel, S. 783 f. Verlesen im Landtag von General Widmer, vgl. Kapitel III. 4.2 Die erste Phase der Verhandlungen des Landtags.

⁴¹² Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 10. Sitzung vom 07.11.1947, S. 146.

Die Regierung konnte sich nicht auf eine gemeinsame Linie einigen. Lorenz Bock hatte dem Wunsch der Militärregierung entsprochen, keine Diskussion zuzulassen. Landtagspräsident Karl Gengler und Innenminister Victor Renner wollten die Diskussion durchsetzen und damit die gültige Ordonnance 95 übergehen. Wirtschaftsminister Wildermuth wies in der Kabinettsbesprechung darauf hin, dass die Militärregierung ihre Zusicherungen gebrochen habe, keine vollständigen Betriebe zu demontieren, wenn die Regierung mitwirke⁴¹³. In der Zwischenzeit wirkte Gouverneur Widmer bei Staatspräsident Bock darauf hin, dass dieser eine von der Militärregierung genehmigte Regierungserklärung im Landtag verlesen solle. Das Kabinett wollte dem nicht zustimmen. Nun überschlugen sich die Ereignisse, weil die Presse eingriff. Das „Schwäbische Tagblatt“ veröffentlichte am 7. November 1947 die Demontageliste und eine erste Reaktion von Wirtschaftsminister Wildermuth. Die beiden folgenden Ausgaben vom 11. und 14. November gaben Gelegenheit zur Präzisierung und Bewertung. Es äußerten sich Justizminister Carlo Schmid, Arbeitsminister Wirsching, das Vorstandsmitglied des Gewerkschaftsbundes Fleck, der Fraktionsvorsitzende der CDU Gebhard Müller und Staatspräsident Bock.⁴¹⁴ Am 13. November gab Staatspräsident Bock eine Pressekonferenz, in der er sich deutlich gegen die vorliegende Liste aussprach. Dies erschien nur gekürzt in der Presse, danach unterband die Militärregierung die weitere Diskussion durch eine strikte Zensur.⁴¹⁵ Anfang Dezember fanden etliche Gespräche zwischen Staatspräsident Bock, Gouverneur Widmer und General König statt, dieser blieb bei seiner Position.⁴¹⁶ Die Vertreter des Landes durften sich öffentlich nicht äußern, dennoch sprach Karl Gengler dies bei einer Ansprache vor Gewerkschaftern in Schwenningen zum Unmut der französischen Stellen an. Die Fraktionen stellten sich darauf ein, notfalls zurückzutreten, aber Staatspräsident Bock ließ sich darauf ein, trotz eines gegenteiligen Kabinettsbeschlusses, die Regierungserklärung Widmer vorzulegen. Dieser zensierte die vorliegende Fassung und Bock verlas die veränderte Erklärung im Landtag in der nächsten Sitzung am 9. Dezember als zweiten Tagesordnungspunkt.⁴¹⁷ Danach verfasste die Staatsregierung eine Denkschrift für die Militärregierung und diese stellte in ihrer Antwort fest, dass es „nicht zweckmäßig wäre, wenn der Landtag in eine Aussprache über die Frage der Demontage eintreten würde“.⁴¹⁸ Stattdessen stellte er eine Erklärung zu gegebener Zeit in Aussicht. Nach einer Bekräftigung durch den Landtagspräsidenten war dieser Punkt vorläufig abgehandelt.

⁴¹³ Vgl. KONSTANZER, Eberhard: Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg, 1969, S. 66.

⁴¹⁴ Die Demontageliste für die französische Zone. In: Schwäbisches Tagblatt vom 07.11.1947 und vom 11.11.1947.

⁴¹⁵ Vgl. KONSTANZER, Eberhard: Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg, 1969, S. 67. Konstanzer verweist auf das Protokoll der Pressekonferenz, StA Sig 7540/1/1/2/5.

⁴¹⁶ Vgl. WEBER, Edwin Ernst (Hg.): Gouverneursbesprechungen, 2007, S. 95–130.

⁴¹⁷ Vgl. Verhandlungen des Landtags: 11. Sitzung, 9. Dezember 1947, S. 150.

⁴¹⁸ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 11. Sitzung vom 09.12.1947, S. 150.

In diesen beiden Sitzungen war zum Ausdruck gekommen, dass zwischen einigen Abgeordneten des Landtags und der Landesregierung kein Konsens über das Vorgehen bestand. Während der Staatspräsident einen offenen Konflikt vermeiden wollte, waren etliche Abgeordnete (Dr. Binder erhält ein zustimmendes „Bravo!“ aus dem Plenum)⁴¹⁹ gewillt, die Frage der Reichweite der Kompetenzen zu erproben, Transparenz zu schaffen und möglicherweise den Handlungsspielraum durch steten Druck zu erweitern. In diesem Sinne bekam die Debatte eine Funktion, die der Präsident nicht intendiert hatte. Im Zusammenhang mit der Ernährungsfrage betonten die Abgeordneten die Verantwortung gegenüber ihren Wählern. Der demokratische Auftrag durch die Wahl, die Bindung an die neueingeführte Verfassung und der tägliche Kontakt mit der Not der Bevölkerung machte aus ihrer Sicht die Erweiterung ihres Handlungsspielraums notwendig, um die Interessen der Bevölkerung des Landes zu schützen. Das Selbstverständnis des Landtages reichte deutlich über die durch die Militärregierung zugestandenen Vorbehalte hinaus und bezog sich bereits auf eine ausgeprägte demokratische Grundlage. Der Zwischenfall wurde zum Kristallisationspunkt für das Selbstverständnis der Landtagsabgeordneten. Die Überwindung der Hungerkrise und der demokratische Neuaufbau waren eng verflochten. Die Vorenthaltung ihrer Rechte der Wahrnehmung ihrer Interessen nach den Regeln demokratischer Parlamente durch die Militärregierung wurde als substanzielle Blockade ihres Anliegens und als Widerspruch zu dem erklärten Anspruch der Demokratisierung empfunden. Die materiellen Probleme schienen nur überwindbar durch die selbstständige Gestaltung des Wirtschaftslebens.

4.7 Das Land im Rahmen der internationalen Entwicklung und der Deutschlandpolitik der Alliierten

Die Ereignisse des Jahres 1948 beschränkten sich nicht auf die Entwicklungen in den einzelnen Zonen, sondern gesamtdeutsche und internationale Prozesse, Ereignisse und Entscheidungen prägten den Kontext. Die Frankfurter Dokumente, die am 1. Juli den Ministerpräsidenten der Länder übergeben wurden, offerierten den westdeutschen Ministerpräsidenten die Möglichkeit, einen westdeutschen Staat zu gründen.⁴²⁰ Am 8. Juli trafen sich die Vertreter der Länder zur Konferenz in Koblenz, um darüber zu beraten. Württemberg-Hohenzollern war u. a. durch Staatspräsident Lorenz Bock und seinen Stellvertreter Carlo Schmid vertreten. Dieser nutzte die Gelegenheit, eine Verfassung bzw. das Grundgesetz zu diskutieren. Wirtschaftliche Weichenstellungen waren vorher erfolgt. Bereits zuvor war das „European Recovery Program“⁴²¹, bekannt als Marshall-Plan, verabschiedet wor-

⁴¹⁹ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 10. Sitzung vom 07.11.1947, S. 146.

⁴²⁰ Vgl. RÜRUP, Miriam: Frankfurter Dokumente. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, 1999, 346f.

⁴²¹ SCHRÖDER, Hans-Jürgen: European Recovery Program. In: Wolfgang BENZ (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, 1999, S. 260–264.

den mit den Zielen der Wirtschaftsförderung und der Hilfe für die Bevölkerung Europas. Die von den Westmächten unter Führung der USA beschlossene Währungsreform in den Westzonen vom 20. Juni sollte der westdeutschen Wirtschaft eine verlässliche Basis geben.⁴²²

Ein Vertreter der Stärkung einer wirtschaftlichen Entwicklung Westdeutschlands war insbesondere der amerikanische Militärgouverneur Lucius D. Clay. Die Ernährungsfrage stand für ihn im Zentrum, sie war der Ausgangspunkt für wirtschaftliche und sicherheitspolitische Erwägungen, aber insbesondere für die Erreichung der politischen Ziele: der Durchsetzung der Demokratie und der Sicherung der Freiheit und damit der Stabilität Europas.⁴²³ Seine Position bestand in der Förderung der wirtschaftlichen Stärke der Westzonen. Der amerikanische Außenminister Byrnes hatte bereits am 6. September 1946 in seiner bekannten Rede, die aus der Sicht der aktuellen Forschung primär ein Signal an die französische Regierung sein sollte, den Westdeutschen eine eigene Regierung in Aussicht gestellt, um einen „ehrvollen Platz unter den freien und friedlichen Nationen der Welt“ einzunehmen.⁴²⁴ Auf der Pariser Außenministerkonferenz hatte er die amerikanischen Berechnungen veröffentlicht, die darlegten, dass die Kosten der Versorgung der amerikanischen Zone für die USA jährlich 200 Millionen Dollar betragen und dies nicht langfristig hingenommen werden könne.⁴²⁵ 1948 stand dies überdies zunehmend im Zusammenhang mit der Konfrontation mit der Sowjetunion, daher hielt man es für nötig, „dem Kommunismus die Stirn zu bieten“.⁴²⁶ General Clay ging davon aus, dass General Koenig einer der zähesten Gegner der aus seiner Sicht notwendigen Vereinigung der westlichen Zonen war. Dies beruhte auf den Erfahrungen, dass alle wesentlichen Entwicklungen von der französischen Besatzungsmacht behindert worden waren: Die Durchführung der Potsdamer Beschlüsse war verweigert worden, der Industrieniveauplan verzögert und zuletzt war das taktische Verhalten während der Londoner Konferenz in Verbindung mit der Durchsetzung französischer Interessen aufgefallen.⁴²⁷ Friedrich Jerchow weist in seiner Monographie „Deutschland in der Weltwirtschaft 1944–1947“ auf die Haltung der französischen Militärregierung hin. Diese war der Ansicht, dass Frankreich durch eine Zusammenlegung der Zonen auf erhebliche Vorteile verzichten müsse.⁴²⁸

⁴²² Vgl. BENZ, Wolfgang: Währungsreform. In: DERS. (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, 1999, S. 190–194.

⁴²³ Vgl. TRITTEL, Günter J.: Hunger und Politik, 1990, S. 229.

⁴²⁴ BENZ, Wolfgang: Byrnes-Rede. In: Wolfgang BENZ (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55. 1999, 334f.

⁴²⁵ Vgl. JERCHOW, Friedrich: Deutschland in der Weltwirtschaft 1944–1947, Düsseldorf 1978, S. 425.

⁴²⁶ GIMBEL, John: Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945–1949. Frankfurt/Main 1971, S. 282.

⁴²⁷ Vgl. GIMBEL, John: Amerikanische Besatzungspolitik, 1971, S. 283.

⁴²⁸ Vgl. JERCHOW, Friedrich: Deutschland in der Weltwirtschaft 1944–1947, 1978, S. 440. Er verweist dabei auf einen Brief des Generaldirektors für Wirtschaft und Finanzen an General Koenig.

Durch die Einigung in London und die Ergebnisse, die auch französische Interessen berücksichtigten, war allerdings ein Status erreicht worden, der eine weitere Verzögerungstaktik unsinnig erscheinen ließ. Dies ist ebenfalls als maßgebliches Motiv für das Zugeständnis der französischen Militärregierung zu sehen.

Der Druck der internationalen Politik verstärkte sich ebenfalls. Bisher hatte die französische Militärregierung dem amerikanischen Druck auf Veränderung der Besatzungspolitik widerstanden. Die Lage änderte sich, als der französische Widerstand gegenüber den Plänen der beiden anderen Westmächten über eine Staatsgründung, eine gemeinsame Wirtschaftspolitik und anderer gemeinsamen Regelungen im Rahmen der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz vom 20. April bis zum 2. Juni 1948 überwunden wurde. Dies ist im Zusammenhang mit den sich „verhärtenden Fronten im „Kalten Krieg“ zu sehen.⁴²⁹ Die Bildung eines Staates aus den drei Westzonen und dessen Integration in das westliche Lager machte eine isolierte Besatzungspolitik in der französischen Zone zunehmend unmöglich. Dazu kam, dass die französischen Regelungen der wirtschaftlichen Abtrennung und des politischen Sonderstatus des Saarlandes nicht angetastet wurden.⁴³⁰ Unter diesen Umständen und durch den permanenten Druck der anhaltenden Krise in der Zone, sowie das unermüdliche Einwirken der Landesregierung und des Landtags, verstärkt durch die öffentliche Meinung, wurde eine veränderte Besatzungspolitik auch gegenüber den Landesinstitutionen vorbereitet.

4.8 Die Instrumente des Landtags: Öffentlichkeit, Tagungsstreik und Rücktritt

Der nächste Höhepunkt der Konfrontation auf Landesebene wurde am 29. April 1948 in der 25. Sitzung des Landtags erreicht. Bereits für die 24. Sitzung am 28. April war unter vielen anderen ein Antrag des Abgeordneten Bäßler zu der fortschreitenden Abholzung der Wälder vorgesehen, aber auf Antrag aus dem Plenum wurde er auf den Schluss der Sitzung verschoben und konnte dadurch erst am folgenden Tag abgehandelt werden.⁴³¹ Das gab den Fraktionen und dem Ältestenrat die Möglichkeit, sich zu beraten, nachdem schon einige Informationen zur ablehnenden Reaktion der Militärregierung durchgesickert waren.

Die Verlesung der großen Anfrage wurde am 29. April zum einzigen Tagesordnungspunkt. Nach einer kurzen Begrüßung und den üblichen Formalitäten verlas der Präsident die „Große Anfrage der Abgeordneten Bäßler und Genossen an das Staatsministerium betr. die immer rascher fortschreitende Abholzung der Wäl-

⁴²⁹ Vgl. SCHELLENBERG, Britta: Londoner Sechsmächte-Konferenz. In: Wolfgang BENZ (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, 1999, S. 222–224, hier S. 224.

⁴³⁰ Vgl. HEINEN, Armin: Saarland. In: Wolfgang BENZ (Hg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55, Berlin 1999, S. 412–415.

⁴³¹ Vgl. Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 24. Sitzung vom 28.04.1948, S. 327.

der“.⁴³² Darin wurde die größte Sorge über den Raubbau an den Wäldern ausgedrückt, gestützt durch Daten. Genannt wurden 9,45 Millionen Festmeter Abholzung aus dem vorhergehenden Forstwirtschaftsjahr. Zum Teil sei dies von ausländischen Kräften im Auftrag französischer Firmen vorgenommen worden. Die erste Klage bestand darin, dass dieses Holz durch die Festsetzung der französischen Behörden weit unter dem üblichen Preis verkauft werden müsse, so dass neben dem forstwirtschaftlichen Schaden ein finanzieller Verlust entstehe. Dazu kämen die Einbußen durch die übermäßigen Einschläge in den Wäldern für die Brennholzbeschaffung wegen des Kohlemangels. Die französischen Behörden hätten begonnen, eigene Sägewerke ohne Absprache im Wald zu errichten, was zu außerordentlichen Verlusten geführt habe. Als Folge wurde aufgezeigt, dass der wirtschaftliche Niedergang für alle von der Holzwirtschaft lebenden Betrieben und Familien drohe. Genannt wurden Tausende von Arbeitern und Angestellten in Forstwirtschaft, in Sägewerken, in der Holzverarbeitenden Industrie und im Handwerk. Die Anfrage an die Staatsregierung richtete sich darauf, zu erklären, was sie dagegen unternehmen wolle, damit die Kahlhiebe aufhörten, und damit die Holzeinschläge wieder durch die deutschen Forstämter vorgenommen werden. Weiter wurde aufgeführt, dass der Holzeinschlag auf einen erträglichen Umfang begrenzt werden solle mit dem Hinweis, dass es sich dabei um einen der wenigen Rohstoffe des Landes handle.

Nachdem er das vorgetragen hatte, verlas Präsident Gengler als nächsten Punkt der Tagesordnung ein Schreiben der Militärregierung, in dem unter Bezugnahme auf die Ordonnance 95 hingewiesen wurde, dass die in der Tagesordnung aufgeführte Anfrage zu Holzeinschlägen und zur Abholzung der Wälder außerhalb der Zuständigkeit der deutschen Behörden liege und dem französischen Oberkommando in Deutschland vorbehalten sei. Die Abgeordneten reagierten empört mit Zwischenrufen.⁴³³ Dass die untersagte Erklärung zur Abholzung zuerst verlesen worden war, war eine Provokation für die Militärregierung. Danach erhielt der Abgeordnete Dr. Gebhard Müller das Wort und stellte den Antrag, dass der Landtag sich vertagen solle. Sämtliche Fraktionen überreichten die schriftliche Form dieses Antrags mit einer EntschlieÙung, die sie am Nachmittag zuvor erstellt hatten und aus der die Begründung hervorging. In der Argumentation bezogen sich die Parlamentarier darauf, dass es ihnen mit diesem Verhalten der Militärregierung unmöglich gemacht worden sei, „in einer für unser Land lebenswichtigen Frage Stellung zu nehmen“, insbesondere betonten sie ihr Interesse daran, zu erfahren, was die Landesregierung gegen diesen Notstand unternehmen wolle.⁴³⁴ In der Begründung wurde folgender Zusammenhang hergestellt. Aus der Ordonnance Nr. 95 gehe hervor, dass die Militärregierung das Gesetzgebungsrecht in der Frage der Reparationen habe. Es könne aber dem Landtag nicht verwehrt werden, seine

⁴³² GENGLER, Karl: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 25. Sitzung vom 29.04.1948, S. 345.

⁴³³ Vgl. Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 25. Sitzung vom 29.04.1948, S. 345 f.

⁴³⁴ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 25. Sitzung vom 29.04.1948, S. 345 f.

Auffassung darzulegen und die Regierung zu kontrollieren. Dieses Recht könne sich der Landtag nicht nehmen lassen, wenn es um die Belastung der Bevölkerung gehe. Besonders genannt wurden die Ernährung, die Landwirtschaft und dass die „Belastung der Bevölkerung (durch die Anforderungen der Besatzungsmacht) die Grenze des Tragbaren überschritten hat. (Sehr richtig!)“.⁴³⁵ Als weiteres Argument wurde aufgeführt, dass dies nicht mit dem Gewissen der Abgeordneten vereinbar sei. Sie sahen die Gefahr, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die demokratischen Einrichtungen gefährdet werde. Sie betonten ihr Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Verfassung, durch die Wahrnehmung der elementaren Rechte jeder Volksvertretung den Weg für Demokratie und Völkerverständigung freizumachen. Der Entschluss zur Vertagung wurde einstimmig angenommen, der Landtag trat erst wieder am 11. Juni 1948 zusammen.

Die Verlegung der Verlesung und Abstimmung auf den folgenden Tag hatte es ermöglicht, die Kontroverse mit der Militärregierung am Nachmittag sowohl im Ältestenrat als auch in den Fraktionen zu beraten. In diesen Gesprächen standen sich unterschiedliche Positionen gegenüber. Staatspräsident Bock versuchte zu vermitteln und es nicht zu einem Konflikt kommen zu lassen, das entsprach seiner Haltung im November 1947. Die Fraktionen vertraten die Meinung, dass das Verhalten der Militärregierung der von ihr selbst geschaffenen Rechtslage widerspreche. Sie sahen gegenwärtig eine Gelegenheit, durch eine Konfrontation ihr Recht auf Behandlung auch der Fragen durchzusetzen, die der Entscheidung der Militärregierung vorbehalten waren. Die Besatzungsbehörden waren aus ihrer Sicht daran interessiert, dass ihre Politik nicht als Widerspruch zu ihren Demokratisierungsbemühungen und ihre Reparationspolitik nicht überregional als überzogen wahrgenommen werde.⁴³⁶ Eine Einschränkung der Holzeinschläge wurde abgelehnt. Staatspräsident Bock erreichte, dass die Regierung trotz der Vertagung des Landtags weiterarbeiten konnte. Die harte Haltung des Landtags lässt sich aus den Enttäuschungen über wiederholte leere Versprechungen erklären. Immer wieder waren auch unmittelbar im Landtag erweiterte Zuständigkeiten in Aussicht gestellt worden, ohne diese einzulösen. Der Landtag hatte damit ein Mittel in der Auseinandersetzung gewählt, das geeignet war, der Öffentlichkeit das Verhalten der Militärregierung als undemokratisch zu demonstrieren.

Es war gelungen, durch die Nutzung weiterer Kommunikationskanäle bereits eine kritische Öffentlichkeit herzustellen. Das geeignete Medium dafür war die Presse. Bereits in der Auseinandersetzung um die Demontageliste im November 1947 war es zu deutlichen Aussagen im „Schwäbischen Tagblatt“ gekommen. Darin wurde auf einer Sonderseite den Kabinettsmitgliedern die Möglichkeit zur Äußerung gegeben. Sie hatten damals auf die drohende Massenarbeitslosigkeit und

⁴³⁵ Dr. MÜLLER: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 25. Sitzung vom 29.04.1948, S. 346.

⁴³⁶ Dieser Zusammenhang wird von Eberhard Konstanzer anhand von Gesprächsprotokollen des Nachmittags des 28. April im Ältestenrat herausgearbeitet. Vgl. KONSTANZER, Eberhard: Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg, 1969, S. 70.

Verschlimmerung der Notsituation hingewiesen. Dies waren am 30. April 1948 wieder die Stichworte, die unter der Überschrift „Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Volk“ von der Vertagung des Landtages berichteten.⁴³⁷ Die lokale Presse war zu einer Plattform der öffentlichen Meinung geworden und berichtete konsequent auch weiter, als Staatspräsident Bock zu Besprechungen nach Paris fuhr und als schließlich am 1. Juni angekündigt werden konnte, dass der Landtag wieder zusammentreten werde und eine Regierungserklärung von Staatspräsident Bock erwartet werde. Dies war das Ergebnis einer Entwicklung vor dem Hintergrund von Gesprächen von Regierungsmitgliedern mit der französischen Militärregierung. Die Vertreter der Militärregierung im Land, Oberst de Mangoux und General Widmer drängten wiederholt in den Gouverneursbesprechungen auf die Wiederaufnahme der Sitzungen des Landtags.⁴³⁸ Gleichzeitig wurde in der Besprechung vom 28. Mai 1948 auf bevorstehende Zugeständnisse hingewiesen, z. B. eine „Verbesserung in der Ernährungslage“.⁴³⁹ Gouverneur Widmer gab Staatspräsident Bock Ratschläge, wie er verfahren könne, dazu gehöre eine „harmlose Tagesordnung“, Verlesung der Erhöhung der Brotrationen und anschließende Diskussion über die bisher vorbehaltenen Gebiete.⁴⁴⁰ Das Verhalten des Landtags wurde nun als das „berechtigte Streben“ angesehen, „seine Kompetenzen zu erweitern“.⁴⁴¹ Die Parlamentarier und die Regierung wollten zuvor eine verbindliche schriftliche Erklärung über ihre erweiterten Rechte.⁴⁴² Lange Zeit war dies immer mündlich in Aussicht gestellt worden, man hielt deshalb eine schriftliche Fixierung für notwendig. Die schriftliche Erklärung wurde am 9. ausgefertigt und ging am 10. Juni bei der Landesregierung ein. Der Landtag nahm am 11. Juni seine Arbeit mit der Verlesung der Erklärung General Widmers durch Staatspräsident Bock wieder auf. Darin wurde explizit festgehalten, dass der Landtag das Recht habe, auch zu den „vorbehaltenen Gebieten“ Anfragen zu stellen, die „ihren Abschluß in einem Beschluss finden“.⁴⁴³ Damit war das wesentliche Ziel der Abgeordneten erreicht. Die Formulierungen waren so gehalten, dass von dem vorhergegangenen Konflikt abgelenkt wurde. Als Ausgangspunkt wurde genannt, dass der Landtag sich bereit erklärt habe, größere Verantwortlichkeit zu übernehmen. Die Realität war, dass der Landtag seit seinem Bestehen nach einer Erweiterung seiner Zuständigkeit strebte. Für das Parlament bedeutete der neue Status, die Fähigkeit, parlamentarische Kontrolle auszuüben und Öffentlichkeit herzustellen. Die Abgeordneten konnten der Regierung die Ansichten und die Interessen der Bevölkerung darle-

⁴³⁷ Vgl. Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem Volk. Der Landtag vertagt sich nach einstimmiger Annahme einer Resolution. In: Schwäbisches Tagblatt vom 30.04.1948, S. 1f.

⁴³⁸ Vgl. WEBER, Edwin Ernst (Hg.): Gouverneursbesprechungen, 2007, S. 170 und S. 174.

⁴³⁹ Vgl. WEBER, Edwin Ernst (Hg.): Gouverneursbesprechungen, 2007, S. 170 und S. 174.

⁴⁴⁰ WEBER, Edwin Ernst (Hg.): Gouverneursbesprechungen, 2007, S. 171.

⁴⁴¹ WEBER, Edwin Ernst (Hg.): Gouverneursbesprechungen, 2007, S. 171.

⁴⁴² Vgl. KONSTANZER, Eberhard: Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg, 1969, S. 73.

⁴⁴³ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 26. Sitzung vom 11.06.1948, S. 348.

gen und durch Abstimmung ihr das Vertrauen aussprechen oder entziehen. Unmittelbar im Anschluss verlas der Fraktionsvorsitzende der größten Fraktion, der Abgeordnete Dr. Gebhard Müller (CDU), eine Erklärung im Namen aller vier Fraktionen. Er begrüßte, dass nun wesentliche Rechte dem Landtag zugebilligt worden seien – Anfrage, Antragsstellung, Debatte und Abstimmung – und dieser seine Arbeit fortsetzen könne. Zusätzlich regte er an, den Handlungsspielraum der Presse zur Berichterstattung über den Landtag zu verbessern.⁴⁴⁴ Wirtschaftsminister Wildermuth entwickelte im Landtag auf der Basis der neuen Möglichkeiten seine Vorstellung, dass ein neues Wirtschaftssystem zwingend notwendig geworden sei, insbesondere forderte er eine Abkehr von der „Zwangs- und Kommandowirtschaft“.⁴⁴⁵ Dies könne nur durch verantwortliche deutsche Stellen durchgeführt werden. Der Landtag hatte mit diesem Erfolg erreicht, als erster in der französischen Zone über die für ihn relevanten Probleme diskutieren zu können und damit Einfluss auf die Geschicke des Landes zu nehmen. Die Verflechtung der Notsituation durch die Hungerkrise mit der Erweiterung der parlamentarischen Rechte und mit der ökonomischen Ordnung war in dieser Phase offensichtlich geworden und wurde explizit formuliert. In einer Erklärung am 22. Juni 1948, nach der Währungsreform, stellte Staatspräsident Bock die zentrale Forderung, „daß die Ernährungslage unseres Volkes erheblich gebessert wird“ und ein Zustand erreicht werde, „von dem man sagen kann, daß der Mensch sich satt essen darf“.⁴⁴⁶ Er versprach sich davon eine Verbesserung der Gesundheit und eine Sanierung der wirtschaftlichen Situation, in der keine Kompensationen und Naturalentlohnungen mehr nötig seien.

Der Konflikt mit der Militärregierung wurde durch eine neue Demontageliste vom 22. Juli verschärft. Im Vergleich zu den Ankündigungen des Novembers 1947 enthielt sie nur sehr geringfügige Änderungen, aber dies widersprach den Versicherungen, die dem Landtag gemacht worden waren, um die Abgeordneten dazu zu bewegen, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen. Grundlage war ein Beschluss der Inter Allied Reparations Agency (IARA) in Brüssel gewesen.⁴⁴⁷ Die Vertreter des Landes waren ebenso empört wie die Öffentlichkeit, vertreten durch die Presse, die die Ereignisse mit Berichten begleitete. Im Landtag wurde eine Anfrage dazu gestellt, dieser folgte eine intensive Aussprache.

Für die Regierung sprach Wirtschaftsminister Wildermuth. Er wies im Namen der Landesregierung darauf hin, dass die vorgesehenen Entnahmen „Maschinenwegnahme als Strafmaßnahme“, „Restitutionen“, also Rückgabe von Gütern, die während der Besatzung nach Deutschland gekommen waren und der Abbau von Maschinen als „Herabsetzung des Kriegspotentials“ mit den entsprechenden Be-

⁴⁴⁴ Vgl. Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 26. Sitzung vom 11.06.1948, S. 349.

⁴⁴⁵ WILDERMUTH, Eberhard: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 27. Sitzung vom 22.06.1948, S. 361.

⁴⁴⁶ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 27. Sitzung vom 22.06.1948, S. 353.

⁴⁴⁷ Vgl. KONSTANZER, Eberhard: Entstehung des Landes Baden-Württemberg, 1969, S. 74.

gründungen nicht mehr vereinbar seien und wies dies ausführlich an den Zahlen der Phasen der bisherigen Entnahmen nach.⁴⁴⁸

Hingewiesen wurde auf die Position der Militärregierung, die dies als Recht auf Reparation im Rahmen der Regelungen der Alliierten verstand. Dennoch hoffte er auf Erleichterungen im Einzelfall durch Verhandlungen. Neu kam dazu, dass nach Beendigung der eigentlichen Demontagen, Kommissionen aus verschiedenen Ländern, auch russische, auftraten und Inventarlisten aufstellten.

Wildermuth wandte sich deutlich gegen dieses Vorgehen und führte eine Reihe von Gründen auf. Die Bevölkerung habe das Gefühl, der Willkür ausgesetzt zu sein. Dieser Zustand sei untragbar und müsse durch Wiederherstellung der Rechtssicherheit beseitigt werden. Wirtschaftlich stehe das Vorgehen aus seiner Sicht in Widerspruch zum Gedanken des Marshall-Plans, da eine positive Entwicklung der Wirtschaft bei gleichzeitiger „destruktiver Zerstörung deutscher Wirtschaftskapazität“ nicht denkbar sei.⁴⁴⁹ Ein zentrales Argument blieb der Unterschied zu den anderen Westzonen. Die Liste stehe zwar im Zusammenhang mit allen Reparationen in den besetzten Gebieten, aber sie sei prozentual deutlich länger als die in der amerikanischen und englischen Zone.⁴⁵⁰

Die Redner aller Fraktionen in der Landtagsdebatte wandten sich einmütig gegen diese geplanten Entnahmen und forderten, sich auf keine Kompromisse mehr einzulassen. Die Argumentationsschwerpunkte waren unterschiedlich gewichtet, je nach Ausrichtung der Parteien. Der Abgeordnete Haux (DVP) wies auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge hin, als Beispiel führte er an, dass aus den bedeutendsten Zweigen der heimischen Textilindustrie die für den Export qualitativ bedeutendsten Maschinen bereits entnommen waren. Gerade die Schlüsselbetriebe der für das Land typischen Veredelungsindustrie mit „Anlagen unbestritten friedlichen Charakters“ bedeuteten aus seiner Sicht keine Gefahr für den Frieden.⁴⁵¹ Er hob darauf ab, wie die Vertreter aller Parteien, dass man für Wiedergutmachung bereit sei. Dieses Ausmaß der Demontage stärke jedoch im Wesentlichen die antidemokratischen Extremisten und schwäche die demokratischen Parteien. Mit völkerrechtlichen Argumenten arbeitete er einen Anspruch auf Belassung der Existenzgrundlage heraus und bezog sich dabei auf die Haager Konvention und die Landkriegsordnung von 1907. Zum Abschluss betonte er den Willen zum friedlichen Wiederaufbau.

Der Abgeordnete Fleck (SPD) sprach sich auch als Vertreter der Gewerkschaften deutlich gegen weitere Entnahmen aus. Nach seiner Beobachtung könne es mit einer weiter reduzierten Ausstattung an Produktionskapazität nicht gelingen, genügend Güter für den Export herzustellen, um dafür Rohstoffe und Lebensmittel einzuführen. Die bisherigen Demontagewellen haben bereits dazu geführt, dass nur noch ein Restbestand überalterter Maschinen zur Verfügung stehe. Eine Ge-

⁴⁴⁸ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 28. Sitzung vom 23.06.1948, S. 374.

⁴⁴⁹ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 28. Sitzung vom 23.06.1948, S. 374.

⁴⁵⁰ Vgl. Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 28. Sitzung vom 23.06.1948, S. 374.

⁴⁵¹ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 28. Sitzung vom 23.06.1948, S. 375.

fahr sah Fleck auch darin, dass die politische Entwicklung stark gefährdet sei, „denn Hunger und Elend [...] sind kein guter Boden für Demokratie, sondern für eine Reaktion von rechts oder links“.⁴⁵² Unternehmer und Arbeiter seien sich in diesem Punkt einig: Für Millionen von Menschen stehen die Arbeitsplätze und damit ihre Existenz auf dem Spiel. Diese Gruppe sei bereits durch die Währungsreform besonders unter Druck geraten. Er führte als wichtigen Zeugen den englischen Außenminister an, der auf die Gefahr eines künftigen Krieges hingewiesen habe, wenn der Lebensstandard in Deutschland zu tief absinke. Die wirtschaftliche Logik des Vorgehens zog er in Zweifel: „Auf der einen Seite holt man uns die Maschinen weg und auf der anderen Seite wollen wir wieder fertige Maschinen von den Stellen beziehen, die uns die Maschinen wegholen.“⁴⁵³ An verschiedenen Stellen seiner Rede drohte er offen mit Unruhen und Streiks, denn die Arbeiterschaft müsse eine weitere Maschinenentnahme mit „Maßnahmen beantworten“, „die meiner Auffassung nach der Sache nicht dienlich wären.“ Er verweist im Folgenden darauf, dass die Arbeiterschaft „in Bezug auf die Ernährung und alle anderen Fragen ein diszipliniertes und ruhiges Verhalten an den Tag gelegt hat“, dies würde sich ändern, wenn es um ihre Existenz gehe.⁴⁵⁴

Die weiteren Redner forderten zum Widerstand auf, „dann müßten die Steine reden“ und der Abgeordnete Schwarz (CDU) forderte die Regierung auf „sich auch einmal bockig zu zeigen“.⁴⁵⁵ Der Abgeordnete Kalbfell rechnete vor, dass bezogen auf das Jahr 1938 bei 75 Millionen Mark Exporten der Anteil, der nun von Demontage betroffenen Firmen, 35 Millionen Mark betrage. Er wies Verdächtigungen von französischer Seite zurück, das Verhältnis zu Frankreich stören zu wollen und verwies darauf, dass man sich nun drei Jahre lang für ein gutes Einvernehmen eingesetzt habe. Die aktuellen Pläne seien aus seiner Sicht nicht als Basis für eine zukünftige europäische Kooperation geeignet. Der Abgeordnete Becker (KPD) brachte den auch von anderer Seite geäußerten Gedanken ein, dass es bei dieser Demontage auch darum ginge, die Konkurrenz auszuschalten. Aus seiner Perspektive der Arbeitervertretung wies er auch darauf hin, dass zerstörte Betriebe keine Basis für die Mitbestimmung der Arbeitnehmervertreter mehr bieten.

In seiner abschließenden Zusammenfassung erklärte Wirtschaftsminister Wildermuth, in welcher Weise das Problem international wahrgenommen werde. Er zitierte einen amerikanischen Radiosprecher zu dem Thema der Demontage, der zu „überraschenden Ergebnissen“ gekommen sei.⁴⁵⁶ Er habe entdeckt, dass die Vorgänge „von besonderem Interesse für den amerikanischen Geldbeutel“ seien: „Wir sind tatsächlich dabei, Deutschland Waren zu liefern, die in denjenigen Fabriken hergestellt werden, die wir augenblicklich in Deutschland niederreißen. Es ist

⁴⁵² Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 28. Sitzung vom 23.06.1948, S. 373.

⁴⁵³ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 28. Sitzung vom 23.06.1948, S. 373.

⁴⁵⁴ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 28. Sitzung vom 23.06.1948, S. 373.

⁴⁵⁵ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 28. Sitzung vom 23.06.1948, S. 376.

⁴⁵⁶ Dieses und die folgenden drei Zitate: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 28. Sitzung vom 23.06.1948, S. 378 f.

wirklich eine Narrenposse.“ Die Öffentlichkeit, insbesondere im Land des mächtigsten westlichen Akteurs, konnte auf Dauer nicht ignoriert werden. Dies sollte ein Ansatzpunkt in der folgenden Auseinandersetzung werden, denn Wildermuth ließ keinen Zweifel daran, dass man bereit sei, sich mit den „zu Gebote stehenden Mitteln zu wehren (Bravo!)“. Es war ein Stadium erreicht, in dem die Regierung die Notwendigkeit sah, aktiv zu werden. Die Entwicklung in den Westzonen und in der Politik den USA und in Großbritannien stärkte ihre Position und die Stimmung in der Öffentlichkeit drängte zu einer deutlichen Positionierung.

Offene Drohungen mit der Ankündigung von gewaltsamem Widerstand waren aus den Industriezentren eingegangen. Präsident Gengler berichtete, dass aus den am stärksten betroffenen Orten „sehr energische und tiefgehende Proteste eingegangen sind“. ⁴⁵⁷ Die Stadtverwaltung Schwenningen habe sich an ihn gewandt mit der Argumentation, dass hier nicht mehr berechnete Wiedergutmachungsbemühungen zu erkennen seien, sondern die Interessen der ausländischen Konkurrenz. Menschenwürdige Verhältnisse seien damit aus ihrer Sicht nicht mehr zu erreichen. Eine große Gefahr werde in der Gestaltung der Beziehungen zur Besatzungsmacht gesehen und die Stadt Schwenningen appelliere an alle, „denen es Ernst ist um den Frieden und ein friedliches Zusammenleben aller Nationen“. Zusätzlich zu diesem Schreiben der Stadt Schwenningen waren u. a. aus den Städten Schramberg, Mühlheim, Gosheim Briefe mit dem gleichen Inhalt eingegangen.

Durch die erneute von der Demontageliste ausgelöste Zuspitzung wurde die Verflechtung aller Bereiche offengelegt, die Kumulation führte zur Eskalation. Die Hungerkrise zeigte in der Wahrnehmung durch die Parlamentarier ihre politische, soziale und ökonomische Seite. Eine weitere Schwächung der Produktionsmöglichkeiten hätte zu einem außerordentlichen Wettbewerbsnachteil geführt, national gegenüber den anderen Zonen, deren Entwicklung weiter fortgeschritten war und international durch die sich vergrößernde Distanz zum Weltmarkt. Die Existenzsicherung durch eigene Arbeit und die Einfuhr von Lebensmitteln war durch diese Entwicklung gefährdet. Das Verhältnis zur Besatzungsmacht stand zur Disposition. Die prinzipielle Zustimmung zur Kooperation und das langfristige Ziel der Völkerverständigung waren Kernbestandteil der Politik geworden. Das hinderte die Verantwortlichen nicht daran, auch massive Kritik an der Wirtschaftspolitik der Militärregierung vorzubringen und gegebenenfalls Regelverstöße zu begehen. Daraus ergab sich für die Abgeordneten die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Förderung in allen Bereichen des täglichen Lebens. Der außerordentliche Mangel an allem, insbesondere an Lebensmitteln, war im Alltag omnipräsent und mit vielen Beispielen augenfällig zu belegen. Die Verbesserung rückte in greifbare Nähe, wurde aber durch die besondere Situation in der Zone blockiert. Der Marshall-Plan, der nun auch in der französischen Zone greifen sollte, schien durch die bedrohlichen Maßnahmen der Demontage konterkariert. Das konnte auch den Verantwort-

⁴⁵⁷ Dieses und das folgende Zitat: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 36. Sitzung vom 30.07.1948, S. 532f.

lichen für die amerikanische Besatzungspolitik nicht gleichgültig sein. Sie strebten eine wirtschaftliche Erholung der Westzonen an, nicht zuletzt, um die eigenen Kosten zu begrenzen. Die Verpflichtung und Verantwortung gegenüber der Bevölkerung bestanden darin, die Lebensgrundlagen langfristig zu sichern und aktuell das Überleben zu organisieren. Politisch wurde die Existenzsicherung zur Grundlage für das Vertrauen der Öffentlichkeit und in der Zeit des demokratischen Aufbaus unverzichtbar. Dies schien ein starkes Argument gegenüber der Besatzungsregierung zu sein, die mit dem Anspruch der Demokratisierung angetreten war. Zum festen Topos wurde es deshalb, auf den Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Besatzungspolitik hinzuweisen, der auf den unauflöslichen Gegensatz zwischen den wirtschaftlichen und den politischen Zielen der Militärregierung zurückging, denn diese stellten den wirtschaftlichen Nutzen für Frankreich in den Vordergrund.

Gespräche und Verhandlungen waren das naturgemäße Mittel der Regierung und der Parlamentarier. Wirtschaftliche Eingriffe der Besatzungsmacht, die die Existenz eines erheblichen Teils der Bevölkerung bedrohten, hatten zur Konfliktbereitschaft des Parlaments geführt. Dieses reagierte darauf mit riskanten Handlungsweisen, um die Diskussionsfreiheit im Parlament zu erreichen. Dennoch beharrte die Militärregierung auf einigen ihrer substanziellen Positionen. Sie wollte sich den wirtschaftlichen Zugriff erhalten und stand einer Zonenfusion nach wie vor skeptisch gegenüber. Im Juli und August 1948 zeichnete sich allerdings zunehmend für alle Beteiligten ab, dass die Aufrechterhaltung dieser Position durch die internationale Entwicklung und die Besatzungspolitik der anderen beiden westlichen Partner für die französische Seite zunehmend schwieriger wurde.

Schließlich sah die Landesregierung nur noch die Möglichkeit, massiv gegen die Demontagepläne vorzugehen. Gespräche hatten keinen Erfolg, General Koenig verteidigte die Maßnahme mit den Argumenten, es bliebe der Bevölkerung immer noch ein angemessener Lebensstandard und die Liste sei eine gemeinsame alliierte Aktion. Beide Aussagen waren für die Landesvertreter nicht akzeptabel. Die tägliche Praxis führte ihnen den Versorgungsmangel und die Ernährungslage vor Augen. Das vorliegende Schriftstück zur Demontage ging formal tatsächlich auf eine Kommission der Alliierten zurück, allerdings zeigte der Inhalt, dass die französische Zone weit überproportional belastet war. Den deutschen Politikern stand vor Augen, welche Probleme die Weimarer Republik mit der Frage der Reparationen gehabt hatte und, welche Anknüpfungspunkte sich für die rechte Propaganda ergaben. Die Gespräche im Kabinett zeigten die gesamte Problematik. Als letztes Mittel stand der Regierungsrücktritt im Raum. Andererseits waren die Verfassungsberatungen in Herrenchiemsee in Vorbereitung, an denen Carlo Schmid teilnehmen wollte. Das konnte durch einen Affront gegenüber der Militärregierung gefährdet sein, die diese Reise genehmigen musste. Staatspräsident Bock versuchte in direktem Kontakt mit Gouverneur Widmer vergeblich, Verbesserungen zu erreichen. In Gesprächen mit den französischen Behörden schien die Lage zu eskalieren. Angesichts zu erwartender Protestmaßnahmen erklärte Innenminister Victor Renner

am 24. Juli 1948 einem Vertreter der Sûreté, dass die Regierung keine Gewähr für die Aufrechterhaltung der Ordnung bieten könne und ein Einsatz der Polizei bei eventuellen Aktionen ablehnen werde.⁴⁵⁸ Währenddessen diskutierte das Kabinett über den Rücktritt. Innenminister Renner formulierte pointiert, dass die Demontageliste es unmöglich mache, weiterhin die Funktion als Berater der Militärregierung zu erfüllen, da man damit „den letzten Rest an Kredit im Lande verlieren würde“.⁴⁵⁹ Am 4. August wurde der Rücktritt des gesamten Kabinetts beschlossen, gleichzeitig wurde der Tod des Staatspräsidenten Lorenz Bock bekannt, er war am 3. August in Rottweil an einer Krankheit verstorben. Zu seinem Nachfolger wurde am 13. August Dr. Gebhard Müller gewählt.

Carlo Schmid erläuterte in einer Sitzung des SPD-Landesverbandes die Überlegungen für den Rücktritt. Die Beteiligten konnten nicht hoffen, dass die Demontageliste damit unmittelbar außer Kraft gesetzt werde, sie „hofften lediglich, dass dieser Akt auf der Weltstufe [...] das Problem der Demontage überhaupt wieder in die Diskussion bringen würde. Das ist auch der Fall. Die Weltzeitungen haben viel mehr darüber geschrieben als die deutschen.“⁴⁶⁰ Die Militärregierung reagierte scharf und verbot die Teilnahme an den Verhandlungen über den neuen Südweststaat und an den Verfassungsberatungen in Herrenchiemsee. Carlo Schmid war davon nicht abzuhalten. Nachdem die internationale Entscheidung für die Gründung eines westdeutschen Staates gefallen war, konnte Württemberg-Hohenzollern nicht an der Teilnahme gehindert werden.

In der Landtagssitzung am 6. August wurden die Gründe für den extremen Schritt des Rücktritts verdeutlicht. Wirtschaftsminister Wildermuth referierte mit Beispielen und Zahlen noch einmal die seit 1945 vorgenommenen Demontagen und legte dar, warum mit der nun aktuellen Entnahme das Existenzminimum unterschritten werde.⁴⁶¹ Er erwartete eine Verschlechterung der sozialen Lage für große Teile der Arbeiterschaft und befürchtete daraus hervorgehende soziale Unruhen, während der Staat bei sinkenden Einnahmen wenig Möglichkeiten zur fürsorgenden Unterstützung habe. Der Wiederaufbau im Rahmen des Marshall-Plans sei wegen des Ausfalls der Produktionsstätten damit nicht mehr möglich. Er hob noch einmal sowohl die Einsicht in die Notwendigkeit der Reparationen hervor, als auch den Willen zur langfristigen Verständigung mit Frankreich gerade auf wirtschaftlichem Gebiet. Er sah sich durch das Vorgehen der Besatzungsmacht allerdings bitter enttäuscht. Er führte das Beispiel Friedrichshafen und die dortigen Firmen an, z. B. Maybach und die Zahnradfabrik. Die leitenden Köpfe wurden nach Frankreich verbracht, um die Entwicklungen dort weiterzuführen. Ergänzt wurde dies durch die Demontage der Maschinen und der Anwerbung von Arbeitern aus dem Kreis Tettang. Er nahm das Vorgehen als „bitteres Unrecht“ wahr: „Das gilt für

⁴⁵⁸ Vgl. WEBER, Edwin Ernst (Hg.): Gouverneursbesprechungen, 2007, S. 201.

⁴⁵⁹ Außerordentliche Kabinettsitzung am 02.08.1948. Zitiert nach KONSTANZER, Eberhard: Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg, 1969, S. 75.

⁴⁶⁰ Zitiert nach WEBER, Petra: Carlo Schmid, 1896–1979, 1996, S. 317.

⁴⁶¹ Vgl. Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 37. Sitzung vom 06.08. 1948, S. 559–563.

die gesamte Demontage. Ich glaube, daß die von mir vorgelegten Zahlen beweisen, daß es sich hier bei der Liste vom 30. Oktober 1947, soweit sie unser Land betrifft, nicht mehr um die Herabsetzung des Kriegspotentials oder um die Entnahme einer überflüssigen und in absehbarer Zeit nicht aufzunutzenden Industriekapazität handelt, sondern daß es sich zum größten Teil um Manipulationen der ausländischen Konkurrenz handelt. (Sehr richtig!)⁴⁶² Zur Stützung seiner Darstellung konnte er eine englische Zeitschrift anführen, in der explizit festgehalten wurde, dass die deutsche Uhrenindustrie mit Absicht auf 50 Prozent ihrer Kapazitäten von 1938 begrenzt worden sei. Damit waren aus der Sicht des Ministers die Grundlagen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit nicht mehr gegeben und ein Rücktritt unausweichlich.

Der Minister für Landwirtschaft und Ernährung gab eine eigene Erklärung ab und unterstrich die schwerwiegenden Gründe, die aus der Ernährungssituation hervorgingen und die einen entscheidenden Einfluss auf den Rücktritt der Regierung genommen haben. Er wiederholte, dass keine wesentlichen Fortschritte bei der Zuständigkeit deutscher Stellen bei der Verteilung zu sehen seien, ebenso sei kein Ende der Entnahmen durch die Besatzungsmacht abzusehen. Gleichzeitig werden die Kontrollen und Repressalien gegenüber der Landwirtschaft fortgesetzt.

Carlo Schmid trug als Stellvertretender Staatspräsident die politische Erklärung vor, da Staatspräsident Bock am 3. August verstorben war.⁴⁶³ Darin bejahte er noch einmal die Pflichten zu Reparationen. Diese führten aus der Sicht der Regierung aber dazu, dass die Güterproduktion nicht mehr ausreiche, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Der Regierung sei es daraufhin unmöglich, daran mitzuwirken, denn dies bedeute eine Verletzung der Pflicht gegenüber den Bürgern. Damit war eine neue Wertehierarchie bestimmt: Die Verpflichtung gegenüber den Wählern und der Verfassung war bedeutender, als die Anordnungen der Besatzungsmacht. Dies schien aus Sicht der Bevölkerung nicht immer eindeutig, da die Regierung an den Demontagen mitgewirkt hatte. Aus deren Sicht sei dies mit der Absicht geschehen, das Schlimmste zu verhindern, dennoch führten die vollzogenen Entnahmen zu großem Unmut in der Bevölkerung. In Bezug auf die Regierungsgeschäfte verkündete Schmid, dass die Regierung verpflichtet sei, die Geschäfte weiterzuführen, bis eine neue gebildet werde. Dies entsprach den Absprachen in der Regierung, man hatte den symbolischen Akt vollzogen, hielt aber die Organisation aufrecht.

Vor der Erklärung Schmidts hatten Wirtschaftsminister Wildermuth und der Minister für Landwirtschaft und Ernährung, Dr. Weiß, den Schritt begründet. Bereits die Auswahl der auftretenden Fachressorts wies darauf hin, wie die materielle Existenznot gesehen wurde. Durch den Begriff „Gewissensnot“ in diesem Zusammenhang wurde deutlich, dass es als zentrale Aufgabe gesehen wurde, die materielle Existenz der Bevölkerung zu sichern und, dass dies über der Pflicht zur Ko-

⁴⁶² Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 37. Sitzung vom 06.08.1948, S. 563.

⁴⁶³ Vgl. Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 37. Sitzung vom 06.08.1948, S. 564.

operation mit der Besatzungsmacht stand.⁴⁶⁴ Damit hatte sich in der Krise ein Selbstverständnis herausgebildet, dessen Basis die Verpflichtung zur Existenzsicherung der Bevölkerung war. Dies bedeutete, dass sich die Regierung nicht nur für die Verteilung der landwirtschaftlichen Produkte verantwortlich sah, sondern auch für die Sicherung der industriellen Produktion, weshalb sie die geplanten Demontagen nicht hinnehmen konnte. Damit wurde das Verhalten auch bedeutsam für das Bestreben der Landesregierung, die Demokratie gegen radikale Kräfte zu sichern. Der ganze Vorgang hatte dazu geführt, dass die Regierung Entscheidungen treffen musste, die zu internen Diskussionen über das Selbstverständnis geführt hatten und damit ein wesentlicher Schritt zu einer an der Verfassung orientierten Regierungsform vollzogen wurde. Der vorherige Konflikt, der sich an dem Recht des Landtags auf Diskussion über die Demontage entzündet hatte und der ebenfalls zu einer deutlichen Reaktion – Vertagung des Landtags – geführt hatte, stellte den Kampf um parlamentarische Rechte in den Mittelpunkt. Die Anstrengungen, die Hungerkrise wirksam zu überwinden, führten langfristig zur Stärkung und zur Akzeptanz der demokratischen Regierungsform und zur Selbstbestimmung. Besonders der Wirtschaftsminister hatte in seinen Ausführungen hervorgehoben, dass die Lösung aus der Zwangswirtschaft und der Übergang zur Marktwirtschaft eine notwendige Bedingung für die wirtschaftliche Erholung und die Lösung der Krise seien.

Der wachsende Druck aller Westalliierten sich zu entscheiden und die Haltung der Weltöffentlichkeit, die den Hunger zunehmend als Skandal sah, trugen dazu bei, dass sich die Lage sukzessiv auch im Land veränderte. Auch die Gewerkschaften wurden nun wieder aktiv und riefen zu einem Generalstreik am 9. August 1948 auf. Umgehend wurden die Vorsitzenden zu einem Gespräch mit Gouverneur Widmer gebeten. Man fand den Kompromiss, dass die öffentliche Versorgung nicht betroffen sein sollte (Verkehr, Gas, Wasser, Strom).⁴⁶⁵ Einen wesentlichen Beitrag leisteten die Vertreter des Landes, die beharrlich auf allen Ebenen mit den Besatzungsbehörden verhandelt hatten. Durch Kontakte mit den örtlichen Gouverneuren war oft mehr zu erreichen als bei den übergeordneten Stellen in Tübingen und Baden-Baden. Nach dem Tod von Lorenz Bock wurde Dr. Gebhard Müller, Vorsitzender der CDU-Fraktion, als neuer Staatspräsident gewählt. Da die Regierung zurückgetreten war, fand man auf Vorschlag von Carlo Schmid eine Lösung, die Landesinstitutionen arbeitsfähig zu halten. Der Staatspräsident regierte mit den zurückgetretenen Ministern weiter, die ihre Ämter lediglich geschäftsführend fortsetzten. In verschiedenen Gesprächen von Widmer und Müller drängte der Gouverneur, wieder eine Regierung zu bilden. Dies wurde vom Staatspräsidenten abgelehnt, solange die Militärregierung kein Entgegenkommen in der Frage der Demontage zeige. Die Gegensätze wurden in den Gouverneursbesprechungen sichtbar, in denen der neue Staatspräsident Gebhard Müller unter anderem mit dem

⁴⁶⁴ Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 37. Sitzung vom 06.08.1948, S. 559.

⁴⁶⁵ Vgl. ESTRADÉ, Jean Lucien: „Tuttlingen April 1945–September 1949“, 1990, S. 130.

Rücktritt drohte und am 13. August die Besprechung mit dem Hinweis beendete, „dass er sich seine Entscheidungen vorbehalten müsse, da das Ergebnis der Besprechung völlig unbefriedigend sei“.⁴⁶⁶

4.9 Die Weichenstellungen zur Entspannung der Versorgung

Die Auseinandersetzung wurde in die Gouverneursbesprechungen verlagert, wesentliche Punkte blieben strittig. Diese regelmäßigen Aussprachen fanden im Allgemeinen zwischen General Guillaume Widmer, Oberst Corbin de Mangoux und Staatspräsident Dr. Gebhard Müller statt, begleitet wurden sie von den Übersetzern. Konfliktthemen blieben die Demontagen, der Zusammenschluss der Länder und die Gleichstellung der Versorgung mit der Bizone. Die Maschinenentnahmen waren von größter Bedeutung, da sich Dr. Müller weigerte, vor deren zufriedenstellender Lösung eine neue Regierung zu bilden. Das Fehlen einer offiziellen Regierung war den französischen Behörden unangenehm, denn ihre Demokratisierungsbemühungen wurden damit als unglaubwürdig dargestellt. Das Thema wurde regelmäßig aufgerufen. Zwischenzeitlich wurde erklärt, dass es sich nicht um Reparationen handele, sondern um die Verteilung der Kapazitäten auf ganz Westeuropa. In den Gouverneursbesprechungen drangen Gouverneur Widmer und Oberst de Mangoux wiederholt in Gebhard Müller, den politischen Status seiner Regierung wieder zu ändern. In den Protokollen der Gouverneursbesprechungen fanden sich regelmäßig die Eintragungen wie am 17. Dezember 1948: „3. Regierungsbildung. Oberst de Mangoux fragte nach dem Stand der Regierungsbildung. Er halte die Zeit für gekommen, den gegenwärtigen Zustand zu beenden. Staatspräsident Dr. Müller bemerkt, dass er damit gerechnet habe, am 15. Dezember 1948 endgültig über die Lösung der Demontagefrage unterrichtet zu werden. Bekanntlich hänge die Regierungsbildung weitgehend von dieser Frage ab.“⁴⁶⁷ Der zentrale Konfliktpunkt wurde durch eine Regelung der westlichen Außenminister entschärft, als diese sich auf eine Revision der beanstandeten Liste einigten. Gebhard Müller bildete daraufhin eine neue Regierung und stellte diese am 24. Juni 1949 dem Landtag vor. Die weiteren schwierigen Punkte fanden sukzessive im Herbst 1948 Berücksichtigung. Am 6. September wurde die Requisition von Gegenständen aus Privathaushalten verboten, am 1. Oktober wurde das Ende der französischen Holzeinschläge verfügt. Ab 1. Oktober wurden keine Lebensmittel von den Besatzungsbehörden mehr entnommen. Beginnend mit dem 1. Dezember hatten die deutschen Exporteure das Recht, unmittelbar mit ihren Kunden Kontakt aufzunehmen. Zwischen Oktober und Dezember 1948 wurden die wirtschaftlichen Zuständigkeiten sukzessive auf die deutschen Behörden übertragen, z. B. mit dem Verzicht der französischen Behörden auf die Kontrolle des Handels mit vielen Produkten. Auf der Ebene der Zuteilungen an die Bevölkerung konnten Er-

⁴⁶⁶ WEBER, Edwin Ernst (Hg.): Gouverneursbesprechungen, 2007, S. 213–249.

⁴⁶⁷ WEBER, Edwin Ernst (Hg.): Gouverneursbesprechungen, 2007, S. 242.

leichterungen festgestellt werden: 9000 g Brot pro Kopf für eine Woche, darunter sogar über 2000 g des begehrten Weißbrotes und weitere lange entbehrte Lebensmittel zeigten eine neue Zeit an.

4.10 Die Hungerkrise, der Landtag und der Neuaufbau

Der Landtag war gezwungen, innerhalb der Widersprüche der Besatzungszeit zu agieren. Dem demokratischen Anspruch und dem Willen zum Neuaufbau standen die begrenzten Handlungsmöglichkeiten durch die französische Besatzung gegenüber. Im Zentrum der unmittelbar zu lösenden Probleme stand die Hungerkrise, deren Bewältigung offenbarte, dass Hunger und Not Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche hatten. Die Bedeutung der Ernährungslage zog sich, wie gezeigt, durch die Landtagsverhandlungen von der ersten Sitzung an und war am Ende des Jahres 1948 immer noch präsent. Das wichtigste Mittel des Parlaments, nämlich demokratisch-parlamentarisch zu handeln, konnte auf Grund der eingeschränkten Befugnisse nicht wirksam werden. Nach den Erkenntnissen des Landtags konnte die Krise nicht allein durch die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion bewältigt werden. Ökonomische Freiheiten und Möglichkeiten zum selbstständigen Handeln der wirtschaftlichen Akteure mussten hergestellt werden. Dies war nach der Ansicht des Landtags ebenfalls die Grundlage zur Leistung der Wiedergutmachung, der durch den Krieg und die Besetzung angerichteten Schäden. Eine nicht funktionierende Wirtschaft konnte weder die Bedürfnisse des internen Marktes noch die Produkte für den Export bereitstellen, beides waren grundlegende Voraussetzungen für eine Erholung und die Sicherstellung einer ausreichenden Ernährung. Der Neuaufbau war nur im Rahmen erweiterter Rechte des Landtags und der Landesregierung denkbar. Beide waren durch die Verfassung und die Wahl auf das Wohl des Volkes verpflichtet und strebten erkennbar Maßnahmen an, dies zu erreichen. In den Debatten wurde wiederholt sichtbar, dass sich die Parlamentarier des Ursprungs der Lage im „nationalsozialistischen Regime“ bewusst waren. Sie zogen daraus die Lehre, einen Staat anzustreben, der auf Demokratie und Freiheit mit gutem Kontakt zu den Nachbarn und in Kooperation mit der Militärregierung aufbaute. Dies stand für die Parlamentarier nicht im Widerspruch zur Ansicht, dass für die Sicherung ihrer Rechte auch ein Konflikt mit den französischen Besatzern in Betracht gezogen werden musste. Das Mittel in der Auseinandersetzung wurde durch die Beschränkung der Rechte, die Verweigerung der weiteren parlamentarischen Tätigkeit, die Vertagung des Landtags im April 1948 und schließlich die Aussetzung der Regierungstätigkeit durch den Rücktritt der Landesregierung im August bestimmt. Diese demonstrativen Akte bedeuteten nicht das Ende der politischen Tätigkeit. In Besprechungen und durch die wieder aufgenommenen Verhandlungen des Landtags im Juni wurde der Druck auf die Besatzungsregierung aufrechterhalten.

Die Entwicklung der internationalen Politik und die Interaktion der Besatzungsmächte begünstigten die Initiative des Parlaments. Die Einsicht in die Unver-

meidbarkeit der Neugründung eines westdeutschen Staates und dessen Integration in die westliche Welt, die wirtschaftliche Unterstützung der westlichen Zonen durch die Währungsreform und den Marshallplan wurden zu politischen Faktoren, die eine Sonderpolitik in einer einzelnen Besatzungszone obsolet werden ließen. In dieser komplexen Situation wurde die Politik der Landesregierung und des Landtags zu einem wesentlichen Faktor, der zur Veränderung der französischen Besatzungspolitik beitrug und die Verbesserung der allgemeinen Lage und der Ernährungssituation einleitete. Durch den politischen Druck war es gelungen, auf die zentralen Faktoren der Versorgungsstörung einzuwirken. Die Wirtschaftskraft des Landes wurde vor einer völligen Zerstörung bewahrt, der Anfang für eine Existenzsicherung der Arbeiter wurde gemacht. Die landwirtschaftlichen Produzenten hatten wieder Anreize, ihre Produkte abzuliefern oder anzubieten. Die Grenzen öffneten sich allmählich und ein Zusammenschluss der Länder wurde allgemein befürwortet, insbesondere der angestrebte Anschluss an das Niveau der Versorgung in der Bizone war damit eingeleitet. Auch die französischen Behörden wiesen darauf hin, dass nun die weiteren Entscheidungen in den Händen der deutschen Stellen lagen und räumten dem Parlament weitere Rechte ein. Für die Ernährungslage wurde der Verzicht der Besatzer auf weitere Nahrungsmittelentnahmen bedeutsam.

Das Parlament hatte erfolgreich zur Bewältigung der Hungerkrise beigetragen. Die Bevölkerung wurde durch Unterstützung und Hilfsmaßnahmen vor den schwersten Folgen des Hungers geschützt. Ein wesentliches Ziel war, dass die landwirtschaftlichen und industriellen Strukturen der Produktion erhalten oder wiederhergestellt wurden. Damit wurde die Krise bewältigt. Die Hungerkrise stand durchgehend im Zentrum des Handelns. Die Überwindung der Versorgungsstörung konnte den Wert parlamentarisch-demokratischer Verfahren sichtbar machen und wesentlich zur Akzeptanz der neuen Ordnung beitragen.

IV. Ergebnisse

Die vorliegende Studie leistet einen Beitrag zur Erforschung der Hungerkrise in der Nachkriegszeit von 1945 bis 1948 in Württemberg-Hohenzollern. Die Fragen richteten sich auf die Ursachen, das Niveau der Versorgungsstörung, die Auswirkungen, und die Bewältigung der Krise. Durch die Fokussierung auf die Akteure und deren Handlungen wurde der Blick in einer neuen Weise auf die Betroffenen gerichtet mit der Fragestellung nach ihren Deutungsmustern, den selbst erarbeiteten und realisierten Handlungsoptionen und ihrem aktiven Beitrag zur Lösung der Hungerkrise und dem Neuaufbau der Gesellschaft. Die Bedeutung dieser „Zeit zwischen zwei Weltzeiten“ hob Carlo Schmid als beteiligter Akteur und Reflektierender in einer Ansprache 1955 hervor und legte dabei den Schwerpunkt gleichermaßen auf die Bewältigung der Krise und den Transformationsprozess der Gesellschaft nach der Herrschaft des Nationalsozialismus.¹ In seiner Deutung führte er zwei Bewältigungsstrategien als „Kraftlinien“ zusammen: zum einen die pragmatische Erfüllung der „Forderungen des Tages“, zum anderen die Förderung eines demokratischen Bewusstseins. Die Tragfähigkeit dieser Interpretation der Nachkriegszeit war ebenfalls Gegenstand der Überprüfung und wurde als wesentlicher Aspekt dieser „Zwischenzeit“ bestätigt.² Im Weiteren konnten einige der Ergebnisse der Studie ebenfalls zu zeitgeschichtlichen Fragestellungen herangezogen werden. Die Vielschichtigkeit der Hungerkrise erforderte einen multidimensionalen und integrativen Ansatz, der sich auf die Individuen, das Ernährungssystem und die Gesellschaft beziehen lässt.

1. Die Hungerkrise nach dem Krieg

Mit der Trennung von Genese und Verlauf wurde die Betrachtung in zwei Zeitebenen aufgeteilt: die Vorgeschichte und die Ereignisse der Hungerkrise. Aus dem Zweiten Weltkrieg ging eine Ernährungskrise von globalem Ausmaß hervor. In allen vom Krieg tangierten Regionen herrschte Verknappung an Nahrungsmitteln. In der Forschung wird die Zahl aufgeführt, dass weltweit mehr Menschen durch Hunger als durch Kampfhandlungen ums Leben kamen. Anbaugelände wurden verwüstet, Lieferketten gestört oder Versorgungsströme umgeleitet, am stärksten waren Gebiete in Osteuropa, Ostasien und Afrika betroffen. In Europa hatten außer Portugal alle Länder die Bewirtschaftung der Lebensmittel eingeführt. Die Lebensmittelknappheit in Deutschland war von der unmittelbaren Vorgeschichte des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges bestimmt. Die Überschussgebiete im Osten waren abgetrennt, Deutschland in Besatzungsgebiete aufgeteilt,

¹ SCHMID, Carlo: Landrätetagungen, Abschrift, 1955, S. 1. StadtA Rt AdN 19.1957.

² SCHMID, Carlo: Landrätetagungen, Abschrift, 1955, S. 1. StadtA Rt AdN 19.1957.

die wirtschaftlichen Beziehungen unterbrochen und die Produktions- und Transportmöglichkeiten durch Zerstörungen weitgehend unbrauchbar.

Was machte die Menschen in Württemberg-Hohenzollern nach dem Krieg besonders verletzlich? Das Land Württemberg-Hohenzollern war vor 1945 keine eigenständige politische und wirtschaftliche Einheit gewesen, sondern es ging aus der Zusammenlegung der französisch besetzten Kreise Südwürttembergs und Hohenzollerns auf der Basis der Entscheidung der alliierten Siegermächte hervor. Die Region galt als strukturschwach, wirtschaftliche Erträge waren lediglich in wenigen industriellen Zentren, vom natürlichen Rohstoff Holz oder der Produktion von Nahrungsmitteln zu erwarten. Die Gesamtproduktion des Landes reichte dennoch zu keiner Zeit für die eigene Versorgung aus. Die Untersuchung der Ursachen zeigt, dass die landwirtschaftliche Produktion seit der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre zurück ging. Die Analyse der statistischen Daten belegt, dass sowohl die bebauten Flächen als auch die Hektarerträge für die wichtigsten Nahrungsmittel zurückgingen. Diese Entwicklung verstärkte sich während des Krieges. Die nationalsozialistische Regierung hatte die Prioritäten auf die Rüstungsindustrie und den Aufbau eines Imperiums gelegt, mit der Konsequenz, dass die Landwirtschaft unter umfassendem Mangel litt. Es fehlten Hilfs- und Ausgangsstoffe aller Art. Mineräldünger und Saaten konnten nicht mehr bereitgestellt werden, die Ausstattung an Landmaschinen und Arbeitstieren war nicht mehr ausreichend und die Rekrutierung der letzten noch freigestellten Bauern und Obstwarthe hatte zu einem Mangel an Arbeitskräften geführt, der nicht kompensiert werden konnte. Ein genauer Blick auf die Lage zeigt die schon seit 1938 bestehenden grundlegenden Defizite. Die fehlenden Nahrungsmittel wurden lediglich durch Zulieferungen kompensiert. Die landwirtschaftlichen Verwaltungsstellen des Landes Württemberg-Hohenzollern errechneten für ihre Gegenwart und retrospektiv für die Vergangenheit mindestens seit 1938 die Unfähigkeit der Region, sich aus eigener Produktion zu ernähren. Nach dem Kriegsende wurde die Versorgungsstörung offengelegt, die Ursachen blieben jedoch bestehen und konnten auch während der Besatzungszeit nicht effektiv behoben werden. Während des Krieges war dieser Zustand durch die Ausbeutung der besetzten Gebiete Osteuropas verschleiert worden. Dieser desolate Zustand der Unterausstattung und Vernachlässigung kennzeichnete die Landwirtschaft des Landes am Ende des Krieges.

Die Analyse der Daten zeigt das Niveau, die Schwankungen und die Differenzierung der Versorgungssituation. Das Nahrungsangebot bestand aus der unzureichenden agrarischen Produktion im Land, deren Erträge von den Bauern abgeliefert werden mussten. Die Verteilung basierte auf der bereits vor dem Krieg eingerichteten Institution der Bewirtschaftung, die fortgesetzt wurde, um eine gleichmäßige Versorgung zu ermöglichen und soziale Verwerfungen zu verhindern. Entscheidend war der Wiederaufbau der Vernetzung, der Ablieferung und Verteilung. Die Entscheidung über die Höhe der Zuteilungen traf die Militärregierung. Durch Streckung der Vorräte wurde versucht, jeweils die nächste Ernte zu erreichen, der landwirtschaftliche Jahresverlauf wurde auch für die industrialisier-

te Gesellschaft zum Taktgeber der Ernährung. Der auf der Basis der vorliegenden Akten der Verwaltung rekonstruierte Verlauf zeigte die zeitlichen Schwankungen und die regionale Ungleichheit der Versorgung. Es kam zu Tiefpunkten in der offiziellen Zuteilung von 532 Kalorien am Tag im August 1945 in Reutlingen für den Normalverbraucher. Der Anstieg der Rationen nach der Auswertung der Ernte ab November war nur gering. Die beiden Ernten 1945 und 1946 wurden zu Enttäuschungen und der Hungerwinter 1946/47 wurde witterungsbedingt zur Katastrophe, gefolgt vom ebenso extremen Dürresommer. Die Ernährungslage verschärfte sich dadurch, dass die Krise nun bereits über zwei Jahre andauerte und die öffentlichen Vorräte aufgebraucht waren. Viele Einwohner hatten physisch keine Substanz mehr. Die Auswertung der Daten erbrachte eine ausgeprägte Differenzierung der Lebensverhältnisse und der Versorgung.

Ein erheblicher Anteil der Einwohner des Landes wurde als Normalverbraucher von der Versorgungsstörung massiv betroffen und musste drei Jahre lang von einer offiziellen Ration von 1000 Kalorien oder weniger pro Tag leben. Dennoch waren die Unterschiede zum Teil beträchtlich. Bereits im Zuteilungssystem waren gravierende Graduierungen vorgesehen. Bauern stand als Selbstversorger eine vollständige und ausreichende Ration zu. Nebenerwerbslandwirte oder Kleinbauern konnten als Teilselbstversorger ebenfalls zusätzliche Zuteilungen erhalten, für Schwerarbeiter, Schwangere und „Displaced Persons“ waren höhere Rationen festgesetzt. Sonderzulagen konnten Arbeiter in Prioritätsbetrieben erhalten, die für die französische Militärregierung arbeiteten. Die Bewohner der „Sonderstädte“ Ravensburg, Reutlingen, Schwenningen und Tübingen konnten in den Genuss zusätzlicher Nahrungsmittel kommen und in der Endphase der Besatzungszeit wurde der Kreis dieser Orte erweitert. Am Ende der Skala standen die Normalverbraucher ohne Zulagen mit der in der Statistik dargestellten Zuteilung. Fabrikarbeiter, die keinen Zugang zu landwirtschaftlichen Produkten hatten, waren auf den Kauf der Rationen durch ihren Arbeitslohn angewiesen. Ein Blick auf die Lebenshaltungskosten zeigt, dass dies nur für die unterste Stufe der Existenzhaltung ausreichte. Weitere Unterschiede und soziale Verwerfungen ergaben sich aus den persönlichen Voraussetzungen, Selbsthilfe und Zusatzbeschaffung aktiv zu betreiben. Alte, kranke und arme Menschen konnten die Mühen des Hamsterns nicht auf sich nehmen, oder Produkte auf dem Schwarzmarkt erwerben. Eine Aufwertung des Nahrungsangebots bestand aus Spenden, so gingen aus dem Ausland Lieferungen aus Irland, Argentinien, der Schweiz und CARE-Pakete aus den USA ein, zu besonderen Anlässen verteilte auch die französische Militärregierung Extrarationen.

Die größten Unterschiede bestanden zwischen Stadt und Land, dies zeigte exemplarisch der Vergleich der Kreise Ravensburg und Reutlingen. Im Kreis Ravensburg war nur rund ein Drittel der Bevölkerung auf die Ration als Normalverbraucher angewiesen, in Reutlingen über die Hälfte, weitere Kreise, z.B. Rottweil, gaben noch höhere Anteile an. Die Monatsrationen des Februar 1947 verdeutlichen die Bedeutung dieser Zahlen: Selbstversorger verfügten über eine Monatsration

von 15,35 kg Brot und 2 kg Fleisch, Normalverbraucher über 7,5 kg Brot und 0,54 kg Fleisch. In den Städten konnten häufig die vorgesehenen Rationen wegen fehlender Zulieferungen nicht ausgegeben werden, allerdings konnte der Ernährungsbeamte in Ravensburg regelmäßig die vollständige Austeilung mitteilen.

Die Ernährungslage entspannte sich im Jahr 1948. Die Quellen weisen auf eine bessere Ernte 1947 und amerikanische Getreidelieferungen hin, die zu höheren Zuteilungen führten. Die Werte sanken 1948 nicht mehr unter 1200 Kalorien. Die Überwindung grundlegender Hindernisse versprach man sich von der Beseitigung der Inflation und der Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse durch die Währungsreform am 20. Juni 1948. Tatsächlich waren die Folgen ambivalent. Die Bauern boten nun mehr Lebensmittel auch im freien Verkauf an, aber die lohnabhängigen Konsumenten verfügten vorerst nicht über ausreichend Liquidität. Dieses Problem konnte erst gelöst werden, als die Löhne in der neuen Währung DM ausgezahlt wurden. Der Marshall-Plan (European Recovery Program, ERP), der auch in der französischen Zone zum Tragen kam, stützte die Gesamtwirtschaft. Die Wirkung dieser Maßnahme wurde in fachwissenschaftlichen Untersuchungen zum Teil relativiert, allerdings war für Württemberg-Hohenzollern die Auswirkung nicht unerheblich. Für die Besatzungszone entfaltete das amerikanische Programm auch indirekte Wirkungen. Frankreich war einer der Hauptbegünstigten. Die Entnahmen aus der besetzten Zone verloren damit für das Mutterland an Bedeutung und daher wurden die Eingriffe im Herbst 1948 eingestellt und die wirtschaftlichen Zuständigkeiten deutschen Stellen übertragen. Hier wird der Einfluss der französischen Besatzungspolitik und der Zusammenhang mit den internationalen Entwicklungen deutlich. Zunehmend akzeptierten die westlichen Länder die Gründung eines westdeutschen Staates und die USA bemühten sich um einen wirtschaftlichen Wiederaufbau. Die Motive waren die Stabilisierung Westeuropas, die Entlastung der eigenen Steuerzahler und der Ost-West-Konflikt. Mit dieser Entwicklung stand die französische Politik vor einigen Herausforderungen bei der Umsetzung. In den Auseinandersetzungen um die wirtschaftlichen Entscheidungen und die parlamentarischen Zuständigkeiten riskierten Landtag und Landesregierung den Konflikt und konnten die veränderte Lage für ihr Ziel nach größerer Selbstständigkeit nutzen. In der neuen wirtschaftlichen Lage produzierten die Bauern verstärkt für den Markt und Arbeiterinnen und Arbeiter nahmen zunehmend besser bezahlte Arbeitsstellen in Betrieben an, und konnten daher die nun angebotenen Nahrungsmittel kaufen. Die Exposition des Ernährungssystems gegenüber ungünstigen Einwirkungen wurden im Jahr 1948 sukzessive geringer und die Nahrungsmittelversorgung stabilisierte sich.

Die Auswirkungen der Hungerkrise in der Nachkriegszeit schlugen sich in kommunikativen Zeugnissen der Zeitzeugen nieder: Festgehalten wurden Symptome der erfahrenen Vulnerabilität, Unsicherheit, Bedrohung, Schutzlosigkeit und Zukunftsangst. Die Menschen fragten sich, wie sie „das Leben weiter fristen“³

³ HAUBENSAK, Friedrich: Unsere letzten Tage, S. 10. StadtA Rt S 205 Nr. 3.

sollten, die Verwaltung befand, „die Ernährungsfrage wird uns im weiteren am meisten beschäftigen“⁴. Der Landesdirektor für Landwirtschaft und Ernährung hielt die Situation für „nachgerade seelisch und physisch nicht mehr lange zu ertragen“.⁵ Lehrer klagten über Schwäche und Konzentrationschwierigkeiten bei ihren Schützlingen, und auch die Leistungsfähigkeit der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Fabriken ließ sichtlich nach. Messbar wurden die Folgen anhand der Akten der Sozialreferate, damit konnten wesentliche Bereiche der Sensitivität beschrieben werden. Untersuchungen der Bevölkerung durch das Gesundheitsamt Reutlingen, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, erbrachten ein deutliches Untergewicht zuerst bei Kindern und Jugendlichen, später auch bei Älteren seit dem Winter 1946 und in der Folge eine überproportionale Anfälligkeit gegenüber hungertypischen Krankheiten wie Tuberkulose und allgemeinen Infektionen. Diphtherie, Scharlach, Masern und Keuchhusten wurden auffallend häufig festgestellt. Eine gestiegene Mortalität zeigte sich 1946 in der landesweit festgestellten Übersterblichkeit, die exemplarisch erhobene Statistik in Reutlingen zeigte 1947 Werte, die an die Endphase des Krieges erinnerten.

Die kausale Struktur der Hungerkrise wurde aus den Erkenntnissen über die Prozesse und Faktoren herausgearbeitet, die aus der Analyse der Exposition hervorgingen. Nach der Untersuchung der Verletzlichkeit der Individuen wurde nach den Gründen für die Anfälligkeit des Ernährungssystems für Versorgungsstörungen gefragt. Dem Konzept der Studie folgend, wurden langfristige Entwicklungen und kurzfristige Auslöser aufgezeigt, die die bereits in die Strukturen eingeschriebene Störungsanfälligkeit offenlegten. Die Abhängigkeit von der landwirtschaftlichen Produktion legte es nahe, die agrarischen Werte der vorausgehenden Jahre zu untersuchen. So zeigte sich, dass der landwirtschaftliche Ertrag in allen Bereichen seit 1937 sank. Diese Entwicklung verstärkte sich während des Krieges. 1945 waren die meisten Ressourcen verbraucht und die Landwirtschaft befand sich in einem desolaten Zustand, gekennzeichnet von Unterausstattung und Vernachlässigung. Die zuvor verschleierte Versorgungsstörung wurde nach dem Kriegsende deutlich und setzte sich fort. Die Ursachen blieben bestehen und konnten auch während der Besatzungszeit nicht effektiv behoben werden.

Auch die kurzfristigen Auslöser wurden mit Forschungsmodellen, insbesondere mit den Erklärungsansätzen des Food Availability Decline und des Food Entitlement Decline analysiert. Das unzureichende Angebot an Nahrungsmitteln resultierte aus dem kontinuierlichen Rückgang der Agrarproduktion, bedingt durch den fortgesetzten Mangel an landwirtschaftlichen Ausgangsmaterialien, besonders an Mineräldünger und Saatgut. Dies führte unter anderem zur bereits bekannten Umwidmung von Land: Äcker wurden Wiesen. Negativ wirkte sich auch die unzureichende Ausrüstung aus, denn Landmaschinen fehlten und die zerstörten konn-

⁴ Besprechung des kommissarischen Oberbürgermeisters Oskar Kalbfell mit den leitenden Beamten des Kreises Reutlingen am 27.04.1945, S. 2. StadtA Rt AdN 1b.

⁵ Landrätetagung, Sulz am Neckar, 17.02.1947, S. 28. StadtA Rt AdN 1957.

ten nicht repariert werden wegen fehlender Ersatzteile. Der Mangel an Arbeitskräften durch die Abwesenheit der Männer in Kriegsgefangenschaft wurde immer stärker spürbar. Die allgemeine desolate wirtschaftliche Situation trug zur negativen Entwicklung bei. Durch die Inflation fehlten wirtschaftliche Anreize für die Agrarproduzenten. Alltagsgüter und Arbeitskleidung wurden nicht mehr produziert, häufig beklagt war der Mangel an Schuhen, die für die Feldarbeit tauglich waren. Die wirtschaftliche Abschottung des Landes unter der französischen Besatzung erschwerte den Austausch mit den bisherigen Handelspartnern. In der angespannten Situation wurde die extreme Witterung 1946/47 zur Katastrophe. In die Erinnerung ging die Zeit als Hungerwinter und Dürresommer ein und belastete die bereits geschwächte Bevölkerung stark. Ein gravierendes Element in der Verteilung der Lebensmittel waren die Entnahmen der Besatzungsmacht: Zuerst wurde die Armee versorgt, dann gingen weitere Lieferungen an die anderen Regionen der französischen Zone. Zum Teil setzte die Militärregierung die Naturalien für Kompensationsgeschäfte mit anderen Ländern ein. Größere Zulieferungen von außen waren auf Grund der Welternährungskrise nicht zu erwarten, geringfügige Aufbesserungen gelangen durch die Einfuhr von Getreide aus den USA, die während des Krieges große Kapazitäten aufgebaut hatten und als wirtschaftlich stärkstes Land aus dem Krieg hervorgegangen waren. Die Analyse der Genese und der Exposition des Ernährungssystems und der Gesellschaft gegenüber zahlreichen destruktiven Einwirkungen zeigt, dass die Hungerkrise ein komplexes und multikausal bedingtes Geschehen war. Das Handeln der Betroffenen nahm wesentlichen Einfluss auf den Verlauf und das Ausmaß der Vulnerabilität.

2. Bewältigungshandeln auf allen Ebenen

Die sozialen Praktiken werden im Zusammenhang von Wahrnehmen, Deuten und Handeln gesehen, der unter kulturgeschichtlichen Fragestellungen verständlich gemacht werden soll. Die Befunde haben nahegelegt, die Akteure nach Ebenen differenziert zu betrachten. Ihren Erfahrungsräumen entsprechend wurden sie analytisch getrennt und verschiedenen Handlungssträngen zugeordnet, die zeitlich teilweise parallel verlaufen. Die Begriffe gingen aus Bezeichnungen hervor, mit denen die Militärregierung beschrieb, welche Tätigkeitsbereiche der Bevölkerung und ihren Vertretern offiziell zugestanden wurden. Tatsächlich waren Aktivitäten auf allen Ebenen in der gesamten Besatzungszeit zu verzeichnen. Das Handeln der Bevölkerung im Alltag und das pragmatische Bewältigungshandeln wurde im Teilkapitel „Phase pratique“ zusammengefasst, die Überlebensökonomie dieser Ebene war durchgehend notwendig. Mit der „Phase administrative“ wird das Verwaltungshandeln fokussiert, das ebenfalls die Grundlage der geregelten Ernährung bildete. In der „Phase politique“ wurde das institutionelle Handeln der politischen Verantwortlichen dargestellt. Es ist zu berücksichtigen, dass die Interaktionen in hohem Maße ebenenübergreifend wirkten.

Die Störung der Versorgung mit Nahrungsmitteln hatte in der Nachkriegsgesellschaft eine Hungerkrise verursacht, durch die sich ein großer Teil der Bevölkerung physisch bedroht sah. Die Erfahrung der Not und Bedrohung löste primär unmittelbares Bewältigungshandeln, aber auch Reflexionen aus, die im Kontext der Vulnerabilität und Resilienz standen und deren Bewältigungsstrategie aus dem jeweiligen Deutungsmustern hervorging. Aus den Quellen ist zu entnehmen, dass Hunger in der Kommunikation dominierte. Die unzureichende offizielle Zuteilung führte zu einer permanenten Belastung, und zur Vermeidung von Schäden mussten zusätzliche Nahrungsmittel beschafft werden. Bereits an der zeitlichen Nahtstelle zwischen nationalsozialistischer Herrschaft und französischer Besetzung trat die Ernährungsunsicherheit eruptionsartig auf. Landesweit brachte die Bevölkerung die Lebensmittelvorräte der sich zurückziehenden Wehrmacht an sich. Zum Teil wurden friedliche Verteilungen vorgenommen, aber auch gewaltsame Aneignungen wurden verzeichnet, die polizeilich und juristisch verfolgt wurden. Es wurde deutlich, dass bereits die befürchtete Nahrungsmittelknappheit zur Auflösung der sozialen Normen führte.

Die Bewältigungspraktiken bzw. Selbsthilfemaßnahmen im Rahmen der Überlebensökonomie im Alltag waren improvisiert und oft chaotisch. Angesichts der geringen offiziellen Zuteilungen konnten sie dennoch zu wertvollen Ergänzungen werden und dazu beitragen, dass aus der Hungerkrise keine Katastrophe wurde. Allerdings waren die Voraussetzungen für diese Selbsthilfemaßnahmen unterschiedlich und schufen neue Ungleichheiten. Der Blick auf die in der Studie sichtbar gewordenen Praktiken macht das Spektrum deutlich. Die bereits erwähnten Plünderungen können zum Teil auch als Hungerunruhen gewertet werden. In den Haushalten wurden nach Möglichkeit Vorräte angelegt und das verfügbare Angebot musste diszipliniert eingeteilt werden. Eine entscheidende Rolle spielten dabei die Mütter. Sie waren bei der Erfindung kreativer Rezepte zur Überbrückung des Mangels gefragt. Mit körperlichem Aufwand verbunden waren die Bemühungen, zusätzliche Nahrungsmittel zu beschaffen. Das Ährenlesen als aus früheren Zeiten bekannte Praktik konnte einen gewissen Ertrag bringen. Das Sammeln von Bucheckern erbrachte Öl und half, die Fettlücke zu schließen. Ansprechpartner konnten die Bauern sein. Mithilfe gegen Naturallohn war beliebt, durch Hamstern und Tauschgeschäfte mit den Bauern konnte man Lebensmittel erhalten. Dies geschah häufig an der Grenze der Legalität, in größerem Umfang konnte dies bereits in den Schwarzmarkt übergehen und damit ein Teil des allgemeinen Problems des illegalen und unkontrollierten Abflusses von Nahrungsmitteln werden. Ein verbreiteter, aber unbeliebter Ersatz für Getreide wurde Maismehl, um das Brot zu strecken. Zu den Versuchen, die Ernährungslage zu verbessern, sind auch öffentliche Manifestationen zu rechnen, genutzt wurden dazu Kundgebungen, Ansprachen oder Arbeitsniederlegungen und Streiks. Damit richtete sich die Aktivität eines großen Teils der Gesellschaft auf die Bewältigung der Hungerkrise und orientierte das Verhalten an der Spannung zwischen Vulnerabilität und Resilienz.

Es waren einige Deutungsmuster zu erkennen, die von der Ernährungssituation ausgingen und sich auf Verarbeitung und Erklärungen richteten. Sie wurden graduiert betrachtet. Eine Reihe von Themen gehörte zur Grundlage der öffentlichen und privaten Diskussion. Dazu gehörten der Umgang mit der NS-Vergangenheit, das Verhältnis zur Besatzungsmacht, die Erklärung der Versorgungsstörung, die Einhaltung oder die Verletzung der Normen, die Neuorientierung und deren Werte und Konfliktbereitschaft. Zur Bewertung der Auswertungsergebnisse ist hinzuzufügen, dass es verboten war, negativ über die Besatzungsmacht zu sprechen. Äußerungen im Sinne des Nationalsozialismus waren generell strafbar. Häufig wurden führende Nationalsozialisten pauschal und personalisierend verantwortlich gemacht. Sachliche Zusammenhänge wurden selten hergestellt, genannt wurden die von den Nationalsozialisten kurz vor ihrer Flucht angeordneten Zerstörungen. Es lag nahe, der Besatzungsmacht die Schuld an der Not zuzuweisen, so wurde von wilden Requisitionen und offiziellen Entnahmen berichtet. Beobachtet wurde die deutliche Besserstellung der Armeeangehörigen. Weiterhin waren alle an der Produktion oder Verteilung Beteiligten verdächtig. Aussagen, die sich auf die Ernährungssituation bezogen, ergaben sich auch aus einer Umfrage unter Deutschen, durchgeführt vom französischen Journalisten Emmanuel Mounier, die er in der Zeitschrift „Esprit“ veröffentlichte. Erkennbar war dabei, dass die schlechte Ernährungslage als Hindernis für die Akzeptanz eines neuen demokratischen Systems auch für diejenigen gesehen wurde, die sich von ihrer nationalsozialistischen Prägung lösen wollten und nun eine neue Basis suchten. Die Auseinandersetzung mit den zutage getretenen Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes wurde in einigen Aussagen greifbar, unklar muss bleiben, wie weit dies bereits verbreitet war. Die Deutungsvielfalt in der Bevölkerung war noch sehr breitgefächert und unsystematisch. Die Aufarbeitung war vorläufig noch schleppend und blieb die Sache einiger besonders engagierter Akteure.

Mit den Verantwortlichen in der Verwaltung und der Politik war eine neue Gruppe entstanden, die zum Kristallisationspunkt des Neuaufbaus wurde. Nach ihrer politischen Herkunft handelte es sich überwiegend um politisch Aktive aus der Zeit der Weimarer Republik und aus dem Widerstand, die in der Zeit des Nationalsozialismus von der öffentlichen Betätigung ferngehalten oder verfolgt worden waren. Nach dem Kriegsende setzten die französischen Besatzungsbehörden Bürgermeister oder Landräte ein, nachdem man sich davon überzeugt hatte, dass sie nicht durch nationalsozialistische Aktivitäten belastet waren. Ihr Grundkonsens bestand darin, die Probleme in Kooperation mit der Besatzungsmacht zu lösen und eine demokratische Ordnung anzustreben. Sie erkannten das Problem der Versorgung als vordringlich und ihre Ziele waren die Überwindung der Not, die Übernahme der Verantwortung für die Vergangenheit und die Neuorientierung für einen politischen Neuaufbau.

Verbreitet war in der Bevölkerung die Selbstwahrnehmung als Opfer, aber von den Verantwortlichen wurde dies zurückgewiesen. Das Problem wurde zum Ausgangspunkt eines gesellschaftlichen Diskurses und von kritischen Erörterungen

der Selbstviktimsierung, die einer sinnvollen Verarbeitung der Vergangenheit im Wege zu stehen schien. Carlo Schmid griff diese Position mit Blick auf die belastende Ernährungslage auf und charakterisierte die Selbststilisierung als Opfer als bequeme Ausrede. Stattdessen wies er in einem Artikel in der Stuttgarter Zeitung zu Weihnachten 1945 auf eine aus seiner Sicht wesentlichen Ursache für die Katastrophe des Nationalsozialismus hin, den „Un-willen frei zu sein“⁶ und die Bereitschaft vieler deutscher Mitbürger, sich instrumentalisieren zu lassen. Er betonte die Mitverantwortung aller an den nationalsozialistischen Verbrechen und wies das Opfernarrativ deutlich zurück. Im Landtag herrschte Einigkeit über die Ursachen der Not als Folge der nationalsozialistischen Herrschaft. Ein demokratischer Neuaufbau konnte allerdings nur auf der Basis der Überwindung der Hungerkrise gelingen.

Der Blick auf herausragende Akteure und deren Perspektive und das daraus resultierende Handeln zeigte spezifische Mechanismen und Interdependenzen in der Hungerkrise. Bauern standen unter besonderer Beobachtung von allen Seiten, sie waren dem Nahrungsangebot am nächsten. Eine Reihe von Vorgängen sind als Verknüpfung von Wahrnehmen, Deuten und Handeln und ebenenübergreifenden Interaktionen anzusehen. In der anhaltenden Mangelsituation standen die Ablieferungen der Bauern unter besonderer Beobachtung von allen Seiten. Die französischen Behörden übten Druck in der Annahme aus, noch versteckte Lebensmittel zu Tage zu fördern. Die Kreisbehörden appellierten ebenfalls an die Ablieferungsmoral und klagten die ermittelten Verweigerer an. Die Tatsache, dass Lebensmittel auf dem Schwarzmarkt auftauchten, nährte den Verdacht des illegalen Entzugs. Dieses Phänomen war nicht zu leugnen, und spätere anekdotische Berichte scheinen es zu bestätigen. Auch im Landtag wurde der Mangel an Alltagsgütern festgestellt, der oft zu illegalen, wenn auch verständlichen Tauschgeschäften gegen die begehrten Nahrungsmittel führte. Die Konfliktbereitschaft wegen der Ablieferungsmoral wuchs auf allen Seiten. In einer Besprechung mit den Bürgermeistern des Landkreises Reutlingen drohte der Landrat, die Stadtbevölkerung könne sich die Lebensmittel auch mit Gewalt nehmen. Bauern fühlten sich zu Unrecht verdächtigt. Im Landtag lobten die Bauernvertreter daher demonstrativ deren Leistung und Ablieferungsmoral. Dieser Sicht widersprachen einige Polizeiberichte über auffällig viele Autofahrten auf dem Land. Ein namentlich genannter Landwirt drohte mit gewalttätigem Widerstand gegen Hofdurchsuchungen, andere wehrten sich gegen französische und deutsche Vollzugsbeamte mit körperlicher Gewalt. Von anderen Bauern wurde berichtet, dass sie Kinder aus der Stadt an ihrem Mittagstisch teilnehmen ließen, oder Erntehelfer aus der Stadt mit Naturalien bezahlten. Die Bauern litten nicht Hunger, aber sie wurden zu zentralen Akteuren der Hungerkrise.

Die lohnabhängig Beschäftigten in der Industrie waren besonders betroffen. Sie waren einerseits weitgehend von der landwirtschaftlichen Produktion abge-

⁶ SCHMID, Carlo: Weihnachten 1945, 1946, S. 137.

schnitten und andererseits von der Erhaltung ihres Arbeitsplatzes abhängig. Die kriegsbedingte Zerstörung hielt sich in Württemberg-Hohenzollern in Grenzen, dennoch war der Produktionsstart nach Kriegsende voller Hindernisse. Die Abschottung des Landes als Ergebnis der Besatzungspolitik verspernte den Weg zu den bisherigen ökonomischen Partnern, dies betraf die Rohstoffe und den Absatz. Die vollständige Kontrolle der einheimischen Wirtschaft durch die französische Militärregierung verhinderte eine eigenständige Produktion und einen Neuaufbau der Wirtschaft. Betriebe konnten vorläufig nur auf Anweisung der Besatzungsmacht für die Armee oder direkt für Frankreich produzieren, abgewickelt wurde der Verkauf von französischen Stellen zu Bedingungen, die für die Produzenten oft nachteilig waren. Für die Arbeitnehmer konnte dies dagegen Verdienstmöglichkeiten und die Grundlage ihrer Existenzsicherung bedeuten. Die Funktion der Wirtschaft im Ernährungssystem, durch Export von Gütern den Import von Lebensmitteln zu ermöglichen, konnte damit nicht erfüllt werden. Ein Nebeneffekt war das Fehlen von Gebrauchsgütern auf dem einheimischen Markt. Dieser Sachverhalt war ein Nährboden für die Parallelwirtschaft.

Die von der Krise besonders betroffenen Arbeiterinnen und Arbeiter nutzten ihre traditionellen Formen der Maiansprachen, Aufmärsche oder Streiks, um auf die Versorgungsschwierigkeiten hinzuweisen. Die abhängig Beschäftigten mussten ihre Existenz primär mit den Löhnen sichern. Zum Teil wurde auch darauf verwiesen, dass Arbeiterhaushalte über Kleinstlandwirtschaften verfügten, aber nach Auskunft der Institutionen war dies quantitativ keine erhebliche Größe. In einer Diskussion im Landtag über die Lebenshaltungskosten eines Facharbeiters wurde eine gerade noch ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln und Miete errechnet. Die Berichte aus den Betrieben, angefertigt von den Landratsämtern als „Bericht für die Militärregierung“ und den Sitzungen der Gewerkschaften, enthielten verstärkt im Jahr 1947 Hinweise auf die schlechte körperliche Verfassung der Arbeitenden und Zusammenbrüche an Maschinen. Dies waren Indizien für die individuelle Mangelsituation und die Gefährdung des allgemeinen wirtschaftlichen Potenzials. In Zeiten der extremen Verknappung mussten die Betroffenen reagieren. Betriebe gaben einen Teil des Lohnes in Naturalien aus, die die Arbeitskräfte als Tauschmittel beim Hamstern einsetzen konnten. Im Sommer 1947 verließen Beschäftigte in nicht unerheblicher Zahl ihre Arbeitsplätze, um durch Mithilfe bei den Bauern unmittelbar Nahrungsmittel zu erhalten. Die Hungerkrise wurde zum Problem der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Vertreter der Arbeiterbewegung in den Betriebsräten und Gewerkschaften wurden mit den Problemen konfrontiert und nahmen dies in ihre allgemeinen Forderungen und Verhandlungen auf. Das Ergebnis solcher Gespräche konnte in Einzelfällen auch das Entgegenkommen der Militärregierung sein, wie z. B. im Juni 1947 durch die Rücknahme von Kürzungen der Rationen zur Vermeidung eines Streiks. Arbeiterunruhen stand im Raum, auch von der Gewerkschaftsleitung ins Gespräch gebracht. Verschärft wurde diese Bedrohung durch Beobachtung der Entwicklung im Ruhrgebiet, als im April 1947 über 300 000 Beschäftigte streikten. Die Militärregierung fürchtete ein Übersprin-

gen und reagierte mit scharfen Verboten und partiellem Entgegenkommen. Im Landtag wurde zur Mäßigung aufgerufen, im Vordergrund standen hier noch für einige Zeit das Bemühen um konsensuelle Lösungen.

In dieser unruhigen Zeit standen auch grundlegende Entscheidungen zur Disposition, wie z. B. Sozialisierungen. Die Diskussionen und Stellungnahmen der Gewerkschaften spiegelten den gesellschaftlichen Diskurs über die Entscheidung zwischen Markt und Plan wider. Es wurde in den Kreisen der Arbeiterbewegung von der „Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft“ und dem Wiederaufbau „mit umfassender Planung“ gesprochen.⁷ Die Debatte zeigte die prinzipielle Offenheit der Situation, die Entscheidung fiel später zugunsten der Marktwirtschaft.

Die Verwaltungen waren zu den wichtigen Schaltstellen geworden, die Landkreise wurden von Beobachtern als „Wirtschaftsrepubliken“ bezeichnet, wobei ihnen auch Kreisegoismus unterstellt wurde. Für die ersten Monate war diese Einschätzung nicht unzutreffend, danach wurden zuerst die Bürgermeister- und danach die Landrätetagungen zu den Schnittstellen des Austausches und der Koordination des pragmatischen Handelns. Ein System aus Überschuss- und Zuschusskreisen sollte die regionalen Unterschiede ausgleichen. Auf Anregung von Carlo Schmid, der die meisten der Landrätetagungen leitete, stellten Landräte vor, wie sie die Bevölkerung beteiligten. Die Tagungen wurden zur Plattform der Förderung des demokratischen Bewusstseins.

Die politische Phase begann in der französischen Zone später als in den anderen. Der „Neubeginn von unten“⁸ wurde ergänzt durch den „Neubeginn von oben“⁹. Dies führte 1947 zu der Etablierung von gewählten politischen Vertretern, die sich auf ihrer Ebene um eine sachliche und grundlegende Lösung zur Überwindung der Krise bemühten und damit über die reine Überlebensökonomie hinausgingen. Über die langfristige Ursache bestand Konsens darin, dass die gegenwärtige Hungerkrise aus der Herrschaft des nationalsozialistischen Regimes und des Zweiten Weltkrieges hervorgegangen war. Die Konsequenz daraus war, ein erneutes Aufkommen einer totalitären Bewegung durch die Einführung und Stärkung demokratischer Strukturen zu verhindern und die Grundlagen für eine friedliche Kooperation zu legen. Häufig formuliert wurde bereits der Europagedanke. Diese Wahrnehmung der Hungerkrise zeigt nicht nur die enge Verbindung mit wirtschaftlichen Prozessen, sondern auch besonders die Bedeutung der politischen Ebene für eine langfristige Lösung. Die Umsetzung dieser Ziele stieß an die Gren-

⁷ Entschließung der Landeskonferenz der Gewerkschaften Südwürttemberg-Hohenzollerns vom 05.10.1946. Archiv des DGB-Bezirks Stuttgart, Aktenordner GB SWH. Gewerkschaftszeitung für das Gebiet Südwürttemberg-Hohenzollerns vom 25.10.1946. Zitiert nach IG Metall, Verwaltungsstelle Reutlingen (Hg.): *Wir lernen im Vorwärtsgen*, 1990, S. 552–554.

⁸ SPEIDEL, Hans: *Neubeginn von unten*, 1982, S. 47–81.

⁹ NÜSKE, Gerd Friedrich: *Neubeginn von oben: Staatssekretariat und Landesregierungen*. In: Max GÖGLER/Gregor RICHTER (Hgg.): *Das Land Württemberg-Hohenzollern*, 1982, S. 81–111.

zen, die durch die Vorgaben der Besatzungsmacht gezogen wurden. Dies zeigte sich zuerst im November 1947 in der Auseinandersetzung um die Demontagen, die von den Alliierten als Reparationen bezeichnet wurden. Als die Aussprache im Parlament von der Militärregierung untersagt wurde, machte die Presse die Kontroverse öffentlich. Der Konflikt um die Abholzungen im Schwarzwald nahm einen ähnlichen Verlauf. In beiden Fällen handelte es sich um wirtschaftliche Eingriffe, die aus Sicht der Abgeordneten die existenziellen Interessen des Volkes bedrohten. Da ihnen sogar die Aussprache darüber verboten wurde, zogen sie die Konsequenzen und setzten die Beratungen des Landtags aus. Das Parlament forderte erweiterte Zuständigkeiten und die Reduzierung der Demontageliste. Nach der erneuten Aufnahme der Tätigkeit des Landtags wurde die nahezu unveränderte Liste wieder von der französischen Militärregierung präsentiert. Daraufhin trat im August 1948 die Regierung zurück. Die Militärregierung forderte danach lange Zeit vergeblich die Wiederaufnahme der Regierungsgeschäfte. Der Konflikt zeigte den Widerspruch von Demokratisierungsanspruch und wirtschaftlichem Interesse der Militärregierung. Das Bewältigungshandeln der Landesinstitutionen legte die Verflechtung der Hungerkrise mit allen gesellschaftlichen Bereichen offen. Politische Zuständigkeiten wurden zur Grundlage wirtschaftlicher Entscheidungen durch die Institutionen, die vom Volk durch Wahl legitimiert waren. Damit sollte sowohl die Krise überwunden, als auch die Akzeptanz der Demokratie gefördert werden. Demonstriert wurde damit die Wirksamkeit parlamentarisch-demokratischer Verfahren.

Eine erste Momentaufnahme war die Wahlbeteiligung an den Landtagswahlen, die zur ersten Wahl ca. 66 Prozent betrug, bei der ersten Bundestagswahl 1949 waren es 64,7 Prozent bei ungefähr gleicher Verteilung auf die Parteien. Bemerkenswert war die Kontinuität exponierter Mitglieder des Landtags. Viele der politischen Akteure behielten auch nach 1949 wesentliche Funktionen und wurden zum Teil bundespolitisch bedeutsame Protagonisten. Dazu gehörten Fritz Erler, der als Landrat im Land begonnen hatte und später im Bundestag als Fraktionsvorsitzender der SPD eine bedeutende Rolle spielte, oder Carlo Schmid, der ebenfalls in die Bundespolitik wechselte und einen entscheidenden Beitrag zur Formulierung des Grundgesetzes leistete, wobei ihm seine Erfahrungen in der Verfassungsdebatte im Lande eine wertvolle Grundlage waren. Zu nennen ist hier auch Gebhard Müller, der nach seiner Zeit als Fraktionsführer der CDU im Landtag und als Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern Ministerpräsident von Baden-Württemberg wurde und schließlich zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes aufstieg. Daraus ergaben sich immer weitere Handlungsoptionen, die über die Grenzen eines Landes hinausreichenden Ziele der internationalen Politik zu vertreten und umzusetzen.

3. Württemberg-Hohenzollern „zwischen zwei Weltzeiten“

Die Untersuchung der Hungerkrise in Württemberg-Hohenzollern kann Aspekte zu zeitgeschichtlichen Kontroversen beitragen, wie z. B. zu den Themen „Zäsurcharakter“ des Kriegsendes, „Vergangenheitspolitik“, „Heteronomie und Autonomie“ und „Markt versus Plan“.¹⁰ Die Ergebnisse der Studie legen nahe, das Kriegsende als komplexe Mischung aus überwiegenden Kontinuitäten und wenigen Brüchen zu betrachten. Das Ernährungssystem war bereits vor dem Kriegsende 1945 im Hinblick auf die Versorgung der Bevölkerung nicht ausreichend leistungsfähig, dieser Zustand hielt an. Auch die Probleme der Produktion und Distribution blieben durch den Mangel an Hilfsstoffen und Arbeitskräften bestehen. Neue Entwicklungen gab es in den Bereichen, in die die Besatzungsmacht eingriff. Das Zuteilungssystem blieb gleich, ebenso wie der bürokratische Apparat. Die Entscheidungen darüber lagen nun bei den französischen Behörden. Die politischen Entscheidungen über die Verteilung garantierten eine Grundversorgung, schufen aber auch neue Ungleichheiten. Mit „Vergangenheitspolitik“ ist der Umgang mit der NS-Geschichte angesprochen. Dazu lagen bereits aus den ersten Stunden nach der Besetzung Aussagen führender Vertreter der Verwaltung vor, die sich bereits vor 1945 in Distanz zum nationalsozialistischen System befunden hatten. Sie veröffentlichten die bekanntgewordenen Verbrechen der nationalsozialistischen Täter und leiteten damit eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ein. Die Frage nach dem selbstständigen Handeln der deutschen Institutionen ist nur scheinbar mit der Abhängigkeit von der Besatzungsmacht geklärt. Das Handeln auf dem Höhepunkt der Krise ab 1947 und insbesondere 1948 zeigte kritische Stellungnahmen und erfolgreiche Bemühungen um einen selbstbestimmten Handlungsspielraum und die Anknüpfung an eigene demokratische Traditionen. Damit waren vorläufig keine eigenständigen Entscheidungen möglich, aber der politische Druck auf die Besatzungsmacht sollte zu einer positiven Veränderung beitragen. Die in allen Teilbereichen der Nachkriegswirtschaft geführte Diskussion über Markt versus Plan wurde in der politischen Auseinandersetzung in Württemberg-Hohenzollern offen geführt, und am Ende für die privatwirtschaftliche Ausrichtung und Freigabe der Produkte für den Markt entschieden, sowohl bei den Nahrungsmitteln als auch in der Allgemeinwirtschaft – mit geringen Einschränkungen im Bereich der möglichen Enteignungen. Federführend waren hierbei der CDU-Minister Dr. Franz Weiß und der liberale Wirtschaftsminister Eberhard Wildermuth. Durch das Handeln in der Krise und im Konflikt wurden grundlegende Positionen entwickelt, die die „Zwischenzeit“ überdauerten und einen autochthonen Anteil an der Transformation bezeichneten.

Diese Studie zeigt, dass die Untersuchung der Hungerkrise mit aktuellen Konzepten die Nachkriegszeit neu beleuchten und verständlich machen kann. Das Handeln und die Bewältigungsanstrengungen der Betroffenen werden in der kom-

¹⁰ HOFFMANN, Dierk: Nachkriegszeit. Deutschland 1945–1949, 2011, S. 14–19.

plexen und vielfach bedrohten Nachkriegsgesellschaft in den Mittelpunkt gestellt. Es wird deutlich, dass die Zeit von 1945 bis 1948 in Württemberg-Hohenzollern als eine Phase der Transformation der Gesellschaft anzusehen ist, die unter dem wesentlichen Einfluss der Hungerkrise stand. Die Einwohner des Landes konnten sich Handlungsspielräume erschließen und durch ihre alltäglichen Aktivitäten das weitere Bestehen der Gesellschaft ermöglichen und ihr eigenes Überleben mitgestalten. Die Hungerkrise von 1945 bis 1948 ist als wesentlicher Katalysator der Transformationsphase der Nachkriegsgesellschaft anzusehen. Die Bewältigungsanstrengungen, die sich auf das Ernährungssystem richteten, wurden durch die Verknüpfung mit politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten zum Zentrum der Neuorientierung und des Neuaufbaus der Gesellschaft. Die Spannung zwischen Vulnerabilität und Resilienz bestimmte die Ziele, die wahrgenommenen Ursachen der Verletzlichkeit zu beseitigen und grundlegende Strukturen neu zu gestalten. Die Akteure kamen zu der Überzeugung, die Versorgungsstörung nicht nur symptomatisch und materiell kurzfristig zu überwinden, sondern auch die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten so zu gestalten, dass ein erneutes Auftreten einer Hungerkrise verhindert werden konnte. Die Lösung bestand für die Betroffenen aus der Überwindung der Hungerkrise und dem Aufbau einer selbstbestimmten, demokratischen, liberalen Gesellschaft ohne Zwangswirtschaft, die sich von aggressiven Ideologien distanzierte und Teil einer friedlichen Welt frei von Not werden sollte. Im November 1948 konnten die Berichte an die Militärregierung deutliche Verbesserungen melden, alle Lebensmittel waren ausreichend vorhanden.¹¹ Landtagspräsident Karl Gengler konnte in der letzten Sitzung des Landtags im Jahr 1948 das Resümee ziehen: „Wir haben geräuschlos, sachlich gearbeitet, wie es unsere Art ist.“¹² Damit stellte er das Wahrnehmen, Deuten und insbesondere das pragmatische Handeln der Betroffenen in den Mittelpunkt.

In dieser Studie konnte durch die Verknüpfung verschiedener Ansätze und die Integration in das Konzept der Vulnerabilität die Nachkriegszeit neu beleuchtet werden. Hunger wurde unter kulturellen, ökonomischen und politischen Aspekten untersucht und als zentraler Impuls des Handelns verdeutlicht. Die „Zeit zwischen den zwei Weltzeiten“ hatte die Menschen der Kreise in Südwürttemberg und Hohenzollern mit großen Herausforderungen konfrontiert, aber sie werden nicht nur als Opfer, sondern auch als Handelnde erkennbar. Mit ihrem Bewältigungshandeln auf allen Ebenen ermöglichten sie das materielle Überleben und konnten die Transformation der Gesellschaft mitgestalten.

¹¹ Landratsamt Reutlingen: Monatsbericht, 06.12.1948. StadtA Rt AdN 97.

¹² GENGLER, Karl: Verhandlungen des Landtags, Protokolle, 50. Sitzung vom 17.12.1948, S. 867.

Orts- und Personenregister

Erstellt von Aaron Bauer

- Abel, Wilhelm 7
Abelshauer, Werner 21 f.
Afrika 99, 185, 289
Aichelau 108, 183
Allgäu 52, 86
Altenburg 165
Amerika 84, 100, 102, 131, 137
Argentinien 41 f., 102, 291
Asien 99 f., 262, 289
Australien 41 f.
- Backe, Herbert 41 f.
Baden 17, 20, 50, 92, 146, 174, 203, 234
Baden-Baden 50, 104, 152, 156, 197, 200,
218, 235, 244, 248, 267, 285
Baden-Württemberg 17 ff., 135, 245, 257,
300
Balingen 33, 49, 58, 78, 105, 155, 176, 200,
216, 242
Bankoff, Greg 10 f., 27 f.
Bäßler, Landtagsabgeordneter 274
Baten, Jörg 15
Bauknecht, Bernhard 180 ff., 259 f., 265
Bayern 50, 102, 143, 146, 177
Bebenhausen 151, 243, 247
Becker, KPD-Landtagsabgeordneter 280
Bempflingen 165
Bendel, Alfred 85 ff., 106, 174, 219 f., 237
Bengalen 41
Benz, Wolfgang 15
Berlin 15, 46, 90 f., 103, 138, 183, 235
Besatzungszonen 13 f., 18, 43, 46, 77, 102,
131, 258, 267, 288
– Amerikanische Zone 15 ff., 43, 45, 50, 81,
97, 131, 165, 177, 181, 184, 191, 273, 279
– Bizone 16, 22, 45, 119, 184, 286, 288
– Britische Zone 15 f., 43, 45, 87, 136, 184,
279
– Französische Zone 14, 16, 18–23, 28, 33,
43 ff., 50 ff., 62, 65 f., 79, 81 f., 85 f., 90 f.,
93, 96, 101 f., 106, 111, 118 f., 121, 131 f.,
176, 185 f., 192, 197 f., 214 f., 244, 251 f.,
259 f., 263, 274, 278, 281 f., 292, 294, 299
– Sowjetische Zone 16, 43, 87, 214, 240,
258
– Westzonen 142, 256, 273 f., 279, 281 f.,
288
- Betzingen 48, 97, 173
Bevin, Ernest 280
Biberach 47, 70, 72, 76, 226
Binder, Alfred 270, 272
Bismarck, Otto von 133
Bock, Lorenz 103, 110, 207 f., 245, 248, 250,
253–258, 260 f., 270 ff., 276 ff., 282–285
Bodensee 48, 52, 86
Boelcke, Willi A. 172
Bonn 210
Brandenstein, Helene Gräfin von 198
Brochet, Jean 155 f.
Bronnweiler 140
Byrnes, James, Francis 273
- Calw 240, 242
Cannstatt 165
Chambers, Robert 8 ff., 26
Collett, Dominik 9
Collingham, Lizzie 14, 40
Colmar 19
Cosleu, Commandant in Reutlingen 49
Courtois, Roger 156
- Dänemark 42, 102, 105, 110, 188
Darré, Walter 42
Daun 82
Daventry 131
Defrance, Corine 22 f.
Deutsches Reich 42 ff., 52, 64, 68, 77, 85,
129, 198, 216
Deutschland 13–16, 18, 20 f., 39 f., 42 ff., 46,
49, 52, 64, 68, 77, 84, 104 f., 123, 133,
142–145, 163 f., 173, 184 ff., 204, 217, 219,
222, 245, 250 f., 253 f., 257, 266, 268,
272 f., 275, 278, 280, 283, 288 f., 292
- Devereux, Stephen 6
Dobler, Theodor 48
Donau 52, 86
Dörr, Margarete 32
Dusslingen 195
- E., Margarete 32, 135–139, 166 f.
Eberhard, Fritz 210
Ebingen 186, 264
Eckener, Hugo 198, 202
Ehard, Hans 252

- Ehingen 70, 72f., 119, 188, 216, 226, 230, 236
 Ellis, John 40
 England 100
 Enz 96, 149
 Erler, Fritz 300
 Eschenburg, Theodor 23, 34, 251f.
 Estrade, Jean Lucien 33, 77, 107, 153ff., 205–208
 Europa 11, 14, 24, 40–43, 64, 68, 79, 84, 95, 99f., 104, 129, 143, 145, 152, 172, 184f., 203, 210, 219, 221, 228, 254, 259, 273, 280, 286, 289f., 292, 299
 Fleck, Fritz 205–209, 243, 245, 271, 279f.
 Frankfurt 147, 272
 Frankreich 20–23, 42, 47, 50, 81, 102, 129, 138, 144f., 152, 156, 197, 203, 214, 218, 237, 259, 264, 273, 280, 282f., 292, 298
 Freudenstadt 47, 58, 219
 Friedrichshafen 34, 47f., 58, 163, 186–190, 192, 196f., 201f., 204, 269, 283
 Gailus, Manfred 4
 Gassert, Philipp 16f.
 Gaulles, Charles de 23, 33, 50
 Gengler, Karl 148f., 151f., 209f., 243–245, 248, 250, 253, 265, 269ff., 275, 281, 302
 Gerber, amerikanischer Repräsentant von CARE 186
 Gielsberg 166
 Goebbels, Joseph 132
 Goethe, Johann Wolfgang von 143
 Goetz, Hans-Werner 8
 Gögler, Max 34
 Gonnet, Jean 49
 Gönningen 125
 Gosheim 281
 Graf, Erich 114, 177, 183, 186
 Griechenland 84, 152
 Gries, Rainer 16, 43
 Großbritannien 262, 281
 Haigerloch 205
 Hamburg 48, 124
 Haubensak, Erny 127, 130
 – Friedrich 32, 125–134, 140, 146, 162f., 183
 Haux, DVP-Abgeordneter 279
 Hechingen 156
 Heinze, Andrea 15
 Henke, Klaus Dietmar 22
 Herbert, Ulrich 15
 Herklotz, Ernährungsreferent Lk. Reutlingen 62, 79, 90, 102, 225
 Hermann, Landtagsabgeordneter 250
 Herrenchiemsee 282f.
 Hessen 146
 Heuss, Theodor 210
 Hindenburg, Paul von 132
 Hippel, Wolfgang von 18
 Hitler, Adolf 42, 131ff., 146, 152
 Hoch, Lydia 125
 Hofmann, Dierk 17
 Hohenzollern 28, 47, 50, 56, 60, 71, 203, 205, 216, 218, 232, 290, 302
 Holland, siehe Niederlande
 Honau 135
 Hoover, Herbert 17, 45, 184
 Horb 72, 226
 Hudemann, Rainer 19, 169
 Irland 41, 185, 291
 Japan 14
 Jugoslawien 84, 152
 Kalbfell, Oskar 48f., 62, 68, 80f., 84, 105, 107, 134, 149f., 161f., 173, 177, 182, 189, 193, 215, 219, 222ff., 226f., 229, 231, 235, 258, 264f., 280
 Kanada 41
 Kate, Robert W. 7, 10
 Kater, Parzival 279
 Kirkel, Saar 91
 Kleßmann, Christoph 15, 43f.
 Koenig, Pierre Marie 20, 22, 33, 50, 248, 250, 253, 256, 270f., 273
 Kohler, Landtagsabgeordneter 94
 Köln 16
 Krämer, Daniel 9, 11, 24
 Krauß, Landrat 193
 Krüger, Ernährungsreferent Reutlingen 81, 89, 182
 Kübler, Karl 243, 245
 Labrousse, Ernest 7
 Laffon, Émile 20, 50, 97
 Lattard, Alain 20, 22, 200
 Lehmann, Regierungsassessor 191
 Leipzig 16
 Leuze, Eduard 259
 Lindau 50, 56, 216
 London 273f.

- Loth, Wilfried 20
 Lothringen 192
 Luxemburg 131
- Main** 45
 Mainz 91, 200
 Malthus, Thomas 6
 Manchester 192
 Mangoux, Corbin de 157, 277, 286
 Mannheim 135
 Manz, Mathias 19, 22, 65 f., 111
 Mauch, Josef 202
 Maybach 198
 Memel 137
 Metzingen 170
 Millet, Jean-François 167
 Millman, Sara 7, 10
 Mounier, Emmanuel 33, 142–145, 296
 Mühlheim 281
 Müller, Gebhard 245, 271, 275, 278, 283,
 285 f., 300
 München 16, 251
 Münsingen 70, 73, 108, 114, 170, 183, 188,
 216, 226, 230
 Murr, Wilhelm 48
- Nagold 95 f.
 Neckar 50
 Neckartenzlingen 165
 Neuseeland 41
 Newman, Lucile 7
 Niederlande 84, 152
 Niethammer, Emil 150 f., 245, 250
 Nordrhein-Westfalen 15
 Norwegen 100, 262
- Ó Gráda, Cormac 14
 Oberland 52, 86
 Oberndorf 269
 Oberschwaben 185, 254, 267
 Offenburg 91
 Oheimb-Loup, Gert Kollmer von 18
 Ohmenhausen 32, 139
 Oliver-Smith, Anthony 10
 Ott, Hugo 18
- Palud, Kreisdelegierter 200
 Paris 143, 156, 197, 252, 273, 277
 Patzold, Steffen 11
 Pfeil, Ulrich 22 f.
 Pfullingen 115, 135 f.
 Pirmasens 176
- Plumpe, Werner 6
 Polen 78, 152, 175, 193
 Portugal 100, 289
 Potsdam 43, 145, 273
- Rau, Julie** 32, 139 ff.
 Ravensburg 31, 55, 70, 72, 76 f., 84–92, 97,
 106, 111, 160, 173 ff., 180, 185, 188, 216,
 219, 221, 225, 237, 240, 259, 263, 291 f.
 Reicheneck 170
 Renner, Victor 102, 231, 244, 271, 282 f.
 Renz, Landrat von Ehingen 230
 Reutlingen 31–34, 47 ff., 55 f., 58, 61 ff.,
 65–68, 72, 76–81, 83 ff., 87–90, 92, 94,
 96 ff., 102, 106 f., 109–116, 118 f., 125, 131,
 138 ff., 146, 149 f., 160–165, 170, 173, 175,
 178, 182 ff., 186–189, 192–195, 199 f., 204,
 208, 212 f., 215 ff., 219, 221–226, 235 f.,
 238 ff., 261, 263, 265, 291, 293, 297
- Rhein 45
 Rheinland-Pfalz 44, 50, 169
 Richter, Gregor 34
 Riemer, Hendrik 196 f.
 Roser, Dieter 145
 Rothenberger, Karl-Heinz 44, 90, 169
 Rothland, Martin 146
 Rottweil 33, 62, 65 f., 76, 92, 96, 106, 110,
 156, 186, 188 f., 206, 226, 236, 245, 283,
 291
 Ruckgaber, Kaufmann 173
 Ruhr 17, 45, 214, 298
- Saar 91, 260
 Saarbrücken 91
 Saarland 50, 87, 93, 192
 Saillant, Louis 200
 Sauer
 – Albert 244
 – Paul 17
 Saulgau 70, 72, 91 f., 174, 226, 236
 Schefold, Willy 85
 Schlange-Schöningen, Hans 16
 Schleswig-Holstein 93, 102, 110
 Schlotterbeck, Jakob 264
 Schmid, Carlo 1 f., 28, 50, 144, 147 ff., 157,
 200, 202, 216, 218, 222 f., 225, 228 f.,
 232 f., 241 f., 244 f., 251 ff., 271 f., 282–285.,
 289, 297, 299 f.
 Schmidt, Jürgen Michael 4
 Schmitt, Capitaine 182
 Schmoller, Gustav von 269
 Schnabel, Thomas 17

- Schömberg 144, 148
 Schönbuch 165
 Schramberg 188, 264, 281
 Schuler, Fritz 240
 Schulze, R. 163
 Schwäbische Alb 95, 107, 135, 138, 140f.,
 166f., 189, 192, 231
 Schwarz, Thomas 94, 237f., 265, 280
 Schwarzwald 96, 192, 242, 300
 Schweiz 11, 137, 181, 185, 265, 291
 Schwenningen 34, 97, 103, 108, 111, 186,
 188, 209, 216, 261, 264, 266, 271, 281, 291
 Sen, Amartya 6f., 10
 Sigmaringen 70, 91, 113, 115, 165, 188, 226,
 236
 Sondelfingen 97
 Sowjetunion 41f., 100, 152, 214, 251, 266,
 273
 Steinberg, Wolfgang 143
 Steinert, Johannes-Dieter 84
 Stollhof, Johannes 13
 Streitberger, Hermann 146, 184f.
 Stuttgart 32, 50, 135, 165, 173, 185, 199, 218
 Südweststaat 283
 Syrien 93, 109
- Tambora 11
 Tettngang 91, 188, 283
 Tirol 91
 Trier 82
 Trittel, Günther J. 16
 Trochtelfingen 95
 Trossingen 106, 191
 Tübingen 11f., 30, 48, 50, 72, 92, 97, 107,
 111, 145, 174, 188f., 191f., 200, 216, 218,
 230, 232, 240, 243, 264, 285, 291
 Tüngel, Richard 252
 Tuttlingen 33f., 49, 58, 76f., 103, 106ff.,
 153, 155, 186, 188f., 191, 205, 208, 236,
 261, 266
- Ulm 137
 Ulmer, Kreisgouverneur 190
 Ungarn 152
- Urach 81, 91, 225
 USA 16f., 41f., 66f., 93, 102, 114, 121, 131,
 137, 184ff., 252, 262, 273, 281, 291f., 294
- Vaihingen/Enz 149
 Vernon, James 12
- Wagner
 – Emil 242
 – Georg 15, 43f., 50
 Weiß, Franz 1, 76, 94, 99f., 104ff., 110, 124,
 155, 169, 174, 183, 221, 234–237, 244, 248,
 260, 262f., 266, 284, 293, 301
 Welty, Joel Carl 185
 Wheatcraft, Stephen 14
 Widmer, Guillaume 33, 50f., 97, 157, 208,
 249f., 256, 270f., 277, 282, 285f.
 Wieland, Ludwig 219, 260, 264, 266
 Wildermuth, Eberhard 207, 244, 263, 271,
 278–281, 283f., 301
 Willis, Frank Roy 20
 Wirsching, Eugen Carl 271
 Wohleb, Leo 252
 Wolfrum, Edgar 20, 50, 199
 Würtingen 107, 231
 Württemberg 48, 50f., 53, 56f., 146, 205,
 209, 216, 218, 232, 243
 – Nordwürttemberg 50, 189
 – Südwürttemberg 28, 47, 50, 59f., 100,
 145f., 159f., 185ff., 191f., 197, 203f., 210,
 237, 257, 259f., 268, 290, 302
 Württemberg-Baden 17, 244
 Württemberg-Hohenzollern 1, 3, 14, 17,
 20, 23, 28f., 31, 34, 40, 47, 50–54, 58, 66,
 69, 74f., 82, 85, 94f., 99, 101, 108, 111f.,
 116, 147, 158, 177, 186, 192, 196, 205,
 209f., 225, 245, 257f., 272, 283, 289f.,
 292, 298, 300ff.
- Zauner, Stefan 21
 Zeller, B., Arzt 116
 Zeppelin, Ferdinand Graf von 198
 Ziegler, Elena 11



Tafel 1: Südwestdeutschland zwischen 1945 und 1952. Quelle: LpB Baden-Württemberg.

Diese Studie untersucht die Ursachen, das Ausmaß und die Bewältigung der Hungerkrise in Württemberg-Hohenzollern von 1945 bis 1948. Verschärft wurde der Nahrungsmangel durch Maßnahmen der französischen Besatzungsmacht: Sie versorgte zuerst die eigene Armee. Außerdem schottete sie das Land ab, was den Wiederaufbau von Infrastruktur, Wirtschaft und Landwirtschaft erheblich hemmte. In dieser angespannten Versorgungslage führte die extreme Witterung 1946/47 zur Katastrophe. In die Erinnerung ging die Zeit als „Hungerwinter“ und „Dürresommer“ ein.

Neu ist die Fokussierung auf die Bevölkerung und auf die politischen Akteure in der Auseinandersetzung mit den Besatzern. Es wird nach ihren Deutungsmustern, Handlungsoptionen und ihrem Beitrag zur Lösung der Krise und dem Neuaufbau der Gesellschaft gefragt. Carlo Schmid hob die Bedeutung dieser „Zeit zwischen zwei Weltzeiten“ hervor und legte dabei den Schwerpunkt gleichermaßen auf die Bewältigung der Not und den demokratischen Transformationsprozess der Gesellschaft nach der NS-Herrschaft.

Eine Veröffentlichung der
Kommission für geschichtliche Landeskunde
in Baden-Württemberg



WWW.THORBECKE.DE